

E 87 A - 55.62

Abhandlungen
des Instituts für wissenschaftliche Heimatforschung
an der Livländischen Gemeinnützigen u. Ökonomischen Sozietät (gegr. 1792)
Band 2/3

Helmuth Speer
Mag. phil.

Das Bauernschulwesen
im Gouvernement Estland

vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts
bis zur Russifizierung

J. G. Krüger, Tartu 1936

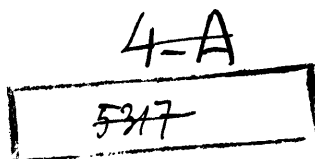
Abhandlungen
des Instituts für wissenschaftliche Heimatforschung
an der Livländischen Gemeinnützigen u. Ökonomischen Sozietät (gegr. 1792)
Band 2/3

Helmuth Speer

Mag. phil.

Das Bauernschulwesen
im Gouvernement Estland

vom Ende des achtzehnten Jahrhunderts
bis zur Russifizierung



G. G. Krüger, Tartu 1936



Vorwort.

In der folgenden Arbeit soll der Versuch unternommen werden, erstmalig eine Frage einer genauen historischen Prüfung zu unterziehen, welche häufig der Gegenstand publizistischer Behandlung gewesen ist, ohne daß genügende Klarheit über den wirklichen Sachbestand herrschte. Die Weite der zur Behandlung stehenden Zeitspanne, eines ganzen Jahrhunderts, machte es notwendig, sich an den Rahmen einer Übersicht zu halten. Daraus sowie aus dem fast völligen Fehlen von Einzeldarstellungen, welche hätten benutzt werden können, erklärt sich, daß lange nicht alle Fragen der Volksschulgeschichte eine erschöpfende Behandlung haben finden können. Es muß damit gerechnet werden, daß in Zukunft noch wesentliches Archivmaterial zum Vorschein kommen kann, welches mir noch nicht zu Verfügung gestanden hat, so daß vorliegende Arbeit später vielleicht den Ausgangspunkt zu Spezialuntersuchungen wird abgeben können. Dabei dürften sich noch weitere Fragestellungen ergeben, die das gezeichnete Bild ergänzen könnten.

Die Beschränkung auf das ehemalige Gouvernement Estland war geboten, weil die Entwicklung des Schulwesens im übrigen estnischen Siedlungsgebiet, der Nordhälfte des Gouvernements Livland, starken Abweichungen unterworfen gewesen ist und dort vor allem auch der Gang der Legislative ein völlig anderer war. Es wird zukünftiger Forschung vorbehalten sein, die Schulgeschichte des estnischen Gesamtvolkes zu untersuchen und darzustellen. Dazu dürfte heute der Zeitpunkt verfrüht sein, da noch zahlreiche Vorarbeiten zu erledigen wären.

Da auf Grund des estnischen Sprachengesetzes die Benutzung der deutschen Ortsnamen nur bei der Behandlung historischer Sachbestände genehmigt ist, mußte ich bei der Aufführung der von mir benutzten

Archive die estnischen Ortsbezeichnungen gebrauchen. Zur Orientierung dient die untenstehende Aufstellung der betreffenden Namen in estnischer und deutscher Sprache¹⁾. Die Erläuterungen zu den beim Zitieren angewandten Abkürzungen der Archivbezeichnungen folgen beim Quellenverzeichnis.

Herrn Stadtarchivar Dr. P. Johansen, von dem die Anregung zu dieser Arbeit ausgegangen ist, sowie allen, die mich bei derselben gefördert haben, sei auch an dieser Stelle mein herzlichster Dank ausgesprochen. Besonderen Dank schulde ich auch dem Staatlichen Zentralarchiv zu Tartu, Leiter Dr. O. Viiv, wo ich reiches Archivmaterial habe benutzen können. Ich habe dort bei meinen Forschungen viel Entgegenkommen gefunden.

Herrn Prof. Dr. E. Spohr danke ich insbesondere für die Ermöglichung dieser Forschung, sowie der Drucklegung der Abhandlung.

November 1935.

Der Verfasser.

¹⁾ Estnisch=deutsches Ortsnamenverzeichnis der Archive. Ein deutsch=estnisches Ortsnamenverzeichnis folgt am Schluß.

Emmaste = Emmast; Koigi = Koik; Sagadi = Saggad; Tallinn = Reval; Tartu = Dorpat; Wigala = Fidell.

1. Einleitung.

Übersicht über die Quellen und die Literatur.

Während zur Geschichte Livlands im 19. Jahrhundert ein kaum zu übersehendes, zahlreiches gedrucktes Material — Monographien, Streitschriften, Memoiren, sowie verschiedene Darstellungen im Zusammenhang — vorliegt, ergibt sich bei Bearbeitung derselben Periode für Estland ein wesentlicher Literaturmangel, so daß der Historiker hier vorwiegend auf Aktenbenutzung angewiesen ist. Und speziell die Geschichte des estländischen Bauernschulwesens zur russischen Zeit ist eine Frage, über welche eigentlich kaum etwas an Literatur ernstlich in Betracht kommt. Das ungedruckte Material dagegen ist außerordentlich reichhaltig, speziell was amtliche Akten anlangt. In erster Linie kommen hier natürlich die Archive der Estländischen Ritterschaft und des Konsistoriums in Frage.

Im Ritterschaftsarchiv ist das Material für den größten Teil des 19. Jahrhunderts verstreut zwischen den eingegangenen Sachen zu finden; erst später erhält die estländische Oberschulkommission ein eigenes Archiv, so daß ab 1875 alle Akten über das Schulwesen zusammengestellt vorliegen. Erfreulich ist beim ritterschaftlichen Material die Vollständigkeit, so daß die Wirksamkeit von Landtag und Zentralbehörde sich bis ins Detail verfolgen läßt. Dagegen versagen die Archive der lokalen ritterschaftlichen Schulbehörden in den einzelnen Kreisen fast ganz: von den Archiven der Oberkirchenvorsteherämter z. B. sind im Zentralarchiv nur Trümmer erhalten, die zur Schulgeschichte kaum etwas ergeben. Es darf allerdings von diesen niederen Institutionen kein Material erwartet werden, das prinzipiell neue Gesichtspunkte bringen könnte. Für eine Gesamtdarstellung sind auch die einzelnen lokalen Abweichungen der Schulverhältnisse und Maßnahmen, so weit sie sich auf Detailfragen beziehen, kaum wesentlich, so daß nicht anzunehmen ist, daß durch Ausschöpfung alles vorhanden gewesenen Materials der verschiedenen Kirchspiels- und Kreis-Schulkommissionen das Bild sich wesentlich verschieben würde.

Eine sehr viel fühlbarere Lücke bildet jedoch das Fehlen des Archivs des sogenannten „permanenten Volksschulkomitees“ vom Anfang des 19. Jahrhunderts, das nicht mehr erhalten zu sein scheint. Es befand sich beim Gubernementsschuldirektor Baron Christoph Stadelberg, der seine letzten Lebensjahre im Auslande verbracht hat. Bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts bestand Unklarheit über seinen Verbleib. Sehr reichliches Material liegt vor allem zur Geschichte der Reformen in den vierziger Jahren vor: Denkschriften, Kommissionsprojekte und Pläne zur Realisierung derselben.

Das Archiv des Konsistoriums ist die Hauptquelle für die Verhältnisse in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts sowie des 18. Jahrhunderts, wo noch keine ritterschaftlichen Schulbehörden bestanden. Vor allem bieten die jährlichen Kirchenberichte der Pastoren (die sogenannten Memoriale) eine Fülle von Angaben, die anfangs allerdings sehr knapp gehalten sind, mit der Zeit aber zu immer größerer Ausführlichkeit übergehen. Dieses Material entbehrt natürlich nicht eines stark subjektiven Einschlages in der Berichterstattung. Vielfach ist diese ausgesprochen stereotyp: einunddieselbe kurze Bemerkung beantwortet durch Jahre hindurch die Frage nach dem Schulwesen; andere Pastoren dagegen senden ausführliche Berichte ein. Man könnte leicht dazu neigen, die erste Art von Memorialen durch Interesselosigkeit des betreffenden Pastors für die Schulsache zu erklären, womit jedoch Zurückhaltung zu üben ist. So sind z. B. die Angaben des um das estnische Volk so verdienten Pastor Ahrens in Rusal außerordentlich dürftig. Sehr interessant als Quelle für die Stellung der Pastoren zur Volksschule sind die Synodalprotokolle, ist doch die Schulsache häufig Beratungsgegenstand der Synoden gewesen; es ist sehr zu bedauern, daß die über Schulfragen gehaltenen Vorträge nicht im Konzept, sondern nur in kurzen Referaten vorliegen. Auch aus Kreisen der Landeskirche sind zahlreiche Memoranda, Verbesserungsvorschläge u. s. w. erhalten.

Was die Archive der einzelnen Pfarrämter anlangt, so bieten die Konventsprotokolle manche aufschlußreiche Einzelheiten. Auch hier kann wohl von einer Benützung sämtlicher Kirchenarchive abgesehen werden, das Material bezieht sich in diesen doch im wesentlichen auf die späteren Jahrzehnte des Jahrhunderts, und für diese Zeit ist die Berichterstattung an die Zentralbehörde soweit erschöpfend, daß im Rahmen der vorliegenden Arbeit auch hier eine Beschränkung möglich ist.

Die Visitationsprotokolle sind was Schulfragen anlangt knapp in ihrer Abfassung, bieten jedoch speziell für die ältere Zeit manches Interessante. Aus Archiven einzelner Schulen ist gelegentlich Material herangezogen worden, im übrigen wäre hier eine weitergehende Benutzung nur dann notwendig, wenn man lokalgeschichtliche Forschungen anstellen wollte. Aus den Stipendiatenberichten von Studenten der estnischen Universität im Estnischen Volksmuseum geht hervor, daß die Schularchive meist recht jungen Datums sind; die älteren Papiere hat man nur selten aufbewahrt.

Von hohem Interesse müssen natürlich Archive von Privatpersonen sein, da nur sie dem nüchternen amtlichen Material gewisse intimere Züge hinzufügen können. Gerade dieses Material ist in Estland leider sehr dürftig. Einige sehr wichtige Aufschlüsse ergeben sich aus den nachgelassenen Papieren des Ritterchaftshauptmanns Baron E. Mandell-Pastfer. Die Briefe des Pastors O. W. Masfing an Pastor Rosenplänter stellen ein Seitenstück aus Kreisen der Geistlichkeit dar. Die darin enthaltenen Schärpen der Beurteilung dürften allerdings für die Pastorenschaft weniger typisch sein, als speziell Masfings eigene Einstellung beleuchten. Das Archiv des privaten Seminars zu Alexanderhof ist leider unauffindbar; über Ruda liegt im Ritterschaftsarchiv genügend Material vor. Estländische Memoiren sind überhaupt nur sehr spärlich vorhanden und ergeben kaum etwas, allenfalls noch die Berichte der Zöglinge des Rudaschen Seminars in der estnischen Arbeit von Neumann, die allerdings durch die Brille des Alters gesehen sind.

Eine zweite Gruppe des Quellenmaterials bilden die Akten der russischen Regierungsbehörden, von welchen die in St. Petersburg befindlichen für mich unerreichbar waren. Das Generalgouverneursarchiv ist seit seiner Evakuierung sehr unvollständig, und seine Benutzung durch die völlig zufällige Teilung zwischen Estland und Lettland, sowie das Fehlen von Aktenverzeichnissen in Riga erschwert. Immerhin hat sich hier einiges Wesentliche erhalten, was noch mehr im Archiv des Estländischen Gouverneurs der Fall ist. Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts war ja die Gouvernementsverwaltung eine fast rein deutsche Behörde, die ebenfalls, speziell wenn ein besonderes Interesse des Gouverneurs für die Volksbildung vorlag, manches für das Schulwesen getan hat, so zur Zeit des Gouverneurs Baron Uexküll. Die späteren russischen Gouverneure haben ihre Fürsorge auf die orthodoxen Bauernschulen konzentriert. Auf den direkten Gang des Be-

triebes der Volksschulen haben bis 1885 die Staatsbehörden zwar nicht eingewirkt, aber der Kampf zwischen Staatsbehörden (speziell dem Ministerium für Volksaufklärung) und Landesverwaltung um das Schulwesen zieht sich ziemlich ununterbrochen durch das 19. Jahrhundert hin. Die Vorgänge in St. Petersburg bleiben allerdings zum großen Teil unklar, was eine sehr empfindliche Lücke bedeutet, ebenso wie z. B. das Fehlen einiger Immediatberichte des Gouverneurs Fürst E. Schachowskoy und der Generalgouverneure. Nur einem besonders glücklichen Zufall ist z. B. zu verdanken, daß wir über wichtige Verhandlungen im Jahre 1875 durch eine private Niederschrift des Ritterschafthauptmanns Baron Maydell orientiert sind. Vorhanden ist dagegen das ganze Archiv der Kommission zur Einführung der Bauernverordnung. Die Zeit der zahlreichen Kommissionen und Projekte im Anfang des Jahrhunderts mit ihren geringen positiven Ergebnissen ist überhaupt deutlich zu erfassen. — Die orthodoxe Volksschule spielt ja in Estland vor 1885 kaum eine Rolle, da vor der Konversion der achtziger Jahre nur vereinzelte orthodoxe Schulen in Estland existierten, über die wir verhältnismäßig gut unterrichtet sind. Die Schulgründungen durch die orthodoxe Kirche in den achtziger Jahren und die sogenannten Ministerialschulen gehören fast ausschließlich der folgenden, hier nicht zur Behandlung stehenden Epoche an. Für die Beurteilung der Schulfrage von russischer Seite ist neben den Berichten des Gouverneurs vor allem die zeitgenössische polemisch-tendenziöse russische Literatur und Publizistik charakteristisch.

Eine bedeutende Schwierigkeit inbezug auf die Materialbeschaffung bietet die Frage der Tätigkeit der estnischen nationalen Bewegung auf dem Gebiet der Volksschule, die ja in den letzten Jahrzehnten unseres Zeitabschnittes einsetzt. Neben einigen Korrespondenzen im Estnischen Kulturgeschichtlichen Archiv kommt hier vor allem die estnische Tagespresse in Frage. Wie Fr. Tuglas mit Recht bemerkt¹⁾, war die estnische nationale Bewegung, speziell wo sie sich politisch betätigte, konspirativ und illegal, konnte daher der Nachwelt auch nur wenig Material hinterlassen. Da in ihren Augen die Schule Zwecke verfolgen sollte, die über die Ziele der kompetenten Landes-Schulbehörden weit hinausgingen und zum Teil diesen widersprachen, so ergaben sich hier zahlreiche Konfliktstoffe. Hier klärend und wertend vorzugehen, ist gerade für den deutsch-baltischen Historiker besonders schwierig, da es für ihn vielfach unmöglich ist, an die Per-

¹⁾ Friedebert Tuglas, Eesti Kirjameeste Selts, pg. 17.

tionen, die oft selbst Quelle sind, und an das Material heranzukommen, und da auch die Auffassung heute zunächst noch allzu weit auseinanderläßt. Genau ebenso war es ja in der Periode der Russifizierung, wo die Anschauungen über das Volksschulwesen auf deutscher und russischer Seite sich widersprachen und ein gegenseitiges Verständnis für die Betätigung beider Parteien schon durch den scharfen politischen Kampf erschwert wurde. Beim Wachsen des historischen Abstandes wird natürlich eine weit ruhigere Beurteilung dieser Dinge möglich werden, jedenfalls auf deutscher Seite. Die baltische Einstellung spiegelt sich vielfach in der Tagespresse, speziell der „Revalschen Zeitung“, wieder, besonders sei hier auf eine Polemik aus den sechziger Jahren über das Bauernschulwesen hingewiesen, in welcher die verschiedensten Auffassungen zu Worte kommen²⁾.

Die mündlichen Berichte der Gewährsleute der estnischen Stipendiaten, die in einer umfangreichen Sammlung im estnischen kulturgeschichtlichen Archiv konzentriert sind, sind vielfach für die Geschichtsforschung schwer verwertbar da sich hier Wahrheit und Dichtung, wirklich Vorgefallenes und tendenziös Erfundenes, resp. Entstelltes vermischt haben, was sich in unzähligen Fällen einwandfrei nachweisen läßt. Dazu machen sich endlich noch die subjektiven Anschauungen und politischen Ressentiments des Sammlers bei der Abfassung bemerkbar. Daher sollten diese Berichte zu historischen Zwecken nur mit größter Vorsicht benutzt werden; eher kommt ihnen ein gewisses volkskundliches Sonderinteresse zu.

Zusammenfassend läßt sich über die Quellen sagen, daß hier eine absolute Vollständigkeit weder möglich, noch notwendig ist. Wie umfangreich das Material ist, dürfte schon daraus zu ersehen sein, daß mir für jedes Jahr 43 Predigermemorale vorgelegen haben — d. h. von 1800 bis 1885 im ganzen 3655 Memorale, was aber nur einen Bruchteil des Materials des Konsistorialarchivs darstellt.

Dieses reichhaltige Quellenmaterial hat, wie bereits erwähnt, bisher kaum Bearbeitung gefunden, speziell existiert wenig deutsch-baltische Literatur. Während A. v. Tobien in seiner livländischen „Agrargesetzgebung“ auch das Schulwesen verhältnismäßig eingehend behandelt³⁾, streift die entsprechende estländische Arbeit aus der Feder Ugel

²⁾ Revalsche Zeitung 1861.

³⁾ Alexander Tobien, Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert. Berlin 1889. Bd. I pg. 36—46; 379—404.

v. Gernets⁴⁾ dasselbe nur kurz. Einige weitere landesgeschichtliche und statistische Arbeiten⁵⁾ bieten gewisse Hinweise, stellen jedoch keinerlei tiefer schürfende Forschungen dar, ausgenommen die Schrift von A. Fren⁶⁾, die eine gute Schilderung der Schulzustände der siebziger Jahre, auf exaktem Material basierend, gibt. Einige Aufsätze in der Baltischen Monatschrift⁷⁾ tragen mehr den Charakter publizistischer Quellen, da sie aus der Diskussion ihrer Zeit heraus entstanden sind.

Die estnischen Darstellungen von Kruus, Lipp⁸⁾ u. a. widmen der Schulfrage nur kurze, bloße Übersichten enthaltende Kapitel. Der Versuch einer Geschichte des Schulwesens aus der Feder von Ruut⁹⁾ ist völlig mißlungen; dem Autor, der selbst Volksschullehrer auf dem Lande ist, scheinen jegliche tiefer gehende historische Kenntnisse zu fehlen, nicht zu reden von der Methode. Archivmaterial hat er überhaupt nicht herangezogen. Sein Buch stellt eine völlig unwissenschaftliche Abhandlung dar, voller Irrtümer und Entstellungen. Es ist bei ihm meist nicht ersichtlich, ob er bei zuständlichen Schilderungen Estland oder Livland meint, die livländischen Verhältnisse kennt er besser. Ähnlich schwach ist die Neumannsche Arbeit über das Seminar Ruda¹⁰⁾, die speziell für die ältere Zeit völlig unbrauchbar ist; erst für die letzten Jahrzehnte des Bestehens des Seminars gewinnt sie an Wert wegen der zahlreichen Berichte der Zöglinge. Wesentlich besser als diese beiden Arbeiten ist die posthume Edition von P. Pölb's Vorlesungen über die Geschichte des Schulwesens in Estland. Der Autor hat mit viel Sorgfalt die Literatur zusammengetragen, bis zu einzelnen Artikeln aus Zeitschriften und dergl., hat aber scheinbar kaum archivalisches Material herangezogen, wodurch sich Mängel ergeben und allerlei Irrtümer entstehen. In der Anlage ist das Buch sehr ungleich: so ist die verhältnismäßig ergebnislose Zeit des Anfangs des 19. Jahr=

⁴⁾ Axel v. Gernet, Geschichte und System des bäuerlichen Agrarrechts. Reval 1901.

⁵⁾ so Paul Jordan, Beiträge zur Statistik des Gouvernements Estland. Bd. II. Reval 1871.

⁶⁾ August Fren, Das Volksschulwesen in Estland. Riga 1879.

⁷⁾ z. B. F. Gebhardt, Zur Durchführung des Schulzwanges in Estland, WM Bd 27, 1880; Baron Bernhard Hergföll, Erörterung einiger Grundzüge estländisch-baltischer Agrarentwicklung während der letzten Decennien (WM. derselbe Band).

⁸⁾ Hans Kruus, Eesti ajalugu kõige uuemal ajal. Tartu 1927; — derselbe, Grundriß der Geschichte des Estnischen Volkes. Tartu 1932. M. Lipp, Kodumaa kiriku ja hariduse ajalugu. I. Jürjew 1898.

⁹⁾ R. Ruut, Eesti rahvaskooli ajalugu. Viljandi 1921.

¹⁰⁾ Mikkel Neumann, Ruuda Seminar ja tema kasvandikud. Tallinn 1928.

hundertz, speziell um die zwanziger Jahre, ungemein breit behandelt, während z. B. die wesentlich wichtigeren Ereignisse der Zeit der zweiten Agrarreform ausgesprochen zu kurz gekommen sind, ebenso die letzten Jahrzehnte der ritterschaftlich geleiteten Volksschule. In der Auffassung wird man Pöld in manchem wohl kaum beistimmen können¹¹⁾. Ungemein reichhaltig ist die estnische Literatur über die nationale Bewegung, wobei häufig auch Fragen des Schulwesens hineinspielen. Diese dürfte für eine Spezialarbeit von großem Interesse sein. Da jedoch der faktische fördernde Einfluß der Jungesten auf das Schulwesen in Estland bis 1885 nicht überschätzt werden darf und das Hauptziel dieser Arbeit in der Untersuchung der Tätigkeit von Ritterschaft, Landeskirche und Staatsbehörden liegt, der gegenüber die jungestnische Bewegung vielfach direkt hemmend in den Weg trat, da sie von ganz anderen Voraussetzungen ausging, so soll dieselbe hier zwar nicht fortgelassen, aber nur in gewissen Grenzen behandelt werden. Die Hauptbetätigung der Jungesten spielt sich ja damals in Nordlivland ab; in Estland setzt sie bedeutend später ein und gehört zum großen Teil einem späteren Zeitabschnitt an. Da die vorliegende Arbeit das Volksschulwesen Estlands behandeln soll, so fällt hier auch die Darstellung der Angelegenheit der Alexander Schule fort und soll nur soweit berücksichtigt werden, als direkte Beziehungen zu Estland vorliegen¹²⁾.

Die russische Literatur hat naturgemäß ein besonderes Interesse für die orthodoxe Volksschule, so die Arbeit von Stoljarow¹³⁾, und kommt vorwiegend für die livländischen Verhältnisse in Betracht. Von einer eingehenden Auseinandersetzung des Russifizierungsprogramms soll im Rahmen dieser Arbeit abgesehen werden, diese Dinge sind schon häufig behandelt worden und dürften für die Volksschule Estlands keinerlei prinzipiell neuen Momente mehr ergeben. —

Die Kürztheit der Literatur bringt es mit sich, daß die Fragen des estländischen Volksschulwesens vorwiegend skizzenmäßig behandelt werden müssen, unter Hinzuziehung der verschiedenen Gesetz- und Verordnungstexte; aus der Literatur ergibt sich dazu nur wenig von größerer Wichtigkeit, so daß es hier gilt, sich auf ein fast völlig unbearbeitetes Gebiet zu begeben.

¹¹⁾ Peeter Pöld, Eesti kooli ajalugu. Tartu 1932.

¹²⁾ Viel Interessantes bietet: Friedebert Tuglas, Eesti Kirjameeste Selts. Tartu 1932. — eine auf exaktem Material aufgebaute Arbeit von wissenschaftlichem Niveau.

¹³⁾ М. Столяровъ, Православныя школы въ прибалтійскомъ краѣ. (Журналъ министерства народнаго просвѣщенія.) С. Петербургъ 1895.

2. Die Volksschule am Ende des 18. Jahrhunderts.

Die letzten Jahrzehnte der schwedischen Herrschaft in Estland hatten eine rege Aufbautätigkeit auf dem Gebiet des Volksschulwesens mit sich gebracht. Das Priesterprivileg von 1675 ordnete den Bau von Schulhäusern, sowie die Anstellung von Lehrern an, in der Kirchenordnung von 1692 wurde bestimmt, daß die Rüster die Jugend im Lesen und Schreiben unterrichten sollten. 1690 wurden die Eingepfarrten durch einen Beschluß des estländischen Landtags zur Errichtung von Schulen aufgefordert. Das Seminar in Bischofshof, das 1684 unter der Leitung von Forselius eröffnet wurde, sollte einen vorgebildeten Lehrerstand für dieselben schaffen. Nun waren zwar die Zeitverhältnisse, bedingt durch die Güterreduktion, einer Durchführung dieser Beschlüsse wenig günstig. 1703 hatte noch nicht jedes Kirchspiel, wenn auch die Mehrzahl, seine Parochialschule beim Rüster, nebenbei bestanden einzelne Gebietsschulen. Es waren aber immerhin erfreuliche Ansätze da. Da riß die angebahnte Entwicklung durch den nordischen Krieg und die Zerstörung und Verödung des Landes ab und wurde durch eine Zeit größten Tiefstandes des Bauernschulwesens abgelöst¹⁾. Was half es, daß Peter der Große bereits 1711 die Wiederherstellung der Volksschule forderte und wenige Jahre darauf die große Kirchenvisitation dazu beitragen sollte²⁾. Das verwüstete und verödete Land, in welchem Gutbesitzer und Bauern wirtschaftlich ruiniert und dezimiert waren, konnte diesen Forderungen gar nicht Folge leisten, wenn auch Konsistorium und Pastorenschaft sich darum bemühten³⁾. Man darf sich zwar die Situation nicht so vorstellen, daß überhaupt keine Schulanstalten bestanden: vereinzelt ist dieses durchaus der Fall gewesen, wenn sie auch meist

¹⁾ A. v. Gernet, Geschichte und System des bauerlichen Agrarrechts. pg. 57—59; Cesti. Maa—Rahvas—Kultuur pg. 946; auch O. Liiv, Elisandeid Cesti rahvakooli ajalool. 17. sajandi lõpul. (Cesti Kirjandus. 1934).

²⁾ M. Lipp, Kodumaa kiriku ja hariduse ajalugu I. pg. 89.

³⁾ G. Palm, Meie rahvakoool. pg. 16—17.

vorübergehender Natur waren. So erfahren wir, daß der General von Bohn auf seinem Gute Rasik „einige Dorf=Schul=Meister gesetzt“ hat, und die übrigen Gutsbesitzer 1738 beabsichtigen, alle dasselbe im kommenden Winter bei sich einzuführen⁴⁾. Wenige Jahre später heißt es aber im selben Kirchspiel den Unterricht betreffend, „zu voriger Zeit“ hätten wohl einige Eingepfarrte auf den Dörfern Lehrer unterhalten, da wäre es gut gegangen, jetzt gehe es aber sehr schlecht, einer lerne das Lesen vom anderen⁵⁾. — 1725 läßt die Baronin Lieven, geb. v. Straßburg, auf ihrem Gute Urrofüll aus eigenen Mitteln ein Schulhaus erbauen. Der Küster der nahen Kirche St. Marien=Magdalenen soll die Lehrerstelle bekleiden, verlegt daher seine Wirtschaftsgebäude und seinen Wohnsitz nach Urrofüll. Die Schule wird auch von der Stifterin mit Land dotiert und die ganze Stiftung der Kirche St. Marien=Magdalenen geschenkt, wobei die Baronin Lieven denjenigen verflucht, der die Schule der Kirche abnehmen sollte. Diese Schulfundation ist späterhin erweitert worden (so 1834 durch den General en Chef Grafen Toll). Die Schule selbst hat dauernden Bestand gehabt⁶⁾. Eine solche Gründung hat zwar fraglos zu den Ausnahmen gehört, aber im ganzen Lande finden sich einzelne, wenn auch kümmerliche Reste des zerstörten Schulwesens. Einzelne Kirchenkonvente ergreifen gelegentlich Maßnahmen zur Hebung des bürgerlichen Unterrichts: so wird z. B. 1737 in Maholm beschlossen, die Bauernjugend in jungen Jahren zur Schule und zum Lesen anzuhalten und dem Schulmeister Schönfeldt (wohl einem Deutschen) das „vorhin bewilligte Korn“ von den Höfen zum Lohn zu bezahlen⁷⁾. Alle diese Versuche sind ohne irgendeine Planmäßigkeit gemacht worden und stets durch die Initiative interessierter Einzelpersonen erfolgt. Auch um die Mitte des Jahrhunderts waren die Schulzustände noch die kümmerlichsten. Eine deutliche Sprache reden hier die Prediger=memoriale. So berichtet der Pastor zu Merjama: das Schulwesen leidet sehr und kommt nicht nach Wunsch und Willen zu Stande⁸⁾. In St. Johannis=Terwen wird keine Schule gehalten und der Pastor äußert, wenn das so fort dauere, werde „größte Finsternis und Unwissenheit einreißen“⁹⁾. Pastor Relch in Turgel klagt, daß es mit dem Schulwesen „schläfrig genug“ gehe, und nicht so, wie er es gerne sehen würde, in

⁴⁾ ERM III. 40. Visitations=Prot. St. Johannis i. J. 18. II. 1738.

⁵⁾ dto. Visitations=Prot. St. Johannis i. J. 21. VII. 1745.

⁶⁾ ERM III. 188. Kirchenbuch St. Marien=Magdalenen fol. 59—60;

⁷⁾ ERM III. 175. Kirchenbuch Maholm pg. 75;

⁸⁾ ERM I. 386. Acta Consistorii 1751. Memorial Merjama.

⁹⁾ dto. Memorial St. Johannis i. J.

Umpel werden keine Anstalten zum Schulwesen gemacht, und Pastor Chalenius schreibt aus Pühhalep, daß die „Unwissenheit mit aller Macht einbrechen will“¹⁰⁾. In manchen Kirchspielen erteilen zwar die Rüster Unterricht, aber mit sehr verschiedenen Resultaten, wozu die verschiedensten Gründe angegeben werden. Aus Nissi und St. Marien-Magdalenen wird berichtet, daß der Rüster zum Lehreramte unfähig sei¹¹⁾. In anderen Fällen entziehen sich die Kinder dem Unterricht, wobei vielfach Armut als Grund angegeben wird¹²⁾. In Pönal versuchen einige Gutsbesitzer, hierin einen Druck auszuüben und zwingen auch erwachsene Analphabeten zum Schulbesuch, diese „alten großen Leute“ wirken aber auf den Gang des Unterrichts als hemmendes Element¹³⁾. Nun verlangte bereits seit 1735 das Konsistorium, daß die Bauernjugend nur bei Kenntniß des Lesens konfirmiert werden dürfe¹⁴⁾. Die Pastoren haben auch versucht, diese Vorschrift nach Möglichkeit einzuhalten, streng durchführbar war sie jedoch nicht: mit zwanzig- bis dreißigjährigen wurden Ausnahmen gemacht, allerdings zur Unzufriedenheit der Kirchenbehörden¹⁵⁾. Suchte jedoch ein Pastor hier genau zu verfahren, so konnte er in die schwierigsten Situationen gelangen: wir hören z. B. eine Klage, daß die Kinder weder zur Schule kommen, noch im Hausunterricht das Lesen erlernen, so daß sich die Zahl der Konfirmanden immer mehr anhäuft, da die Unkundigen zurückgestellt worden sind, bis sie das Lesen erlernt haben¹⁶⁾. Manche Pastoren griffen zum Ausweg, während des Konfirmandenunterrichts selbst im Lesen zu unterweisen, was natürlich dem eigentlichen Sinn dieser Zeit keineswegs entsprach¹⁷⁾. Bei einem völligen Fehlen vorhergegangenen Unterrichts sah sich der Pastor beim Konfirmationsunterricht, der vielfach die ersten Bildungselemente vermittelte, einer unendlich schwierigen Aufgabe gegenübergestellt. So klagte der Pastor zu Röthel, daß er bei der Konfirmandenlehre meist nicht Menschen, sondern „pecora campi“ vorfinde¹⁸⁾. Dagegen hat ein gewisser, wenn auch mangelhafter Hausunterricht die ganze Zeit bestanden. Wurden die Bauernkinder zu Hause unterrichtet, so brauchten sie keinen

¹⁰⁾ dto. Memoriale Turgel, Umpel, Pühhalep.

¹¹⁾ dto. Memoriale Nissi, St. Marien-Magdalenen.

¹²⁾ dto. Memoriale Mahholm, St. Jakobi, St. Katherinen;

¹³⁾ dto. Memorial Pönal

¹⁴⁾ Geſti. Maa-Mahvas-Kultuur, pg. 947.

¹⁵⁾ ERM III. 40. Visitationen-Prot. St. Johannis i. J. 21. VII. 1745.

¹⁶⁾ ERM I 386. A. G. 1751. Memorial Goldenbeck.

¹⁷⁾ dto. A. G. 1752. Memoriale Starusen u. Jörden.

¹⁸⁾ ERM I 392. A. G. 1758 Memorial Röthel.

„Brottsack“ mitzubekommen, gingen auch nicht als Arbeitskräfte verloren, und erlernten vielfach, wenn auch bei primitivsten Methoden, das Lesen immerhin ganz leidlich. Der Hausunterricht ist in allen Gegenden Ostlands sehr verbreitet gewesen¹⁹⁾. Diese Form des Schulwesens war für den Bauern bei seinen kümmerlichen Lebensverhältnissen die geringste Belastung. Besonders in den weniger fruchtbaren Gebieten waren die Bauern im 18. Jahrhundert oft unbeschreiblich arm und daher gar nicht in der Lage, ihre Kinder zur Schule zu schicken. Nebenbei fehlte aber auch fast immer ein regeres Bildungsstreben, was sich durch die wirtschaftliche Misere, häufig aber auch durch reine Faulheit und stumpfe Veranlagung erklärt²⁰⁾. In vielen Fällen versagen hier auch die Versuche von Seiten der Gutsbesitzer, einen Druck auszuüben²¹⁾. Andererseits unterliegt es gar keinem Zweifel, daß vielen Gutsbesitzern das Interesse für die Schulsache gefehlt hat, und daß sie bei gutem Willen hätten eine gewisse Abhilfe schaffen können²²⁾. So existiert in Törden bereits vom 17. Jahrhundert her ein Schulhaus, nun will 1751 der Landrat v. Rehlinger das Grundstück einziehen, wodurch die Schule den Todesstoß erhält²³⁾. Im St. Martenschen Kirchspiel arbeiten noch 1751 zwei Schulen unter Vogelsang und eine unter Schmes; im Jahre darauf haben sie aber ihre Tätigkeit eingestellt: die betreffenden Gutsbesitzer erlassen den Schulmeistern die Arbeit nicht — „weil das Vieh gestorben ist“²⁴⁾. Jedoch bietet sich an anderen Orten ein wesentlich erfreulicheres Bild: in Ehefer unterhält die Obristin de la Barre eine Schule, infolgedessen ist in der Umgebung die Lesekenntnis besonders verbreitet²⁵⁾. In Kirrefe bestellen um 1750 die Eingepfarrten einen Erbbauer zum Lehrer, wozu er vom Pastor zu Leal besonders instruiert worden ist; sieben Jahre später hat da das Schulwesen bei 40 unterrichteten Kindern „recht guten Fortgang“²⁶⁾. Ähnliche Beispiele günstiger wie ungünstiger Zustände lassen sich in beliebiger Zahl beibringen. Jedenfalls geht aus denselben hervor, daß von planmäßigen Schuleinrichtungen keine Rede

¹⁹⁾ dto. Memoriale Reinis, Ganehl, Werpel, Bönal, Fidel, Maholm, Luggenhufen, Haljal, St. Simonis, Törden, Kusfal u. a.

²⁰⁾ dto. Memoriale St. Martens, Fidel; — *GMN* I 386. Memoriale Turgel, Weißenstein, Goldenbeck.

²¹⁾ *GMN* I 386. A. G. 1752 Memorial Bönal.

²²⁾ dto. Memoriale Fidel, Möthel.

²³⁾ dto. Prospektbericht Ostharrien 1752.

²⁴⁾ dto. Memoriale St. Martens 1751 u. 1752.

²⁵⁾ dto. Memorial Weißenstein 1751.

²⁶⁾ *GMN* I 392. A. G. 1758. Memorial Leal Kirrefe.

sein kann: weder lag dazu ein wirklich starker Wille bei dem Guttsbesitzerstande vor, bei dem die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Bildung des Bauern noch wenig verbreitet war, noch existierte ein Bedürfnis danach beim Bauern selbst. Die wirtschaftlichen Vorbedingungen waren zudem die denkbar ungünstigsten und die Pastoren kamen vielfach über die Äußerung von Desiderien nicht heraus, wenn auch hier ein guter Wille schon in der Frühzeit vorhanden war. — Dieses Bild bietet sich mit geringen Abweichungen bis weit in die sechziger Jahre hinein. Da erfolgen 1765 die livländischen Landtagsbeschlüsse zur Hebung des Bauernstandes. Schon in den vom dortigen Landratskollegium vorbereiteten Deliberationen wurde die Annahme eines Schulplanes für Livland empfohlen, die Sorge für die Einrichtung von Kirchspielschulen war auch eine Forderung des Generalgouverneurs Graf Browne²⁷⁾. Der Beschluß des Landtags lautete, daß die Guttsbesitzer für den Unterricht solcher Bauernkinder zu sorgen hätten, deren Eltern selber nicht zu lesen und schreiben verstünden, und zwar durch besonders dazu angestellte Schulmeister. Die Prediger sollten Listen der unkundigen Eltern ausfertigen und den Guttsbesitzern Verzeichnisse der Schulpflichtigen zustellen. Auf je 5 Haken sollte eine Schule „beim Hof oder einem Gefinde“ errichtet werden, Säumigkeit der Guttsbesitzer oder Pastoren sollte strafbar sein. So kam man hier den Forderungen der Regierung nach und erkannte prinzipiell eine Verpflichtung des Adels und der Geistlichkeit zur Förderung der Volksbildung an²⁸⁾. Ein entsprechender Schritt wie in Livland ist durch den Generalgouverneur in Estland zunächst nicht erfolgt, wohl aber ergriff hier das Konsistorium die Initiative, das sich in seiner Frühjahrsession 1766 mehrfach mit der Frage der Bauernschulen beschäftigte²⁹⁾. Der Präsident, Landrat O. J. v. Hastfer, wandte sich an die Ritterschaft mit folgender Eingabe:

„Der Herr unser Gott hat sich seines estnischen Zions in diesem Jahrhundert besonders in Gnaden angenommen, und das arme Bauervolk, zu einer ineren und gründlichern Erkänntnis der Lehren unsers allerheiligsten Glaubens gebracht, wofür sein Name in Zeit und Ewigkeit gepriesen sey; zu den Mitteln, welche Gott geheiligt hat diesem unserm Lande, so vorteilhaften Zweck auszuführen, gehört unter andern mit, daß sich die Herren Possessores haben erwecken lassen, Dorf Schulen anzulegen in welchen die Jugend, bei Zeiten zum lesen so wol als auch zur Erlernung des Catechismi sind angeführet, und also zu einem nähern und

²⁷⁾ vgl. J. Eckardt, Livland im achtzehnten Jahrhundert pg. 313, 318; A. Tobien, Agrargesetzgebung I. pg. 42—43.

²⁸⁾ Eckardt pg. 320.

²⁹⁾ Estl I 72. Stenijst. Prot. 2. III. 1766.

„verständigern Unterricht, den sie in der Lehrzeit von den Predigern zu erwarten hat, zu bereitet worden. Man erinnert sich mit vielen Vergnügen der Zeit, da im Lande, obgleich nicht allenthalben jedennoch aber in einem jeden Kirchspiele und unter vielen Gütern der besten Anstalten waren gemacht worden, von welchen sich auch die gesegneten Folgen so merklich zeigten, daß es laut den Visitationsprotocollen in etwas mehr als 10 Jahren, in unserm Lande in Absicht der Buchstäblichen Erkenntnis so wol, als auch in Absicht des rechtschaffnen Wesens in Christi eine ganz andere Gestalt genommen. Nach und nach ist es mit diesen guten Anstalten in Abname gekommen. Dorf Schulen sind itzt ganze Seltenheiten in unserm Land geworden, und in den allermeisten Kirchspielen sind gar keine anzutreffen. Das Lesen soll einer von dem andern in den Häusern lernen, aber leider es geschieht entweder gar nicht, oder der Lernende lernet nichts gründlich, weil der lehrende selbst nicht viel weiß, und daher siehet man schon die alte dunkle Zeit die von 40 bis 50 Jahren war, wieder hervor leben, in dem sehr viele in die Lehre kommen und nicht lesen können, andere aber gar weg bleiben, weil sie nichts gelernt haben. Ein Kayserl. Consistorium muß also darauf bedacht sein, solche Maßregeln zu treffen, wodurch dem schon seienden Schaden abgeholfen, und einem noch größern vorgebeuet werde. In dem benachbarten Riesland ist von der dortigen Regierung eine algemeine in diesem Winter zu haltende Kirchen-Visitation durchs ganze Herzogtum zur An- und Einrichtung der Dorf-Schulen angeordnet worden, damit auf einmal eine solche heilsame Anstalt zu Stande gebracht werde. Dahin gehet auch der Wunsch des hiesigen Kayserl. Consistorii; man hat aber zur Beförderung dieser heilsamen Sache nicht die hiesige Kayserl. Regierung angehen wollen, sondern in der zuversichtlichen Hofnung, daß Eine Hochwol. und Wolgeb. Ritterschaft sich geneigt und willig werde finden lassen, hierin die Hand zu bieten, hat man dieselbe dienstfreundlichest ersuchen wollen, dahin zu sorgen, daß diese heilsame Sache zu Stande gebracht und durchs ganze Land Dorf-Schulen aufs forderksamste angeleget werden. Nach Befehung dessen wird das Kayserl. Consistorium die nötige Verfügung machen, daß durch die anzurichtende Dorf-Schulen der intendede Zweck zur Ausbreitung des Reiches Wortes und zum Heil der Bauern-Jugend erreicht werde.“³⁰⁾

Gerade der Schluß des Schreibens ist besonders charakteristisch für die damalige Auffassung: Hauptzweck der Schule ist die moralische und religiöse Hebung des Bauern. Man sah im 18. Jahrhundert in der Schule eine Vorstufe zur Konfirmation: durch die Kenntniß des Lesens sollte der Bauer vor allem in den Stand gesetzt werden, selbst die Bibel kennen zu lernen und sich durch sie beeinflussen zu lassen. Die hasterische Eingabe wurde auf dem Frühjahrsländtage von 1766 vorgelegt und von diesem zunächst dem ritterschaftlichen Ausschuß zur Beprüfung

³⁰⁾ EMA. II 45. D. J. v. Haster an den Mitt. Optm. Rebal 2. III. 1766.

überwiesen³¹⁾. Drei Wochen später trug der Ritterschafthauptmann v. Ulrich-Laiß das Schreiben demselben vor und knüpfte daran die Bitte, die hierin erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Darauf ging jedoch der Ausschuß nicht ein, sondern vertagte die Angelegenheit³²⁾. Nun ruhte die Sache mehrere Monate. Erst im Herbst kam der Ausschuß wieder darauf zurück, beschloß aber, die Schulsache „annoch auszu setzen“, mit der Motivierung, „weil so wenige gegenwärtig wären“³³⁾. So war denn zunächst die Entscheidung auf unbestimmte Zeit verschoben und es ist klar, daß keine rechte Neigung bestand, darauf einzugehen. — Der nächste Landtag fand zwei Jahre später, 1768, statt. Auf demselben wurde die Volksschulfrage wieder zur Beratung gestellt, und zwar gleichzeitig von zwei Seiten. Einerseits lief eine Eingabe ein vom estländischen Generalgouverneur Prinzen v. Holstein und den Gliedern der Gouvernementsregierung G. v. Sahdeuß, C. v. Roskull und C. A. v. Berg, in welcher im Namen des estländischen Generalgouvernements nahegelegt wird, daß „die ordentliche Einrichtung von Bauerschulen Aufmerksamkeit verdient“, die Ritterschaft solle auf dem gegenwärtigen Landtage „dienliche Maßregeln“ für die Beförderung des Schulwesens ergreifen³⁴⁾. Gleichzeitig wurden ähnliche Forderungen aus der Mitte des Adels selbst, von den Landräten Graf Tiefenhausen und Graf C. M. Stenbock gestellt, die ausführten, daß Schulanstalten dem Vaterlande zur Ehre gereichen würden, und welche die Unterstützung derselben durch die Ritterschaft wünschen³⁵⁾. Zunächst äußert sich hierzu der Ausschuß, der sentimentiert, die erwünschte Einrichtung der Bauernschulen in Kirchspielen sowie partikulären Gebieten habe bereits „gesegneten Anfang genommen, von Zeit zu Zeit würden mehrere Gegenden folgen, so daß Schulanstalten allgemein werden dürften“; — „wogegen niemand Abgeneigtheit bliden ließ“³⁶⁾. Dieser Beschluß ist nun im Grunde genommen völlig nichts sagend: man bekundet gewisse Sympathien für die gemachten Anfänge und überläßt im übrigen alles seinem natürlichen Lauf, ohne selbst durch irgendwelche Entscheidungen in denselben einzugreifen. Auch das Plenum des Landtages faßt nur einen sehr dürftigen Beschluß: zur Verbesserung des Unterrichts der Bauern sei das

³¹⁾ EMA. A I 28. Landtags-Prot. 6. III. 1766.

³²⁾ dto. Ausschuß-Prot. 27. III. 1766.

³³⁾ dto. Ausschuß-Prot. 4. IX. 1766.

³⁴⁾ EMA. A II 47. Eingabe an den Landtag, Reval 11. I. 1768.

³⁵⁾ dto. Desiderien Graf Tiefenhausen u. Graf Stenbock. Reval 18. I. 1768.

³⁶⁾ EMA. A I 29. Ausschuß-Prot. 14. I. 1768.

Konfistorium zu ersuchen, die Pastoren an fleißige Lokalvisitationen zu erinnern³⁷⁾. — Die Lokalvisitation ist eine in Estland in 18. Jahrhundert allgemein übliche Einrichtung: die Pastoren bereisen die einzelnen Gebiete ihres Kirchspiels, um sich vom Leben ihrer Gemeindeglieder ein Bild zu machen. Dabei nehmen sie Seelenzählungen vor und überzeugen sich vom Grad der Lesekenntniß, indem sie die Bauern aus der Bibel oder dem Gesangbuch vorlesen lassen. Diese Einrichtung soll nun eifriger als früher zur Förderung des Bildungslebens des Volkes benutzt werden. Der Landtagsbeschluß bedeutet hier also keineswegs irgendeine Neuerung und weicht der Frage Hausunterricht oder Dorfschulerrichtung aus. Überraschenderweise hat sich jedoch der Prinz von Holstein mit der vom Ausschuß geäußerten unverbindlichen Bereitschaft zufrieden gegeben, die Beschlüsse auch in dieser Form gebilligt und nur die Hoffnung ausgesprochen, daß die „intendierte rühmliche Absicht“ auch wirklich erreicht werde³⁸⁾. Praktisch erreicht war somit eigentlich gar nichts, was sich auch in der Folgezeit erwies, indem sich nämlich nichts wesentlich änderte. — Das estländische Konfistorium begnügte sich jedoch mit diesem Zustande nicht und rollte bereits wenige Wochen später die Frage von neuem auf. Wiederum wurde eine Eingabe an die Ritterschaft abgefaßt, die auf die völlig ungenügende Zahl und Beschaffenheit der Bauernschulen hinwies. Der Bauer lerne das Lesen eigentlich nur deshalb, weil ihm sonst die Konfirmation und damit auch die Trauung verwehrt werde, daher werde dieser Unterricht auch meist auf die Zeit kurz vor der Konfirmandenlehre verschoben. Dem Bauer gehe durch dieses Aufwachen in größter Unwissenheit jede Lust und Liebe zum Wort Gottes ab, und alle guten Lehren des Pastors seien daher fruchtlos. Dagegen würden Bauernschulen zu größerer Erkenntniß der „göttlichen Dinge“, sowie zur Beförderung eines tätigen Christentums führen. Der Ausschuß möge also nochmals die Frage beraten³⁹⁾. Dieser Eingabe wurde ein Schulplan beigegeben, der gewisse Anhaltspunkte für die Wahl des Schulorts, die vom Lehrer zu fordernden Fähigkeiten und Eigenschaften und die Bestreitung der Unkosten enthielt. Im letzten Punkt wurde ein Geldgehalt durch den Hof, das die Existenz der Lehrers sicher stellte, vorgeschlagen, resp. eine Fundierung auf Land bei Befreiung von allen

³⁷⁾ dto. Landtags-Prot. 16. I. 1768.

³⁸⁾ GMA. A II 47. Prinz v. Holstein an die Estl. Ritterschaft. Reval 18. II. 1768.

³⁹⁾ GMA I. 74. Konfist. Prot. 22. II. 1768.

Arbeiten und Lasten für den Hof oder als letzte Möglichkeit eine Vergütung für jedes Kind nach Beendigung des Unterrichts durch den Hof. Im Interesse des Schulbesuchs war ein gewisser Druck auf die Eltern vorgesehen. Auch dieser Schritt blieb ohne jeglichen Erfolg: der Ausschuß ließ sich die Schrift vortragen, betonte ganz unverbindlich seine Willfährigkeit und die Bereitschaft, den Plan des Konsistoriums etwa sich meldenden interessierten Gutsbesitzern zugänglich zu machen ⁴⁰⁾. Ein Versuch des Konsistoriums, den Plan durch das Generalgouvernement veröffentlichen zu lassen, um ihm dadurch größeren Nachdruck zu verschaffen, scheint keine Resultate erzielt zu haben ⁴¹⁾. So konnte das Konsistorium zunächst nichts weiter ausrichten, als den Pastoren vorzuschreiben, recht fleißig den Unterricht auf dem Lande, so weit er vorhanden, zu überwachen und das Ihrige dazu zu tun, daß diese Anstalten ihre segensreiche Wirkung erfüllten ⁴²⁾.

Jedoch ließ das Konsistorium die Schulsache trotz der bisherigen Mißerfolge nicht ruhen, sondern nahm sie bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder auf.

Auf dem Landtage 1774 stellte der Präses des Konsistoriums, Landrat Baron Wrangell, es zur Beprüfung, „ob es nicht in aller Absicht heilsam und Pflicht eines jeden Herrn sei, dem das Beste seiner Untertanen zu fördern obliege, nun betreffend die Bauerfschulen etwas Bestimmtes zu fixieren“. In einzelnen Gegenden sei zwar was geschehen, und man verspüre da Fortschritte im Lesen und im Christentum, aber anderswo sei nichts erfolgt, und die Kinder hätten keinerlei Gelegenheit zum Lesen, wodurch ihnen die „Erlernung des Christentums“ sehr erschwert werde. Der seinerzeit vom Konsistorium eingebrachte Vorschlag würde nur wenig kosten, das Seelenheil der Bauern aber ungemein befördern ⁴³⁾. Der Landtag war jedoch auch jetzt keineswegs gewillt, hier irgendwelche bindende Verpflichtungen zu übernehmen. Der Harriſche Kreis entschied dahin, man zweifle nicht daran, daß ein jeder Gutsbesitzer privatim seine Bauernkinder zur Schule anhalten werde, wie schon 1768 erklärt worden sei, im übrigen wollte er sich auf jenen Beschluß bezogen haben. Die übrigen Kreise stellten sich auf denselben Standpunkt, und Wrangells Schritt endete somit mit einem

⁴⁰⁾ A. N. d. E. B. G. Afte Nr. 241. Schrift der Eſtl. Ritterschaft an d. Konsistorium Rebal 7. III. 1768.

⁴¹⁾ dto. Konsistorium an den Eſtl. General-Gouverneur III. 1768.

⁴²⁾ ERM I. 74. Konsistorial-Reſkript 14. III. 1768.

⁴³⁾ ERM A I 31. Landtags-Prot. 12. II. 1774.

vollen Mißerfolge ⁴⁴⁾). Jedoch hat diese zum Ausdruck gebrachte moralische Verpflichtung nicht aller Erfolge entbehrt: in manchen Gegenden nimmt gerade in diesen Jahren das Schulwesen einen überraschenden Aufschwung. Voran geht dabei Allentaden: im Luggenhusenschen Kirchspiel werden im folgenden Jahre 5 Schulen unterhalten — unter Maidel, Rōsa, Pūhs, Purk und Hirmus; auch im Jeweschen bestehen jetzt mehrere Gebietschulen. In Harrien ist das Kirchspiel Rosch am fortschrittlichsten, wo Toal, Meds, Paunküll und Tammi Schulen unterhalten; auch in Terwen werden gewisse Fortschritte sichtbar ⁴⁵⁾). Aber immerhin sind diese Ausnahmefälle, und wesentliche Änderungen großen Stils bleiben aus. So schreibt Pastor Jannau, auf die „kräftige Proposition“ des „verdienstvollen Greizes“ Grafen Browne hin seien in Livland zahlreiche Schulen errichtet worden, im Revalschen aber habe er diese Einrichtung nicht bemerken können, es sei denn, daß sie jetzt (1786), wo auch dieses Gouvernement zur Rigaschen Statthaltertschaft gezogen worden, angefangen hätten. Estland kennt sehr wenig Schulbildung; nur hin und wieder finden sich einige Volksschulen, die ein Gutsbefitzer ohne obrigkeitliche Anordnung angelegt hat, die Kinder erlernen das Lesen zu Hause. Die Einfalt ihrer Bauern scheinen einige Herren in Estland mit angeborener Dummheit zu bezeichnen. Nun stellt Jannau die Frage, ob es auch genug sei, um dem Volk Aufklärung und Menschenfenn zu bringen, wenn die Kinder lesen könnten und den Katechismus beherrschten, der Einfluß der Schulen auf die Sitten der Nation müsse mächtig sein. Es dürfe nicht so bleiben, daß die Schule für den Bauern eine Züchtigung und eine Last bedeutet, jeder Gutsherr habe auf das Schulwesen Sorgfalt zu verwenden, von dessen Hebung Jannau beim Bauern Lust zur Arbeit, Liebe zu seinem Lande und Erwachen des Freiheitsfennes erwartet ⁴⁶⁾). Auch andere Schriftsteller dieser Zeit äußern sich zur Frage der Volksbildung. A. W. Hupel stellt fest, daß die Esten oft über unerwartete Fähigkeiten verfügen und Dinge, die nicht allzu fern liegen, leicht begreifen; so erlernen sie das Lesen leicht. Das Schreiben zu lernen, verbieten ihnen aber viele Herren, aus Angst, daß sie diese Fähigkeit zur Ausstellung eines Passes oder Freibriefes mißbrauchen könnten. Die bisherigen Ausflüchte, der Konfirmationslehre

⁴⁴⁾ Ann. 43.

⁴⁵⁾ ENA I. 410. A. C. 1776. Memoriale Luggenhusen, Jewe, Rosch u. Turgel per 1775.

⁴⁶⁾ [G. J. v. Jannau] Geschichte der Sklaverei und Charakter der Bauern in Lief- und Ehstland. pg. 170—173, 185.

fern zu bleiben, werden seltener werden und aufhören, wenn jedes Dorf seine Schule hat oder jedes Bauerngesinde Hausunterricht für seine Kinder einführt⁴⁷⁾). Derartige Äußerungen waren natürlich geeignet, das Interesse für die Volksbildung zu heben. Mit Recht betont Friebe in diesen Jahren das Vordringen der Ideen der Aufklärung bei den herrschenden Ständen und stellt fest: „wenn der edelste Teil einer Nation aufgeklärt ist, was läßt sich da nicht erwarten!“ Jetzt denkt aber der Bauer nicht vernünftiger als ein Pferd, und es ist erstaunlich, wie wenig Fortschritte die Eingeborenen seit ihrer Unterjochung gemacht haben. Dabei fällt aber keine Schuld auf sie, sondern auf ihre Bezwingen, und deren Grundsatz war, wie ihre Behandlung des Volkes zeigt; dieses möglichst in Dummheit zu erhalten, um selbst als Götter des Landes angesehen zu werden. Friebe fordert durch Erziehung und Aufklärung des Bauern die Schaffung einer Grundlage für die in nächster Zeit zu vollziehende Befreiung⁴⁸⁾). Auf solche Weise wurde die Bildungsarbeit am Volke von inländischen Schriftstellern angeregt, dazu kommt dann das gesamte Aufklärungsschrifttum des Auslandes, das sich unter den führenden Ständen auswirkt und an der Schaffung der Bereitschaft für eine am estnischen Volke vorzunehmende Bildungsarbeit mitarbeitet.

Wie weit dieses Schrifttum der Aufklärung in Estland verbreitet worden ist, ist heute natürlich schwer feststellbar. Zugrundegelegt sind ihm, soweit es im Lande entstand, ja vorwiegend livländische Verhältnisse; fraglos waren auch diese Strömungen in Livland stärker, gefehlt haben sie aber jedenfalls auch in Estland nicht. 1785 sind nach den Predigermemorialen bereits über 40 Schulen in den Dörfern Estlands nachweisbar, wozu noch verschiedene Kirchspielschulen bei den Rüstern kommen⁴⁹⁾). Immer wieder werden von Pastoren Schulen gefordert, da ihrer Ansicht nach beim Fehlen jeglicher Bildung auch eine sittliche und religiöse Hebung des Bauernstandes kaum möglich ist. „Die Schulen fehlen, deshalb sind die Religionsbegriffe mancher junger Leute so schwach“ — schreibt der Pastor zu Audö; — „Die Schulen fehlen, das ist ein Haupthindernis rechtschaffener Sinnesänderung“, heißt es im Memorial von Nissi. Pastor Schubbe spricht es aus, seiner Ansicht nach sei der Hauptgrund, weshalb alte Sünden und Laster bei

⁴⁷⁾ A. W. Supel, Topographische Nachrichten II. pg. 125—126.

⁴⁸⁾ A. W. Supel, Nordische Miscellaneen Bd. 18—19. pg. 526—528; Bd. 15—17. pg. 753—757.

⁴⁹⁾ Esml I. 417. A. C. 1786. vgl. Predigermemoriale per 1785.

einem wenig kultivierten Volk nicht ausgerottet werden könnten, daß „die Perle des Evangeliums gleichsam Säuen vorgeworfen werde“ Neben dem Schul- und Lehrermangel sieht ein weiterer Pastor in der „Sklaverei“ ein starkes Hindernis zur Gottseligkeit ⁵⁰⁾.

Man sieht auch die Mängel der bestehenden Schulen ganz deutlich: vielfach sind Leute im Besitz der Lehrerstellen, die sonst zu nichts zu gebrauchen sind, oder sie sind faul und müssen wegen irgendwelcher sonstiger Fehler entlassen werden ⁵¹⁾. Gerade unter den Pastoren bricht dieses Bewußtsein sich immer mehr Bahn, während es beim Adel zunächst nur bei einzelnen deutlich hervortritt. So ruht denn die Schulfrage auf dem Landtage eine Reihe von Jahren und Neugründungen bleiben privater Initiative überlassen. Da brachte die Statthaltertschaftsverfassung eine Änderung, indem Estland nun auch dem Generalgouverneur Grafen Browne unterstellt wurde, dessen Einwirkung die livländische Entwicklung vorwärts gebracht hatte. Browne ist es gewesen, der auch in Estland die Schulfrage wieder aufrollte. Die Art und Weise ist dabei soweit ungewöhnlich, daß sie genauer betrachtet werden soll.—

Es waren mehrere peinliche Prozesse aus Estland zur Kenntnis Brownes gelangt, aus welchen hervorging, daß die betreffenden Verbrecher bis zu ihrem zwanzigsten Lebensjahre keinen Religionsunterricht genossen hatten. Daraus zog Browne die Folgerung, daß Sodomie und andere grobe Laster der Esten nicht aus „vermeintlicher Neigung“, sondern aus Erkenntnismangel und gänzlicher Unwissenheit erfolgten. Er beauftragte den estländischen Zivilgouverneur v. Grotenhjelm, die Schuldigen an diesen Mängeln, Prediger oder Edelmann, zu ermitteln und sich mit dem in jedem Kreise als Kirchenvorsteher eingesetzten Landrat zu beraten, wie der Religionsunterricht zu befördern sei, damit nicht die moralisch-christliche Bildung der Bauern zurückbleibe ⁵²⁾. Grotenhjelm besprach sich daraufhin mit den betreffenden Landräten und dem Präses des Konsistoriums Baron Wrangell. Aus dessen Bericht entnahm er, daß die Kirchenvisitationen gute Kenntnisse in der Religion und im Lesen gezeigt hätten, außer „ganz stupiden und blödsinnigen“. Die Verschuldung des Hanges zur Sodomie durch Adel und Pastoren wies er als unberechtigten Vorwurf

⁵⁰⁾ dto. Memoriale Ruckö, Nissi, M.-Marien, Fiskel per 1785.

⁵¹⁾ dto. Memoriale Jette u. Sr. Jakobi per 1785.

⁵²⁾ G. f. G. u. N. Riga. Mschr. 572. „Correspondence den bessern Unterricht des Christentums in der Mevolschen Statthaltertschaft betreffend“ Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 6. IX. 1785.

zurück, beauftragte aber das Konsistorium, die Pastoren anzuweisen, die Jugend schon frühzeitig durch die Eltern zum Lernen anhalten zu lassen und ihnen durch dieselben Abscheu gegen grobe Laster, speziell Sodomie, einzuflößen. Die Überwachung dieser Verfügung übertrug er den Oberkirchenvorstehern⁵³⁾. Es ist bezeichnend, daß Browne von der Verbrecherstatistik ausgeht und sein Ziel die Verringerung der Kriminalität ist. Die Bildung soll ihm zur Erreichung dieses praktischen Zweckes dienen; an der Aufklärung des Bauern an sich hat er kein sonderliches Interesse. Das beweist die Tatsache, daß er immer wieder dann auf die Schulfrage zurückgreift, wenn ein Kriminalfall ihn an dieselbe erinnert. Irgendwelche genauere Vorstellungen darüber, wie der Aufbau des Schulwesens erfolgen soll, äußert er auch gar nicht. —

Mit dieser allerdings recht optimistischen Schilderung der Bildungsverhältnisse gab sich jedoch Browne nicht zufrieden, sondern machte Grotenhjelm darauf aufmerksam, daß seine Angaben mit den Ergebnissen des Gerichtshofes nicht übereinstimmten. Mehrere Kindesmörderinnen, Diebe und Sodomiten seien über 20 Jahre alt und nicht blödsinnig, dabei aber unkonfirmiert gewesen. Daher solle Grotenhjelm den Präses des Konsistoriums auf die Unvollkommenheit der Pastorenberichte aufmerksam machen (da diese den Sachbestand falsch wiedergegeben hätten) und das Konsistorium auf die wirkliche Verbreitung des Religionsunterrichts acht geben. Browne fordert ganz vollständige Nachrichten über die Einrichtung des Bauernschulwesens an und berichtet über die livländischen Schulzustände. Es sollte darauf gesehen werden, dekretierte der Generalgouverneur, daß nicht, wie es in Livland geschehe, Pastor und Schulmeister zu Visitationen umherfahren, statt aber die Bauern zu unterrichten, von diesen Kontributionen einsammeln⁵⁴⁾. Browne hat zweifellos damit völlig recht, daß sich bei den Kirchenvisitationen leicht ein falsches Bild der Lesekenntnisse und der religiösen Bildung bot, war es doch kaum möglich, in kurzer Zeit eine ganze Gemeinde in der Kirche zu prüfen, wobei es nahe lag, daß die Unkundigen sich zu einer solchen Prüfung überhaupt nicht einstellten.

Grotenhjelm zieht nun beim Konsistorium die entsprechenden Erkundigungen ein und fragt, wie von Browne vorgeschrieben, nach ver-

⁵³⁾ dto. Zivilgouv. v. Grotenhjelm an den Gen. Gouv. Browne. Reval 22. x. 1785.

⁵⁴⁾ dto. Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 1. xi. 1785.

schiedenen Details der Schuleinrichtung: wie das Kirchspielschulwesen beschaffen, ob der Lehrer Land und Hilfsarbeiter zu dessen Bearbeitung habe, wieviel Roggen und Gerste ihm die einzelnen Gefinde als Gehalt zahlen, ob er dieses Deputat auch wirklich erhalte u. s. w.⁵⁵⁾. Daraufhin erhält er eine ausführliche Darstellung der Lage des Schulwesens, in welcher das Konsistorium betont, stets auf eine möglichst weite Verbreitung der Kenntnisse in der Religion geachtet zu haben. Die Visitationsergebnisse ließen durchaus auf Fleiß der Lehrer schließen, woran auch das Vorhandensein einzelner „in Unwissenheit und Herzenshärte“ Beharrender nichts ändern könne; in solchen Fällen sei eben der Fleiß der Lehrer unwirksam gewesen. Die Schuld der Pastoren daran, daß einige zwanzigjährige Unkonfirmierte nicht lesen können, stellt das Konsistorium in Abrede. Wohl aber bestätigt es, daß der Wunsch der Statthalterschaft ohne ausreichende Schulanstalten nicht zu erreichen sei. Das einzige Mittel zur Abhülfe wäre, wenn jeder Hof einen oder mehrere Schulmeister anstellen würde; das Konsistorium habe darauf schon durch Bitten und Unterlegungen an die kompetenten Behörden — gemeint sind hier wohl die Schritte bei der Ritterschaft — hingewiesen. Weiter berichtet das Konsistorium auf die entsprechenden Fragen hin, daß die Lehrer Lohndeputat oder ein Stück Land erhalten, teilweise auch die Kinder zu ihrem Unterhalt beitragen. Zugegeben wird aber, daß beim Fehlen der Schulen „Waisen und Faule“ leicht ohne Hausunterricht aufwachsen können, sich auch den Visitationen der Prediger entziehen. Dieser kann jedoch auf sie keinen Zwang ausüben, bevor sie sich zur Konfirmation melden. Die Parochialschulen anlangend, wird ausgeführt, daß in Estland eigentliche Kirchspielschulen fehlen, wohl aber die Rüster unwissende Kinder während des Konfirmandenunterrichts im Lesen unterrichten. Die Anstellung besonderer Parochiallehrer bei den Kirchen hält das Konsistorium bei der großen Ausdehnung der Kirchspiele für zwecklos, sowie für eine zu starke Belastung der Eltern, tritt aber warm für die Errichtung von Gebietsschulen ein⁵⁶⁾. Dieser Bescheid geht dem Grafen Browne zu.

Zufällig kommt diesem gerade jetzt ein Fall zu Ohren, von dem er annimmt, daß er ihn wieder als Beweismittel für den Mangel

⁵⁵⁾ dto. Zivilgouv. v. Grotenhjem an den Gen. Gouv. Browne. Reval 13. XII. 1785.

⁵⁶⁾ dto. Estl. Konsistorium an die Estl. Statthalterschafts-Regierung. Reval 9. XII. 1785.

an Landschulanstalten ansehen könne: unter dem Gute Undel ist nämlich ein neunzehnjähriger Junge nur mit Mühe daran gehindert worden, an einer Ruh Sodomie zu verüben. Aufß höchste aufgebracht, schreibt Browne an Grotenhjelm, daß solle dem Konsistorium mitgeteilt werden, welches so viel von treuem Unterricht der Prediger und vorzüglichen Landschulanstalten geschrieben habe. Seiner Ansicht nach trügen für derartige schwere Laster vor allem die zum Unterrichten Berufenen die Verantwortung. Das Konsistorium solle sich also energisch der Sache annehmen, widrigenfalls Browne selbst zur Hebung des Unterrichts geeignete Vorschriften zu erteilen droht⁵⁷). Die Sprache des Schreibens ist ärgerlich, was auch bei einem weiteren, einige Tage darauf verfaßten noch, anhält. Er betont, ersehen zu haben, daß die Kirchspielschulen und vielfach auch Gutschulen fehlen. Daß die Bauernjugend die Möglichkeit habe, nach ihrer Willkür mit oder ohne Unterricht aufzuwachsen, schreibt Browne der Nachlässigkeit der Pastoren und Gutsbesitzer zu, die eben alle Schulpflichtigen kennen müßten! Er verfügt, die Landräte als Oberkirchenvorsteher zu beauftragen, die Pastoren streng zu besserer Aufsicht über die Bauernjugend anzuhalten. Im sechsten, spätestens achten Lebensjahre soll der Unterricht des Kindes beginnen, Versäumnislisten sollen die Pastoren und Lehrer dem Gutsbesitzer einreichen⁵⁸). Es ist hier nicht ganz klar, was Browne eigentlich vorschwebt. Er geht fraglos von der Kenntnis der weit besser geordneten und organisierten livländischen Schulverhältnisse aus, denen gegenüber Estland zurück ist, speziell weil keine Schulbehörden vorhanden sind und alles vom guten Willen des einzelnen abhängt. Ob er aber die allgemeine Schulpflicht eingeführt haben will oder nur eine restlose Erfassung der Bauernjugend durch irgendeine Form des Unterrichts, sei es in der Schule, sei es auch im Hause, bleibt unklar, wahrscheinlicher erscheint das zweite. Die Schwierigkeiten, die in Estland einer Schulreform hindernd im Wege stehen, speziell die Armut bei Gutsbesitzer und Bauer, übersieht er hier völlig. Seine Kritik erscheint in vielem fraglos berechtigt, wenn es auch ungerecht ist, die ganze Schuld auf die Geistlichkeit zu wälzen. — Es erscheint fraglich, ob bei der wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Struktur der Zeit in Estland überhaupt wesentlich bessere Verhältnisse möglich

⁵⁷) dto. Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 24. I. 1786.

⁵⁸) dto. Riga 28. I. 1786.

waren. Um noch tiefer in die estländischen Verhältnisse einzudringen, fordert Browne Material über frühere Foundationen von Schulen und die materielle Stellung der Lehrer in Form von Wachenbüchern und ähnlichen Nachrichten an, welches ihm der Gouvernementsprofureur Repjew zustellen soll⁵⁹⁾. Grotenhjelm kommt dem Auftrage Browne's nach und erläßt ein Reskript an die Landräte im geforderten Sinne: sie sollen die Pastoren zu besserer Schulaufsicht anhalten. Ferner sollen sie ihrerseits die Frequenz fördern helfen und speziell die „Abwartung der Schulstunden“ beaufsichtigen, auch dafür sorgen, daß der Unterricht bei den Bauernkindern nicht erst im fünfzehnten Lebensjahre beginne, sondern zwischen dem sechsten und achten; jedenfalls solle es kein achtjähriges Kind mehr geben, bei dem nicht schon der Unterricht in der Religion begonnen habe⁶⁰⁾. Ein neuer Schritt Browne's wiederholt diese Forderungen nach Reformen in noch energischerer Form. Diesemal war es ein in Grotenhof vorgekommener Fall von Blutschande eines Vaters mit seiner sechzehnjährigen Tochter, den Browne als neuen Beweis des üblen Zustandes des Schulwesens auffaßte, — „tierische Laster als Folge von Unwissenheit und Religionsmangel“⁶¹⁾.

Unterdessen erhielt Browne auch die von Repjew angeforderten Daten. Dieser teilte ihm mit, daß auf Grund der schwedischen Kirchenordnung die Posten der Kirchspielschulmeister stets mit den Rüstern verbunden wären. Auch er bestätigte das Zunehmen der Gebietsschulen nach der Aufmunterung der Ritterschaft auf den Landtagen. Über die Gagenverhältnisse der Lehrer kann er natürlich die angeforderten genauen Angaben (wieviel Rülmet Roggen, Gerste oder Hafer, ob Land und Hülfsarbeiten) nicht machen, da solch ein Material gar nicht vorhanden ist. Endlich fügt er eine Liste der Schulen bei, die außer den in den meisten Kirchspielen vorhandenen Rüsterschulen in Estland bestehen⁶²⁾:

⁵⁹⁾ dto. Gen. Gouv. Browne an den Gouv. Profureur Repjew. Riga 28. I. 1786.

⁶⁰⁾ ERA I. 417. A. G. 1786. Statthalterschafts-Regierung an Landrat Graf Stenbock. Reval 5. II. 1786.

⁶¹⁾ dto. dieselbe an das Konsistorium. Reval II. 1786. Nr. 1133.

⁶²⁾ G. f. G. u. A. Riga. Nr. 572. Gouv. Profureur Repjew an den Gen. Gouv. Browne Reval 14. II. 1786.

Stand des Schulnezes um 1785.

Garrien:	Wied:	Wierland:	Serwen:
Baumküll	Pierfal	Maibel — 2	Laupa
Medz — 2	Vogelsang	Miß	Kirna
Pergel	Kirreifer	Burß	Wäh
Hannijöggi	Roidz	Erras	Piomeß
Laakt		Wad	Chiefer
Kreuzhof		Ottenküll	Mexhof
„alle Güter im		im Kirchspiel Jeme	Koif
Kirchspiel Jeme		— 4 Schulen.	Miß
leht“ (8 Schu-			Erwita
len?)			Wao
			Orgena
			Kaltenbrunn
			Kurrijal
			Meßtafen.

In Summa ca 44 Dorfschulen.

Leider fehlen einige Aktenstücke im weiteren Verlauf der Verhandlungen, so daß sich der Gang nicht mehr genau feststellen läßt. Auf Brownes Verlangen hin ordnet Grotenhjelm eine Versammlung von Pastoren, Oberkirchenvorstehern und Kirchenvorstehern an⁶³⁾. Ob dieselbe stattgefunden hat, läßt sich nicht mehr feststellen, das Konsistorium hatte aber schon von sich aus ein Zirkulär an die Pastoren erlassen, das sie auf ihre Pflichten auf dem Gebiet des Hausunterrichts erinnerte. Speziell wird hier wieder vorgeschrieben, daß bei den Lokalvisitationen eine genaue Kontrolle stattfinden soll, über etwaige angetroffene Mißstände sind die Gutsbesitzer zu unterrichten. Wo Schulen vorhanden sind, sollen sie durch die Pastoren möglichst oft besucht und dabei der Unterrichtsbetrieb beeinflusst werden⁶⁴⁾. Die Statthalterchaftsregierung wird vom Konsistorium gebeten, durch geeignete Vorschriften an die Gutsbesitzer diese zur Unterstützung der Lokalvisitationen zu veranlassen; sie sollen vor allem dafür Sorge tragen, daß die Bauern sich auch wirklich dazu einfinden. Auch bittet es, dafür zu sorgen, daß die Untergerichte sich über den Bildungsstand der Verbrecher informieren, um bei Versäumnissen des entsprechenden Gemeindepredigers diesen zur Verantwortung ziehen zu können⁶⁵⁾.

Browne seinerseits setzt seine bisherige Methode der Orientierung

⁶³⁾ dto. Zivilgouv. v. Grotenhjelm an den Gen. Gouv. Browne. Nebal 28. III. 1786.

⁶⁴⁾ EM I. 86. Konsistorial=Prot. 17. II. 1786.

⁶⁵⁾ dto. Konsistorial=Prot. 23. II. 1786.

fort und kann bald wieder auf zwei Diebe aus Wierland aufmerksam machen, die bei einem Alter von 25 und 32 Jahren noch ohne Unterricht und unkonfirmiert sind ⁶⁶⁾).

Wie wenig maßgebend derartige Fälle für die Beurteilung von Schulzuständen sind, geht aus den Ergebnissen der vom Konsistorium daraufhin angestellten Untersuchung hervor.

EMA I 417=a findet sich in dieser Sache ein Schreiben des Pastors C. G. Harpe, datiert St. Katharinen 19. 2. 1787, der melden kann, den fünfundzwanzigjährigen Maddis, Sohn des Jago Jaan aus Husjel, durch mehrere Jahre zum Lesen angehalten zu haben. Maddis habe kaum Fortschritte gezeigt, wohl aber „Bosheit und Laster“ wobei private Gespräche und öffentliche Vermahnung nichts geholfen. Maddis wurde früh Dieb und verfiel dem Alkohol; in der Konfirmandenlehre war er stets betrunken, und da auch die „Stimmung des Herzens“ eine Konfirmation unmöglich machte, wurde er von dieser bis zur Besserung zurückgestellt. Bald darauf beging er den Diebstahl, für den das Browne zu Ohren gekommene Strafverfahren eingeleitet wurde. über einen weiteren Verbrecher, den Willi Jaako Udo, berichtet der Pastor zu Karusen, H. J. Widdendorff, am 30. 8. 1787, daß er seit vier Jahren flüchtig ist und umhervagabundiert; seit jeher hat er von „Wübereien Profession gemacht“ Dieses Vagantenlebens wegen hat er auch nicht zum Lernen und zur Konfirmation angehalten werden können. Ein dritter ununterrichteter Delinquent, der Johannishoffsche Bastard Heinrich, ist laut Mitteilung des Pastors J. J. Poeppener zu St. Jürgen vom 17. 8. 1787 im Kirchspiel überhaupt unbekannt. Derartige Beispiele zeigen, wie wenig hier von einer Schuld des Pastors gesprochen werden kann, und daß auch das Vorhandensein von Schulen vor verbrecherischen Elementen nicht zu schützen vermag.

Browne will nun aber energisch eingreifen und ordnet an, daß alle Personen, die über fünfzehn Jahre alt und noch nicht konfirmiert sind, bis St. Michaelis desselben Jahres ad Sacra admittiert worden sein müssen ⁶⁷⁾. Das mußte nach der estländischen Regel, ohne Kenntnis des Lesens niemand zu konfirmieren, auch auf den Unterricht seine Wirkung ausüben. Mit der Ausföhrung dieses Auftrages verlangte Browne natürlich etwas Unmögliches. Das Konsistorium wies sofort darauf hin, daß die Zahl der wegen „Stupidität“ von der Konfirmation zurückgestellten Bauernjugend in vielen Kirchspielen in die Hunderte gehe, so daß es unmöglich sei, sie alle so schnell zu unterrichten und dabei der Feldarbeit zu entziehen. Und in vielen Fällen werde

⁶⁶⁾ G. f. G. u. A. Riga. Mschr. 572. Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 18. IV. 1786.

⁶⁷⁾ Dto. Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 18. IV. 1786.

man gewisse Personen überhaupt nicht mit gutem Gewissen ad Sacra admittieren können. Das Konsistorium weist zwar wohl die Pastoren an, möglichst Viele zu konfirmieren, bittet aber um Grotenhjelm's Verwendung dafür, daß Browne sich damit zufrieden gebe⁶⁸). Browne scheint das auch eingesehen zu haben, jedenfalls ist er auf seine Forderung nicht mehr zurückgekommen. Wohl aber bringt er die umfangreiche Korrespondenz mit einem positiven Antrag zum Abschluß. Durch Grotenhjelm erteilt er der Ritterschaft den Auftrag, die Schulfrage auf dem nächsten Landtage zu beraten und geeignete Mittel zu einer möglichst guten Einrichtung des Bauernschulwesens ausfindig zu machen. Die Gutsbefitzer sollen auf jede zehn Haken eine Schule einrichten und den Lehrer unterhalten, wobei die Höhe des Lehrergehalts vom Landtage festzulegen ist. Diese allgemeine Einrichtung soll mit dem Beginn des Jahres 1787 ihren Anfang nehmen. Ferner soll in jedem Kirchspiel eine große Parochialschule errichtet werden, wo die Kinder vor der Konfirmation ein Jahr lang Unterricht empfangen. Auch die Besoldung der Parochialschullehrer und der Bau der dazu notwendigen Schulhäuser sollen von den Gutsbesitzern getragen werden. Browne weist nachdrücklich darauf hin, daß außer dem Jegelechtschen Kirchspiel in ganz Estland nicht mehr als 38 Bauernschulen bestehen, es also hinter Livland, das 800 besitzt, sehr stark zurücksteht; der Adel werde sicher nicht ermangeln, etwas dafür zu tun⁶⁹). Das waren nun ganz präzise Forderungen, denen sich die Ritterschaft nicht entziehen konnte, als sie ihr durch die Statthalterchaftsregierung mit der Aufforderung zugingen, auf dem nächsten Landtage Brownes Wünsche aufs beste und pünktlichste zu erfüllen⁷⁰).

Jedoch schon bevor die Ritterschaft offiziell Stellung dazu genommen hatte, zeigten sich Ergebnisse der von Seiten des Konsistoriums eingeleiteten Schritte. So sind bereits im Sommer 1786 im Kirchspiel St. Martens in fast allen Gebieten Schulen im Entstehen, der

⁶⁸) dto. Estl. Konsistorium an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. [Reval VI. 1786]. —

⁶⁹) dto. Gen. Gouv. Browne an den Zivilgouv. v. Grotenhjelm. Riga 7. III. 1786. —

⁷⁰) ERA. II 65. Estl. Statthalterchaftsregierung an den Rittersch. Optm. Reval 21. VII. 1786. —

Ortsprediger beabsichtigt Gelder aus Kirchenlegaten zum Ankauf von Büchern für dieselben zu verwenden⁷¹⁾.

Aus der Wied erfahren wir, daß der Oberkirchenvorsteher v. Derfelden mehrere Zirkuläre an die Pastoren erläßt, sich nach dem Schulwesen und seinen Mängeln erkundigt, sowie die Abhaltung von Kirchspielskonventen anordnet, auf denen Gutsbesitzer und Pastoren Maßnahmen zur Schulerrichtung fixieren sollen⁷²⁾. Ähnliches hat sich jedenfalls auch an anderen Orten zugetragen, bevor die Ritterschaft offiziell zu Brownes Propositionen Stellung genommen hatte.

Aus den Protokollen der folgenden ritterschaftlichen Verhandlungen geht hervor, daß Brownes Forderungen keineswegs auf große Bereitwilligkeit stießen. Zunächst befaßte sich der Ausschuß am 14. Dezember 1786 mit der Vorlage. Er nahm in der Richtung Stellung, die Ritterschaft habe sich schon ohnehin in diesen Jahren die Errichtung von Dorfschulen besonders angelegen sein lassen und sei bereit, auch fernerhin Brownes Wünschen Folge zu leisten. Jedoch sei wegen der Verschiedenheit der Lage und Beschaffenheit der Güter eine allgemeine Regelung der Bauernschulsache nicht leicht durchzuführen. Es soll dabei jedem Gutsbesitzer die Art und Weise der Schulerrichtung, die Höhe des zu zahlenden Lehrergehalts und die Verteilung des Unterrichts selbst überlassen werden, wobei auch nicht auf den Bau besonderer Schulhäuser gedrungen werden soll. Kirchspielsobervorsteher und Pastoren sollen aber darauf achten, daß das Beabsichtigte erreicht werde, ebenso dafür sorgen, daß später die Jugend in den Kirchspielschulen, deren Leitung die Rüster behalten sollen, sich die zur Konfirmandenlehre nötigen Vorkenntnisse aneigne⁷³⁾. In dem im nächsten Jahre abgefaßten Landtagschluß heißt es zusammenfassend, bereits im vorigen Jahre seien größtenteils Dorfschulen errichtet worden. Der Bau besonderer Schulhäuser wäre sehr teuer, da es sich um Hunderte handeln würde; daher wird gebeten, der Generalgouverneur möchte nicht darauf bestehen, sondern die nähere Einrichtung dem Ermessen des einzelnen Gutsbesitzers überlassen bleiben⁷⁴⁾. In allen wesentlichen Punkten wurden also Brownes Forde-

⁷¹⁾ GNA I 417 Pastor Feißig an das Konsistorium. St. Martens 20. II. 1786. —

⁷²⁾ GNA I 417 a. N. E. 1787. Propst Haller an das Konsistorium. Reinis 19. XII. 1786.

⁷³⁾ GNA. N I 35. Ausschuß-Prot. 14. XII. 1786.

⁷⁴⁾ dto. Landtagschluß 1787

rungen nicht erfüllt: die Schulerrichtung blieb auf der Basis der privaten Initiative, die geäußerte Bereitschaft trug keinen verbindlichen Charakter. Die Lehrergehälter wurden nicht vom Landtag festgesetzt, ebensowenig ist die Forderung, auf je zehn Haken eine Schule zu errichten, erfüllt worden. Was die Parochialschulen betreffend beschlossen wird, stellt die alte Rüsterschule auf keine neue Plattform. Einzig die Verpflichtung für die Kirchspielsobervorsteher, sich für das Schulwesen zu interessieren, ist von größerem Belang. Es scheint jedoch, daß Brownes Eifer in der Schulsache nachgelassen hat und er auch durch dieses dürftige Ergebnis zufriedengestellt worden ist. Ein Beweis dafür, wie wenig tief sein Interesse für die Volksbildung war ⁷⁵⁾. Er hat sich zwar später mit dem Gedanken beschäftigt, einen neuen Typ von Normalschulen mit russischen Lehrern durchzuführen, jedoch hat da das Kollegium der allgemeinen Fürsorge dringend abgeraten und betont, die estländischen Dorfschulen genügten völlig den Bedürfnissen der Bauern: gerade dank Brownes Fürsorge hätten sich die Verhältnisse wesentlich gebessert ⁷⁶⁾. So ist wohl auch anzunehmen, daß das Kollegium auf Grund einer 1787 von Browne angeordneten Enquete darüber, ob die vorhandenen Schulen nach Zahl und Größe genügen, günstig berichtet hat ⁷⁷⁾.

Und tatsächlich hat Brownes Intervention trotz der Haltung des Landtages überraschende Erfolge gehabt, indem plötzlich eine starke Welle von Schulgründungen einsetzt ⁷⁸⁾. Noch 1786 hatte die Zahl der Dorfschulen um 40 betragen, bereits im nächsten Jahre sind neben 35 Rüsterschulen — 16 Kirchspiele sind noch ohne solche — bereits 223 Dorfschulen nachweisbar, so daß die Zahl der letzteren sich im Laufe eines Jahres mehr als verfünffacht hat. Kirchspielschulen fehlen zwar in den Kirchspielen Terwenz, dort sind dagegen besonders viele Dorfschulen nachweisbar. Auf die einzelnen Kirchspiele verteilen sich die Schulen wie folgt (die Namen der Orte, wo die Schulen liegen, sind nicht angeführt) ⁷⁹⁾.

⁷⁵⁾ Leider fehlen mehrere Akten über Schulangelegenheiten, die dem alten Aktenverzeichnis zufolge im Generalgouverneurs-Archiv vorhanden gewesen sind.

⁷⁶⁾ A. d. B. G. Akte Nr. 1223 [1788]

⁷⁷⁾ ГА I 417 а. Kollegium der allgemeinen Fürsorge an das Konsistorium. Reval 21. VIII. 1787.

⁷⁸⁾ Die Acta Consistorii für 1787 sind nur in Resten erhalten.

⁷⁹⁾ A. d. B. G. R. Akte Nr. 25, [1817] Konsist. Präs. R. G. v. Mahdell an den Präses der Einf. Kom. v. Uegfüll. Reval 27. II. 1817.

Stand des Schulwesens 1787:

Harrien:		Wied:	
St. Matthias-Kreuz	1;	Goldenberg	—; R. 2.
Nappel	3; R. 1.	Merjama	—; R. 1.
Saggers	9; R. 1.	Röthel	8; R. 1.
Jörden	8; R. 1.	St. Martens	7; R. 1.
Niffi	8; R. 1.	Pönal	?; R. 1.
Kufal	—; R. 4.	Ruckö	—; R. 1.
Kosch.	10; R. 2.	St. Michaelis	1; R. 1.
Jegelecht	8; R. 1.	Leal-Kirrejer	1; R. 1.
Kegel	3; R. 1.	Fidel	—; R. 1.
St. Johannis	3; R. 1.	Karufen	—; R. 1.
St. Jürgens	1; —	Chanehl-Werpel	1; R. 1.
		Reinis	1; —
		Bühhalap	—; —
		Roidz	3; —
		Worms	—; —
Wierland:		Zerwen:	
Galjal	1; R. 1.	St. Petri	14.
St. Katherinen	5; R. 1.	Weißenstein	2.
Wesenberg	3; —	St. Annen	7.
St. Jakob	—; —	Turgel	9.
St. Simonis	11; —	St. Marien-Magdalenen	16.
Maholm	21 (1); R. 1.	St. Johannis	10.
Jewe	12; R. 2.	St. Matthäi	11.
Luggenhusen	7; —	Ampel	5; R. 1.
Wainwara	7; R. 1.		
Klein Marien	5; —		
In Summa: Harrien — 60; Wied — 22; Wierland — 67; Zerwen — 74;			
= 223.			

R. = Kirchspielschule.

NB.: Die Verteilung der Kirchspiele auf die einzelnen Kreise erfolgt hier auf Grund der Verhältnisse der Gegenwart, 1786 liegen durch die in der Statthalterseigenschaftszeit erfolgte Gründung des Baltischportischen Kreises gewisse Abweichungen vor.

Somit befanden sich auf einer sehr großen Zahl der Güter nunmehr Schulanstalten. Auf den ersten Blick erscheint diese Tatsache als ein gewaltiger Erfolg Brownes. Derselbe verliert jedoch stark an Bedeutung, wenn man die Situation näher ins Auge faßt. Was hatten denn die Gutbesitzer gemacht? Aus den Memorialen von 1788 geht hervor, daß die Schulgründungen sich im wesentlichen auf die Ernennung von Lehrern beschränkt haben. Und von diesen heißt es gelegentlich, daß sie kaum mehr Kenntnisse besaßen, als die Bauern selbst; sie können nur fertiger Lesen, und sie kennen die Hauptstücke sowie das

„Lühifene Selletuse Raamat“ auswendig. Ihre Lehrmethode ist rein mechanisch — vielfach sind sie den landläufigen Lastern ergeben ⁸⁰⁾. Wie sollte aber ein Schulwesen gedeihen, wenn die Lehrer unbrauchbar waren! Mit Recht weist Pastor D. W. Masing darauf hin, daß vor allem ein seminaristisch gebildeter Lehrerstand notwendig sei, zu dessen Heranbildung er sich erbietet ⁸¹⁾. Wir hören selten davon, daß besondere Schulkhäuser errichtet, und nie, daß die Schulen auf Land fundiert worden sind. So existierten sie denn 1787 zum großen Teil nur auf dem Papier. Denn neben dem Lehrer gehören auch Schüler zur Schule, und diese blieben vielfach ganz aus oder verschwanden bald wieder. So berichten denn bereits die Pastorenmemoriale von 1788, daß zahlreiche Schulen nicht mehr existieren: in Rõthel sind alle 8 Schulen eingegangen, in St. Martens 5, in St. Johannis in Harrien 4, in St. Petri 11., in St. Marien-Magdalenen 4 u. s. w. Die 21 Schulen von Maholm bestehen zwar nominell, werden aber überhaupt nicht besucht, ebenso steht es mit 10 Schulen in St. Matthäi, in Hanehl, St. Annen, St. Johannis in Terwen und anderweitig. Aus zahlreichen anderen Kirchspielen heißt es, daß die Schulen „keinen merklichen Vorgang“ haben oder „nichts nuß“ sind ⁸²⁾. Der Nutzen solcher „Titular-Schullehrer“, wie sie von Pastor Ignatius-Haggers genannt werden, ist natürlich gleich null, ebenso wenn der Küster als Lehrer besonders besoldet wird, der Pastor aber berichten muß, zu seiner Amtszeit habe er nie einen Schüler gehabt ⁸³⁾. An anderen Orten kommen zwar anfangs einige Kinder in die neugegründete Schule, aber die Frequenz geht schnell zurück, da die Eltern ihre Kinder wieder herausnehmen ⁸⁴⁾. In den meisten Fällen sind die neugegründeten Schulen aus diesem Mangel an Schülern eingegangen ⁸⁵⁾. Woraus erklärt sich nun diese Abneigung der Bauern gegen den Schulbesuch: die Neuerung wurde fraglos als unbequem empfunden, die alte primitive Art, den Kindern zu Hause das Lesen beizubringen, war allzu tief eingewurzelt. Vielfach wurde die Schule geradezu als Strafe aufgefaßt. So sind Fälle beglaubigt, daß in einzelnen Gegenden die Bauern aus Angst vor Schulgrün-

⁸⁰⁾ GNA I 418. A. C. 1789. Memoriale Luggenhufen u. Jette per 1788.

⁸¹⁾ dto. Memorial Pastor D. W. Masing. Luggenhufen. per 1788.

⁸²⁾ dto. A. C. 1789. — die Memoriale der betr. Pfarrrämter.

⁸³⁾ GNA I. 421. A. C. 1796. Memorial Haggers.

⁸⁴⁾ GNA I. 418. A. C. 1789. Memorial Hanehl.

⁸⁵⁾ dto. Memoriale St. Johannis i. J; St. Matthäi, St. Marien, St. Matthias u. a.

dungen den Hausunterricht merklich gebessert haben⁸⁶⁾. Von katastrophaler Wirkung mußte es auf den Unterricht sein, wenn, wie z. B. in Kreuzhof, für jedes Kind ein Schulgeld von einem Rülmet Korn verlangt wurde⁸⁷⁾. Der Hauptgrund für das Fehlschlagen der Schulen ist wohl darin zu suchen, daß der estländische Bauer tatsächlich vielfach zu arm war, um seine Kinder in die Schule zu geben; dieser Grund wird immer wieder von den Pastoren hervorgehoben⁸⁸⁾. Das Motiv, daß die Bauern nicht in der Lage sind, ihren Kindern einen Brotsack mitzugeben, ist vielleicht dabei noch nicht allzu schwer auf die Waagschale zu legen, denn Klagen über die Völlerei der Bauern kommen auch in dieser Zeit vor, oft handelt es sich hierbei fraglos um eine Ausrede⁸⁹⁾. Aber besonders nach Mißernten hungerte der Bauer vielfach tatsächlich. So sind in den ersten fünf Monaten des Jahres 1789 im Reinißschen Kirchspiel allein 236 Personen größtenteils an Hunger gestorben und Pastor Haller schreibt, es seien noch viele Hungernde im Kirchspiel, die Schwere von Elend und Not seien kaum vorstellbar⁹⁰⁾. Das Ausschlaggebende dürfte wohl sein, daß der Bauer, um existieren zu können, die Arbeitskräfte seiner Kinder brauchte, hatte er jedoch noch neben der Arbeit auf dem eigenen Hof Frondienste zu leisten. So bedeutete es für ihn tatsächlich ein Opfer, wenn er seine Kinder zur Schule fortschickte, und die Notwendigkeit dieses Opfers sah er eben noch nicht ein. Und wenn der gute Wille dazu fehlte, war es nur zu natürlich, daß der Bauer sich dieses Opfer, auch wenn er es tragen konnte, nicht auferlegte. In manchen Fällen ließ sich da also Abhilfe schaffen, wenn der Gutbesitzer die Bauern zum Schulbesuch zwang, wie das z. B. im Kirchspiel St. Katherinen auf Betreiben des Pastors Harpe geschah. 1788 sind in der Schule zu Sagimoiß 42 Kinder, zu Tömper 58, zu Burghöwden 45 u. s. w.⁹¹⁾. Nach Pastor Harpes Tode setzt aber auch in diesem Kirchspiel ein Rückgang des Schulwesens ein.

Es kommt aber auch vor, daß sogar Gutbesitzer der Hartnäckigkeit der Bauern in diesem Punkt nicht Herr werden⁹²⁾. Und wo der Bauer

⁸⁶⁾ ESM I. 419. A. C. 1790. Mem. Haggerö; ESM I. 423. A. C. 1798. Memorial Nissi.

⁸⁷⁾ ESM I. 422. A. C. 1797. Memorial St. Matthias.

⁸⁸⁾ ESM I 418. A. C. 1789. Memoriale Rötzel, Ampel, Maholm; ESM I. 419. A. C. 1790. Memoriale Nissi, St. Johannis i. J. u. a.

⁸⁹⁾ ESM I 419. A. C. 1790. Memorial St. Martens.

⁹⁰⁾ ESM I 418. A. C. 1789. Pastor Haller an das Konsistorium. Reiniß 26. v. 1789.

⁹¹⁾ dto. Memorial St. Katherinen.

⁹²⁾ ESM I. 419. A. C. 1790. Memorial St. Simonis.

wirklich hungerte, konnte auch Zwang nichts ausrichten. Ein weiterer schwacher Punkt dieser Schulgründungen ist die Unterbringung: es scheint häufig überhaupt kein Schullokal existiert zu haben, sondern die Schulmeister haben den Unterricht bei sich zu Hause erteilt oder sind umhergezogen⁹³⁾. Eine Schule im Röthelschen geht ein, weil das Gebäude zu baufällig ist; unter Noistfer sind zwei Schulen in den Krüngen untergebracht, wobei die Kruggäste häufig den Schulbetrieb stören⁹⁴⁾. Allerdings bietet das Vorhandensein von Gebäuden auch keinerlei Gewähr: so berichtet der Pastor zu St. Johannis in Terwen, daß er wohl zwei Schulhäuser im Kirchspiel habe, aber von einem Schulwesen nichts entdecken könne⁹⁵⁾. Die Schwierigkeit der Lehrerbefschaffung ist bereits erwähnt worden. Stellenweise gelang es, geeignete Persönlichkeiten zu finden, was bei Autodidakten nicht leicht fallen konnte; dann konnte sich das Schulleben entwickeln, aber anderweitig wurden Personen dazu genommen, die sonst zu keiner Tätigkeit verwendbar und auch als Lehrer unfähig waren. Einige Gutbesitzer suchten nach geeigneten deutschen Personen, es bietet sich ihnen aber nur „lüderliches Gefindel“ an⁹⁶⁾. Zum Lehrerberuf dürften wohl die Krüster am geeignetesten gewesen sein, aber diese Gelegenheit ist seitens der Bauern kaum ausgenutzt worden, wie in St. Jürgens, wo der Revaler Rat den Krüster mit 30 Rbl. jährlich zum Lehrer engagiert hat⁹⁷⁾. Endlich ist der Grad des Interesses von Pastor und Gutbesitzer ein sehr wesentlicher Faktor. So finden wir dank der Fürsorge des Pastors Haller im Pastoratsgebiet von Reiniß drei Schulen in eigens dazu erbauten Gebäuden; im selben Kirchspiel beträgt wenige Jahre darauf allein im Putkasschen Gebiet die Zahl der Schulen sieben⁹⁸⁾. Noch ausschlaggebender ist natürlich die Einstellung der Gutbesitzer, die sich zum Teil zum Schulwesen wohlwollend fördernd verhalten haben⁹⁹⁾. Ein sehr wirksames Mittel wendet der Besitzer des Gutes Addila an, indem er auf dem Hofe Lehrer und Schulkinder speist. So lange er das

⁹³⁾ *ENM* I 418. A. C. 1789. Memorial Zegelecht; *ENM* I 424. A. C. 1799. Memorial Bönal.

⁹⁴⁾ *ENM* I 422. A. C. 1797. Memoriale Röthel, Weißenstein;

⁹⁵⁾ *ENM* I 421. A. C. 1796. Memorial St. Johannis i. N.

⁹⁶⁾ *ENM* I 419. A. C. 1790. Memorial Maholm.

⁹⁷⁾ *Ido*. Memorial St. Jürgens.

⁹⁸⁾ *ENM* I 418. A. C. 1789. u. *ENM* I 422. A. C. 1797. Memoriale von Reiniß.

⁹⁹⁾ *ENM* I 419. A. C. 1790. Memoriale Wesenberg [Tolks, Uchten!] u. Goldenbeck.

durchführt, ist der Schulbesuch rege, späterhin hört er aber damit auf und die Folge ist, daß die Schule eingeht¹⁰⁰⁾. Andererseits hat es aber Gutzbefitzer gegeben, die der Schule Schwierigkeiten in den Weg gelegt haben, so daß sie sich nicht entwickeln konnte. Ob dieses Verhalten häufiger gewesen ist als Wohlwollen, läßt sich heute nicht mehr feststellen, anzunehmen ist aber, daß Gleichgültigkeit wohl am häufigsten gewesen ist, denn solche Fälle von Abneigung werden von den Pastoren immerhin als Ausnahmen gemeldet.

Einige Beispiele sollen dieses Verhalten illustrieren: im Rötthelschen Kirchspiel wollen die Gutzbefitzer keine Schulhäuser bauen, unter dem Vorwande, daß sie vom Zusammenleben beider Geschlechter „Ausweichungen und üble Folgen“ befürchten; sie wollen lieber in den Gebieten Schulmeister unterhalten, bei denen sich die Jugend zum Unterricht einfindet, natürlich ein weit billigerer Modus¹⁰¹⁾. Aus Waiwara wird berichtet, daß die Lehrer Hunger leiden, weil sie von den Eltern keine Vergütung für ihre Tätigkeit erhalten; die Höfe haben hier anscheinend jegliche Subvention versagt, da die Lehrer nur auf Schulgeld angewiesen sind, ein Zustand, bei dem natürlich eine gedeihliche Entwicklung völlig ausgeschlossen ist¹⁰²⁾. — Der 1789 abgehaltene Landtag hatte angeordnet, außer den Hofalvisitationen durch die Pastoren einmal jährlich im Herbst die Bauernjugend auf den Höfen examinieren zu lassen, wobei dieser Beschluß sogar einstimmig gefaßt worden war. Die Gutzbefitzer sollten die Pastoren dabei unterstützen¹⁰³⁾. Tatsächlich haben aber eine Reihe von Gutzbefizern bei der Durchführung dieses Beschlusses Widerstand geleistet. In Sewe wollen sie keine Hofalvisitationen zulassen, in Waiwara hat der Pastor sie deswegen nicht abhalten können, und in St. Jakobi erscheinen nur wenige Bauern dazu, da die Gutzbefitzer es nicht zulassen, daß deswegen Hofarbeit versäumt wird¹⁰⁴⁾.

1791 machte das Konsistorium noch einen Versuch, hier bessernd einzugreifen. Bezugnehmend auf die Berichte in den Predigermemorialen, die wenig Erfreuliches meldeten, forderte es die Pastoren durch ein Reskript auf, mit den Eingepfarrten dahin Rücksprache zu nehmen, daß der Wille Browneß endlich zur Ausführung gebracht werde. Auch

¹⁰⁰⁾ GM I 419. A. C. 1790. Memorial Saggerß.

¹⁰¹⁾ GM I 420. A. C. 1791. Memorial Rötthel.

¹⁰²⁾ GM I 418. A. C. 1789. Memorial Waiwara.

¹⁰³⁾ GM. A I 35. Landtags-Prot. 14. XII. 1789.

¹⁰⁴⁾ GM I 421. A. C. 1796. Memorial St. Jakobi. GM I 422. A. C. 1797. Memoriale Sewe, Waiwara.

dürften in diesem Jahre die Examen der Pastoren auf den Höfen, die bisher nur von wenigen abgehalten worden seien, nicht unterbleiben, Zuwiderhandelnde würden zur Verantwortung gezogen werden ¹⁰⁵). Aber auch dieser Schritt hat keine Besserung erzielen können.

Aus all dem dürfte genügend klar hervorgehen daß der Aufschwung von 1786—1787 nur eine Scheinblüte gewesen ist, und daß nur ein kleiner Teil der errichteten Schulen seinen Zweck erfüllt hat. Im Laufe weniger Jahre war ihre Zahl bis auf einen geringen Rest zusammengeschmolzen, im Jahre 1800 beträgt diese den Memorialen zufolge nur noch 31, liegt also niedriger als vor 1786 ¹⁰⁶). Die Landtagsbeschlüsse und Gründungen waren eben durch äußeren Druck herbeigeführt, wobei die willensmäßigen, wirtschaftlichen und sonstigen Voraussetzungen für einen Bestand der Einrichtungen nicht vorhanden waren. Die Urteile zweier Pastoren aus dieser Zeit geben den Sachverhalt treffend wieder. Pastor Mickwitz in St. Marien-Magdalenen schreibt in einem Memorial: „Die Herrschaft klagt: „Man kriegt keine Schulmeister!“ Der Schulmeister klagt: „Man kriegt keine Schüler.“ Die Bauern: „Der Schulmeister taugte nichts“. Und haben alle recht! Mag immer ein Satanisch Hinderniß seyn!“ Und Propst Lücke zu Ampel führt in seinem Propstbericht aus, daß es mit den Schulen in seinem Sprengel schlecht steht, daß aber der Hausunterricht in fast allen Gefinden erteilt werde. Daran knüpft er seine Betrachtungen: „Und dieß mag denn so lange genug seyn, bis andere Zeiten und Umstände die bessere Kultur auch unsern guten Ehsten zuführen. Mögte nur bey jehigen Umständen kein Prediger lässig, insbesondere in Ansehung der so nothwendigen und wirksamen Lokal-Visitationen seyn.“ ¹⁰⁷) — Die Hebung des Hausunterrichts wird nun allerdings ziemlich übereinstimmend aus den verschiedensten Gegenden beglaubigt, so daß Browne's Intervention und die übrigen Maßregeln doch nicht so ganz ohne Erfolg gewesen sind. Ein Fortschritt war da. Mag es die Furcht vor Schulen gewesen sein, die ihnen etwas kosten würden, welche die Bauern anspornte, oder die häufigen Visitationen und Examen, Ermahnungen und auch Bücherverteilungen ¹⁰⁸). Manche Pastoren sahen denn auch in der Stilllegung der

¹⁰⁵) GMA III. 196. Kirchenbuch Turgel. Konsistorial-Reskript 19. II. 1791.

¹⁰⁶) GMA I 425. A. C. 1801. — die entsprechenden Memoriale.

¹⁰⁷) GMA I 420. A. C. 1791. Memorial St. Marien Magdalenen; dto. Memorial d. Propst Lücke. Ampel 3. I. 1791.

¹⁰⁸) JB. GMA I 422. A. C. 1797 Memorial Fickel: Verteilung von ABC- und Lehrbüchern aus einem Schullegat.

Schulen keine Schädigung des Hauptzweckes, wenn der Hausunterricht sich besserte ¹⁰⁹⁾. Auf dieser Grundlage aber war natürlich nur ein geringes Maß von Bildung erreichbar, das sich im wesentlichen mit Erlernen des Lesens und einigen Kenntnissen in biblischer Geschichte und Katechismus erschöpfte. Diese in Estland schon seit Jahrhunderten übliche Form des Unterrichts wurzelte so fest bei den Bauern, daß es einer langen, energischen Arbeit im neunzehnten Jahrhundert bedurfte, um dem Hausunterricht die ihm angemessene Stellung einer Vorbereitung zum allgemeinen Besuch der Gemeindeschule zuzuweisen. Dieses Ziel wurde jedoch erst erreicht nach einer Zwischenstufe, wie sie die folgende Zeit des vorwiegenden kontrollierten und reglementierten Hausunterrichts darstellt.

So hat denn auch im achtzehnten Jahrhundert eine gewisse Volksbildung bestanden, wenn sie auch nicht weiter als bis zur Lesekenntnis ging. Und von den vorhandenen Schulen mehr zu erwarten, war nicht angängig, da sie auch in der offiziellen Auffassung vor allem den Zweck verfolgten, die Bauernjugend auf den Konfirmandenunterricht vorzubereiten ¹¹⁰⁾.

¹⁰⁹⁾ ENA I 419. A. G. 1790. Memorial Weizenstein.

¹¹⁰⁾ dto. Baron F. Rosen i. N. der Estl. Statthalterchaftsregierung an das Konsistorium. Reval 14. III. 1790.

3. Das Schulwesen in der Zeit der ersten Agrarreform.

Mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts setzen die Reformen der bäuerlichen Zustände ein, die zur Befreiung von der Leibeigenschaft im Jahre 1816 führen. Der Bauer wird somit zu einem Stande, der frei über seine eigene Person verfügen kann und gewisse Rechte erhält. — Ein freier Bauernstand mit dem kulturellen Niveau des achtzehnten Jahrhunderts war jedoch ausgeschlossen; wenn man den Bauern frei ließ, so mußte man ihm auch eine bessere Bildung als bisher geben, damit er in die Lage versetzt wurde, seine Rechte und Freiheiten sinngemäß zu benutzen. Das Prinzip der freien Kontrakte in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Gutsherr und Bauer war nur dann ohne Schädigung des letzteren durchführbar, wenn der Bauer eine zeitgemäße Aufklärung erhielt. Im anderen Falle konnte die Befreiung von der Erbuntertänigkeit und die Aufhebung der Bestimmungen, die ihm die Nutzung seines Bodens sicherten, zu einer Verschlechterung der Lage des Bauern führen. So mußte denn mit der Agrarreform die Reform der Volksschule Hand in Hand gehen. In Livland bringt die Bauernverordnung von 1819 eine genaue Regelung des Schulwesens und die Gründung von Schulbehörden mit sich. War Estland schon im achtzehnten Jahrhundert, was die Schulzustände anlangt, im Vergleich mit seiner Schwesterprovinz stark zurückgeblieben, so wurde auch hier die gesetzmäßige Regelung und der Aufbau des Schulnetzes weit langsamer vollzogen.

Die Tätigkeit der Literaten, wie Jannau, Hupel und Friebe, am Ende des achtzehnten Jahrhunderts ist bereits erwähnt worden. Ein derartiges Schrifttum, das sich mit der rechtlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lage der Bauern befaßt, findet mit der Zeit immer mehr Verbreitung und stellt laut die Forderung, daß der Bauer, der bisher in geistiger Nacht gelebt hat, aus dieser herausgeführt werden und zu Freiheit erzogen werden muß. Das Buch Carl Lieb Merckels, „Die Letten“ hat keine estländischen Verhältnisse zur Grundlage, wohl

aber sehr ähnliche in Südblivland. Dieses Buch hat fraglos auch in Estland bei Adeln und Geistlichkeit Beachtung gefunden und seine Wirkung ausgeübt. Merkel stellt fest, daß die Letten in ihrer Ausbildung um viele Jahrhunderte zurück sind. Ein Haupthindernis der Entwicklung von Schulen sieht Merkel in der Armut der Bauern, die es ihnen unmöglich macht, den Kindern für die Schule Beköstigung und Kleidung zu geben. Die Amtsgeschäfte der Schulmeister — im lettischen Gebiet überwogen Kirchspielschulen bei den Kirchen — beschränkten sich auf das Vorbeten des Katechismus vor den Konfirmanden und die Bedienung des Pastors in der Kirche. Der Unterricht der Kinder bleibt unwissenden Eltern überlassen, so erben sich Dummheit und Aberglauben unvermindert fort. Merkel steht auf dem Standpunkt, daß im achtzehnten Jahrhundert Bauernschulen zwecklos gewesen seien, denn dem Leibeigenen Kenntnisse zu geben, ohne ihm Freiheit oder mindestens menschliche Behandlung zu gewährleisten, bedeute nur, ihm die Augen für sein Elend zu öffnen und ihn zur Verzweiflung zu bringen. Nun aber, wo die Befreiung bevorstehe, seien Unterrichtsanstalten dringend notwendig. Merkel schildert als besonders lobenswertes Beispiel die Fürsorge des Herrn v. Bayer zu Stodmannshof für die Bildung seiner Bauern. Den Pastoren macht er den Vorwurf einer nur sehr oberflächlichen Überwachung des Unterrichts¹⁾. — In Johann Christoph Petri hat Merkel sein estländisches Seitenstück gefunden. Wenn auch geistig weit weniger selbstständig und auch von geringerer Wirkung auf die Öffentlichkeit, ist Petri für uns von ganz besonderem Interesse, eben weil er auf estländischen Verhältnissen basiert und auch den Fragen des Unterrichtswesens einen verhältnismäßig breiten Raum widmet. Er sagt von sich selbst: ich wollte zugleich die nie verjährenden Menschenrechte einer unterdrückten und unglücklichen Nation vindicieren, und so vielleicht ein Scherflein zur Verbesserung ihrer bürgerlichen und moralischen Existenz mit beitragen“²⁾. Bei der Betrachtung der Lage der Esten stellt Petri fest, daß ein Mangel an Bedürfnissen immer einen Kulturmangel zur Voraussetzung hat, daher sei es kein Wunder, wenn die Esten um mehrere hundert Jahre in ihrer Ausbildung zurück wären. Überall sind zwar Lehrer ernannt, aber die Eltern sind zu arm, um den Kindern den Unterhalt in die Schule mitzugeben, und

¹⁾ G. Merkel, Die Letten, vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts. pg. 53 ff; 147, 149, 372.

²⁾ J. Chr. Petri, Estland und die Esten I. pg. XIV.

im Sommer findet der vielen Arbeit wegen keine Schule statt. Die Lehrer bezeichnet Petri als meist abgelebte Eften, die, um nicht zu sterben, nebenbei ein anderes Gewerbe treiben und froh sind, wenn die Kinder etwas lesen können und die fünf Hauptstücke beherrschen. Da der Unterricht aber meist den Eltern überlassen ist, sieht es mit der Geistesbildung des Volkes kläglich aus, Dummheit und Unglauben erben sich unvermindert auf die folgenden Generationen fort. Diesen Zustand sehe jedoch der Adel gerne und befördere ihn nach Vermögen, daher sei es Schuld ihrer Herrscher, daß die Eften nicht so kultiviert seien, wie sie es bei vorhandenen Mitteln sein könnten. Denn natürliche Anlage, Lehr- und Lernbegierde seien nicht völlig von der Natur vernachlässigt, wenn man nur mehr für ihre Entwicklung täte³⁾. Petri will viele Gutsbesitzer gesprochen haben, die geäußert hätten, es wäre besser, den Bauern in seiner Dummheit zu erhalten, als ihn klug zu machen, da er sonst nur Streiche angeben und sich selbst befreien würde. Bessere und hellere Begriffe, als er habe, solle man ihm nicht geben; was sie mehr lernten als ihren Katechismus und die fünf Hauptstücke, sei vom Übel. So hätte ein Herr v. M geäußert, bei Dummheit wäre der Bauer viel glücklicher. Ein Herr v. U(Iric)h hätte die Ansicht vertreten, es wäre besser, von einer allgemeinen Aufklärung abzusehen, sonst würde nur jeder seine Größe und Würde als Mensch fühlen lernen und sich nicht von einem Höheren beherrschen lassen. „Am wenigsten muß der Bauer aufgeklärt werden. Gott bewahre, sonst sind wir alle verloren. Lasse ihn der Pastor seinen Katechismus lernen, und lehre ihn, sich nicht zu besaufen, nicht zu stehlen, nicht zu huren, niemanden todt zu schlagen und fleißig in die Kirche zu gehen, so ist das genug⁴⁻⁵⁾.“ Im III Bande geht nun Petri noch näher auf die Unterrichtsverhältnisse ein: Dorfschulen werden zwar hin und wieder angelegt, aber Lehrer und Unterricht sind meist schlecht, auch weiß der Guts herr meist die Kinder unter irgendwelchen Vorwänden der Schule zu entziehen, weshalb deren Erfolg gering ist. Sehr viele Kinder sind völlig ununterrichtet und bleiben bis zu einem Alter von 14—15 Jahren ohne Begriffe von Gott und Religion. Der Prediger soll sie dann in den wenigen Wochen des Konfirmationsunterrichts zu Menschen und Christen machen. Seit die Obrigkeit (gemeint ist wohl Browne) ein wachsameres Auge in

³⁾ dto. I pg. 379—381, 388;

⁴⁾ dto. I pg. 446;

⁵⁾ dto. II., pg. 402—404.

diesen Dingen hat, soll jedes Gut seine Schule haben, der Pastor Schülerverzeichnisse anfertigen und den Unterricht visitieren. So ist ein gewisser Anfang zu größerer Erkenntnis gemacht, aber dabei ist es auch geblieben! Am Mangel von Bildungsanstalten und dem schlechten Unterricht ist im Grunde die Leibeigenschaft schuld, die gemildert und langsam aufgehoben werden kann; man führe den Esten allmählich aus dem Stande der Rohheit zur veredelten Menschheit. Eine solche Unkultur erwartet aber der Menschenfreund auch nicht im entferntesten Länderwinkel, der von Deutschen beherrscht wird! Zunächst fehlen zwar Fonds zur Erhaltung guter Schulen und Lehrer, der Adel aber, der eben die guten Absichten der Regierung zu hintertreiben sucht, könnte mehr für die Volksbildung tun. Das Land sollte aus eigener Initiative heraus handeln! Aber dann würden ja die Menschen klug, und es ist behaglich, über Dummköpfe zu herrschen! Die sich aus der Streusiedelung für den Schulbesuch ergebenden Schwierigkeiten könnten durch Wandern des Lehrers behoben werden. Gut wäre es, wenn man Deutsche zu Schulmeistern einsetze und ihnen ein gutes Auskommen geben würde. Bisher ist aber das landsche Schulwesen ein trotz aller Verordnungen elendes, unzusammenhängendes Stück- und Flickwerk, und es wird nicht eher damit besser werden, bis ordentliche Schulen eingerichtet und die Lehrer dafür seminaristisch ausgebildet worden sind⁶⁾. In einem späteren Werk präzisiert Petri nochmals seine Grundideen: Freiheit, Eigentum und Unterrichtsanstalten sind die einzigen Mittel, welchen Volksveredelung, Wohlstand und Glückseligkeit entspringen können. Freiheit ohne Eigentum ist nichts, Freiheit und Eigentum ohne Aufklärung ist nichts Gutes, vereint sind sie alles. Die Aufklärung muß v o r a n g e h e n, wozu der Adel noch wenig getan hat, im Gegenteil: der Widerstand vieler Erbherren hat durch die Pastoren gemachte Anfänge erstickt⁷⁾.

Petri gebührt damit zweifellos ein bedeutendes Verdienst, daß er mit so unerbittlicher Schärfe die Mangelhaftigkeit der bestehenden Zustände aufgezeigt und Wege in die Zukunft gewiesen hat. Ihm als Mitteldeutschen mußte ja natürlich die ganze Rückständigkeit der Bildungsverhältnisse besonders stark in das Auge springen. Daß die von ihm skizzierten Ansichten von Gutsbesitzern, deren Namen er meist nicht angibt, authentisch sind, läßt sich heute nicht mehr nachweisen, aber ähnliches findet sich immer wieder in Schriftstücken aus dem

⁶⁾ dto. III. pg. 230—247;

⁷⁾ J. Chr. Petri, Neuestes Gemählde von Lief- und Ehtland. pg. 167.

Jahrhundertbeginn und wir haben keine Ursache, sie für übertrieben zu halten, wenn hier auch aus einer bestimmten Tendenz Beispiele einer besonders rückständigen Formulierung zusammengestellt sind. Den zukünftigen Weg, feste Schulen und Seminare, sieht Petri ganz richtig. Unverständlich aber bleibt es, warum er an deutsche Lehrer denkt; irgendwelche Germanisierungsabsichten bringt er zwar nicht zum Ausdruck, aber es ist unklar, warum er Esten zur Ausübung dieses Amtes für ungeeignet hält. Was Estland anlangt, so überschätzt Petri zweifellos die Reformbestrebungen der Regierungsstellen, jedenfalls hat Browne in erster Linie ganz andere als rein bildungsmäßige Ziele im Auge. — Sollte aber überhaupt der bisherige Zustand des Unterrichtswesens aufhören, so war eine scharfe Kritik der bestehenden Zustände unerlässlich. Daher dürfte auch Petri's Buch sein Teil zum Streben nach einer Neuordnung des Schulwesens beigetragen haben, wenn auch manches bei ihm übertrieben ist und die Verbreitung des Buches keine allzu große gewesen zu sein scheint.

Die Antwort des Pastors H. Fr. Tiebe an Merkel und Petri basiert zwar auf Verhältnissen Südlivlands, die von ihm vorgebrachten Ansichten sind jedoch zum Teil auch ohne weiteres auf Estland anwendbar. Besonders bei Streusiedlung sieht Tiebe große Nachteile des Unterrichts der Bauernkinder in Schulen: jeden Montag muß das Kind zur Schule gehen, auf dem Rücken seinen Proviant, der nur aus trockener, kalter Speise bestehen kann; in der Schule bleibt es bis zum Sonnabend, oft bei großer Kälte und schmal zugemessener Kost. Der harte Boden der Schulstube ist die Woche über sein Nachtlager, bei der ungesundesten Luft, sein Getränk ist kaltes Wasser. Da das Kind es zu Hause viel besser hat, ist es bei der gegenwärtigen Lage der Bauern eine Wohltat, daß sie ihre Kinder zu Hause unterrichten dürfen. Zu Hause in der Familie können die Eltern das Kind viel leichter ernähren, als wenn es einzeln abgespeist worden muß. Trotz der Schulgesetze Alexander I wird Livland noch lange gute Schuleinrichtungen entbehren müssen. Um alle Kinder zu erfassen, hätte jedes Kirchspiel etwa 20 Lehrer nötig! Schwierig wäre es, die Schulen zu fundieren. Die Bereitstellung eines Bargehalts durch Bauern oder Gutsbesitzer wäre für diese eine schwere Belastung, und sollte es die Krone tun, so müßte sie Riesensummen zur Verfügung stellen, was nur zu neuen Steuern führen würde. Und wollte man die Schulen auf Land basieren, wer sollte dieses geben? Um ihnen eine gute Lage zu verschaffen, müßten Bauern ausgesetzt werden. Und wer sollte das Baumaterial liefern sowie die Häuser errichten? Kinder sehr verschie-

denen Altersstufen müßten zusammen unterrichtet werden; auch brauchte der Bauer im Winter wenigstens einen Teil seiner Kinder. Ein großes Hinderniß sieht Tiebe im weiten Schulweg und meint, solange die Letten in Streugefunden wohnten, würden Schulverbesserungen nur fromme Wünsche bleiben und der Realisierung schönster Pläne die größten Hindernisse im Wege stehen. Daher hält Tiebe es für notwendig, statt Schulverbesserungen dem Bauern gesichertes Eigentum, gedruckte Waßenbücher und bessere Rechtspflege zu geben und dadurch seine materielle Lage zu heben, was mehr Lust und Mut zur Lektüre zur Folge haben würde. Neben guten Lesebüchern sind billige Schulbücher zu beschaffen, die nötigenfalls Armen auch kostenlos abgegeben werden müßten. Nebenbei wären dann geeignete junge Leute privatim auf den Lehrerberuf vorzubereiten. Das wäre für den Augenblick ausreichend, da Schulen zu große Hindernisse im Wege ständen⁸⁾. — Dieselben Gegengründe gegen feste Schulen werden wir in der Folgezeit immer wieder in Estland antreffen. Die Entwicklung hat gezeigt, daß sie nur in sehr beschränktem Umfange stichhaltig waren, und daß bei gutem Willen durchaus Abhülfe geschaffen werden konnte. Recht hat aber Tiebe mit der Ansicht, daß eine bildungsmäßige Emanzipation des Bauern ohne eine vorhergegangene Aenderung der wirtschaftlichen und rechtlichen Lage undenkbar war.

a. Die Schulfrage in den privaten Bauern- gesetzen Estlands.

Der Regelung der Bauernfrage durch den estländischen Landtag gehen einige Vorläufer voraus. Mehrere Gutsbesitzer erlassen am Ende des achtzehnten Jahrhunderts private Gesetzbücher für die Bauern ihrer Güter, in denen unter anderem auch die Frage des Unterrichts der Jugend geregelt wird. Das erste dieser privaten Bauernrechte stammt vom Besitzer des Gutes Fickel, Berend Johann von Uexküll, im Jahre 1789. Den Hauptzweck des Unterrichts sieht dieser in der Hebung der Religiosität. Er verlangt, daß die Eltern darauf achten, daß ihre Kinder von der ersten Jugend an lesen lernen, denn „wer Gottes Wort nicht weiß, ist einem Heiden gleich zu achten“. Für die normale Form des Unterrichts hält Uexküll den Hausunterricht durch die Eltern. Wo aber ein solcher nicht möglich

⁸⁾ Hermann Friedrich Tiebe, Die- und Estlands Ehrenrettung gegen Herrn Merkel und Petri pg. 276—283.

ist, weil die Eltern selbst nicht lesen können, sollen die Kinder in die vom Hof errichtete Schule geschickt werden. Bei Nichtbefolgung dieser Verordnung wird den Eltern mit nicht näher präzisierten Strafen gedroht. Die Schule hat in Fickel also nur die Aufgabe, bei Versagen des Hausunterrichts einzugreifen. Der Schulmeister und seine Tätigkeit unterstehen der Aufsicht durch die Kirchenvormünder, welche zu Schulvisitationen verpflichtet sind, bei denen sie vor allem darauf achten sollen, daß die Schulmeister ihre Pflicht erfüllen und die Kinder eifrig lernen. Auf diese Weise soll jeder Fickelsche Bauer lesen können, um dadurch imstande zu sein, sich geistliche Erbauung durch das Lesen der Bibel und anderer Schriften zu verschaffen; eine weiter gehende Bildung ist nicht vorgesehen⁹⁾. Leider läßt sich über die Art der Durchführung dieser Bestrebungen nichts Näheres feststellen; um 1800 ist jedenfalls in den Fickelschen Memorialen nur die Rüsterschule erwähnt.

Diese Bestimmungen sind 1791 von Baron Otto Friedrich Stadelberg in der ersten Redaktion seines Kaltenbrunnischen Bauernrechtes unverändert übernommen worden. In der zweiten Redaktion finden wir jedoch eine Abweichung, indem die von Uexküll unausgeführt gelassenen Strafen für die Eltern, die ihre Kinder nicht selbst unterrichten und auch nicht zur Schule schicken, fixiert werden, und zwar sollen 25 Stockschläge verabfolgt werden, sowie eine Stunde am Pfahl stehen¹⁰⁾. Hier ist also eine bedeutend schärfere Fassung gefunden. Die Kaltenbrunnische Schule hat zu Stadelbergs Lebzeiten tatsächlich mit guten Erfolgen gearbeitet, wie aus den Memorialen von St. Johannis i. J. ersichtlich ist; später ist sie eingegangen. Das ungefähr gleichzeitig erlassene Bauernrecht für Esemaggi von Ebe Ludwig v. Toll enthält keine Paragraphen über Volksbildung, sondern streift diesen Gegenstand nur ganz nebenbei. Es sind darin bauerliche Gerichte vorgesehen, welche darauf zu achten haben, daß die Bauern ihre Kinder und ihr Gefinde zu Gottesfurcht und Lesen anhalten¹¹⁾. Endlich sei hier noch das Randsel'sche Bauernrecht erwähnt, welches von Peter Fromhold von Löwis of Menar einige Jahre später, zwischen 1801 und 1804, erlassen wird. Hier erfährt das Unterrichtswesen eine

⁹⁾ G. Olaf Hansen, Die privaten Bauernrechte Estlands. pg. 91—93; Fickelsches Bauernrecht v. 5;

¹⁰⁾ dto. pg. 98, 153. Kaltenbrunnisches Bauernrecht v. 4. § 2.

¹¹⁾ dto. pg. 338.

weit mehr in Einzelheiten gehende Regelung, wobei zum Teil die Fideleischen Bestimmungen zugrunde gelegt worden sind. Auch hier haben die Eltern für den häuslichen Unterricht ihrer Kinder Sorge zu tragen, aber es ist auch eine Schule vorgesehen, in welche alle zu Hause Vernachlässigten kommen sollen, sowie solche Kinder, deren Eltern alles das, was in der Schule gelehrt wird, nicht selbst beherrschen. Im Hausunterricht haben die Eltern das zu beobachten, was die Schule in dieser Hinsicht bestimmt, widrigenfalls sie wegen Ungehorsams bestraft werden¹²⁾. Der Hausunterricht wird somit genau geregelt und überwacht; er hat zu beginnen, wenn das Kind das siebente Lebensjahr erreicht hat. Der Unterricht im Lesen soll aber ohne Schelten und Drohen vor sich gehen, und im Winter täglich, „etwas zur Zeit“ stattfinden, damit das Kind das Lesen im Laufe des Winters erlernt. Es soll darauf gesehen werden, daß es auch den Inhalt des Gelesenen versteht, weshalb es durch Fragen im Wiedererzählen zu üben ist. Der Hof stellt zum Zweck der Kontrolle jährlich Examen an, bei denen die Kinder mit den besten Leistungen Geschenke und einen frohen Tag erhalten, ihre Erzieher und Lehrer ein öffentliches Lob. Haben dagegen die Kinder schlecht gelernt, so wird die Schuld untersucht und der Schuldige mit Schandstrafen belegt¹³⁾.

Ferner sind für den häuslichen Unterricht zwei Aufsichtsinstanzen vorgesehen. Erstens in der Person des Unter-Kirchenvorstehers, deren es im Randedischen Gebiete zwei gibt, und außerdem im Gemeindericht. Die Unterkirchenvorsteher werden mit Vorwissen des Gutsherrn vom Pastor ernannt und müssen ersterem über vorgefundene Mißstände Bericht erstatten¹⁴⁾. Dadurch, daß Gliedern der Bauernschaft selbst ein Teil der Verantwortung für das Unterrichtswesen auferlegt wird, soll das Interesse für dieses belebt werden. Die Gemeinde soll aber auch sonstige Mithülfe leisten: wo z. B. die Eltern zu arm sind, um ihren Kindern die erforderlichen Lehrbücher zu kaufen, soll hierfür die Gebietslade in Anspruch genommen werden¹⁵⁾.

Was die Durchführung dieser Verordnungen anlangt, so scheint sie hinter dem Beabsichtigten zurückgeblieben zu sein, denn das Vorhandensein einer Schule ist in der Folgezeit in Randel noch nicht

¹²⁾ dto. pg. 288. Randedisches Bauernrecht v. 4.

¹³⁾ dto. pg. 307. Randedisches Bauernrecht vi. 7.

¹⁴⁾ dto. pg. 197, 209—211, 215. Randedisches Bauernrecht I. 3. § 16., I. 5. § 1—5; II. 1. § 8.

¹⁵⁾ dto. pg. 271. Randedisches Bauernrecht iv. 5. § 2.

nachweisbar. Das Haljalsche Kirchspiel bleibt besonders lange ohne Schulen; die erste wird dort 1843 unter Saggad errichtet, also lange nachdem Löwis gestorben war¹⁶⁾. In dieser Hinsicht scheint also das Randellsche Bauernrecht das Schicksal der vielen Schulpläne aus dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts geteilt zu haben. Es besteht aber die Möglichkeit, daß in Bezug auf den Hausunterricht Löwis die beabsichtigte Hebung erreicht hat und dieser den vom Hof gestellten Ansprüchen genügt; die Memorialie von Haljal sind jedoch leider sehr knapp gehalten und erteilen darüber keine Auskunft.

b. Die Unterrichtsverhältnisse um die Jahrhundertwende.

Das Erbe, welches das Zeitalter der Bauernbefreiung auf dem Gebiet der Schule antrat, war sehr gering, wenn man bedenkt, daß 1800 in Estland auf über 500 Güter nur 30 Volksschulen kamen. Diese herrschenden Mißstände hat das Konjistorium trotz aller Bemühungen nicht verbessern können, zwischen den Schulzuständen um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts und am Ende desselben ist der Unterschied kein sehr bedeutender. Dem tatsächlichen Sachverhalt kommt wohl M. Lipp nahe, wenn er ausführt, daß auch die Volksschule des 18. Jahrhunderts ihr Möglichstes geleistet hat, und daß viele Pastoren nach Kräften gearbeitet haben, mit den Schulmeistern zusammen die Kinder lehrend, die Dörfer durchziehend. Dadurch ist die Volksschule des neunzehnten Jahrhunderts vorbereitet worden. Den Fehler sieht Lipp darin, daß die Schule noch nicht zur Sache des Volkes selbst geworden war, sondern diesem aufgezwungen wurde¹⁷⁾. Verhängnisvoll war es, daß sich die Oberkirchenvorsteherämter nicht auch in Estland zu regelrechten Schulbehörden ausgewachsen hatten wie in Livland. Nach den ersten Aufträgen haben sie allerdings manches geleistet. So hatte in Terwen der Oberkirchenvorsteher Landrat v. Baranoff beantragt, jeden Gutbesitzer zur Errichtung einer Schulanstalt zu verpflichten, wobei ein Termin von einem halben Jahre gestellt wurde. In Turgel z. B. nahm der Kirchspielskonvent den Antrag auch an¹⁸⁾. Aber die meisten Oberkirchenvorsteher beschränkten sich auf die Externa der Kirchen und dachten nicht daran, den Schulen ein

¹⁶⁾ EstN I 469/16. N. C. 1843. Oktoberbericht Haljal.

¹⁷⁾ M. Lipp, Kodumaa kiriku ja hariduse lugu I pg. 107.

¹⁸⁾ EstN III 196. Konvents-Protokoll Turgel 11. v. 1786.

größeres Interesse zuzuwenden¹⁹⁾. In St. Jürgens versagen die Kirchen=Obervorsteher völlig (d. h. wohl die des Kirchspiels und nicht des Kreises?): obgleich ihnen vom Konvent auf das nachdrücklichste aufgetragen wurde, unter Anwendung strengster Mittel für die Errichtung von Schulen zu sorgen, nahm das Schulwesen im Kirchspiel keinen Aufschwung²⁰⁾. 1797 erhalten die Oberkirchenvorsteher zwar von der Regierung eine neue Instruktion, die aber anscheinend ihr Interesse nicht weiter belebt hat²¹⁾. — Wie der Rest des zerfallenen Schul=netzes sich geographisch verteilt, ist nicht ohne Interesse zu beobachten. Es ergibt sich nämlich, daß die Schulen keineswegs immer in den wohl=habenderen Gebieten liegen. So fällt es auf, daß in Harrien, wo sonst gar keine Schulen mehr übrig geblieben sind, solche sich im besonders unfruchtbaren und armen Kirchspiel Segeleht gehalten haben. 1800 hat die gesamte festländische Wied keine einzige Schule mehr, auf der Insel Dagö aber befinden sich noch fünf. Folgende Schulen sind 1800 übrig²²⁾: Harrien: Maart, Saggowall, Paunküll.

Wierland: Mönnikorb, Tömpel, Uchten, Schloß Weseberg, Rieckel, Türpsal, Lagena, Neu Wardez, Erras, 3 unter Maidel (sowie 3 in St. Katharinen, die mehr dem Namen nach bestehen).

Serwen: Eyseler, Merghof, 2 Laupa, Erwita, Urrofüll, Kaltenbrunn, Orgena.

Wied: 3 unter dem Pastorat Reiniß, 2 Hohenholm.

Die Rüsterschulen sind fast alle ebenfalls verschwunden — meist sind die Rüster zwar bereit zum Unterrichten, bekommen aber keine Schüler. So beschränkt sich ihre Bildungsarbeit im wesentlichen auf Unterweisung Unkundiger während des Konfirmandenunterrichts, sowie an manchen Orten auf solche Kinder, die die Pastoren ihnen zuschicken, nachdem sie bei einer Lokalbisitation Unkenntnis oder Faulheit vorgefunden haben; in solchen Fällen wird also der Unterricht beim Rüster zur Korrektionsanstalt²³⁾. Daß eine Rüsterschule gut funktioniert, ist ein Ausnahmefall. Dieses ist z. B. in Nuckö der Fall,

¹⁹⁾ Oberkirchenvorsteher der Kreise wie in Livland gibt es in Estland erst seit 1783; vorher werden mit diesem Namen die Kirchenvorsteher der einzelnen Kirchspiele bezeichnet (auch Kirchen=Obervorsteher genannt) Es sind also zwei verschiedene Ämter zu unterscheiden, für welche dieselbe Bezeichnung gebraucht wird.

²⁰⁾ ERM III 45. Konvents=Protokoll von St. Jürgens 28. VII. 1785; vgl. auch die Memorialie von St. Jürgens der ff. Jahre.

²¹⁾ ERM. II 1 38. Rittersch. Protokoll 23. IV. 1797.

²²⁾ ERM I 425. A. G. 1801. — die Predigermemoriale per 1800.

²³⁾ dto. Memorialie Ampel, Goldenbeck.

wo die Rüsterschule 1800 schon seit über 150 Jahren, seit Bischof Thering's Zeiten, besteht. Dort unterrichtet der Rüster im Lesen, außerdem der Pastor seit 76 Jahren 10 Wochen jährlich in Religion und Moral. Für vernachlässigte Kinder ist außerdem ein „Schulmeister Assistent“ angestellt. Die Schultube befindet sich seit 110 Jahren bei der Kirche, der Pastor visitiert täglich den Unterricht²⁴⁾. Die Lehrerage wird aus einem von der Familie von Richter gestifteten Legat bestritten. Der Oberkirchenvorsteher C. v. Knorring-Paschlepp sorgt für die Frequenz, speziell der zu Hause vernachlässigten Kinder²⁵⁾. In Ruckö ist übrigens die Tatsache von Interesse, daß die Schweden weit besser für den Hausunterricht ihrer Kinder sorgen, als die Esten²⁶⁾.

Für den Hausunterricht werden die verschiedensten Wege zur Verbesserung und Kontrolle durch die Pastoren oder interessierten Gutbesitzer eingeschlagen. In Rickholz und Nömmküll sind durch Baron Taube „Unterrichtskubasse“ oder Aufseher angestellt, welche den Unterricht an Hand einer ihnen vom Hof mitgegebenen Instruktion beaufsichtigen²⁷⁾. Baron Pahlen zu Palmß läßt öfters Visitationen und Examen in den Häusern durch die Bauernvorsänger und den Rüster der Filialkirche zu Illomäggi vornehmen, wodurch er den Hausunterricht seiner Bauern zu besonders guten Ergebnissen bringt²⁸⁾. Endlich kommen auch Prüfungen auf den Höfen vor, zu welchen die gesamte Bauernjugend versammelt wird, in der Art, wie es im Randel'schen Bauernrecht vorgesehen ist. Allerdings wird da oft die erstaunliche Beobachtung gemacht, daß der beste Schüler in Gegenwart seines Gutsherrn aus Aufregung plötzlich nicht lesen kann, wodurch sich das wirkliche Bild natürlich verschiebt²⁹⁾. So und in ähnlicher Art wird in vielen Gegenden Estlands der Hausunterricht beaufsichtigt und gefördert. Erteilt wird er meist von den Müttern. Die Pastoren machen immer wieder die Beobachtung, daß dabei bei den Mädchen bessere Erfolge erzielt werden als bei der männlichen Jugend; diese bleibt häufig unwissend, was sich zum Teil durch ihre schwerere Belastung mit körperlicher Arbeit erklärt³⁰⁾. Es ist verständlich, daß in wohl-

²⁴⁾ ERM I 427. A. C. 1803. Memorial Ruckö.

²⁵⁾ dto. C. v. Knorring an die Eingepfarrten des Rsp. Ruckö. Paschlepp 25. XI. 1803.

²⁶⁾ ERM I 420. A. C. 1791. Memorial Ruckö.

²⁷⁾ ERM I 427. A. C. 1803. Memorial Ruckö.

²⁸⁾ dto. Memorial St. Katherinen.

²⁹⁾ ERM I 422. A. C. 1797. Memorial St. Jakobi.

³⁰⁾ J. V. ERM. I 426. A. C. 1802. Memoriale Röhel, St. Simonis u. a.

habenderen Gegenden, wo die Eltern weniger Arbeit leisten müssen, um ihr Leben zu fristen, der Hausunterricht auch besseren Fortgang haben kann als in den armen³¹⁾. Faulheit und Interesselosigkeit spielen aber natürlich auch eine Rolle, und wenn die Eltern selbst nicht lesen können, so wachsen meist auch ihre Kinder ohne Unterricht auf³²⁾. In einer besonders schlimmen Lage befinden sich Waisenkinder, sowie die Kinder von Lostreibern und Knechten, welche früh zur Arbeit in fremde Häuser gegeben werden; dort werden sie meist aus Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit der Brotherren vollständig im Unterricht vernachlässigt³³⁾. Stellenweise kommt es vor, daß die Eltern ihren Kindern privaten Leseunterricht verschaffen: so sind es im Regelschen Kirchspiel 1800 einige alte Weiber, welche dadurch etwas Verdienst haben³⁴⁾. Von Interesse sind Nachrichten, daß der Hausunterricht bei den Gliedern der Herrnhuter Brüdergemeinde besonders eifrig betrieben wird, wie das z. B. für das Gebiet Nhyh beglaubigt ist³⁵⁾. Herrnhut arbeitete ja an einer Vertiefung des religiösen Lebens des Volkes und mußte daher auf Kenntnisse im Lesen besonderen Wert legen, da diese ja erst den direkten Zugang zur Bibel erschlossen. In den Jahren nach 1790 scheint der Hausunterricht einen Aufschwung genommen zu haben, nachher ist er aber in den verschiedenen Gegenden starken Abweichungen unterworfen. So klagt der Pastor in Klein-Marien über eine ständig zunehmende Verschlechterung, so daß der größte Teil der männlichen Jugend, ohne lesen zu können, in die Konfirmationslehre kommt. Im selben Jahre — 1806 — können in St. Marien-Magdalenen von 75 Konfirmanden nur 27 lesen³⁶⁾. Hier handelt es sich dabei um eine verhältnismäßig wohlhabende Gegend! Pastor Ignatius bezeugt, daß manche Personen zwar für ihre Unwissenheit stichhaltige Entschuldigungen hätten, bei vielen aber nur Widerpenstigkeit und Nachlässigkeit vorliegt, wogegen sogar die Verweigerung der Konfirmation nicht durchdringe³⁷⁾. Andere Pastoren berichten von besseren Erfahrungen. Pastor Hippus beobachtet bei den Lokalvisitationen in Nissi, daß die Zahl der „Einfältigen“ immer mehr

³¹⁾ GNA I 431. A. C. 1807. Memorial St. Petri.

³²⁾ z. B. GNA I 425. A. C. 1801. Memorial St. Matthias.

³³⁾ dto. Memoriale Fidel, Hagers; GNA I 426. A. C. 1802. Memorial St. Michaelis usw.

³⁴⁾ GNA I 425. A. C. 1801. Memorial Regel;

³⁵⁾ GNA I 430. A. C. 1806. Memorial Nuckö.

³⁶⁾ dto. A. C. 1806. Memoriale Kl. Marien, St. Marien-Magdalenen.

³⁷⁾ GNA I 426. A. C. 1802. Memorial Hagers;



abnimmt³⁸⁾. In Maholm existieren 1806 keine Schulen, von 54 Konfirmanden können aber nur 7 nicht lesen³⁹⁾. Ein deutliches Bild von der Verbreitung des Lesens bei den Bauern ergeben die Angaben des Pastors zu St. Matthäi über Prüfungsergebnisse bei den Lokalfisitationen im Jahre 1810. Er examinierte im Gebiet Alp 1180 Personen, von denen 44 überhaupt nicht lasen. In Seidel und Orgmeh sind es von 603—24, in Kaltenbrunn von 395—10, in Mehtafen von 72—1⁴⁰⁾. Wenn man auch in Rechnung stellt, daß wohl manche Unkundige überhaupt nicht erschienen sein mögen, ist der Befund immerhin ein durchaus günstiger. Und wenn man die Primitivität der häuslichen Unterrichtsmethoden bedenkt, wird man sich nur darüber wundern können, daß die Lesekenntnis trotzdem so weit verbreitet gewesen ist. Vielfach war es allerdings eine rein mechanische Fähigkeit, ein Nachsprechen und Auswendiglernen der dem Kinde vorgelesenen Sätze. Das verbreitetste Lesebuch war die Bibel, wo den Kindern das Gelesene vielfach inhaltlich unverständlich bleiben mußte. Diese bildete mit dem Katechismus und Gesangbuch meist den gesamten Bücherbestand eines Bauernhauses, welcher zu Unterrichtszwecken zur Verfügung stand. Die Armut machte vielen Bauern den Erwerb anderer Bücher unmöglich, ein Bedürfnis danach fehlte ihnen auch, und in nur wenigen Kirchspielen standen Legate zum Ankauf von Büchern für die Bauern zur Verfügung⁴¹⁾. Allerdings herrschte auch ein empfindlicher Mangel an geeigneten estnischen Volkschriften, und die wenigen vorhandenen waren vielfach in einem ganz falschen Estnisch abgefaßt. Pastor O. W. Masing fällt ein vernichtendes Urteil, wenn er schreibt: wir haben „eine Menge gedruckter Absurditäten und nicht ein einziges Fehler frei geschriebenes estnisches Buch“⁴²⁾.

Und wenn auch ein Kind das Lesen erlernte, so war diese Kenntnis vielfach keineswegs für das ganze Leben erworben: wenn es nach der Konfirmation in die schwere Körperarbeit gelangte, so war oft in kurzer Zeit alles Gelernte wieder vergessen, besonders bei der männlichen Jugend⁴³⁾. So ist es denn trotz der ziemlich allgemeinen Verbreitung des Lesens um das bäuerliche Bildungswesen Estlands um die Jahrhundertwende nur sehr ungenügend bestellt gewesen, und

³⁸⁾ EnM I 428. A. C. 1804. Memorial Nissi;

³⁹⁾ EnM I 430. A. C. 1806. Memorial Maholm.

⁴⁰⁾ EnM I 434. A. C. 1810. Memorial St. Matthäi.

⁴¹⁾ EnM I 431. A. C. 1807. Memorial Rõthel;

⁴²⁾ GG. Pastor O. W. Masing an Pastor Rosenplänter. Maholm 2. IV. 1804;

⁴³⁾ EnM I 426. A. C. 1802. Memorial St. Marien Magdalenaen.

der Reformarbeit des neuen Jahrhunderts standen schwere Aufgaben bevor.

Es ist nicht ohne Interesse, hier als Parallele die gleichzeitigen Verhältnisse in einem Kirchspiel Nordlivlands heranzuziehen. Ich greife dazu die Angaben für das Kirchspiel N ü g g e n im Jahre 1803 heraus: in N ü g g e n besteht eine Parochialschule, die auf $\frac{1}{3}$ Haken Land fundiert ist. Jedes Gefinde zahlt dem Parochiallehrer im Jahr $\frac{1}{3}$ Loof Korn. Ferner existieren im Kirchspiel 13 Dorfschulen; entweder sind dieselben auf Land fundiert, oder der Lehrer erhält ein Korngehalt. Größere Gebiete haben mehrere Schulen, so befinden sich unter Tschelfer deren 5. Diese 13 Schulen werden von 272 Kindern besucht, so entfallen also durchschnittlich auf jede Schule 21 Kinder. Die Gebäude sind klein, teilweise nicht rauchfrei. Das Amt eines Parochiallehrers versteht ein freier Mensch, welcher liest und schreibt, aber dem Trunk ergeben ist. Die Dorfschulmeister können alle gut lesen. Gewählt werden sie durch den Hof, der Pastor prüft sie und nimmt die Anstellung vor. Lehrstoffe sind in den Dorfschulen Lesen, Katechismus und Gesang. Der Pastor berichtet jährlich über den Stand des Schulwesens an das Oberkirchenvorsteheramt. Die Höfe sorgen alle gut für die Schulen in ihrem Gebiet, nur der Hof Mehershof wird hierin als nachlässig bezeichnet. Dort hat die Schule lange gestanden, und die Bauern haben sich selbst an den Ortspastor mit der Bitte gewandt, ihre Wiedereröffnung zu veranlassen⁴⁴⁾. Wenn auch diese geschilderten Verhältnisse nicht ohne Schattenseiten sind, so stehen sie doch hoch über denen in Estland. In Livland ist man bereits zur Fundierung auf Land übergegangen, das Schulwesen ist viel fester organisiert, die Gutzbefitzer tun mehr dafür, und beim Bauern zeigt sich ein Streben nach der Schule. Zum Teil mag das daran liegen, daß Livland die wohlhabendere Provinz ist, aber zweifellos ist der livländische Adel fortschrittlicher und humaner, aufgeklärten Ideen zugänglicher gewesen. In dieser Hinsicht stand eben Estland zurück und konnte von seiner livländischen Schwesterprovinz viel lernen! —

c. Die staatliche Schulgesetzgebung 1802—1804.

In den ersten Jahren des neuen Jahrhunderts nahm Rußland eine gesetzliche Regelung seines gesamten Schulwesens vor. 1802 schuf ein zarisches Reskript die Oberschulkommission in St. Pe =

⁴⁴⁾ M. d. Sch. N. Dorpat. Alte Nr. 248. Schulbericht des Pastor Boß. N ü g g e n 17. VI. 1803.

terſburg, welche die Sorge für die Entwicklung aller Arten von Unterrichtsanſtalten übernehmen ſollte, wobei eine Verteilung des ganzen ruſſiſchen Reiches in Amtsbezirke an ihre Mitglieder erfolgen ſollte. Dieſe einzelnen Glieder erhielten das Recht, für ihren Bezirk das Schulweſen betreffende Verfügungen auszuarbeiten, das geſamte Kollegium hatte dieſelben zu bepröfen und der Beſtätigung des Senats oder nötigenfalls des Zaren zuzuleiten. Das Hauptziel der Oberſchulkommiſſion ſollte die Einrichtung von Univerſitäten ſein, wobei das Reſkript eine ſpättere Übertragung der Aufſicht über die übrigen Schulanſtalten an dieſe vorſah ⁴⁵⁾. Hieran anknüpfend, wurde dann am 5. XI. 1804 ein Schulſtatut erlaſſen, welches für ganz Rußland Gültigkeit haben ſollte. In dieſem Geſetz ſind vier Gattungen von Lehranſtalten vorgeſehen: Univerſitäten, Gymnaſien, Kreiſſchulen und Kirchſpielschulen. Das Geſetz ſchreibt vor, daß jedes Kirchspiel eine Kirchſpielschule erhalten ſoll, welche in Kronskirchſpielen dem Geiſtlichen, in privaten dem Gutſbesitzer unterſtellt iſt. Als ihr Zweck wird die Vermittlung einer zweckentsprechenden Bildung an die Bauernjugend bezeichnet, ſowie Vorbereitung für den Beſuch der Kreiſſchule. Das Programm der Kirchſpielschulen ſoll Leſen, Schreiben, Rechnen und Religion umfaſſen. Jede von ihnen ſoll mindestens einen Lehrer erhalten, der eine Prüfung vor der Kreiſſchule reſp. dem Gymnaſium abzuſlegen hat und der Beſtätigung durch die Univerſität unterliegt. Die Beſtimmungen über den Unterricht ſind in allen Einzelheiten ausgearbeitet. Es wird ausdrücklich verfügt, daß alle einerlei unter welchem Namen vorhandenen und zu errichtenden Schulen ſich dieſen Beſtimmungen unterzuordnen haben. Ihre Leiter ſind zu Berichterſtattung an die Direktoren der Gymnaſien im entſprechenden Bezirk verpflichtet ⁴⁶⁾.

Somit erhielten dieſe Geſetzbeſtimmungen auch für Eſtland Gültigkeit. Formell wurden alſo die Dorſſchulen, die bißher eigentlich niemandem außer der Fürſorge der Landeskirche und einzelner Gutſbesitzer unterſtanden hatten, in das Netz der vom Staat zu errichtenden Lehranſtalten einbezogen. Nun war aber das Geſetz auf die innerruſſiſchen Verhältniſſe eingeſtellt, wo keine Kirchſpiele im Umfang der eſtländiſchen vorhanden waren, die Bauern weit geſchloſſener ſiedelten und es daher möglich war, alle Kinder in einer Kirchſpielschule bei der

⁴⁵⁾ М. Ст. А. Таѣлнн. Конволут „Шуланѣтален 1“ Копе деѣ Зар. Реѣскрптеѣ ан деѣ Сенат. 23. IX. 1802.

⁴⁶⁾ Сборникъ постановлений по министерству народнаго просвѣщенія. I. pg. 118—121, 159. Шулѣѣтатут 5. XI. 1804.

Kirche zu konzentrieren. Ihrem Programm nach steht die vorgesehene Kirchspielschule weit höher als die in Estland vorhandenen Dorfschulen und entspricht etwa der livländischen Parochialschule; in Estlands Bauernschulen wurde nirgends im Schreiben und Rechnen unterrichtet. Eine der estländischen Dorfschule entsprechende Schulgattung ist überhaupt nicht vorgesehen. In Estland bestand kein Unterschied zwischen Krons- und Privatkirchspielen, Kronskirchspiele gab es nicht, und jedes Kirchspiel hatte mehrere eingepfarrte Güter. Überhaupt lassen sich die einzelnen Bestimmungen mit den baltischen Verhältnissen nicht in Einklang bringen. — Im selben Jahre 1804 erfolgte dann die Allerhöchste Unterstellung sämtlicher Schulanstalten des neugegründeten Dorpater Lehrbezirks unter die Universität Dorpat, außer denen, über welche durch ein besonderes kaiserliches Reskript anderweitig verfügt worden war. Die Universität erhielt das Recht, für alle Arten von Schulen, mithin auch die Landschulen, Vorschriften zu erlassen, einschließlich solcher spezieller Natur, wo die lokalen Verhältnisse Abweichungen von den allgemeinen Regeln verlangten. Das Organ der Universität, welches sich mit allen Schulangelegenheiten zu befassen hatte, sollte die Schulkommission sein. Dieser unterstanden die Gouvernements-Schuldirektoren, deren Amtsbereich in Bezirke eingeteilt wurde. Jeder Bezirk erhielt einen Inspektor, welcher die Parochialschulen seines Kreises zu beaufsichtigen und dem Direktor darüber zu berichten hatte. Als spezielle Aufsichtsinstanz sollten den Inspektoren die Pastoren zur Seite treten. Inspektor und Pastor hatten gemeinsam die Wahl des Parochiallehrers vorzunehmen, welche der Bestätigung durch die Schulkommission der Universität unterlag. Sollte es sich als notwendig erweisen, so sollte die Schulkommission es nicht unterlassen, höchstpersönlich die Revision von Parochialschulen vorzunehmen⁴⁷⁾. Die Schulkommission erhielt am 21. III 1804 ein Statut, das ihre innere Organisation festsetzte. Sie bestand aus 7 Professoren, darunter der Rektor, in dessen Hand das Präsidium lag⁴⁸⁾. Zum ersten Gouvernementsschuldirektor für Estland wurde seitens der Kommission Bogislaus Tiedöhl ernannt⁴⁹⁾. Bei dieser Regelung war kein Platz für die beiden Instanzen im

⁴⁷⁾ Періодическое сочиненіе о успѣхахъ народнаго просвѣщенія. v. pg. 2 ff. Universitätsstatut Dorpat § 1, 2, 4, 8, 10, 13, 27.

⁴⁸⁾ Сборникъ постановленій pg. 202. ff. Nr. 32.

⁴⁹⁾ ГАУ I 428. А. Е. 1804. В. Tiedöhl an das Konsistorium. Rebal 20. XII. 1804.

Landes übrig gelassen, die naturgemäß das größte Interesse an der Volksschule haben, sowie die Verhältnisse am besten kennen mußten, nämlich die Landeskirche und die Ritterschaft. Die Pastoren waren zu subalternen Beamten der Organe der Schulkommission geworden, und der Ritterschaft war überhaupt keine Rolle zugebracht. Als oberste Instanz war ein Gremium von Professoren geschaffen, die zum Teil Ausländer waren und die estnische Sprache überhaupt nicht beherrschten oder denen zum mindesten die Verhältnisse des flachen Landes völlig fern lagen. Einezeitils war ihnen eine Aufgabe zur Pflicht gemacht, für die sie ungeeignet sein mußten und der sie deshalb nicht gewachsen waren, anderenteils mußten sie dieselbe aber auch als schwer tragbare Belastung bei ihrer eigentlichen Tätigkeit, der wissenschaftlichen Arbeit und dem Lehramt, empfinden, wenn sie wirklich alles das ausführten, was ihnen die Volksschule betreffend auferlegt wurde. Wurde das Gesetz wirklich durchgeführt, so konnten sich nur unheilvolle Folgen für die Entwicklung der Dorfschulen ergeben. Wir werden aber in der Folge feststellen, daß die Versuche der neuen Organe, die ihnen verliehenen Rechte auch wirklich auszuüben, spärlich und von wenig nachhaltiger Wirkung gewesen sind. Landeskirche und Ritterschaft, die von Natur dazu am meisten qualifizierten Stellen, haben dagegen ihre Stellung im Bauernschulwesen unverändert behauptet, trotz der Versuche, dieselben auszuschalten. Es ist von Seiten estnischer Historiker immer wieder betont worden, diese ständischen Gewalten hätten, besorgt um die Erhaltung ihres Einflusses, die Tätigkeit der Schulkommission gehindert und deren Pläne durchkreuzt⁵⁰⁾. Eine Opposition hat fraglos bestanden, aber die provinziellen Stellen waren auch innerlich vollkommen zu einer solchen berechtigt, da sie es viel eher beurteilen konnten, auf welche Art das Schulwesen im Lande am besten aufgebaut werden konnte. Die von der Schulkommission geplanten Reformen haben sie allerdings gehemmt. Aber die Schulpläne derselben waren so beschaffen, daß sie dem estnischen Volk keinen großen Nutzen gebracht hätten. Und es dürfte auch von der Ritterschaft zu viel verlangt sein, ihr für Reformen bedeutende Lasten aufzuerlegen und diese dann in einer Richtung zu leiten, die womöglich von ihr selbst abgelehnt wurde. Die Regelung von 1804 ist aufgezwungen und unnatürlich, so hat auch die Schulkommission die organische Entwicklung nicht unterbrechen können. Es scheint fast,

⁵⁰⁾ Arnuus, *Cesti ajalugu* I pg. 154; P. Böld in *Cesti*, — *Maan-Rahvas* = *Stultuur*. pg. 949.

als ob sie selbst mit der einen Ausnahme von Parrot sich auch gar nicht recht mit dieser Aufgabe beschäftigen wollte. Jedenfalls ist ihre Wirksamkeit ohne irgendeine wesentliche Bedeutung für die Dorfschule geblieben.

d. Die Reformversuche der Schulkommission der Universität.

Die neugegründete Schulkommission leitete ihre Arbeiten auf dem Gebiet der Bauernschulen damit ein, daß sie ausführliches Material über dieselben zu sammeln begann, um sich mit diesem ihr völlig fremden Tätigkeitsfelde bekannt zu machen. Durch den estländischen Gouverneur wurden von den Pastoren detaillierte Daten über das Unterrichtswesen ihrer Kirchspiele angefordert, wozu besondere Formulare versandt wurden, die ganze 50 Fragen enthielten. Während das aus Livland eingegangene Material noch heute vorliegt, scheint das aus Estland nicht mehr erhalten zu sein, ist jedenfalls in dem sehr unvollständigen Archiv der Schulkommission nicht auffindbar. Wieviel estländisches Material überhaupt eingelaufen ist, ist auch unklar, denn am 15. V 1803 beklagt sich die Schulkommission darüber, aus Estland noch keinerlei Berichte erhalten zu haben. Das ist insofern besonders zu bedauern, als die aus Livland eingesandten, heute vorhandenen Angaben sehr genau sind und manche Einzelfragen des Schulwesens, was Schulräume, materielle Lage der Lehrer, Unterrichtsbetrieb u. s. w. anlangt, deutlich beleuchten, über die wir heute, was Estland anlangt, nur sehr geringe Kenntnisse besitzen⁵¹⁾. — An das Konsistorium erging die Aufforderung, von den Pastoren Vorschläge für die Errichtung der Kirchspielschulen einzuholen⁵²⁾. Eine Reihe von diesen Antworten sind erhalten und bieten ein interessantes Bild der Anschauungen der damaligen Pastorenschaft. Ziemlich allgemein wird die Auffassung vertreten, daß die Errichtung des Parochialschulnetzes bei den estländischen Verhältnissen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoße und daher nicht in Frage komme. Pastor Ignatius Haggerß weist darauf hin, daß der Pastor sich in Estland nicht am Unterricht beteiligen könne, wie das im russischen Schulstatut vorgesehen ist, ohne sonstige Pflichten zu vernachlässigen, da auf ihm ein zu großes Maß von pastoralen

⁵¹⁾ Revalische Wöchentliche Nachrichten 1803 Nr. 22; — *EMN* I 427. N. C. 1803. Heftript der Estl. Gouvernementsregierung. Reval 24. III. 1803.

⁵²⁾ *EMN*. II 11 74. Estl. Konsistorium an den Mitt. Septm. Reval 5. II. 1804.

Amtspflichten laste. Als Rektor der Parochialschule müßte daher ein weiterer Theologe angestellt werden. An Stelle der Kirchspielschulen hält Ignatius für Estland Gebietsschulen für geeigneter, wobei eine jede von diesen ihr eigenes Gebäude und einen seminariistisch gebildeten Lehrer haben müßte. Seiner Ansicht nach kämen Lehrerseminare für die einzelnen Kreise in Frage, oder die Pastoren könnten die Ausbildung der Lehrer übernehmen, was mit ihrer sonstigen Amtstätigkeit durchaus vereinbar wäre⁵³). Ein anderer Pastor, Wiedermann in Hanehl, erklärt sich ebenfalls für die Errichtung von Gebietsschulen und will je nach der Größe des betreffenden Bezirks in jedem 1 bis 3 Schulen errichtet sehen. Er stellt aber gleich die auf der Hand liegende Frage, wer denn die entstehenden Kosten übernehmen soll. Er scheint selbst im Grunde an der Ausführbarkeit seines Vorschlages zu zweifeln, und schlägt daher als zweite Möglichkeit vor, im Winter durch den Rüster Unterricht erteilen zu lassen. Er greift also auf die alte Rüsterschule des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts zurück und bedenkt gar nicht, daß dabei ja genau dieselbe Schwierigkeit wie beim russischen Schulstatut entsteht, da ja auch hier sämtliche Kinder ausgedehnter Kirchspiele bei einer einzigen Persönlichkeit zum Unterricht konzentriert werden müßten⁵⁴). Pastor Holz in Regel spricht sich für die Schaffung zweier Schultypen aus: auf eine bestimmte Anzahl von bäuerlichen Seelen will er Leselehrer einsetzen, womit seiner Ansicht nach der durchschnittlichen Bildung des Bauern Genüge getan wäre. Für solche aber, die eine weiter gehende Bildung zu erlangen wünschen, will er Parochialschulen errichten, wo die Rüster den Posten des Parochiallehrers bekleiden und Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen erteilen sollen. Dabei gibt er einem Gedanken Ausdruck, den wir bisher von estländischen Pastoren nicht ausgesprochen finden, nämlich daß durch das Lesen nicht nur religiöse und moralische Begriffe vermittelt werden sollen, sondern auch nützliche, im praktischen Leben verwertbare Kenntnisse⁵⁵). Hier ist eine neuere Auffassung vom Zweck der bäuerlichen Bildung angedeutet, die dem achtzehnten Jahrhundert in Estland fern gelegen hatte. Während Holz eine höhere Bildung nur solchen geben will, die es selbst erstreben, spricht sich Pastor Haller-Reinisch für ein größeres Maß von Bildung bei der gesamten bäuerlichen Jugend aus. Er ver-

⁵³) EM 175. Pastor Ignatius. Hagger's 25. XI. 1803;

⁵⁴) dto. Pastor Wiedermann. Hanehl. [Undatiert].

⁵⁵) dto. Pastor Holz. Regel 12. XII. 1803.

langt allgemeinen Unterricht in Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion, aber auch in Naturgeschichte und Geographie, damit der Bauer in die Lage versetzt werde, „seine Bestimmung als Mensch zu fühlen“⁵⁶⁾. Mit diesem aufgeklärten Standpunkt ist er seiner Zeit weit vorausgeeilt; diese Forderungen hat die Dorfschule unter der Leitung von Ritterschaft und Landeskirche überhaupt nicht in vollem Maße erfüllt. Haller macht selbst darauf aufmerksam, daß der Realisierung seiner Forderungen unendlich viel Hindernisse im Wege stehen. Als Voraussetzung bezeichnet er das Vorhandensein eines dem Volk entnommenen, seminaristisch gebildeten Lehrerstandes, sowie die Anlage von Fonds zum Zweck der Gründung von Schulen, die geschaffen werden müßten, ohne die Bauern zu belasten.

Im Gegensatz zu solchen in ferne Zukunft weisenden Gedanken beschränken sich die Vorschläge von Pastor Hirschhausen = Zegelecht auf Erreichbares. Auch er ist für die Errichtung von Dorfschulen, aber die Hauptaufgabe derselben soll in der Erteilung des Leseunterrichts liegen. Es soll dort jedoch ein verständnisvolles Lesen geübt werden und nicht eine rein mechanische Tätigkeit. An Stelle der bisher gebräuchlichen Lesebücher rein geistlichen Inhalts wünscht Hirschhausen solche, die auch Natur- und Erdbeschreibungen enthalten. Personen, welche den speziellen Wunsch dazu äußern, müßte seiner Ansicht nach auch Schreibunterricht erteilt werden⁵⁷⁾. Pastor Haken = Merjama macht Vorschläge, welche sich in sehr bescheidenen Grenzen halten. Es sollen seiner Ansicht nach aus jedem Gebiet 1 bis 2 Lehrer gewählt werden, die für ihre Lehrtätigkeit ein „kleines, notdürftiges Gehalt“ erhalten und von der Hofszarbeit befreit werden sollen. Ihre Schulen sollen von Kindern im Alter von 12 bis 15 Jahren besucht werden, wobei aber auf Grund einer jedesmaligen Erlaubnis des Pastors nebenbei auch Hausunterricht bestehen bleiben soll. Haken hat den Bau besonderer Schulhäuser vorgesehen, die mit notdürftigen Fenstern, Rauchfang und Ofen versehen werden sollen⁵⁸⁾. Die Beheizung der Schule sollen die Kinder bestreiten, ebenso sollen dieselben ihre Kost und die erforderlichen Lehrmittel mitbringen⁵⁹⁾. — Haken begeht hier vor allem den Fehler, daß er den Schulunterricht so spät beginnen läßt, zu einer Zeit, wo die Kinder schon in einem viel

⁵⁶⁾ dto. Pastor Haller. Meinis 12. XII. 1803.

⁵⁷⁾ dto. Pastor Hirschhausen. Zegelecht 10. XII. 1803.

⁵⁸⁾ Aus der speziellen Aufzählung dieser Dinge kann gefolgert werden, daß diese bei den bisherigen Schulhäusern nicht allgemein üblich waren.

⁵⁹⁾ GNA 175. Pastor Haken. Merjama 3. XI. 1803.

größeren Maße als Arbeitskräfte in Betracht kommen. Auch scheint er von der Notwendigkeit einer genügenden Lehrerbefoldung nicht überzeugt zu sein!

Sehr zweckentsprechend erscheinen die Vorschläge des Pastor Kettler zu Bönal, in welchen eine Reihe der herrschenden Übelstände Berücksichtigung finden. Er spricht sich für die Errichtung dreier Typen bäuerlicher Lehranstalten aus. Als niederste Gattung will er auf alle 15 bis 20 Haken Gebietschulen errichten, welche zusammen mit den Lehrerwohnungen in warmen, trockenen Gebäuden untergebracht werden sollen. Das Amt des Lehrers sollen nicht, wie das vielfach vorkommt, „abgelebte“ Leute bekleiden, sondern nur Personen, die durch Gesundheit und Intelligenz wirklich dazu qualifiziert sind. Damit sich aber solche Personen auch um Lehrerstellen bemühen, soll ihre materielle Stellung gehoben werden. Als zweite Stufe sind bei Kettler Parochialschulen vorgesehen, in welchen der Küster den Kindern freier Eltern Unterricht erteilt. Kettler will die Küster in ihren Funktionen als Lehrer vom Staat auslagern lassen. Die Dorfschulmeister und Küster sollen in der obersten bäuerlichen Lehranstalt, einem für das ganze Land zu errichtenden Seminar, ihre Ausbildung erlangen; wenn eine Stelle zu besetzen ist, soll den Seminarabsolventen der Vorzug gegeben werden. Kettler will den Hausunterricht nicht vollständig ausschalten, sondern fähigen Eltern die Möglichkeit gewähren, bei demselben zu bleiben. Er soll jedoch einer festen Kontrolle unterliegen, die vom Pastor bei der Gelegenheit der Schulprüfungen vorgenommen werden soll⁶⁰). Ein derartiger Aufbau des bäuerlichen Schulwesens hätte wohl am meisten den vorhandenen Bedürfnissen entsprochen. Die Schwierigkeit bei der Durchführung lag wohl vor allem bei der vorgesehenen finanziellen Beteiligung des Staates; die spätere Entwicklung hat gezeigt, daß der Staat keineswegs zur Übernahme von Lasten zum Besten der Dorfschule bereit war. Diese drei Schulstufen sind immer wieder in zahlreichen späteren Projekten empfohlen worden und in der Mitte des Jahrhunderts wirklich zur Durchführung gelangt. — Im Gegensatz zu diesen Vorschlägen äußert sich Pastor Winkler-Stürgens weit vorsichtiger und kann sich nicht vom Hergebrachten lösen. Er spricht sich strikt gegen eine schnelle Aufklärung des Volkes aus und zieht eine allmähliche vor. Sein Ziel ist, daß wirklich alle Kinder lesen lernen. Er denkt zwar an Leselehrer und Unterrichtsaufseher, behält aber als Basis den Hausunterricht bei und weist den Gedanken

⁶⁰) Dto. Pastor Kettler Bönal. [Undatiert].

der Anlage fester Schulen in allen Dörfern zurück. Als wichtigste Vorbedingung eines gedeihlichen Selbstunterrichts betrachtet er das Vorhandensein geeigneter Schulbücher, wodurch er Dorfschullehrer ersetzen zu können glaubt. Er will eine Kommission begründet wissen, welcher das Monopol auf den Druck estnischer Schulbücher übertragen werden soll. Diese Kommission soll dann ein Projekt progressiven Unterrichts durch Bücher entwerfen, dessen Durchführung von der Ritterschaft finanziert werden soll. Für notwendig hält Winkler ein ABC-Buch, ein Lesebuch für Anfänger, ein Elementarbuch der Religion, biblische Erzählungen, ein ausführliches Religionsbuch für Fortgeschrittene und endlich ein Lesebuch lehrhaften Inhalts für Erwachsene. Die Anlage eines Seminars wäre Winkler zufolge zu teuer, auch nimmt er an, daß nicht alle Absolventen für ihre später einzunehmende Stellung qualifiziert sein würden, und bezweifelt daher überhaupt einen größeren Wert des Seminars⁶¹⁾. — Die Gedanken Winklers erscheinen vollständig verfehlt. Die Notwendigkeit befriedigender Schulbücher war ja nicht in Abrede zu stellen, aber wenn dieselben wirklich Nutzen stiften sollten, so mußte auch die Fähigkeit vorliegen, sie mit Verständnis zu benutzen. Bei dem Bildungsniveau der Mehrzahl der damaligen Esten war aber dieses völlig ausgeschlossen. Auf eine rein mechanische Lesefähigkeit ließ sich kein progressiver Selbstunterricht aufbauen. Die von Winkler gegen die Seminare vorgebrachten Argumente sind keineswegs soweit stichhaltig, um diesen Gedanken vollständig fallen zu lassen: die Qualifikation der Zöglinge für ihr späteres Amt mußte sich im Laufe des mehrjährigen Lehrganges im Seminar erweisen; da lag doch jederzeit die Möglichkeit vor, ungeeignete Elemente schon rechtzeitig von der Lehrerlaufbahn fernzuhalten. Wenn auch nachher einige Versager vorkommen sollten, so genügte das doch nicht, um die Sache selbst von vornherein als abgetan zu betrachten. Ebenso wenig angängig erscheint es, den Seminarplan ohne weiteres als zu teuer fallen zu lassen. Winkler überschätzt überhaupt den Wert der Leistungen des Hausunterrichts bedeutend.

Aus diesen Äußerungen aus der Mitte der Geistlichkeit geht übereinstimmend hervor, daß man allgemein mit den bestehenden Unterrichtszuständen unzufrieden war und nach neuen Wegen suchte, um den Bauern einer höheren Kulturstufe zuzuführen. Der eine nahm dabei in seinen Vorschlägen mehr Rücksicht auf die bestehenden Schwierigkeiten, während der andere weiter gesteckte Ziele hinstellte. Das Bewußtsein

⁶¹⁾ dto. Pastor Winkler. St. Jürgenß. [Undatiert]

der Notwendigkeit einer Schulreform ist aber der Pastorenschaft Eßlands gemeinsam, wobei die Schulen ihrer Ansicht nach in erster Linie der religiösen Erziehung dienen sollen; treffend charakterisiert jedoch Pastor Zahn auf Grund gemachter Erfahrungen die Situation, wenn er vor allem die Einhaltung einmal gefaßter Beschlüsse, gleichgültig welchen Inhalts, verlangt, da ja bisher alle Ansätze zu einer Hebung des Schulwesens nach kurzer Zeit wieder eingeschlafen seien ⁶²⁾.

Alle diese Äußerungen wurden im Konsistorium gesammelt, gesichtet und auf Grund derselben der Entwurf für die Schulkommision ausgearbeitet.

Derselbe gliedert sich in sechs Abschnitte; ins Detail wird dabei nicht gegangen, sondern es sind nur ganz allgemeine Richtlinien aufgestellt. Der Inhalt ist folgender: laut Meinung der Pastoren wäre die Errichtung von Kirchspielschulen überall zuträglich, speziell wenn die Bauernkinder die Möglichkeit eines regelmäßigen Besuchs derselben hätten. Unterricht durch die Prediger komme jedoch in Eßland aus Zeitmangel kaum in Frage. Wo solle man aber die Mittel zur Errichtung des Seminars und zur Lehreranstellung hernehmen? Gegenwärtig wären kaum geeignete Lehrer ausfindig zu machen. Schulen hätten nur dann Sinn, wenn das Gros der Bauernjugend sie besuche, deren Konzentrierung in einer einzigen Kirchspielschule aber sei unmöglich. Wo sollte man sie denn beherbergen? Auch wäre aus sittlichen Gründen das Zusammenwohnen so großer Mengen von Bauernkindern bei ungenügender Aufsicht nicht wünschenswert. Durch Abwesenheit der Kinder würde den Eltern ein empfindlicher Ausfall von Arbeitskräften erwachsen. Da aber jedenfalls irgendetwas geschehen müsse, wollten die Pastoren die bereits vorhandenen Schulen vervollkommen, die Gutbesitzer überall zur Anlage neuer bewegen, und wo das unmöglich, alles, was in ihrer Macht steht, zur Hebung des Hausunterrichts tun. Notwendig wäre laut Ansicht des Konsistoriums die Anlage eines Fonds zur Beschaffung von Lehrmitteln ⁶³⁾.

Wenn man diesen endgültigen Entwurf mit den zum Teil wesentlich weiter gehenden Einzelvorschlägen der Pastoren vergleicht, so erscheint er immerhin als recht dürftig. Der Hauptfehler liegt darin, daß an der bisherigen rechtlichen Grundlage des Schulwesens nicht gerüttelt wird: der Entwurf basiert auch für die Zukunft auf der mehr oder weniger großen Initiative der Pastoren und dem Interesse und der Opferwilligkeit der einzelnen Gutbesitzer, an Stelle der Aufstellung irgend welcher allgemein verbindlicher Vorschriften; es bleibt bei Freiwilligkeit statt des notwendigen Zwanges. Der ganze Entwurf bewegt sich in Wünschen, Möglichkeiten und Unmöglichkeiten und stellt kein positives Arbeitsprogramm auf.

⁶²⁾ EMA 175. Pastor Zahn. Pöhhalep 7. XII. 1803;

⁶³⁾ EMA. A II 74. Eßl. Konsistorium an den Mitt. Spdm. Rebal 5. II. 1804.

Diesen Entwurf übersandte das Konsistorium dem Ritterschaftshauptmann von Wetter-Rosenthal-Felds, welcher ihn am 5. März 1804 dem estländischen Landtage vorlegte. Dieser hatte schon 1802 beschlossen, auf dem nächsten Landtage die Verbesserung der Bauernschulen genau zu berathschlagen, welcher Beschluß auf die Initiative der Kommission zur Ausarbeitung eines Bauernregulativs erfolgt war, ohne daß hierbei eine Beeinflussung von auswärts vorgelegen hätte. Diese verschobene Beschlußfassung fiel also mit der Proposition des Konsistoriums zusammen. Nun erklärte sich der Landtag mit den aufgestellten Grundsätzen vollständig einverstanden, da die estländische Ritterschaft stets den Voratz zu erkennen gegeben habe, soweit es die Lage des Landes und der Ritterschaft gestatte, an der Verbesserung des Bauernschulwesens mitzuarbeiten⁶⁴⁾. Dieser Beschluß unterscheidet sich nicht irgendwie grundsätzlich von den früheren unverbindlichen Bereitschaftserklärungen: ein Versprechen, Schulen zu gründen, wird hier zwar quasi gegeben, aber ohne irgendetwas Näheres zu fixieren, was dieses im Grunde völlig illusorisch macht. — Der Entwurf des Konsistoriums ist daraufhin der Schulkommission zugegangen, die sich nun mit demselben befassen mußte. Es scheint, daß hier, ebenso wie in gewissen Regierungskreisen, Meinungsverschiedenheiten darüber bestanden, ob die Schulkommission überhaupt für die Bauernschulen kompetent sei, obgleich der Buchstabe des Gesetzes das festlegte. So hat anscheinend der estländische Gouverneur v. Langell diese Frage im negativen Sinn entschieden: auf eine Anfrage des Generalgouverneurs Graf Buxhöwden, welche Schulanstalten Estlands der Universität unterständen, zählt Langell diesem sämtliche bestehenden städtischen Schulanstalten des Landes auf, erwähnt aber die Existenz von Dorfschulen mit keinem Wort⁶⁵⁾.

In der Schulkommission war es in erster Linie der Rektor G. F. Parrot, welcher sich für das Volksschulwesen interessierte. Sein Bestreben ging dahin, die Volksschule tatsächlich so weit unter den Einfluß der Kommission zu bringen, wie dieser ein solcher durch das russische Schulgesetz auf dem Papier eingeräumt worden war⁶⁶⁾. Wahrscheinlich hat er sich mit der Bearbeitung des Planes, den das

⁶⁴⁾ *EMA. A I 41*. Landtags-Protokoll 27. u. 28. VI. 1802; *EMA. A I 43*. Rittersch. Protokoll 5. III. 1804; Mitt. Hptm. v. Wetter-Rosenthal an den Kons. Präsid. Landrat v. Löwenstern. 5. IV. 1804;

⁶⁵⁾ *A. d. B. G. G. Riga. Afte Nr. 911*, 1804. Gouv. v. Langell an den Generalgouv. Graf Buxhöwden. Reval 10. XII. 1804. Nr. 2424.

⁶⁶⁾ Wilhelm Züß, *Karl Morgenstern*. pg. 156.

Konfistorium eingereicht hatte, beschäftigt — jedenfalls macht er sich daran, einen Kirchspielschulplan für den Dorpater Lehrbezirk auszuarbeiten, der Ende des Jahres 1804 fast fertig war. Aus seiner Kenntnis der baltischen Verhältnisse heraus kam auch er zur Überzeugung, daß hier das russische Schulstatut nicht zu verwirklichen sei: am 11. Dez. 1804 äußerte er sich in diesem Sinne dem Zaren gegenüber⁶⁷⁾. Um seinen Plan wirksam zu vertreten, verschaffte sich Parrot die Genehmigung zu einer Reise nach St. Petersburg. Wie er dort seine Aktion durchgeführt hat, läßt sich im Einzelnen nicht mehr feststellen, sicher ist jedoch, daß die oberste Schulbehörde Parrots Plan annahm. Jedoch zog sich dann die Sache in die Länge, so daß Parrot sich Ende des Jahres 1805 noch einmal nach St. Petersburg begeben mußte und dort drei Monate des Planes wegen verhandelt hat⁶⁸⁾. Unterdessen war der Plan durch die Oberschulverwaltung dem Generalgouverneur Graf Burghöwden übergeben worden, welcher ihn an die Zivilgouverneure der einzelnen Provinzen weiterleitete, da der Unterhalt der Schulen dem Plan zufolge auf die einzelnen Länder fallen sollte. Die Gouverneure sollten den Plan den Ritterschaften und Städten vorlegen und deren Stellungnahme dazu einholen⁶⁹⁾. Am 18. Oktober 1805 wurde dann der Entwurf durch den Gouverneur v. Langell dem estländischen ritterschaftlichen Ausschuß zugesandt⁷⁰⁾.

Inhaltlich kommt Parrots Plan den Ausführungen von Pastor Kettler-Pöna nahe, indem auch hier drei Schultypen vorgesehen sind. Die unterste Stufe stellen die Dorf- oder Primarschulen dar, deren Anlage der Menschenliebe der Gutsbesitzer überlassen bleibt. In diesen wird Unterricht im Lesen, Schreiben und etwas Rechnen erteilt. Die fähigsten Schüler gehen von hier in die nächsthöhere Schulart, die Parochialschule über. Für Estland ist ein Netz von 43 Schulen dieser Gattung vorgesehen, (das bedeutet eine pro Kirchspiel). Jedes Kirchspiel soll spätestens im Laufe von 2½ Jahren eigene Gebäude für die Parochialschulen errichten, wobei von der Schulkommission ausgearbeitete Baupläne zu berücksichtigen sind. Diese Schulen sollen auf Land fundiert werden, das Kirchspiel gibt die dazu notwendigen Arbeitskräfte. Der Unterricht in der Parochialschule, der drei Jahre lang dauern soll, erstreckt sich auf folgende Fächer: Lesen, Schreiben, Rechnen, Religion, Moral, Naturlehre und Bürgerkunde, speziell Kenntnis der den Bauern betreffenden Gesetze. Es ist das somit ein recht bedeutendes Maß

⁶⁷⁾ Fr. Bienemann, Der Dorpater Professor Georg Friedrich Parrot und Kaiser Alexander I. pg. 332.

⁶⁸⁾ *ibid.* pg. 223, 231—232, 237

⁶⁹⁾ N. St. A. Tallinn. Konvolut „Schulanstalten I“ Generalgouv. Graf Burghöwden an die Estl. Gouv. Regierung. Riga 6. VI. 1805. Nr. 3837.

⁷⁰⁾ ENM. A II 75. Eingekommene Schriften 1805. Nr. 55b.

von Bildung, das die Zöglinge der Parochialschulen erwerben sollen. Den Unterricht sollen der Ortspastor, ein Lehrer sowie ein diesem zur Seite gestellter Hilfslehrer erteilen, die beiden letzteren müssen dem Bauernstande angehören. Ihre materielle Position soll soweit sicher gestellt sein, daß auch gebildete Bauern sich zur Übernahme dieser Ämter bereit finden würden. Um einen derartigen Lehrerstand heranzubilden, soll auf drei Jahre ein Seminar errichtet werden, für dessen Unterhalt jährlich die Summe von 8400 Rbl. ausgeworfen werden soll. Später, nach Ablauf der drei Jahre, sollen die besten Schüler der Parochialschulen die Parochiallehrerstellen bekleiden. Die Aufsicht sollen die lokalen Organe der Schulkommision führen⁷¹⁾.

Diesem Plan haftet ein schwerer Mangel an: das höhere bäuerliche Unterrichtswesen ist zwar genauer reglementiert, jedoch der dafür erforderliche Unterbau fehlt, indem die Errichtung der Dorfschulen nur auf die freiwillige Initiative der Gutbesitzer basiert ist, anstatt irgendwelche bindende Verpflichtungen zur Anlage desselben zu fixieren. Ferner bedenkt Parrot nicht die Schwierigkeit der Situation, die durch seinen Plan für die Pastoren entstehen muß: ihnen wird eine neue große Arbeit auferlegt, und in ihrer Eigenschaft als Lehrer werden sie den weltlichen Schulbehörden unterstellt, dabei wird aber das Konsistorium von der Leitung des Schulwesens völlig ausgeschaltet, ebenso die Ritterschaft. Pastor und Gutbesitzer sollen wohl Pflichten haben, Unterricht erteilen und Dorfschulen errichten, jedoch irgendwelche Rechte auf dem Gebiete der Verwaltung der Schulen billigt Parrot ihnen nicht zu. Daher ist es nur zu verständlich, daß dieser Plan dort nicht gerade freudig begrüßt wurde.

Der ritterschaftliche Ausschuß nahm zunächst zum Plan nicht Stellung, sondern vertagte die Angelegenheit bis zum nächsten Landtag⁷²⁾. Davon wurde die Gouvernementsregierung verständigt⁷³⁾. Der Landtag nahm im Februar des folgenden Jahres 1806 die Verhandlung darüber wieder auf. An Hand des Entwurfes rollte der Ritterschaftshauptmann Baron Uexküll-Fidell die Frage der Parochialschulen auf. Die Sentiments der Kreise fielen, wie zu erwarten, gegen das Projekt aus. Der Harrische Kreis erklärte seine prinzipielle Bereitschaft, an der Bildung der Bauern mitzuarbeiten, betonte aber die Schwierigkeiten und schlug die Niedersetzung einer Kommission vor, die beauftragt werden sollte, nähere Informationen über die Schulverhältnisse einzuziehen.

⁷¹⁾ M. St. A. Tallinn. Konvolut „Ungeordnete Schriften betr. Schulangelegenheiten“

⁷²⁾ GMA. A I 44. Ausschuß-Protokoll 18. x. 1805.

⁷³⁾ M. St. A. Tallinn. Konvolut „Schulanstalten I“ Mitt. Optm. v. Wetter-Rosenthal an den Zivilgouv. Reval 21. x. 1805.

Nachher sollte dann der ritterschaftliche Ausschuß die Ausarbeitung eines zweckmäßigen Planes vornehmen. Die übrigen Kreise schlossen sich dem an, und die Kommission wurde eingesetzt⁷⁴⁾. Somit war die Angelegenheit bei der Ritterschaft auf ein totes Geleise geschoben. Auch dem Rat der Stadt Reval wurde eine Abschrift des Entwurfs zugesandt, welche dort am 8. August 1805 vorgetragen wurde. Jedoch auch der Rat beschloß Vertagung und scheint später nicht Stellung genommen zu haben⁷⁵⁾.

Parrots Plan ist in der Folgezeit nur noch wenig verfolgt worden. Die Gründe dafür sind nicht bekannt, man kann aber annehmen, daß sich auch anderweitig starke Widerstände geregt haben. Wie das estländische Konsistorium sich stellte, ist zwar nicht überliefert, wohl aber eine Äußerung aus Livland. Im livländischen Konsistorialarchiv befindet sich das Konzept eines Gutachtens über den Plan.

Es werden hier alle die Hindernisse hervorgehoben, die der Plan bei den Kirchspielschulen nicht berücksichtigt: die Küster haben nicht die Kenntnisse zum Amt des Parochiallehrers, und die Pastoren können nicht für bestimmte Stunden gebunden werden, da sie der Amtsfahrten wegen häufig werden abwesend sein müssen. Der Grad der pastoralen Pflichten in den einzelnen Kirchspielen ist für eine allgemeine Regelung zu verschieden, die Stimmung der Pastoren ist allgemein strikt gegen die Übernahme des Lehreramtes gerichtet. Die Aufsichtsrechte der Universität und der staatlichen Oberschulkommission greifen in das ganze mehr ein, als für die Förderung der Sache dienlich ist. In der Bestätigung der Vokationen aller Dorfschullehrer sieht das Gutachten eine übermäßige Belastung der Schulkommission und der zu ihr gehörigen Professoren, ebenso wie in der Prüfung der Baupläne für die Parochialschulen. Da die Schulkommission gar nicht in die disparaten Schulverhältnisse der verschiedenen Gegenden eindringen kann, sind von ihr geradezu schädliche Verordnungen zu befürchten. Der Seminarplan wird als kaum durchführbar bezeichnet, speziell das Ausfindigmachen geeigneter Seminarlehrer. Als besonders gefährlich wird die Bestimmung bezeichnet, daß es nach Ablauf der drei Jahre überhaupt keine Bildungsanstalt für Lehrer mehr geben soll. Endlich wird beanstandet, daß keine Förderung des Hausunterrichts vorgesehen ist und die Universität zunächst anscheinend die niederen Schulen nicht fördern will. Speziell für das für die Jugendbildung ausschlaggebende weibliche Geschlecht bietet der Plan nichts. Laut Plan scheint das niedere Schulwesen beim Alten, also unter der Leitung der Pastoren und Oberkirchenvorsteher zu bleiben, während das übrige unter die Universität kompetiert. Daher stellt sich das livländische Konsistorium auf folgenden Standpunkt: entweder errichtet die Universität aus des Zaren Milde oder Kirchspielsbeiträgen eigene neue Schulen ohne Beteiligung des Personals der Kirchen und seitherigen Schulen, wobei die Prediger nur eine gewisse lokale Aufsicht übernehmen, oder das ganze Landeschulwesen vom Hausunterricht an kommt

⁷⁴⁾ GNA. A I 45. Landtags-Protokoll II. 1806.

⁷⁵⁾ N. St. A. Tallinn Rats-Protokoll. Reval 8. VIII. 1805.

unter die unmittelbare Leitung der Konsistorien. Detail-Anordnungen und lokale Abänderungen müßte jedenfalls das Konsistorium vornehmen. Dieses will nicht nur eine Exekutivbehörde der Universität in Schulsachen, sondern eine legislative sein, auch will es neue Berührungspunkte mit Institutionen außerhalb des Landes vermeiden⁷⁶⁾.

Überzeugender konnten die Mängel des Planes gar nicht dargestellt werden. Das Gutachten ist an die livländische Ritterschaft gegangen und wohl von dieser zu ihrer Antwort an den Generalgouverneur benutzt worden. Das estländische Konsistorium wird den Parrotischen Entwurf wohl auch gekannt haben, hat aber anscheinend nicht offiziell dazu Stellung genommen, da es von der Ritterschaft nicht dazu aufgefordert worden ist. Im übrigen scheint das estländische Konsistorium einer Zusammenarbeit mit den neuen Schulbehörden der Universität nicht abgeneigt gewesen zu sein. Schon am 21. Dezember 1804 hatte es ein Reskript erlassen, in welchem die Pastoren angewiesen wurden, die Schulinspektoren mit allen erforderlichen Nachrichten zu versorgen und sie in jeder Beziehung in ihrer Tätigkeit zu unterstützen. Auf Bitte von Pastor Schubbe—Klein—Marien fixierte dann das Konsistorium den Charakter dieser Hülfsleistungen noch präziser, indem es folgende drei Punkte aufstellte: 1) die Prediger haben auf Requisition die Inspektoren von den vorhandenen Gebietss- und Parochialschulen gehörig zu benachrichtigen. 2) Sie haben in Hinsicht der neu zu errichtenden Parochialschulen die Inspektoren mit gutem Rat und Beistand zu unterstützen. 3) Es ist selbstverständlich, daß dieser Beistand der Erfüllung der eigentlichen Predigerpflichten nicht im Wege stehen darf, sondern denselben subordiniert sein muß⁷⁷⁾. Daß da praktisch irgendeine Zusammenarbeit stattgefunden hat, ist nicht anzunehmen, abgesehen von gelegentlichen Enqueten. So wandte sich bereits 1805 der Gouvernements-Schuldirektor Tiedbühl an das Konsistorium und bat um Material über das bäuerliche Schulwesen⁷⁸⁾.

Wenn Pöld dem Konsistorium den Vorwurf macht, es habe die Tätigkeit der Schulkommission sabotiert, so befindet er sich darin fraglos im Unrecht. Die erwähnte Instruktion des Konsistoriums schrieb in den beiden ersten Punkten ja direkt eine Zusammenarbeit vor und

⁷⁶⁾ ERM. Riga. „Ungeordnete Papiere betr. Schulangelegenheiten“ über die Ablehnung des Parrotischen Planes in Livland vgl. auch A. Tobien, Agrargesetzgebung I. pg. 385.

⁷⁷⁾ ERM I 105. Konsistorial-Protokoll 26. I. 1805; ERM I 429. A. G. 1805. Pastor Schubbe an das Konsistorium. Reval 24. I. 1805.

⁷⁸⁾ ERM I 429. A. G. 1805. Direktor Tiedbühl an das Konsistorium. 5. v. 1805.

sollte nur durch den dritten Abjaß die Erfüllung der eigentlichen pastoralen Pflichten sicherstellen ⁷⁹⁾).

Vereinzelte Versuche von Organen der Schulverwaltung, etwas für die Bauernschulen zu tun, verlaufen ergebnislos. So versuchte der Wiedersche Kreis Schulinspektor G. v. Ungern-Sternberg vergebens, in den Kirchspielen seines Distrikts die Abhaltung von Konventen zwecks Beratung von Schulangelegenheiten zu erreichen. Nirgends kommen sie zustande, meist wegen Abwesenheit der Eingepfarrten. Im übrigen gelangt er dabei zur Erkenntnis der Undurchführbarkeit der Parrotschen Pläne, besonders wegen der Größe der Kirchspiele und der wirtschaftlichen Lage der Bauern, die er in den düstersten Farben schildert. Auch weiß er nicht, wer die Unkosten der Errichtung und Heizung der Schulgebäude bestreiten soll, seiner Ansicht nach ist auch Estlands Adel zu arm dazu. Er gibt verschiedene ihm von Pastoren zugegangene Anregungen wieder, so betr. Errichtung von Leseschulen in den Dörfern. Pastor Carlblom hat vorgeschlagen, in die Kirchen Öfen einzubauen und dort Primairschulen abzuhalten. Vor allem aber hat Ungern bei Gutsbesitzern und Pastoren eine Animosität gegen die Schulkommission vorgefunden, ausdrücklich wird jegliche Abhängigkeit oder Verantwortlichkeit in Schulsachen vor staatlichen Organen abgelehnt, die Fürsorge für die Dorfschule will man dem Konsistorium überlassen ⁸⁰⁾.

c. Die Schulfrage in den Beratungen der Ritterschaft von 1807 bis zum Bauerngesetz 1816.

Die auf dem Landtage gewählte ritterschaftliche Kommission zögerte zunächst damit, ihre Tätigkeit zu beginnen. Im Herbst erging deshalb vom Generalgouverneur Grafen Burghöwden an den Zivilgouverneur v. Langell eine Anfrage nach dem Stande der Kommissionsarbeiten, speziell der von dieser einzuholenden Informationen über die Schulverhältnisse. Burghöwden fordert einen schleunigen Bericht über das Geleistete an ⁸¹⁾. Langell wandte sich nun an den Ritterschaftshauptmann Baron Uexküll, der die Frage vor dem Ausschuß zur Sprache brachte, allerdings erst mit einer recht beträchtlichen Verzögerung, am

⁷⁹⁾ Pölb pg. 69.

⁸⁰⁾ Das Inland 1862 pg. 409 ff: Berichte des G. v. Ungern-Sternberg an die Schulkommission der Universität. Gapsal 25. III. 1807. Nr. 21 u. 19. v. 1807. Nr. 42.

⁸¹⁾ EM. A II 76. Zivilgouv. v. Langell an den Ritt. Optm. Reval 25. IX. 1806 Nr. 663.

25. April 1807. Der Ausschuß ernannte von neuem eine Kommission, die aus vier Gliedern bestand und den Auftrag erhielt, ein neues Schulprojekt auszuarbeiten⁸²⁾. Am 27. Juni 1807 trat dieselbe unter dem Vorsitz des Ritterschafthauptmanns zusammen, welcher zunächst die aus den einzelnen Kirchspielen auf Grund des Landtagsbeschlusses eingeholten Daten vorlegte. Es erwies sich jedoch, daß das vorliegende Material sehr unvollständig war, da aus zahlreichen Kirchspielen überhaupt keine Antworten eingelaufen waren und das so gewonnene Bild der Schulzustände nur sehr lückenhaft sein konnte. Daher sah die Kommission von irgendwelchen Beschlüssen ab und setzte bis zur Vervollständigung des Materials ihre Sitzungen aus⁸³⁾. Eine Beschluffassung war eben vielleicht wirklich verfrüht, aber fraglos hat der Kommission nicht allzu viel an einem schleunigen Abschluß ihrer Tätigkeit gelegen, ebenso wenig wie der Charakter der Verhandlungen des Ausschusses auf das Bewußtsein der Dringlichkeit der Sache schließen läßt.

Gleichzeitig mit Parrots Schulplan hatte sich die Ritterschaft mit einem anderen Antrag zu befassen, welcher diesmal aus ihrer eigenen Mitte gestellt worden war und ebenfalls eine Hebung des Schulwesens bezweckte. Dem Landtag von 1805 wurde eine Denkschrift vorgelegt, deren Verfasser der Kapitän von Rosen war.

Rosen hält die Errichtung von Schulen auf dem flachen Lande für höchst notwendig und motiviert das damit, daß der Bauer für den Staat gefährlich werden könne, wenn er, wie das im Bauerngesetz geschehen, des Gängelbandes des Zwanges entledigt sei, ohne durch Aufklärung des Verstandes gezügelt worden zu sein. Da das russische Schulgesetz in Estland unanwendbar ist, dürfe die Ritterschaft in ihrem Reformwerk nicht auf halbem Wege stehen bleiben und die Schulsache fallen lassen. Nach diesen grundsätzlichen Erwägungen macht Rosen praktische Vorschläge. Bevor Schüler gebildet werden können, ihr seiner Ansicht nach ein Lehrerstand notwendig. Daher sollen bei den einzelnen Pfarren Schulmeisterseminare errichtet werden und von Gütern sowie Bauerngemeinden gemeinsam erhalten werden. Aus je 10 Häfen im Kirchspiel soll in diese Seminare ein Zögling gegeben werden. Den Unterricht müßten Studenten übernehmen; als Lehrer sieht Rosen unter anderem Deutsch, Latein und Physik vor, aber auch Handwerk; aus dem Erlös des letzteren will er die Kosten der Seminare bestreiten. Diesen praktischen Unterricht sowie die Beaufsichtigung der Schüler soll der Küster übernehmen. Der Pastor soll den Fortgang des Seminars durch Visitationen beaufsichtigen. Der Lehrgang soll sechs Jahre, vom zwölften bis zum achtzehnten Lebensjahre seiner Zöglinge dauern. Nach Absolvierung des Seminars sollen dann die Zöglinge Lehrer an den überall zu errichtenden Dorfschulen werden, welche von der Bauernschaft unterhalten werden sollen⁸⁴⁾.

⁸²⁾ ERA. A I 46. Ausschuß-Protokoll 25. IV. 1807.

⁸³⁾ dio. Protokoll der Kommission 27. VI. 1807.

⁸⁴⁾ ERA. A II 75. Denkschrift des Kapitän v. Rosen. [Undatiert. 1805]

Rosens Forderung, nach der rechtlichen und wirtschaftlichen Emanzipation des Bauern auch dessen Bildungsgrad zu heben, war natürlich voll berechtigt, denn auf diesen zwei Gebieten hatten die Landtagsbeschlüsse des letzten Jahrzehnts grundlegende Veränderungen gebracht. 1795 waren die Arbeitsleistungen auf die Basis von Wackenbüchern gestellt worden, der Bauer erhielt volles Besitzrecht an allen seinen Mobilien außer dem eisernen Inventar; die Straf- und Verkaufsrechte, die der Gutsherr inbezug auf den Bauern besaß, waren eingeschränkt worden⁸⁵⁾. 1802 erhielt dann der Bauer das erbliche Nutzungsrecht an seinem Hofe, wobei nur in gewissen Ausnahmefällen Aussetzung ermöglicht war; Bauerngerichte wurden eingerichtet. Und 1804 wurde die Fron im Verhältnis zum bäuerlichen Besitztum normiert und gestattet, das Verhältnis des Gutsherrn zum Bauern auf die Grundlage freier Verträge zu stellen⁸⁶⁾. Gerade der Gedanke der freien Verträge mußte eine größere Selbständigkeit des Bauern zur Voraussetzung haben, und auch die bäuerlichen Gerichte machten eine gehobene Bildung wünschenswert. Wenn Rosen von diesen Freiheiten Gefahren für den Staat befürchtet, so sieht er da jedenfalls zu schwarz, vielleicht haben ihn die stattgehabten Bauernunruhen beeindruckt. Das Ziel Rosens ist also richtig, seine Vorschläge aber verraten eine völlige Verkennung der realen Sachlage und Möglichkeiten. Schon der Gedanke, Studenten als Seminarlehrer zu verwenden, erscheint höchst unzumutbar. Die Fundierung der Seminare auf den Ertrag von Handarbeiten ist vollständig ungenügend, und der vorgesehene Lehrstoff überstieg jedenfalls das Fassungsvermögen des damaligen Bauern, war auch zunächst zur allgemeinen Verbreitung viel zu umfangreich. Schon die Erlernung zweier Fremdsprachen dürfte beim damaligen geistigen Niveau unerreichbar gewesen sein. Obgleich der Antrag in dieser Form undurchführbar war, lehnte der Landtag denselben nicht rundweg ab, sondern vertagte ihn auf den nächsten Landtag, wie vom Harrischen Kreise vorgeschlagen worden war⁸⁷⁾. 1806 war er aber in Vergessenheit geraten und ist auch später nicht mehr zur Diskussion gelangt. — Statt dessen ging aber ein zweiter Antrag dem Ritterchaftshauptmann zu, der von Baron R. G. v. Rosen — Hüljel eingereicht wurde.

Darin wurde auf die größten Mißstände des bestehenden Schulwesens hingewiesen, nämlich die ungenügende Fundierung der Schulen und die zu geringe Sorgfalt bei der Auswahl der Lehrer. Er proponierte, daß jedes Gut von 15 Haken

⁸⁵⁾ Gernet pg. 100—102;

⁸⁶⁾ *ibid.* pg. 106—107; 113—115, 124.

⁸⁷⁾ *CM. A* I 44. Landtags-Protokoll 10. II. 1805.

aufwärts verpflichtet werden sollte, eine Bauernschule anzulegen. Gleichzeitig verlangte er eine genügende materielle Sicherstellung der Lehrer, damit diese ihre Posten auch dauernd bekleiden könnten. Auch die Unterrichtszeit sollte fixiert werden, vom 20. Oktober bis zum 23. April. Neben dem Leseunterricht forderte der Antrag, daß auch das Schreiben betrieben werde. Statt des häufig völlig mechanischen Memorierens der fünf Hauptstücke sollte vor allem ein wirkliches Verständnis der Kinder für den Inhalt derselben erreicht werden⁸⁸⁾).

In diesen Vorschlägen zeigt sich ein aufgeklärter Edelmann, der die bestehenden Zustände genau kennt und ihre Mängel empfindet, dessen Reformpläne sich aber nicht zu reinen Phantasien versteigen, sondern einen wirklich gangbaren Weg zeigen. Dieser daher so begrüßenswerte Antrag scheint jedoch überhaupt nicht zur Verhandlung gelangt zu sein.

Mit seinen Ansichten stand jedoch R. G. v. Rosen nicht allein da, sondern unter Estlands Edelleuten gab es so manchen, der ähnlich dachte. Ein solcher war z. B. auch Berend Johann v. Uexküll, welcher von 1808 an den Posten eines estländischen Zivilgouverneurs bekleidete. Er ist uns schon als Schöpfer des Fiedelschen Bauernrechts begegnet. Uexküll hatte ein reges Interesse für das Schulwesen und setzte dieses auch in die Tat um. Ihm ist es zu verdanken, daß die zum Stillstand gelangte Schulfrage auf dem Landtage wieder aufgerollt wurde. Er wandte sich 1809 mit einer Vorstellung an den Ritterschaftshauptmann Baron Stachelberg, in welcher es heißt: „Laut und gerecht sind die Klagen über den unmoralischen Zustand der ehstnischen Bauern, immer drückender werden den Gutsbesitzern die Folgen seiner Trägheit, und es ist schwer zu bestimmen, ob der Verdruß oder die Kosten größer sind, welche das nahe Verhältniß erzeugt, in denen sich der Gutsbesitzer mit seinen Bauern befindet. Um selbigen und sich einen frohen Lebensgenuß zu verschaffen, so opferte Ehstlands Adel freiwillig seinen Bauern beträchtliche, durch das Alter geheiligte Rechte und Vorteile auf, wie wenig er aber seinen Zweck erreicht, beweist leider die Erfahrung. Sollte der Grund dieser fehlgeschlagenen Hoffnung nicht in dem Mangel eines zweckmäßigen Unterrichts des Landvolks zu suchen sein. Bei der Überzeugung, daß es gewiß der allgemeine Wunsch der Ritterschaft ist, den sittlichen Zustand der ehstnischen Bauernschaft zu verbessern, wie sie ihren Wohlstand zu befördern gesucht, gründe ich die Überzeugung, daß ihr die Aufforderung lieb seyn wird, sich wehrend ihrer jetzigen Versammlung mit dem Plan einer zweckmäßigen Bildung ihrer Unterthanen zu

⁸⁸⁾ EMA. 175. Baron R. G. v. Rosen an den Ritt. Gptm. Guljel 8. x. 1806.

beschäftigen“⁸⁹⁾. Stadelberg trug diesen Antrag, der um so wirkungsvoller sein mußte, als Uexküll nicht nur ein beliebiges Glied der Ritterschaft, sondern Gouverneur war, dem versammelten Landtag des Jahres 1809 vor. Auch war bekannt geworden, daß hinter dieser Proposition kein geringerer als der Innenminister Fürst Kurakin stand, der der Ritterschaft auf diese Weise die Schulerrichtung in Erinnerung bringen wollte⁹⁰⁾. Stadelberg wies darauf hin, die Ritterschaft habe bereits vor drei Jahren den Plan gefaßt, Schulen zu errichten, und habe deshalb die Kommission gewählt. Diese habe aber zu wenig Nachrichten erhalten und sei daher nicht in der Lage gewesen, ein Projekt zu entwerfen. Die Kommission müsse mehr Tätigkeit erhalten. Ferner holt Stadelberg den Gedanken der Errichtung eines Seminars wieder hervor und schlägt vor, ein solches mit dem Revaler Dom-Waisenhaus zu verbinden, wodurch dessen Zöglingen eine gute Gelegenheit für ihr weiteres Fortkommen gegeben würde. Da die Anstalt also nach Reval käme, hätte die Ritterschaft auch die bequeme Möglichkeit, sie zu leiten. So empfahl Stadelberg die Schulsache der Ritterschaft aufs wärmste. Der Landtag, dem jedoch die Angelegenheit keineswegs so lieb war, wie Uexküll gehofft hatte, schlug wieder seinen alten Weg ein und wählte eine neue Kommission, die einen Entwurf ausarbeiten sollte. Der ritterschaftliche Ausschuß erhielt die Vollmacht, denselben nach seiner Fertigstellung zu prüfen und zur Ausführung zu bringen⁹¹⁾. Damit war im Vergleich zu den früheren Beschlüssen kein Schritt vorwärts getan, sondern die Angelegenheit wieder verzögert.

Da ergriff Peter Fromhold von Löwis of Menar, den wir bereits als Verfasser des Randelschen Bauernrechts kennen, die Initiative zu einer schnelleren Regelung der Frage. Die von Stadelberg proponierte Lösung der Seminarfrage lehnte er ab, da seiner Ansicht nach keine den landschen Verhältnissen fremden Personen Lehrer sein dürften, das Domwaisenhaus jedoch eine landwirtschaftliche Ausbildung nicht zulasse, und es zudem für deutsche Kinder sowie ausdrücklich für Waisen bestimmt sei. Diese seine Ansicht sowie seine eigenen Gedanken und Vorschläge unterbreitet Löwis in einem ausführlichen Exposé dem Prinzen Georg von Oldenburg, dem Schwager des Zaren⁹²⁾.

⁸⁹⁾ ERA. II 11 79. Zivilgouverneur B. J. v. Uexküll an den Ritt. Optm. Baron Stadelberg. Reval 22. II. 1809.

⁹⁰⁾ A. d. B. G. R. Nr. 28, 1817. Schrift des P. J. v. Löwis of Menar. Sachhof 15. VI. 1817.

⁹¹⁾ ERA. II 1 48. Landtags-Protokoll 4. III. 1809.

⁹²⁾ ERA. II 11 79. P. J. v. Löwis of Menar an den Ritt. Optm. Baron Stadelberg. Unbel 20. VIII. 1809.

Löwis wendet sich darin vor allem gegen den Hausunterricht, der seiner Ansicht nach nur zur Erhaltung von Aberglauben und verkehrten Volksmaximen angetan ist. Die einzigen Lehrmittel des Hausunterrichts sind Bibel und Gesangbuch, diese sind aber zum großen Teil dem Bauern unverständlich und tragen nur dazu bei, den Aberglauben weiter zu befördern; die wenigen geeigneten der vorhandenen Schriften aber befinden sich nur in den Händen Vereinzelter. Die Pastoren können dagegen nichts Wirksames durchführen, ebensowenig der Adel ohne Mitwirkung der Landesobrigkeit. Daher müßte die Krone vor allem dazu gebracht werden, ein Schullehrerseminar zu errichten. Da aber die St. Petersburger Schulbehörden viel zu wenig Kenntnis des estnischen Volkes besitzen, um zweckentsprechende Gesetze zu erlassen, wozu doch der Geist der Nation unbedingt genau bekannt sein muß, sollen die näheren Pläne von Kennern der estländischen Lokalverhältnisse ausgearbeitet werden. Aus demselben Grunde soll die Anstalt auch nicht unter den direkten Einfluß der Dorpater Schulkommission gestellt, sondern speziell dem Gouverneur ans Herz gelegt werden, um quasi eine kaiserliche Privatanstalt zu sein. Der Zar soll also bewogen werden, für das Seminar in Estland ein zentral gelegenes Gut anzukaufen, wo dann mit der Zeit für alle Güter des Landes Gebietschullehrer herangebildet werden müßten. Dem Lehrplan des Seminars will Löwis das Prinzip zugrunde legen, daß der Bauer seinem Stande nicht entzogen werden, nicht vernünfteln, klügeln oder verfeinert werden soll, sondern der Zweck der Bildung ist seine sittliche Erhebung. Der Bauer soll nie Veranlassung erhalten zu politisieren, wohl aber soll er in den Stand gesetzt werden, möglichst zweckmäßig seinen Beruf auszuüben. Löwis stellt dann den Lehrplan des Seminars auf, welcher zahlreiche Fächer theoretischen und praktischen Inhalts enthält: Religion, Moral, Schreiben, Rechnen, populäre Naturkunde, Methodenlehre, Russisch, Kenntnis der Bauerngesetze, Gesundheitslehre, praktische Landwirtschaft. Das Seminar soll 50 Zöglinge aufnehmen, welche durch drei Lehrer unterrichtet werden sollen⁸³⁾.

Irgendein Schritt des Prinzen auf dieses Schreiben hin ist jedoch nicht bekannt. Die Tatsache, daß die Eingabe erfolgt war, blieb aber in Estland nicht verborgen und Abschriften derselben fanden im Lande Verbreitung. Diese sollen sinnentstellende Fehler enthalten haben, so daß die ganze Angelegenheit Löwis sehr verübelt wurde. Was an ihr speziell beanstandet wurde, ist nicht klar ersichtlich; man kann mutmaßen, daß es vielleicht das beabsichtigte Hineinziehen der Person des Kaisers war oder auch die Tatsache, daß eine so scharfe Kritik der bestehenden Zustände unter Umgehung der Landesautoritäten direkt an eine hohe Regierungsstelle gebracht worden war. Jedenfalls sah Löwis sich veranlaßt, dem Ritterschaftshauptmann eine Kopie seiner Eingabe zukommen zu lassen und ihn zu ersuchen, der Ritterschaft gegenüber den Sachverhalt zurechtzustellen⁸⁴⁾. Eine weitere Eingabe ähnlichen Inhalts reichte Löwis 1811 durch den Kammerherrn Raissarow an den Innenminister

⁸³⁾ dto. Schrift des P. J. v. Löwis of Menar. Kopie d. d. 20. VIII. 1809.

⁸⁴⁾ dto. derselbe an den Ritt. Optm. Baron Stadelberg. Undel 20. VIII. 1809.

ein, der sie dem Zaren unterbreiten sollte. Ob dieses geschehen ist, ist unbekannt, auch hier sind jedenfalls keine Ergebnisse nachweisbar ⁹⁵⁾).

Wenn auch Löwis' Schritte keine direkten Erfolge mit sich brachten, so haben sie doch jedenfalls dazu beigetragen, in Kreisen der estländischen Ritterschaft die Diskussion über die Schulfrage rege zu erhalten. Zunächst sollte jedoch längere Zeit vergehen, ehe etwas dafür geschah. Aus den Landtagsverhandlungen von 1812 geht hervor, daß die 1809 eingesetzte Kommission nichts geleistet hatte und die Schulangelegenheit bis dahin um keinen Schritt vorwärts gekommen war. Auf diesem Landtage wurde sie jedoch vom Ritterschaftshauptmann von Berg aufs neue aufgerollt. Berg führte in einem Antrage aus, man könne zunächst in der Schulsache nichts weiter tun, als das Seminar errichten und sich um die „erforderlichen Hülfquellen des Unterrichts“ bemühen. Er griff den Gedanken des verstorbenen Ritterschaftshauptmanns Baron Stadelberg wieder auf, das Seminar mit dem Domwaisen-
hause zu verbinden, und proponierte, die Ausführung dem ritterschaftlichen Ausschuß zu übertragen. Die herangebildeten Zöglinge sollten dann in den einzelnen Kirchspielen Parochiallehrer werden. Nachher sollte dann jedes Gut verpflichtet werden, einen bis zwei Knaben in die Parochialschule zu schicken, um sie dort zu Gebiets-Schullehrern heranzubilden zu lassen. Auf diese Weise dachte Berg allmählich einen genügend ausgebildeten Lehrerstand zu schaffen. Endlich proponierte er, die Pastoren aufzufordern, dem Lehrplan entsprechende Volksschriften zu verfassen, welche einer gemischten geistlich-ritterschaftlichen Kommission zur Begutachtung vorgelegt werden sollten. Dieser Antrag gelangte am 24. I. 1812 zur Beratung in den Kreisen, welche eine von einander abweichende Stellung einnahmen. Die Harriſche Kreis sprach sich für die Kombination des Seminars mit dem Domwaisen-
hause und eine jährliche ritterschaftliche Subsidie von 5000 Rbl. aus. Wierland lehnte diese Vereinigung ab, wollte aber die Ritterschaft verpflichten, jedem Kirchspiel einen tüchtigen Parochiallehrer zu stellen, für den die Kirchspiele selbst zu sorgen hätten. Terwen wünschte die ganze Frage zu vertagen, bis das Verhältniß des Bauern zum Herrn geklärt sei ⁹⁶⁾. Am nächsten Tage sentimentierte dann die Wieck ähnlich wie Harrien, nur mit der Variante, daß sie 30 Zöglinge statt der von Harrien vorgeschlagenen 60 ins Seminar aufzunehmen wünschte.

⁹⁵⁾ A. d. B. G. R. Alte Nr. 15, 1817. Immediateingabe des P. J. v. Löwis of Menar. Sachhof II. 1817.

⁹⁶⁾ Es stand damals ein neues Bauerngesetz bevor.

Somit stand die Ansicht zweier Kreise gegen zwei, so daß Berg die Entscheidung der Landtagsordnung entsprechend dem Landratskollegium überwies, welches zunächst aber eine Stellungnahme „noch aussetzte“⁹⁷⁾. Im Landratskollegium wurde dann die Beratung erst viel später wieder aufgenommen und schließlich beschlossen, die ganze Angelegenheit nochmals vor das Plenum zu bringen⁹⁸⁾. Mit diesem Beschluß hören die Landtagsberatungen über das Seminar für eine Reihe von Jahren auf. So hat diese erste Periode des neuen Jahrhunderts nichts von Belang für die Volksschule geleistet. Charakteristischerweise ist im Bauerngesetz von 1804 auch von Schulen überhaupt nicht die Rede, es wird nur den Kirchen-Untervorstehern zur Pflicht gemacht, darauf zu achten, daß die Eltern ihre Kinder zeitig im Lesen unterrichten⁹⁹⁾.

f. Die Bauernverordnung von 1816 und die Volksschule.

Das Jahr 1816 brachte in Estland die Bauernbefreiung, wodurch der Bauer zum vollwertigen Staatsbürger aufstieg. An die Stelle der wachenbuchmäßig normierten Leistungen traten freie Kontrakte. Bei einer so radikalen Änderung der bäuerlichen Verhältnisse mußte natürlich auch die Volksschule Berücksichtigung finden. Hatte schon seinerzeit der Kapitän v. Rosen recht, wenn er nach der rechtlich-wirtschaftlichen Emanzipation des Bauern auch die bildungsmäßige forderte, so war das jetzt noch viel mehr der Fall. Dem trug denn auch die Bauernverordnung von 1816 Rechnung, indem sie den Bauerngemeinden die Verpflichtung auferlegte, Schulen anzulegen und zu erhalten, und zwar je eine auf 1000 Seelen beiderlei Geschlechts. Kleinere Gemeinden, deren Seelenzahl geringer war, erhielten das Recht, sich zum Zweck der Schulgründung zu vereinigen¹⁰⁰⁾. Den Kirchen-untervorstehern und der Gemeindepolizei wurde zur Aufgabe gemacht, über die Erhaltung der Schulhäuser sowie die Entrichtung der gesetzmäßigen Zahlungen an die Gemeindebeamten zu wachen¹⁰¹⁾. — Mit diesen Bestimmungen war das bäuerliche Schulwesen auf eine völlig neue Rechtsbasis gestellt. Während bisher die Errichtung von Schulen

⁹⁷⁾ ENM. A I 51. Landtags-Protokoll 24 u. 25. I. 1812.

⁹⁸⁾ dto. Protokoll des Landratskollegs. 22. III. 1812.

⁹⁹⁾ Gesetzbuch für die estländischen Bauern. [1805.] Buch I. Tit. 6.

¹⁰⁰⁾ Estländisches Bauerngesetzbuch 1816. § 88.

¹⁰¹⁾ dto. § 214.

Sache des Gutsbesitzers war und von dessen persönlichem Interesse an seinen Bauern oder allenfalls einem Druck des Landtages abhing, wurde sie nun zu einer Pflicht der Bauernschaft selbst. Dabei sind wohl für die Ritterschaft zwei Gesichtspunkte maßgebend gewesen: solange der Bauer Höriger des Gutsherrn war, konnte man diesen für verpflichtet halten, auch für die Bildung seiner Bauern zu sorgen. Nun aber, wo der Bauer frei war, konnte rechtlich solch eine Verpflichtung nicht festgelegt werden. Ferner konnte damit gerechnet werden, daß das Interesse der Bauern für ein von ihnen selbst aufgebautes und überwachtes Schulwesen größer sein würde, als für ein ihnen aufoktroiertes. Jedoch waren zwei Umstände nicht genügend berücksichtigt: nämlich ob der Bauer die Notwendigkeit der Schulen auch einsah, und ob er das Verlangte leisten konnte. Denn die Folgezeit zeigte, daß die materielle Lage des Bauern in der ersten Zeit nach der Befreiung eine solche war, daß er zur Errichtung und Erhaltung des Schulnezes nicht in der Lage war. Endlich war der ganze Paragraph viel zu allgemein abgefaßt und zu kurz gehalten, um eine endgültige Regelung darzustellen. Er konnte allenfalls die Basis für ein später zu erlassendes Spezialgesetz bilden, welches alles Nähere festlegte, wie es in Livland bereits gleich in der Bauernverordnung von 1819 geschah. So konnte die Entwicklung durch das Gesetz von 1816 zunächst kaum praktisch beeinflusst werden; es sollte noch lange dauern, bis die Schulgründungen häufiger wurden und das vorgesehene Schulnez ins Leben trat. Nach wie vor blieb gerade beim Schulwesen die Mitwirkung des Gutsbesitzerstandes notwendig. Aber die Einstellung desselben dürfte aber ein Urteil eines Zeitgenossen von Interesse sein, wenn es auch in der Schärfe zweifellos zu weit geht. Pastor Knüpfner in St. Katharinen, einer der führenden Pastoren seiner Zeit, vergleicht den Zustand des Bauern nach seiner Befreiung mit einem aus dem Gefängnis entlassenen Missethäter. Vom livländischen Adel erwartet er auf dem Gebiet der Schulen Reformen, da er dort durchaus guten Willen und einen freien Sinn sieht. Vom estländischen Adel erhofft er jedoch nichts, es sei denn auf höheren Befehl. In Estland will man seiner Ansicht nach nur das Alte unter neuem Namen und womöglich noch mehr — die Befreiung sei nur deshalb erfolgt, um den Bauern selbst für sich sorgen zu lassen. Der einzelne ist oft, fährt er fort, besser als das Ganze — „ein fest zusammenklebender, faulender und stinkender Geruch“¹⁰²). Dieses Ur-

¹⁰²) G. G. G. Mschr. 135. Pastor Knüpfner an Pastor Rosenplänter. St. Katharinen 13. IV. 1818.

teil ist nun zweifellos ungerecht; wir haben eine Reihe von Landtagsgliedern kennen gelernt, die warm für die Schulreform eintraten. Einen solchen, den Baron R. G. v. Rosen, hatte Knüpfner unter seinen eigenen Eingepfarrten. Daß der Adel durch das beständige Verraten der Schulsache und die Einsetzung immer neuer Kommissionen hemmend gewirkt hat, ist eine unbestreitbare Tatsache. In der Folgezeit hat er jedoch weit über seine Verpflichtung hinaus, auch ohne höheren Befehl, große Opfer für die Volksschule gebracht.

g. Die Reformbestrebungen der Einführungs-
kommission und des Gouverneurs
Baron Uexküll.

Die Durchführung der Bauernverordnung von 1816 war noch im selben Jahre durch kaiserlichen Ukas der sogenannten „Bauern-
führungs-kommission“ übertragen worden, welche direkt dem Zaren unterstand und sich unter dem Vorsitz des Gouverneurs aus den beiden Regierungsräten, einem Rat des Kameralhofes und zwei ritterschaftlichen Delegierten zusammensetzte. Sie erhielt den Auftrag, entweder alle bei der Durchführung sich ergebenden Fragen selbst zu lösen, oder Allerhöchster Entscheidung anheimzustellen¹⁰³⁾. Auch die Errichtung von Volksschulen gehörte nun in den Bereich ihrer Kompetenzen. Die Instruktion besagte, durch die moralische Bildung der Bauern seien wohlthätigste Fortschritte in der Richtung der durch die neue Bauernverfassung erstrebten Zwecke zu erwarten. Deshalb habe die Kommission das Recht, durch Anlage von Lehranstalten für die Bauernjugend an der Verwaltung des Schulwesens teilzunehmen. Zu diesem Zweck solle sie mit dem Ministerium für Volksaufklärung in Verbindung treten¹⁰⁴⁾. In der Person ihres Präses, des Gouverneurs Baron Uexküll, hatte die Kommission einen eifrigen Verfechter dieser Sache. Die Kommission scheint der Ansicht gewesen zu sein, daß ein Aufbau des Schulwesens auf den bisher in Estland üblich gewesenen Grundlagen nicht zu erstreben sei, und suchte nach besseren Vorbildern. Als solches mußten die ungleich höher entwickelten Schulverhältnisse Livlands ins Auge fallen. Daher erging an den Pastor der Revaler Domkirche,

¹⁰³⁾ Gernet pg. 156.

¹⁰⁴⁾ Полное собрание законовъ 1815/16. Instruktion für die Einführungs-Kommission. 23. v. 1816.

Paefler, welcher früher Pastor in Tarwast gewesen war, die Aufforderung, seine Ansichten und Erfahrungen, die er in Livland über das Schulwesen gewonnen, mitzuteilen, damit sie bei den in Estland zu treffenden Einrichtungen benutzt werden könnten¹⁰⁵). Leider ist Paeflers Antwort nicht bekannt, ebensowenig, ob sie später benutzt worden ist; von Interesse aber ist die Bereitschaft der Kommission, sich in Estland nach auswärtigen Vorbildern zu richten. — Darauf wurde das Konsistorium durch die Kommission unter Berufung auf die Instruktion aufgefordert, möglichst vollständige Angaben über Einrichtung, Beschaffenheit und Fundierung der estländischen Bauernschulen einzusenden. Dabei wurde von vorne herein betont, daß bei den Neugründungen der Bauernstand möglichst wenig belastet werden solle¹⁰⁶). An Hand der dem Konsistorium zur Verfügung stehenden Unterlagen erfolgte seitens desselben eine ausführliche Darlegung der Sachlage. Zunächst wurde an Hand tabellarischer Nachrichten nachgewiesen, daß das Schulwesen seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts (1787!) bis zum gegenwärtigen Augenblick einen starken Niedergang erlitten habe. Dem Netz von über 200 Schulen, das einst existierte, wurde der gegenwärtige Bestand entgegengestellt, der neben vereinzelter Rüsterschulen und Leselehrern sieben Schulen in Harrien, je vier in Wierland und Terwen und sechs in der Wiek aufwies, was also seit 1800 einen weiteren Rückgang bedeutete. Daran schloß sich eine Übersicht über die bestehenden Schullegate, meist Stiftungen von Gutzbefizern, deren Höhe je 100 bis 600 Rbl. betrug; die Zinsen derselben wurden meist zu Bücheranschaffungen, sowie zuweilen zu kleinen Gratifikationen an die Rüster verwandt¹⁰⁷).

So mußte eigentlich von Seiten der Einführungskommission Aufbauarbeit von Grund auf geleistet werden, wenn sie etwas wirklich Positives schaffen wollte.

Daß die Sache eilte, war ihr dabei klar, was folgender Vorgang beweist: P. F. v. Löwis, der uns schon mehrfach begegnet ist, hatte zum § 88 der Bauernverordnung Bemerkungen verfaßt und sie zur Kenntniß des Zaren gebracht. Darin hatte er zum Zweck der geeigneten Durchführung der Bestimmungen über das Schulwesen die

¹⁰⁵) A. d. B. G. R. Akte Nr. 17, 1816. Einf. Kom. an Oberpastor Paefler. Reval 7. XII. 1816 Nr. 30.

¹⁰⁶) dto. Akte Nr. 28, 1817. Einf. Kom. an das Konsistorium. Reval 19. IV. 1817 Nr. 56.

¹⁰⁷) A. d. B. G. R. Akte Nr. 28, 1817. Landrat M. G. v. Mahdell an den Zivilgoub. v. Herkül. Reval 27. VI. 1817.

Errichtung eines Seminars verlangt, um die Schulen mit den notwendigen Lehrkräften versorgen zu können. Diese Bemerkungen wurden der Einführungskommission zur Stellungnahme überwiesen, welche sich dahin äußerte, die Volksbildung werde zu weit hinausgeschoben, wenn man erst ein Seminar errichten und dessen Resultate abwarten wollte. Die Kommission hatte daher schon vorher um Vorschläge des Konfistoriums und der Synode ersucht, um auf der Basis dieses Materials einen zweckentsprechenden und für den Bauernstand möglichst billigen Schulplan auszuarbeiten, auf Grund dessen bei Berücksichtigung der Eigentümlichkeiten des Volkes die Dorfschulen zu errichten wären ¹⁰⁸⁾. Auch an die Einführungskommission selbst wandte sich Löwis mit einer sehr umfangreichen Denkschrift, um dieser Anregung für ihre Tätigkeit zu bieten. Im Grundsätzlichen wiederholen sich die Gedanken der Schrift an den Landtag von 1809, sind jedoch bis ins kleinste ausgeführt.

Löwis hält die Errichtung eines dichten Schulnetzes über das ganze Land hin für erforderlich, das unter starker Heranziehung der Gutsbesitzer errichtet werden soll, die Land dazu hergeben, ebenso die Lehrer von allen Leistungen an den Hof befreien und das Baumaterial sowie alle Utensilien stellen sollen. Neben Lesen, Schreiben und Rechnen soll die Schule vor allem auch ökonomisch-praktische Kenntnisse vermitteln. Im Fehlen des Lehrerstandes sieht Löwis das Haupthindernis, das bisher das Schulwesen am Aufblühen gehemmt hat. Daher fordert er die Errichtung eines bodenständigen Seminars, nicht in Reval, verbunden mit dem Domwaisenhause, das Lehrer heranbilden soll, die den Bauern auf allen Gebieten seines Lebens zu fördern imstande sind. Das Programm desselben will er vor allem mit allerlei praktischen Unterrichtszweigen versehen, wie den verschiedensten Zweigen der Land-, Garten- und Forstwirtschaft, Viehzucht, aber auch allerlei Handwerk. Sogar die Anlage einer Buchbinderei und Druckerei zum Druck estnischer Lehrbücher schwebt ihm vor. Das Seminar denkt er sich angelegt auf einem dank der Freigiebigkeit des Zaren erworbenen Rittergut, eventuell will er auch das Malteser-Priorat um Unterstützung angehen. Als Lehrkräfte wünscht er ein Personal bis zu fünf Köpfen, da die Anstalt 75 Zöglinge aufnehmen soll. Die Aufsicht und Direktion soll eine wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit haben, über dem ganzen ein aus Vertretern von Staatsregierung, Ritterschaft und Kirche bestehendes Kuratorium wachen. Das Seminar soll mit einer Landwirtschaft verbunden sein, deren Erträge zusammen mit den angefertigten Handarbeiten zum Tragen der Kosten beitragen sollen. Endlich rät Löwis, die endgültige Ausarbeitung der Pläne, sowie der Bestimmungen über die Lehrmittel einer einzigen erfahrenen Persönlichkeit zu überlassen, und nennt als solche Propst Masing in Esz ¹⁰⁹⁾.

¹⁰⁸⁾ A. d. B. G. G. Riga. Akte Nr. 27, 1819. Immediateneingabe des Zivilgouv. v. Uexküll. Reval 2. v. 1817 Nr. 65, nebst Anlagen.

¹⁰⁹⁾ A. d. B. G. G. Riga. Akte Nr. 28, 1817. P. 8. v. Löwis of Menar an die Einf. Kom. Sachhof 15. VI. 1817, nebst Anlage.

Nur in wenigen Punkten finden wir nachher im Plan der Einführungskommission diese Anregungen verwertet, und wo das der Fall ist, steht nicht fest, wie weit dieses auch wirklich auf Löwische Gedanken zurückzuführen ist.

Das Konsistorium arbeitete auf Grund der Aufforderung der Einführungskommission einen Schulplan aus, welcher seiner Ausführlichkeit wegen von größerem Interesse ist.

Sein Inhalt ist in Kürze folgender: Auf je acht bis zwölf Haken, bei größeren Gütern auf fünfzehn Haken, wird eine Volksschule errichtet, wobei die Höfe das Baumaterial liefern und die Barauslagen tragen, die Bauern dagegen die nötigen Arbeiten leisten sollen. Das Schulhaus soll ein helles, geräumiges, zweckentsprechend eingerichtetes Schulzimmer enthalten, ferner eine Wohnung für den Lehrer, zwei Schlafkammern für entfernt wohnhafte Kinder, Küche und Vorratskammer. Die Schulen werden auf Land fundiert, und zwar einen Acker im Umfange von zwei Tonnen Ausfaat in jeder Lotte, Heuschlag, Weideland und etwas Garten. Der Lehrer muß die estnische Sprache voll beherrschen, unbescholten und verheiratet sein, muß singen und nach Möglichkeit auch schreiben können. In seiner Lehrtätigkeit steht er unter der Aufsicht des Pastors, während der Gutsbesitzer die ökonomische und polizeiliche Leitung der Schulen hat. In ihren Funktionen auf dem Gebiete der Schule unterstehen Pastor und Gutsbesitzer beide dem Provinzialkonsistorium. Lehrfächer sind: Lesen, speziell die Bibel, Katechismus, Gesangbuch und nützliche Volksschriften, Auswendiglernen des Katechismus, Kopfrechnen, Schreiben, eventuell späterhin noch die Lektüre Realkenntnisse vermittelnder Bücher. Im Alter von 8 bis 14 Jahren genießen die Kinder Unterricht in der Schule, in der Folgezeit bis zur Konfirmation finden für sie dort sonntägliche Wiederholungsstunden statt. Nebenbei erhält der Pastor das Recht, Kindern das Verbleiben beim Hausunterricht zu gestatten. Das Konsistorium gibt dem Wunsche Ausdruck, der Schulkommission der Universität und den Gouvernementsschuldirektoren möge jede Einmischung in Angelegenheiten der Volksschule verboten und ihm selbst volle Kompetenz zur Realisierung dieses Entwurfs erteilt werden. Eine Einmischung der Schulkommission könne nur Verwirrung anrichten und den Gang der Aufbauarbeit aufhalten; sei ihre Ausschaltung aber nicht möglich, so will das Konsistorium selbst von jeder Teilnahme an der neuen Schulverfassung ausgeschlossen werden¹¹⁰⁾.

Von Interesse ist hier vor allem die völlig ablehnende Haltung des Konsistoriums der Universitäts-Schulkommission gegenüber, mit der es doch anfangs zu einer gewissen Zusammenarbeit bereit gewesen war. Vermutlich hatten sich da in der Praxis Schwierigkeiten und Differenzen ergeben, die für uns heute nicht mehr greifbar sind. Dieser Schulplan konnte nur dann Verwirklichung finden, wenn die Voraussetzung des Vorhandenseins eines entsprechend gebildeten Lehrerstandes erfüllt war. Mit dieser Frage befaßt sich eine zweite Denkschrift des Konsistoriums:

¹¹⁰⁾ dto. Schulplan des Konsistoriums 9. VII. 1817.

Zur Errichtung des geplanten Schulnezes wird ein Schullehrerseminar für 100 Zöglinge für erforderlich bezeichnet, respektive zwei für je 50. Dasselbe soll unter der Leitung einer wissenschaftlich gebildeten Persönlichkeit stehen, welche aber selbst nicht Unterricht erteilt. Am Seminar arbeiten zwei ebenfalls wissenschaftlich gebildete Lehrer, ein Lehrergehülfe, ein Aufseher, Wirtin und Gärtner. Die Zöglinge sind zunächst dem Domwaisenhaus, den Kreis Schulen und dem deutschen Handwerkerstande, mit der Zeit aber dem Bauernstande zu entnehmen, müssen 16 Jahre alt sein und Vorkenntnisse besitzen. Später werden sie als Lehrer an den Parochialschulen verwandt, über deren Einrichtungen der Plan keine näheren Ausführungen enthält. Das Seminar zerfällt in drei Klassen: eine Vorbereitungs-klasse, eine höhere und eine methodische. Der vorgesehene Lehrstoff ist recht umfangreich: so sind in der zweiten Klasse Religionsgeschichte, Orthographie, Gesezskunde u. s. w. vorgesehen, in der dritten sollen die Zöglinge die praktische Anwendung der in den beiden unteren Klassen erworbenen Kenntnisse erlernen. Da das Konsistorium sich dessen bewußt ist, daß die ganze Anstalt beträchtliche Kosten verursachen würde, empfiehlt es einen Appell an die Großmuth des Zaren, um die Unterstützung desselben zu erlangen¹¹¹⁾.

Es sind keine grundsächlich neuen Ideen, die den Plänen zugrunde liegen. Die angeregten drei Schultypen schlug Pastor Kettler bereits 1804 vor. Der Entwurf von 1817 enthält aber insofern eine Lücke, als er keine näheren Bestimmungen über die Parochialschulen fixiert. Außer gewissen Kompetenzen des Gouverneurs dem Seminar gegenüber schaltet er alle landfremden Institutionen von vorne herein von der Volksschule aus. Statt dessen ist eine Zusammenarbeit von Ritterschaft und Landeskirche an derselben vorgesehen, die natürlich und zweckentsprechend war. Ausführbar konnte der Plan aber nur dann sein, wenn er die Approbation der Ritterschaft fand und der Landtag die vorgesehenen Dotationen für die Schulen bewilligte. Unsehtbar ist der im Seminarplan vorgesehene Weg, die Lehrer anfangs der deutschen Nationalität zu entnehmen, wenn auch dieses nur als zeitweiliges Übergangsstadium gedacht war.

Die Einführungskommission ihrerseits benutzte diese Vorschläge des Konsistoriums als Grundlage und arbeitete daraufhin einen neuen Schulplan aus, den sie durch den Generalgouverneur der Allerhöchsten Beprüfung und Entschließung des Zaren und vorschriftsgemäß auch dem Minister für Volksaufklärung unterbreitete. Nach Bestätigung desselben wollte sie dann die Errichtung der Schulen vornehmen¹¹²⁾.

¹¹¹⁾ dto. Seminarplan des Konsistoriums. 9. VII. 1817.

¹¹²⁾ A. d. B. G. G. Riga. Alte Nr. 27, 1819. Bericht der Einführungs-Kommission an den Generalgouverneur. Reval 24. IV. 1818. Nr. 373.

Dieser Plan geht vielfach auf Gesichtspunkte des Konsistoriums zurück, enthält aber auch ganz neue Gedanken. Zunächst werden einige zu beobachtende Grundprinzipien aufgestellt. Die Dorfschulen, die das Volk sittlich bessern sollen, müssen einfach eingerichtet und billig sein. Da erfahrungsgemäß der häuerliche Hausunterricht am wirksamsten (1) ist, wird beschlossen, die Wirte für die Lesekenntnis der Kinder ihres Gefindes verantwortlich zu machen. Da Hausunterricht aber nicht überall durchführbar ist, soll jedes Gut eine Schule erhalten, zu welchem Zweck kleine Güter sich vereinigen können. Das Gebäude und einen Gartenplatz hat der Hof anzudeisen. Der Lehrer, dessen Fähigkeiten der Pastor beprüft, erhält ein Korngehalt aus dem Gebietsmagazin. In den Schulen findet Unterricht im Lesen und in der Kenntnis des Katechismus und der Ziffern statt. Jedes Kind, das nicht zu Hause unterrichtet wird, wird auf Anordnung des Pastors in die Schule geschickt, als Entgelt zahlt es für den Unterricht ein Loof Roggen, worüber die Gemeindeältesten wachen. Der Unterricht zerfällt in zwei Perioden, im Herbst und im Frühling, und dauert etwa vier Monate im Jahr. Der Gutsbesitzer beaufsichtigt die Schulen, während der Pastor jährliche Revisionen vornimmt, über deren Ergebnisse er dem Konsistorium und der Einführungskommission berichtet. Dieser Plan wurde im Januar 1818 zur Kenntnis des Ritterschafthauptmanns M. v. Baer gebracht¹¹⁸⁾.

Im Vergleich zum Entwurf des Konsistoriums haften ihm, ganz abgesehen von der sehr allgemein gehaltenen Abfassung, schwere Mängel an. Vor allem wird der Hausunterricht kaum reduziert und ihm die Stellung der wirksamsten bäuerlichen Unterrichtsmethode zugebilligt. Jedes Gut soll eine Schule errichten, wobei gar nicht bedacht wird, daß ein genügender Schulbesuch des Schulgeldes wegen unwahrscheinlich ist. Der Umfang des Lehrstoffes ist sehr gering bemessen, vor allem fällt auf, daß der Schreibunterricht fehlt. Verhältnismäßig günstig gestaltet sich nur dem Entwurf zufolge die materielle Stellung des Lehrers. Sonst aber sind alle vom Konsistorium aufgestellten Forderungen abgeschwächt. Auch die Gründung eines Seminars war vorgesehen, wozu der Präses Baron Uexküll sogleich Schritte einleitete. Er wandte sich in einer Immediateingabe an den Zaren, in welcher er ausführte, eine Anstalt zur Heranbildung von Lehrern sei in Estland unbedingt erforderlich, ohne kaiserliche Hülfe sei aber eine Seminarerrichtung ausgeschlossen. Die Gutsbesitzer würden durch die vorgesehene Gründung von Dorfschulen (zu deren Fundierung sie ja das Land hergeben müßten) schon ohnehin stark belastet, und die Bauern dürften nicht zum Besten ihrer eigenen Bildung herangezogen werden. Daher bittet Uexküll den Zaren, für das Seminar das Kronsgut Roddil herzugeben, dessen jährliche Revenuen 11.000 Rbl. Banco betragen. Das Seminar müsse auf dem Lande errichtet und mit einer

¹¹⁸⁾ GA. X II 88. Zivilgouv. v. Uexküll an den Ritt. Optm. M. v. Baer Rebal 21. I. 1818 Nr. 336.

Industrieschule verbunden werden, damit die Zöglinge ländlichen Beschäftigungen nicht entfremdet würden¹¹⁴⁾. Gleichzeitig hat Uexküll sich nach einem geeigneten Leiter des Seminars umgesehen und Propst Otto Wilhelm Masing in Eß, einen vortrefflichen Kenner der estnischen Sprache und altbewährten Schulmann, dazu ins Auge gefaßt. Hierbei hat vielleicht die Eingabe des P. J. v. Löwis mitgewirkt. Diese Wahl war eine denkbar günstige. Masing hatte schon früh, noch als junger Pastor zu Luggenhusen, den Seminargedanken verfolgt und die Absicht geäußert, für dasselbe Lehrbücher zu verfassen. Er besaß ein warmes Verständnis für das Volk und erstrebte eine höhere Bildung desselben. Eine wie hohe Auffassung er von der Verpflichtung, die Esten zu bilden, besaß, bezeugt seine Äußerung in einem Briefe an Pastor Rosenplänter: „Auch die Seele des Esten ist für Belehrung, für das Gute und Schöne offen. Warum erzählt man ihm nichts von den großen Wundern der Natur, vom gestirnten Himmel und von tausend herzerhebenden und den Geist nährenden und zum Edleren hinziehenden Dingen?“¹¹⁵⁾. Eine geeignetere Persönlichkeit zur Heranbildung des jungen estnischen Lehrerstandes konnte man sich gar nicht denken. Masing war auch bereit, einem Rufe auf diesen Posten Folge zu leisten, „wenn nicht, wie es wohl werden wird, die Krone ihre Hand dabei hätte“.

Die Entscheidung der Krone zog sich in die Länge, so daß Uexküll sich zu einer zweiten Eingabe veranlaßt sah. Er machte darauf aufmerksam, daß der Ablauf der Urrende von Roddil bevorstehe und der Ramealhof den letzten Sorgtermin bestimmt habe. Wenn also die Bitte später gewährt werde, würden Schwierigkeiten entstehen, das bereits verarrendierte Gut zurückzunehmen. Da aber Roddil das einzige disponible Gut in Estland ist, bittet Uexküll um baldige Entscheidung seines Gesuchs¹¹⁶⁾.

Alle diese so viel versprechenden Pläne wurden jedoch mit einem Schlage zunichte gemacht, und zwar durch die Absage des Zaren. Derselbe übergab den ganzen Plan dem Ministerkomitee zur Beprüfung und lehnte gleichzeitig die Hergabe von Roddil ab. Der Graf Uraktsche-

¹¹⁴⁾ A. d. B. G. G. Riga. Afte Nr. 27, 1819. Zivilgouv. v. Uexküll an den Zaren. Reval 8. VIII. 1817. Nr. 109; dto. in Copia A. d. B. G. R. Afte Nr. 28, 1817.

¹¹⁵⁾ G. G. G. Pastor O. W. Masing an Pastor Rosenplänter. Maholm 17. XII. 1814; Eßs 14. v. u. 1. IX. 1817.

¹¹⁶⁾ A. d. B. G. G. Riga. Afte Nr. 27/1819. Zivilgouv. v. Uexküll an den Zaren. Reval 27. X. 1817 Nr. 200.

jew teilte mit, dieses Gut sei 1812 für 92.000 Rbl. durch die Krone angekauft worden, für die Heranbildung von Dorfschullehrern sollten jedoch nur sehr mäßige Mittel verwandt werden. Daher erhielt Uexküll den Auftrag, für die Wiedererrichtung der Schulen auf der Basis der früheren Einrichtungen Sorge zu tragen und den Unterhalt der dazu notwendigen Lehrer von den allgemeinen Landesobliegenheiten zu bestreiten, da doch alle Einwohner Estlands an den durch diese erzielten Vorteilen teil hätten. Dem Zaren möchte endlich Mitteilung darüber gemacht werden, welche Summen auf die Bevölkerung Estlands repartiert würden, da nur auf diese Weise eine zweckmäßige Seminarerrichtung möglich sei ¹¹⁷⁾.

Mit diesem Bescheid gab sich Uexküll aber nicht zufrieden, sondern teilte sogleich Araktschejew nochmals seinen Standpunkt mit. Er weist darauf hin, daß die Pflicht des Schulunterhalts nur zur Zeit der Leibeigenschaft den Gutseigern auferlegt werden konnte. Der Schulplan habe ihnen trotzdem noch gemeinsam mit dem Bauernstande die Errichtung und Erhaltung der Dorfschulen zudiktirt, was später auch auf die Parochialschulen bezogen werden würde, für das Seminar jedoch könne man die Gutseigner nicht mehr belasten. Ziehe man dazu aber die Bauern heran, so würde das ihnen diese Bildungsanstalt nur lästig erscheinen lassen. Deswegen besteht Uexküll auf seiner Bitte um Roddil, da nur auf diese Weise eine zweckmäßige Seminarerrichtung möglich sei ¹¹⁸⁾. Araktschejew unterbreitete den Inhalt des Uexküllschen Schreibens dem Zaren und leitete dann auf kaiserlichen Wunsch die Angelegenheit der Beprüfung durch den Minister für Volksaufklärung, Fürsten Golizyn, zu ¹¹⁹⁾. Nun zog sich die Sache mehrere Monate ohne Entscheidung hin.

Nachdem Estland lange auf eine Antwort hatte warten müssen, erfolgte endlich aus St. Petersburg eine solche, nachdem die Angelegenheit im Ministerkomitee beraten worden war. Die Antwort bedeutete in jeder Beziehung eine Enttäuschung. Das Ministerkomitee lehnte die Bewilligung des Guteß Roddil endgültig ab und erklärte sich nur dazu bereit, an der Erneuerung der Schulen auf den früheren Grundlagen mitzuarbeiten. Zur Frage der Rechtslage der estländischen Dorfschulen äußerte sich das General-Schuldirektorium dahin, daß diese dem Rurator des Lehrbezirks und den Gouvernements-Schuldirektoren unter-

¹¹⁷⁾ A. d. B. G. R. Akte Nr. 28, 1817. Graf Araktschejew an den Zivilgouv. v. Uexküll. Moskau 12. XI. 1817. Nr. 645.

¹¹⁸⁾ dto. Zivilgouv. v. Uexküll an Graf Araktschejew. Reval 15. XII. 1817 Nr. 325; Eine Abschrift des Schulplanes ging gleichzeitig an den Minister für Volksaufklärung, Fürst Golizyn.

¹¹⁹⁾ dto. Graf Araktschejew an den Zivilgouv. v. Uexküll. Moskau 27. XII. 1817.

stunden. Letzteren haben die Pastoren, die die Tätigkeit der Dorfschulen beaufsichtigen sollen, über Schülerzahl und Fortgang des Unterrichts Bericht zu erstatten. Die Bildung der Bauern solle in Estland auf der evangelischen Lehre basieren. Pastor und Rüster sollten wieder wie früher in der Kirchspielschule unterrichten, was seinen Nutzen bringen wird wie einst. Die an die Dorfschullehrer im Plan gestellten Anforderungen sind nach Ansicht des General-Schuldirektoriums soweit gering, daß die Heranbildung derselben mühelos von den Landpredigern übernommen werden könne. Jeder Pastor solle ehrenamtlich 4 bis 6 von ihm selbst ausgesuchte befähigte Bauernjünglinge im Schreiben, in Religion und in elementarer Mathematik unterrichten, wobei diese Zöglinge in keinem Fall ihrem bäuerlichen Stande entzogen werden dürften; — so würde man fast ohne Kosten zur Heranbildung von Lehrern gelangen. Während der Plan der Kommission auf 75 männliche Seelen eine Dorfschule vorsieht, hält das Direktorium auch eine auf je 150 für genügend und errechnet eine mittlere Schülerzahl von 40 Kindern pro Schule, welche durch den Hausunterricht noch weiter sinken würde. Diese Antwort ist wohl als Folge eines vom Kurator Fürsten Lieben eingeholten Gutachtens zu erklären, der sich in einem ähnlichen Sinne geäußert hatte. Nur hatte Lieben auf die Schwierigkeit der Überwachung von Bauernschulen durch Professoren hingewiesen und daher ihre Unterstellung unter eine Spezialkommission empfohlen. In diesem Punkte gelang es ihm jedoch zunächst nicht, in St. Petersburg durchzudringen¹²⁰⁾. Dieser Bescheid, speziell im Punkte der Formulierung der Rechtslage und der den Pastoren zugemuteten neuen Verpflichtungen, mußte natürlich Ritterschaft und Landeskirche empfindlich tangieren. Daher teilte Uerfüll den Inhalt dem Ritterschaftshauptmann Baron O. Rosen mit, nachdem kurz vorher schon eine analoge Information dem Konsistorium zugegangen war¹²¹⁾. Der ritterschaftliche Ausschuß nahm als Erster das Schreiben zur Kenntnis, vertagte aber zunächst die Entscheidung darüber um vorher die Äußerungen des Konsistoriums abzuwarten¹²²⁾. Das Konsistorium nahm umgehend zu der so tief in seinen Wirkungsbereich einschneidenden Verfügung Stellung: es sah sich vor allem veranlaßt, für die tangierten Interessen der Pastoren einzutreten.

¹²⁰⁾ *GMN* I 441. A. G. 1818. Min. für Volksaufklärung an den Zivilgouv. v. Uerfüll. St. Petersburg 17. v. 1818 Nr. 981. — *Fölb* pg. 73.

¹²¹⁾ A. d. B. G. Nr. 7, 1818. Einf. Kom. an den Mitt. Optm. Baron O. Rosen. Reval 14. VI. 1818 Nr. 107; *GMN* I 441. A. G. 1818. Einf. Kom. an das Konsistorium. Reval 9. VI. 1818 Nr. 63.

¹²²⁾ *GMN* A I 57. Ausschuß-Protokoll 25. VI. 1818.

Es zweifelte daran, daß die erstrebten Bildungszwecke durch Unterstellung der Pastoren unter die Gouvernements-Schuldirektoren erreicht werden würden und gab der Überzeugung Ausdruck, daß nur durch unmittelbare Leitung der Pastoren und kräftige Mitwirkung der Gutsbesitzer das Landvolk einer ihm angemessenen Bildung zuzuführen sei, da die Pastoren dem Volke am nächsten stünden und die besten Kenner seines Charakters sowie der Individualität des Landes seien. Die Pastoren könnten aber nur dann ohne Kollisionen für die Volksschule arbeiten, wenn sie ausschließlich dem Konsistorium subordiniert seien. Denn der Gouvernements-Schuldirektor habe seinen eigenen wissenschaftlichen Standpunkt und allgemeine Maximen und stehe dem Volke fern, ebensowenig könne die Schulkommission der Universität die geistigen Bedürfnisse des Landvolks übersehen. Das Konsistorium hingegen sei hierzu in ganz anderem Maße qualifiziert, kenne auch allein den Umfang der pastoralen Pflichten genau und könne es übersehen, eine wie intensive Tätigkeit auf dem Gebiete der Volksschule den Pastoren zugemutet werden könne. Es wäre am besten, wenn Estlands Volksschulwesen dem Konsistorium untergeordnet würde, wie es in Livland den Oberkirchenvorsteherämtern untersteht. Der Pastor sei mit Konfirmandenunterricht, Lokalvisitationen und Schulrevisionen bereits soweit belastet, daß ihm für die Ausbildung von Lehrern keine Zeit mehr übrig bleibe. Er sei rein praktisch schon gar nicht in der Lage, den Lebenswandel seiner Seminaristen zu überwachen; viele Küster seien nicht befähigt, beim Unterricht mitzuwirken und so den Pastor zu unterstützen, da ihre Bildung nicht ausreiche. Endlich könne ein derartiges Hineinziehen der Person des Pastors in nicht unmittelbar geistliche Dinge seine Stellung in der Gemeinde nur schädigen, die Pflicht des Konsistoriums aber sei es, die ganze Arbeitskraft des Pastors für seine eigentliche Aufgabe zu erhalten¹²³).

Durch den Präses des Konsistoriums, Landrat R. G. v. Maybell, wurde diese Stellungnahme zur Kenntnis des ritterschaftlichen Ausschusses gebracht. Derselbe stellte sich vollständig auf den Standpunkt des Konsistoriums und pflichtete dem bei, daß eine Übernahme der Lehrerausbildung durch die Pastoren unmöglich sei. Da laut Bauernverordnung die Anlage der Schulen Pflicht der Bauerngemeinden ist, wird beschlossen, beim Zaren um die Bewilligung einer gewissen Geldsumme zum Zweck der Lehrerausbildung nachzusuchen¹²⁴). Uerfüll wird ersucht, sich für die Erfüllung des letzten Punktes ins Mittel zu legen, im übrigen verweist die Ritterschaft auf die Darlegungen des Konsistoriums¹²⁵). Uerfüll, der in diesen Dingen völlig auf dem Standpunkt der befragten Stände stand, konnte nichts weiter tun, als die Äußerungen von Landeskirche und Ritterschaft dem Minister für Volksaufklärung zu unterbreiten und diesen dadurch auf die im Lande sich ergebenden

¹²³) A. d. B. G. R. Akte Nr. 7, 1818. Konsistorium an die Einf. Kom. Reval 1. VII. 1818.

¹²⁴) GMA. A I 57. Ausschuß-Protokoll 29. VI. 1818.

¹²⁵) dto Ritt. Optm. Baron C. Rosen an den Zivildouv. v. Uerfüll. Reval 2. VII 1818.

den Widerstände aufmerksam zu machen¹²⁶⁾. Damit scheinen diese Verhandlungen zunächst ins Stocken geraten zu sein, jedenfalls hört der Schriftenwechsel darüber auf, da das Ministerium nicht antwortete¹²⁷⁾.

Es ist von estnischer Seite der Vorwurf erhoben worden, die ständischen Gewalten hätten wohlmeinende Pläne des Staates zur Verbesserung des Schulwesens sabotiert. In seiner außerordentlich mangelhaften Arbeit über die Volksschule behauptet Ruut, die Ritterschaft habe, speziell 1813 bis 1815, nichts auf Zar Alexanders Drängen hin für die Schulen getan. Der Staat habe allerdings nur disponieren und keine Kosten tragen wollen, da er das für die Pflicht der Gutsbesitzer hielt, welche aber nie die Bereitschaft dazu gezeigt hätten, etwas zu tun. Wo das aber doch vorgekommen sei, hätten sie es auf Druck der Regierung zwecks Erreichung politischer Ziele getan. Für das Wohl des Volkes zu sorgen, war ihnen nicht heilige Pflicht¹²⁸⁾. Diese Ausführungen sind für die estnische Auffassung typisch, halten aber einer sachlichen Prüfung nicht Stand. Es wird in der estnischen Literatur nie erwähnt, wann und wie speziell Alexander auf eine estländische Schulreform hingewirkt haben soll. Alexanders „Drängen“ bestand im Erlaß des Schulstatuts für Rußland und der Bestätigung des Parrotischen Schulplanes, den er später auch nicht weiter gefördert hat. Endlich ist es möglich, daß Uexküll's Schritte bei der Ritterschaft im Jahre 1809 indirekt durch den Zaren inspiriert sind. Dagegen versagte Alexander seine Hilfe, als ihm ein wirklich positives Programm durch Uexküll unterbreitet wurde, und machte dieses zunichte. Die Initiative zu diesem Programm lag aber nicht bei den Zentralorganen des Staates, sondern in Estland. Die Ideen stammen größtenteils aus dem Konsistorium und Uexküll war zwar Gouverneur, fühlte sich aber vor allem als estländischer Edelmann, was er im Landesdienst als Ritterschaftshauptmann bewiesen hat. Daß die Ritterschaft die Übertragung des russischen Schulgesetzes auf Estland mit verhindert hat, bedeutet wohl keine Schädigung der Belange des estnischen Volkes. Der Ritterschaft kann aber wohl der Vorwurf gemacht werden, daß sie die Schulreform verzögert und hinausgeschoben hat. Und bei der Geistlichkeit dürfte wohl weit mehr guter Wille bestanden haben als bei der russischen Regierung, man betrachte nur z. B. Äußerungen wie die von Knüpf-

¹²⁶⁾ A. d. B. G. R. Afte Nr. 7, 1818. Ziviltouv. v. Uexküll an den Minister für Volksaufklärung. Reval 10. VIII. 1818 Nr. 201.

¹²⁷⁾ A. d. B. G. G. Riga. Afte Nr. 47, 1819. Bericht der Einführungs-Kommission per 1818.

¹²⁸⁾ Ruut pg. 25—26, 37.

fer und Masing. Es wird aber Ruut scheinbar schwer, den baltischen Ständen irgendwelche Förderungen des estnischen Volkes zuzubilligen, welche er lieber durch die russische Krone erhalten haben will.

h. Der Stadelberg'sche Seminarplan.

Nach dem Scheitern des Uexküll'schen Planes fällt in das Jahr 1818 ein privater Versuch, eines der größten Hindernisse einer gedeihlichen Entwicklung des Schulwesens zu beseitigen. Die Erfahrung hatte gezeigt, daß das vorhandene Lehrermaterial nicht genügte: so manche Schule leistete nichts Rechtes, weil der Lehrer zu wenig Kenntnisse besaß und ihm jede Methode fehlte. Und bei der Neuerrichtung von Dorfschulen machte die Lehrerbeschaffung größte Schwierigkeiten, so daß aus Mangel an geeigneten Persönlichkeiten vielfach völlig unqualifizierte angestellt wurden. Die Wichtigkeit dieses Umstandes wurde von den Verfassern der letzten Schulpläne voll erkannt, weshalb in diesen stets auch ein Seminar vorgesehen war. Das Verdienst, hier die Initiative zur praktischen Lösung dieser Frage ergriffen zu haben, gebührt Baron Christoph Stadelberg, der seit 1818 das Amt eines estländischen Gouvernementschuldirektors bekleidete. Stadelberg war ein wissenschaftlich gebildeter Mann, eifrig und energisch in seinem Amte, und besaß spezielles Interesse für das niedere Schulwesen¹²⁹⁾. Erzogen war er in streng kirchlichem Sinn; auf Studienreisen hatte er sich viel im Auslande aufgehalten, wobei er mit Pestalozzi zusammengetroffen war, bei dem er Pädagogik studiert hat und von dem er nachhaltig beeinflusst worden ist. Seine dort geformten Ansichten bewogen ihn nun, wo er einen maßgebenden Posten auf dem Gebiete des Schulwesens inne hatte, zum Handeln¹³⁰⁾.

Die Arbeit Neumanns über das Ruda'sche Seminar behandelt diese Episode höchst mangelhaft, da er sich nicht die Mühe auferlegt hat, an die Quellen heranzutreten. Daher ist seine Darstellung völlig falsch und historisch unbrauchbar. Nach Neumann hat Stadelberg zwei Gefinde des ererbten Gutes Pärjental zur Anlage eines Schullehrerseminars geschenkt. Sowohl der estländische Gouverneur, als auch die Ritterschaft sollen mit dieser Schenkung sehr unzufrieden gewesen sein, da aber der Zar Stadelbergs Plan stützte, mußten sie die Schenkungsurkunde bestätigen, wobei sie jedoch eine materielle Subvention verweigerten. Daraufhin habe Stadelberg in einem Aufruf, der die Notwendigkeit des Seminars begründete, zu Spenden aufgefordert. Dieser Aufruf habe gar keinen Widerhall gefunden, und jegliche Spen-

¹²⁹⁾ A. d. Sch. R. Dorpat. Afte Nr. 63. Schulbericht des Prof. Rambach 1820.

¹³⁰⁾ Neumann pg. 2.

den seien ausgeblieben, was Stadelberg schwer gekränkt haben soll¹²¹⁾). Weiter hat Neumann über den Verlauf der Angelegenheit nichts feststellen können. Zunächst sei erwähnt, daß Chr. Stadelberg gar nicht Besitzer des Gutes Pärjental war und daher die Landstelle Kuda auch nicht schenken konnte. Die Besitzverhältnisse sind da recht komplizierte, Besitzer von Pärjental war aber sein Bruder, Baron Friedrich Stadelberg¹²²⁾). Allerdings hatte ersterer von vorne herein dort die Seminarerrichtung beabsichtigt. Die ganzen von Neumann berichteten Vorgänge vor dem Aufruf haben gar nicht stattgefunden.

Der Aufruf selbst, mit dem Stadelberg die Aktion einleitete, ist vom 12. September 1818 datiert. Er führt darin aus, bereits von Jugend an den Drang gefühlt zu haben, der Unwissenheit des estnischen Volkes zur Hülfe zu kommen. Nun habe er mit der Zeit erkannt, daß auch beim Volk ein Bedürfnis nach kulturellem Aufstieg vorhanden sei, was in ihm den Entschluß herbeigeführt habe, ein Volksschullehrerseminar zu stiften. Als Sitz desselben bestimmt er Kuda, eine zu Pärjental gehörige Landstelle von 32 Tonnen Acker und 150 Faden Heuschlag. Die Anstalt soll bei der Heranbildung der Lehrer ihr Augenmerk vor allem auf die Erziehung zu lebendigem Christentum richten, sowie dieselben zu einer möglichst zweckmäßigen Landwirtschaft Vorbilden. Bei der Auswahl der Schüler soll deren ethische und religiöse Qualifikation maßgebend in Betracht gezogen werden. Das Land der Anstalt soll von den Zöglingen selbst nach möglichst vollkommenen Methoden bearbeitet werden. Auch sollen sie „Industriearbeiten“ (wohl Handwerk) zur Deckung ihrer persönlichen Bedürfnisse erlernen. Das Lehrprogramm besteht im Unterricht in der estnischen Sprache, in Kenntnis der Bibel, Singen, Lesen, Schreiben, Rechnen und Zeichnen, sowie in praktischen Übungen im Unterrichten der Kinder des benachbarten Dorfes. Stadelberg will die Landstelle der Anstalt für eine jährliche Zahlung von 1000 Rbl. B. N. in Erbpacht geben. Die Errichtung eines Gebäudes von 23 Faden Länge und 6 Faden Breite, welches auch die Wohnräume für 42 Seminaristen und zwei verheiratete Lehrer enthalten soll, sowie der Wirtschaftsgebäude, und die Anschaffung des notwendigen eisernen Inventars veranschlagt er mit 10.000 Rbl. Den Unterhalt und das Honorar der Lehrer will er durch den Ertrag der Wirtschaft und der von den Schülern anzufertigenden Handarbeiten decken. Der Unterricht in der Anstalt soll kostenlos sein, wohl aber soll jeder Zögling selbst für seine Nahrung und Kleidung sorgen. Stadelberg verspricht, bei der Einrichtung und Leitung des Seminars seine

¹²¹⁾ dto. pg. 1—3.

¹²²⁾ A. d. B. G. R. Afte Nr. 9, 1830. Baron Chr. Stadelberg an die Eins. Rom. Reval 10. II. 1830.

ganze Erfahrung in die Wagschale zu werfen; da er aber nicht alle Kosten allein zu tragen vermöge, fordert er jedermann zur Beihülfe auf; die subskribierten Beiträge sollen an Propst Holz in Regel, einen für das Schulwesen besonders interessierten Prediger, ausgezahlt werden.

Um diesen Plan auch erfolgreich durchführen zu können, mußte Stadelberg vor allem die estländische Ritterschaft und die Landeskirche zu interessieren suchen. Zunächst wandte er sich mit einem Schreiben an den Ritterschaftshauptmann Baron Rosen. Bezugnehmend auf den beigeliegten Aufruf wies er darauf hin, die Ritterschaft habe stets das Bedürfnis nach Schulen für das estnische Volk anerkannt; nunmehr fordere er alle Glieder der Ritterschaft auf, an der Fundierung des Seminars teilzunehmen, um das von ihm begonnene Werk zu unterstützen¹³³⁾.

Am 18. November 1818 gelangte die Angelegenheit vor dem ritterschaftlichen Ausschuß zur Beratung. Hier wurde keineswegs ein von vorne herein ablehnender Standpunkt eingenommen, wie das von Neumann behauptet wird. Im Gegenteil — die Glieder des Ausschusses stellten sich zu Stadelbergs Plan durchaus wohlwollend und eröffneten sogleich unter sich eine Subskription, welche die Summe von 1000 Rbl. ergab. Der Ausschuß beauftragte den Ritterschaftshauptmann, die Kirchenobervorsteher der einzelnen Kirchspiele aufzufordern, auf den Kirchenkonventen freiwillige Beiträge zur Eröffnung des Seminars einzusammeln¹³⁴⁾. Rosen kam diesem Auftrag nach, indem er den Aufruf mit einem begleitenden Zirkulär in die Kirchspiele versandte. In letzterem weist er darauf hin, daß der Ausschuß bereits 1000 Rbl. zusammengebracht habe, und legt es den Konventen warm ans Herz, ebenfalls Sammlungen zu veranstalten. Er macht auf die Vorzüge des Stadelbergschen Planes aufmerksam, durch dessen Ausführung man das Ergehen von Vorschriften seitens höheren Orts vermeiden würde, die mit weit größeren Kosten verbunden sein würden. Auch betont er die Wichtigkeit der Tatsache, daß die Ausführung des Planes ein freiwilliges Werk der Ritterschaft zum Besten der Bauern darstellen würde. Die Ritterschaft sei hier in der Lage, sich ein bedeutendes Verdienst zu erwerben, und solle sich dieses nicht durch Ablehnung der Beteiligung rauben lassen¹³⁵⁾.

Da nun die Seminarangelegenheit auf jedem einzelnen Kirchspiel-

¹³³⁾ *EMA* I 443. A. C. 1819 I. Aufruf des Chr. Baron Stadelberg. Pärjental 12. IX. 1818. — *EMA* 175. Chr. Baron Stadelberg an den Ritt. Öptm. O. Baron Rosen 23. IX. 1818.

¹³⁴⁾ *EMA*. A I 57. Ausschuß-Protokoll 18. XI. 1818.

¹³⁵⁾ dto. Ritt. Öptm. O. Baron Rosen an die Kirchenvorsteher. 18. XII. 1818.

Konvent zur Sprache gelangen mußte, wandte sich Stadelberg an das Konsistorium und bat dieses, die Prediger dahin zu beeinflussen, daß auch sie durch Einsammlung von Beiträgen das Werk befördern möchten, woraufhin das Konsistorium beschloß, den Pastoren durch ein Rundschreiben nahezu legen, auf die jedem einzelnen am zweckmäßigsten erscheinende Art und Weise für das Werk zu wirken. Die eingegangenen Summen sollten unter Beifügung von Spenderverzeichnis dem Konsistorialsekretären zugesandt werden¹³⁶⁾. Die Aufnahme des Aufrufs in den einzelnen Kirchspielen läßt sich bis ins Detail verfolgen, da die Antworten der Kirchenobervorsteher sämtlich vorliegen und nicht ohne Interesse für die Einstellung des Adels zur Schulsache sind. Zunächst dauerte es längere Zeit, bis die Kirchspiele geantwortet hatten. Während einige, wie Rappel, Nissi, St. Matthäi und Weißenstein schon im Laufe des Januar reagierten, liefen zahlreiche Antworten sehr viel später, vielfach erst im Sommer, ein, so aus St. Katharinen, Regel, Haggerß, Leal. 14 Kirchspiele antworteten überhaupt nicht, scheinbar haben die dortigen Kirchenobervorsteher den Aufruf gar nicht vorgebracht, oder die Konvente es für überflüssig gehalten, dazu Stellung zu nehmen¹³⁷⁾. Vom Kirchspiel Rusal 3. B., dessen Antwort ausgeblieben ist, läßt sich nur feststellen, daß der Aufruf dem Konvent am 20. Januar 1819 vorgelegen hat; dieser beschloß, ihn den Gemeindegältesten und bäuerlichen Unterkirchenvorstehern vorzulegen, sie zu Beiträgen aufzufordern und ihre „Willensmeinung“ dem Pastor mitteilen zu lassen¹³⁸⁾. Weiter läßt sich nichts ermitteln; die Eingepfarrten scheinen selbst keine Beiträge gezeichnet zu haben, und der Standpunkt der Bauernschaft bleibt unbekannt. — Eine Reihe von Kirchspielen dagegen meldet Beträge, die von den Eingepfarrten gezeichnet worden sind. Aus mehreren Kirchspielen wird mitgeteilt, daß auf Konventsbeschluß 1½ Rbl. pro Haken bewilligt worden seien, so Turgel, St. Johannis in Terwen, Goldenbeck, Leal, Nissi u. a.¹³⁹⁾. Anderweitig wird keine feste Norm der Zahlungen fixiert, sondern dieselben werden völlig auf das freie Ermessen der Eingepfarrten basiert. So gehen ein aus St. Petri 356½ Rbl., aus Regel 330 Rbl. u. s. w. In mehreren Kirchspielen beteiligt sich auch die Bauernschaft. So meldet

¹³⁶⁾ *GM* I 443. A. C. 1819 I. Chr. Baron Stadelberg an den Präses des Konsistoriums. Reval 14. I. 1819; *GM* I 116. Konsistorial-Protokoll 23. I. 1819.

¹³⁷⁾ 3. B. ist in den Konventsprotokollen von Pönal nichts über die Seminarfrage zu finden.

¹³⁸⁾ *GM* III. 96. Konvents-Protokoll von Rusal 20. I. 1819.

¹³⁹⁾ *GM* 175. Schreiben der betr. Kirchenvorsteher.

der Kirchenvorsteher von Umpel, A. v. Huene, daß seitens der Bauernschaft 273 Rbl. eingegangen seien, aus der deutschen Gemeinde 52 Rbl. Die Bauernschaft des Kirchspiel Leal zahlte 40 Kop. u. s. w. Auch Pastoren zeichneden Beiträge, so der Pastor zu St. Johannis in Terwen 50 Rbl. Eine Reihe von Kirchspielen gab unbestimmte Antworten. So wünscht der Konvent von St. Katherinen zunächst keine Zahlungen zu bewilligen, da ihm dem Plane nach der Hauptzweck des Seminars nicht im Unterricht zu liegen scheine, sondern in der Bearbeitung der Rudaschen Ländereien. Nähere Auskünfte wünscht Pühhalep, ebenso Wesenberg. Endlich erfolgten aus mehreren Kirchspielen direkt abschlägige Antworten. In St. Martens hatte der Kirchenkonvent jegliche Beiträge einstimmig abgelehnt; Maholm, Rappel, St. Johannis in Harrien stellen sich ebenso, Rosch mit der Motivierung, der Plan sei nicht zweckmäßig. In Merjama wünschte man sich ebensowenig zu beteiligen, sondern sprach sich für die Realisierung des Uegfüllschen Schulplanes aus. Im ganzen liefen aus 19 Kirchspielen Beiträge ein, die übrigen lehnten ab oder antworteten überhaupt nicht. Am 24. II. 1819 konnte der Ritterschaftshauptmann dem Ausschuß mitteilen, zunächst seien nur 2161 Rbl. eingekommen, weshalb der Ausschuß beschloß, den Kirchenvorstehern die Sache noch einmal nahe zu legen und die Pastoren aufzufordern, auch unter den Bauern zu kollektieren¹⁴⁰⁾. Der Erfolg dieses zweiten Aufrufs dürfte wohl gering gewesen sein, wenn er auch nicht ganz ausblieb. Es läßt sich nun leider nicht feststellen, wie groß die eingekommene Gesamtsumme gewesen ist. Die vom Ausschuß gestifteten 1000 Rbl. und eine Stiftung aus einer nicht näher bezeichneten „Bücherverlagskasse“, im ganzen 2060 Rbl., waren vom Landrat W. v. Samson bei der Kreditkasse eingezahlt worden¹⁴¹⁾. Es ist das wohl dieselbe Summe, welche am 8. Dez. 1819 vom ritterschaftlichen Ausschuß dem neugegründeten „permanenten Komitee“ auf dessen Bitte hin überwiesen wurde¹⁴²⁾. Die gemeldeten Bewilligungen nach der Hafenzahl der zeichnenden Güter zu berechnen, ist nicht angängig, da sie zum Teil von gewissen Vorbehalten abhängig gemacht waren; und da die entsprechenden Rechnungsbücher nicht mehr vorhanden sind, ist es nicht festzustellen, welche Summen nur auf dem Papier bewilligt blieben, und welche wirklich zur Auszahlung gelangt sind. Im

¹⁴⁰⁾ dto. auch: Auszug aus dem Konvents-Protokoll St. Katherinen 6. VI. 1819. — *ENH. A I* 58. Ausschuß-Protokoll 24. II. 1819.

¹⁴¹⁾ *ENH. A II* 100. Landrat W. v. Samson-Himmelfsterna an den Ritt. Optm. Walling 5. VIII. 1830.

¹⁴²⁾ *ENH. A I* 58. Ausschuß-Protokoll 8. XII. 1819.

Jahre 1823 betrug die eingegangene Summe 2776 Rbl. 27¹/₂ Kop.¹⁴³). So war zunächst viel weniger eingekommen, als Stadelberg brauchte. Das permanente Volksschul-Komitee, über dessen Tätigkeit noch ausführlich zu handeln sein wird, hatte sich außerdem noch an den Staat gewandt, um von dort eine Subvention zu erhalten, woraufhin 1821 vom Reichsbank-Kapital 5816 Rbl. 82³/₄ Kop. bewilligt worden sind¹⁴⁴). Es ist das das erste Mal, wo der Staat materielle Opfer zu Bildungszwecken der Esten bringt. Einer späteren Nachricht zufolge sollen im ganzen 11.000 Rbl. eingekommen sein, was der Summe der drei genannten Posten nahe kommen würde¹⁴⁵).

So waren denn immerhin recht beträchtliche Beträge zusammen gekommen, und Stadelberg zögerte nicht, nunmehr mit der Errichtung zu beginnen. Zunächst ließ er in Ruda das Hauptgebäude aufführen. Im Frühjahr 1823 war dasselbe mehr oder weniger fertig, nur der innere Ausbau war nicht ganz vollendet, weil die Geldmittel zu Ende waren. Dabei fehlten aber noch die Nebengebäude, eine Werkstatt nebst Einrichtung und die geplante Anlage eines Gartenplatzes. Trotzdem hoffte Stadelberg, schon im Sommer 1823 das Seminar eröffnen zu können, falls sich die genügende Anzahl von Schülern finden würde. Er bat die Ritterschaft, sich für die Einsammlung der noch nicht ausbezahlten Subskriptionen, sowie der Beiträge aus den noch fehlenden Kirchspielen zu verwenden¹⁴⁶). Der Ritterschaftshauptmann Baron Rosen ließ noch einmal eine entsprechende Aufforderung ergehen¹⁴⁷). Ob daraufhin noch Zahlungen erfolgt sind, bleibt unklar, es erscheint aber wahrscheinlich, daß keine wesentlichen Ergebnisse erzielt worden sind. Der Aufbau des Hauptgebäudes ist aber wohl zur Vollendung gelangt. Im Sommer 1823 berichtet der Pastor zu Merjama, Ploshkus, daß sich in dem von Baron Stadelberg erbauten Schulgebäude, also jedenfalls Ruda, die Herrnhuter des Kirchspiels versammeln. Das Gebäude bezeichnet er als groß und anscheinend fertig, aber ohne weitere Verwendung¹⁴⁸).

¹⁴³) GMA. II II 93. Abrechnung des Chr. Baron Stadelberg. 15. III. 1823.

¹⁴⁴) M. A. d. E. 3. G. Nr. 3745. Kurator Krafftström an den Zivilgouv. n. Wendendorff. Dorpat 2. IX. 1836 Nr. 895.

¹⁴⁵) GMA. II II 102. Gen. Gouv. Baron Pahlen an den Min. f. Volksaufklärung. 6. x. 1830 Nr. 1022.

¹⁴⁶) GMA. II II 93. Chr. Baron Stadelberg an den Ritt. Gptm. Reval 15. III. 1823.

¹⁴⁷) GMA. I I 62. Zirkulär des Ritt. Gptm. L Baron Rosen. 27. VI. 1823.

¹⁴⁸) GMA I 451. M. E. 1823 I. Pastor Ploshkus an das Konsistorium. Merjama 12. VI. 1823.

Die weiteren Vorgänge um Ruda gehören eigentlich einer viel späteren Periode an, sollen hier aber noch des Zusammenhanges wegen zu Ende geführt werden. Mehrere Jahre blieb es nun bei diesem Zustande, und Stadelberg scheint nichts weiter unternommen zu haben, wobei die Gründe unbekannt bleiben. Die Ursache wird zum Teil darin gelegen haben, daß der Seminargedanke doch noch zu wenig populär war. Ein Teil des Adels beteiligte sich wohl mit Zahlungen und förderte das Werk, verbreitet waren aber auch noch ganz andere Anschauungen. Eine für diese Einstellung des Adels besonders charakteristische Äußerung sei hier angeführt, die von Baron Eugen Rosen-Mehntaß stammt: „Schul- und Lehranstalten sind sehr wichtig, aber sie dürfen weder kostspielig noch ausgedehnt sein. Ein guter Schulmeister nebst einer gut lesenden, reputierlichen Bäuerin genügen. Ersterer muß Sonntags was Erbauliches vorlesen und gewöhnlichste Lieder vorsingen, letztere die Mädchen lesen und nützliche Arbeiten lehren. Solche Personen lassen sich wohl überall finden und durch den Gutsherrn mit Hilfe des Predigers ausbilden, so kann man billig viel Gutes stiften¹⁴⁹⁾.“ Wo der Aufgabenkreis der Dorfschule so eng gefaßt wurde, konnte auch kein Verständnis für Stadelbergs Pläne vorausgesetzt werden, und solche Ansichten waren in Estland fraglos sehr verbreitet.

Im Jahre 1830 nimmt Stadelberg jedoch seine Tätigkeit wieder auf, kauft von seinem Bruder Friedrich Baron Stadelberg-Pärjental die Rudaschen Ländereien zum Zweck des Seminars an und leitet Schritte ein, um sie vom übrigen Teil des Hofes abzutrennen¹⁵⁰⁾. 1832 erläßt er einen neuen Aufruf, wo er den Glauben ausspricht, daß nun der Zeitpunkt der Eröffnung nicht mehr fern liege, nachdem lange Hindernisse bestanden hätten. Das Wohngebäude ist fertig und bedarf nur einiger weniger Reparaturen. Daher ist nichts mehr nötig, als daß etwas mehr als ein Lehrergehalt für die Dauer mehrerer Jahre garantiert wird, wenn auch sonst für die Nebengebäude, Landwirtschaft, Werkstatte u. s. w. noch größere Mittel notwendig wären. Sobald diese notwendige Summe da ist, soll die Eröffnung erfolgen. Als Förderer des Planes, an welche die Zahlungen gehen sollen, nennt Stadelberg eine Reihe von Persönlichkeiten: den Ritterschaftshauptmann I. v. Grünewaldt, O. v. Grünewaldt-Roik, A. v. Grünewaldt-Orrisaar, Mannrichter v. Zoege, Baron O. Taube-Termakant, E. v. Schilling und den Sekretär M. Schulz.

¹⁴⁹⁾ Baron Eugenius Rosen. Sechs Decennien meines Lebens. pg. 288.

¹⁵⁰⁾ A. d. B. E. R. Afte Nr. 9, 1830. Chr. Baron Stadelberg an die Einf. Rom. Reval 10. II. 1830.

Mit diesen gemeinsam will er dann das Statut ausarbeiten und die noch fehlende Einrichtung und Eröffnung vornehmen. Nach Bestätigung der Statuten soll das Seminar von einem Komitee verwaltet werden. Die Ländereien soll es von Stadelberg für 600 Rbl. jährlich pachten oder für die Übernahme von darauf lastenden 5000 Rbl. kaufen können. Sollte jedoch eine Zeit eintreten, wo die Bildung der Lehrer in echt christlichem Sinne unmöglich wird, so bestimmt Stadelberg, daß die Anstalt lieber eingehen und das Vermögen zu einem Hospital für Kranke und altersschwache Eten verwandt werden soll ¹⁵¹⁾. Nun wird die Angelegenheit immer unklarer: ein Komitee wurde errichtet, dessen Tätigkeit aber nicht von Dauer gewesen ist. Ein Plan ist entworfen und direkt dem Kurator Fürst Lieven unterlegt worden, von dem wir ebenfalls nichts Näheres wissen. Jedenfalls ist Ruda dem Charakter nach eine Stiftung Stadelbergs für Seminarzwecke geworden, für die ein Kuratorium eingesetzt war. Das Seminar ist aber nicht errichtet worden, sondern Stadelberg hat das Gebäude zu einem Bethause abgegeben. Aber die Gründe haben schon die Zeitgenossen keine Klarheit mehr besessen. Entscheidend für das Schicksal des Seminars war wohl, daß Stadelberg 1834 seines Postens als Gubernementsschuldirektor enthoben wurde, weil er sich einer schwärmerisch-religiösen Richtung zuwandte, die sich ungünstig in dem von ihm erteilten Religionsunterricht auswirkte, so daß es zu Konflikten mit Eltern seiner Revaler Schüler kam. Stadelberg hat dann Estland verlassen und seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt, so daß seine Tätigkeit für das Seminar unterbrochen wurde ¹⁵²⁾. Damit endete dieser so viel versprechende Versuch und erst viel später ist Ruda seiner ursprünglichen Bestimmung zugeführt worden. Ruda ist nachher zeitweilig Dorfschule gewesen, eine solche befindet sich dort jedenfalls im Jahre 1843 ¹⁵³⁾. Ein abschließendes Urteil darüber, ob hier das Mißlingen an der zu geringen Beteiligung des Adels oder an Stadelberg selbst gelegen, wird man kaum abgeben können. Es scheint jedenfalls auch später, als Ruda wirklich ins Leben trat, daß die Rechtslage der ganzen Stiftung eine sehr komplizierte gewesen ist, das mag sich wohl ebenfalls ungünstig ausgewirkt haben. Da Stadelbergs Nachlaß nicht auffindbar ist, wird hier eine restlose Klärung voraussichtlich unmöglich bleiben.

¹⁵¹⁾ A. A. d. E. B. G. Akte Nr. 3745. Aufruf des Ehr. Baron Stadelberg. [1832.]

¹⁵²⁾ dto. Zivilgouv. v. Wendendorff an den Kurator Krafftström. Reval 18. IX. 1836; u. dto., Geheim-Abt. Akte Nr. 151/1834.

¹⁵³⁾ GRA I 469/16. A. E. 1843. Oktoberbericht von Merjama.

4. Die Entwicklung des Schulwesens bis zur Schulreform der vierziger Jahre.

a. Das permanente Volksschulkomitee 1819 ff. und dessen Schulplan.

An der Stellungnahme der Staatsregierung waren die Reformpläne der Einführungskommission gescheitert. Mit ihrer Ablehnung wollte jedoch die Regierung nicht alle Neuerungsmöglichkeiten abschneiden; im Prinzip hatte sie ja nichts gegen dieselben, wollte nur keine größeren Geldmittel zur Verfügung stellen.

Die Schritte von Ritterschaft und Landeskirche vom Jahre 1818 hatten schließlich doch den Erfolg, daß der Minister für Volksaufklärung sich zur Schaffung einer Spezialkommission für die estländischen Bauernschulen entschloß¹⁾. 1819 übertrug ein zarisches Reskript die Regelung der estländischen Bauernschulverhältnisse einer neubegründeten Behörde. Unter der Motivierung, die Vorschläge der estländischen Gouvernementsverwaltung, also der Einführungskommission, enthielten zur Verbesserung des Schulwesens „nicht leicht ausführbare Mittel“ und verzögerten dadurch die gute Sache, wurden derselben die Schulangelegenheiten entzogen und dem neubegründeten permanenten Komitee zur Schulerrichtung in Estland übertragen. Zu Mitgliedern desselben ernannte der Zar vier Personen: Landrat W. v. Samson, Landrat R. G. v. Maydell, welcher damals das Amt eines Präses des Provinzialkonsistoriums bekleidete, ferner Propst Holz-Regel und den bereits vielfach erwähnten Gouvernementsschuldirektor Baron Christoph Stadelberg. Das Komitee setzte sich also aus Vertretern von Kirche, Ritterschaft und staatlicher Schulverwaltung zusammen. Der Präses sollte aus einer durch die Mitglieder selbst vorzunehmenden Wahl hervor-

¹⁾ Pölsd pg. 74. — Pölsds Angaben: „Konsistorialpräsident“ v. Samson und „Oberkirchenvorsteher“ Baron Stadelberg sind falsch.

gehen, die auf Landrat v. Maydell fiel; bei eintretender Vakanz hatte das Komitee ein Präsentationsrecht, während die Ernennung der neuen Glieder durch den Kurator des Lehrbezirks erfolgen sollte. Die Aufgaben des Komitees wurden folgendermaßen umrissen: Ausarbeitung eines einfachen, zweckentsprechenden Lehrplanes; Auswahl und Bestätigung geschickter Lehrer, sowie Einbringung von Vorschlägen über die Mittelbeschaffung für die Anlage der fehlenden Dorfschulen ohne Inanspruchnahme staatlicher Subventionen. Das Komitee sollte die Tätigkeit der eingerichteten Schulen überwachen, wobei es durch die Pastoren in den einzelnen Kirchspielen unterstützt werden sollte. Die Pflicht des Gouvernementsschuldirektors, Schulen zu visitieren, wurde nun auch auf die Dorfschulen erweitert, über die dabei gemachten Erfahrungen sollte er dem Komitee Bericht erstatten²⁾.

Ehe das Komitee seine Tätigkeit aufnahm, war ihm das Konsistorium durch einen Beschluß zuborgekommen: angesichts der geschwundenen Aussichten auf Realisierung des Uexfüllschen Schulplanes beschloß es, alle Pastoren aufzufordern, in ihren Kirchspielen Sonntagsschulen einzurichten: die Jugend sollte sich nach dem Gottesdienst dorfsweise versammeln und von einem erfahrenen Bauern im Lesen und den fünf Hauptstücken geübt werden³⁾. Wenn auch eine derartige Einrichtung keinen vollwertigen Ersatz für die fehlenden Dorfschulen bieten konnte, so ließ sich doch von ihr bei konsequenter Durchführung eine gewisse Verbesserung des Hausunterrichts erwarten, was immerhin einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt bedeutet hätte. — Das Volksschulkomitee war wenige Wochen nach Aufnahme seiner Tätigkeit in der Lage, dem Ritterschaftshauptmann Baron v. Rosen einen Schulplan vorlegen zu können und denselben um Meinungsäußerungen dazu zu ersuchen⁴⁾. Der verfaßte Plan unterscheidet sich bedeutend von den bisherigen Projekten, indem er zum Zweck der Hebung der bäuerlichen Bildung sogar fünf Arten von Lehranstalten vorsieht.

Als niederste Gattung ist die Leseschule vorgesehen, welche in jedem etwas größeren Dorf errichtet werden soll. Die von den Eltern ununterrichtet gebliebenen Kinder sollen dort von St. Martini bis St. Georg (10. XI. — 23. IV.) Unterweisung im Lesen empfangen. Auf je 500 bis 600 Seelen beiderlei Geschlechts soll ferner eine Gebietsschule kommen, wohin die Kinder nach der Lese-

²⁾ Полное собрание законовъ. XXXVI. 1819. Zarisches Reskript d. d. 8. II. 1819.

³⁾ ЕММ I 116. Konsistorial-Protokoll 24. I. 1819.

⁴⁾ ЕММ. II 89. Landrat v. Maydell an den Ritt. Optm. v. Baron Rosen. Reval 17. III. 1819.

schule genossenem Vorunterricht gegeben werden sollen. Das Programm derselben ist bedeutend umfassender und besteht in Bibelfenntnis, Singen, Lesen, Schreiben und Rechnen, nebenbei sollen „Industriearbeiten“ gemacht werden. Die Leselehrer sollen verpflichtet werden, zu Erbauungs- und Repetitionszwecken *Sonntags- schulen* abzuhalten, an welchen vor allem auch Schulentlassene teilnehmen sollen. Ein Gebietslehrer, der als besonders tüchtig befunden worden ist, erhält die Inspektion aller Schulen seines Kirchspiels und veranstaltet im Sommer *Lehrerver- sammlungen* aller Gebietslehrer seines Bezirks, die den Zweck haben sollen, gemachte Erfahrungen auszutauschen und sich gegenseitig in der Methode zu fördern. Die Gebietslehrer ihrerseits sollen im Herbst vierzehn Tage lang dauernde Versammlungen der Leselehrer ihres Bezirks abhalten. Endlich soll für ganz Ostland ein *Seminar* errichtet werden. — Die Errichtung und Beaufsichtigung aller dieser Lehranstalten steht dem permanenten Komitee zu, welches in seiner Tätigkeit von Kirchenvorstehern und Pastoren unterstützt wird. Die Gemeindeältesten sind verpflichtet, über den Schulbesuch zu wachen und Beiträge für zu errichtende Schulfonds einzutreiben. Die Gebietschullehrer sind von allen persönlichen Lasten und Abgaben frei, ihrer Aufsicht unterstehen die in ihrem Gebiet wirkenden Leselehrer. Während die Leseschulen in Bauernhäusern notdürftig eingerichtet werden sollen, erhalten die Gebietschulen besondere, nach einem vorgeschriebenen Plan zu errichtende Häuser, die ein genau festgelegtes Mobiliar enthalten sollen. Das Land und Baumaterial hat der Gutseigener zur Verfügung zu stellen, während die Bauernschaft die Aufbauarbeiten leistet. Das jährliche Gehalt der Lehrer wird folgendermaßen fixiert: vier Tonnen Roggen, ebensoviel Gerste, hundert Riespfund Heu, vier Riespfund Richte, zehn Faden Holz, wobei die drei letzteren Dinge von der Bauernschaft geliefert werden. Das jährliche Korngehalt dagegen wird einem Schulfond entnommen, der für jede Schule gegründet wird, zu welchem Zweck jede Seele des betreffenden Schulbezirks $1\frac{1}{2}$ Stof Korn zu liefern hat. Die Leselehrer sind auf das Schulgeld der von ihnen unterrichteten Kinder angewiesen, welches $\frac{1}{2}$ Küllmet Korn pro Kind beträgt. Das Seminar soll in Ruda nach dem bekannten Stadelbergischen Plan errichtet und vom Komitee verwaltet werden. Es folgen darauf verschiedene Bestimmungen über vom Lehrer zu verlangende Eigenschaften und seine Pflichten, sowie eine Reihe von allgemeinen Prinzipien betreffend Zucht und Unterricht. Sobald der Schulplan bestätigt ist, sollen die Güter bestimmt werden, welche Schulen anzulegen haben⁵⁾.

Der Ritterschaftshauptmann Baron Rosen übersandte sogleich dem Komitee eine Reihe von Bemerkungen, die sachliche Ausstellungen am Schulplan enthalten. In denselben sehen wir Rosen den neuen vom Komitee aufgestellten Gedanken wenig Sympathie entgegenbringen, während er selbst mehr auf der Basis der älteren Schulprojekte steht. Besondere Leseschulen hält er für unnütz, da Prediger und Gemeindeälteste sowieso schon auf den Hausunterricht zu achten haben, dagegen neigt er dazu, an den Gebietschulen besondere Unterklassen ausschließ-

⁵⁾ Vgl. auch G. f. G. u. A. Niga. Mschr. 592. Sonntag, Collectanea ecclesiastica: Plan zu den für die Christen zu errichtenden Lehranstalten.

lich für Leseunterricht zu eröffnen. Auch die Sonntagschulen gefallen Rosen wenig, da er von ihnen eine Abhaltung der Bauern vom Besuch der Kirche befürchtet. Lehrerkonferenzen erscheinen ihm zwecklos des zunächst zu erwartenden sehr niedrigen Bildungsniveaus der Schulmeister wegen, für empfehlenswert hält er dagegen Konferenzen derselben mit den Pastoren. Mit der Einrichtung von Gebietschulen ist Rosen einverstanden, macht nur einige Ausstellungen an Details. Er will prinzipiell nichts von Lieferung von Bauplatz und Material durch den Gutseigentümer wissen, sondern nur von Bewilligungen, will also den künftigen Schuldotationen den Charakter der Freiwilligkeit bewahren⁶⁾.

Rosens Ausstellungen sind zweifellos zum Teil berechtigt, so sein Mißtrauen dem Wert der geplanten Lehrerversammlungen gegenüber, die wohl nur bei einem fortgeschrittenen Lehrerstande in Frage gekommen wären. Die von ihm vorgeschlagene Vereinigung von Lese- und Gebietschule bedeutet eine Vereinfachung des Schulnetzes, sowie auch insofern eine Verbesserung, als der Leseunterricht eines seminaristisch gebildeten Schulmeisters viel besser sein muß, als der eines primitiven Leselehrers. Die hinsichtlich der Sonntagschulen geäußerte Befürchtung hat sich in der Praxis als unbegründet erwiesen, in vielen Kirchspielen haben späterhin Sonntagschulen gearbeitet, ohne daß dadurch dem Kirchenbesuch Abbruch geschehen wäre. Als Voraussetzung des ganzen Planes dient natürlich dem Komitee die Annahme, daß Stadelbergs Seminarplan durchgeführt werden würde; schlug derselbe fehl, so fiel damit der ganze Plan, da dann der für die Errichtung des Dorfschulnetzes erforderliche Lehrerstand nicht vorhanden war. Rosens Antwort stellte jedoch trotz der Ausstellungen eine prinzipielle Einverständniserklärung der Ritterschaft mit der Schulreform dar und die Bereitschaft sich daran zu beteiligen. Ein schwacher Punkt, den Rosen nicht angreift, war natürlich bei der gegenwärtigen schweren Wirtschaftslage der Bauern deren Belastung mit Zahlungen für den Schulfond und Heranziehung zu Arbeiten. Wenn auch der auf den Einzelnen entfallende Anteil nur gering war, so konnte hierin doch ein Moment liegen, das geeignet war, den Bauern gegen die Schule einzunehmen.

Bevor der Plan in Wirksamkeit gesetzt werden konnte, mußte natürlich die Entwicklung der Seminarfrage abgewartet werden. Wie bekannt, verlief diese negativ: das von Stadelberg projektierte Seminar

⁶⁾ *EMN.* II 1 58. Mitt. Optm. D. Baron Rosen an Landrat v. Maybell. Meval 25. III. 1819.

kam nicht zustande, was dem Plan des Komitees die Basis entzog. Trotzdem reichte das Komitee das Projekt zur Bestätigung beim Minister für Volksaufklärung ein. Dort zog sich die Angelegenheit in die Länge. Schließlich wurde 1821 der die Lehrfächer betreffende Teil bestätigt, während der ökonomische Teil an die Einführungskommission verwiesen wurde, worüber am 12. X. 1821 dem Generalgouverneur Paulucci ein Bescheid zuging⁷⁾. In Abwesenheit Pauluccis wandte sich dessen Stellvertreter Du Hamel an die Einführungskommission und übersandte derselben die beanstandeten Punkte in extenso zur Durchsicht und Beprüfung⁸⁾. Das Gutachten derselben ist leider nicht erhalten, seine Übersendung scheint sehr verspätet erfolgt zu sein, da Du Hamel sich veranlaßt sah, noch einmal die Sache in Erinnerung zu bringen⁹⁾. Die Folgezeit brachte eine Reihe sehr verwickelter Verhandlungen, welche sich längere Zeit hinzogen, deren Schilderung jedoch einem späteren Abschnitt vorbehalten bleibt. Irgendwelche Neuerungen in der Art, wie sie im Plane vorgesehen waren, konnten zunächst nicht vorgenommen werden, da man die Bestätigung des ganzen Projekts abwarten mußte. Trotzdem gingen aber in diesen Jahren im estländischen Bauernschulwesen gewisse Veränderungen vor sich.

Wie erwähnt, hatte das Konfistorium an die Pastoren die Aufforderung gerichtet, in ihren Kirchspielen Sonntagschulen zu errichten. Dieser Anregung ist an einer Reihe von Orten Folge geleistet worden. Im Kirchspiel Haggerz sind in Rabbiser, Haiba, Ruil, Loal und Abdila Sonntagschulen entstanden: dort kommen die Kinder nach dem Gottesdienst in speziell dazu angewiesenen Häusern zusammen und empfangen von einem Bauern Leseunterricht¹⁰⁾. Im Regelschen Kirchspiel entsteht eine sehr große Anzahl von Sonntagschulen: solche sind in 16 Gebieten nachweisbar. Die Kinder versammeln sich dort zu gemeinsamen Leseübungen, wobei die Lehrer auch versuchen, die völlig Unwissenden zu unterrichten¹¹⁾. Vorwiegend scheint aber der Unterricht in diesen Schulen in Form einer gewissen Übung des Lesens vor sich gegangen zu sein, als in einem erstmaligen Erlernen desselben.

⁷⁾ ERM. II 102. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Min. f. Volksaufklärung. 6. x. 1830. Nr. 1022.

⁸⁾ A. d. B. G. R. Akte Nr. 3, 1821. Vizegouv. Du Hamel an die Einf. Kom. Riga 21. x. 1821 Nr. 792.

⁹⁾ dto., dieselben. Riga 12. XI. 1821 Nr. 824.

¹⁰⁾ ERM I 444. A. G. 1819 II. Protokoll der Propstvisitation zu Haggerz. 21. ix. 1819.

¹¹⁾ ERM I 446. A. G. 1820 II. Memorial Regel.

Andere Kirchspiele modifizierten die Vorschläge des Konsistoriums auf ihre eigene Weise. So führte der Pastor zu St. Petri statt einer sonntäglichen Leseschule nach dem Gottesdienst Leseexamen für die unkonfirmierte Jugend ein, welche ihm in der Kirche durch die Kirchenvorfürsprecher vorgeführt wurde¹²⁾. Propst Glanström wählte im Kirchspiel St. Michaelis den Weg wöchentlicher Leseprüfungen, welche durch „verständige“ Wirte in den Häusern vorgenommen wurden¹³⁾. In Pühalep machte der Pastor die Vorleser der Brüdergemeinde dazu willig, am Mittwoch die Bauernjugend in den Dörfern zu versammeln und sie im Lesen und Hersagen der fünf Hauptstücke zu prüfen und zu üben¹⁴⁾. Im Kirchspiel Merjama ergriff eine Reihe von Höfen die Initiative zu einer ähnlichen Einrichtung, indem sie ihre Bauernjugend einmal wöchentlich auf dem Gut versammelten und durch von der Herrschaft eigens dazu bestimmte Personen unterrichten ließen¹⁵⁾. In Reiniß, das schon früher auffallend fortgeschrittene Schulverhältnisse besessen hatte, begegneten wir einem überraschenden Aufstieg: 1819 sind dort 14 Schulen vorhanden, welche von der Bauernjugend erfolgreich besucht werden¹⁶⁾. Zwei Jahre später hat sich ihre Zahl auf 20 vermehrt¹⁷⁾. Wie aus späteren Memorialen hervorgeht, ist diese Entwicklung das Verdienst des Pastors Ignatius, der sich rege für die Schulsache einsetzte und die Errichtung dieser Schulen in die Wege leitete. Wenn auch solch ein Resultat ein Ausnahmefall bleibt, so können wir doch von 1819 an eine gesteigerte Aktivität auf dem Gebiete des Schulwesens beobachten. Wenn auch die Zahl der neu begründeten eigentlichen Dorfschulen zunächst wenig zunahm, so wurden doch an vielen Orten neue Maßnahmen zur Hebung des Hausunterrichts durchgeführt, deren Erfolg nicht ausgeblieben ist. Die vielen unausgeführt gebliebenen Schulpläne werden immerhin das Resultat gezeitigt haben, die Diskussion über Schulfragen in weitere Kreise zu tragen und dafür größeres Interesse zu erregen.

Ein solches erhöhtes Interesse bezeugen eine Reihe von Fragen, welche für die Synode des Jahres 1821 von verschiedenen Pastoren aufgestellt werden und dort zur Debatte gelangen. So fragt Pastor Rettler-Jörden: wie können Estlands Prediger am kräftigsten zur Einrichtung und Leitung von Bauernschulen mitwirken, ohne der Erfül-

¹²⁾ ESN I 441. A. C. 1819 II. Memorial St. Petri.

¹³⁾ ESN I 443. A. C. 1819 I. Memorial St. Michaelis.

¹⁴⁾ ESN I 446. A. C. 1820 II. Memorial Pühalep.

¹⁵⁾ ESN I 443. A. C. 1819. I. Memorial Merjama.

¹⁶⁾ dto. Memorial Reiniß.

¹⁷⁾ ESN I 445. A. C. 1821 II. Memorial Reiniß.

lung ihrer anderweitigen Amtsgeschäfte Abbruch zu tun? Die Formulierung des Pastor Carlblom=St. Matthias lautete: wodurch soll der Pastor für den zweckmäßigen Unterricht der Bauernjugend seines Kirchspiels Sorge tragen, und wie kann er denselben am besten befördern? Pastor Striedter=Rosch stellt endlich die Frage: wie soll der Prediger für die Bildung einer besseren Generation wirken¹⁸⁾? Leider sind die entsprechenden Synodalprotokolle nicht mehr erhalten, so daß uns der Verlauf der Diskussion unbekannt geblieben ist. Klar ist jedoch, daß nun die Entwicklung des Bauernschulwesens in ein neues Stadium zu treten begann.

b. Die Einführung der „ambulierenden Leselehrer“,
deren Erfolge und sonstige Ergebnisse der
Reformversuche.

Da durch die Ablehnung des einen Teils des Schulplanes in St. Petersburg die Realisierung desselben auf ungewisse Zeit verschoben worden war, schlug das „permanente Komitee“ andere Wege ein, auf welchen sich gleich Verbesserungen der Zustände herbeiführen ließen. Zunächst beschritt es den alten Weg der Enquete über die bestehenden Verhältnisse. Die eingelaufenen Antworten sind fast sämtlich nicht mehr erhalten, bis auf eine, welche zufällig unter die Akten des Konsistoriums geraten ist. Aus derselben geht hervor, daß speziell die Frage der materiellen Vorbedingungen zur Schulerrichtung in den einzelnen Kirchspielen angeschnitten worden war¹⁹⁾. Das sich ergebende Bild scheint wenig günstig gewesen zu sein, denn bald darauf sehen wir, daß das Komitee statt der Dorfschulen mit einem völlig neuen Gedanken an die Öffentlichkeit tritt: durch die Anstellung „ambulierender Leselehrer“, welche überall ausfindig gemacht werden sollen, soll die Bildung des Volkes gehoben werden²⁰⁾. Nachdem diese die Bestätigung des Komitees gefunden, macht der Pastor der Gemeinde darüber Anzeige und beauftragt die Unterkirchenvorsteher, die für die Versammlung der Kinder erforderlichen Räumlichkeiten anzuweisen. Der Pastor stellt die Verzeichnisse der schulpflichtigen Kinder zusammen und zeigt am Sonntag von der Kanzel an, in welche Gebiete die Lehrer

¹⁸⁾ ERM I. 447. A. C. 1821. I. Synodalfragen 1821.

¹⁹⁾ dto. Pastor Hasselblatt an das permanente Komitee. Röthel 15. VI. 1821.

²⁰⁾ ERM I 448. A. C. 1821 II. Perm. Komitee an das Konsistorium. 24. XII. 1821.

im Laufe der bevorstehenden Woche gehen werden. Die ambulierenden Lehrer sollen in erster Linie Eltern und Kinder zum Leseunterricht ermuntern, die Kinder prüfen sowie die Bauern für die künftig einzurichtenden Dorfschulen vorbereiten und interessieren. Verlassen sie ihr Gebiet, so sollen sie versuchen, jemanden willig zu machen, in ihrem Sinne weiter zu wirken. Von St. Martini bis St. Georg sollen sie das Kirchspiel durchwandern, die Länge ihres Aufenthaltes an den einzelnen Orten entsprechend der vorgefundenen Unkenntnis bemessend. Zu den von den ambulierenden Lehrern abgehaltenen Versammlungen zu erscheinen sind die Kinder verpflichtet; falls sie hierin ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, erfolgt eine Anzeige beim Prediger und dem Hof, welche ihrerseits einen entsprechenden Druck auszuüben haben. Neben dieser neuen Lehrmethode empfiehlt die Instruktion, zwecks Übung der Lesefertigkeit für die Ferienzeit Leseschulen zu errichten ²¹⁾.

Die Instruktion bezeichnet den neu eingeschlagenen Weg ausdrücklich als Provisorium. Durch regere Handhabung des Hausunterrichts sollen für die in absehbarer Zeit zu errichtenden Dorfschulen gewisse Vorkenntnisse erzielt und ihrer Popularität vorgearbeitet werden. Die ambulierenden Leselehrer sollen selbst keine Schule abhalten — ihr Zweck ist bloß, zu kontrollieren und anzuregen. Dieser neue Modus hat den Vorzug großer Billigkeit, da dabei nur ein bis zwei Personen anzustellen sind, welche ein ganzes Kirchspiel bedienen können. Natürlich kann aber von ihrer Tätigkeit nicht annähernd der gleiche Erfolg wie von festen Schulen erwartet werden; dessen ist sich das Komitee auch bewußt, es hält aber ein plötzliches Inkrafttreten eines weitgehenden Schulplanes ohne Vorbereitung des Bodens für inopportun. Die Art und Weise des Unterhalts der ambulierenden Lehrer ist in der Instruktion nicht irgendwie festgelegt und wird der eigenen Regelung der einzelnen Kirchspiele überlassen.

Diese neue Lehrmethode ist in den einzelnen Kirchspielen auf sehr verschiedene Weise durchgeführt worden. In erster Linie war die Schwierigkeit zu überwinden, für das Lehramt geeignete Persönlichkeiten ausfindig zu machen. An diesem Punkte scheiterte die Neuerung bereits in mehreren Kirchspielen vollständig: so fand sich im Kirchspiel Sewe niemand, der zur Übernahme dieses Amtes in Frage gekommen wäre, ebenso ging es in Waiwara, Haljal, St. Matthäi u. s. w. ²²⁾.

²¹⁾ ERM I 449. A. C. 1822 I. Instruktion des perm. Komitees. Reval 20. I. 1822.

²²⁾ ERM I 450. A. C. 1822 II. Memoriale der betr. Kirchspiele.

Die Kandidaten sollten nach Prüfung ihrer Kenntnisse durch das Komitee bestätigt werden, in einer Reihe von Fällen verweigerte jedoch das Komitee die Bestätigung, so daß die Lehrer ihre Tätigkeit nicht aufnehmen konnten²³). Neben dem Ausfindigmachen geeigneter Persönlichkeiten machte natürlich die Frage der Honorierung die größten Schwierigkeiten, da wiederholt von Höfen und Bauernschaft derartige Verpflichtungen abgelehnt wurden. So hatte das Kirchspiel Rusal nicht die Möglichkeit, ambulierende Lehrer anzustellen, da die Höfe sich weigerten, diesen ein Gehalt zu zahlen, und die Bauern ebenfalls Bedenken hatten, zu diesem Zweck eine bleibende Zahlung zu übernehmen²⁴). In Maholm hatte der Ortsprediger zwar in Frage kommende Persönlichkeiten ausfindig gemacht, aber die Eingepfarrten erklärten sich gegen die Anstellung und wünschten die Einrichtung fester Schulen entsprechend den Beschlüssen des Landtags²⁵). Auch in Karusen vereinigten sich Gutsbesitzer und Bauern zu einer derartigen Opposition, wobei bei letzteren das Verlangen nach festen Schulen laut wurde²⁶). In St. Johannis in Harrien hatte Pastor Felicius die Bauernvormünder aufgefordert, Personen für das Amt der ambulierenden Lehrer namhaft zu machen. Die Antwort war ein einstimmiger Protest gegen die Einführung dieses Instituts und das Verlangen nach festen stehenden Schulen. Trotz aller Einwände des Pastors blieben die Bauern bei dieser Ansicht²⁷). Den Pastoren war — vermutlich seitens des Konsistoriums — nahe gelegt worden, zur Bekleidung dieser Lehrerpstellen Glieder der Herrnhuter Brüdergemeinde zu wählen. Die Mehrzahl hat sich daran gehalten und dabei gute Erfahrungen gemacht. Die größte Verbreitung fand das neue Institut in Harrien. In Regel, wo der Ortsprediger Holtz ja selbst dem permanenten Komitee angehörte, wurden als erstem estländischen Kirchspiel die ambulierenden Lehrer angestellt. Der Kirchenkonvent bewilligte ihnen ein Korngehalt in der Höhe von je sechs Sonnen Roggen, welche auf die Höfe repartiert werden sollten. Angestellt wurden zwei Herrnhuter, welche im Winter das Kirchspiel durchzogen, Eltern und Kinder zum Lesen ermahnend. Das zunächst nur auf ein Jahr bewilligte Gehalt wurde später immer wieder von neuem zugesprochen, da die Lehrer in ihrer Tätigkeit evidente Erfolge

²³) dto. Memoriale St. Simonis, Bönal u. a.

²⁴) dto. Memorial Rusal.

²⁵) dto. Memorial Maholm.

²⁶) dto. Memorial Karusen.

²⁷) dto. Memorial St. Johannis i. S.

erzielten ²⁸⁾. Ebenso mühelos löste das Kirchspiel Hagers die materielle Frage, indem der Konvent zunächst 12 Tonnen Roggen bewilligte, in der Hoffnung, die Bauernschaft werde späterhin, den gestifteten Nutzen erkennend, diese Kosten selbst übernehmen ²⁹⁾. In St. Marien=Magdalenen beabsichtigten die Eingepfarrten, die Lehrer besser zu stellen, und bewilligten jedem sechs bis sieben Tonnen Roggen und ebenso viel Gerste im Jahr; eine daraufhin angestellte Persönlichkeit erwies sich aber als völlig leistungsunfähig und mußte entlassen werden ³⁰⁾. In Leal sollte der ambulierende Lehrer von jedem Gesinde vier Stof Korn erhalten. Daraufhin beschwerten sich aber zahlreiche Bauern bei den Höfen, die Bauernvormünder hätten eigenmächtig in ihrem Namen die Entrichtung von Abgaben zugesagt ³¹⁾. Eine unerfreuliche Wendung nahm die Sache der Wanderlehrer im Kirchspiel Pönal. Dort waren zwei Personen angestellt worden und sollten als Gehalt je acht Tonnen Roggen von der gesamten Bauernschaft des Kirchspiels erhalten ³²⁾. Ihre Tätigkeit wurde jedoch durch die Opposition einiger Gutsherren gehindert, welche ihren Bauern verboten, die Lehrer aufzunehmen und ihnen Korn zu zahlen. Durch diese scharfe Form der Ablehnung, die allerdings ziemlich allein zu stehen scheint, stellten die Gutbesitzer im Kirchspiel die ganze Neuerung in Frage ³³⁾. Im allgemeinen glückte dort, wo die Höfe die Sache übernahmen, die Durchführung, während Zahlungen der Bauerngemeinden doch keine genügend sichere Basis darstellten.

Die durch die ambulierenden Lehrer erreichten Resultate sind in den einzelnen Kirchspielen sehr verschieden gewesen, wohl vor allem von der mehr oder weniger großen Tüchtigkeit der Lehrer abhängig. In mindestens der Hälfte der Kirchspiele Estlands ist die neue Einrichtung durchgeführt worden, aber die Mehrzahl der Pastoren äußert sich doch nicht voll befriedigt über das Erreichte. Im Kirchspiel Jörden z. B. arbeiteten die Wanderlehrer durchaus fleißig: im Winter durchzogen sie dreimal das ganze Kirchspiel und nahmen auch im Sommer Lokalfisitationen der Lesekenntnis vor, wobei sie sich speziell den vernachlässigten Kindern widmeten. Dennoch konstatierte Pastor Kettler

²⁸⁾ ERA I 448. A. C. 1821 II. Memorial Regel; ERA III. 71. Konvents=Protokolle von Regel 29. IV. 1821; 28. IV. 1822; 18. IV. 1823.

²⁹⁾ ERA I 450. A. C. 1822 II. Memorial Hagers.

³⁰⁾ dto. Memorial St. Marien=Magdalenen.

³¹⁾ dto. Memorial Leal.

³²⁾ ERA I 448 A. C. 1821 II. Memorial Pönal.

³³⁾ ERA I 450. A. C. 1822 II. Memorial Pönal.

bei seinen Prüfungen bei Kindern im Alter von 12 bis 16 Jahren sehr unbedeutende Erfolge, ebenso bei solchen, deren Eltern selbst ganz ungeschulte Leute waren. Einen merklichen Fortschritt konnte er nur bei ganz jungen Kindern beobachten, oder bei solchen vorher ununterrichteten, deren Eltern nur nachlässig, jedoch keine Analphabeten waren³⁴). Sehr unbefriedigt äußert sich auch der Pastor zu St. Simonis: die Resultate sind dürftig, denn die Wanderlehrer kommen nur selten in jedes einzelne Dorf und halten sich dort nur kurze Zeit auf. Von Seiten der Bauern wird Widerstand geleistet: sie schicken ihre Kinder nicht hin und wollen keine Zahlungen entrichten. Pastor Pauder hat nur in solchen Dörfern Fortschritte beobachtet, wo außerdem noch an gewissen Tagen der Woche regelmäßiger Unterricht erteilt wurde, wobei die Erfolge in diesem Falle wohl unabhängig vom Institut der Wanderlehrer erzielt waren³⁵). In Rosch hat sich trotz der Wanderlehrer im Verhältniß zu früher wenig geändert, der Pastor hat aber diese außer ihrer regulären Tätigkeit auch unwissende Konfirmanden unterrichten lassen und damit gute Erfolge erzielt³⁶). In Turgel leisten die ambulierenden Lehrer wenig, was Pastor Grohmann mit der Halsstarrigkeit vieler Bauern motiviert³⁷). Aus allen Berichten ist ersichtlich, daß eines der Haupthindernisse eines Erfolges die fehlende Stetigkeit der Einwirkung auf die Jugend war, denn nur dort besserte sich der Zustand, wo nebenbei noch regelmäßiger Unterricht stattfand oder es wirklich gelang, den Eltern ein wesentlich regeres Interesse für den Hausunterricht beizubringen. Bei den Eltern aber stießen die Leselehrer vielfach auf Opposition. So versicherten die Lehrer im Kirchspiel Nissi ihrem Ortspastor Bodeck, durch ihre Tätigkeit entstehe wenig Nutzen, wenn dieselbe nicht durch Mithülfe der Eltern unterstützt werde. Bei diesen aber herrsche vielfach die Vorstellung, nun jeglicher Verpflichtungen zum Unterricht ihrer Kinder enthoben zu sein³⁸). Trotz der Schwierigkeiten haben die ambulierenden Lehrer in vielen Kirchspielen mit Selbstverleugnung und großem Fleiß ihre Pflicht getan. So verboten sie sich in St. Petri die Honorierung, damit nicht der Anschein entstehen könnte, sie arbeiteten aus Eigennutz³⁹).

³⁴) dto. Memorial Jörden.

³⁵) GNA I 451. A. C. 1823 I. Pastor Pauder an das Konsistorium. St. Simonis 12. VI. 1823.

³⁶) dto. Pastor Striedter an das Konsistorium. Rosch 13. VI. 1823.

³⁷) dto. Pastor Grohmann an das Konsistorium. Turgel. [Undatiert]

³⁸) dto. Pastor Bodeck an das Konsistorium. Nissi 19. VI. 1823.

³⁹) dto. Pastor Henning an das Konsistorium. St. Petri 6. I. 1823.

In Wefenberg haben den Angaben des Pastors zufolge zwei Leselehrer eifrig gewirkt, obgleich nur wenige Gebiete ihnen dafür Zahlung leisteten; dabei haben sie greifbare Erfolge erzielt, Lust und Liebe zum Lesenlernen angeregt und auch auf die Religiosität des Kirchspiels günstig gewirkt⁴⁰⁾. In Regel war die Verbreitung der Lesekenntnis soweit allgemein geworden, daß die Lehrer kaum mehr einen Unkundigen fanden. Pastor Holz erklärt das durch den Druck auf die Eltern, den die häufigen Besuche der Lehrer ausübten⁴¹⁾. Sollten da nicht aber die so zahlreichen Sonntagschulen, die im Regelschen Kirchspiel arbeiteten, stark zu diesen Veränderungen beigetragen haben? Ihre Zahl stieg bis auf 40⁴²⁾! In sehr großen Kirchspielen mußte die Tätigkeit der ambulierenden Lehrer natürlich eine höchst schwierige sein, da sie große Entfernungen zu durchwandern hatten und auf jeden eine hohe Zahl von Kindern entfiel. So hatte z. B. in Rosch jeder Lehrer ungefähr tausend Kinder in ihrem Unterricht zu überwachen und zu prüfen⁴³⁾.

In den Kirchspielen, wo sich das Institut der Wanderlehrer bewährte, ist fraglos eine Verbreitung der Lesekenntnis eingetreten. Aber in einem Punkt, der ein Hauptgrund der herrschenden Unwissenheit war, konnten sie nicht einwirken: nämlich auf die von den Bauern im Hausunterricht im Lesen angewandte Methode. Auf Grund langjähriger Erfahrung charakterisiert Pastor Ignatius Hagger die selbe folgendermaßen: der Erste hat eine sehr mangelhafte Vorstellung von der Zusammenfügung der Buchstaben zu Silben und der Silben zu Wörtern. Er erlernt das Lesen nur durch ein Sicheinprägen des Totaleindrucks eines ihm vorgesagten und ewig wiederholten Wortes, ohne dessen einzelne Teile und deren Zusammenhang zu übersehen. So kann der Erste wohl ziemlich richtig lesen, nicht aber das A=B=C richtig buchstabieren oder die Kombination mehrerer Buchstaben in allen Wendungen verfolgen⁴⁴⁾. Diese methodischen Unzulänglichkeiten konnten natürlich nicht eher restlos beseitigt werden, als bis das Lesenlernen unter die ständige Aufsicht fest angestellter, gut vorgebildeter Dorfschulmeister gestellt war. Die Auswirkungen der fehlerhaften Methode wurden aber von mehreren Pastoren deutlich erkannt, welche den

⁴⁰⁾ dto. Pastor Winkler an das Konsistorium. Wefenberg 14. VI. 1823.

⁴¹⁾ *GMN* I 452. A. C. 1823 II. Pastor Holz an das Konsistorium. Regel 28. XII. 1823.

⁴²⁾ dto. Memorial Regels.

⁴³⁾ dto. Pastor Striedter an das Konsistorium. Rosch 10. XII. 1823.

⁴⁴⁾ *GMN* I 448. A. C. 1821 II. Memorial Hagger's.

Versuch machten, da Abhülfe zu schaffen. Ausgehend von der Erkenntnis der Unbrauchbarkeit der Bibel, sowie verschiedener existierender ABC-Bücher zu Lernzwecken, machte sich Pastor O. W. Masing daran, als Ersatz dafür Lesetafeln für die Schulen herzustellen. Diese Tafeln sollten einen vollständigen Lesekursus enthalten und durch bewegliche Buchstaben und Ziffern ergänzt werden⁴⁵⁾. Mit der Anwendung dieser Tafeln erzielte er gute Resultate, so daß er rechnete, bei ihrer Benutzung würden 50% der Analphabeten in drei Wochen das Lesen erlernen⁴⁶⁾. Allerdings scheinen diese Tafeln vorwiegend in Livland benutzt worden zu sein und nur ganz vereinzelt auch in Estland Anwendung gefunden zu haben. Im Frühjahr 1822 waren erst drei Exemplare dorthin gegangen, die weitere Verbreitung läßt sich nicht verfolgen⁴⁷⁾. In Estland machte sich der Gouvernementsschuldirektor Baron Stadelberg, der ja auch dem permanenten Komitee angehörte, an die Herausgabe ähnlicher Tafeln, wobei die Pastoren Holz-Regel, Knüpper-St. Katherinen und Hirschhausen-Rusal mitarbeiteten⁴⁸⁾. Holz beabsichtigte, diese Tafeln speziell beim Unterricht durch die ambulierenden Lehrer zu verwenden⁴⁹⁾. Daß sie aber größere Verbreitung gefunden haben, läßt sich nicht nachweisen.

Pastor Glanström in Ampel machte einen anderen Versuch: er richtete auf seinem Pastorat eine Schule ein, in der er die Anwendbarkeit der Bell- und Lancasterschen Methode gegenseitigen Unterrichts bei den Esten erprobte. Auch hierbei benutzte er Lesetafeln und zwar mit durchaus günstigen Ergebnissen, denn schon in drei Monaten erlernten die Kinder das Lesen und mehrere sogar das Schreiben⁵⁰⁾.

Eine Reihe von Kirchspielen griff die Anregung, ambulierende Lehrer einzusetzen, nicht auf, sondern führte ihrem eigenen Ermessen entsprechend andere Verbesserungsmaßnahmen durch. So beschlossen im Kirchspiel St. Johannis in Terwen die Gemeinden Kaltenbrunn, Jürgensberg, Rui, Korpß und Mehtaden, für im Lesen vernachlässigte Kinder Leseschulen einzurichten, deren Besuch zwangsläufig sein sollte⁵¹⁾. In St. Katherinen fand in mehreren Bethäusern Jugend-

⁴⁵⁾ G. G. G. Pastor O. W. Masing an Pastor Rosenplänter. Dorpat 9. X. 1820.

⁴⁶⁾ dto. dieselben XI. 1821.

⁴⁷⁾ dto. dieselben 3. III. 1822.

⁴⁸⁾ dto. dieselben 8. X. 1821.

⁴⁹⁾ dto. dieselben 3. VIII. 1822.

⁵⁰⁾ GNA I 450. A. G. 1822 II. Memorial Ampel.

⁵¹⁾ GNA I 448. A. G. 1821 II. Memorial St. Johannis i. J.

unterricht statt, sowie Prüfungen des zu Hause Erlernten ⁵²⁾). In Rusal sorgen Glieder der Brüdergemeinde so gut für den Hausunterricht, daß Pastor Hirschhausen dort ambulierende Lehrer für entbehrlich hält. Außerdem hat er bei den Rusalischen Filialkirchen Vorleser angestellt, die die Pflicht haben, in den einzelnen Dörfern die Jugend zu versammeln und sie lesen sowie Katechismus lernen zu lassen, also eine der Tätigkeit der Wanderlehrer ähnliche Arbeit, die nur einen konstanteren Charakter trägt. Ein Vorleser unterrichtet auch im Schreiben, wofür sich bei manchen Personen Interesse findet, ein Beweis für das wachsende Bildungsbedürfnis der Bauern in jenen Jahren ⁵³⁾. In seiner Geschichte des estnischen Volksschulwesens hat Ruut die Behauptung aufgestellt, die Brüdergemeinde hätte sich nicht im geringsten um das Schulwesen gekümmert ⁵⁴⁾. Daß diese These vollständig falsch ist, beweist gerade die Entwicklung der zwanziger Jahre: immer wieder finden sich Hinweise darauf, daß die Herrnhuter sich in besonders hohem Maße um möglichst guten Hausunterricht bemüht haben, und die Posten der Wanderlehrer sind meist von ihnen besetzt worden. Auch wurden an so manchem Ort ihre Bethäuser zu Stätten des Unterrichts ⁵⁵⁾.

In vielen Kirchspielen war es gelungen, bei den Gutzbefizern ein wirklich aktives Interesse für das Bauernschulwesen anzufachen. So hatte z. B. Pastor Grohmann in Turgel 18 Leseschulen eingerichtet. In Serrefer, Kollo, Diso und Torri hatte die Tätigkeit derselben besonders günstige Resultate, da die Gutsherrschaft fast täglich anwesend war und dem Unterricht beiwohnte. Im Sommer wurden dort sonntägliche Wiederholungsübungen im Lesen vorgenommen, auf deren regelmäßigen Besuch die Gutsherrschaft streng achtete ⁵⁶⁾. In Worms verdankte das Kirchspiel den Aufschwung seines Schulwesens allein der Opferfreudigkeit seines Pastors Malmgren: derselbe hatte Sonntagsschulen eingerichtet und trug die Gagerung der Lehrer persönlich ⁵⁷⁾. So sehen wir in den meisten Kirchspielen ein mehr oder weniger eifriges sich Regen und Arbeiten an Reformen, wenn auch zu-

⁵²⁾ dto. Memorial St. Katherinen.

⁵³⁾ CNA I 450. A. C. 1822 II. Pastor Hirschhausen an das Konsistorium. Rusal 22. x. 1822.

⁵⁴⁾ Ruut pg. 27.

⁵⁵⁾ z. B. CNA I 450. A. C. 1822 II. Memoriale St. Johannis i. S., Ma-holm u. a.

⁵⁶⁾ CNA I 451. A. C. 1823 I. Memorial Turgel.

⁵⁷⁾ CNA I 452. A. C. 1823 II. Memorial Worms.

nächst die Zahl der festen Dorfschulen sehr wenig zunahm. Es gab aber auch Gegenden, die da völlig rückständig waren: so haben die Kirchspiele Karusen, Hanehl-Werpel, Röthel und Bönal bis 1823 noch keinerlei Verbesserungen durchgeführt⁵⁸⁾).

c. Die Tätigkeit des permanenten Komitees in den späteren Jahren seines Bestehens.

Während in den Kirchspielen eine zwar in beschränkten Grenzen gehaltene, aber rege Aufbauarbeit geleistet wurde, fanden schleppende Verhandlungen über den Schulplan des permanenten Komitees zwischen den Vertretern der Landes- und Staatsbehörden statt. Wie erwähnt, war der ökonomische Teil desselben in St. Petersburg abgelehnt worden, und auch der Generalgouverneur Marquis Paulucci stand in dieser Frage auf einem anderen Standpunkt als das permanente Komitee. Vor allem hatte er daran Anstoß genommen, daß beabsichtigt worden war, die Beiträge für den Kornfond für eine Reihe von Jahren nachträglich zu erheben, um gleich bei der Errichtung der Schulen eine größere Menge Korn für die Fundierung der Schulen zur Verfügung zu haben. Darin sah aber Paulucci eine zu große materielle Belastung des Bauernstandes. Er vertrat den Standpunkt, jede Schule müsse eigenes Vermögen besitzen und müsse auf Land fundiert sein, denn der Lehrer solle nebenbei Ackerbau treiben, das sei für ihn der angemessenste Nebenerwerb. Bevor er sich aber deswegen an den Zaren wandte, legte Paulucci diesen Standpunkt der Ritterschaft dar. Er veranlaßte den Ritterschaftshauptmann Baron Rosen, den Landtag zu ersuchen, das für die Fundierung der Schulen nötige Land anzuweisen. Dabei nahm er dem Plan gegenüber insofern eine Einschränkung vor, als er die Errichtung je einer Schule auf 1000 Seelen für ausreichend hielt, an Stelle der vom Komitee vorgesehenen 600⁵⁹⁾. Am 28. Juni 1822 wurde Pauluccis Schreiben vor dem Landtage verlesen und am Tage darauf zur Beratung gebracht. Der Landtag zeigte sich diesen Vorschlägen durchaus geneigt: auf einen Antrag des Jermischen Kreises hin wurde beschlossen, auf den Kirchspielskonventen auf je 1000 bäuerliche Seelen Landstellen von mindestens zwei Tonnen Aussaat in jeder Lotte ausfindig zu machen und dem

⁵⁸⁾ dto. Vgl. die Memoriale der betr. Kirchspiele.

⁵⁹⁾ *GA.* II 11 92. Marquis Paulucci an den Mitt. Optm. D. Baron Rosen. St. Petersburg 20. VI. 1822 Nr. 1640.

Gebrauch des Schullehrers zu überlassen. Sollte das irgendwo nicht durchführbar sein, so sollten an Stelle dessen vom Grundherrn Landstelen gepachtet werden, wobei die Pachtsumme nicht 1½ Stos Sommer- und Winterkorn pro Seele des Schulbezirks übersteigen sollte. Heu, Holz und Lichte sollte die Bauernschaft dem Lehrer liefern. Endlich hat die Ritterschaft um Zulassung der Ausnahme, auf großen Gütern von mehr als 1000 bäuerlichen Seelen ebenfalls nur eine Schule errichten zu dürfen ⁶⁰⁾.

Die Einräumung der Möglichkeit, Schulen statt auf einer Landabtretung auch auf einer Pachtung zu fundieren, bedeutet natürlich eine Schwächung der von Paulucci vorgesehenen materiellen Basis. Wenn die Pachtung eintrat, so war allerdings der prinzipielle Unterschied zum vom Komitee vorgeschlagenen Kornfond nicht groß, nur daß die Beträge statt über den Fond an den Lehrer nun dem Grundherrn zufließen und der Lehrer dem Ackerbau zugeführt wurde. Eine eindeutige Stellungnahme des Landtages für Landabtretung durch den Gutsherrn wäre natürlich im Interesse der Sache günstiger gewesen, wenngleich auch jetzt derselbe gezwungen war, wenn auch auf dem Wege der Pacht, eine Fundierung zur Verfügung zu stellen.

Der weitere Gang der Verhandlungen bleibt, wegen Fehlens der betreffenden Akten, unklar. Es scheint, daß die Schulkommission der Universität sich eingemischt hat. Der Kurator Fürst Lieben wandte sich jedenfalls an das permanente Komitee mit der Frage, ob bisher in Estland gar keine Bauernschulen existiert hätten, ob und wie viele jetzt vorhanden wären und in was für einer Lage sich dieselben befänden ⁶¹⁾. Die Schulkommission hat dann anscheinend auch einen Plan ausgearbeitet, der uns nicht mehr erhalten ist. Masing schreibt an Rosenplänter, er habe einen „sehr simplen“ Volksschulplan der Schulkommission gesehen, der auch dem Zaren vorgelegt worden sei ⁶²⁾. Dieser Plan ist jedoch nicht nachdrücklich verfolgt worden und praktisch ohne Bedeutung geblieben. Die Anfrage Liebens bezeugt schon den Grad der Unkenntnis der Universitätsorgane in Bauernschulangelegenheiten.

Unterdessen war Paulucci ein anderer Schulplan bekannt geworden, dessen Verfasser die beiden schon vielfach erwähnten Pastoren

⁶⁰⁾ EMA. A I 61. Landtags-Protokoll 28—29. VI. 1822 u. Mitt. Optm. O. Baron Rosen an Marquis Paulucci. Reval 5. VII. 1822.

⁶¹⁾ EMA I 451. A. C. 1823 I. Propst Holz an das Konsistorium. [Undatiert]

⁶²⁾ G. E. G. Pastor L. W. Masing an Pastor Rosenplänter. S. II. 1824.

ren O. W. Masing in Eßs und J. H. Rosenplänter in Pernau waren. Dieser Plan war ursprünglich zur Einführung in Livland gedacht. Masings Tätigkeit ist bereits gewürdigt worden; auch Rosenplänter besaß ein reges Interesse für die Bildung des estnischen Volkes. Seit 1814 leitete er eine Schulmeisterschule in Pernau, aus welcher wir später auch in Estland (Wattel) einem Zögling als Lehrer begegnen⁶³⁾.

Der Plan behandelt in seiner Einleitung kurz das bisher auf dem Gebiete des Schulwesens Geleistete und stellt fest, daß dieses völlig ungenügend sei. Als Hauptgrund wird der Mangel an Schulmeistern und Lehrmitteln bezeichnet. Die meisten Lehrer genügen in Kenntnissen und Methode keineswegs den an sie gestellten Ansprüchen. Nun wird auf die bisherigen Seminarpläne eingegangen. Die Durchführung der Vorschläge des Peter v. Löwis sei zu kostspielig und auf die Mithilfe der Krone berechnet gewesen; und vom Stadelberg'schen Plan wird festgestellt, er stoße auf Opposition, weil man befürchte, Stadelberg bezwecke als erklärter Separatist eine solche Anstalt nur, um durch dieselbe „Geist und Grundsätze seiner Sekte“ zu verbreiten⁶⁴⁾. Über die ambulierenden Lehrer wird ein hartes Urteil gefällt: sie seien sehr zweckmäßig zwecks Verbreitung des Herrnhutertums, sonst aber eine leere Scheinoperation. Nun wird aber nach dieser rein negativen Kritik doch auch ein positiver Weg gezeigt: die Dorfschulmeister könnten aus den Parochialschulen hervorgehen, wenn diese nur genügend geleitet wären. Daher sollten in Nordlivland auf zwei Jahre zwei Bildungsinstitute für Parochiallehrer eröffnet werden, wohin jedes Kirchspiel auf Kirchspielskosten einen jungen Mann entsenden sollte. In der Zeit, wo dieser ausgebildet werde, solle das Kirchspiel das Gebäude für die Parochialschule aufbauen. Dorthin müßten dann die Gebiete geeignete Schüler hinschicken, die selbst zu Dorfschullehrern ausgebildet werden könnten. Die Leitung der zwei Seminare wollen die Autoren des Planes selbst übernehmen. Die Zöglinge sollen durch ihr Kirchspiel mit Kleidung ausgestattet werden, welches für den Unterricht eine bestimmte Zahlung in Naturalien oder Geld zu leisten hätte. Als Lehrfächer sind Lesen, Schreiben Rechnen, Religion, Gesang, Naturkunde und Hygiene vorgesehen, späterhin auch Unterricht in der Methode⁶⁵⁾.

Was die Aussichten des Planes anlangt, so stand Rosenplänter da selbst recht pessimistisch. Er schreibt: „Eben weil der Schulplan sehr einfach ist, so würde die Ausführung desselben zum Zweck führen, und daher bin ich in der That besorgt, daß er nicht begünstigt, sondern beiseite gelegt wird. Er hat nichts, das zu seiner Empfehlung dient, keine Umter, keine zu berechnenden Summen, keinen auszuordnenden Wald, keine Bauten, und — so werden wir es denn wohl erleben,

⁶³⁾ GAA I 469/12. A. C. 1839. Oktoberbericht Narwen.

⁶⁴⁾ Wohl als Anspielung auf Stadelberg's pietistische Einstellung und die Herrnhuter zu verstehen.

⁶⁵⁾ G. C. G. Mschr. Nr. 15. „Plan zu einem Schulmeister-Seminar für Ehsten“

daß aus ihm nichts werden wird. Indeß wird er als ein Paragraph in der Geschichte der estnischen Schulen stehen bleiben ⁶⁶⁾.“ Dieser Entwurf wurde nun einem in Livland gebildeten Schulkomitee vorgelegt, das eine gewisse Bearbeitung desselben vornahm.

Der Plan sagte Paulucci so zu, daß er ihn zwecks nachdrücklicher Verfolgung dem Zaren unterbreitete und darum bat, ihn nicht nur in Livland, sondern in allen drei Provinzen einführen zu dürfen ⁶⁷⁾. Obgleich der Kurator Fürst Lieben sich gegen ihn aussprach, fand der Plan beim Zaren Zustimmung; die Antwort ließ zwar geraume Zeit auf sich warten, aber nach etwa einem Jahr ging Paulucci ein kaiserliches Reskript zu, das die Vorschläge in vollem Maße bestätigte und ihre Durchführung genehmigte, mit der Klausel, der Unterricht dürfe nicht der Sittlichkeit und den Einrichtungen des Reiches widersprechen ⁶⁸⁾. Für Estland war damit eine ganz unklare Situation entstanden, denn nun gab es zwei sich stark widersprechende, bestätigte Schulpläne: erstens den einen Teil des Planes des permanenten Komitees inklusive den Stadelbergischen Plan, wo von Parochialschulen überhaupt nicht die Rede war, und nun das Masing-Rosenpläntersche Projekt, das gerade auf den Parochialschulen basierte und damit sinngemäß den ersten Plan illusorisch machte, da es mit dem Vorhandensein der Parochialschulen stand und fiel. Wie Paulucci sich hier die Lösung dachte, ist nicht bekannt; vermutlich sind ihm diese Schwierigkeiten nicht aufgefallen, da er nichts über Aufhebung des ersten Planes verlautbarte. Ebenso wissen wir heute nicht, wo er in Estland die zwei Seminare zu errichten plante, oder ob er die Estländer ebenfalls in Eß und Pernau auszubilden gedachte. Diese Schwierigkeiten zeigten sich bald. Es kam zunächst zu einer verhältnismäßig belanglosen Korrespondenz zwischen Paulucci, Einführungskommission und permanentem Komitee über die Tätigkeit des letzteren, das schließlich berichten mußte, einen ausführlichen Plan über die ökonomische Einrichtung und den Lehrplan eines Seminars nicht zu besitzen ⁶⁹⁾. Diese Verhandlungen versickerten aber schnell im Sande; Paulucci sah nun wohl

⁶⁶⁾ dto. Pastor Rosenplänter an Pastor O. W. Masing. 21. II. 1824.

⁶⁷⁾ G. E. G. Pastor O. W. Masing an Pastor Rosenplänter. Riga 23. IV. 1823; A. Tobien, Agrargesetzgebung I. pg. 397.

⁶⁸⁾ Föld pg. 82; A. d. W. E. R. Nr. 19/1824. Kopie des kaiserl. Reskripts an den Generalgouv. Jarfskoje Sjelo 11. IV. 1824; ERM. A II. 102. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Min. f. Volksaufklärung. 6. x. 1830 Nr. 1022.

⁶⁹⁾ A. d. W. E. R. Nr. 19/1824. Perm. Komitee an die Einf. Kom. Reval 30. VIII. 1824 Nr. 24.

die in Estland bestehenden Schwierigkeiten und tat nichts, um einen der bestätigten Pläne zur Durchführung zu bringen.

Das permanente Komitee seinerseits setzte unterdessen seine Tätigkeit fort, soweit ihm eine solche möglich war. Durch Förderung der Herausgabe estnischer Schriften suchte es einem der schwersten Mängel des damaligen Schulwesens abzuhelpen. So erbat es 1821 bei der Ritterschaft die Bewilligung einer Subvention zum Druck eines neuen Lesebuches. Der Ausschuß warf daraufhin für diesen Zweck die Summe von 600 Rbl. aus⁷⁰⁾. Die estnischen Schriften waren ein Gebiet, auf welchem noch viel geleistet werden mußte. Masfing gibt in einem Brief an Rosenplänter eine Aufstellung der seiner Ansicht nach beim Unterricht notwendigen Lehrmittel und zählt folgende auf: 1) Leseblätter; 2) Rosenplänters Vorlegeblätter; 3) Kleiner Bibelauszug für den Lehrer; 4) Handbuch für den Lehrer; 5) Leitfaden des Religionsunterrichts; 6) Alttestamentliche Geschichte; 7) 52 Erzählungen des Neuen Testaments; 8) Die „Pühapäewa wahhelugemised“ Masfings zum Vorlesen; 9) Das Masfingsche Wochenblatt zum selben Zweck. Alle diese Lehrmittel will Masfing durch obrigkeitliche Verordnung in den Schulen eingeführt wissen⁷¹⁾. Einige dieser Lücken waren zwar durch Masfings eigene schriftstellerische Tätigkeit ausgefüllt worden, diese Bücher hatten aber in Estland noch lange nicht die ihnen zukommende Verbreitung gefunden. Leider fehlen für die folgende Zeit genauere Daten darüber, welche Lehrmittel in Estland benutzt worden sind, es muß aber doch angenommen werden, daß vorläufig Bibel und Katechismus Grundlage des bürgerlichen Unterrichts blieben und zunächst keine wesentlichen Änderungen eintraten.

Im Jahre 1823 geriet das permanente Komitee in einen Kompetenzstreit mit dem Konsistorium. Das Komitee vertrat den Standpunkt, in Schulsachen den Pastoren übergeordnet zu sein und in derartiger Veranlassung mit diesen unter Ausschaltung des Konsistoriums in direkte Korrespondenz treten zu können. Das Konsistorium jedoch sah darin eine Einschränkung der Rechte der Pastoren und wandte sich mit einer entsprechenden Vorstellung an den Minister für geistliche Angelegenheiten. Dieser seinerseits setzte sich mit dem Kurator Fürst Lieven in Verbindung und nahm dabei in einem für das Konsistorium ungünstigen Sinne Stellung. Das Gutachten betonte, für das Kirchen- und Schulwesen existierten seit längerer Zeit eigene,

⁷⁰⁾ EM. II 60. Ausschuß-Protokoll 11. x. 1821.

⁷¹⁾ G. E. G. Pastor O. W. Masfing an Pastor Rosenplänter. 7. VIII. 1822.

von einander unabhängige Behörden (worunter wohl das Konsistorium und die Schulkommission der Universität zu verstehen sind). Daher bezeichnet der Minister die Besorgnis des Konsistoriums betreffs Einschränkung der Pastorenrechte in Unterrichtsangelegenheiten als unbegründet, da ja deren eigentliches Betätigungsfeld die Kirche und nicht die Schule sei. Auch ohne einen direkten rechtlichen Einfluß könnten die Pastoren kraft ihrer Stellung auf die Volksbildung einwirken, speziell da das Komitee ja instruiert sei, ihre Beihülfe heranzuziehen. Die direkte Korrespondenz des Komitees würde ja nicht Fragen der Verpflichtungen der Pastoren, sondern wohl meist Informationen betreffen, die oft eilig sein könnten. So entscheidet der Minister zu Gunsten des Komitees, daß dieses bei der Korrespondenz mit den Pastoren das Konsistorium umgehen könne⁷²⁾. Wenn Masing diese Entscheidung damit erklärt, der Minister habe die Prediger in Schulsachen dem Komitee unterstellt, weil sie „keinen guten Willen für die gute Sache hätten“, so ist das eine Erklärung, die auf Kombinationen oder Gerüchten beruht und nicht zu belegen ist. Das Konsistorium fügte sich zunächst und schrieb den Pastoren vor, dem Komitee eventuell angeforderte Aufschlüsse zu erteilen und ihm bei der Organisation von Dorfschulen behülflich zu sein⁷³⁾. Gleich darauf leitete es aber doch eine Aktion ein, um diesen Zustand, den das Komitee als eine Unterstellung auffaßte, und der wohl auch von Pastoren so empfunden worden ist, zu beseitigen. Es richtete eine Supplik an den Generalgouverneur Paulucci. Dieser erklärte eine derartige Unterstellung für unmöglich, teilte das dem Minister mit und schrieb dem Konsistorium vor, der ministeriellen Verfügung nicht Folge zu leisten⁷⁴⁾. Daraufhin lehnte es Propst Holtz als Glied der Landeskirche ab, vom Komitee direkt an Pastoren gerichtete Schreiben zu unterzeichnen⁷⁵⁾. Der Minister Golizhyn sah sich nun veranlaßt, die Streitfrage dem Ministerkomitee vorzulegen. Dieses entschied, der Umweg über das Konsistorium würde die Korrespondenz sehr verschleppen, und eine direkte Aufsicht des Komitees wäre sehr heilsam. Die Lokalkenntnis der Pastoren befähige diese dazu, dem Komitee wertvolle Mitteilungen zukommen zu lassen; sie seien

⁷²⁾ *СММ* I 453. *М. С.* 1824. Minister Fürst Golizhyn an das Konsistorium. 18. XII. 1823.

⁷³⁾ *В. С. С.* Pastor O. W. Masing an Pastor Rosenplänter. 13. III. 1824; *СММ* I. 121. Konsistorial-Protokoll 9. I. 1824.

⁷⁴⁾ *СММ* I 453. *М. С.* 1824. Marquis Paulucci an das Konsistorium. St. Petersburg 1. III. 1824 Nr. 843.

⁷⁵⁾ *dto.* Perm. Komitee an das Konsistorium. Rebal 19. III. 1824.

dadurch diesem keineswegs subordiniert, sondern hätten nur alle drei Monate dem Komitee über die Tätigkeit der Dorfschullehrer zu berichten. Darin liege auch gar keine Kompetenzbeschränkung des Konsistoriums. Da verschiedene Pastoren als Lehrer tätig seien, unterständen sie so- wie so schon in dieser Funktion dem Gouvernements-Schuldirektor, woran sie selbst aber keinen Anstoß genommen hätten. Das Minister- komitee beschloß, Solikyns Verfügung zu bestätigen und den direkten Schriftenverkehr anzuordnen ⁷⁶). An diesem Beschluß konnte das Kon- sistorium nun nichts mehr ändern und mußte sich mit dieser Be- schränkung der Predigerrechte abfinden. Wie weit das sich praktisch ausgewirkt hat, bleibt unklar, da im Laufe der Jahre die Intensität der Tätigkeit des Komitees immer mehr abnahm.

Um die 1821 begonnene Reform des Unterrichts wirksam fort- zusetzen, wandte sich das permanente Komitee 1824 mit einer längeren Eingabe an die Ritterschaft. In derselben berichtete es zunächst über die von ihm geleistete Arbeit und belegte das mit einer Reihe von Pastorenberichten über positive, durch die ambulierenden Lehrer erzielte Ergebnisse. In 14 Kirchspielen hatten sie sich nach Angaben des Komitees bewährt, an vielen Orten konnten sie jedoch wegen Mangels ge- eigneter Persönlichkeiten sowie eines entsprechenden Geldfonds nicht ein- geführt werden. Daher regte das Komitee an, die Ritterschaft möge die Honorierung der ambulierenden Lehrer übernehmen und auch zur Erleichterung der Lage der Sonntagslehrer beitragen. Ferner führt das Komitee aus, jedes Kirchspiel könne eine Schule haben, in welcher der Rüster im Schreiben und Rechnen unterrichte, wozu dieser am Alltage ja Zeit genug habe. Rüster, die aus Bildungsmangel zur Über- nahme dieser Pflicht unfähig seien, müßten im Laufe eines Jahres die notwendigen Vorkenntnisse erwerben. Der Besuch dieser höheren Rüsterschule wäre freiwillig und müßte durch eine gewisse Zahlung vergütet werden. Das Komitee richtet an die Ritterschaft das Gesuch, die Unterstellung der Rüster in ihrer Lehrerfunktion unter das Komitee zuzulassen, sowie anzuordnen, die Anstellung von Rüstern dürfe in Zu- kunft nur nach Vornahme einer Prüfung ihrer Kenntnisse beim Komitee erfolgen ⁷⁷). Der Ritterschaftshauptmann von Bendendorff brachte den Inhalt des Schreibens vor dem Landtag zur Diskussion. Die beiden

⁷⁶) *СМ* I 454. У. С. 1825 I. Мин. ф. геістл. Ангелігенхейтен ан Марквіс Паулucci. Сі. Петербург 26. XI. 1824 №. 3467.

⁷⁷) *СМ* У II 94. Perm. Комітее ан ден Рітт. Сіптм. в. Бендендорфф. Небал 16. II. 1824.

letzten Punkte stießen bei allen vier Kreisen auf einmütige Ablehnung. Die Höhe der den ambulierenden Lehrern von den Gemeinden zu zahlenden Entschädigung beschloß der Landtag auf dem Wege einer Enquete festzusetzen und sprach den Wunsch aus, dieselben mößten nicht nur einer besonderen „Sekte“ — d. h. den Herrnhutern — entnommen werden. Eine weitere Teilnahme der Ritterschaft am Etat der Schulen scheint abgelehnt worden zu sein ⁷⁸⁾. Das Landratskollegium sah diese Ablehnung wegen des veränderten Verhältnisses von Gutsherrn und Bauern für motiviert an, hielt aber sonst den Plan des Komitees für zweckentsprechend. Eine Teilnahme der Ritterschaft an seiner Durchführung hielt es dann für geeignet, wenn das Recht der Rüstereinsetzung ausschließlich den Konventen verbliebe und die propozierte Gehaltzahlung der Höfe an die ambulierenden Lehrer in der Höhe von 12 Tonnen Roggen nur so lange dauern sollte, als keine Erweiterung des Planes und damit keine Neubelastung stattfinde. Daraufhin lehnten die Kreise eine materielle Unterstützung der Ritterschaft an die ambulierenden Lehrer ab, da sie „nicht dazu gehalten seien“ ⁷⁹⁾. So erging denn seitens des Ritterschaftshauptmanns von Wendendorff an das Komitee der Vorschlag, durch das Konsistorium und die Pastoren die Bauern-Gemeindeältesten zur Leistung einer Entschädigung an die Wanderlehrer aufzufordern. Auf der Forderung nach dem alleinigen Recht der Konvente zur Einsetzung der Rüster wurde bestanden und dem Komitee anheimgestellt, falls ihm ein Rüster nicht geeignet erscheinen sollte, eine andere Persönlichkeit als Parochialschullehrer anzustellen. Dagegen sollte der Konvent das Recht haben, auch gegen den Willen des Komitees einen Rüster zu entlassen ⁸⁰⁾. Das Komitee antwortete darauf nur ganz kurz, die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Sekte sei nie Vorbedingung bei der Auswahl der ambulierenden Lehrer gewesen, daher könne das Komitee zur Erfüllung dieses Wunsches nicht mehr tun, als bereits geschehen sei ⁸¹⁾. In den wesentlichsten Punkten war sein Plan also bei der Ritterschaft auf Ablehnung gestoßen, verhängnisvoll war dieses vor allem in Bezug auf die Subventionierung der ambulierenden Lehrer. Dadurch wurde ein weiterer Ausbau dieses Instituts, den das Komitee beabsichtigt hatte, un-

⁷⁸⁾ *EN. A* I 63. Landtags-Protokoll 26. II. 1824.

⁷⁹⁾ *dto.* Landtags-Protokoll 4. III. 1824.

⁸⁰⁾ *dto.* Ritt. Optm. v. Wendendorff an das perm. Komitee. Nebal 8. III. 1824 Nr. 80.

⁸¹⁾ *EN. A* II 94. Perm. Komitee an den Ritt. Optm. v. Wendendorff. Nebal 19. III. 1824.

möglich gemacht, und auch die geplanten höheren Rüsterschulen erschienen nun undurchführbar. Man kann deswegen mit gewisser Berechtigung gegen die Ritterschaft Vorwürfe erheben, und doch lassen manche Umstände deren Verhalten verständlich erscheinen. Der Reformpolitik des permanenten Komitees fehlte jede Planmäßigkeit: nach Ausarbeitung des ersten Schulplanes und Bewilligung der Landdotationen durch den Landtag hatte es, allerdings nicht nur aus eigenem Antriebe, diesen fallen gelassen und das Experiment mit den Wanderlehrern unternommen. Praktische Versuche auf Grund des bestätigten Teiles des Planes hatte das Komitee nicht gemacht; das Institut der Wanderlehrer war erst in Entwicklung, als der Parochialschulplan ausgearbeitet wurde. Da nebenbei der Masingsche Plan bestand, drohte eine kaum übersehbare Fülle gleichzeitig in Angriff zu nehmender Pläne. Die Person Städelbergs und dessen Bevorzugung der Herrnhuter hat dem Komitee wohl auch Opposition zugezogen, ebenso seine Ansprüche den Pastoren gegenüber. Das alles läßt es erklärlich erscheinen, daß die Ritterschaft sich zu den neuen Gedanken zurückhaltend verhielt. Für den Parochialschulplan hätte das Komitee eine höhere Bestätigung erlangen müssen, wozu die Aussichten immerhin fraglich waren. Ebenso bleibt es unklar, wie es sich die schnelle Aufbesserung der Rüsterbildung dachte. Bei seinem Bericht über die Tätigkeit der ambulierenden Lehrer hatte das Komitee, da es ja einen festen Zweck im Auge hatte, dem Landtage nur völlig einseitiges Material vorgelegt, während dieses Institut doch an anderen Orten versagt hatte und berechtigte Zweifel am größeren Wert desselben laut geworden waren. Ursprünglich waren die Wanderlehrer nur als Provisorium gedacht, nun aber schien das Komitee diese Einrichtung zu einer dauernden ausbauen zu wollen. Im übrigen lehnte die Ritterschaft ja nicht den Gedanken der Rüsterschulen an sich ab, sondern wollte in erster Linie die Rüster ihrem Hauptberuf erhalten und unerwünschte Komplikationen verhindern. —

Es scheint, daß das permanente Komitee nach diesem mißglückten Versuch weitere Reformen nicht mehr in Angriff genommen hat, sondern nur noch hier und da geringfügige Neuerungen im Rahmen der Anstellung von ambulierenden und Sonntagslehrern vorgenommen wurden. Jedenfalls versiegen von 1824 an die Nachrichten über die Tätigkeit des Komitees. Zum Generalgouverneur Paulucci war es mit der Zeit in Gegensatz geraten, vielleicht weil dieser, ohne seine Genehmigung einzuholen, den Masings-Rosenplänterschen Plan gefördert hatte.⁸²⁾

⁸²⁾ Pölb pg. 82.

Mit dieser Untätigkeit des Komitees mag wohl eine kaiserliche Verordnung vom 19. VIII. 1827 zusammenhängen, die vorschrieb, alle Pläne und Vorschläge in Schulangelegenheiten seien dem Ministerium für Volksaufklärung einzusenden. Dadurch wurde im Lande eine große Erregung hervorgerufen, die Verfügung ist aber praktisch bedeutungslos geblieben⁸³⁾.

In der Folgezeit fiel das Komitee auseinander: Landrat v. Maydell legte sein Amt nieder, Stadelberg zog ins Ausland und im Jahre 1828 starb Propst Holz. So war schließlich nur noch Landrat v. Samson übrig geblieben. Das Komitee hatte zwar den Versuch gemacht, sich zu kooptieren, jedoch waren die von ihm vorgeschlagenen Kandidaten nicht bestätigt worden; um wen es sich dabei gehandelt hat, ist nicht bekannt. Die Protokollbücher des Komitees, welche über seine spätere Tätigkeit Aufschluß erteilen könnten, befanden sich 1830 in den Händen Stadelbergs. Im selben Jahre äußert sich Landrat v. Samson über die vom Komitee geleistete Arbeit und erklärt, dieselbe habe sich auf die Anfertigung eines Schulplanes sowie die Einführung der ambulierenden Lehrer und der Sonntagsschulen beschränkt⁸⁴⁾. Dabei stammt die Anregung zu den letzteren vom Konsistorium. Diese Tätigkeit war aber in den Jahren 1819 bis 1824 im wesentlichen vollendet, so daß das Komitee später anscheinend stagniert ist.

Gewisse Verdienste um die estnische Volksbildung lassen sich dem Komitee keineswegs absprechen. Es hat die Lesekenntnisse der Bauern verbessert, zur Anregung des Bedürfnisses nach Bildung bei diesen beigetragen und auch im Lande für sein Tätigkeitsfeld Interesse geschaffen, wenn es auch verschiedene wenig glückliche Wege einzuschlagen versucht hat. Jedenfalls war das Bild der Unterrichtszustände um 1830 ein wesentlich fortgeschritteneres als ein Jahrzehnt vorher. Die Erwartung aber, es werde ein ausreichendes Dorfschulnetz errichten, hat das Komitee nicht erfüllt, seiner Hauptaufgabe war es nicht gewachsen.

d. Die staatliche Volksschulgesetzgebung der zwanziger Jahre

Neben dieser Tätigkeit des permanenten Komitees versuchte in den zwanziger Jahren auch der Staat größeren Einfluß auf das Volksschulwesen zu gewinnen, wenigstens in Form theoretischer Bestim-

⁸³⁾ A. Tobien, Agrargesetzgebung I pg. 397.

⁸⁴⁾ ERM. II 100. Landrat W. v. Samson an d. Mitt. Optm. v. Grünewaldt. Walling 5. VIII. 1830.

mungen. In einem 1820 erlassenen neuen Schulstatut wurde ausdrücklich bestimmt, daß alle privaten Lehranstalten in Stadt und Land dem Gubernementschuldirektor unterstellt seien und die solche Schulen unterhaltenden Personen demselben zu berichten hätten⁸⁵). Dieser Paragraph konnte ohne weiteres auf die estländischen Dorfschulen ausgedehnt werden und bedeutete insofern eine Bestätigung der Regelung von 1804. Im Jahre 1827 wurde die Aufsicht des Ministeriums für Volksaufklärung auf alle Schulen außer denen militärischen, respektive geistlichen Charakters ausgedehnt⁸⁶). Praktisch sind aber die estländischen Volksschulverhältnisse auch durch diese Verfügung nicht tangiert worden. Das örtliche Organ des Ministers war die Schulkommission, und diese hat sich auch in der Folgezeit auf den bisherigen Umfang ihrer Tätigkeit beschränkt, der die Landvolkschulen nicht umfaßte. So haben die staatlichen Organe, wenn auch ohne rechtliche Sanktion, der Bauernschule stillschweigend eine gewisse Sonderstellung eingeräumt und nur gelegentlich in theoretischen Kompetenzstreitigkeiten an ihre Rechte erinnert. Die Dorfschule blieb nach wie vor der Fürsorge von Landeskirche und Ritterschaft überlassen, und wenn jemand eingriff, so war es noch am häufigsten der Gouverneur oder Generalgouverneur. Diese Eingriffe waren aber selten und so ist die zweite Hälfte der zwanziger Jahre für die Volksschule Estlands ohne einschneidende Ereignisse verlaufen.

Eine Verfügung, die gegenüber dem herrschenden Gewohnheitsrecht einen Rückschritt bedeutete, brachte das Jahr 1828, wenn auch größere praktische Auswirkungen durch dieselbe nicht wahrscheinlich erscheinen. Der Zivilgouverneur schrieb nämlich den Pastoren vor, Kinder, die den sittlichen Anforderungen entsprächen, auch dann ad sacra zu admittieren, wenn sie die Kenntnis des Lesens nicht besäßen, wobei allerdings eine genügende Ausbildung ihres Fassungsvermögens Voraussetzung sein sollte⁸⁷). Damit war den Pastoren ein häufig gehandhabtes Druckmittel zur Durchsetzung des Lesenlernens genommen. Es erscheint jedoch nicht unwahrscheinlich, daß es auch trotzdem späterhin zur Anwendung gelangt ist.

Aus demselben Grunde wurde gelegentlich auch jetzt die Trauung abgelehnt, wovon uns ein charakteristisches Beispiel bekannt ist. Der Besitzer von Lehtigal, E. L. F. v. Ungern-Sternberg, klagt gegen den Pastor Freund zu St. Martens, weil

⁸⁵) Сборникъ постановлений I. Schulstatut 1820. § 233.

⁸⁶) A. d. E. G. G. Akte Nr. 178. Rektor Ewers an den Gouv. Schuldirektor Baron Stadelberg. Dorpat 26. VIII. 1827 Nr. 643.

⁸⁷) ЕКА I 460. A. E. 1828. Reskript des Zivilgouverneurs. Reval 31. III. 1828 Nr. 981.

dieser sich geweigert habe, eine des Lesens unfundige Lechtigalsche Person zu trauen. Er ersucht das Konsistorium, die Vornahme der Trauung vorzuschreiben⁸⁹⁾. Dieses stellt sich auf den Standpunkt, der Kirchenordnung gemäß sei die Unkenntnis des Lesens bei konfirmierten Personen kein legales Ehehindernis, und weist Pastor Freund an, die Trauung unverzüglich zu vollziehen⁹⁰⁾.

Die staatliche legislative Tätigkeit der zwanziger Jahre schloß das Schulstatut von 1828 ab, dessen die Parochialschulen betreffenden Paragraphen auf Estlands Verhältnisse schon eher anwendbar erscheinen als die des Statuts von 1804. Als Zweck der Parochialschulen wird die Verbreitung von Elementarkenntnissen unter den niedersten Volksklassen bezeichnet. Eröffnet werden können sie überall, wenn nur für Religionsunterricht durch einen Geistlichen gesorgt ist, auf eine Genehmigung des Gouvernements-Schuldirektors hin. Wird die Parochialschule auf einem Gut angelegt, so unterliegt sie der Aufsicht des Gutsherrn. Die Lehrer werden beim Kreisschulinспектор examiniert und von diesem ernannt. Der Unterricht ist kostenlos und umfaßt Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen im Umfange der vier Spezies, bei Anwendung der gewöhnlichen oder der Bell-Lancasterschen Methode. Er findet in den Wintermonaten statt und dauert vier Stunden täglich; dazu kommt, wenn der Gutsherr es erlaubt, im Sommer Repetitionsunterricht⁹¹⁾. Wenn man die restlose Übergabe der Volksschule an die Organe der Schulkommission voraussetzte, so ließ sich dieses Statut in Estland ohne weiteres verwirklichen. Diese Parochialschule war für Rußland als niederste Schulstufe gedacht, hätte in Estland daher einer Dorfschule mit gehobenem Lehrprogramm entsprochen. Da jedoch die Stellung der Schulkommission zu den Volksschulen unverändert blieb, blieb es bei einer bloßen Kenntnisaufnahme des Statuts durch das Konsistorium.

e. Die ersten Parochialschulen in Estland.

In den zwanziger Jahren kommen in Estland tatsächlich Versuche vor, Parochialschulen zu errichten, und zwar als Bauernschulen mit erweitertem Unterrichtsprogramm, nicht vom selben Typ wie die alte Rüsterschule. Aber einen derartigen Versuch sind zufällig ganz ausführliche Angaben erhalten, die gerade der Details wegen von Interesse sind, da sich hier zum erstenmal ein genauerer Einblick in die Ent-

⁸⁹⁾ ЕММ I 448. II. С. 1821 II. С. 2. Ж. в. Ungern-Стерenberg an das Konsistorium. Reval 20. VIII. 1821.

⁹⁰⁾ ЕММ I 118. Konsistorial-Protokoll 22. VIII. 1821.

⁹¹⁾ ЕММ I 462. II. С. 1829. „Уставъ Гимназій и Училищъ Уѣздныхъ и Приходскихъ“ 8. XII. 1828.

stehung einer Schule bietet. Es handelt sich um die Parochialschule für das Kirchspiel St. Martens in Kefffer.

Die Gründung dieser Schule war von Kapitän von Ruckteschell zu Kefffer angeregt worden und die Eingepfarrten hatten ihre Einwilligung zum Bau erteilt. Mit Erlaubnis des Konsistoriums sollten jährlich 60 Rbl. Zinsen des der Kirche St. Martens gehörigen Geißelschen Legats für den Bau verwandt werden. An der Schule sollte ein Lehrer mit einem Jahresgehalt von 40 Rbl. angestellt werden, welche Summe, ebenso wie 20 Rbl. jährlich für laufende Ausgaben gleichfalls von den jährlichen Legatszinsen bestritten werden sollte. Das Kirchspiel sollte dem Lehrer dazu Heu für einige Haustiere stellen. Die Zahl der Schüler sollte mit 40 begrenzt sein, und zwar war die Schule in erster Linie für vom Pastor auszuwählende Waisenkinder gedacht. Der Unterricht sollte von St. Michaelis bis St. Georg dauern, die Freistunden mit praktischen Arbeiten, wie Anfertigung von Stricken und Netzen, ausgefüllt werden. Ruckteschell selbst erklärte sich bereit, das nötige Land zur Verfügung zu stellen. In der Schule sollte Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen erteilt werden⁹¹). Ruckteschell übernahm den Bau und hatte 1826 669 Rbl. aus dem Legat erhalten, die er zum größten Teil verbraucht hatte: er hatte 30 Faden Fliesen angekauft und die Bauarbeit begonnen⁹²). Bald darauf starb er jedoch, und der Bau des Schulhauses war noch nicht vollendet⁹³). Damit geriet der Bau ins Stocken, da die verwitwete Frau v. Ruckteschell ihn nicht weiterführen, sondern gegen Erstattung der aus dem Legat erhaltenen Vorschüsse selbst behalten wollte, nachdem sie zuerst ihre eigenen Auslagen zurückverlangt hatte⁹⁴). Daraufhin untersuchte der Oberkirchenvorsteher des Kirchspiels, G. Riefemann, den Bau und stellte fest, daß er auf einer völlig ungeeigneten, niedrig gelegenen Stelle errichtet, sowie daß das Gebäude feucht war. Riefemann meinte, es werde schwer fallen, die Bauern dazu zu bewegen, ihre Kinder dorthin zu schicken. Daher schlug er vor, lieber durch den Pastor die Gutsbesitzer zur Anstellung von Schulmeistern auf ihren Gütern zu veranlassen und die 60 Rbl. jährlicher Legatszinsen zu diesem Zweck zu verwerten⁹⁵). Mit diesem Vorschlage erklärte sich das Konsistorium einverstanden⁹⁶). Der Kirchspielskonvent jedoch hielt am alten Gedanken fest und beschloß, für die Summe von 360 Rbl., welche Frau v. Ruckteschell zurückzahlen sollte, und 60 Rbl. jährlicher Legatszinsen ein neues Schulhaus beim Küsterat zu errichten⁹⁷). Dagegen aber erhoben die Kuratoren der Frau v. Ruckteschell, J. und K. v. Krusenstjern, Einspruch und wollten zunächst den begonnenen Bau vollenden, während Baranoff auf voller Rückzahlung der Summe bestand⁹⁸). Später zeigten sie sich jedoch nachgiebiger und erklärten sich zu gewissen Dotationen an den Schulmeister erbötig⁹⁹). Das Konsistorium

⁹¹) *ENM* I 480. Plan des A. v. Ruckteschell. Kefffer 20. II. 1823.

⁹²) *ENM* I 457. A. C. 1826. Abrechnung des A. v. Ruckteschell. Undatiert.

⁹³) *ENM* I 460. A. C. 1828. Oberkirchenvorsteher v. Fersen an das Konsistorium. 24. IV. 1828.

⁹⁴) *ENM* I 463. A. C. 1829. Herr v. Baranoff an das Konsistorium. Lehtigal 8. x. 1829.

⁹⁵) *ENM* I 480/757. G. Riefemann an das Konsistorium. Layküll 9. VI. 1830.

⁹⁶) *dto.* Konsistorium an G. Riefemann. Reval 8. XI. 1830.

⁹⁷) *dto.* Herr v. Baranoff an das Konsistorium. Lehtigal 27. XI. 1830.

⁹⁸) *dto.* Dieselben. Lehtigal 3. I. 1831.

⁹⁹) *dto.* J. u. K. v. Krusenstjern an das Konsistorium 8. I. 1831.

beauftragte den Sprengelspropst Büschell, den Bau zu begutachten. Derselbe fand die ganze Anlage völlig verfehlt und den Bau sehr schlecht ausgeführt: es waren eigentlich nur die Mauern und ein fehlerhaft aufgesetzter Dachstuhl vorhanden. Für die Kinder beiderlei Geschlechts war nur ein einziges Schlaf- und zugleich Wohnzimmer vorgesehen, für ihre Kleidungsstücke und Nahrungsmittel ein kaltes, dunkles Gemach, welches ausschließlich von draußen einen Zugang hatte. Die Baupläne dieses also total unbrauchbaren Bauwerks erwiesen sich als unauffindbar¹⁰⁰⁾. Trotz dieses Befundes, der absolute Verständnislosigkeit für die Erfordernisse einer Schule beweist, scheint das Konfistorium die Frau v. Ruckteschell von der Rückzahlung der vollen Summe dispensiert zu haben, jedenfalls entschied der St. Martenssche Konvent, sie habe, falls sie nicht zahlen sollte, den Bau in zweckentsprechender Weise zu vollenden. Die Lehmmauern seien niederzureißen und durch solche von Kalkstein zu ersetzen. Das Konfistorium sollte gebeten werden, hierauf respektive auf Rückzahlung der Summe einen Druck auszuüben¹⁰¹⁾. Damit bricht die Akte ab, und der weitere Verlauf bleibt unklar. Wahrscheinlich ist die Frau v. Ruckteschell ihren Zahlungsverpflichtungen schließlich doch nachgekommen; in den folgenden Jahren ist aber die Existenz einer St. Martensschen Kirchspielschule nicht nachweisbar. Die Art und Weise, wie diese Schule erbaut worden ist, entspricht völlig den Vorstellungen mancher estnischer Geschichtsschreiber von Schulzuständen, und derartige Fälle mögen denselben ein willkommenes Material bieten. Daß bei damaligen Schulbauten sanitäre Gesichtspunkte zu wenig berücksichtigt wurden, trifft für diese Zeit fraglos zu, wenngleich jedenfalls auch viel geeignetere Schullokale vorhanden gewesen sind.

Wie bereits erwähnt, sollten die Parochialschulen dazu da sein, solchen Personen eine höhere Bildung zu vermitteln, denen die Dorfschule nicht genügte. Daher wurde hier im Gegensatz zu den kostenfreien Dorfschulen ein Schulgeld erhoben. 1824 wurde z. B. in Leal eine Parochialschule eröffnet, wobei der Ruster das Amt des Schulmeisters übernahm. Derselbe sollte Unterricht im Lesen, Schreiben, Rechnen, Katechismus und Gesang erteilen. Dafür war jedoch ein verhältnismäßig beträchtliches Schulgeld vorgesehen: neben der selbst mitzubringenden Kost hatte jedes Kind dem Ruster zwei Fuder Holz und zwei Pfund Lichte zu entrichten, außerdem aber noch für die sieben Monate Unterricht 12 Rbl. B. Alf. Ein derartiges Schulgeld war für die ärmlichen bäuerlichen Verhältnisse jedenfalls zu hoch bemessen. Die Folge war daher auch, daß sich nur ein Knabe meldete, für welchen der Hof Resküll zahlte; dieser eine machte dann allerdings gute Fortschritte¹⁰²⁾. Diesem Schüler gesellte sich kein zweiter mehr zu, und als er im Jahre 1826 seinen Lehrgang beendet hatte, beschloß die Parochialschule zu Leal ihr kurzes und wenig rühmliches Dasein¹⁰³⁾. Einen besseren Fort-

¹⁰⁰⁾ dto. Propst Büschell an das Konfistorium. Ganekl 14. XII. 1831.

¹⁰¹⁾ dto. Auszug aus dem Konvents-Protokoll St. Martens. 25. III 1832.

¹⁰²⁾ GM I 453. A. G. 1824. Memorial Leal.

¹⁰³⁾ GM I 461. A. G. 1828. Memorial Leal.

gang nahm die Rüsterschule zu Fickel, in welcher zehn Knaben Unterricht erhielten. Das war jedoch nur dank der Tatsache möglich, daß die Baronin Uexküll, geb. Gräfin Siebers, die Witwe des Gouverneurs, diese Parochialschule unterhielt¹⁰⁴). Über diese Schule liegen für eine etwas spätere Zeit Daten von seltener Ausführlichkeit vor, wie sie sonst um diese Zeit fehlen.

Wir erfahren, daß dem Schulmeister vom Hof monatlich pro Knaben eine Vergütung gezahlt wurde. Sogar die Höhe der jährlich ausgeworfenen Gesamtsumme ist bekannt: 1831 waren es 91,50 Rbl. bei 14 Schülern, wobei der Lehrer 84 Rbl. erhielt und der Rest für Schulutensilien verwandt wurde. Im folgenden Jahr war die Schülerzahl auf 23 gestiegen, und der Hof warf 160,20 Rbl. aus. So schwankt das Budget in den folgenden Jahren, der Schülerzahl entsprechend, bei 35 Schülern erreicht die Subvention des Hofes 1838 ihre größte Höhe von 225 Rbl.¹⁰⁵). Diese Schule ist die Wurzel für die nachmalige Musterparochialschule zu Seddefer. In Fickel liegen allerdings dank der vorbildlichen Fürsorge der Familie v. Uexküll die Schulverhältnisse besonders günstig. Von der Parochialschule beim Rüster zu St. Johannis i. S. wird berichtet, sie sei (1823) von nur drei Kindern besucht gewesen, denn das Gebäude wäre so mangelhaft, daß die Eltern ihre Kinder nicht der Gefahr des Erfrierens aussetzen wollten¹⁰⁶). Diese Parochialschul-Gründungen sind keineswegs als Folge des russischen Gesetzes von 1828 anzusehen, sondern als aus lokalen Erfordernissen und Gegebenheiten entstanden zu betrachten. In der Folgezeit hat sich bei den Parochialschulen auch eine gewisse Berührung mit dem Gouvernements-Schuldirektor ergeben, da dieser die Lehrer derselben vor ihrer Anstellung auf ihre Kenntnisse hin prüfte. So erfahren wir, daß der Rüster Daniel Schmiedeberg zu Piersal vom Direktor Baron Rossillon im estnischen Lesen und Schreiben sowie in den Elementen des Rechnens geprüft und daraufhin vom Kirchspiel als Parochiallehrer angestellt und durch das Konsistorium in seinem Amte bestätigt worden ist¹⁰⁷). Dieses scheint das beim Examen übliche Pensum gewesen zu sein; in einem anderen Fall, Rüster Masing in Umpel, werden von Rossillon dieselben Kenntnisse bescheinigt¹⁰⁸).

¹⁰⁴) ERA I 459. A. C. 1827. Memorial Fickel.

¹⁰⁵) R. A. Vigala. Nr. 17. Rechnungsbuch der Fickelschen Schulausgaben.

¹⁰⁶) ERA I 452 A. C. 1823 II. Memorial St. Johannis i. S.

¹⁰⁷) ERA I 127. Konsistorial-Protokoll 22. I. 1837.

¹⁰⁸) ERA I 480/674. Bescheinigung des Gouv. Schuldir. Baron Rossillon. Reval 11. III. 1836 Nr. 176.

f. Die Schulfrage unter dem Generalgouverneur
C. M. v. d. Pahlen und in den Verhandlungen
der Gleichstellungskommission (1829–1833).

Die ins Stodken geratene estländische Schulreform trat in ein neues Stadium, als ein estländischer Gutsbesitzer mit dem Posten des Generalgouverneurs betraut wurde. Carl Magnus von der Pahlen hatte schon früher sein Interesse für die Volksbildung bewiesen. Auf seinem Gute Palmß hatte er eine Schule eröffnet, an welcher der deutsche Rüster zu Illomäggi, Krannig, Unterricht erteilte. Der Umfang des Lehrstoffes war dort ein bedeutend größerer als sonst in den Dorfschulen Estlands; so lasen z. B. mehrere Knaben auch geläufig deutsch¹⁰⁹⁾. Jedoch ging diese Schule wieder ein, da der Rüster an eine andere Stelle versetzt wurde¹¹⁰⁾. Pahlen vertrat den Standpunkt, Landeskirche und Ritterschaft seien die gegebenen Autoritäten zur Regelung aller das Schulwesen betreffenden Angelegenheiten. 1829 hatte sich der Minister für Volksaufklärung an Pahlen, der damals Kurator des Dorpater Lehrbezirkess war, der verschleppten Seminarfrage wegen gewandt und diesen befragt, ob nicht die Heranbildung der Dorfschullehrer mit dem Dorpater Elementar-Lehrerseminar kombiniert werden könne. Daraufhin hatte aber Pahlen, obgleich er selbst Kurator war, kategorisch erklärt, die Volksschulen dürften nicht der Fürsorge der Universität und ihrer Schulkommission unterstellt werden, da diese gar nicht in der Lage seien, sich mit ihnen zu befassen, sondern der Landesgeistlichkeit unter Aufsicht der Provinzialkonsistorien. Vielleicht hierdurch dazu angeregt, wandte sich Pahlen 1830 an den Ritterschaftshauptmann J. v. Grünewaldt und bat um Informationen, wie weit der 1821 bestätigte Schulplan des permanenten Komitees ausgeführt, und ob speziell das Seminar ins Leben getreten sei, sowie ob die Ritterschaft die ganze Angelegenheit einer umfassenden und genauen Prüfung unterzogen habe¹¹¹⁾. Daraufhin erhielt er zur Antwort, die Ritterschaft befände sich nicht im Besitze von Material über die Tätigkeit des Komitees und sei daher über den Umfang der Durchführung des Planes nicht orientiert. Der Ausschuß hatte in einer auf Pahlens Schreiben hin eingeleiteten Aussprache die Notwendigkeit von Schulgründungen auch jetzt als be-

¹⁰⁹⁾ ENM I 446. M. C. 1820 II. Memorial St. Katherinen.

¹¹⁰⁾ ENM I 448. M. C. 1821 II. Memorial St. Katherinen.

¹¹¹⁾ ENM. M. II 100. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Ritt. Optm. v. Grünewaldt. Reval 4. VIII. 1830 Nr. 742.

stehend anerkannt, wollte aber ihre Errichtung, Verwaltung und Inspektion ausschließlich „lokalen Polizeibehörden“ (d. h. wohl ritterschaftlichen Instanzen) und den Pastoren überlassen. Die Frage, ob der Schulplan von 1821 geeignet gewesen sei, wurde dabei offen gelassen¹¹²⁾. Nunmehr wandte sich Pahlen mit einer ausführlichen Darlegung des Standes der estländischen Schulreform an den Minister für Volksaufklärung. Er schilderte, wie die Entwicklung dazu geführt habe, daß nun zwei vom Zaren bestätigte Pläne neben einander existierten, welche beide nicht durchgeführt würden und knüpfte an jeden von ihnen eine Reihe kritischer Bemerkungen.

Dem permanenten Komitee gegenüber erhob Pahlen den Vorwurf, daß dieses seinen Schulplan zur Bestätigung gebracht habe, ohne ihn von der Ritterschaft und Landeskirche begutachten zu lassen. Wie erwähnt, hatte nur der Ritterschaftshauptmann Baron Rosen einige Bemerkungen dazu machen können, welche im allgemeinen abfällig ausgefallen waren. Der Plan sei mangelhaft und in vielen Punkten nicht zweckentsprechend gewesen. Der Hauptfehler sei die Unterstellung der Volksschule unter ein weltliches Komitee unter Ausschaltung der Kirche, wobei die historisch gewordenen Rechte der Pastoren und Kirchenvorsteher ignoriert seien. Eine derartige Trennung von Kirche und Schule sei aber schädlich, da allein kirchliche Autoritäten die Bildungsbedürfnisse der Bauern genügend kennen und speziell das Konsistorium durch seine großen Lokalkenntnisse zur Gründung von Schulen befähigt sei. Die vorgesehene Unterordnung der Prediger unter das Komitee sei nur dazu angetan, Verwirrung entstehen zu lassen, da sie die Prediger in einem Teil ihrer Tätigkeit dem Konsistorium entziehe. Pahlen kommt zum konkreten Vorschlag, das permanente Komitee aufzulösen und eine Schulsektion des estländischen Konsistoriums zu gründen, welche aus jedem Kreise einen Assessor nobilis hinzuziehen müßte, das bedeutet also eine Zusammenarbeit von Landeskirche und Ritterschaft. Dreimal jährlich sollten spezielle Schulsessionen des Konsistoriums stattfinden, während für die laufenden Angelegenheiten ein Ausschuß, die permanente Konsistorial-Schulkommission, kompetent wäre, bestehend aus dem Präses Consistorii, einem adligen Assessor und dem Oberpastor der Ritter- und Domkirche. Die erste Aufgabe wäre nun die Ausarbeitung eines neuen, aber auch besseren Schulplanes. Sich dem Masing-Rosenplänterschen

¹¹²⁾ *GA.* II 1 69. Ritt. Spm. v. Grünewaldt an den Gen. Goub. v. d. Pahlen. Reval 5. VIII. 1830 Nr. 432.

Plan zuwendend, bezeichnet Pahlen die Leitung eines vollständigen Seminars durch einen Gemeindepastor als undurchführbar. Die Schulvorschriften in den §§ 516 und 517 der livländischen Bauernverordnung hält er für durchaus zweckentsprechend und will sie auch auf Estland übertragen. Auch in Estland sollen die Rüster Parochialschüler sein. Da jedoch die Bauern für die Lehrerausbildung nicht materiell belastet werden dürften, will Pahlen dieselbe gegen eine gewisse Entschädigung den Pastoren zur Pflicht machen, wobei er diese Form der Lehrerheranbildung mit dem pastoralen Beruf für vereinbar ansieht¹¹³⁾.

Die von Pahlen hier als Vorbild hingestellte livländische Regelung weicht von der in Estland getroffenen erheblich ab. Während die estländische Bauernverordnung die Schulfrage in einem einzigen Paragraphen kurz abtut und auf jegliche nähere gesetzliche Bestimmungen verzichtet, sehen wir in Livland eine Behandlung der Volksschule, die alles weit genauer und befriedigender regelt. § 516 bestimmt, daß auf jede Bauerngemeinde von höchstens 500 männlichen Seelen eine Schule zu entfallen habe. Der Gutsherr setzt nach Beratung mit dem Pastor einen „tüchtigen Schulmeister“ ein, welcher Unterricht im Lesen, Katechismus und Gesang erteilt. Für alle Kinder vom zehnten Lebensjahre aufwärts besteht Schulzwang, so lange, bis der Prediger sie für hinreichend unterrichtet erklärt. Dieser hat das Recht, wenn er es für möglich befindet, einzelne Kinder vom Schulbesuch zu Hausunterricht zu dispensieren. Die Listen der schulpflichtigen Kinder stellt der Pastor zusammen; sind Kinder hilfsbedürftig, so hat die Bauerngemeinde ihnen das zum Schulbesuch notwendige Deputat zu liefern, alle übrigen haben dasselbe selbst mitzubringen. In der Schulzeit vom 10. November bis zum 10. März sind die zu Hausunterricht dispensierten Kinder monatlichen Prüfungen beim Schulmeister unterworfen. Pastor und Kirchenvormünder haben die Aufsicht über die Schulen, während es dem Gutsherrn freisteht, eine Obergewalt auszuüben. Die laufenden Kosten trägt die Bauerngemeinde, sie errichtet auch die erforderlichen Gebäude und liefert das Brennholz. Die Schule muß in einem gesunden, geräumigen Lokal untergebracht sein, das mit guten Öfen und zu öffnenden Fenstern versehen ist, eingerichtet mit Bänken und Tischen. Das bürgerliche Gemeindegewalt achtet auf die Regelmäßigkeit des Schulbesuchs und verhängt bei Nachlässigkeit der Eltern Geldstrafen. — Jedes Kirchspiel von 2000 männlichen Seelen an erhält ferner laut § 517 eine unter der speziellen Aufsicht von Pastor und Kirchenvorsteher stehende Parochialschule, wo auf Kosten der eingepfarrten Gemeinden minime 12 Zöglinge zur Zeit unterrichtet werden müssen, nach Möglichkeit auf Kosten der betreffenden Eltern, im Notfall aber auch der Bauerngemeinde. Im letzteren Falle sind sie später verpflichtet, sechs Jahre im Gemeindegewalt zu stehen. Das Programm ist im Vergleich zur Gemeindegewalt um Schreiben, Rechnen und „allgemeine Kenntnisse“ erweitert. Den Unterhalt des Schulmeisters, soweit dieser noch nicht hinlänglich versorgt ist, (d. h. als Rüster) ordnet ebenfalls der Schulkonvent¹¹⁴⁾.

¹¹³⁾ *EMA. A II* 102. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Minister für Volksaufklärung. 6. X. 1830 Nr. 1022.

¹¹⁴⁾ Livländische Bauer-Verordnung 1818 Bd. I. § 516—517.

Daß für Estland Vorbildliche liegt, ganz abgesehen davon, daß der Landtag überhaupt in Livland wesentlich festere Normen festsetzte, darin, daß Livland das Prinzip der Schulpflicht anerkannte und vom Hausunterricht als Grundlage der bürgerlichen Bildung abging. In Estland dagegen hielt man es für möglich, durch Verbesserung des Hausunterrichts Schulen entbehrlich zu machen, ein Standpunkt, der noch erstaunlich lange vertreten wurde. Allerdings konnte Livland sein Schulwesen auf wesentlich günstigeren, vom achtzehnten Jahrhundert überkommenen Grundlagen aufbauen, aber auch willensmäßig zeigt es sich in diesen Abschnitten der Bauernverordnung fortschrittlicher.

Auf Pahlens Eingabe hin wurde durch ein Reskript des Ministers die ganze Schulangelegenheit an die Kommission zur Gleichstellung der Bauernverordnungen der drei baltischen Provinzen überwiesen¹¹⁵⁾. Darin liegt natürlich ein gewisses Eingehen auf die von Pahlen geäußerten Gedankengänge. Die Gleichstellungskommission arbeitete unter dem Vorsitz Pahlens und bestand aus je einem Vertreter der vier Ritterschaften: Landmarschall v. Grote (Livland), Landesbevollmächtigter v. Grotthus (Kurland), Ritterschaftshauptmann v. Grünewaldt (Estland) und Landmarschall v. Burhoeveden (Desel). Dazu kamen dann der livländische Zivilgouverneur v. Fölkersahm, als Vertreter des Kameralhofs der Gouvernements-Kontrollleur v. Jürgenson, der Bürgermeister Rolßen als Vertreter Rigas und als Redakteur der Hofrat Tiedbühl¹¹⁶⁾. Die erste Session fand im April 1832 in Riga statt, in welcher am 25. April die Volksschulsache zur Sprache gelangte. Die Kommission vereinigte sich zum Antrag, ihr möchte vom Inhalt des Pahlenschen Schreibens an den Minister Mitteilung gemacht werden, damit die einzelnen Glieder in die Lage versetzt würden, mit ihren Kommittenten deswegen Rücksprache zu nehmen¹¹⁷⁾. Das ist auch geschehen: am 16. V. 1832 übersendet Tiedbühl der estländischen Ritterschaft eine Kopie des bereits besprochenen Schriftstücks¹¹⁸⁾. Einige spezielle Bemerkungen hatte Pahlen als weitere Meinungsäußerung noch hinzugefügt: er hält Leeschulen mit besoldeten Lehrern, wie sie im Plan von 1821 vorgesehen waren, für überflüssig, will auch die Sonntagschule als den Kirchen-

¹¹⁵⁾ Gernet pg. 176.

¹¹⁶⁾ dto. pg. 174.

¹¹⁷⁾ EML. II 102. Protokoll der Gleichstellungskommission 25. IV. 1832.

¹¹⁸⁾ dto. Hofrat Tiedbühl an den Ritt. Sptm. v. Grünewaldt. Riga 16. V. 1832.

besuch störend fortfallen lassen und durch monatliche Wiederholungsstunden ersetzen. Auch die Lehrerkonferenzen hält er für sinnlos, nähert sich also stark den einstigen Ausstellungen des Ritterschaftshauptmanns Baron Rosen. Die von Paulucci gewünschte obligatorische Anweisung eines Schullandes von zwei Sonnen Acker hält Pahlen für undurchführbar, da seiner Ansicht nach niemand in den Grenzen seines Gutes wird eine Ansiedlung gründen wollen, über welche ihm keine Disposition zusteht. Pahlen zufolge würde eine derartige Fundierung dem Lehrer nur eine sehr kärgliche Existenz bieten, und nebenbei würde dieser dann viel zu sehr in seiner Landwirtschaft aufgehen. Dagegen spricht er sich für einen Vorschlag der kurländischen Ritterschaft aus, die Schulen auf Beiträge der Bauerngemeinden zu basieren. Den Platz und das Material für den Aufbau der Schulhäuser müßten die Höfe anweisen, vorbehaltlich des Rechts, dieselben zu verlegen. Der Bau und die Erhaltung der Schulen müßten Sache der Bauerngemeinden sein; die Schulsektion des Konsistoriums hätte die Höhe des zu zahlenden Lehrergehalts festzusetzen¹¹⁹⁾. So kommen Pahlens Vorschläge über die Fundierung der Schulen den in Livland geltenden Bestimmungen nahe, welche den Bauerngemeinden auch die Erhaltung auferlegen und die Höfe nur bei der Einrichtung heranziehen. Natürlich erscheint es fraglich, ob in dem wesentlich ärmeren Estland der Bauernschaft eine solche Belastung zugemutet werden konnte, besonders da gerade die zwanziger und dreißiger Jahre eine starke Verarmung des estländischen Bauern gebracht hatten und durch das Prinzip der freien Kontrakte seiner materiellen Stellung die Sicherheit genommen worden war¹²⁰⁾.

Der Ritterschaftshauptmann v. Grünewaldt befragte nun den Ausschuß, wie er sich als Vertreter Estlands in der Gleichstellungskommission verhalten solle. Die Ritterschaft habe bei verschiedenen Gelegenheiten die Errichtung von Volksschulen versprochen, so daß sie sich diesem Versprechen „nicht länger füglich wird entziehen können“. Der Ausschuß beschloß daraufhin, die ganze Frage zu vertagen und den Abschluß der Arbeiten der Kommission abzuwarten, welche sich damals mit der in Vorbereitung befindlichen neuen Kirchenordnung befaßte¹²¹⁾. Auf diese Weise entzog der Ausschuß sich mit einer ziemlich faden-scheinigen Motivierung der ihm unbequemen Entscheidung. Daß Kirchen-

¹¹⁹⁾ dto. Anlage zum Vorigen. Undatiert.

¹²⁰⁾ Gernet pg. 163.

¹²¹⁾ EMA. A I 71. Ausschuß-Protokoll 27. VI. 1832.

gesetz, auf welches noch zurückzukommen sein wird, sollte ja gar nicht das Schulwesen irgendwie regeln und befaßte sich nur mittelbar mit diesen Fragen. Die nächste Session der Gleichstellungskommission, auf welcher die Schulangelegenheit zur Beschlußfassung gelangte, fand in Riga im Januar 1833 statt. Die Kommission erklärte das Vorhandensein einer Zentralorganisation für Volksschulangelegenheiten in jeder Provinz für notwendig, und zwar sowohl wegen des gedeihlichen Fortganges der überall nach gleichen Grundsätzen zu leitenden Volksschulen, als auch zur Wahrung des Zusammenhanges mit den mit der Oberaufsicht betrauten Regierungsbehörden. Zur Übernahme dieser Funktion kam aber nach Ansicht der Kommission nur die kirchliche Landesbehörde jeder Provinz in Betracht, bei paritätischer Vertretung des kirchlichen und ritterschaftlichen Interesses. Damit wäre also der Pahlen'sche Gedanke der Konsistorial-Schulsessionen aufgegriffen. Dazu proponierte der Vertreter der Staatsregierung, Vizegouverneur v. Cube, als Delegierte der Ritterschaft möchten nach einem Turnus die Oberkirchenvorsteher hinzugezogen werden. Während Pahlen eine Roonoptation der weltlichen Glieder durch das Konsistorium vorgeschwebt hatte, wünschte die kurländische Repräsentation die Wahl derselben der Ritterschaft zu überlassen. Diese Frage blieb zunächst offen, nur im Prinzip wurde die Wahrung der Interessen beider Stände festgelegt. Alle Volksschulangelegenheiten, welche vor den Minister kommen sollten, sollten diesem durch das Konsistorium über den Kurator zugeleitet werden, jedoch nach Einholung des Gutachtens der Ritterschaft über solche Eingaben, die wichtige Veränderungen involvieren sollten. Die Ausarbeitung von Schulplänen sollte die Aufgabe der Konsistorial-Schulsession sein. Die Unterrichtsgegenstände betreffend stellte sich die Kommission auf Pahlen's Standpunkt, der Religion, Lesen, Schreiben und Rechnen gewünscht hatte. Durch die Lehrerausbildung wollte sie zwar den Bauernstand nicht belasten, sah aber deren Vornahme durch die Pastoren für mit großen Schwierigkeiten verbunden an. Da Cube erklärt hatte, der Staat würde sicher Kronsbefitzlichkeiten dafür zur Verfügung stellen, wurde beschlossen, Pahlen zu bitten, sich dafür bei den entsprechenden Regierungsstellen zu verwenden. In der Frage der Fundierung stellte sich die Gleichstellungskommission ebenfalls auf Pahlen's Standpunkt: an Stelle einer Landfundierung sollte der Gutsherr einen Platz für das Schulgebäude nebst Garten einräumen und das Baumaterial liefern, die Bauerngemeinde aber die Aufbauarbeiten leisten und die Naturalbesoldung übernehmen. Auf dieser Basis sollte die Schulreform vorgenommen werden, ohne den Abschluß des Gleichstellungswerkes

bzuwarten; der Generalgouverneur sollte auch mit dem Minister für Volksaufklärung in Verbindung treten, um entscheidende Schritte zur Schulerrichtung herbeizuführen ¹²²⁾).

So hatte die Gleichstellungskommission sich im Großen und Ganzen mit Pahlens Vorschlägen identifiziert. Ihre Beschlüsse schlossen alle im Lande befindlichen Regierungsstellen von der Administration der Volksschule aus und sahen nur in gewissen Fällen eine Verbindung zum Minister für Volksaufklärung vor. Im übrigen kompetierte nun die Volksschule, da sie dem Konsistorium unterstellt war, unter das Ministerium des Inneren. In die seit 1804 unklaren Beziehungen war nunmehr Klarheit gebracht, und auch die Professorenkommission wird wohl zufrieden gewesen sein, dieser ihr wenig liegenden Verpflichtung entbunden worden zu sein. In Erfüllung des genannten Beschlusses setzte sich Pahlen sogleich mit dem Minister in Relation und versprach, über die erzielten Erfolge der Ritterschaft zu berichten ¹²³⁾.

g. Das Kirchengesetz von 1832 und das Ende der Schulkommission.

Der Unterstellung der Volksschule unter das Konsistorium kamen die Bestimmungen des neuen Kirchengesetzes zustatten und boten eine geeignete Ergänzung. Das Bestreben, die Regierungsstellen von der Volksschule auszuschalten, äußerte sich bereits in einem Kirchengesetz-Entwurf, welcher 1822 von einer baltischen Kommission ausgearbeitet und 1824 durch Paulucci dem estländischen Konsistorium zur Stellungnahme vorgelegt worden war. § 186 desselben besagt, daß die Landschulen in der Regel dem Konsistorium, der Aufsichtsinstanz über öffentliche Moralität und Religionsunterricht, unterstellt seien. Im nächsten Paragraphen wird ausdrücklich bestimmt, daß der Gouvernementschuldirektor über die dem Konsistorium unterstellten Schulen kein Aufsichtsrecht besitze, wohl aber durch den betreffenden Propst statistische Einkünfte einziehen dürfe. Der Propst solle die unmittelbare Aufsicht über die Landschulen seines Sprengels erhalten; auch über die Volksschullehrer-Seminare soll das Konsistorium wachen. Diesen Entwurf hatte eine gemischte Kommission aus Gliedern des Konsistoriums

¹²²⁾ ERA. 10. Protokoll der Gleichstellungskommission 24. I. 1833.

¹²³⁾ ERA 120. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Ritt. Optm. v. Grünewaldt. 6. II. 1833 Nr. 129.

und des ritterschaftlichen Ausschusses durchberaten und im allgemeinen ablehnend Stellung genommen. Wohl aber wünschte sie ausdrücklich festgelegt zu wissen, daß der Gouvernements-Schuldirektor nur auf dem Wege über das Konsistorium mit den Pastoren in Verbindung zu treten berechtigt sei. Während § 185 des Entwurfs bestimmt hatte, der Einfluß des Konsistoriums auf das Volksschulwesen sei nach den „provinziellen Einrichtungen“ zu beurteilen, sprach man sich für eine Erweiterung desselben aus, da er gegenwärtig nur durch den Konfirmationsunterricht ausgeübt werde ¹²⁴).

Das Kirchengesetz von 1832 hat allerdings nicht den Wünschen Rechnung getragen, welche der Landeskirche alle Dispositionen über das Schulwesen übertragen wollten. Wohl aber wurde die Verpflichtung eines jeden einzelnen Pastors fixiert, sich auf dem Gebiete der Schulen zu betätigen. Während diese Tätigkeit bisher einen mehr oder weniger freiwilligen und gewohnheitsrechtlichen Charakter getragen hatte, wurde nun den Pastoren gesetzlich vorgeschrieben, fleißig die Landschulen zu besuchen und auf die religiöse Bildung der Jugend in den Schulen überhaupt zu achten. Außerdem wurden die Pastoren verpflichtet, wo Prüfungen der Religionskenntnisse in den Häusern (d. h. Lokalvisitationen) üblich waren, diese zur Aufklärung und sittlichen Verbesserung ihrer Gemeinden zu verwerten ¹²⁵). Diese Bestimmung sollte in erster Linie einem Teilgebiet des Unterrichts, dem in der Religion, zugute kommen und den Bauern ethisch heben, mußte sich aber abgesehen davon auch auf die übrige Tätigkeit der Schulanstalten segensreich auswirken. Dem Konsistorium wurde die allgemeine Aufsicht über den Religionsunterricht in den Kron- und Privatanstalten, mithin auch den Dorfschulen, übertragen ¹²⁶). Über die Ergebnisse hatte es dem General-Konsistorium zu berichten ¹²⁷). Auf Grund dieser Bestimmung wurden von nun an durch das Konsistorium von den Pastoren jährlich besondere Memoriale über das Schulwesen, die sogenannten Oktoberberichte, angefordert. Diese dienten als Grundlage für die dem Generalkonsistorium zu liefernden Angaben und stellen heute eine wichtige Quelle für die Kenntnis der Schulverhältnisse dar ¹²⁸).

¹²⁴) *GA* I. 453. A. C. 1824. Marquis Paulucci an das Konsistorium. 2. VI. 1824 Nr. 2350, nebst Anlage: „Sentiment der Kommission“

¹²⁵) Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland. 1832. § 189.

¹²⁶) *dto.* § 301. p. 8.

¹²⁷) *dto.* § 302. p. 4.

¹²⁸) *GA* I 480/660. Konsistorial-Reskript. Neval 29. XI. 1833 Nr. 685.

Die Bestimmung, daß niemand ohne Lesen zu können konfirmiert werden dürfe, erhielt nun eine allgemein verbindliche Sanktion: die Fähigkeit des Lesens und die Kenntniß der Hauptvorschriften der evangelischen Lehre wurden als Minimum der an die Konfirmanden zu stellenden Anforderungen fixiert¹²⁹⁾. Früher war es immer wieder vorgekommen, daß völlig unwissende Personen Rüsterstellen bekleideten und infolgedessen nicht in der Lage waren, den an sie gestellten Anforderungen auf dem Gebiet des Jugendunterrichts zu entsprechen. Hier griff nun das Kirchengesetz radikal ein, indem es bestimmte, daß nur solche Kandidaten zu Rüstern gewählt werden könnten, welche das Lesen und Schreiben beherrschten¹³⁰⁾. Jedoch wenn auch ihre Bildung nun eine gehobene sein sollte, so qualifizierte diese sie noch nicht eo ipso zur Übernahme eines Parochiallehreramtes. — Die Gleichstellungskommission hatte die Übertragung livländischer Bestimmungen über das Schulwesen auch auf Estland und Kurland bestimmt. Dieser Gedanke wird im § 494 des Kirchengesetzes wieder aufgegriffen, wenn es heißt: „Überhaupt sind die Ober-Kirchenvorsteherämter verbunden, in ihren Verfügungen in dieser Hinsicht in Liefland bestehende Verordnungen und Einrichtungen, so weit die besonderen Lokalverhältnisse solches gestatten, zur Richtschnur zu nehmen.“ Dieser Punkt nimmt somit auch auf die Tätigkeit der livländischen Oberkirchenvorsteherämter für die Bauernschulen Bezug. Da ihm jedoch der Mangel einer unklaren und wenig kategorischen Formulierung anhaftet, ist er zunächst in Estland praktisch nicht zur Anwendung gelangt. In der gleichzeitig mit dem Kirchengesetz erlassenen Instruktion für die Geistlichkeit und Kirchenbehörden werden dann auch die Pflichten einiger Kirchenbeamten auf dem Gebiet des Schulwesens fixiert. Der Kirchenvorsteher ist verbunden, gemeinsam mit dem Ortsprediger die Beförderung der Gottesfurcht zu vertreten und letzterem die Aufsicht über den Jugendunterricht zu erleichtern¹³¹⁾. Die Kirchenvormünder ihrerseits müssen auf die Erziehung der Kinder und deren häuslichen Unterricht acht geben, auch haben sie das Betragen der Dorfschullehrer zu beaufsichtigen¹³²⁾. Wenn auch praktisch alle diese Vorschriften größtenteils eine Sanktion des üblichen Gewohnheitsrechtes und Modifizierung von Einzelverfügungen darstellen, so ist es doch von größter Wichtigkeit, daß hier ein vonseiten des Staates erlassenes Gesetz der Landes-

¹²⁹⁾ Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland. 1832. § 34.

¹³⁰⁾ dto. § 259.

¹³¹⁾ dto. Instruktion § 101.

¹³²⁾ dto. Instruktion § 109—110.

Kirche Einfluß auf das Unterrichtswesen einräumte und denselben nicht ausschließlich staatlichen Behörden vorbehielt. Wenn auch die besprochenen Bestimmungen des Kirchengesetzes kaum etwas grundsätzlich Neues einführen, so bedeutet das Kirchengesetz insofern für das Schulwesen doch einen Fortschritt, als nun ein dem Volksunterricht gegenüber gleichgültig eingestellter Pastor sich von diesem Gebiete nicht mehr fern halten konnte. Und da in Estland keine weltlichen Landesbehörden für das Volksschulwesen vorhanden waren, so war hiermit jedenfalls ein Schritt vorwärts getan.

Dem gegenüber bedeutet die Instruktion für die Oberkirchenvorsteherämter, welche wohl bald nach 1832 erlassen worden ist, einen deutlichen Rückschritt. Der § 494 des Kirchengesetzes fand nämlich hier keine Berücksichtigung, und den Oberkirchenvorstehern wurden keine Pflichten auf dem Gebiete des Schulwesens auferlegt. In Verbindung mit der von ihnen ausgeübten Kirchenpolizei wurde bloß erwähnt, sie hätten für „Erhaltung der Ordnung in den Kirchspielschulen“ zu sorgen. Diese Bestimmung war natürlich völlig belanglos, da „Kirchspielschulen“, d. h. Parochialschulen des in Livland verbreiteten Typs, damals in Estland fast völlig fehlten. Die Aufsicht über Erziehung und Unterricht der Bauernkinder ihrer Gebiete wurde zur Pflicht der Kirchenvormünder gemacht, was auch keineswegs etwas Neues bedeutete¹³³⁾. Die Oberkirchenvorsteherämter haben auch in der Folgezeit das Bauernschulwesen — sehr zu dessen Nachteil — nicht in ihren Tätigkeitsbereich einbezogen.

Den im Kirchengesetz den Pastoren auf dem Gebiet des Unterrichts der Bauernjugend zuteil gewordenen Auftrag scheint die Schulkommission der Universität zunächst als einen Eingriff in ihre Rechte aufgefaßt zu haben, jedenfalls äußerte sie das Ansinnen, die Pastoren sollten die bei der Revision des Unterrichts gemachten „Bemerkungen“ ihr direkt zustellen resp. dem Schulrevidenten der Schulkommission, da laut dem Schulstatut von 1820 die letzteren zur Abhaltung von Konferenzen mit den Pastoren verpflichtet seien¹³⁴⁾. Hier stieß sie jedoch auf starken Widerstand des Konsistoriums. Es erfolgte bald darauf eine Vorschrift des Generalkonsistoriums, welche die Pastoren anwies, ihre Berichte über den Religionsunterricht nicht an die Schulkommission, sondern an das Konsistorium abzustatten, damit dieses die ihm kirchengesetzlich

¹³³⁾ E. L. G. Tallinn. IV. 2039. Instruktion für die Oberkirchenvorsteherämter § 44. 4 u. § 160.

¹³⁴⁾ G. M. I 469/2. A. G. 1833. Schulkommission an das Konsistorium. Dorpat 30. IX. 1833. Nr. 984.

übertragene Aufsicht ausüben könne. Das Konsistorium seinerseits solle dann die Schulkommission über die jeweiligen Verhältnisse informieren¹³⁵⁾. Die Schulkommission hat dann auch ihr Interesse an den Bauernschulen verloren und hat in die estländischen Verhältnisse keine Eingriffe mehr unternommen. Ihre Tätigkeit beschränkte sich in der Folgezeit in Estland ausschließlich auf die städtischen Lehranstalten, auf die sie sich auch bisher vorwiegend bezogen hatte. Auch war ihr Bestand nur noch ein kurzer: am 19. Dezember 1836 wurde sie aufgelöst und durch ein Konseil beim Kurator ersetzt¹³⁶⁾. Der Gedanke, Volksschule und Universität mit einander in Verbindung zu bringen, war zweifellos von vorne herein ein verfehltter und daher an sich schon nicht zur Ausführung zu bringen, besonders wo keine genügend klare Formulierung der Rechtslage vorgenommen worden war.

h. Die Regelung der Frage der Kompetenz über die Bauernschulen.

Die Rechte, die die Schulkommission den Volksschulen gegenüber beanspruchte, waren nun auf den Kurator übergegangen. Der General Krafftström vertrat da jedoch eine andere Auffassung und teilte in gegebener Veranlassung dem Minister für Volksaufklärung, Uwarow, mit, daß die Volksschulen seiner Kompetenz nicht unterstünden. Diese Feststellung erfolgte in Verbindung mit einer Korrespondenz über das Volksschulwesen in Kurland. Dort war in der Bauernverordnung die Schulfrage in ähnlicher Form wie in Estland behandelt worden; durch den Beschluß der Gleichstellungskommission war dann für beide Provinzen die gleiche Verfügung ergangen, nämlich die Regelung der livländischen Bauernverordnung auf sich zu übertragen. Nun aber erhielt Krafftström vom Minister Uwarow am 29. IV. 1837 die Anweisung, dem Statut des Dorpater Lehrbezirks zufolge die Dorfschulen in Kurland dem Gouvernements-Schuldirektor zu unterstellen¹³⁷⁾. Damit war die Kompetenzfrage wieder in vollem Umfange aufge-
rollt, und zwar nicht nur für Kurland, sondern es waren ebenso die anderen Provinzen dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Krafftström, der

¹³⁵⁾ EA II 1 480/660. Ev=luth. General-Konsistorium an das Konsistorium. St. Petersburg d. XI. 1833. Nr. 535.

¹³⁶⁾ Die kaiserliche Universität Dorpat. pg. 117 ff.

¹³⁷⁾ EA II. A IV 77. Kurator Graf Kehlerling an den Minister für Volksaufklärung. Dorpat 13. VI. 1866. [Kopie].

wohl über Dorfschulfragen wenig orientiert gewesen sein dürfte, machte sich nun an die Ausführung dieser Verfügung und teilte dieselbe dem Estländischen Zivilgouverneur von Bendendorff mit. Gleichzeitig ordnete er an, die Unterstellung unter den Gouvernements-Schuldirektor vorzunehmen und über etwa sich ergebende Hindernisse ihm zu berichten¹³⁸⁾. Das bedeutete einen weitgehenden Eingriff in die Autonomie der Volksschule, die erst kürzlich durch die Gleichstellungskommission wiederhergestellt worden war. Uwarow ging ja ganz bewußt darauf aus, den Einfluß des Staates auf das Bildungswesen der Baltischen Provinzen zu steigern, er glaubte an die „russische Weltmission“ und lehnte den „kalten und kleinlichen Geist des Protestantismus“ ab. Wenn er sich auch in erster Linie gegen die höheren Lehranstalten, speziell die Universität Dorpat wandte, so lag doch ein Vorgehen gegen die Leitung der Volksschule durch Landeskirche und Ritterschaft auf der Linie derselben Politik¹³⁹⁾. — Bendendorff kam dem ihm zuteil gewordenen Auftrag nach, indem er das estländische Konsistorium und den Ritterschaftshauptmann von Patkul vom Inhalt der Verordnung Uwarows in Kenntnis setzte und ersteres beauftragte, in Ausführung desselben das Notwendige zu veranlassen¹⁴⁰⁾. Vom Konsistorium wurde die Tragweite der Anordnung des Ministers in vollem Maße erkannt, und es setzte sich sogleich mit Patkul in Verbindung, um ein Zusammengehen mit der Ritterschaft zur Wahrung des status quo zu erreichen. In einem Schreiben an diesen, das die Unterschrift des Präses, Landrat R. G. v. Mandell, trägt, aber durch die Handschrift als Verfasser oder mindestens Miturheber den Pastor zu St. Katharinen, Knüpfner, verrät, setzt es seinen Standpunkt auseinander und bittet um Mitteilung der Stellungnahme der Ritterschaft. Es heißt darin, die Dorfschulen seien „durch edlen Eifer und mit Aufopferung“ der Gutbesitzer errichtet, und zwar unter der Voraussetzung, daß sie als Privatanstalten unter der Aufsicht der Grundherren, der Inspektion der Pastoren und der Leitung des Provinzial-Konsistoriums stehen müßten. Bei Eintritt der angeordneten Veränderung sei daher ein Rückgang des Schulwesens zu befürchten. Die Entziehung der Aufsicht durch die kirchliche Behörde werde für

¹³⁸⁾ A. A. d. E. B. G. Nr. 3722. Kurator Krafftström an den Gouv. von Bendendorff. Dorpat 19. VI. 1837 Nr. 1266.

¹³⁹⁾ Roderich von Engelhardt, Die Deutsche Universität Dorpat in ihrer geistgeschichtlichen Bedeutung. pg. 83 ff.

¹⁴⁰⁾ EA I 480/658. Zivilgouv. v. Bendendorff an das Konsistorium. Reval 5. VII. 1837 Nr. 2654; EA. A II 107. derselbe an den Ritt. Optm. v. Patkul. Reval 7. VII. 1837 Nr. 2715.

die Pastoren viele Schwierigkeiten mit sich bringen. Der Zweck der Bauernschulen sei stets die Vorbereitung auf den Konfirmationsunterricht durch Unterweisung im Lesen und Kenntniß des Katechismus gewesen. So gehörten denn die Bauernschulen schon ihrem Zweck nach zum Ressort des Provinzial-Konfistoriums, dem die Geistlichen in allen ihren Standespflichten unterstehen. Nun sollten sie also in einer Thätigkeit einer weltlichen Behörde unterstellt werden, was üble Folgen haben müsse. Daher bittet das Konfistorium den Ritterschaftshauptmann dringend, geeignete Gegenmaßregeln zu ergreifen¹⁴¹⁾. In ähnlicher Form wurden diese Hindernisse in einem Schreiben an den Zivilgouverneur zum Ausdruck gebracht und die Hoffnung ausgedrückt, Bendendorff werde sich für die Erhaltung des bestehenden Zustandes einsetzen¹⁴²⁾.

Patkul zögerte nicht, in dem seinerseits an Bendendorff abzugebenden Gutachten sich völlig auf die Seite des Konfistoriums zu stellen. Er erklärte, die Nicht-Ausführung der Uwarowschen Verfügung wäre dringend wünschenswert, wobei er folgende Gründe anführte: Der Bauer Estlands genieße und bedürfe auch eben keines anderen Unterrichts als des im Lesen und Katechismus als Mittel zur religiösen Ausbildung. Schreiben und Rechnen wären dann eine weitere Erleichterung zum Eintritt des Bauern in seine höchst einfachen rechtlichen und ökonomischen Verhältnisse. Dieser Zweck sei bisher durch die Mühe von Predigern und Gutbesitzern nach Umständen möglichst erreicht worden und nur bei deren Mitwirkung sei ein geistiger Aufschwung der Bauern möglich. Aus diesem Grunde seien auch im neuen Kirchengesetz die Pflichten der Pastoren auf dem Gebiet der Volksschule fixiert worden. Sehr zweckentsprechend sei auch die Mitarbeit der Ritterschaft, die neuerlich ein kaiserliches Reskript (vom 28. V. 1837) für Rußland angeordnet habe. Daher sei von der Thätigkeit der Gouvernements-Schulverwaltung kein größerer Nutzen anzunehmen, da sie gar nicht auf das Landvolk einwirken könne, wohl aber könnten Pastoren und Gutbesitzer sich von der Volksschule zurückziehen. Auch Patkul bittet Bendendorff, sich dafür zu verwenden, daß diese Verfügung in Estland nicht durchgeführt werde¹⁴³⁾. Bendendorff schloß sich den beiden Sentiments voll und ganz an, stand ja als ehemaliger Ritterschaftshauptmann ohnehin auf dem

¹⁴¹⁾ GA I 480/658. Konfistorium an den Ritt. Optm. v. Patkul. Reval 8. VII. 1837 Nr. 507.

¹⁴²⁾ A. A. d. E. J. G. Alte Nr. 3722. R. G. v. Mahdell an den Zivilgouv. v. Bendendorff. Reval 8. VII. 1837. Nr. 508.

¹⁴³⁾ dto. Ritt. Optm. v. Patkul an den Zivilgouv. v. Bendendorff. Reval 10. VII. 1837. Nr. 217.

Boden derselben Ansichten. Er schilderte auf der Basis der beiden Eingaben Krassftröm Zweck und Verhältnisse der estländischen Bauernschulen und führte die vorgebrachten Bedenken aus, fügte auch noch hinzu, diese neue Einrichtung würde Kosten zur Folge haben, die der Bauer zu tragen hätte. Daher erbat auch er Krassftröms Verwendung für die Beibehaltung der bestehenden Zustände¹⁴⁴). Dieses Schreiben fiel bei Krassftröm auf durchaus günstigen Boden: er fand die angeführten Hindernisse soweit beachtenswert, daß er sich entschloß, eine nochmalige Entscheidung des Ministers Uwarow in dieser Sache zu veranlassen, sobald ihm die Äußerungen aus Livland und Kurland zugegangen sein würden¹⁴⁵). Diese Antworten sind ebenfalls der Neuerung gegenüber sehr abfällig ausgefallen. So wissen wir, daß das livländische Landratskollegium sich „unbedingt gegen diese Anforderung“ aussprach und seine Gubernementsregierung ersuchte, diese als der Verfassung und den örtlichen Einrichtungen widersprechend abzuweisen. Der residierende Landrat R. J. v. Samson-Himmelfstjerna wandte sich mit der Mitteilung dieser Stellungnahme an Patkul, um ein gemeinsames Vorgehen der Provinzen zu erzielen und so umso wirksamer durchzudringen¹⁴⁶). Darauf stellte Patkul vor dem Ausschuß die Frage, ob dieser ein solches an höherem Orte für notwendig halte, woraufhin der Ausschuß Patkul autorisierte, nötigenfalls eine derartige Vorstellung zu unternehmen¹⁴⁷). Die kurländische Ritterschaft nahm in ähnlicher Form wie die estländische gegen Uwarows Verfügung Stellung und beabsichtigte ebenfalls eine gemeinsame Aktion der drei Ritterschaften. Zu diesem Zweck wandte sie sich an den Generalgouverneur Baron Pahlen, um auch dessen Mitwirkung in diesem Sinne zu erlangen. Pahlen holte daraufhin Meinungsäußerungen der Zivilgouverneure ein und erfuhr dabei durch Wendendorff von den in Estland geäußerten Bedenken und dessen eigener Stellungnahme¹⁴⁸). Der einmütigen Front der drei Provinzen schloß sich nunmehr auch

¹⁴⁴) dto. Zivilgouv. v. Wendendorff an den Kurator Krassftröm. Reval 20. VII. 1837. Nr. 2886.

¹⁴⁵) dto. Kurator Krassftröm an den Zivilgouv. v. Wendendorff. Dorpat 27. VII. 1837. Nr. 1606.

¹⁴⁶) *EMA. A II* 107. Livl. Landrat R. J. v. Samson an den Mitt. Optm. v. Patkul. Riga 30. VIII. 1837 Nr. 506.

¹⁴⁷) *EMA. A I* 76. Ausschuß-Protokoll 8. IX. 1837; dto. Mitt. Optm. v. Patkul an die Livl. Residierung. Reval 10. IX. 1837 Nr. 305.

¹⁴⁸) A. A. d. E. J. G. Afte Nr. 3722. Generalgouv. v. d. Pahlen an den Zivilgouv. v. Wendendorff. Riga 20. IX. 1837 Nr. 903 und Antwort darauf, d. d. Reval 28. IX. 1837 Nr. 3805.

Krafftström an, der von der Triftigkeit der vorgebrachten Gründe völlig überzeugt worden war. Am 15. X. 1837 übergab er das gesamte Material, einschließlich der einzelnen ständischen Meinungsäußerungen, dem Minister Uwarow und führte aus, welchen Institutionen die Bauernschulen in der livländischen Bauernverordnung unterständen, wohl weil er diese Regelung für die befriedigendste ansah. Seine persönliche Ansicht präziserte Krafftström dahin, die entsprechenden Punkte des Lehrbezirkstatuts könnten schwerlich auf die Dorfschulen übertragen werden, und stellte dem die Bestimmungen über das Aufsichtsrecht der Pastoren nach dem Kirchengesetz gegenüber. Auch wies er nochmals auf den bereits erwähnten Ukas hin, der die Teilnahme des Adels an der Verwaltung der unteren Schulanstalten bestätigt hatte. Krafftström betonte ferner die Schwierigkeiten, die sich bei der Überwachung für den Kurator ergeben würden, speziell Überbürdung, Unkenntnis der Sprache u. s. w. So sprach er sich selbst dafür aus, die livländischen Zustände auf die übrigen baltischen Provinzen auszuweiten, wobei dem Minister für Volksaufklärung die Oberaufsicht in Form einer speziellen Information über die Wirksamkeit der Schulen, die Zahl der Lernenden u. s. w. verbleiben würde¹⁴⁹).

Es folgen nun Verhandlungen in St. Petersburg, deren Verlauf aktenmäßig nicht mehr feststellbar ist. Fest steht nur, daß die Vertreter der Ritterschaften auch selbst darum nachgesucht haben, die Volksschulen möchten unter der nächsten Aufsicht der in der livländischen Bauernverordnung bestimmten Personen und Autoritäten verbleiben¹⁵⁰). Die Entscheidung zog sich etwa ein Jahr lang hin, erfolgte dann aber völlig im Sinne der Provinzen. Das Ministerkomitee beschloß, die vorhandenen und zu gründenden Bauernschulen unter der nächsten Aufsicht der in Livland bestehenden Institutionen zu belassen und diese Einrichtung auch auf Estland und Kurland auszuweiten. Somit schieden die Volksschulen endgültig aus dem Ressort des Ministeriums für Volksaufklärung aus und wurden dem Innenminister unterstellt. Als einzige Verbindung zum Minister für Volksaufklärung blieb die Verordnung bestehen, die ritterschaftlichen Vertretungen hätten ihm jährlich nach einem bestimmten

¹⁴⁹) *GA* IV 77. Kurator Graf Kehlerling an den Min. f. Volksaufklärung. Dorpat 13. VI. 1866 Nr. 870. [Kopie].

¹⁵⁰) *GA* I 480/658. Zivilgouv. v. Wendendorff an das Konsistorium. Reval 18. X. 1838 Nr. 3932.

Schema über die Tätigkeit der Schulen, die Schülerzahl und andere wichtige Fragen zu berichten. Diese Entscheidung wurde vom Zaren bestätigt und hat nun bis 1885 die Grundlage des baltischen Bauernschulwesens gebildet¹⁵¹⁾. Der Generalgouverneur Pahlen unterrichtete Wendendorff von dieser Entscheidung und ordnete die Einberufung einer Konferenz von Gliedern der Gouvernementsregierung und Vertretern der Ritterschaft und des Konsistoriums an, um über die Art der Durchführung dieser neuen Regelung zu beraten¹⁵²⁾. Diese Konferenz wurde von Wendendorff auf den 20. Oktober 1838 ausgeschrieben¹⁵³⁾. Außer ihm selbst nahmen an derselben die Regierungsräte Baron Rosen und v. Berg teil, ferner der Ritterschaftshauptmann R. v. Patkul, der Präses des Konsistoriums Landrat v. Maydell, der Generalsuperintendent Rein und der Konsistorialassessor v. Rehempff. Im Laufe der Beratung wurde festgestellt, daß in Estland nur eine unbedeutende Anzahl förmlich eingerichteter Gebietsschulen bestehe und daß die geistige Bildung des Bauernstandes vorwiegend durch den Hausunterricht und später durch den Konfirmationsunterricht versehen werde. Diese Art erkannte man im allgemeinen als die zweckmäßigste und den Lokalverhältnissen angemessenste an; einer etwa beabsichtigten Anlage von Gebietsschulen wie in Livland ständen in den ökonomischen und örtlichen Verhältnissen Hindernisse im Wege: so seien z. B. Lehrer gar nicht zu beschaffen. Dagegen habe sich ein vom Prediger geleiteter Hausunterricht als von großem Nutzen und vollkommen zweckmäßig erwiesen. Das Bedürfnis der geistigen Ausbildung der Bauern könne sich nur auf Religionskenntnis als Basis ihrer sittlichen Eigenschaften und als Mittel dazu auf das Lesen beschränken. Der Erfolg des durch die Pastoren kontrollierten Hausunterrichts sei ja evident, da nach den Predigerberichten nur ca. 4% der Konfirmanden nicht lesen könnten. Dagegen erkannte die Konferenz das Bedürfnis nach einigen förmlich eingerichteten Bauernschulen an, wodurch einzelne eine ihrem Stande angemessene Bildung erwerben würden; dazu seien gewisse

¹⁵¹⁾ Полное собрание законовъ II, Bd. 1838 Abt. 2. Kaiserl. Ukas 13. IX. 1838.

¹⁵²⁾ A. A. d. E. B. G. Akte Nr. 3722. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Zivilgouv. v. Wendendorff. Riga 6. x. 1838 Nr. 989. Pahlen war durch den Minister des Inneren instruiert worden, der damit die Volksschule als unter sich fortierend kennzeichnete.

¹⁵³⁾ dto. Einladungen zur Konferenz. Zivilgouv. v. Wendendorff. Rebal 18. x. 1838 Nr. 3931—3933.

Voraussetzungen bereits geschaffen. Der Unterricht müsse jedenfalls vor allem sittlich-religiöse Zwecke verfolgen und daher möglichst wenig von der Kirche getrennt werden. Die Aufsicht der Oberkirchenvorsteherämter wäre in Estland am besten so zu handhaben, daß diesen die äußere, den Pastoren aber die innere Aufsicht übertragen werde. Die Oberaufsicht über die Schulen hätte dann das Konsistorium. Endlich werden sechs Punkte festgelegt: 1) der Hausunterricht verbleibt allein unter der Aufsicht der Pastoren; über die Erfolge könnte das Konsistorium dem Ritterschaftshauptmann berichten; 2) mit den Sonntagschulen wird es ebenso gehandhabt, da sie doch nur als Repetitions- und Ermunterungsanstalten dienen; 3) den Oberkirchenvorsteherämtern wird die Förderung der Gründung wirklicher Bauernschulen empfohlen, deren Externa ihnen übergeben werden; 4) die Aufsicht über die innere Wirksamkeit der Schulen haben die Pastoren und das Konsistorium; 5) letzteres korrespondiert, wo die Interessen sich überschneiden sollten, mit dem entsprechenden Oberkirchenvorsteheramt; 6) allgemeine Bestimmungen über die Schulerrichtungen und Lehrpläne sind schwer zu treffen, daher sind in jedem Einzelfall die Lokalverhältnisse zu berücksichtigen¹⁵⁴⁾.

In der Motivierung fällt auf, daß der Hausunterricht als Hauptgrundlage beibehalten wird, andererseits aber Dorfschulen als das Mittel bezeichnet werden, um zu einer dem Bauernstande entsprechenden Bildung zu gelangen. Man kann also daraus schließen, daß die Auffassung geherrscht haben muß, eine allgemeine Verbreitung der Bildung sei der lokalen Verhältnisse und Schwierigkeiten wegen nicht möglich. Daß in den sechs Punkten entworfene Bild unterscheidet sich bedeutend von den Zuständen Livlands und stellt keineswegs einen größeren Fortschritt dar, speziell weil hier der in Livland bestehenden Verpflichtung zur Schulerrichtung auf eine bestimmte Seelenzahl nicht Erwähnung geschieht. Ehe man sich nicht entschloß, mit dem Prinzip der Freiwilligkeit zu brechen und in Estland konsequent allgemein bindende Bestimmungen über das Bauernschulwesen einzuführen, konnte auch gar keine grundlegende Verbesserung der Verhältnisse eintreten. Denn jetzt fanden Neugründungen nur da statt, wo bei Gutsherren oder Gemeinden von selbst die nötigen willensmäßigen Voraussetzungen entstanden, und da konnte es sich nur um Einzelfälle handeln. Die Entscheidung des Ministerkomitees bedeutete auch für Estlands Land-
schulverhältnisse insofern einen wichtigen Markstein, als hier der Tätig-

¹⁵⁴⁾ dto. Protokoll der Konferenz in der Estl. Gouv. Regierung. 20. X. 1838.

keit von Ritterschaft und Landeskirche der Weg freigemacht wurde. Dagegen ist das Resultat der Konferenz keineswegs befriedigend und hat auch nur kurze Zeit den Rahmen für die Schularbeit abgegeben.

i. Der Glanströmsche Schulplan 1840.

Die Bestätigung der Beschlüsse der Konferenz erfolgte erst im Jahre 1840 durch Pahlen. Gleichzeitig ordnete er an, die Wahrnehmung dieser neuen Pflichten den betreffenden Instanzen vorzuschreiben. Hinzu fügte er aber, daß allgemeine Bestimmungen notwendig seien, und daß solchen, wie § 516 — § 517 der livländischen Bauernverordnung zeigten, keineswegs unüberwindbare Hindernisse im Wege ständen. Wendendorff wird beauftragt, sich deswegen mit dem Konsistorium in Relation zu setzen und Pahlen dessen Vorschläge sowie sein eigenes Gutachten zukommen zu lassen. Gleichzeitig wirft er die Frage auf, wie weit in Estland der § 88 des Bauerngesetzes von 1816, der auf tausend Seelen die Anlage einer Schule vorschreibt, durchgeführt worden sei¹⁵⁵). Diese letzte Frage wird daraufhin Paktul zur Beantwortung vorgelegt, während vom Konsistorium Äußerungen über einzuführende allgemeine Bestimmungen angefordert werden¹⁵⁶). Letzteres bedeutete also so viel wie die Ausarbeitung eines Volksschulstatuts für Estland. Dazu äußerte sich Paktul in dem Sinne, allgemeine Bestimmungen über das Bauernschulwesen wären durchaus möglich und wünschenswert, das Aufstellen solcher sei jedoch nicht genügend, solange ihrer Durchführung derartige Hindernisse wie bisher im Wege stünden. Es wäre daher wohl besser, zuerst den Erfolg der bisher getroffenen Einrichtungen abzuwarten und dann mit größerer Erfahrung, Verhältnisse und Zweck abwägend, die allgemeinen Bestimmungen zu treffen. Dem Vorschlag zufolge sei zwar die Bauernverordnung nicht erfüllt, aber die Ergebnisse seien nicht geringer, als dieses bei den zu überwindenden „eigentümlichen Schwierigkeiten und Verhältnissen“ möglich gewesen wäre¹⁵⁷). Auch vor dem Konsistorium wurde Pahl-

¹⁵⁵) dto. Gen. Gouv. v. d. Pahlen an den Zivilgouv. v. Wendendorff. Riga 15. II. 1840 Nr. 143.

¹⁵⁶) GN I 480/658. Zivilgouv. v. Wendendorff an das Konsistorium. Reval 23. II. 1840 Nr. 911; GN. II 110, derselbe an den Ritt. Optm. v. Paktul. Reval 23. II. 1840 Nr. 912.

¹⁵⁷) A. A. d. E. B. G. Alte Nr. 3722. Ritt. Optm. v. Paktul an d. Zivilgouv. v. Wendendorff. Reval 21. III. 1840 Nr. 237.

lenß Forderung vorgetragen und zunächst vertagt, um die Sentiments einiger abwesender Konsistorialglieder einzuholen¹⁵⁸⁾. Von diesen ist die Äußerung eines der angesehensten Glieder der damaligen Kirche Estlands, Pastor Knüpper = St. Katherinen, erhalten. Er interpretiert die livländische Bauernverordnung überraschenderweise dahin, daß auch in Livland der Unterricht vorzugsweise ein häuslicher sein müsse, weshalb mehrere Bestimmungen des § 516 auf Estland wohl anwendbar seien. Parochialschulen erklärt er, da nur einem geringen Teil der Bevölkerung zu gute kommend, für überflüssig, auch wären sie in den Fällen, wo der Küster zum Lehreramte unbrauchbar sein sollte, sehr teuer, und man müßte daher ein hohes Schulgeld ansetzen. Daher könne es auch in Zukunft dabei bleiben, daß die Küster auf der Basis privater Vereinbarung höheren Unterricht erteilen. Knüpper empfiehlt, Pastor Glanström = St. Michaelis mit der Ausarbeitung eines detaillierten Schulplanes zu beauftragen. Seine Person erscheint ihm deshalb so geeignet, weil das Kirchspiel St. Michaelis zum Teil in Estland, der andere Teil aber in Livland belegen sei und Glanström daher die Schulverhältnisse beider Provinzen kenne. In diesem Plan müßte Knüppers Ansicht nach der häusliche Unterricht möglichst aufrecht erhalten bleiben, und die Gebietschule wäre dazu als Korrektiv und Ersatz zu behandeln. Auch soll der Plan das Verhältnis der Schulen zu den Pastoren, Gutseignern, Konventen und Oberkirchenvorsteherämtern festlegen. Falls es der Sinn des § 88 der estländischen Bauernverordnung von 1816 sein sollte, alle Kinder zum Besuch der Schulen zu zwingen, so würde das Knüppers Auffassung zufolge unüberwindliche Schwierigkeiten ergeben und den so segensreichen Hausunterricht vernichten; allerdings wäre die Errichtung von Korrektorschulen den Kirchspielen zur Pflicht zu machen¹⁵⁹⁾. Alle diese Gesichtspunkte werden vom Konsistorium anerkannt, und Glanström erhält den Auftrag, den Plan auszuarbeiten, wobei die von Knüpper aufgezeichneten Richtlinien zu berücksichtigen sind¹⁶⁰⁾. Glanströms Auffassung ist uns durch ein gleichfalls für dieselbe Konsistorialsitzung eingereichtes Gutachten bekannt. Von den Verhältnissen seines eigenen Kirchspiels ausgehend, sieht er Schwierigkeiten im Unterrichten zahlreicher Kinder durch einen einzigen Lehrer und in der Beschaffung entsprechender

¹⁵⁸⁾ EKU I 425. Konsistorial-Protokoll 1. III. 1840.

¹⁵⁹⁾ EKU I 480/658. Sentiment des Pastor Knüpper. St. Katherinen 13. III. 1840 Nr. 38.

¹⁶⁰⁾ EKU I 128. Konsistorial-Protokoll 26. III. 1840.

Schullokale. Dagegen meint er, daß die Kinder in St. Michaelis auch ohne Schulen ganz genügend unterrichtet seien. Unter zehn Jahren könne man sie doch nicht zur Schule schicken, und vom zehnten Lebensjahr aufwärts seien die Knaben bereits für die Eltern unentbehrlich. Sie müssen also schon vor demselben so gut lesen können, daß später nur noch Übungen erforderlich seien, wozu Zusammenkünfte zu Repetitionszwecken genügten. Der sittliche und religiöse Gewinn des Hausunterrichts liegt für Glanström auf der Hand. Dagegen erkennt er das Bedürfnis nach Parochialschulen mit Schreib- und Rechenunterricht an, sieht nur die Schwierigkeit der Lehrerbefchaffung. Er stellt fest, daß Livland zwar mehr Schulhäuser habe, daß Estland aber in praxi das, was in diesen gelehrt werden sollte, minime ebenso gut besitzt. Er schließt mit dem Satz: In Estland hat man von jeher gehandelt und sich wenig um die Promulgierung des Erfolgs gekümmert; es bleibe bei unseren guten alten Einrichtungen¹⁶¹⁾. Gerade die Äußerungen dieser beiden Pastoren, welche zu den führenden Köpfen der estländischen Geistlichkeit gehörten, zeigen mit überraschender Klarheit, wie tief die Ansicht vom Wert des Hausunterrichts verwurzelt war. Dieser darf natürlich nicht völlig verkannt werden; als erste Grundlage der bauerlichen Bildung ist er fraglos unentbehrlich, aber es bleibt unbegreiflich, wie man den Bauern auf diese Weise einer höheren Kulturstufe zuzuführen gedachte. Ja, einige Jahre später versteigt sich Pastor Ahrens sogar zum Ausspruch „Gott wolle auch fernerhin den häuslichen Unterricht segnen, damit das Bedürfnis nach Volksschulen nie fühlbar werde“¹⁶²⁾.

Der G l a n s t r ö m s c h e P l a n bezeichnete als Zweck des bauerlichen Unterrichtswesens die Begründung der sittlich-religiösen Bildung. Seine Grenzen sind in formeller und materieller Beziehung durch die gesellschaftliche Stellung des estländischen Bauern vorgezeichnet. Es soll nicht durch Vielerlei Halbwissen erreicht werden, sondern der Este soll durch das Erlernen des Lesens der Bibel und religiösen Schriften zugeführt werden, damit er das Gelesene in seinem Leben betätigt. Daher sollen fertiges und verständiges Lesen, Katechismus, Gesang von Chorälen, Bibelfunde und biblische Geschichte Lehrgegenstände sein. Die höchste Bildungsstufe, welche dem Bauern geboten werden kann, ist außerdem noch Schreiben und Rechnen. Die deutsche Sprache braucht er nicht, denn er soll Landbauer bleiben, sonst wird er nur verbildet und verfälscht der Selbstüberschätzung. Glanström fordert vor allem Hausunterricht, der vom siebenten Lebensjahre an durch Prüfungen bei Dorf-Lesepfeifern kontrolliert und

¹⁶¹⁾ GMN I 480/658. Pastor Glanström an das Konsistorium. St. Michaelis 16. III. 1840.

¹⁶²⁾ GMN I 469/15. Oktoberbericht Rusal 1842.

gehoben werden soll. Für Elternlose, Ununterrichtete und Vernachlässigte sollen dann, den örtlichen Bedürfnissen entsprechend, obligatorische *Korrektions*schulen errichtet werden. Über Schulrichtungen einigen sich die Kirchenvorsteher und die Gutsverwaltungen und berichten dem Oberkirchenvorsteheramt. — Die Küster sind Schreib- und Rechenlehrer und unterhalten *Parochialschulen* für ein vom Konvent festgesetztes Gehalt. Dorthin werden nur solche Kinder aufgenommen, welche eine Bescheinigung des Pastors über vorhandene Vorkenntnisse vorstellen können. Das Amt des *Leseprüfers* soll unbesoldet sein, denn der Erste soll überhaupt lernen, ohne die Aussicht auf Bezahlung seinen Mitbrüdern zu guten Zwecken Kräfte und Zeit zu widmen. Die Frage des Unterhalts der Korrekionslehrer ist nach den lokalen Umständen zu entscheiden, die Parochiallehrer erhalten ein Schulgeld. Es folgen Bestimmungen über Aufsichtsrechte der Pastoren, des Konsistoriums u. s. w., die von geringerem Interesse sind ¹⁸⁸).

Die Stärke des Planes liegt fraglos in der Betonung der Erziehung des Bauern zu einer sittlichen Persönlichkeit. In diesem Sinne hat auch der Gedanke, ihn zum ehrenamtlichen Dienst an seinen Standesgenossen heranzuerziehen, großen Wert, wenn er auch verfrüht erscheinen dürfte. Der Fehler Glanströms liegt jedoch darin, daß das ganze Schulprogramm auf eine rein geistliche Bildung ausgerichtet ist, denn Schreiben und Rechnen treten hinter der Überlastung des Programms mit Religionsunterricht allzu stark in den Hintergrund. Die Schule bleibt auch hier nur Notbehelf und dazu noch mit dem Mangel des Fehlens jeglicher Bestimmungen über ihre Fundierung. Knüpfers Äußerungen gegenüber bedeutet jedoch das Festhalten an den Parochialschulen einen Fortschritt. Endlich erscheint die Einführung des Prinzips des Schulzwanges mit Pönzahlungen und Gerichtsstrafen, wenn auch nur bei den Korrekionschülern, als ein äußerst fruchtbarer Gedanke. Völlig fortgeblieben sind dagegen alle praktisch verwertbaren Kenntnisse, obgleich diese aus Glanströms Definition, der Bauer müsse die zur Erfüllung seiner Bestimmung notwendigen Kenntnisse erlangen, eigentlich direkt gefolgert werden müssen. Auch scheint die „gesellschaftliche Stellung des Bauern“ von Glanström als ein starrer, nicht weiter wandlungsfähiger Begriff hingestellt zu sein. Daß die oberflächliche Kenntnis von Vielerlei abgelehnt wird, ist fraglos richtig, daraus ergibt sich aber keineswegs die Berechtigung, auf jegliche Säkularisation des Lehrprogramms zu verzichten. Die erzieherische Bedeutung des Hausunterrichts wird jedenfalls von Glanström stark überschätzt.

Daß Konsistorium sah alle diese Mängel nicht, sondern stimmte den „mit Umsicht und Sachkenntnis“ gemachten Vorschlägen zu und

¹⁸⁸) *EM. A. II 110*. „Entwurf zu einem Schulplan für die Bauergemeinden in Estland“ — übersandt von Gen. Sup. Rein an den Ritt. Optm. v. Patkul. Neval 4. x. 1840 Nr. 555.

beschloß, den Plan dem Gouverneur v. Wendendorff zuzustellen¹⁶⁴). Gleichzeitig wurde über die bisherigen guten Erfahrungen mit Korrektionschulen berichtet¹⁶⁵). Wendendorff pflichtete dem Plan bei und bezeichnete ihn als sehr zweckmäßig und den Lokalverhältnissen entsprechend, und ebenso fand der Generalgouverneur v. d. Pahlen ihn sehr geeignet und zögerte nicht, ihn zu bestätigen¹⁶⁶). Somit sollte nun der Plan zur Grundlage der kommenden Volksschularbeit werden. Daß dieser Plan aber nur eine kurze Geltungsdauer haben sollte, ist das Verdienst der Ritterschaft. Die sich daran knüpfenden Vorgänge leiten jedoch schon zur Schulreform der vierziger Jahre hinüber und sollen dort im Zusammenhange ihre Würdigung finden.

f. Die Schulfrage in der grundsätzlichen Diskussion der dreißiger Jahre

Während die legislative Tätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens in den dreißiger Jahren mit verhältnismäßig geringen Ergebnissen abschloß, brachten diese Jahre eine gesteigerte Aktivität der praktischen Aufbauarbeit, so daß diese Zeit zu einer bedeutenden Verdichtung des Dorfschulnetzes führte. Daß sich hier eine neue Anschauung immer mehr Bahn brach, äußerte sich deutlich in der grundsätzlichen Diskussion, die gerade um die Mitte des Jahrzehntes besonders rege wurde. Von Interesse sind da die Ausführungen eines wienländischen nichtadligen Gutsebesizers, Fr. Diedhoff-Kurtza, der im „Provinzialblatt für Kurland und Ehstland“ mit schonungsloser Kritik an die bestehenden Zustände herantritt. Er stellt fest, daß sich nach der Agrarreform zwar stellenweise der Wohlstand der Bauern gehoben habe, daß sie aber anderweitig noch in äußerster Armut leben. Die Hindernisse zum materiellen Aufstieg bezeichnet er als meist aus der Jugend herrührend, obgleich Hof und Kirche so manches täten, um dem zu steuern. Notwendig seien vor allem wirklich gute Schulen, welche absolut fehlten, denn die vorhandenen seien unbefriedigend, und die ambulierenden Lehrer leisteten wenig, seien auch nur in geringer Zahl vorhanden. Daher sei das bäuerliche Bildungsniveau sehr niedrig, nur wenige könnten schreiben und rechnen. Lesen könnten zwar fast alle Bauern, aber nur mühsam, denn die

¹⁶⁴) GGA I 128. Konsistorial-Protokoll 3. VII. 1840.

¹⁶⁵) A. A. d. G. B. G. Nr. 3722. Konsistorium an den Zivilgoub. v. Wendendorff. Reval 6. VII. 1840 Nr. 417.

¹⁶⁶) dto. Zivilgoub. v. Wendendorff an den Gen. Goub. v. d. Pahlen. Reval 16. VII. 1840 Nr. 2722 u. Antwort darauf, d. d. Riga 25. VII. 1840 Nr. 1003.

Methoden des Hausunterrichts seien schwach und die Lehrer oft heruntergekommene Handwerker. Viele Bauernkinder seien so roh und ungebildet, daß sie vom Konfirmandenunterricht trotz mehrfachen Besuchs nichts begriffen. Bei einem großen Teil herrsche aber reger Lerneifer und so sei nur eine allgemeine Anregung notwendig, um alle aus ihrem Stumpfsinn zu erwecken. Denn der Wohlstand müsse dem Bauern von innen heraus erwachsen. Die Kenntnis des Lesens und Schreibens sei für jedermann nützlich, ebenso die des Bauerngesetzes sowie Unterweisung in Acker- und Gartenbau. Zur Nachahmung empfiehlt Dieckhoff die Fortschritte des Schulwesens in Livland und Kurland, speziell weist er auf eine vorzügliche Schule auf dem v. Hagemeisterschen Gute Drostenhof in Südlivland hin. Er regt an, zwei junge Esten im Schullehrerseminar in Königsberg auszubilden und einen dritten in eine landwirtschaftliche Schule zu geben. Erst die Bildung des Estenvolkes würde die Agrarreform recht abschließen. Zum Praktischen übergehend, schlägt er vor, die drei Seminarlehrer auf Kosten der Ritterschaftskasse unterrichten zu lassen und dann nach drei Jahren ein Seminar zu errichten, wozu jede männliche Revisionsseele des Landes mit 10 Kopelen zu besteuern wäre. So hätte man nach sechs Jahren eine Reihe gut ausgebildeter Volksschullehrer¹⁶⁷⁾. — Abgesehen vom etwas überraschenden Wege der Lehrerausbildung im Auslande, werden hier Gedanken vertreten, die eine völlig richtige Beurteilung der Lage enthalten. Und die Hinzunahme des rein praktischen Unterrichts mußte dazu angetan sein, den materiellen Aufstieg fördern zu helfen. Die Ausgangspunkte sind hier wesentlich andere als beim Glanströmschen Plan: Dieckhoff schwebt eine stark säkularisierte Volksschule vor, wenn er auch keineswegs gegen den ausgesprochen konfessionellen Charakter auftritt.

Von 1836 bis 1839 war die Schulfrage auch alljährlicher Beratungsgegenstand der estländischen Synoden. 1836 hielt auf derselben Pastor Wehrmann-St. Matthias ein Referat über die Frage, ob tatsächlich der Einführung von Schulen und Heranbildung von Lehrern unüberwindliche Hindernisse entgegenstünden, wobei er Wege angab, um das Vertrauen der Bauern für die Schule zu gewinnen. Er neigt keineswegs zu einer allzu pessimistischen Auffassung, jedoch werden seine Ausführungen als „beherzigenswerte Gedanken, wenn auch pia desideria“ bezeichnet¹⁶⁸⁾. Zu einer interessanten Debatte kommt es auf der nächsten Synode, am 23. Juni 1837, über das Thema:

¹⁶⁷⁾ Fr. Dieckhoff, Wunsch nach Landschulen für Estland, in „Provinzialblatt für Kur-, Liv- und Estland“ 1835. Nr. 1, 2, 4, 5.

¹⁶⁸⁾ *GA* I 480/877. Synodal-Protokoll 18. VI. 1836.

Welches ist der Segen, wenn die Esten ihre Kinder selbst zu Hause unterrichten und sie nicht in Dorfschulen zu schicken brauchen? In gut motivierten Ansichten äußert sich Pastor Koch-Jewe für den Unterricht in Schulen, Pastor Ploschkuß-Merjama für das Haus. Schließlich wird als Resultat festgestellt, daß die Lokalverhältnisse über die Zweckmäßigkeit des einen oder anderen Modus zu entscheiden hätten, allgemeine Anordnungen würden nicht zum Ziele führen. Auf Pastor Kochs Forderung nach einem estnischen Volksblatt für geistige Bildung beschließt die Synode, das Konsistorium zu ersuchen, sich um die Gründung einer derartigen Zeitschrift zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse zu bemühen¹⁶⁹⁾. Die Debatten von 1838 sind von geringerem Interesse und behandeln die Zusammenhänge von sittlich-erziehungsmäßigen und ökonomischen Zuständen der Bauern¹⁷⁰⁾. Dagegen kommt es 1839 zu einer Diskussion über eine der Hauptfragen: wie sind Volksschulen einzurichten, damit ihr Unterhalt dem Landvolk nicht zu schwer fallen soll? Pastor Schwabe-St. Jürgens erteilt darauf eine völlig unbefriedigende Antwort. Er meint, in jedem Dorf werde sich schon ein Bauer finden, der gegen geringe Vergütung und Befreiung von der Rekrutierung die Erteilung des Leseunterrichts, sowie auch die Verpflichtung zum Examinieren in den Häusern übernehmen würde. Das bedeutet also das Stehenbleiben auf einem völlig primitiven Schultypus. Dagegen betrachtet Pastor Harten-Fidel die durchgängige Einführung von Bauernschulen als das einzige Mittel, um das Volk einer höheren Kulturstufe zuzuführen, und meint, die Schwierigkeiten seien gar nicht so groß wie sie schienen. Auch jetzt entschied sich die Synodalmehrheit dafür, die örtlichen Verhältnisse zur Grundlage der Reform zu nehmen, wie Grad der Beteiligung des Gutsherrn, Individualität des Pastors u. s. w. Dagegen führt Pastor Ahrens-Rusal aus, man dürfe in der Bildung des Bauern nicht zu weit gehen, für den gewöhnlichen Bauern sei die Kenntnis des Schreibens überflüssig, der Leseunterricht gebe ihm das Mittel, Trost und Belehrung in der Religion zu finden. Diese Ausführungen werden aber zum Teil von der Synode als zu schroff und einseitig hingestellt¹⁷¹⁾. Derartige Synodaldebatten mußten die Aufmerksamkeit der Pastoren immer wieder auf die Schule lenken, sie zu regerer Tätigkeit anspornen und sie neuen Reformgedanken zugänglich machen.

¹⁶⁹⁾ dto. Synodal-Protokoll 23. VI. 1837.

¹⁷⁰⁾ dto. Synodal-Protokoll 22. VI. 1838.

¹⁷¹⁾ dto. Synodal-Protokoll 20, 21, 27. VI. 1839.

I Schulzustände in den dreißiger Jahren.

Was die zuständige Seite des Schulwesens anlangt, so brachte da die erste Hälfte der dreißiger Jahre keine größeren Veränderungen. Die Zustände blieben sehr ungleich. Von den dreißiger Jahren an werden uns aber manche Einzelheiten immer greifbarer, welche bisher mehr oder weniger unklar gewesen waren. — In einer Reihe von Kirchspielen erfreuen sich die Sonntagsschulen regen Zuspruchs, so werden sie 1829 in St. Michaelis von 307 Kindern besucht, in Audö von 463, in Bühhalep von über 600 u. s. w.¹⁷²⁾. 1831 sind in Reinis 19 Sonntagsschulen mit 768 Kindern, die Lehrer erhalten als Vergütung Freiheit von der Rekrutierung, während in Bühhalep diese Arbeit unentgeltlich geleistet wird¹⁷³⁾. Das Institut der Wanderlehrer ist in stetem Rückgang begriffen und nur noch in vereinzelt Kirchspielen nachweisbar. Was die Frequenz der vorhandenen Dorfschulen anlangt, so ist diese sehr verschieden.

Es seien hier einige Beispiele aufgezählt (vgl. die entsprechenden Berichte der Pastoren in den Acta Consistorii):

1829: Pällo — 23;	1834: Laupa — 72;
Laus — 68;	1835: 3 Schulen Ksp. M. Marien: — 108;
1830: Merghof — 4;	4 " " Luggenhufen: — 117;
Nachtüll — 55;	Poll (Wierland): — 39;
1831: 3 Schulen Ksp. Jegelecht	Kerrafer: — 40.
zusammen — 11;	

Ebenso verschieden ist der Besuch der Rüsterschulen. Über die Tätigkeit derjenigen zu Fickel ist bereits berichtet worden. Eine weitere besteht in St. Johannis in Harrien, die ebenfalls verhältnismäßig rege arbeitet und wo sogar ein Teil der Zöglinge deutsch schreiben lernt, was schon ein sehr viel weiter gehendes Bildungstreben verrät¹⁷⁴⁾. In Ampel richtet Pastor Gланström eine Parochialschule ein, welche auch nach seinem Tode eine Reihe von Jahren fortbesteht¹⁷⁵⁾. Neben dem Lesen wird dort auch Schreiben und Rechnen gelernt¹⁷⁶⁾. In einer Reihe weiterer Kirchspiele haben die Rüster derartigen gehobenen Unterricht erteilt, das Material ist jedoch zu unvollständig, um die Zahl der Schüler dieser Anstalten genau feststellen zu können. Von Interesse ist es aber, daß auch in den Dorfschulen eine Erweiterung des Programms über

¹⁷²⁾ CNA I 463. A. C. 1829. Memoriale St. Michaelis, Audö, Bühhalep.

¹⁷³⁾ CNA I 466. A. C. 1831 I. Memoriale Reinis, Bühhalep.

¹⁷⁴⁾ CNA I 467. A. C. 1831 II. Memorial St. Johannis i. S.

¹⁷⁵⁾ dto. Memorial Ampel.

¹⁷⁶⁾ CNA I 469. A. C. 1832. Memorial Ampel.

Lesen und Religion hinaus vor sich geht: auch hier wird allmählich das Schreiben und Rechnen neu eingeführt; zuerst ist das 1832 in St. Marien-Magdalenen beglaubigt, wo sich von 56 Kindern 7 daran beteiligten¹⁷⁷⁾. 1834 wird in Jürgensberg bereits allgemein das Schreiben gelernt¹⁷⁸⁾, im Jahre darauf werden weitere Schulen genannt: Orrenhof (Rsp. Rosch), Wad, Pöddrang u. s. w. — von dann an nimmt diese Schulart mit erweitertem Lehrstoff langsam immer mehr zu, ebenso wie die Zahl der neugegründeten Schulen. Bereits 1829 hatte das Konsistorium für vernachlässigte Kinder zwangsmäßigen Korrektionsunterricht angeregt, was hier und da Anklang fand, aber zunächst sind nur ganz vereinzelt derartige Schulen gegründet worden¹⁷⁹⁾. Die Möglichkeit, auf diese Weise den bauerlichen Unterricht zu heben, wurde nicht aus dem Auge gelassen. 1835 griff die Synode diesen Gedanken wieder auf und vereinigte sich zur Wunschäußerung, daß von Seiten des Konsistoriums in allen Kirchspielen Korrektionschulen angeordnet werden möchten. Daraufhin beschloß das Konsistorium, durch ein Zirkulär die Pastoren zu entsprechenden Vorschlägen aufzufordern¹⁸⁰⁾. Die eingegangenen Äußerungen der Pastoren sind außerordentlich verschieden, neben Zustimmung werden die verschiedensten Bedenken laut. Pastor Glanström = St. Michaelis faßt die Korrektionschule nicht als eigentliche Unterrichtsanstalt auf, sondern als Hilfsmittel, um nachlässige Eltern und Brotherren durch materielle Verluste zu besserem Hausunterricht zu bewegen. Daher meint er, daß späterhin weniger derartige Schulen nötig sein werden, wohl aber blieben in jedem Fall Prüfungsschulen unentbehrlich; dagegen hält er feste Dorfschulen für teuer und nicht leistungsfähig genug¹⁸¹⁾. Pastor Frese stellt an die Korrektionschule vor allem die Forderung der Billigkeit und ist für die Anstellung von Korrektionslehrern durch die Güter, wobei diese bald hier, bald dort unterrichten müßten; stehende Korrektionschulen hält er für unzweckmäßig¹⁸²⁾. Damit kommt er dem alten Institut der ambulierenden Lehrer ganz nahe, nur daß sie jetzt nicht allein prüfen und aufmuntern, sondern auch selbst unterrichten sollen. Eine Reihe

¹⁷⁷⁾ dto. Memorial St. Marien Magdalenen.

¹⁷⁸⁾ *ENM* I 469/4. Oktoberbericht St. Johannis i. J. 1834.

¹⁷⁹⁾ *ENM* I 469/6. Oktoberberichte Rosch, St. Marien per 1835. — *ENM* I 463. A. C. 1829. Memoriale Hanekl, St. Marien Magdalenen, St. Matthäi.

¹⁸⁰⁾ *ENM* I 126. Konsistorial-Protokoll 10. VII. 1835.

¹⁸¹⁾ *ENM* I 480/657. Pastor Glanström an das Konsistorium. St. Michaelis 2. I. 1836.

¹⁸²⁾ dto. Pastor Frese an das Konsistorium. Pönal 3. I. 1836 Nr. 4.

von Pastoren spricht sich dafür aus, dieses Korrektionslehreramt dem Küster zu übergeben, wobei Pastor Ploschke einen scharfen Druck der Gutsverwaltungen zugunsten des Schulbesuchs wünscht¹⁸³⁾. Dagegen werden aber auch ablehnende Stimmen laut, und zwar aus den verschiedensten Erwägungen heraus. Aus Torden wird berichtet, der Eifer der Eltern genüge allen Ansprüchen, so daß nur wenige Kinder in Frage kommen würden. Der Pastor zu St. Petri hält die Korrektionschulen für unnütz u. a. mehr. Nebenbei werden auch verschiedene andere Vorschläge gemacht: so hält Pastor Wehrmann es für geeigneter, überall Leselehrer anzustellen, Pastor Harten wünscht spezielle Leseübungen für Vernachlässigte, endlich wollen eine Reihe von Pastoren statt der Korrektionschulen feste Dorfschulen errichtet sehen (z. B. Bodeß=Nissi, Hoerschelmann=St. Martens u. a.). Ebenso mannigfaltig sind die Äußerungen der Pastoren über die Frage des Unterhalts der Korrektionslehrer; von einigen wird angeregt, einen Landtagsbeschuß herbeizuführen, der den Gutsbesitzern diese Pflicht auferlegt¹⁸⁴⁾. Im allgemeinen kann man sagen, daß eine verhältnismäßig große Anzahl von Pastoren dem neuen Gedanken recht skeptisch entgegentrat. Auf Grund aller dieser Berichte und Vorschläge arbeitete Pastor Knüpper=St. Katharinen eine „Relation“ für das Konsistorium aus. Dieses beschloß daraufhin, einen Plan über Korrektions- und Prüfungsschulen zu entwerfen und diesen über die Kirchenvorsteher den Konventen zuzuleiten¹⁸⁵⁾.

Das Reskript an die Kirchenvorsteher empfahl, des Lesens unkundige Konfirmanden nach Beendigung des ersten Konfirmationsunterrichts zum Küster in die Schule zu geben, wofür dieser eine Vergütung erhalten sollte. Für vernachlässigte Kinder im Alter von mehr als 12 Jahren sollten in jedem Kirchspiel eine bis zwei Korrektionschulen errichtet werden, deren Besuch Zwang sein sollte, und zwar bis zur Erlernung des Lesens. Kinder vom achten Lebensjahre aufwärts sollten im Winter wöchentlich, im Sommer monatlich in den Dörfern Leseprüfungen durch dazu vom Pastor willig gemachte, geachtete Bauern unterzogen werden, die bei älteren Kindern auch die Hauptstücke und Gesang zu umfassen hätten. Alle bisherigen Einrichtungen, wie ambulierende Lehrer, Sonntagsschulen u. s. w. sollten jedoch nebenbei weiter bestehen. Durch diese Maßnahme hoffte das Konsistorium, zunächst die

¹⁸³⁾ dto. Pastor Ploschke an das Konsistorium. Merjama 31. XII. 1835.

¹⁸⁴⁾ dto. „Berichte und Vorschläge in Ansehung der Correctionsschulen“

¹⁸⁵⁾ GSK I 127. Konsistorial-Protokoll 29. VI. 1836.

durch die Bauernverordnung von 1816 vorgesehenen Dorfschulen ersehen zu können. Die Konvente wurden aufgefordert, möglichst bald zusammenzutreten, um über die Errichtung der Korrektionschulen mit allen in Frage kommenden Details zu beraten und Beschlüsse zu fassen. Gleichzeitig wurden regelmäßige Leseprüfungen der Kinder mit schwachen Kenntnissen bei den Pastoren angeordnet¹⁸⁶⁾.

Die Durchführung dieser letzten Vorschrift mußte natürlich auf die größten Schwierigkeiten stoßen: die Zahl der in Frage kommenden Kinder konnte sehr groß sein und daher für den Pastor eine schwere Belastung bedeuten. Wie sollte z. B. ein Pastor dieser Verpflichtung nachkommen, wenn von einem großen Gebiet — Padiß — beglaubigt ist, daß dort kaum jemand lesen konnte, wobei dieses Gebiet als reich, eigensinnig und faul bezeichnet wurde und von der Notwendigkeit, lesen zu können, nicht zu überzeugen war¹⁸⁷⁾. In solchen Fällen konnte man eben nur mit dem Mittel des harten Zwanges durchdringen. Durch die Korrektionschule konnte im besten Fall erreicht werden, daß das Lesen wirklich allgemein beherrscht wurde, aber auch nicht mehr. Und dieses Ergebnis war ungenügend; das ist der Hauptfehler des Konsistoriums, der sich aus der weiten Verbreitung der Auffassung erklärt, daß der Bauer eine weiter gehende Bildung nicht brauche. So bedeuten die Korrektionschulen eigentlich kaum etwas Neues, ein Fortschritt war nur das für die dazu bestimmten Kinder vorgesehene Prinzip des Zwanges, dessen Durchführung allerdings auch keineswegs genügend durchdacht und geregelt worden war.

Ebenso verschieden, wie die Antworten der Pastoren ausgefallen waren, wurde auch das Konsistorialreskript in den einzelnen Kirchspielen durchgeführt. An einer ganzen Reihe von Orten wurden, wie vorgeschlagen, beim Rüster Korrektionschulen angelegt. Einen derartigen Beschluß faßte z. B. der Kirchenkonvent von Törden, wobei er die ambulierenden Lehrer und verschärfte Aufsicht der Bauernvormünder beibehielt¹⁸⁸⁾. Dafür sollte der Rüster pro Kind aus der Kirchenkasse fünf Rubel erhalten, außerdem noch von den Eltern je ein Rülmet Roggen, was eine durchaus reichliche Vergütung darstellt¹⁸⁹⁾. In Rappel sollten nur solche Kinder zum Rüster in die Korrektionschule, welche im Alter von 16 Jahren noch nicht lesen

¹⁸⁶⁾ EKAI 323/2. Konsistorial-Reskript. Nebal 10. VII. 1836.

¹⁸⁷⁾ EKAI 467. A. C. 1831. Memorial St. Matthias.

¹⁸⁸⁾ EKAI 469/8. J. v. Helffreich an das Konsistorium. Purgel 7. VII. 1836.

¹⁸⁹⁾ dto. Oktoberbericht Törden. 1836.

konnten, die jüngeren dagegen wurden Leselehrern zugewiesen¹⁹⁰⁾. Das Kirchspiel St. Jürgens führte neben der Korrektionsschule beim Ruster jezt ambulierende Lehrer ein, um die des Lesens unfundigen Kinder zu ermitteln und mit Hilfe der Vormünder und Gutsverwaltungen dem Ruster zuzuführen. Dieser Unterricht soll acht Wochen lang dauern und in der Lehrstube stattfinden; sein Endzweck wird ausdrücklich darin gesehen, die Eltern zu besserem Hausunterricht zu bewegen, damit sie so den Unkosten der Korrektionsschule entgehen¹⁹¹⁾. In Rusal soll der Ruster im Spätherbst vier Wochen lang Korrektionsschule halten, wobei er in methodischer Hinsicht vom Pastor beraten wird; die Unkosten hat Graf Stenbock-Roll übernommen¹⁹²⁾. Eine ganze Reihe von Kirchspielen regelt die Schulfrage auf eine ähnliche Weise und richtet beim Ruster Korrektionsschulen ein, zum Teil für alle Unwissenden, zum Teil aber auch nur für solche vom sechzehnten Lebensjahre an. Derartige Beschlüsse sind für Luggenhusen, Haggerß, St. Johannis in Harrien, Haljal, St. Petri, St. Marien-Magdalenen, Weißenstein, Goldenbeck, Nuckö, Roidß, Wormß u. a. belegt, wo meist außerdem noch Leseunterricht, Sonntagsschulen, periodische Prüfungen durch Leselehrer oder Vormünder oder dergl. angeordnet werden. Andere Kirchspiele übergeben diese Tätigkeit nicht dem Ruster, sondern verlegen sie in die einzelnen Gebiete: so werden in Segelecht ganze acht Korrektionsschulen errichtet, in Rosch und Merjama legt der Konvent dieses jedem Gut als Pflicht auf, und in Maholm soll sogar jedes Dorf seinen Korrektionsschüler erhalten. In allen diesen Fällen wird die Korrektionsschule als Strafe aufgefaßt, die dem Bauern unbequem sein soll, daher wird ein Schulgeld erhoben, vielfach in der Höhe von einem Rülmet Roggen. In St. Petri und Weißenstein, wo nur die älteren Kinder in die Korrektionsschule geschickt werden sollen, verfällt man auf den originellen und wenig glücklichen Weg, den Eltern vorzuschreiben, für jüngere vernachlässigte Kinder Repetitoren ins Haus zu nehmen — ein Ausweg, dessen Durchführung und Kontrolle naturgemäß mit bedeutenden Schwierigkeiten verbunden sein muß. Eine ganze Reihe von Kirchenkonventen aber lehnt die Vorschläge des Konfistoriums ab und trifft eine völlig andere Regelung. So wird in Nissi beschlossen, in jedem Dorf einen des Lesens kundigen, unbescholtenen Bauern als Dorfschullehrer anzustellen; er

¹⁹⁰⁾ dto. Auszug aus dem Konvents-Protokoll Rappel 13. VIII. 1836.

¹⁹¹⁾ EKX III. 45. Konvents-Protokoll St. Jürgens 7. IX. 1836.

¹⁹²⁾ EKX I 469/8. Oktoberbericht Rusal 1836.

soll im Winter einmal wöchentlich Schule abhalten und vom Hof dafür eine Vergütung erhalten. Einen für ganz Estland geradezu vorbildlichen Beschluß faßt der Kirchenkonvent zu Sewe, indem er jedes Gut verpflichtet, in seinem Gebiet in einem großen Dorf eine feste Schule anzulegen und außerdem in kleineren Dörfern Leselehrer anzustellen. Diese Schulen sind auf Acker- und Weideland, welches der Lehrer erhält, zu fundieren. Jedes Kind, das zu Hause unterrichtet wird, muß dem Lehrer besonders gemeldet werden, und wird alle zwei Wochen geprüft; genügen dann seine Kenntnisse nicht, so muß es die Schule besuchen. Für unbegründete Schulversäumnis wird eine Pön in Korn zum Besten des Ankaufs von Schulbüchern für Arme erhoben. Für Schulentlassene werden regelmäßige Leseübungen eingeführt; für alle Kinder vom zwölften Lebensjahre an, die nicht lesen können, tritt Schulpflicht ein. Hier ist eine Regelung vorgenommen, welche der livländischen Bauernverordnung entspricht. Zum erstenmal in Estland handelt es sich um Maßnahmen aus denen Zweifel am Wert des Hausunterrichts hervorgehen, und die feste Schulen zur Grundlage der bauerlichen Bildung machen, neben denen man nur in gewissen Fällen zu Hausunterricht dispensiert werden kann. Eine Reihe von Kirchspielen faßt ähnliche Beschlüsse: St. Johannis in Terwen sieht von einer Korrektionschule ab, da Aussicht besteht, bald in jedem Gebiet eine feste Dorfschule zu besitzen; Turgel verpflichtet jedes Gut zur Anlage einer Schule im Laufe eines Jahres, Ampel ebenfalls, setzt dazu jedoch eine Frist von nur vier Wochen, wobei anscheinend gar nicht die Schwierigkeit, so schnell einen Lehrer zu finden, bedacht worden ist. In Wessenberg soll jede Gutsgemeinde eine Schule errichten und für sie Sorge tragen, auch in Rarusen, St. Martens u. a. Orten werden Schulgründungen beschlossen¹⁹³⁾. Es ist nicht überall klar, wie der Unterhalt der Schulen gedacht ist, jedoch ist keine Rede davon, daß die ganze Last, wie in der Bauernverordnung vorgesehen, der Bauernschaft auferlegt werden solle. So erfahren wir z. B., daß Baron Ungern-Noistfer auf Hofsland eine Schule errichten und mit ein bis zwei Tonnen Winterausfaat in den drei Feldern, Weide, Heuschlag und Gartenland fundieren will¹⁹⁴⁾. Baron Schilling-Serrefer erklärt sich bereit, für die Gebietschule eine Zweitagsstelle abzugeben; Baronin

¹⁹³⁾ dto. Oktoberberichte der betr. Kirchspiele. 1836.

¹⁹⁴⁾ dto. Oktoberbericht Weißenstein 1836.

Ungern=Wenden will sogar auf eigene Kosten drei Schulen errichten; Baron Clodt-Jürgensburg stiftet zwei im Kirchspiel Kirrefer u. s. w.¹⁹⁵⁾. 1836 trifft man nur auf einen einzigen Fall ablehnender Haltung von Gutsbefizern in den Älten: es ist das im Kirchspiel Pühhalep, wo die beiden Eingepfarrten sich in Schulsachen nicht entgegenkommend verhalten; nähere Angaben darüber fehlen¹⁹⁶⁾. In St. Simonis wird auf Anregung des Pastors Paucker die Einrichtung einer Parochialschule beschlossen, an der der Küster Normann, welcher ein Examen beim Gouvernementschuldirektor Baron Kossillon abgelegt hat, unter der Aufsicht des Pastors junge Leute zu Dorfschullehrern heranbilden soll. Er soll auch in Handarbeiten und ländlichen Beschäftigungen unterrichten. Die Zöglinge sind allen Gebieten zu entnehmen, damit überall Dorfschulen entstünden¹⁹⁷⁾. Diese Schule, die tatsächlich ins Leben getreten ist, hat, wie noch später auszuführen sein wird, dank der großen Thätigkeit Normanns ungewöhnlich viel geleistet; aus ihr sind im Laufe der Jahre zahlreiche Lehrer hervorgegangen.

Wie weit tatsächlich die Beschlüsse der Konvente ausgeführt worden sind, geht aus dem ersten V e r s c h l a g ü b e r d i e D o r f s c h u l e n hervor, welcher im Jahre 1838 an den Zivilgouverneur abgesandt wurde. Dort sind nur feste Schulen angeführt, die meisten Küster-, Parochial-, Korrektions- und ähnlichen Schulen ausgenommen; ihre Gesamtzahl beträgt 67:

in H a r r i e n: Ruffal, Orrenhof, St. Johannis;

in W i e r l a n d: Mehntack, Auders, Türpsal, zwei unter Jeme, Eichenhain, Kallina, Sompäh, Kochtel, Kiedel, Paggar, Ahagfer, Uhbe, Wainwara=Perjak, Sörtfüll, Maidel, Poll, Jömper, Uddrich, Ottenfüll, Wack, Panstifer, Nachfüll, Wennefer, Laus, Awandus, Simonis, Piep;

in J e r w e n: Koik, Kerrafer, Muddis, Taps, Kurro, Jotma, Udenfüll, Rawwa=füll, Jürgensberg, Friedheim bei St. Johannis, Arroküll, Uddewa, Koddasem, Sartzfer, Gufas, Ballo, Affif, Attast, Kirna, Laupa, Wäk, Mehhefüll;

in d e r W i e d: Fidel, St. Martens, Groß und Klein Ruhde, Groß Lehtigal, 2 in Reijffer, 2 in Jesse, Bogelsang, Putfas, Wenden, Wattel.

Diese festen Schulen werden zusammen von 2132 Kindern besucht, was eine durchschnittliche Frequenz von 34 Kindern ausmacht. Einige derselben haben eine sehr hohe Schülerzahl, so Wäk — 120, Wattel und Awandus — 105 u. s. w.¹⁹⁸⁾. Es ist das das erste Mal, daß

¹⁹⁵⁾ dto. Oktoberberichte Turgel, Röhel, Leal-Kirrefer 1836.

¹⁹⁶⁾ dto. Oktoberbericht Pühhalep 1836. Worin sich diese Ablehnung geäußert hat, darüber fehlen leider nähere Berichte.

¹⁹⁷⁾ dto. Oktoberbericht St. Simonis. 1836.

¹⁹⁸⁾ A. A. d. E. J. G. Alte Nr. 3722. Vorschlag über die Bauernschulen per 1838.

die Gesamthöhe des Schulbesuchs greifbar wird. Was nun die Verteilung des Schulnezes anlangt, so liegen die Verhältnisse in Harrien am schlechtesten. Dort ist jedoch dementsprechend viel für Verbesserung des Hausunterrichts vorgenommen worden. Fast die Hälfte dieser Schulen, nämlich 32, liegen in vier von denjenigen Kirchspielen, welche 1836 beschlossen hatten, auf allen Gütern Schulen anzulegen: Jewe, Ampel, Turgel und St. Martens. Wenn auch dieser Beschluß nicht in vollem Umfange durchgeführt worden ist, so haben diese Kirchspiele immerhin sehr viel geleistet; andere, wie z. B. Wesenberg, haben nichts zur Durchführung ihres entsprechenden Beschlusses getan! — Von der Mitte der dreißiger Jahre an hat das Schulwesen sich nur noch in aufsteigender Linie entwickelt: zwar ist so manche Schule wieder eingegangen, die Gesamtzahl wächst aber von Jahr zu Jahr. Erst jetzt kommt größere Planmäßigkeit in die Neugründungen, die nun auch auf eine viel solidere Grundlage gestellt werden als früher, wodurch sie auch nicht mehr den ephemeren Charakter wie im ersten Drittel des Jahrhunderts tragen. So kann man eigentlich erst von nun an vom Bestehen eines Dorfschulwesens in Estland sprechen. Was bisher existierte, waren nur kümmerliche Ansätze von schwankender Lebensdauer. —

Die Fundierung der Schulen auf Land, die stets durch den Gutsherrn vorgenommen wurde und eine freiwillige Stiftung zum Besten der Bauernschaft darstellte, bot natürlich eine weit sicherere Gewähr für den Bestand der Schule, als die bisherigen Lehrernennungen mit gelegentlicher Vergütung, Befreiung von gewissen Verbindlichkeiten dem Hof gegenüber und dem Militärdienst oder gar dem Angewiesensein auf das Schulgeld. So wird z. B. von P. v. Vietinghoff in Alt-Sommerhufen eine Zweitagsstelle zum Unterhalt des Lehrers angewiesen, für den Aufbau des Schulgebäudes entnimmt die Gemeinde der Gebietslade 150 Rbl.¹⁹⁹⁾ Im Jeweschen Kirchspiel sind die Schulen sämtlich von den Gütern mit Ackerland und Wiese dotiert²⁰⁰⁾. Dasselbe ist in Russal der Fall, wo die Schule durch den General Baron Meyendorff vorwiegend für Waisenfinder bestimmt ist: das Schulland wird dort von den Schülern selbst bearbeitet, die nebenbei noch Handarbeiten machen, wie Korbflechten sowie Anfertigung von Rädern und Holzgeschirr²⁰¹⁾. — Aus zahlreichen der neugegründeten

¹⁹⁹⁾ dto. P. v. Vietinghoff an den Zivilgouv. v. Bendenborff. Alt Sommerhufen 17. III. 1837. — Antwort darauf d. d. Reval 23. III. 1837 Nr. 1186.

²⁰⁰⁾ ENA 175. Bericht Pastor Koch. Jewe 4. XI. 1838.

²⁰¹⁾ dto. Bericht Pastor Bodeß. Nissi 23. XI. 1838.

Schulen wird Schreib- und Rechenunterricht gemeldet. Die Kalamität der Lehrerbefchaffung besteht zunächst allerdings noch fort: gelegentlich wird auch jetzt noch berichtet, daß der Lehrer wegen Unfähigkeit oder sonstiger nachteiliger Eigenschaften entlassen werden mußte oder starb, resp. verzog, und daß deswegen zunächst der Schulbetrieb eingestellt werden mußte. In Ampel werden die acht Schulen zum Teil nur einmal wöchentlich abgehalten und schlecht besucht; nur in Muddis ist ein Schulhaus vorhanden. Die Ausgaben lasten fast ausschließlich auf der Bauernschaft²⁰²⁾. Das zeigt, daß Angaben über zahlreiche Schulen in einem Kirchspiel in den Vorschlägen noch keineswegs besonders fortgeschrittenen Schulzuständen gleichzusetzen sind. Wenn der Generalsuperintendent Rein in einem Kirchenbericht ausführt, daß Zwangsmittel selten notwendig seien, da bei den Bauern Analphabetentum für eine Schande gelte, so ist das doch eine recht optimistische Auffassung der Sachlage²⁰³⁾. Wenn auch das Streben nach Bildung bei einem Teil der Bauernschaft erwacht war, so mußte doch sehr häufig ein Druck ausgeübt werden. So waren z. B. 1841 unter Ruil 70 Kinder zur Korrekturenschule bestimmt worden, unter Innis — 30²⁰⁴⁾. Das Analphabetentum war natürlich noch lange nicht ausgerottet, besonders unter der älteren Generation²⁰⁵⁾. Bei der Jugend mußten aber die Schulen und zahlreichen Einrichtungen zur Hebung des Hausunterrichts ihre Wirkung ausüben. So stellt der Pastor zu St. Johannis in Harrien die Lesekenntnisse der männlichen Konfirmanden 1812 und 1835 neben einander: 1812 lasen von 48 Knaben drei gut, 24 schwach und 21 gar nicht; 1835 von 47 — 24 gut, 19 schwach und 4 gar nicht²⁰⁶⁾. Im selben Jahr gab es in ganz Estland 5350 Konfirmanden, von welchen 485 Analphabeten waren. Von diesen erlernte ein Teil das Lesen noch während der Konfirmationszeit, so daß nur ein Rest von 100 schwach Begabten und solchen mit Leibesgebrechen übrig blieb²⁰⁷⁾. Solche Ergebnisse bedeuten natürlich einen bedeutenden Fortschritt und wären früher wohl als vollauf befriedigend angesehen worden, wenn man an die Außerungen der Pastoren von 1802 denkt. Jetzt aber war eine neue Auf-

²⁰²⁾ dto. Bericht Pastor Paulsen. Ampel 4. XI. 1838 Nr. 97.

²⁰³⁾ Das Inland 1837 Nr. 34.

²⁰⁴⁾ EKX I 469/14. Oktoberbericht St. Jakobi 1841.

²⁰⁵⁾ EKX I 469/4. Oktoberbericht Rõthel. In den Riwidepähßen Stranddörfern find fast alle Eltern Analphabeten.

²⁰⁶⁾ EKX I 469/8. Oktoberbericht St. Johannis i. S. 1836.

²⁰⁷⁾ Berichte des Generalsuperintendenten Rein in „Das Inland“ 1837 Nr. 34.

fassung vom Umfang der für den Bauern notwendigen Bildung im Entstehen, die sich mit dem Erreichten nicht zufrieden geben konnte. Es erscheint da durchaus überraschend, wie bei dieser Sachlage Pastor Glanström in seinem Plan so stark von den festen Schulen absehen konnte und Konsistorium, Gouverneur und Generalgouverneur sich damit zufrieden gegeben haben. — Es fällt aus dem Rahmen meiner Aufgabe heraus, zu untersuchen, wie zahlreich jetzt schon der Besuch deutscher städtischer Schulen durch Bauernkinder war. In mehreren Rüsterschulen wurde jedenfalls Deutsch gelehrt (St. Simonis, Rosch, Fickel u. a.). Die in Leal bestehende deutsche Elementarschule wurde auch von Kindern wohlhabender Bauern besucht, welche in deutschen Familien vorher die Sprache erlernt hatten ²⁰⁸⁾. Endlich sollen hier noch zwei Privatschulen von Pastoren erwähnt werden: Pastor Gehhardt hatte auf eigene Kosten das Schulgebäude zu Friedheim bei St. Johannis i. T. errichtet und selbst den Lehrer gebildet. Seine Schüler sangen vierstimmig, schrieben zum Teil sehr gut, rechneten mit Brüchen, verstanden den Katechismus, erwarben also Kenntnisse, die durchaus über dem Durchschnitt lagen. Nebenbei lernten sie Drechsler-, Tischler-, Feld-, Garten- und Obstbau-Arbeiten und Bienenzucht und wurden scharf auf Reinlichkeit, Sittlichkeit und Ordnung erzogen ²⁰⁹⁾. Eine ähnliche Schule, speziell für angehende Lehrer, errichtete Pastor Grohmann in Turgel; er erteilte selbst den Unterricht und hatte 1838 elf Zöglinge ²¹⁰⁾. Eine derartige Tätigkeit bedeutete für den beschäftigten Pastor eines großen Kirchspiels natürlich ein bedeutendes Opfer. Absolventen einer solchen Anstalt mußten natürlich weit mehr zum Lehrerberuf geeignet sein als Dorfschüler oder Autodidakten, jedoch fehlte hier noch die ganze methodische Vorbereitung für dieses Amt. Wie viele von ihnen tatsächlich diese Laufbahn eingeschlagen haben, ist heute nicht mehr nachweisbar.

m. Die Errichtung des Seminars in Alexanderhof.

Die dreißiger Jahre haben zur Entstehung eines regelrechten Seminars geführt, wodurch eine der Hauptvoraussetzungen zur künftigen Entfaltung des Dorfschulwesens erfüllt wurde. Die Rudaschen Pläne sind zwar nicht wieder aufgenommen worden, jedoch ergriff nun eine

²⁰⁸⁾ EA I 469/10. Oktoberbericht Leal 1837.

²⁰⁹⁾ EA I 469/11. Propstbericht Zerwen 1838.

²¹⁰⁾ dto. Oktoberbericht Turgel 1838.

Reihe derjenigen Gutzbefitzer die Initiative, welche zum Teil von Staßberg in seinem letzten Aufruf als Vertrauensleute zum Empfang von Spenden genannt worden waren. Der Zivilgouverneur Paul v. Benckendorff-Löwenwolde, der ehemalige Ritterschaftshauptmann S. v. Grünewaldt-Hufas, O. v. Grünewaldt-Roß, Baron O. Taube-Terwafant, M. v. Engelhardt-Roddasem, W. Baron Ungern-Noißer und A. v. Grünewaldt-Orrisaar verbanden sich am 12. IX. 1835 zu einem Konförtium zur Gründung eines Volksschullehrerseminars. Es waren das fast durchweg Vertreter der jüngeren Generation des estländischen Adels, Persönlichkeiten, die damals bereits eine größere Rolle in der Ritterschaft spielten oder noch spielen sollten, die bedeutend moderner dachten, als die Älteren und von der Notwendigkeit der kulturellen Hebung des Bauern überzeugt waren. Aus ihrer Mitte wählten sie ein Leitungskomitee, welches das Recht der Kooptation erhielt und zunächst S. v. Grünewaldt-Hufas zum Vorsitzenden bestimmte. Baron Ungern wurde beauftragt, vom Besitzer des Gutes Arrofüll, dem General Graf Toll, die Hoflage Alexanderhof (alias Altast) zu pachten, die man für die Anlage des Seminars ins Auge gefaßt hatte. Die Unkosten des Seminars sollten auf die Aktionäre repartiert werden, dafür erhielt jeder von ihnen das Recht, aus seinem Gebiet einen Zögling zur Ausbildung hinzuschicken. Derselbe mußte begabt sein und im Lesen Vorkenntnisse besitzen. Es war ein Lehrgang von drei Jahren vorgesehen, auf dessen Einzelheiten die Stiftungsurkunde jedoch nicht weiter einging. Wohl aber wurde gleich festgestellt, daß ein Lehrer gleichzeitig Landwirt bleiben sollte, weshalb die Zöglinge die Alexanderhoffschen Ländereien zu bearbeiten hätten. Nebenbei sollten sie bei besonders angestellten Personen allerlei Handwerk erlernen, um damit später ihre pekuniäre Stellung verbessern zu können, auch war Erlernung der Gärtnerei vorgesehen. Schließlich bestimmt die Urkunde die Einberufung einer Grönderversammlung durch den Ritterschaftshauptmann²¹¹⁾. Ob diese stattgefunden hat und noch weitere Personen, und wer speziell, sich den Aktionären angeschlossen haben, ist heute nicht mehr feststellbar. Die Überlieferung über dieses Privatseminar ist überhaupt sehr lückenhaft, da sein Archiv heute nicht mehr auffindbar ist²¹²⁾. So beruht die heutige Kenntnis nur auf einzelnen Schriftstücken, die in den verschiedensten

²¹¹⁾ Dr. L. v. Grünewaldt, Vier Söhne eines Hauses. II. pg. 287—289.

²¹²⁾ Schreiben des Herrn W. v. Grünewaldt an den Verfasser. d. d. C./O. Astoria Cafe, Lydenburg, Transvaal. 11. III. 1933.

Archiven verstreut sind. Neumann hat z. B. in seiner Arbeit über Ruda nur sehr nebelhafte Vorstellungen. Er hält den Gouverneur v. Bendendorff für den Gründer und meint, dieser und wahrscheinlich auch Chr. Stadelberg hätten die Kosten getragen²¹³). Auch Pöhl weiß nur, daß dieses Seminar errichtet worden ist; über seinen Fortgang ist ihm aber nichts bekannt. Er ist der Einbildung, daß es bis 1864 bestanden hat und dann mit Ruda vereinigt worden ist, wobei ihm eine arge Verwechslung mit dem Sedderschen Seminar unterlaufen ist, dessen Existenz ihm ganz entgangen zu sein scheint²¹⁴). Von wem die Initiative tatsächlich ausgegangen ist, ist heute nicht mehr nachweisbar, es liegt aber nahe, sie bei den Brüdern v. Grünewaldt zu suchen, die sich ganz besonders aktiv für das Seminar betätigt haben, und in deren Händen auch seine Verwaltung gelegen hat.

Nach Erlaß der Stiftungsurkunde begannen sogleich die Vorarbeiten für die Eröffnung. Zunächst steuerte jeder Aktionär 1000 Rbl. bei, wofür Alexanderhof gepachtet wurde. Darauf stellte man ein Lehrprogramm auf, das aus Lesen, Schreiben, Kopfrechnen und eventuell einem Kursus Geographie und Geschichte, soweit es für einen Dorfschullehrer notwendig war, bestehen sollte. Zum Zwecke praktischer Übung sollte mit der Anstalt eine Kinderschule verbunden werden. Gleichzeitig war die Einrichtung einer Musterwirtschaft vorgesehen; Obst-, Hopfen- und Tabakbau wurden ebenfalls unter die zu erlernenden Dinge aufgenommen, auch sollten möglicherweise noch einige Werkstätten errichtet werden. In dieses Seminar sollten 12 wenigstens 20 Jahre alte Zöglinge, zunächst von den Gütern der Initiatoren gestellt, einziehen und von einem Lehrer unterrichtet werden. Im Namen der Aktionäre wandte sich nun J. v. Grünewaldt an die Schulkommission der Universität als die dafür kompetente Institution und suchte um die Genehmigung nach, das Seminar zu eröffnen²¹⁵). So war hier die Geldfrage, an welcher Stadelberg mit seinen Rudaschen Plänen gescheitert war, mit einem Schlage auf das einfachste gelöst. Allerdings waren es sehr bedeutende Summen, welche die einzelnen Aktionäre zur Verfügung stellten.

Die Schulkommission zog nun das Gutachten des Gouvernements-Schuldirektors Baron Rossillon ein, welcher das Unternehmen für

²¹³) Neumann pg. 4—5.

²¹⁴) Pöhl pg. 89, 115.

²¹⁵) *GA.* A III 1. J. v. Grünewaldt an die Dorpater Schulkommission. Rebal 1. VII. 1836 [Kopie].

sehr zeitgemäß, den Plan als zweckmäßig ansah und sich für dessen Förderung aussprach. Daraufhin wurde das Gesuch dem Kurator Krafftström unterbreitet, der die Meinungsäußerung des estländischen Gouverneurs einholte²¹⁶⁾. Gouverneur war aber Paul von Bendendorff, welcher selbst zu den Aktionären gehörte. Dieser äußerte, ein Seminar entspreche durchaus einem vorhandenen Bedürfnis. Bendendorff teilte mit, daß er sich selbst den Aktionären angeschlossen habe und befürwortete das Gesuch aufs wärmste²¹⁷⁾. Nun ging dieses an den Minister für Volksaufklärung, welcher die Eröffnung genehmigte, damit aber die Klausel verband, hinsichtlich Unterricht und Disziplin müsse das Seminar unter Aufsicht der staatlichen Schulobrigkeit stehen²¹⁸⁾.

Die Eröffnung des Seminars fand am 1. Juli 1837 mit 12 Seminaristen statt. Als Lehrer war ein gebürtiger Este, Johann Reinhold Jürgens, angestellt worden, der seine Vorbereitung privatim in Dorpat vom Inspektor Jürgensohn erhalten hatte. Er erteilte den Unterricht und stand auch der äußeren Wirtschaft vor, seine Frau der Haushaltung, wofür sie ein Gehalt von 250 Rbl. jährlich bei freier Beköstigung sowie Wolle und Flachszur Bekleidung erhielten, also wirtschaftlich durchaus gut situiert waren. Ferner gehörten zum Personal ein Knecht, ein Feldwächter, sowie eine Vieh- und eine Rüchsmagd. In Alexanderhof, das für 1200 Rbl. jährlich auf 18 Jahre gepachtet worden war, wurde auch eine Herde und Hofspann gehalten, die Wirtschaft betrieb man nach dem damals neuen Feldersystem mit Klee- und Wickenbau. Der Unterricht der Seminaristen dauerte von St. Michaelis bis St. Georg und umfaßte an 6 Tagen pro Woche je 3 Stunden. In den Sommermonaten wurde Landwirtschaft getrieben, nur ein Monat um Weihnachten war Ferienzeit. Wir sind sogar darüber orientiert, welche Lehrmittel benutzt worden sind: es sind genannt die Bibel, das estnische Gesangbuch, der Katechismus, Hübners biblische Geschichten in der Übersetzung von Pastor Henning, Krümmers und Florz Rechenbücher, Masings Lesetafeln und Rosenplänters Vorderschriften. Die ersten Zöglinge stammten aus Löwenwolde, Allenküll, Noistfer, Hufas, Roif, Orrisaar, Palla, Othel, Terwakant, Riesenberg, Pakal und Saggad, also meist von Gütern der Aktionäre, denen sich

²¹⁶⁾ A. A. d. E. 3. G. Akte Nr. 3475. Kurator Krafftström an den Zivilgouv. v. Bendendorff. Dorpat 2. IX. 1836 Nr. 895.

²¹⁷⁾ dto. Zivilgouv. v. Bendendorff an den Kurator Krafftström. Reval 18. IX. 1836 Nr. 3723.

²¹⁸⁾ GMA. A III 1. Rektor Neue an J. v. Grünewaldt. Dorpat 21. x. 1836 Nr. 1369.

noch weitere Personen angeschlossen haben mögen. Für jeden Zögling mußte das betreffende Gut für Beköstigung, Unterricht und Lehrmittel jährlich 100 Rbl. zahlen. Die spezielle Aufsicht übernahm ein Komitee, bestehend aus A. v. Grünewaldt-Orrisaar als Präses und zwei Herren, welches jährlich der versammelten Gesellschaft einen Tätigkeitsbericht abstattete ²¹⁹). 1838 wurden sämtliche Zöglinge, da sie an der angelegerten Rinderschule unterrichteten, auf Beschluß einer Konferenz der Gouvernementsregierung, des Kameralhofs und der Ritterschaft von der Rekrutierung befreit, da man sie als bereits zum erimierten Lehrstande übergetreten betrachtete ²²⁰). Wenn Neumann berichtet, Pastor Henning-St. Petri hätte sich an der Ausbildung der Zöglinge beteiligt, so befindet er sich wohl im Irrtum. Denn Henning äußert selbst sein Bedauern darüber, daß das Seminar der Schulbehörde unterstellt und dadurch dem Pastor entzogen worden sei ²²¹). Im übrigen sind wir aus dem erwähnten Materialmangel über die Einzelheiten der Tätigkeit des Seminars in der ersten Zeit seines Bestehens nicht weiter unterrichtet, erst in Verbindung mit der ritterschaftlichen Schulreform der vierziger Jahre tritt da manches greifbar hervor. Die Bedeutung dieses Seminars für das estländische Schulwesen ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, da seine Absolventen die Ansätze zu einem wirklich den Ansprüchen genügenden Lehrerstande darstellen. Es gereicht den zu den Aktionären gehörenden Gutsbesitzern zu hoher Ehre, hier unter Aufbietung großer materieller Opfer bahnbrechend vorgegangen zu sein, eine Tatsache, die speziell von Seiten der estnischen Geschichtsschreiber keineswegs genügend gewürdigt worden ist.

²¹⁹) A. d. E. G. G. Akte Nr. 385. A. v. Grünewaldt an den Gouv. Schuldir. Baron Rossillon. Orrisaar 8. VII. 1837. — A. A. d. E. G. G. Akte Nr. 3745. A. v. Grünewaldt an den Zivilgouv. v. Wendendorff. Orrisaar 8. XII. 1838.

²²⁰) A. A. d. E. G. G. Akte Nr. 3745. Zivilgouv. v. Wendendorff an den Generalgouv. v. d. Pahlen. Reval 4. XI. 1838 Nr. 4169.

²²¹) Neumann pg. 5; ERA 175. Bericht des Pastor Henning. St. Petri 6. XI. 1838 Nr. 126.

5. Die Schulreform der vierziger Jahre.

a. Tabellen über das Schulwesen 1840.

Der Behandlung dieser für das estländische Volksschulwesen so entscheidenden Jahre soll eine tabellarische Übersicht über das Schulwesen im Jahre 1840 vorausgeschickt werden. Die Angaben beruhen auf den Oktoberberichten, Lücken und Unklarheiten erklären sich durch die Verschiedenheit der Abfassung durch die betreffenden Pastoren. Trotz einer gewissen Unvollständigkeit scheint mir jedoch eine tabellarische Übersicht von Wert zu sein, wozu zu bemerken wäre, daß manche bestehenden Schulinrichtungen daselbst nicht eingetragen sein dürften, so daß hier und da das Bild eher zu Ungunsten der bestehenden Verhältnisse verzeichnet sein mag¹⁾.

Harrien.

Stp.	Feste Schulen	Schülerzahl	Sonntagschulen und Leseversammlungen	Amb. Lehrer	Barock. und höhere Rüsterschulen	Leseschulen und Prüfungen b. Rüster	Korrektionschulen
Regel			Sonntagschulen in allen Gebieten.	2			
Matthias-Kreuz			3 Sonntagschulen, 4 Leseversammlungen Padis, Pöllhüll, Leek, Pallas.			Leseschule beim Rüster zu Netwe.	
Wijn			Eine Sonntagschule. In allen Gebieten einmal wöch. Leseversammlungen.				

¹⁾ Das Material befindet sich: GNA I 469/13. A. C. 1840.

Np.	Feste Schulen	Schülerzahl	Sonntagschulen und Leseversammlungen	Ant. Lehrer	Paroch. und höhere Küsterschulen	Leseschulen u. Prüfungen beim Küster	Korrektionschulen
Saggers			In „mehreren“ Gebieten Leseversammlungen mit Vorwündern.			2 mal jährlich Leseprüfungen d. Küsters	
Kappel			Mit „einigen Wirten“ Leseversammlungen.	2			
Norden				2			Korr. Schule beim Küster, 4 Zöglinge, ohne Erfolg
Rosch	Orrenhof Paunküll	16 R. 5 R. 2 M.	1 Leseversamml. 1 mal wöch. zu Orrenhof.		Küsterschule 6 Zgl. lernen: Estn. u. Deutsch lesen und schreiben. Rechnen. Katechismus		
St. Johannis					Küsterschule 11 Zgl. lernen: Lesen, Schreiben, Katechismus.		
St. Jürgen				2			
Segeleht	Maart	7 R. 4 M.					
St. Michael							

Wierland.

Wesenberg	Schl. Wesenberg (wird 11. XI. 1840 eröffnet)	?	Leseübungen in Harriß einmal wöch.				1 Harriß
-----------	--	---	------------------------------------	--	--	--	----------

Stp.	Freie Schulen	Schüler- zahl	Sonntags- schulen und Leseversamm- lungen	And. Lehrer	Paroch. und höhere Kü- sterschulen	Lese- und Prüf- schulen und Prüfun- gen beim Kü- ster	Korrektions- schulen
Guljel			Prüfungen durch die Un- terkirchenvor- steher				Mehrere Korrektions- lehrer sind tätig
St. Katherinen	Uddrich Zömper	15 20	Alle 2—3 Wochen Lese- prüfungen durch Vor- münder und Bauern- gerichtsaffes- foren		Küsterschule Unterricht in Lesen, Schrei- ben, Rechnen		1) Guljel — ca. 30 R. 2) Fonal 3) Wönni- forb.
St. Marien	Vorkholm Ottentüll Wad Pöddrang (im Entste- hen)	24 32 45 ?	Sonntags- schulen: 2 in Vorkholm, 1 in Kersel Mehrere Le- seversamm- lungen				2)
Simonis	Rachfüll Laus Wenefer Amandus Rocht Gall Mehris Pattfer Münkenhof Piep	24 58 25 70 65 56 40 75 49 31	Sonntags- schulen in al- len Dorfschu- len, ferner in Lassinorm u. Koil		Parochial- schule beim Küster: 4 Zöglinge	Gesangstun- den beim Küster	
St. Jakobi						Leseprüfun- gen durch die Küster in St. Jakobi und Luddolin	1) Nul 30—40 Rdr. 2) Jnnis ca. 20 Rdr. 3) Sommer- husen ca. 10 Rdr.
Neue	St. Kuderis, Periser, Lurpfal, 2 Gebr. Kallina, Eichenbain, Compüb, Koch- tel, Gerides, Kiedel, Rag- gar, Mehtud, Magier, Sturina, Illuf, Büchhag- gi, Hauzier, Ubbe Jiaat.	641	Leseversamm- lungen der älteren Ju- gend bei den Schulmeistern 422 Teil- nehmer				

2) Wad: Schreib- und Leseunterricht. Vorkholm: gut ausgestattet, z. B. „Positiv“ für den Gesangunterricht.

Ort.	Feste Schulen	Schüler- zahl	Sonntags- schulen und Leseversamm- lungen	Am- b. Lehrer	Paroch. und höhere Kü- sterschulen	Leseschulen und Prüfun- gen beim Kü- ster	Korrektions- schulen
Luggenhufen	Gaathhof	ca. 50	Gaathhof mo- natliche Lese- prüfungen durch den Hof				
Maholm	Poll	ca. 30					
Bainara	Bainwara- Perjaß, Söttfüll	14 16					

Jerwen.

Weigenstein			Mehrere Sonntags- schulen, Lese- versammlun- gen und Lese- prüfungen durch den Pastor.				1. Merhof 5 Bgl. ^{a)}
Turgel	Allenfüll Kirna Lauwa Wäh Kollo Difo Piomeß Mehhkefüll	} 822		2?	Lehrer-Vor- bereitungs- anstalt beim Pastor		1. Ort unbe- kannt
St. Petri	Kobdasem Orrijaar Kufas Wick Pallo	} 111	Es finden Leseprüfun- gen statt.	1 unter Wick	Seminar zu Alexanderhof 12 Böglinge		
St. Matthäi			An 12 Orten Leseversamm- lungen, die auch als Korr.-Anstalt dienen.			Küster hält im Sommer Sonntags- schule unter Teilnahme d. Pastors. 44 Kinder	

^{a)} Zweimal jährlich Prüfungen durch die Vormünder.

Stp.	Feste Schulen	Schüler- zahl	Sonntags- schulen und Lesever- sammlungen.	Am- b. Lehrer	Paroch. und höhere Kü- sterschulen	Leseschulen und Prüfun- gen beim Kü- ster	Korrektions- schulen
Umpel	Rachamois Kerrafer Zendel Kurro Kuckofer Muddis Udentküll	94			fog. Glan- strömsche Parochial- schule 11 Zöglinge		1. Ort unbe- kannt 20 Kinder
St. Marien-Magdalenen	Arroküll Erwita Uddema-Kal- tenborn	14 23 19	Schulmeister halten Sonn- tagschulen und Leseprü- fungen		Parochial- schule beim Küster, 14 deutsche, 3 estnische Zöglinge		1. Ort unbe- kannt 7 Kinder
St. Johannis	Jürgensberg Kui Kardina Korps	12 18 20 16					*)

W i e d.

Merjana			Leseversamm- lungen mit Vormündern				In allen Ge- bieten Kor- rektionslehrer angestellt
Fidel	Alt-Fidel	62 Knab.	Sonntags- schule in Alt- Fidel		Küsterschule 40 Knaben		
Goldenebed			20 Gebiets- Leselehrer sind angestellt				Korrektions- schulen bei den Küstern zu Goldenbed und Bierfal
St. Michaelis			Leseprüfun- gen in allen Dörfern 373 Kinder				

*) Schule zu Friedheim wohl versehentlich nicht gemeldet!

Sp.	Beste Schulen	Schülerzahl	Sonntagschulen und Leseversammlungen	Amb. Lehrer	Paroch. und höhere Reifeerschulen	Lehrerschulen u. Prüfungen beim Ruster	Korrektionschulen
Leal-Kirrefer			Sonntagschulen: 2 Wannermois, 2 Geher 2 Lautel, 2 Klosterhof, 2 Restüll, 2 Pennijögg, 2 Rafargen 4 Schloß Leal Pastorat Leal				Korrektionschulen: 3 in Kirrefer 1 in Leal
Garufen	Wattel	?	Lehrübungen in Wattel beim Schulmeister	1			
Hanehi-Werpel							
Höthel	Wenden Wessfer Jesse	20 15 17	Sonntagschule in Berghof				
St. Martens	Groß-Ruhde Klein-Ruhde Gr.-Lechtigal Vogelfang Puttas Jesse Wessfer Schmes Martens-Past.	} ? 221					5)
Römal							4 Lehrer für Vernachlässigte angestellt
Rudö			Sonntagschulen: 6 Micholsh. 4 Rastlepp, Nömmüll, Schottances, Wirtas, Gutlepp, Nibb, Rastlepp, Pastorat Rudö				

5) Die einzelnen Schulen sind auf Grund verschiedener anderer Akten nachgewiesen.

App.	Beste Schulen	Schüler- zahl	Sonntags- schulen und Leseversamm- lungen	Am- b. Lehrer	Paroch. und höhere Kü- sterschulen	Leseschulen u. Prüfungen beim Küster	Korrektions- schulen
Rühmte			Sonntags- schulen in den meisten Dör- fern.				
Reinis	2 in Puttas 3 in Reinis- Pastorat	233 83	Sonntags- schulen: 4 Waimel (140 K) 3 Alhdma (84 K) Kasslar (17 K) Drjaß (16 K) 6 Emmaß (308 K) Emmaß auch Leseprüfun- gen durch die Wormünder				1 Korrek- tionschule in Waimel
Roids			Es finden Leseversamm- lungen und Prüfungen statt				Korrektions- schulen bei den Küstern zu Roids und Köppo
Worms							

b. Die Entstehung der ersten ritterschaftlichen Schulbehörden.

Wie bereits erwähnt, war der Glanströmsche Plan ausschließlich von kirchlichen Autoritäten beraten und dann zur Bestätigung durch die Vertreter der Staatsgewalt gebracht worden, wobei die ritterschaftliche Repräsentation völlig übergangen worden war. Der Ritterschaftshauptmann v. Patkul erfuhr dieses erst nachträglich und wandte sich daraufhin mit der Bitte um eine Abschrift des Entwurfs an das Konsistorium⁶⁾. Am 9. I. 1841 trug Patkul dann denselben dem ritterschaftlichen Ausschuss vor, wo der Plan auf starke Kritik stieß.

⁶⁾ GA. A 1 79. Mitt. Optm. v. Patkul an das Konsistorium. Nebal 17. IX. 1840 Nr. 433.

Die Versammlung stellte sich auf den Standpunkt, trotz der bereits erfolgten Bestätigung sei eine Reihe von Zusätzen nötig, speziell die Dotation der projektierten Schulen betreffend. Diese Frage hatte ja Glanström überhaupt nicht behandelt, sondern nur dahin formuliert, über Schulerrichtungen hätten sich die Kirchenvorsteher und Gutsverwaltungen zu einigen. Hieran nahm nun der Ausschuß mit vollem Recht Anstoß und beauftragte Patkul, sowie die Landräte v. Fock und v. Grünewaldt, den Plan zu prüfen, die entsprechenden Zusätze zu schaffen und höheren Ortes vorzustellen. Ferner wurde der Ritterschaftshauptmann beauftragt, die adligen Konsistorialassessoren dringend zu ersuchen, in solchen Fällen, wo durch neue Einrichtungen das Interesse des Adels tangiert sein könnte, rechtzeitig den Ritterschaftshauptmann zu orientieren⁷⁾. Dem Konsistorium wurde dieser Beschluß mitgeteilt und gleichzeitig das Bedauern der Ritterschaft darüber zum Ausdruck gebracht, daß der Entwurf ihr nicht früher vorgelegt worden sei⁸⁾.

So äußerte durch diesen Ausschußbeschluß die Ritterschaft das Bestreben, sich ebenfalls an der Regelung der Schulverhältnisse zu beteiligen und diese Dinge nicht ausschließlich der Landeskirche zu überlassen. Die Schulfrage wird nun mit der Agrarreform verquickt, welche gerade in diesen Jahren in ein neues Stadium zu treten begann. Es hatte sich erwiesen, daß durch die estländische Bauernverordnung von 1816 die materielle Existenz des Bauern auf eine zu unsichere Grundlage gestellt worden war: für das Prinzip der freien Kontrakte war er noch nicht reif, und die Bestimmungen über das erbliche Nutzungsrecht des Hofes waren ja gefallen. Anstatt seine Lage zu verbessern, bedeutete die Bauernverordnung von 1816 in wirtschaftlicher Beziehung direkt eine Schädigung des Bauernstandes, dem nun ohne die Schutzbestimmungen der Ruin drohte. So war die Notwendigkeit einer neuen gesetzlichen Regelung der bäuerlichen Verhältnisse immer klarer geworden. 1839 hatte der Landtag eine Kommission eingesetzt, welche aus Patkul, Landrat v. Fock-Saggad, Baron Rossillon-Ruil, Baron Taube-Terwakant, Baron Nerfkill-Guldenband-Münkenhof, Herrn v. Grünewaldt-Roik, Herrn v. Gernet-Neuenhof, Herrn v. Lilienfeld-Saage und Georg v. Brebern bestand⁹⁾. Von

⁷⁾ ERA. A I 80. Ausschuß-Protokoll 9. I. 1841.

⁸⁾ dto. Mitt. Sptm. v. Patkul an den Konsist. Präsid. R. G. v. Mahdell. Reval 11. II. 1841 Nr. 78.

⁹⁾ Gernet pg. 192; — ERA. 10 Konvolut „Bauerverhältnisse“

diesen Herren hatten Taube und Grünewaldt ihr Interesse für die Bildung des Volkes durch Beteiligung am Alexanderhoffschen Seminar als Aktionäre bewiesen, Fock hatte von seinem Gute Saggab zum ersten Coetus einen Zögling entsandt. Rossillon hatte als Gouvernements-Schuldirektor sowieso am Schulwesen Interesse, und vor allem traf dieses für Brevern zu. Dieser war durch seine Tätigkeit als livländischer Ritterschaftssekretär zur Überzeugung gelangt, daß in Estland unendlich viel weniger vonseiten der Ritterschaft als solcher für die Bauernschulen geschehen sei als in Livland. Diesen Eindruck hatte auf ihn das livländische Seminar für Volksschullehrer in Walf gemacht¹⁰⁾. So war es denn selbstverständlich, daß die Schulfrage auch in dieser Kommission zur Beratung gelangte.

In einem Antrag vom 18. iv. 1839 äußerte Baron Hefköll-Güldenband seine Ansichten über die Mißstände in der Lage des Bauernstandes und berührte dabei auch die Frage der bauerlichen Bildung, wobei er den „bildungslosen, rohen Zustand“ des Volkes und das daraus entspringende „Laster der Völlerei“ verurteilte. Als Grundlagen der Ausbildung des Bauern forderte er Erweckung eines religiösen Sinnes und moralischer Grundsätze, Erkenntnis der Notwendigkeit bürgerlicher Ordnungen und der eigenen staatsbürgerlichen Stellung. Ferner verlangte Hefköll Angewöhnung von Zucht und Arbeitsamkeit, überzeugt sein von den Vorzügen des Ackergewerbes und Anweisung eines Handwerks für die Wintermonate, eventuell Flachsverarbeitung. An eigentlichen Kenntnissen hätte die Schule seiner Ansicht nach Lesen, Schreiben und Rechnen mit den vier Spezies zu lehren und nützliche Volksschriften zu verbreiten. Die Sorge für die Bauernschulen, welche diese Prinzipien vertreten sollten, wollte Hefköll der Gutspolizei übertragen, welche ebenfalls darauf sehen sollte, „daß der Gemeinde die Mittel werden, die Jugend ihrer Bestimmung gemäß auszubilden“¹¹⁾. So schwebte Hefköll jedenfalls eine weitgehende Verpflichtung der Höfe zur Schulerrichtung vor, wenn er der Gutspolizei die Mittelbeschaffung auftrug. Woher diese Mittel aber kommen sollten, hat er nicht mit genügender Klarheit herausgearbeitet. Landrat v. Fock legte an die bestehenden Schulzustände unerbittliche Kritik an, wenn er ausführte, es sei mit ein Grund für die ungünstige Gestaltung der bauerlichen Verhältnisse, daß für die Erziehung und geistige Ausbildung wenig oder gar nichts getan worden sei. Hätten die Kinder von 7—10 Jahren einen gehörigen Hausunterricht und die von 10—14 einen ihren Verhältnissen angemessenen öffentlichen Schulunterricht, so würde das auf ihr übriges Leben einen wohlthätigen Einfluß ausüben. Die hinsichtlich der Erziehung der Bauernjugend bisher bestehenden Gesetze erscheinen Fock genügend, wenn sie nur in ihrem vollen Umfange zur Anwendung gelangten, was aber nicht der Fall sei, sondern nur in wenigen Bauerngemeinden vorliege. Schließlich stellt Fock fest, die Ritterschaft würde durch Drängen auf ernstere Betreibung des Bauernschul-

¹⁰⁾ Georg von Brevern, Meine Erinnerungen an die Anfänge der zweiten Agrarreform in Estland. pg. 9.

¹¹⁾ EMA. 10. Antrag Baron Hefköll-Güldenband an die Kommission. 18. iv. 1839.

wesens auf den einzelnen Gütern große zukünftige Erleichterungen im Verkehr zwischen Herr und Bauer vorbereiten¹²⁾). Baron Taube dagegen proponierte, im neuen Bauerngesetz die Gemeinden zu verpflichten, nach Kräften für den Unterricht der Jugend durch Anstellung von Schul- und Leselehrern zu sorgen, den Hausunterricht und die Erziehung durch die Vormünder zu beaufsichtigen und womöglich Gebietschulen anzulegen¹³⁾).

Als Resultat ihrer Arbeit legte die Kommission dem Januar-Landtag eine Reihe von Punkten vor, von denen der § 12 besagte: „Es soll die ernsteste Sorgfalt darauf verwandt werden, um eine den erkannten Bedürfnissen des Landvolkes angemessene Ausführung der Verordnungen über Einrichtung von Bauerschulen genügend zu sichern“. Dazu wurden Motive ausgearbeitet, wobei speziell Brevern sich aktiv betätigt hat.

Diese stellen fest, daß die moralisch-geistige Erziehung und Ausbildung der Bauern bisher große Vernachlässigung erfahren habe. Eine Schulbildung wie im Auslande sei in Estland unmöglich, denn überall müsse die Ausbildung der Intelligenz dem Standpunkt im späteren Leben angemessen bleiben, der beim Ackerbau unverrückbar sei. Es genüge aber nicht, daß der Bauer instinktiv seine Wirtschaft führe, das bloße Beispiel des Grundherrn sei nicht genug zu seiner Fortbildung, denn zum Nachahmen sei Einsicht nötig. Die Mehrzahl der jungen Bauern könne zwar lesen, aber meist rein mechanisch in Form des Auswendiglernens gewisser Kapitel. Das bilde jedoch weder Herz noch Geist und mache den Bauern weder intelligenter noch religiöser. Was man beim Esten Religiosität nenne, sei oft mehr fatalistische Lebensansicht, aus den Schicksalen des Volkes zwar erklärlich, jedoch ungenügend. Dadurch werde aber das Streben nach materieller Verbesserung gehemmt, dank welchem allein der wirtschaftliche Aufstieg möglich sei, der Gegenstand aller Wünsche für das Wohl der Esten. So genüge denn der bisherige Zustand nicht, sondern durchgreifende Sorgfalt bei der Einrichtung der Bauerschulen sei notwendig. Auch gegenwärtig fehlten zwar Verordnungen darüber nicht ganz, wohl aber der Ernst und Eifer in der Überwachung der Ausführung. Bildung ist laut Auffassung der Kommission das einzige Mittel, um den Bauern für die Stellung vorzubereiten, welche einzunehmen er bestimmt ist¹⁴⁾).

Man mag heute daran Anstoß nehmen, daß der Intelligenz-Standpunkt beim Bauern als unverrückbar bezeichnet oder das niedrige religiöse Niveau mit der Größe der Kirchspiele erklärt wird, wie das die Motive tun, wesentlich ist an den Motiven der daraus sprechende feste Wille, eine wirtschaftliche und kulturelle Emanzipation des estnischen Volkes herbeizuführen. — Gleichzeitig mit der Schulfrage behandelten die

¹²⁾ dto. Antrag Landrat v. Fock. 1841.

¹³⁾ dto. Antrag des O. Baron Taube. 1841.

¹⁴⁾ dto. Vorschläge der Kommission an den Landtag. I. 1842.

Vorschläge der Kommission eine ganze Reihe anderer Probleme. Der Landtag nahm zunächst nicht dazu Stellung, sondern setzte eine zweite Kommission aus 12 Landtagsgliedern ein, welche die Vorschläge beprüfen, näheres ausarbeiten und einem einzuberufenden außerordentlichen Landtag unterbreiten sollte. Die Glieder der ersten Kommission sollten an ihren Arbeiten teilnehmen, jedoch nur mit beratender Stimme¹⁵⁾. Über den Gang der Beratungen dieser Kommission über die Schulangelegenheit sind wir nicht näher orientiert, erhalten ist nur ein Antrag des Gliedes C. G. v. Maydell, welcher einige durchaus berechtigte und beachtenswerte Forderungen enthält.

Maydell stellt fest, daß die Gutsbesitzer auf guten Volksunterricht im Lesen, Schreiben und Kopfrechnen werden hinwirken müssen, wozu aber geeignete Lehrer und Bücher fehlen. Die Basis muß eine religiöse sein, was aber kein anderes nützliches Wissen ausschließe. Bisher seien in den Schulen nur religiöse Schriften gebraucht worden, wobei aber die Sprache von Bibel und Gesangbuch das kindliche Fassungsvermögen übersteige. Dadurch werde das Lesen zu einem mühsamen Auswendiglernen und gerate daher bald wieder in Vergessenheit. Verschiedene Schulbücher für die entsprechenden Altersstufen, geschrieben im Geist des Volkes, seien notwendig und müßten billig an die Schulen überlassen werden. Diese Schriften müßten Belehrungen über Land-, Vieh- und Hauswirtschaft, sowie einfache, in religiösem Sinne abgefaßte Erzählungen enthalten. Dadurch würde günstig auf die Moralität eingewirkt, nützliches Wissen verbreitet und die Lust zu weiterer Fortbildung angeregt werden. Die Ritterschaft möge veranlaßt werden, eine jährliche Summe für den Druck solcher Schriften auszuwerfen, die dann von den Volksschulen zu billigen Preisen gekauft werden müßten¹⁶⁾.

Im Herbst 1842 trat der außerordentliche Landtag zusammen, dem die Kommission ihre Vorschläge mit ausführlichen Motivierungen unterbreitete. Sie betonte dabei ebenfalls, wie die 1839 eingesetzte Kommission, daß die moralische und geistige Ausbildung des Bauernstandes bisher stark vernachlässigt worden sei. Es sei zu viel dem guten Willen des einzelnen Gutsherrn überlassen worden, zu wenig jedoch der Einwirkung der Ritterschaft als Gesamtheit. Von den gefaßten Bestimmungen sei nur wenig ins Leben getreten, und diese Wenige nicht durch die Ritterschaft als solche. Es sei Pflicht der Ritterschaft, für das Vorhandensein tüchtiger Lehrer zu sorgen, sowie dafür, daß überall nach Inhalt der Gesetze und Maßgabe der Verhältnisse Schulen errichtet würden. Damit aber die Begründung des Bauernschulwesens planmäßig erfolge und nicht vom guten Wil-

¹⁵⁾ ENA. II 1 81. Landtags-Protokoll 28. I. 1842.

¹⁶⁾ ENA. 10. Antrag C. G. v. Maydell. 1842.

len einzelner Gutsherren und Pastoren abhängen, müsse die Sorge sowie die Kontrolle darüber einer besonderen ritterschaftlichen Behörde übertragen werden. Die Kommission stellt folgende konkrete Propositionen: 1) Zur Ausführung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften wird die oberste Aufsicht und Leitung einer Oberschulbehörde anvertraut, die aus den Oberkirchenvorstehern und dem Generalsuperintendenten besteht. 2) Es werden Kreis Schulbehörden errichtet, bestehend aus dem Oberkirchenvorsteher, zwei adligen und zwei geistlichen Assessoren. 3) Die Kanzleikosten dieser Behörden übernimmt die Ritterschaft. 4) In jedem Kreise und auf Dagö soll eine Muster-Parochialschule errichtet werden, wobei das bei der Kreditkasse deponierte Kapital als Beihilfe dienen soll. 5) Die Schulbehörde berichtet jährlich an den ritterschaftlichen Ausschuss¹⁷⁾. Diese Vorschläge sehen also eine weitgehende Beteiligung der Ritterschaft an der Schulverwaltung vor. Während bisher dieselbe vorwiegend Sache der Landeskirche gewesen war, sollte sich nun das Schwergewicht stark zu Gunsten der Ritterschaft verschieben, wobei sie allerdings durchaus eine Mitarbeit der Kirche wünschte. Aber schon die Verteilung der Sitze in den geplanten Schulbehörden zeigt, daß es sich im wesentlichen um ritterschaftliche Institutionen handeln sollte. Diese Tatsache brachte eine Reihe von Vorurteilen mit sich. Vor allem materieller Natur, indem nun auf eine größere Beihilfe des Gutbesitzerstandes gerechnet werden konnte, wo er mit Ansprüchen auf eine so weitgehende Leitung der Schulverwaltung auftrat. Und daneben mußten bei Annahme der Vorschläge weit mehr Aussichten für eine gesunde Säkularisation des Schulunterrichts bestehen, indem entgegen dem Glatströmschen Plan neben dem Lesen und dem stark dominierenden Religionsunterricht gerade in Kreisen der Ritterschaft auch Schreiben, Rechnen und praktische Kenntnisse verlangt wurden. Diese Dinge wurden von der Geistlichkeit, abgesehen von gewissen Ausnahmen, nicht prinzipiell abgelehnt, aber für sie hatte naturgemäß die religiöse Erziehung des Volkes ein besonderes Interesse. Dagegen versprach die Beteiligung einer weltlichen Macht ein gesundes Gegengewicht zu bilden, da für sie die alte Auffassung der Volksschule als Vorbereitung zur Konfirmation nicht existierte. Der

¹⁷⁾ GNA. A I 81. Anträge der Kommission [im Protokollbuch der Ritterschaft von 1842, pg. 559 ff]. — Es ist nicht ganz klar, was für ein Kapital in der Kreditkasse gemeint ist. Bekanntlich war dort eine für das Stadelbergische Seminar gesammelte Summe eingezahlt worden. Vielleicht sollte die jetzt verwandt werden.

Landtag schloß sich den Vorschlägen in vollem Maße an und bestätigte die fünf Punkte. Somit trat die Oberschulbehörde in Tätigkeit, und zwar unter dem Vorsitz des Landrats F. v. Krusenstjern¹⁸⁾. Ferner gehörten dazu die Oberkirchenvorsteher v. Baranoff (Terwen), v. Fock (Wierland) und v. Patkul (Wied) sowie der Generalsuperintendent Rein.

Die Bauernkommission hatte ferner einige Bestimmungen über das Verhältniß der Bauerngemeinden zur Volksschule ausgearbeitet, die ebenfalls vom Landtage angenommen wurden¹⁹⁾. § 13 derselben bestimmte, daß die Bauerngemeinde nach Kräften für den Jugendunterricht durch Anstellung von Schul- und Leselehrern zu sorgen habe. Durch die Kirchenvormünder beaufsichtigt sie den Hausunterricht und die häusliche Erziehung und ist zur Anlage von Gebietsschulen verbunden. Ferner wurde festgestellt, daß die Gemeinde die Unkosten der Anlage der Schulen, sowie der Lehrerbefoldung zu tragen habe²⁰⁾. Diese Punkte besagen nichts grundsätzlich Neues, sondern stellen eine Wiederholung der Bauernverordnung dar, welche ja bereits 1816 die Schulerichtung zu einer Pflicht der Bauerngemeinde gemacht hatte. Aber kaum eine Bauerngemeinde war bisher derselben nachgekommen, und es war auch kein Druck in dieser Richtung ausgeübt worden, sondern die vorhandenen Schulen beruhten fast alle auf Gründungen durch Gutsbesitzer, welche sie auch unterhielten oder anderweitig förderten. Die Bauerngemeinden selbst waren für die Erhaltung von Schulen viel zu unbemittelt, so daß zunächst allenfalls von einer Beteiligung derselben die Rede sein konnte. Auch in den folgenden Jahrzehnten sind die Unkosten der Schulen überwiegend durch die Gutsbesitzer getragen worden, während die Beteiligung der Bauernschaft nur langsam zunehmen konnte. So ist diese letzte Verfügung praktisch bedeutungslos. Es besteht ja auch ein gewisser Gegensatz zu der in den Motiven geäußerten Ansicht, die Ritterschaft müsse die Schulsache ernsthaft in die Hand nehmen, da die Initiative einzelner Gutsbesitzer nicht genüge.

Im Dezember nahm der Ausschuß die Wahlen der Glieder der Kreisschulkommission vor. Gleichzeitig wurde die Oberschulkommission beauftragt, der nächsten Ausschußsitzung nähere Vorschläge betr. Leitung und Einrichtung des Bauernschulwe-

¹⁸⁾ ERM. A 1 81. Landtags-Protokoll 14. IX. 1842.

¹⁹⁾ dto. Landtags-Protokoll 16. IX. 1842.

²⁰⁾ ERM. 10. Vorschläge der Bauernkommission.

senß zu machen²¹⁾. Dazu sollten die entsprechenden Paragraphen des Bauerngesetzbuches und die vom Landtage gefaßten Beschlüsse als Grundlage genommen werden²²⁾.

c. Die Tätigkeit der neuen Schulbehörden bis zur Sistierung derselben auf dem Landtage 1845.

Über die Sitzungen der Oberschulkommission sind keine Protokolle erhalten, so daß die Einzelheiten ihrer Verhandlungen unbekannt sind. Sie gelangte zur Ansicht, daß zur Aufstellung allgemein gültiger Regeln in Estland noch zu wenig Erfahrungen gemacht worden seien und die livländischen Erfahrungen nicht angewandt werden könnten. Daher beschloß sie, nur auf der Basis allgemeiner Grundsätze einen Plan zu entwerfen. Sie sah von ins einzelne gehenden Vorschriften ab und fixierte nur, wie das Errichten und Wirken der Schulen zu regeln sei, wobei sie aber die Hauptsache dem guten Willen und Eifer der am Bauernschulwesen Beteiligten zu überlassen beschloß; ihrer Ansicht nach würden Ritterschaft und Prediger sicher das Ihrige tun, um diesen Erwartungen gerecht zu werden²³⁾.

In diesem Sinne äußerte sich die Oberschulkommission bei der Übersendung des ausgearbeiteten Projektes an die Ritterschaft.

Gleich im ersten Punkt wurde eine Auffassung ausgesprochen, welche die bisher so verbreitete Leseschule als ungenügend ablehnte: es wurde bestimmt, daß die Schulen außer der Kenntnis des Lesens auch die des Schreibens und Rechnens verbreiten und zur Bildung zukünftiger Ackerbauer und Hauswirte wirken sollten. Der Bauer soll sich aber nicht nach über seinen Stand hinausgehenden Kenntnissen freuen. Bei der Aufnahme in die Schule sollten Vorkenntnisse im Lesen Bedingung sein, auf diese Weise würde der Hausunterricht erhalten bleiben. Jedoch sei auf die allgemeine Einführung von Gutschulen hinzuwirken. Diese Schulen sollten den Bauern nicht materiell belasten, sondern kostenlos sein. Als Vorbilder und Versuchsobjekte für Methode und Lehrgegenstände der zukünftigen Gutschulen sollen zu errichtende *M u f t e r - P a r o c h i a l s c h u l e n* dienen, welche gleichzeitig Lehrer ausbilden sollen. Daher sollten sie zwei Abteilungen enthalten: eine mit dem Programm der Gutschulen und die zweite für die Lehrerausbildung, mit einem Lehrgang von zwei plus ein Jahren. In der ersten Abteilung sind als Fächer Katechismus, Gesang, Lesen, Schreiben und Rechnen, speziell Kopfrechnen als Übung des Denkvermögens, vorgesehen. Das Programm der zweiten Abteilung enthält ferner erweiterten

²¹⁾ EMN. A I 81. Ausschuß-Protokoll 16. XII. 1842.

²²⁾ dto. Ritt. Optm. v. Lilienfeld an Landrat v. Krusenstjern. Reval 19. XII. 1842 Nr. 766.

²³⁾ EMN. A II 113. Landrat J. v. Krusenstjern an den Ritt. Optm. v. Lilienfeld. Reval 27. II. 1843.

Rechenunterricht, Schreiben nach Diktat, Wiedererzählung und Methodik. Nebenbei sollen die Schüler unbedingt landwirtschaftlich beschäftigt werden. Die Vorarbeiten zur Errichtung der Musterparochialschulen sind von den Kreisschulkommissionen zu leisten und die Pläne über die Oberschulkommission dem ritterschaftlichen Ausschuß einzureichen; die Tätigkeit dieser Anstalten soll spätestens im Herbst 1844 beginnen. Die Kosten ihrer Einrichtung übernimmt die Ritterschaft; das Schulgeld soll so angesetzt werden, daß es gerade die laufenden Ausgaben deckt. Die spezielle Leitung der Musterparochialschulen haben die Pastoren der Kirchspiele, in welchen sie errichtet werden, diese sollen gleichzeitig geistliche Assessoren der Kreisschulkommissionen sein. $\frac{1}{8}$ der in jedem Kirchspiel notwendigen Lehrer soll jährlich in die Musterparochialschulen gesandt werden, von den Bauerngemeinden mit Deputat versehen; das Schulgeld trägt der betreffende Gutsbesitzer. Letzterer kann in seiner Gutsgemeinde das Schulwesen beliebig einrichten, muß nur dafür sorgen, daß in den eingangs genannten Fächern Unterricht erteilt wird. Der Gutsbesitzer hat den Lehrer zu unterhalten und das Schullokal, resp. das Material dazu anzuweisen, was die Kreisschulkommission kontrolliert. Zum nächsten Winter nach Bestätigung des Planes sollen die Schulen in Tätigkeit treten. Spätestens vom vierzehnten Jahre an muß jeder Knabe zwei Jahre lang die Schule besuchen. Der Unterricht findet in den Abendstunden statt, so daß die Kinder zu Hause schlafen und essen, sowie ihre Tagesarbeit tun können. Die Direktion der Gemeindeschulen (im Plan „Gutschulen“ genannt) steht dem Gutsherrn zu, er darf jedoch nur solche Personen als Lehrer anstellen, die der Direktor der Musterparochialschule als dazu befähigt attestiert hat. Es folgen Bestimmungen über die Zusammenfassung der Schulbehörden, entsprechend den Landtagsbeschlüssen, nur daß zur Oberschulkommission noch der Ritterschaftshauptmann und ein Sekretär hinzugenommen werden sollen²⁴⁾.

Dieser Plan legt die Kosten des Schulwesens vorwiegend den Gutsbesitzern auf, wenn er sie verpflichtet, das Lokal anzuweisen und den Lehrer zu unterhalten; das bedeutet aber den größten Teil der Unkosten, den die Schulen überhaupt mit sich bringen. Insofern widerspricht er der Bauernverordnung von 1816; er stellt ja auch ausdrücklich fest, daß der Bauer durch die Schulen nicht belastet werden solle. Diese Lasten soll also der Gutsbesitzerstand freiwillig übernehmen. Während bei der speziellen Leitung der Schulen in den einzelnen Kirchspielen den Pastoren ihre alte Stellung verbleiben soll, ist in der obersten Zentralbehörde die Geistlichkeit nur mit einem Sitz vertreten, so daß hier die ausschlaggebende Rolle der Ritterschaft zufällt. Was die übrigen Bestimmungen anlangt, so können diese als durchaus glücklich und zweckentsprechend bezeichnet werden, besonders auch die für die Knaben vorgesehene Form des obligatorischen Schulbesuchs. Schwierigkeiten mußten allerdings in praxi bei der Verlegung des Unterrichts auf die Abendstunden entstehen.

²⁴⁾ ENH. 175. Plan zur Errichtung und Leitung des Bauer-Schulwesens. 1843.

Am 12. März 1843 legte der Ritterschaftshauptmann v. Lilienfeld den Plan dem Ausschuß vor. Dieser beschloß, zunächst noch nicht Stellung zu nehmen, sondern ein nochmaliges Gutachten der Oberkirchenvorsteher und der adligen Assessoren der Kreisschulkommissionen einzuholen²⁵⁾. Von diesen wurden einige mehr oder weniger unwesentliche Ausstellungen gemacht. So wünschten sie, die Zöglinge der Musterparochialschulen nach Beendigung ihres Lehrganges auf mindestens neun Jahre zu Lehrertätigkeit zu verpflichten, sprachen sich gegen die enthaltenen speziellen Bestimmungen über die Unterrichtszeit und die Ferienzeit, mithin auch die Verlegung der Schule auf die Abendstunden, aus und wollten endlich der Kreisschulkommission das Recht der Entlassung von Lehrern zubilligen. Mit diesen Amendements, die den Plan nur wenig veränderten, wurde dieser dann vom Ausschuß angenommen. Die Oberkirchenvorsteher wurden ersucht, die Kreisschulkommissionen zu versammeln und den Plan in Wirksamkeit treten zu lassen²⁶⁾. — Gleichzeitig mit der Beratung der Schulangelegenheiten in Reval wurden dieselben im Zusammenhang mit den damals laufenden Agrarverhandlungen auch in St. Petersburg behandelt. Dort wurde 1842 ein Komitee für Agrarsachen eingerichtet, in welches die estländische Ritterschaft den Ritterschaftshauptmann v. Lilienfeld und O. v. Grünewaldt-Roß delegierte. Auf einem Memoire derselben basierend, stellte das Komitee eine Reihe von Punkten auf, in welchen sub § 6 auch eine Vermehrung und Verbesserung der Bauernschulen in Estland gefordert wurde. Diese Punkte fanden die Bewilligung des Ostseekomitees und auch des Zaren und mögen ebenfalls günstig auf die ritterschaftlichen Verhandlungen eingewirkt haben²⁷⁾.

Über die 1843 einsetzende Tätigkeit der Kreisschulkommissionen sind wir verhältnismäßig gut orientiert, bis auf die der Wied., über welche wir kaum mehr Material besitzen. Dort trat bald ein Personenwechsel ein, da der Oberkirchenvorsteher v. Patkul sein Amt niederlegte; zu seinem Nachfolger wurde 1844 Landrat v. Baggohufwudt vom Landtage gewählt²⁸⁾.

Die Harriſche Kreisschulkommission eröffnete ihre Tätigkeit mit einer Sitzung am 21. V. 1843, auf der zunächst eine Debatte über den Zweck der Schulen entstand. Dazu führte Pastor Fick aus, der Unterricht selbst sei weniger wichtig, viel wesentlicher wäre die Erziehung der

²⁵⁾ GNA. II 1 82. Ausschuß-Protokoll 12. III. 1843.

²⁶⁾ do. Ausschuß-Protokoll 15. III. 1843.

²⁷⁾ Gernet pg. 204—206.

²⁸⁾ GNA. II 1 83. Landtags-Protokoll 1. III. 1844.

Bauern zu Menschen und speziell zu ihrem Fach. Daher seien Erziehungsanstalten für den verwahrlosten Teil der Jugend besonders wichtig und würden auch die Bauernschaft mehr interessieren, wogegen Unrecht im Schreiben und Rechnen diese nur auf einen Aufstieg über ihren Stand hinaus hoffen lassen würde. Gegen diese Anschauungen regte sich berechtigter Widerspruch, und es wurde gerade eine Erweiterung des Lehrstoffes als vorhandenes Bedürfnis hingestellt. Wenn erst Schreiben und Rechnen Allgemeingut geworden sein würden, würde auch niemand mehr dadurch aus seinem Stande heraustreten. Zunächst dachte die Kommission daran, die Musterparochialschule zu Regel unter Leitung von Pastor Jick zu errichten, wobei die Zöglinge auch Landwirtschaft und Handwerk treiben sollten. Man plante, die Arbeitskraft der Zöglinge an den Hof Rumna zu verpachten und vom Erlös die Schule zu unterhalten. Aber bereits auf der Sitzung am 29. VI. 1843 war dieser Gedanke fallen gelassen, und es wurde über eine eventuelle Errichtung in Haggerß diskutiert. Man beschloß, die Unkosten der Schule auf die Haken zu repartieren, die Kosten der zu errichtenden Gebäude veranschlagte man auf 200 Rbl. Die Leitung sollte Pastor Koch übernehmen, die Schülerzahl sollte nicht 12 übersteigen, da für eine größere Zahl die Baulichkeiten fehlten. Gegen diesen Plan sprach sich jedoch die Oberschulkommission aus, speziell da sie eine größere Zahl von Zöglingen wünschte und auch Haggerß als Ort für ungeeignet hielt. Schließlich versprach Landrat v. Lilienfeld, die Schule auf seinem Gute Sidlecht zu errichten, wobei Pastor Haller in Kappel die Direktion übernehmen wollte. Lilienfeld erklärte sich bereit, das Herrenhaus von Sidlecht zur Unterbringung von 30—40 Zöglingen abzutreten, eventuell außerdem noch ein Nebengebäude als Lehrerwohnung, dieselben einzurichten, das Inventar zu geben und die notwendigen Remonten zu machen. Dazu wollte er Gartenplätze, Ställe und Viehfutter geben, auch für eine vereinbarende Summe die Ökonomie der Schule und die Unterweisung der Zöglinge in allen für den Bauern wichtigen Arbeiten übernehmen. Dafür wünschte er jedoch von der Ritterschaft einen Kredit von 2000 Rbl. für den Aufbau eines notwendig werdenden Hauses und die Verfügung über die Schüler in deren freier Zeit zu landwirtschaftlichen Arbeiten. Er war bereit, die Schule am 1. Mai 1844 mit zunächst 14 Zöglingen zu eröffnen. Lilienfeld arbeitete sogar einen ausführlichen Lehrplan aus, der die genaue Tageseinteilung enthielt²⁹⁾. Zu diesen beiden Möglich-

²⁹⁾ *GH. A. II.* 113. Landrat v. Krusenstjern an den Ausschuß. Reval 21. x. 1843; — *GH. A.* 175. Protokolle der Harrischen Kreis-Schulkommission 21. v. 29. vi., 6. ix., 10. ix., 16. ix. 1843.

keiten hatte nun der Ausschuß Stellung zu nehmen. Gegen Lilienfelds Vorschläge waren in der Kommission schließlich auch Bedenken erwacht, und man neigte wieder dem Hagger'schen Plane zu oder wollte die Errichtung am liebsten bis zur Auffindung eines geeigneten Direktors und Pachtung eines passenden Besitzes vertagen³⁰⁾.

In Wierland bestand die bereits früher erwähnte Parochialschule zu St. Simonis, welche unter der Leitung des sehr tüchtigen Rüstlers Normann gute Erfolge erzielte. Daher beschloß die wierländische Kreisschulkommission, dieselbe zur Musterparochialschule auszubauen und die Direktion Pastor Paucker zu übertragen. Die notwendigen Gebäude sollten beim Rüstlerat aufgeführt werden, die Kosten derselben wurden mit 3000 Rbl. veranschlagt. Man rechnete, die Schule mit einem jährlichen Aufwand von 300 Rbl. unterhalten zu können, über deren Aufbringung man zunächst keine Entscheidungen traf. Ferner plante die Kommission, vom Besitzer des nahe gelegenen Gutes Uwan-
duß, Herrn v. Schwebß, Gefinde zu pachten, auf welchen sich die Zöglinge körperlich betätigen sollten. Aus dem Ertrag der Wirtschaft derselben sollte dann ein Teil der Kosten gedeckt werden³¹⁾.

Die Terwische Kreisschulkommission konstituierte sich am 25. V. 1843 und scheint gleich eine rege Tätigkeit aufgenommen zu haben. Zu Beginn ihrer Arbeit forderte sie Materialien über das Schulwesen der einzelnen Kirchspiele von den Kirchenvorstehern an, stieß aber hierbei auf Opposition, da Pastor Henning-St. Petri der Kommission seine Mitwirkung verweigerte. Ebenso lehnte der Kirchenvorsteher von St. Marien-Magdalenen die Einsendung von Schulberichten vor Empfang des Schulstatuts ab, da er daraus vorher seine Pflichten kennen zu lernen wünschte. Die Kommission mußte ihn auf das Ungeziemende seines Verhaltens aufmerksam machen. — Über die Errichtung der Musterparochialschule legte Pastor Gebhardt ein Projekt vor, und zwar wollte er diese in Friedheim bei St. Johannis eröffnen, wo er selbst schon vor einer Reihe von Jahren ein ähnliches Institut gegründet hatte. Zunächst sollten 15 Zöglinge aufgenommen werden und zwei Jahre in der unteren sowie ein Jahr in der oberen Klasse verbringen. Nach der ersten Versetzung sollten Neuaufnahmen stattfinden, und zwar so lange, bis die 96 Güter Terwens versorgt wären, also bis jedes Gut eine Schule hätte. Später wurde aber festgestellt, daß eine so große Zahl von

³⁰⁾ ERM 175. Protokoll der Hagger'schen Kreisschulkommission 20. x. 1843.

³¹⁾ ERM. A II 113. Landrat v. Krusenstjern an den Ausschuß. Reval 21. x. 1843.

Lehrern nicht mehr notwendig sei, da ein Teil der Lehrer bereits vorhanden war und auch aus Alexanderhof noch die Entlassung von Absolventen zu erwarten stand, so daß Gebhardt glaubte, drei Coeten zu je zwölf Zöglingen würden genügen, um Terwen in neun Jahren mit den nötigen Lehrern zu versorgen. Er glaubte, die Erträge der Friedheim'schen Ländereien und kleine Beiträge der Güter würden ausreichen, um die Anstalt zu erhalten, jedenfalls dürften die Bauernschaften nicht zu Zahlungen herangezogen werden. Außer den Anlagekosten rechnete Gebhardt mit einem Jahresbudget von ca. 1850 Rbl., wovon 350 Rbl. durch Arbeiten der Zöglinge fortfallen würden. Die 1500 Rbl. seien dann auf die Güter zu repartieren, was ca. 1½ Rbl. pro Haken ausmachen würde. Die Ländereien wollte Gebhardt nebst Garten und vier Rügen zur Verfügung stellen, dafür sollten die Zöglinge kostenlos sein Pastoratsland beackern³²⁾. Da 1843 in Terwen bereits 36 Schulen bestanden, war hier eine verhältnismäßig leichte Aufgabe zu lösen.

Für die Wieck war der großen Ausdehnung wegen die Errichtung von zwei Musterparochialschulen beschlossen worden, eine für die Land- und eine für die Insularwieck. Die Anstalt für die Landwieck sollte in Zeddefer errichtet werden und unter der Direktion von Pastor Harten-Fidel stehen, die Leitung sollte der bewährte Fidelsche Schullehrer Bernhard Gildenmann übernehmen. Baron Uexküll-Walk, in Vollmacht der Besitzerin von Zeddefer, erklärte sich bereit, Gebäude für mindestens 50 Zöglinge kostenlos zur Verfügung zu stellen und beanspruchte nur eine einmalige Zahlung von 300 Rbl. für die Instandsetzung, wollte auch das notwendige Inventar anschaffen und die Erhaltung der Schule für 270 Rbl. jährlich übernehmen. Zunächst sollten 30 Zöglinge aufgenommen werden und jährlich weitere 10. Die zweite Musterparochialschule beschloß die Wiecksche Kreisschulkommission auf dem Gute des Grafen de la Gardie, Berghof, zu eröffnen, da auf Dagö eine Errichtung nicht in Frage kam. Gebäude wollte der Graf ebenfalls kostenlos überlassen und gegen Rechnung in Stand setzen, so daß Platz für 60 Schüler geschaffen wäre, für die Erhaltung der Anstalt stellte er dieselben Bedingungen wie Baron Uexküll. Ein Lehrer war bereits in Aussicht genommen, die Direktion sollte Pastor Hoerschelmann in Röthel übernehmen. Die jährliche Barzahlung von je 270 Rbl. beschloß die Kommission auf die Haken zu repartieren.

³²⁾ GRA. 175. Protokolle der Terwischen Kreisschulkommission 25. v. u. 28. VII. 1843; Verzeichnis der bei derselben eingegangenen Schreiben und Schulplan des Pastor Gebhardt für Friedheim.

Diese vier Vorschläge wurden in der Oberschulkommission gesammelt, um der Ritterschaft zur Stellungnahme vorgelegt zu werden; von den beiden Möglichkeiten in Harrien befürwortete sie Sicklecht. Dazu machte die Oberschulkommission ihrerseits dem Ausschuß eine Reihe von Vorschlägen. Und zwar wünschte sie in Abänderung der Beschlüsse des letzten Landtags keine besonderen Kreisschulbehörden bestehen zu lassen, sondern das Schulwesen als solches den Oberkirchenvorsteherämtern zu übergeben und denselben zu diesem Zweck neue Glieder beizuordnen. Das bedeutete praktisch eine Vereinfachung durch die vorzunehmende Fusion, wobei der Personenbestand der Kommission derselbe bleiben sollte: an der Spitze also ebenfalls ein Oberkirchenvorsteher, ihm zugeordnet weltliche und geistliche Assessoren. Ferner wurde festgestellt, diese Assessoren genügten nicht für eine wirklich aktive Tätigkeit, sondern jedes Kirchspiel müsse in der Schulbehörde vertreten sein. Daher wurde der Ausschuß gebeten, auf drei Jahre diese weiteren Assessoren zu ernennen³³⁾.

Auf diese Vorschläge hin erachtete der Ausschuß es für zweckmäßig, die Oberschulbehörde des Kreises mit den Oberkirchenvorsteherämtern zu verbinden und diesen dazu zwei Prediger und einen adligen Assessor beizuordnen. Diese Behörde sollte also das Schulwesen beaufsichtigen und fördern. Über die Musterparochialschulen wurde bestimmt, daß die Ritterschaft die Kosten der Errichtung und ersten Einrichtung tragen sollte, die Kreisschulkommissionen wurden bevollmächtigt, die laufenden Kosten durch ein Schulgeld zu decken oder auf die Haken zu repartieren. Wenn es sich dabei um aus der Ökonomie der Schule entstehende Kosten handelte, so sollte die Repartition sich auf die Güter mit fehlenden oder ungenügenden Schuleinrichtungen beschränken. Sollte irgendwo ein Schulgeld erhoben werden, so hatten die Gutsverwaltungen dieses auszuliegen und konnten es später von den Gemeinden einfassieren. Jeder auf Kosten einer Gutsverwaltung Ausgebildete wurde verpflichtet, nachher zwölf Jahre lang das Lehramt zu bekleiden. Was die einzelnen Pläne in den Kreisen anlangt, so wurden dieselben angenommen, von den beiden harriischen Projekten entschied der Ausschuß sich für das in Sicklecht³⁴⁾. Die Wahl der adligen Assessoren, welche ebenfalls im Prinzip beschlossen wurde, wurde zunächst vertagt und erst auf der Aus-

³³⁾ GNA. II 113. Landrat v. Krusenstjern an den Ausschuß. Reval 21. x. 1843.

³⁴⁾ GNA. I 82. Ausschuß-Protokoll 22. x. 1843.

Schlußfassung am 14. Januar 1844 vorgenommen³⁵⁾). Praktisch konnte sich aus diesen Beschlüssen eine Verschiebung zu Ungunsten des Bauernstandes ergeben, wenn wirklich eine Repartition von Schulgeld auf die Gemeinden vorgenommen wurde, was seinerzeit nicht vorgesehen war, sonst bedeutete das Hinzuziehen von Kirchspielvertretern fraglos eine Verbesserung.

Die einzelnen Kreisschulkommissionen in Form der erweiterten Oberkirchenvorsteherämter setzten nun ihre Tätigkeit fort, jedoch ist diese heute nur noch zum Teil zu verfolgen.

In Harrien erhielt Herr v. Lilienfeld den für die Errichtung der Musterparochialschule gewünschten ritterschaftlichen Vorchuß von 2000 Rbl., die Eröffnung konnte aber zunächst nicht erfolgen, da kein geeigneter Lehrer gefunden worden war³⁶⁾). Dann ergaben sich Schwierigkeiten bei der Stellung von Zöglingen durch die einzelnen Güter. So hatte der Assessor für das Kirchspiel Rusal, A. v. Klugen, vorgeschlagen, auf dem Konvent durch Vereinbarung oder das Los zu bestimmen, welches Gut einen Schüler nach Siedlecht zu entsenden habe, dieser Vorschlag wurde jedoch vom Konvent mit der Motivierung abgelehnt, keines seiner Glieder könne persönlich besteuert werden³⁷⁾). Auch in Rosch ergaben sich gewisse Schwierigkeiten, als ein Konvent zum gleichen Zweck einberufen wurde und feststellen sollte, welche Güter sich eventuell zu Schulgründungen vereinigen könnten. Die ganze Schulsache wurde dort vom Konvent einstimmig vertagt, um festzustellen, auf welcher Grundlage diese „neue Besteuerung“ eigentlich bestehe³⁸⁾). Überhaupt scheinen sich in Harrien stärkere Widerstände gezeigt zu haben, so daß die Errichtung nicht von der Stelle kam.

Größere Schwierigkeiten ergaben sich auch in Wierland. Da scheinbar die Gebäude in St. Simonis nicht genügten, wurde mit Herrn v. Schwebs verhandelt, der bereit war, die Schule auf Alwands'schem Grunde zu errichten. Dieser stellte jedoch einen Kostenanschlag auf, welcher sich auf 17.761 Rbl. belief, so daß der Oberkirchenvorsteher v. Fock sich genötigt sah, bei der ritterschaftlichen Vertretung anzufragen, ob unter diesen Bedingungen der Bau überhaupt be-

³⁵⁾ EM. A I 83. Ausschuß-Protokoll 14. I 1844.

³⁶⁾ EM. A I 84. Bericht des Ritt. Optm. v. Lilienfeld an den Landtag 1845.

³⁷⁾ EM. 175. A. v. Klugen an das Harrische Oberkirchenvorsteher-Amt. 13. IX. 1844.

³⁸⁾ EM. A III 1. C. Zoega v. Manteuffel an das Harrische Oberkirchenvorsteher-Amt. Neu Harm 30. VIII. 1844.

werkstelligt werden solle³⁹⁾. Der Ausschuß konnte auf so hohe Kosten nicht eingehen und beauftragte Fock, mit Herrn v. Schwebß wegen Überlassung des Uwandus'schen Kruges als Schullokal in Verhandlung zu treten, da dessen Schließung gerade bevorstand⁴⁰⁾. Daraufhin erklärte jedoch Schwebß, zu dieser Abtretung nicht in der Lage zu sein, äußerte aber seine Bereitschaft, den größten Teil der Materialien für einen Neubau anzuführen, um dem drückenden Mangel seiner Bauern abzuhelpen⁴¹⁾. Da aber auch dieser Weg nicht gangbar zu sein schien, wandte sich der Ritterschaftshauptmann v. Lilienfeld an die Zermische Kreis Schulbehörde mit dem Vorschlag, eine Vereinigung mit Alexanderhof oder Friedheim vorzunehmen und dort wierländische Zöglinge aufzunehmen, wobei Wierland natürlich finanziell mit belastet werden müßte⁴²⁾.

Die Kreis Schulbehörde in Zermwen scheint eine sehr aktive Tätigkeit entfaltet zu haben, wohl zum großen Teil dank dem Interesse von Pastor Gebhardt. Sie machte sich daran, die Qualität der bestehenden Schulen zu untersuchen, und stellte eine Liste derjenigen auf, welche den Ansprüchen genügten; alle Gutbesitzer, welche nicht über solche Schulen verfügten, sollten sich für Zöglinge in Friedheim melden. Wo geeignete Lehrer vorhanden waren, aber die Schulen fehlten, sollten die betreffenden Höfe durch die Kirchspielsdelegierten zu sofortiger Eröffnung von Schulen aufgefordert werden⁴³⁾. Für die Qualität der Schulen hatte die Oberschulkommission gewisse Richtlinien aufgestellt, indem sie bestimmte, daß nur solche als genügend anzusehen seien, wo alle Bauernknaben der Gemeinde nach vorausgegangenem Hausunterricht vom vierzehnten bis zum sechzehnten Lebensjahre von Martini bis vierzehn Tage vor Ostern kostenlos Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen empfangen. Bei Neugründungen wurde den Gutbesitzern vorgeschrieben, das Schullokal und das nötige Heizmaterial anzuweisen⁴⁴⁾. Auch in Zermwen blieben gewisse Schwierigkeiten nicht aus, so reagierten in Umpel die Höfe nicht auf eine Anfrage in Schulsachen⁴⁵⁾. Für die Einrichtung von Friedheim wurde

³⁹⁾ GM. A II 113. Landrat v. Fock an den Ritt. Hptm. v. Lilienfeld. Saggab 13. XI. 1843.

⁴⁰⁾ GM. A I 83. Ausschuß-Protokoll 14. I. 1844.

⁴¹⁾ GM. A III. 1. Th. v. Schwebß an Landrat v. Fock. Eichenhain 3. II. 1844.

⁴²⁾ GM. 175. Ritt. Hptm. v. Lilienfeld an das Zermische Oberkirchenvorsteheramt als Kreis Schulbehörde. Reval 15. III. 1844 Nr. 209.

⁴³⁾ dto. Protokoll der Zermischen Kreis Schulbehörde. 5. V. 1844.

⁴⁴⁾ dto. Reskript der Zermischen Kreis Schulbehörde 15. V. 1844.

⁴⁵⁾ dto. Schreiben des M. v. Fock. Rarkus 20. VII. 1844.

ein ausführlicher Kostenanschlag aufgestellt, der sich für das Jahr 1844/45 auf 237 Rbl. belief, welche Summe durch das Schulgeld (je 20 Rbl.) und die Barablösung des Deputats gedeckt war. Den Mietzins für die Ländereien gedachte man durch die Landarbeit zu bestreiten. So fehlte nur noch die Summe von 50 Rbl. für notwendige Instandsetzungsarbeiten und 150 Rbl. für Mobiliaranschaffung, welche man als ritterschaftliche Subvention erbat⁴⁶⁾. Diese Summe wurde auch anstandslos durch den ritterschaftlichen Ausschuß bewilligt⁴⁷⁾. So schien denn alles zur Eröffnung bereit zu sein, da traten andere Schwierigkeiten ein: der in Aussicht genommene Lehrer Schwellle erwies sich als unfähig und mußte vorher selbst ausgebildet werden⁴⁸⁾. Und nur wenige Güter erklärten sich zur Stellung von Zöglingen bereit, wie Herr v. Harpe-Raulep, Baron Stadelberg-Kaltenbrunn und Baron Wrede-Sitz, welche übrigens selbst Glieder der Kommission waren und daher wohl ein besonderes Interesse an der Anstalt hatten. Dagegen erklärten sich in Ampel alle Güter dagegen, freiwillig Schüler nach Friedheim zu geben, ebenso in St. Petri und Turgel. Ein Teil derselben hatte Zöglinge in Alexanderhof, andere waren mit Autodidakten versorgt und der Rest vermutlich überhaupt uninteressiert und nicht bereit, ohne einen starken Druck sich zu beteiligen, im einzelnen sind die Gründe unklar⁴⁹⁾. Diese Umstände waren geeignet, die Eröffnung des Seminars überhaupt in Frage zu stellen. Zur Frage der Aufnahme wierländischer Zöglinge hatte sich Pastor Gebhardt dahin geäußert, die Räume in Friedheim seien zu eng und müßten unter bedeutenden Kosten erweitert werden, wodurch sich die Eröffnung verzögern würde. Deshalb befürwortete er eine Vereinigung der Wierländer mit Alexanderhof⁵⁰⁾. Daraufhin lehnte die Zerwsche Kreisschulkommission die Aufnahme von Wierländern in Friedheim ab⁵¹⁾.

Gleichzeitig mit der Anfrage wegen Friedheim hatte sich Lilienfeld auch an den Vorsitzenden der Alexanderhof'schen Gesellschaft,

⁴⁶⁾ dto. Zerwsche Kreisschulbehörde an die Oberschulkommission. Bremerfeld 24. v. 1844 Nr. 41.

⁴⁷⁾ dto. Ritt. Öptm. v. Lilienfeld an die Oberschulkommission. Neval 7. ix. 1844 Nr. 454.

⁴⁸⁾ dto. Schreiben des Pastor Pauder. St. Simonis 11. v. u. 22. vii. 1844.

⁴⁹⁾ dto. Vgl. die Antworten der betr. Kirchspiele in den Papieren der Zerwschen Kreisschulbehörde.

⁵⁰⁾ dto. Pastor Gebhardt an die Zerwsche Kreisschulbehörde. St. Johannis i. J. 15. iv. 1844.

⁵¹⁾ GM. N. III 1. Landrat Chr. v. Baranoff an den Ritt. Öptm. v. Lilienfeld. Bremerfeld 18. v. 1844 Nr. 40.

A. v. Grünewaldt-Orrisaar, gewandt, ihm die entstandenen Schwierigkeiten Wierlands schildert und um die Mitteilung der Bedingungen für die Aufnahme von Wierländern in Alexanderhof gebeten⁵²⁾. Die Gesellschaft erklärte sich im Prinzip für einverstanden, allerdings nur bis zum Jahre 1853, da dann die Urrende ablief, für 700 Rbl. jährlich 20 Personen aufzunehmen. Ferner beanspruchte sie eine einmalige Bewilligung von 1000 Rbl. zur Erweiterung und Einrichtung der in ihrer gegenwärtigen Gestalt in diesem Falle unzureichenden Räume. Die Verwaltung der Anstalt behielt sich die Gesellschaft vor, war aber bereit, sie Revisionen durch die wierländische Kreisschulkommission zu unterwerfen⁵³⁾. Nun gelangte die Frage der Vereinigung vor dem Ausschuß zur Beratung, der auf alle gestellten Bedingungen einging, die geforderten Summen bewilligte und bis 1853 die Verpflichtung als bestehend anerkannte, 700 Rbl. jährlich zu zahlen⁵⁴⁾. Der Ritterschaftshauptmann bat nun Herrn v. Grünewaldt, direkt mit Wierland über das Nähere zu verhandeln, und erklärte den Bestand Alexanderhofs auch über 1853 hinaus für dringend notwendig, ja er erbot sich sogar, eventuell direkt mit dem Grafen Toll als Besitzer des Landes wegen Verlängerung der Urrende in Verhandlung zu treten⁵⁵⁾.

Über die Tätigkeit in der Wied bestehen, wie schon erwähnt, die meisten Unklarheiten. Dort sind jedoch praktisch die größten Erfolge erzielt worden, da die Musterparochialschule in Sedeser, wenn auch mit einer sehr kleinen Schülerzahl, tatsächlich 1844 ins Leben trat, wozu auch speziell der Ritterschaftssekretär v. Peek, der ein reges Interesse an der Schulsache nahm, geraten hatte⁵⁶⁾. In Baron Boris Uexküll hatte die Schulkommission der Wied ein besonders eifriges und schon vorher durch seine Tätigkeit für die Bildung der Fickelschen Bauern hoch verdientes Glied erhalten. Der Dank für seine Wahl, welchen Uexküll dem Ritterschaftshauptmann abstattete, beleuchtet seine Einstellung: „Ew. Excellenz Reskript, daß

⁵²⁾ GNA. A I 83. Ritt. Optm. v. Lilienfeld an A. v. Grünewaldt. Neval 15. III. 1844 Nr. 210.

⁵³⁾ GNA. A III 1. A. v. Grünewaldt an den Ritt. Optm. v. Lilienfeld. Neval 1. VII. 1844.

⁵⁴⁾ GNA. A I 83. Ausschuß-Protokoll 4. IX. 1844.

⁵⁵⁾ dto. Ritt. Optm. v. Lilienfeld an A. v. Grünewaldt. Neval 7. IX. 1844 Nr. 453.

⁵⁶⁾ R. A. Wigala. Bd. 17. Ritt. Sekr. v. Peek an Baron B. Uexküll. Neval 3. II. 1845.

meine Ernennung zum Mitgliede der Wied'schen Bauer Schul Kommission enthält, beehrt & erfreut mich sehr & erfüllt mich mit Dank gegen die Herren Glieder des Ausschusses. Ich werde mich dieses Vertrauens würdig zu beweisen suchen & dem neuen Amte so viel & gut es meine leidenden Augen gestatten, mit Pflichttreue & Liebe vorstehen, um so mehr, da ich mich des lebendigen Interesses für die Entwicklung der Bauer Jugend bewußt bin & einige Erfahrungen im Schulwesen bereits sammelte⁵⁷⁾. Größere Schwierigkeiten ergaben sich im Zusammenhang mit der Berghoff'schen Musterparochialschule. Als die Frage der Entsendung von Zöglingen dorthin auf dem Kirchspielskonvent zu Nuckö zur Sprache kam, legten Baron Rosen-Lückholm, Baron Taube-Rickholz und Herr v. Knorring-Paschlep Protest ein und erklärten, die Schulgesetze bezögen sich nicht auf die Schweden, diese seien bereits durch Befehl Kaiser Alexanders I. eximiert worden. Der auf diesen Gütern vorhandene Unterricht genüge für die Schweden, und deshalb seien dort keine Neuerungen notwendig, auch wegen des scharenweisen Entlaufens der Bauern aus Nuckö nach Schweden. Der Ortspastor Carlblom dagegen hielt diesen Protest für sehr nachtheilig, wegen der zunehmenden Verschlechterung des Hausunterrichts und der geringen Leistungen der Sonntagslehrer⁵⁸⁾. Dieser Protest wurde zur Kenntniß des Ausschusses gebracht, welcher den Ritterschaftshauptmann von Lilienfeld beauftragte, ihn als den 1842 gefaßten Landtagsbeschlüssen widersprechend und somit laut Landtagsordnung unstatthaft abzulehnen⁵⁹⁾. Die Wied'sche Kreisshulkommission verlangte nun vom Kirchspiel Nuckö die Entsendung von zwei Zöglingen nach Berghof. Daraufhin wandten sich J. v. Knorring und Baron G. Taube an den Ritterschaftshauptmann mit dem Gesuch, den Gütern Paschlep, Rickholz, Nömmküll, Lückholm und Sutlep die Entsendung von Zöglingen nach Berghof zu erlassen und ihnen zu gestatten, zusammen mit den Gütern des Kirchspiels Worms eine besondere Musterschule für die Schweden zu errichten. Die Kosten sollten von den genannten Gütern gemeinsam getragen werden, dafür suchten sie um Befreiung von der Repartition für Berghof nach⁶⁰⁾. Die Forderung, für das

⁵⁷⁾ GNA. A III 1. Baron B. Ueffüll an den Ritt. Sptm. v. Lilienfeld. Schloß Fiedel 26. I. 1844.

⁵⁸⁾ GNA. 175. Abschrift des Protokolls des Kirchenkonvents zu Nuckö. 8. v. 1844.

⁵⁹⁾ dto. Ritt. Sptm. v. Lilienfeld an die Oberschulkommission. Reval 12. ix. 1844 Nr. 482.

⁶⁰⁾ dto. J. v. Knorring u. G. Baron Taube an den Ritt. Sptm. v. Lilienfeld. Reval 20. I. 1845.

Schulwesen der Schweden eine besondere Regelung zu treffen, war an sich durchaus berechtigt. Da dort der Unterricht in einer anderen Sprache vor sich ging und auch die bürgerlichen Rechtsverhältnisse anders lagen, war es nur natürlich, wenn auch die Lehrervorbildung in der schwedischen Muttersprache erfolgte. Es bedeutet gewiß auch ein weitgehendes Entgegenkommen, wenn diese wenigen Güter sich zur Übernahme der Kosten bereit erklärten. Die Entscheidung über diese Frage fiel im Rahmen der gesamten Neuordnung der Angelegenheit der Musterparochialschulen auf dem Landtag 1845 und ist nicht mehr Gegenstand einer besonderen Behandlung gewesen. Das Seminar für die Schweden ist dann in einer späteren Zeit, als einem dringenden Bedürfnis entsprechend, tatsächlich ins Leben getreten. Auch zu Bergshof war die Musterparochialschule noch nicht eingerichtet, als der Landtag in Januar 1845 zusammentrat. Die verschiedenen Strömungen in der Einstellung zur Schulfrage sind heute nicht mehr genau erkennbar, es scheint aber, daß die in der Praxis entstandenen Schwierigkeiten und eine gewisse Unlust zur Übernahme der Kosten bei einem Teil der Landtagsglieder das Bestreben wachgerufen haben, die 1842 übernommenen Verpflichtungen aufzuheben und auf die Errichtung der Musterparochialschulen zu verzichten. Das hätte also ein völliges Zurückweichen von der eben erst aufgenommenen Schulreform bedeutet. Zunächst gelangte die ganze Angelegenheit vor der Kreisdeputiertenkammer zur Verhandlung, und zwar wurden speziell ihre großen Kosten und die Schwierigkeit, Schüler zu finden, besprochen. Die Kreisdeputierten nahmen eine zu den Landtagsbeschlüssen von 1842 ablehnende Stellung ein. Herr v. Lilienfeld-Saage erklärte, er trete vor seinem Kontrakt betreffend Sidleht zurück, sei bereit, die Anstalt nicht zu gründen und den von der Ritterschaft dafür erhaltenen Vorschuß von 2000 Rbl. zurückzuzahlen. Schließlich wurde beschlossen, der Landtagsrezeß von 1842 liege eben noch beim Generalgouverneur zwecks Bestätigung und könne daher jetzt nicht abgeändert werden, ebenso wenig bestehe aber daher äußerer Zwang, auf seine strenge Durchführung zu dringen. Die Kreisschulkommissionen, die ja nur Modifikationen der Oberkirchenvorsteherämter darstellten, sollten ungestört in ihrer Befugnis bleiben, die Oberschulkommission auch ferner das ganze Schulwesen überwachen. Eben aber sollten alle Kräfte auf eine der projektierten Parochialschulen gewandt werden, wozu ein Rukatorium aus drei ritterschaftlichen Gliedern niederzusetzen sei, welches unter Aufsicht der Oberschulkommission diese Schule errichten und lei-

ten solle⁶¹⁾. Dieser Beschluß drohte also das begonnene Werk von Grund auf zu zerstören und bedeutete inhaltlich die Aufhebung der Beschlüsse von 1842, die eben formell nicht möglich war. Da legte sich Baron Boris Uexküll ins Mittel und wandte sich mit einer eindrucksvollen Schrift an den neuen Ritterschaftshauptmann v. Effen. Er ermahnte die Ritterschaft, ihren Vorfällen treu zu bleiben, und selbst mit Kosten Schulen und Seminare zu gründen, da dadurch am besten eine gute Beeinflussung des Volkes möglich sei. Die Seminare (d. h. die Musterparochialschulen) seien dringend notwendig, fielen sie, so fielen auch das Groß der Gutschulen, was ein unberechenbarer Schaden für das Land wäre. Es wäre doch für die Ritterschaft die größte Satisfaktion, sagen zu können, sie habe es mit Menschen zu tun, welche gut unterrichtet und dadurch wohlhabender und glücklicher seien. Daher trägt Uexküll an, die entworfenen Statuten zu revidieren, wenn notwendig Ersparnisse eintreten zu lassen und dann das ganze Werk zu realisieren, wobei es jedem Gutsbesitzer überlassen werden soll, sich mit dem Pastor und der Gutsgemeinde über den Modus der Schuleinrichtung zu einigen. Schließlich bittet er für Pastor Harten und sich um die Ehre, die Errichtung von Seddefers übernehmen zu dürfen, wobei er sich zur Bestreitung aller besonderen Ausgaben bereit erklärt⁶²⁾. Dieses Schreiben verfehlte nicht, einen starken Eindruck auf die Ritterschaft zu machen, so daß die Kreisdeputierten eine nochmalige Beratung vornahmen. Zu ihren ersten Beschlüssen nahmen sie nunmehr gewisse Zusätze an. Es wurde festgestellt, schlechte Ernten hätten es den Bauern unmöglich gemacht, aus eigenen Mitteln etwas für die Schulen zu tun, und die ganze Last den Gutsbesitzern aufzubürden wäre unbillig. Daher sollten die Beschlüsse von 1842 bestehen bleiben, aber eben nicht durchgeführt werden. Dadurch kämen die eingesetzten Schulkommissionen in Fortfall, und der Landtag hätte an ihrer Stelle ein Kuratorium zu wählen, welches sich mit allen Bauernschulsachen zu beschäftigen hätte. Sobald eine Gelegenheit zur Realisierung der Landtagsbeschlüsse von 1842 vorhanden sei, solle das durch das Kuratorium dem ritterschaftlichen Ausschuß unterbreitet werden. Ferner proponierten die Kreisdeputierten, die Seddefersche Musterparochialschule, da sie bereits ins Leben getreten, bestehen zu lassen, und zwar auf Kosten des ganzen Landes, bei einem jährlichen Zu-

⁶¹⁾ MA. A 1 84. Protokoll der Kreisdeputiertenkammer 28. I. 1845.

⁶²⁾ MA. 175. Baron B. Uexküll an den Mitt. Gptm. v. Effen. Neval 28. I. 1845.

schuß von 250 Rbl. aus der Ritterkasse. In dieser neuen Form wurde dann der Antrag der Kreisdeputierten von allen Kreisen einstimmig angekommen. Darauf schritt der Landtag zur Wahl des Bauernschulschulrektors, welche auf Landrat Baron Ungern-Moistfer, Baron E. Uexküll-Walk und Mannrichter von Essen-Soinitz fiel; diesen wurde auch die Beaufsichtigung von Zeddefer übergeben⁶³⁾. Diese Beschlüsse, welche in dieser gemilderten Form in erster Linie dem Eintreten von Baron Boris Uexküll zu verdanken sind, bezeichnet der Ritterschaftssekretär von Peek als einen „kleinen Schlaf“, den man habe eintreten lassen, ohne irgend etwas aufzuheben. Peek hatte ja seinerzeit geraten, die Musterparochialschulen möglichst schnell zu realisieren. Nun schreibt er: „wären die anderen Kreise diesem Rat gefolgt, so stünden jetzt alle Schulen“ Er will sich mit Pastor Garten darüber vereinbaren, wie die Sache (wohl speziell in Zeddefer) jetzt einzurichten sei, um Ehre einzulegen⁶⁴⁾. Trotz dieser Abmilderung bedeuten jedoch die Beschlüsse von 1845 im Gang der Legislation auf dem Gebiet der Bauernschulen einen erheblichen Rückschritt. Die Oberschulkommission war nunmehr aufgelöst, und nur die Oberkirchenvorsteherämter behielten ihre Befugnisse, welche sie schon früher besaßen; die Assessoren aus den einzelnen Kirchspielen kamen nun natürlich in Fortfall. Die Musterparochialschulen in Siedlecht, Friedheim und Berghof blieben unerichtet; ob die mit Alexanderhof getroffene Vereinbarung über Aufnahme wienländischer Zöglinge praktisch durchgeführt worden ist, läßt sich heute dank dem Fehlen des Alexanderhofschen Archivs nicht mehr feststellen. So war denn praktisch nur Zeddefer übriggeblieben, das zwar den Namen einer Musterparochialschule trug, dabei aber eine ähnliche Tätigkeit wie das Alexanderhofsche Seminar entfaltete. Natürlich konnte hier lange nicht eine so große Anzahl von Zöglingen untergebracht werden, wie es bei der Errichtung aller fünf Institute der Fall gewesen wäre. Dadurch ist die Entwicklung und Vermehrung eines genügend vorgebildeten Lehrstandes bedeutend verlangsamt worden.

Die Zeddefersche Schule wurde jedoch eifrig gefördert. Der Ritterschaftshauptmann v. Essen leitete Schritte ein, um von der Baronin Uexküll, geb. Gräfin Sievers, der Besitzerin von Zeddefer, die Einwilligung zur Einrichtung einer Anstalt für ganz Estland

⁶³⁾ CHA. A I 84. Landtags-Protokoll 2. II. 1845.

⁶⁴⁾ R. A. Bigala. Bd. Nr. 17. Ritt. Sefr. v. Peek an Baron B. Uexküll. Reval 3. II. 1845.

in ihren Gebäuden, welche sie für die Wiedische Musterparochialschule gegeben hatte, zu erlangen⁶⁵). Diese Genehmigung wurde ohne weiteres erteilt⁶⁶). Die Gebäude wurden in Stand gesetzt, und unter der Leitung von B. Gildenmann wurde Gutes geleistet. Besonders Pastor Harten betätigte sich sehr eifrig, um der Anstalt größere Ausdehnung zu geben. Dieselbe war für 40 Zöglinge vorgesehen, zunächst befanden sich jedoch in ihr nur 6, gestellt von den Gütern Alt-Fidell, Heimar, Nurmß, Sipp und Parmel. Diese geringe Frequenz beunruhigte das Bauernschulkuratorium, und es beschloß, den Ausschuß zu veranlassen, über Vermehrung der Schülerzahl Verfügungen zu treffen, da sonst das Eingehen der ganzen Anstalt zu befürchten war⁶⁷). Der Ausschuß sprach sich gegen Zwangsmaßregeln aus, da diese nicht zeitgemäß seien. Wohl aber wurde beschlossen, die Gutßbesitzer durch ein Zirkulär aufzufordern, Zöglinge nach Bedefer zu schicken, und ihnen die Dringlichkeit der Sache klar zu machen, damit der Landtagsbeschluß durchgeführt werden könne und die Resultate auch den Kosten entsprächen. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, die Gutsherren müßten ihr Möglichstes für die Bildung ihrer Bauern tun, besonders da von der im Bauerngesetzbuch vorgeschriebenen Zahl von Schulgründungen eigentlich noch nichts erfüllt sei⁶⁸). In diesem Sinne erfolgte daraufhin ein ritterschaftliches Zirkulär an die Hofenrichter⁶⁹). Zunächst blieb es jedoch anscheinend bei einem Coetus von sechs Zöglingen, welcher 1847 seinen Lehrgang beendete⁷⁰).

b. Die ritterschaftliche Schulgesetzgebung 1845—1849.

Der auf dem Gebiet der Legislative eingetretene Stillstand war jedoch nur von kurzer Dauer. Wie erwähnt, waren auch in St. Petersburg Verhandlungen über Bauernangelegenheiten gepflogen worden, wobei eine Reihe von Punkten die Genehmigung des Ostseekomitees und am 9. VI. 1846 auch des Zaren fanden. Unter diesen Punkten

⁶⁵) *ERN.* II 1 84. Ritt. Optm. v. Essen an den Kreismarschall Baron Uexfüll. Rebal 20. IV. 1845 Nr. 373.

⁶⁶) *ERN.* 175. Baron D. F. Uexfüll an den Ritt. Optm. v. Essen. Reblas 14. v. 1845.

⁶⁷) *ERN.* II 1 84. Protokoll des Bauernschul-Kuratoriums. 9. IX. 1845.

⁶⁸) *dto.* Ausschuß-Protokoll 12. IX. 1845.

⁶⁹) *dto.* Zirkulär an die Hofenrichter. Rebal 14. IX. 1845 Nr. 818—828.

⁷⁰) *ERN.* II III 10. Pastor Harten an den Ritt. Optm. v. Essen. Fidell 2. x. 1847.

war auch eine Vermehrung und Verbesserung des Bauernschulwesens vorgesehen. Der außerordentliche September-Landtag 1846 setzte daraufhin eine Kommission ein, welche die Punkte bearbeiten und der ritterschaftlichen Repräsentation Vorschläge zu ihrer Realisierung unterbreiten sollte⁷¹⁾. Unter den Kommissionsgliedern befanden sich eine Reihe von Personen, welche ein reges Interesse für Schulangelegenheiten durch die Tat bewiesen hatten, zwei von ihnen, die Barone Ungern und Uexküll, waren auch Glieder des Bauernschulkuratoriums. Der Schwerpunkt der Beratungen der Kommission bezog sich zwar auf andere Fragen, wie vor allem die Trennung von Hof- und Bauernland, aber auch die Schulsache gelangte zur Diskussion.

An die Kommission lief eine Reihe von Anträgen ein, welche geeignet sind, die innerhalb des Adels vertretenen Anschauungen zu beleuchten. In einem geradezu reaktionären Sinne äußert sich in einer Denkschrift der selbst nicht zur Kommission gehörende C. v. Vietinghoff-Seidel. Er stellt darin fest, daß jeder Efte ohne Ausnahme lesen lerne und gute Kenntnisse in der Religion habe, was vor allem das Verdienst der Geistlichkeit sei, welche mit großer Gewissenhaftigkeit auf den Hausunterricht achte. Diesen hält Vietinghoff für den geeigneten Weg zu wahrer Humanität, der auch bei den nordischen Völkern beschritten worden sei. Allerlei Laster bleiben so dem Volk fern, es habe helle Begriffe von Gott und seiner einstigen Bestimmung. Man solle sich hüten, durch Schulerrichtungen den Hausunterricht zu verlieren und das junge Gemüt auf höhere Erkenntnisse und größeren Lebensgenuß aufmerksam zu machen, ohne ihm die Mittel zur Erreichung derselben in die Hand geben zu können. Die Volksschulen Deutschlands und Frankreichs hätten der Sittlichkeit geschadet, auch gebe es dort trotz der Schulen viele Analphabeten. Vietinghoff hält nur „Agrarschulen“ für geeignet, wohin die Gemeinden ihre bildungsfähigen Subjekte hinschicken sollen. Das würde die Bauern wohlhabender machen und später ganz von selbst zur Errichtung von Schulen führen⁷²⁾. Landrat v. Lilienfeld schlägt vor, bei den Beschlüssen von 1845 zu bleiben, da er befürchtet, die Errichtung von Bauernschulen würde von der Regierung zur Durchführung propagandistischer Tendenzen benutzt werden, die Schüler würden sicher in die Hände der orthodoxen Geistlichkeit fallen und das Land nur die Kosten der Erziehung der jungen Generation zu eifrigen Griechen tragen müssen. Diese Befürchtung entsprang fraglos der Kenntnis der Vorgänge in Livland, wo die Konversionsbewegung das Schulwesen schwer zu erschüttern drohte. Ferner sieht Lilienfeld in der Opposition der Bauern gegen die Schule und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit von Zwangsmaßnahmen schwer zu überwindende Hindernisse⁷³⁾. Landrat Baron Uexküll-Güldenband äußert eine wesentlich reformfreundlichere Auffassung. Er meint zwar auch, für das Schulwesen könne zunächst nichts Definitives geschehen, da in der Regel bei einem ungebildeten Volk die Kultur nur mit der Wohl-

⁷¹⁾ Gernet pg. 206—207.

⁷²⁾ *ENM.* A III 9. Denkschrift des C. v. Vietinghoff. Seidel 14. x. 1846.

⁷³⁾ *dto.* Eingabe Landrat D. v. Lilienfeld. 12. xi. 1846.

habenheit steige, den Esten aber eine ihrem Kulturstande vorausgeeilte Bauernverfassung erteilt worden sei. Trotzdem erscheint ihm aber eine Erweiterung des bestehenden Schulunterrichts unerlässlich. Er hält es eventuell für zweckmäßig, die Bauerngemeinden zum Unterhalt der Schulen heranzuziehen und damit den Eigennutz des Volkes als Hebel zu benutzen. Die Schulen sollen vor allem zu strenger Zucht, Ordnung und Unterwerfung unter die Vorgesetzten aus eigener Mitte erziehen⁷⁴⁾. Uexküll liegt es vor allem daran, das Volk so weit zu heben, daß es zu einer b ä u e r l i c h e n S e l b s t v e r w a l t u n g fähig wird. Dieses Ziel äußert er in einem zweiten gleichzeitigen Schriftstück: solange das Volk nicht zu einer solchen Bildungsstufe emporgehoben werde, daß es zu einer autonomen Verwaltung seiner eigenen Gemeinangelegenheiten befähigt sei, so lange könnten Erweiterungen seiner Rechte nur zu immer größerer Indolenz und gesteigerter Ungebundenheit anregen und dem Volk nur schaden. Äußere Mittel allein genügten da aber nicht, denn die Schulen würden vom Volk ohne Zwang nicht besucht werden. Vor allem müßte die innere Notwendigkeit einer solchen Volksbildung geschaffen werden; notwendig seien aber gemeinsame materielle Interessen und Pflichten der Gemeindeglieder. Der Bauer müsse die Früchte seines Fleißes voll genießen können, daher stellt Uexküll zum Schluß die Forderung nach gesicherter Bodennutzung⁷⁵⁾. Landrat Baron Schilling schließlich spricht sich dafür aus, die Landtagsbeschlüsse von 1842, jedoch mit einigen Modifikationen, zur Anwendung zu bringen⁷⁶⁾.

Jedenfalls erlangten im Laufe der Verhandlungen die Verfechter der Schulreform die Oberhand, und die Kommission kam zum Schluß, der § 88 der Bauernverordnung sei zu realisieren. In Estland sollten zwei Seminare errichtet werden, wozu man die zu Alexanderhof und Seddefer bestehenden zu benutzen beschloß. Die Verbindung eines kleinen landwirtschaftlichen Betriebes mit denselben wurde für wünschenswert erkannt, die Kosten der Einrichtung und des Unterhalts sollte die Ritterschaft tragen. Die Schülerbeschaffung sollte Sorge der die spezielle Aufsicht führenden Personen sein, nötigenfalls sollten sie auch Schüler requirieren dürfen. Die Höchstzahl der Zöglinge eines Seminars wurde auf 20 festgesetzt. Ferner beschloß die Kommission die Wiedereinsetzung einer O b e r s c h u l k o m m i s s i o n, bestehend aus den Oberkirchenvorstehern, dem Generalsuperintendenten und Ritterschaftssekretären. Für jedes Seminar sollte diese dann eine besondere ritterschaftliche Aufsichtsperson ernennen. Der § 88 des Bauerngesetzbuches wurde insofern verändert, als die Kommission die Güter mit mehr als 300 Seelen zur Anlage einer Schule verpflichten wollte; das Schulland sollte auf der Quote angewiesen werden⁷⁷⁾. Dieser letzte Beschluß wurde

⁷⁴⁾ dto. Eingabe Landrat Baron Uexküll=Güldenband. 13. XI. 1846.

⁷⁵⁾ A. Koigi. Schrift des Landrats Baron Uexküll=Güldenband. 1846.

⁷⁶⁾ EMA. A III 9. Eingabe Landrat Baron Schilling. Reval 10. XI. 1846.

⁷⁷⁾ EMA. A I 85. Protokoll der Kommission zur Beratung von Bauernangelegenheiten 12. XI. 1846; EMA. A III 9. „Systematische Zusammenfassung der bis zum 27. XI. 1846 gefaßten Beschlüsse“

nachher dahin abgeändert, daß zur Schuldotation nötigenfalls auch Bauernpachtland herangezogen werden durfte ⁷⁸⁾). Die Kreisdeputiertenkammer nahm die gemachten Vorschläge an. Nun hatte der Landtag darüber zu entscheiden. Schwierigkeiten machte nur im Harrischen Kreise die Frage der Übernahme der Beföstigung, welche der Kreis ebenfalls, wie anfangs die Kreisdeputierten, den Gemeinden aufzuerlegen wünschte; die übrigen Kreise sprachen sich aber dagegen aus und so wurde beschlossen, auch hiermit die Ritterkasse zu belasten. Die übrigen Punkte des Kommissionsvorschlages nahm der Landtag am 17. IV 1847 unverändert an ⁷⁹⁾). Im Mai wurden die Landtagsbeschlüsse in Bauernsachen der Staatsregierung zur Bestätigung unterbreitet, bis zu deren Einlaufen man von der Neukonstituierung der Oberschulkommission absah. Zu diesen Beschlüssen gab der estländische Gouverneur J. v. Grünwaldt ein sehr günstiges Sentiment ab, indem er die Vermehrung der Bauernschulen für eine nützliche Maßnahme erklärte und der Hoffnung Ausdruck gab, es möchte dadurch auch bei den Bauern selbst der Wunsch angeregt werden, hierzu beizutragen. Zunächst bezeichnete er sie aber als hierfür zu unentwickelt und meinte, es werde der Oberschulkommission zur Pflicht gemacht werden müssen, aufmerksam darauf zu achten, daß diese Schulen auch den nötigen Unterhalt fänden ⁸⁰⁾). Die Landtagsbeschlüsse stießen aber auf Widerstand in St. Petersburg, der Generalgouverneur Golowin und das Ostseekomitee erklärten sie für unbefriedigend, und es erfolgte ein zarischer Reskript, welches der Ritterschaft die Vornahme von erforderlichen Ergänzungen und Veränderungen vorschrieb. Diese Ablehnung dürfte sich im übrigen kaum auf die Punkte über das Schulwesen bezogen haben, sondern auf reine Agrarfragen. So mußte denn der außerordentliche Landtag von 1848 eine neue Kommission wählen. Diese Kommission sollte nun ein neues Bauerngesetzbuch ausarbeiten ⁸¹⁾). Das Schulwesen betreffend stellte sie Paragraphen auf, welche den Landtagsbeschlüssen von 1847 sehr nahe kamen. Einige neue Punkte kamen hinzu: so sollten zur lokalen Aufsicht durch die einzelnen Konvente Kirchspielschulrevidenten gewählt werden. In der Motivierung wurde festgestellt,

⁷⁸⁾ *EM. A III 9.* Beschlüsse der Kommission zur Beratung von Bauernangelegenheiten. Fassung von 1847.

⁷⁹⁾ *EM. A I 86.* Protokolle der Kreisdeputiertenkammer 21. II. u. 16. IV. 1847; Landtags-Protokoll 17. IV. 1847.

⁸⁰⁾ *A. A. d. E. Z. G. Akte Nr. 6036.* Sentiment des Gouv. v. Grünwaldt zu den Landtagsbeschlüssen von 1847.

⁸¹⁾ *Gernet* pg. 219—221.

die Ritterschaft erkenne, daß die Förderung des Schulwesens das beste Mittel sei, um den Bauern zum Vollgenuß seiner Rechte zu erziehen; daher habe sich die Ritterschaft schon lange dieser Frage gewidmet, und es brauchten nur die entsprechenden Landtagsbeschlüsse aufgenommen zu werden⁸²⁾. Die Vorschläge trugen den Charakter eines in Zukunft weiter auszubauenden Rahmengesetzes. Die Kirchspielschulrevidenten entsprechen den ehemals aus den einzelnen Kirchspielen zur Kreisschulkommission hinzugezogenen Assessoren, diese selbst ist fortgefallen. Dafür ist eine Erweiterung des Bestandes der Oberschulkommission eingetreten, und zwar durch den Ritterschaftshauptmann und die weltlichen Assessoren der Oberkirchenvorsteherämter. Die Kirche findet bei diesen neuen Behörden eine nur geringe Vertretung, wobei man aber jedenfalls ihre praktische Mitarbeit in Form der Tätigkeit der einzelnen Pastoren in ihren Kirchspielen auch für die Zukunft in Rechnung stellt. Die Verpflichtung der Bauerngemeinden zur Schulanlage entspricht der Bauernverordnung von 1816; die gleichzeitig von der Kommission vorgenommene Neuordnung der Agrarverhältnisse mußte dazu beitragen, auch tatsächlich ein Heranziehen der Bauernschaft zur Bestreitung der Kosten der Schulen möglich zu machen. — Der Landtag veränderte diese Propositionen über das Schulwesen nicht weiter, sondern nahm sie in der Fassung der Kommission in allen Kreisen einstimmig an⁸³⁾. Das ganze Projekt des Bauerngesetzbuchs wurde im Dezember 1849 dem Zivilgouverneur übergeben und gelangte dann zur Bestätigung nach St. Petersburg, wo sich die Verhandlungen mehrere Jahre lang hinzogen⁸⁴⁾. Daher war eine Realisierung desselben zunächst nicht möglich, und das dreigliedrige Ruratorium blieb als Leitung des Schulwesens noch weiterhin bestehen.

e. Die Volksschule als Beratungsgegenstand der Synoden in den vierziger Jahren.

Neben dieser Aktivierung der Ritterschaft auf dem Gebiet des Schulwesens war die Landeskirche entschieden ein wenig im Rückstande geblieben. Es scheint, daß das Konsistorium am Wert der Sonntagschulen und ambulierenden Lehrer zu zweifeln begann. Jedenfalls bestimmte es in einem Reskript vom Jahre 1842, daß diese in Zukunft

⁸²⁾ Vorschläge der vom Landtage im Jahre 1848 erwählten Kommission zur Regelung und Feststellung der bäuerlichen Verhältnisse in Estland. Reval [1849. Druck].

⁸³⁾ GMA. II 1 88 Landtags-Protokoll 8. VII. 1849.

⁸⁴⁾ Gernet. pg. 232—233.

von den Pastoren in ihren Berichten nicht mehr unter den ordentlichen Schulanstalten geführt werden sollten. Für diese sogenannten Oktoberberichte über das Schulwesen wurde ein besonderes Schema eingeführt; neben den trockenen Daten über Schülerzahl, Lehrmittel u. s. w. sollten sie auch jährlich über die Tätigkeit und Leistungen der Lehrer Bericht erstatten⁸⁵⁾. — Auf den Synoden wurde die in den dreißiger Jahren begonnene Diskussion über das Schulwesen fortgeführt. So wurde 1842 als Synodalfrage das Thema „Ist der häusliche Unterricht der Bauerjugend, namentlich für die Knaben der Knechte und Kostreier, hinreichend“ behandelt. Dazu äußerte Pastor Haller, seiner Ansicht nach seien letztere Kinder nicht besonders schlecht daran, dagegen hielt er eine sorgfältige Beaufsichtigung der Waisen und unehelichen Kinder durch die Gemeinden für erforderlich. Methode und Gegenstand des Hausunterrichts hält er für ungenügend und fordert an Stelle des geisttötenden mechanischen Vorfagens und Auswendiglernens ein verständiges Lesen und auch die Kenntniss des Schreibens. Rückständigere Ansichten beweisen die Ausführungen von Pastor Schwabe-St. Jürgens: dieser meint, man könne damit zufrieden sein, daß es mit dem Hausunterricht besser gehe, denn die Mütter würden immer die besten Lehrerinnen ihrer Kinder sein; daher will er den Hausunterricht durch einen Regierungsbefehl (!) noch weiter verbessern. Der Dorfschule gegenüber hat er zahlreiche Bedenken: das Fehlen von Mitteln für Lehrergehälter, den weiten Schulweg, auf welchem die Kinder im Winter umkommen könnten, die Überfüllung der Schulen, wobei noch beide Geschlechter zusammen unterrichtet werden, den Ausfall an Arbeitskräften u. s. w. — Schwabe geht dabei fraglos von den lokalen Verhältnissen Harriens aus, wo der Hausunterricht besonders tief eingewurzelt war und der Aufbau des Schulnetzes nur langsame Fortschritte machte. — Ähnlich wie Schwabe urteilte auch Pastor Glanström und erklärte den Hausunterricht für völlig ausreichend, wenn nur Zwangsschulen für den ganz verwahrlosten Teil der Jugend errichtet würden⁸⁶⁾. Denselben starren Standpunkt nahm Schwabe auch auf der Synode von 1843 ein, wo er über den Grad der für den Bauern wünschenswerten Schulbildung referierte. Er äußerte, man möge nur nicht zu vieles lehren wollen, denn Bauern seien zum Bebauen ihres Ackers bestimmt und würden so-wie-so bald wieder alles vergessen, auch könnte die Kirchlichkeit zurückgehen. Denn seiner Ansicht nach machten große Kenntniffe übermütig, was er an den in der Revaler Elementar-

⁸⁵⁾ ERN I. 323 II. Konsistorial-Merkblatt an die Präpste VII. 1842.

⁸⁶⁾ ERN I 480/877. Synodal-Protokoll 17. VII. 1842.

schule gebildeten Eſten erwieſen zu ſehen glaubt: dieſelben verſtänden ſich nicht zu benehmen und hätten ſogar geſtohlen! Es dürfe alſo nur nicht allzu viel gelernt werden: Religion, Leſen, — Schreiben nur auf Wunsch, wobei es auf die richtige Orthographie nicht ankomme, wogegen Kopfrechnen wichtig ſei. Auch hier ſind Schwabes Argumente oberflächlich und verfehlt, ſo beſonders aus etwa vorgefallenen Vergehen höher gebildeter Eſten zu folgern, es wäre gefährlich, dieſen überhaupt eine weiter gehende Bildung zukommen zu laſſen. Der zweite Referent, Paſtor Haſſelblatt-Maholm, hält Schulen vor der Verbeſſerung der wirtſchaftlichen Verhältniſſe der Bauern nicht für wünſchenswert, ebenſowenig wie eine Erweiterung des Unterrichts über Leſen, Religion und Kirchengesang hinaus; nur einzelne Perſonen unter jedem Gut könnten als zukünftige Hofſbeamte auch im Schreiben und Rechnen geübt werden. Für dieſe fordert er dann allerdings auch Unterricht in Geſchichte, Geographie und Naturkunde. Auch Paſtor Tid-Regel hält die Bildung, die der Eſte durch Kirche und Hausunterricht erhält, für ausreichend: gute Schulen werde es erſt dann geben, wenn die Eſten ſie ſich ſelbſt ſchaffen. Deſhalb iſt Tid gegen eine allgemeine Einrichtung von Volkſchulen und Anwendung polizeilicher Mittel. Von den Lehrern fordert er, daß ſie vor allem chriſtliche Erzieher ſein ſollen — „Gelehrſamkeit“ hält er für weniger wichtig ⁸⁷⁾.

Wenn man die hier zu Wort gekommenen Anſichten mit denen in den gleichzeitigen ritterschaftlichen Verhandlungen vergleicht, ſo wird man nicht leugnen können, daß im Verhältniß zu dieſen der Adel fortſchrittlicher dachte und handelte. Für die Geiſtlichkeit ſtand die chriſtliche Erziehung ſehr ſtark im Vordergrund, und immer noch wurde der Wert der biſherigen proviſoriſchen Schuleinrichtungen überſchätzt. Auch innerhalb der Ritterschaft dachte man ja nicht an ein völliges Aufgeben des Hausunterrichts: als Vorbereitung zur Schule war dieſer ja unerläßlich, aber man erkannte, daß er nicht genügte. So iſt es gerade ſehr ſtark das Verdienſt der Ritterschaft, daß in den vierzigen Jahren in Eſtland dennoch der Ubergang vom Hausunterricht zur Dorſſchule vollzogen wurde. Bezeichnend iſt es, daß in den Jahren 1844—1847, wo die Schulfrage die Ritterschaft immer wieder beſchäftigte, dieſelbe auf den Synoden nicht diſkutiert worden iſt. Daß aber bei der praktiſchen Schularbeit die Geiſtlichkeit keineswegs untätig geblieben iſt, beweist allein ſchon ihre rege Mitarbeit in den Kreisſchulbehörden, ſo z. B. bei der Errichtung der Muſterparochialſchulen.

⁸⁷⁾ dto. Synodal-Protokoll 1843.

f. Die Seminare in den Jahren 1847 — 1851.

In den folgenden Jahren war es vor allem die Frage der Seminare, welche die ritterschaftliche Repräsentation immer wieder beschäftigt hat. In einer besonders schwierigen Lage befand sich Jeddefer, welcher, wie erwähnt, seine Tätigkeit mit nur sechs Zöglingen begonnen hatte. Im Sommer 1847 ging dem Ritterschaftshauptmann durch Baron C. Uexküll-Walk die Mitteilung zu, das Jeddefersche Seminar drohe aus Schülermangel einzugehen, wenn nicht gleich Schritte zu seiner Erhaltung getan würden. Daraufhin beschloß der ritterschaftliche Ausschuß, Jeddefer bis zur Bestätigung des Landtagsschlusses aus der Ritterkasse zu unterhalten⁸⁸⁾. Nun sollte jedoch am 10. X. 1847 der erste Coetus entlassen werden, und Neuansmeldungen waren zunächst nicht eingelaufen. Daher wandte sich Pastor Harten an den Ritterschaftshauptmann mit der Bitte, durch Zirkuläre an die harrischen und wierschen Hafenrichter eine Neubesehung zu veranlassen, da die Ritterschaft die Unterhaltungskosten für je zehn Seminaristen aus Harrien und Wierland übernommen hatte⁸⁹⁾. Die gewünschten Aufforderungen wurden umgehend erlassen. Es erfolgte auch tatsächlich eine Reihe von Anmeldungen, jedoch vorwiegend seitens in der Wieck belegener Güter. Aus Wierland meldete sich überhaupt niemand, und aus Harrien nur vier Güter, im ganzen statt der vorgesehenen 20 nur 13 Zöglinge⁹⁰⁾. Daher brachte der Ritterschaftshauptmann die ganze Angelegenheit auf dem Januarlandtage 1848 zur Sprache und stellte die Frage, auf welche Weise die 1847 vom Landtage beschlossene Requisition von Schülern von den Gütern zu bewerkstelligen sei. Daraufhin votierten die Kreisdeputierten, man solle unter den Gütern, welche dem letzten offiziellen Schulbericht zufolge noch ohne Schulen seien, das Loß entscheiden lassen⁹¹⁾. Es wurde ein neuer Aufruf erlassen, auf welchen hin dann tatsächlich noch eine Reihe von Anmeldungen einliefen, so daß zum Sommer alle Stellen in Jeddefer besetzt waren⁹²⁾. Jedoch lehnte das Kirchspiel Rusal, obgleich es damals noch keine Schulen besaß, völlig ab, aus Regel erfolgte nur eine einzige Meldung, Jörden antwortete

⁸⁸⁾ EMA. A I 86. Stellv. Ritt. Sptm. v. Patkul an C. Baron Uexküll. Reval 6. IX. 1847 Nr. 753.

⁸⁹⁾ EMA. A III. 10. Pastor Harten an den Ritt. Sptm. Fidei 2. X. 1847.

⁹⁰⁾ EMA. A I 86. Zirkuläre des stellv. Ritt. Sptm. v. Patkul an die Hafenrichter. Reval 25. u. 28. X. 1847 Nr. 850—851, 853—856.; EMA. A III. 1. Pastor Harten an den stellv. Ritt. Sptm. v. Patkul. Fidei 9. I. 1848.

⁹¹⁾ EMA. A I 87. Landtags-Protokoll 15. I. 1848.

⁹²⁾ EMA. A III 1. vgl. die Anmeldungen der entspr. Kirchenvorsteher.

überhaupt nicht u. s. w. — Im selben Jahre 1848 wurde auch das Verhältniß der Ritterschaft zum Alexanderhofschen Seminar geklärt. Der Ritterschaftshauptmann legte dem Ausschuß die Bedingungen der Gesellschaft für die Aufnahme von auf Rechnung der Ritterschaft zu stellenden Zöglingen vor und warf die Frage auf, ob der Ausschuß ein Eingehen auf dieselben für geeignet halte. Dieses wurde bejaht und die Wahl zweier ritterschaftlicher Kuratoren für Alexanderhof vorgenommen. Für Terwen fiel dieselbe auf Herrn v. Grünewaldt-Orrijaar, welcher gleichzeitig Vorsitzender der Gesellschaft war, für Wierland auf Baron Maydell-Pastor⁹³⁾. Für die damit in Alexanderhof geschaffenen ritterschaftlichen 12 Schulstellen lief ebenfalls eine genügende Zahl von Meldungen ein, zum Teil von solchen Gütern in Wierland und Terwen, wo bereits Schulen bestanden, die Lehrer jedoch nicht genügten. So wurde denn der Kursus 1848 — 1851 in Jeddefe von 20, in Alexanderhof von im ganzen 24 (12 Schulstellen der Aktionäre, 12 der Ritterschaft) Zöglingen besucht. Die einzige Schwierigkeit, welche sich hierbei ergab, war, daß verschiedene Güter so junge Zöglinge stellten, daß diese nach Absolvierung des Seminars unmöglich den Lehrerberuf ausfüllen konnten. Daher bestimmte der Ausschuß, es dürften in keinem Falle unkonfirmierte junge Leute als Zöglinge aufgenommen werden. Für dieses Triennium wurden vom Landtag über das Budget hinaus als Etat der Seminare 3163 Rbl. bewilligt⁹⁴⁾. In Alexanderhof unterrichtete der Lehrer Karl Koch, über dessen Tätigkeit heute im einzelnen nichts mehr feststellbar ist, der aber tüchtig gewesen sein muß, da er später mit der Verlegung der Anstalt nach Ruda dorthin übernommen worden ist⁹⁵⁾. Der erste Lehrer, Türgens, der bei der Gründung der Anstalt angestellt worden war, arbeitete ebenfalls weiter. Unterricht wurde in Religion, Lesen, Schreiben, Rechnen, Gesang, Violin- und Orgelspiel erteilt⁹⁶⁾. Im Jahre 1853 kam dazu noch Orthographie, Grammatik, Stilübungen und Anfangsgründe der Kirchengeschichte⁹⁷⁾. — Der Jeddefersche Lehrer Berend Gildenmann, der sich in seiner Tätigkeit stets gut bewährte, kam 1851 um seine Entlassung ein, da er wegen zunehmender Kränklichkeit seiner Aufgabe nicht

⁹³⁾ ENA. A I 87. Ausschuß=Protokoll 9. III. 1848.

⁹⁴⁾ dto. Ausschuß=Protokoll 28. VI. 1848; ENA. A IV 2. Landtags=Protokoll 16. V. 1851; ENA. A III 20. Bauernschulkuratorium an den Mitt. Sptm. v. Vendenborff. Rebal 24. I. 1851.

⁹⁵⁾ ENA. A III 35. Bericht A. v. Effen. 25. I. 1857.

⁹⁶⁾ ENA I 469/25. Pastor Hoffmann an das Konsistorium. St. Marien Magdalenen 11. X. 1852.

⁹⁷⁾ ENA I 469/26. dieselben. St. Marien Magdalenen 14. X. 1853.

mehr gewachsen zu sein glaubte⁹⁸). Seinen Lebensabend verbrachte er in Pernau. Sein Nachfolger wurde Johann Heinrichsen, der in der Erinnerung seiner Zöglinge als aktiv, tüchtig, aber streng fortlebte⁹⁹).

Im Frühling 1851 beendete der erste Coetus ritterschaftlicher Zöglinge in Alexanderhof seinen Lehrgang, so daß alle 12 ritterschaftlichen Stellen vakant waren. Für dieselben liefen jedoch nur zwei Anmeldungen ein. So sah sich die ritterschaftliche Repräsentation gezwungen, die vom Ausschuß beschlossene Losung unter den Gütern, welche noch ohne Schulen waren, vorzunehmen. Zur Stellung von Zöglingen wurden die Güter Diso, Afer, Emmomäggi, Randel, Rono, Woibiser, Rönödes, Repniß, Unnuß und Wasahof bestimmt. Eine Mitteilung des Ritterschaftshauptmanns v. Bendendorff verpflichtete die betreffenden Gutsverwaltungen, bis zum 15. IV. 1851 qualifizierte Zöglinge nach Alexanderhof zu schicken, versehen mit Kleidung und Wäsche¹⁰⁰). Diese machten jedoch zum Teil Schwierigkeiten: Herr v. Dehn-Emmomäggi teilte mit, seine Gemeinde hätte keine entsprechenden Personen aufzuweisen und wünschte von der Stellung dispensiert zu werden; A. v. Schilling erklärte, Rönödes könne niemanden stellen, da alle Bauern bereits kontraktliche Verpflichtungen eingegangen seien; Baron Tiefenhausen-Unnuß verfügte ebenfalls über keinen geeigneten Kandidaten, ebenso antwortete Herr v. Dehn-Rono, der außerdem äußerte, die Gemeinde Rono sei nur 93 Seelen groß und könne gar nicht einen Lehrer unterhalten¹⁰¹). Schließlich hatten sich aber doch 9 Reflektanten auf die ritterschaftlichen Stellen in Alexanderhof eingefunden; ob die restlichen drei auch noch besetzt worden sind, ist nicht feststellbar¹⁰²).

g. Die Entwicklung des Gemeindefschulneßes in den vierziger Jahren.

Die Gesamtzahl der Gemeindefschulen Estlands befand sich von den vierziger Jahren an in einem beständigen Wachsen, welches durch die

⁹⁸) EML. A III 20. Bauernschulkuratorium an den Ritt. Optm. v. Bendendorff. Reval 24. I. 1851.

⁹⁹) Neumann pg. 8.

¹⁰⁰) EML. A IV 2. Reskript des Ritt. Optm. v. Bendendorff. Reval 4. IV. 1851 Nr. 273—282.

¹⁰¹) EML. A III 20. Schreiben der betr. Gutsbesitzer an den Ritt. Optm. v. Bendendorff.

¹⁰²) dto. A. v. Grünwaldt an den Ritt. Optm. v. Bendendorff. Orissaar 6. v. 1851.

folgenden Daten belegt werden soll. Weniger schnell stieg die Zahl der dieselben besuchenden Schüler, so daß das Bauernschulkuratorium 1854 bekennen mußte, es sei zwar viel erreicht worden, das Schulwesen habe aber trotzdem nicht so große Fortschritte gemacht, wie erhofft. Besonders habe sich die Zahl der ihren Zweck wirklich erfüllenden Schulen in den letzten Jahren nicht vermehrt, sondern eher verringert. Für das Jahrzehnt 1842—1852 lauten die Daten wie folgt:¹⁰³⁾.

	Zahl der Schulen:	Zahl der Schüler:		Zahl der Schulen:	Zahl der Schüler:
1842	98	3073	1848	149	4539
1843	98	3081	1849	Daten fehlen.	
1844	140	4337	1850	162	4680
1845	147	4563	1851	162	4695
1846	144	4365	1852	164	4706
1847	141	4890			

Der größte Fortschritt fällt auf Grund dieser Tabelle in die Jahre 1843. 1844. Es ist das gerade die Zeit des Einsetzens der Wirksamkeit der neugegründeten Kreis Schulbehörden, die also neben den Musterparochialschulen auch den Dorfschulen ihre Tätigkeit gewidmet haben. Der „Stillstand“, den der Landtag von 1845 eintreten ließ, hat sich dann auch in der Praxis ungünstig ausgewirkt, indem mehrere Jahre lang die Anzahl der Schulen zurückging. Erstaunlich sind nur die Daten für das Jahr 1847, das bei einem Tiefstand des Schulnetzes eine besonders hohe Frequenz aufweist. In den ersten Jahren nach 1850 fällt dann die Langsamkeit der Fortschritte auf. Es sind das ja die Jahre, wo auch die Legislative ruhte und die Landtagsbeschlüsse in St. Petersburg auf ihre Bestätigung warteten.

Zur Verdeutlichung der Ergebnisse mag wieder eine Tabelle dienen, und zwar betreffend den Stand des Schulwesens im Jahre 1848, gegen welchen in den folgenden Jahren ja nur geringfügige Verschiebungen eintraten¹⁰⁴⁾.

¹⁰³⁾ A. A. d. E. B. G. Akten Nr. 6520—6525; A. d. E. G. Akten Nr. Nr. 1849/874; 1851/60; 1852/74; 1853/83. Berichte des Estl. Gouverneurs 1842—1852.

¹⁰⁴⁾ E. L. G. Tallinn. Collectanea Esthonica VIII. Bericht über die Bauerschulen in Estland. 1848. Reval 31. I. 1849 Nr. 50. Die Gesamtzahl der Gebiete nach: „Land-Rolle des Estländischen Gouvernements“ Reval 1841.

L. = Lesen, Schr. = Schreiben, R. = Rechnen, G. = Gesang, Kat. = Katechismus.

Harrien.

Kirchspiel	Gesamtzahl der Gehöfte	Bauern= schulen	Von wem erhalten	Fortgang	Lehrstoff
Regel	30	Kumna	Hof	gut	L., Schr., R., G.
St. Matthias	13	—	—	—	—
Kappel	18	Fertwafant	Hof	mangelhaft	L., Schr., R., G., landw. Ar
		Odenfat	"	"	"
		Rechtel	"	verbessert	"
		Kappel	"	schwach	"
Haggers	23	—	—	—	—
Niffi	10	—	—	—	—
St. Jürgens	10	—	—	—	—
Rosch	16	Orrenhof	Hof	gut	dto.
		Neu-Harm	Hof u. Bau= erngemeinde	schwach	—
		Allafer	Hof	gut	L., G., Relig.
		Balfer	Dotierung	gut	dto.
		Fegefeuer	Hof	gut	L., Schr., R., Gef.
Jörden	17	Rah	Landratskol= leg. u. Bau= erngemeinde	genügend	L., Schr., R., G., Rat
St. Johannis	9	Campen	Legat d. Fam. v. Löwen= stern	gut	L., Rat.
		Rasif	Hof	gut	L., Schr., R., G., Rat
Segelecht	11	Maart	Kirchen= schulkasse.	schwach	L., Rat.
Rufal	9	—	—	—	—

Wierland.

St. Jakobi	14	Ruil	Hof u. Bau= erngemeinde	gut	L., Schr., R., G., Ra
		Rurküll	"	"	"
		Mödders	"	"	"
		Finn	"	"	"
		Rullina	"	"	"
		Alt-Sommer= husen	"	"	"
		Onorm	"	"	"
		Luddolin	"	"	"
St. Katheri= nen	20	Guljel	"	gut	L., G., Rat.
		Jömper	"	"	"
		Uddrich	"	"	"
		Rassila	"	sehr gut	L., Schr., G., Rat.
Saljal	18	Saggab	Hof	gut	L., Schr., G., Rat.
		Woljel	"	"	"
Wesenberg	11	Schl. Wesen= berg	"	"	"
		Karriß	"	"	"
M. Marien	14	Borkholm	"	"	L., Schr., R., G., Rat
		Wad	"	"	"
		Böddrang	"	"	L., Schr., G., Rat.
		Engdes	"	"	"

Ort	Gesamtzahl der Gebäude	Bauern- schulen	Von wem erhalten	Fortgang	Lehrstoff	Schülerzahl
Lauenburg	22	Nachhüll	Hof und	gut	L., Schr., G., Nat.	54
		Lauß	Bauernge- meinde	"	"	43
		Benefzer	"	"	"	59
		Piep	"	"	"	55
		Almandus	"	"	"	18
		Sall	"	"	"	109
		Münkenhof	"	"	"	27
		Mehris	"	"	"	44
		Paister	"	"	"	58
		Kerro	"	"	"	60
		Koel	"	"	"	79
		Tammik	"	"	"	25
	15	St. Simonis Par.-Schule	Schulgeld Hof und Bauern- gemeinde	"	Geogr. Gesch. Naturf. L., Schr., N., G., Nat.	13
		Pöddis	"	Mittel- mäßig	L., G., Nat.	30
Lauenburg	8	Uchten	"	genügend	L.	30
		Maidel	"	"	"	105
		Haathof	"	"	"	100
		Neu-Hsenhof	"	"	"	167
	29	Erras	"	"	"	123
		Jerse I.	Hof	zieml. gut.	L., G., Nat.	15
		" II.	"	"	"	36
		" III.	"	"	"	11
		Eichenhain	"	"	"	73
		Kallina	"	"	"	40
		Es	"	"	"	21
		Kuckers	"	"	"	30
		Perifer	"	"	"	17
		Türpsal	"	"	"	44
		Sompäh	"	"	"	24
		Kochtel	"	"	"	33
		Errides	"	"	"	28
		Kiedel	"	"	"	25
		Mehntack I.	"	"	"	30
		Mehntack II.	"	"	"	25
		Paggar	"	"	"	22
		Thagfer	"	"	"	12
		Muck I.	"	"	"	10
		Muck II.	"	"	"	27
		Terrefer	"	"	"	56
		Maaf	"	"	"	44
		Al. Bungern	"	"	"	48
		Pühhajöggi	"	"	"	44
		Chondleigh	"	"	"	22
		Toila	"	"	"	38
Lauenburg	13	Raufier	"	"	"	16
		Ontifa	"	"	"	23
		Sophienhof	"	"	"	8
		Peuthof	"	"	"	85
		Wainwara I.	Bauern- gemeinde	gut	L., Nat.	27
		Wainwara II.	"	"	"	36

Summe Lauenburg: 2993

Serwen.

Kirchspiel	Gesamtzahl der Gebiete	Bauern= schulen	Von wem erhalten;	Fortgang:	Lehrstoff:
St. Petri	17	Orrisaar Koddasem Ballo Nßif Gufas Othel Roif Wodja	Hof " " " " " " "	" " " " " mäßig zieml. gut	L., G., Rat. " " " " " " "
St. Marien= Magdalenen	15	Barrang Uddema Bao Weinjertwen Arrofüll Erwita Hageweid Küfterat Sig	Hof u. Bau= erngem. " " " " " Legat Hof u. Bau= erngem.	gut zieml. gut " " " gut mäßig gut "	" " " " " " L., Gef., Rat. L., Schr., G., Rat.
Weissenstein= St. Annen Turgel	6	Noißfer Merhof	? Hof	" genügend	L., Gef., Rat.
St. Johannis	14	—	—	—	—
	11	Jürgensberg Nektaden Kardina Wachmuth Kurrißal Kui	? ? Hof " " "	gut " " " " "	L., Schr., G., Rat. " " " " "
St. Matthäi Ampel	7	—	—	—	—
	26	Madamois Kerrafer Kuckofer Totma Laps Zendel Sonorm Karfus Mubdis Reggafer Udenfüll Järwajöggi Lechts Porriß Kalle Kurro Nömmfüll Roif	Hof u. Bauerngem. " " " " " " " " " " " " " " "	zieml. gut " mangelhaft gut " " sehr gut " " zieml. gut mangelhaft " " " mäßig gut mangelhaft zieml. gut " sehr gut	L., Schr., G., Rat. " " " " L., Schr., R., G., Rat. " " " L., G., Rat. " " " " "

Wied.

Ort	Gesamtzahl der Gebiete	Bauernschulen	Von wem erhalten:	Fortgang:	Lehrstoff	Schülerzahl
Elis	15	Heimar	Hof	gut	L., Schr., R. G. Kat.	29
	7	Alt-Fidel	"	erfreulich	"	60
		Stein Fidel	"	"	"	40
		Felds	"	"	"	35
		Kofch	"	"	"	35
		Feddefer	"	"	"	16
		Murms	"	"	"	25
	5	—	—	—	—	—
	21	Rüsterat	Schulgeld	gut	L. Schr. R. G. Kat.	10
		Pierjal	Küsterat	"	"	8
Zür		Stenhufen	Hof	"	"	20
	9	Leal Pastorsgebiet	Hof Pennisjöggi	"	L. Schr. G. Kat.	24
	8	Wattel	Hof	"	L. Schr. R. G. Kat.	33
		—	—	—	—	—
L.	12	—	—	—	—	—
	17	Kirrimäggi	Hof	zieml. gut	L. Schr. R. G. Kat.	10
		Taibel	Kronsarrendator	sehr mangelhaft	"	5
	11	Wenden	Hof	erfreulich	L. Kat.	27
		Weissenfeld	"	sehr gut	L. Schr. R. G. Kat.	28
L.	12	Martens Pastorat	Pastor Loci	gut	L. Schr. G. Kat.	11
		Bogelfang	Hof	zieml. gut	"	27
		Putkas	"	gut	L. G. Kat.	13
		Gr. Lechtigal	Bauern-gemeinde	"	"	21
		Ehmes	Hof	"	L. Schr. G. Kat.	23
	2	—	—	—	—	—
n. rft	9	—	—	—	—	—
	6	—	—	—	—	—
	2	—	—	—	—	—
	2	—	—	—	—	—
						500

NB. Bei der Angabe der Gesamtzahl der Gebiete sind die Pastorate und einige in der Landrolle verzeichnete Weigüter und Landstellen nicht mitgezählt, da sie nicht den Charakter besonderer Gutsgemeinden tragen.

Aus dem Vergleich dieser Daten mit denen für das Jahr 1840 lassen sich gewisse interessante Schlüsse ablesen. Die Gesamtzahl der Schulen war bedeutend gewachsen, und zwar von 91 auf 148. Was die Verteilung dieses Wachstums anlangt, so liegt diese in den einzelnen Orten wie folgt:

	1840:	1848:
Harrien	3 Schulen	14 Schulen
Wierland	42 „	70 „
Terwen	27 „	43 „
Wied	19 „	21 „

Daraus ergibt sich, daß das Schulnetz sich vorwiegend in den Kreisen verdichtet hatte, wo schon früher die Verhältnisse am günstigsten lagen, nämlich in Wierland und Terwen. Dagegen war in der Wied eine nur minimale Verschiebung eingetreten und in Harrien hatte sich die Schule ebenfalls nicht gegen den Hausunterricht durchsetzen können. Was die Menge der Schulen anlangt, steht immer noch das Kirchspiel Jeme an erster Stelle. Dagegen sind z. B. sämtliche Schulen im Turgelschen Kirchspiel — 1840 acht an der Zahl — verschwunden, ebenso die fünf Schulen im Kirchspiel Reiniß. Es liegt hier jedoch der Verdacht nahe, daß diese nur Sonntagsschulen gewesen sind, die die Pastoren 1840 in die Schultabelle eingetragen hatten, und welche nun in Fortfall gekommen sind. Hatte es 1840 im ganzen 23 Kirchspiele gegeben, in welchen außer gelegentlichem Unterricht bei den Rüstern keine festen Schulen bestanden, so war das 1848 nur noch bei 14 Kirchspielen der Fall (davon 5 in Harrien, 2 in Terwen und 7 in der Wied).

Was die Gesamtziffer des Schulbesuchs anlangt, so war dieselbe von 3127 im Jahre 1840 auf 4539 im Jahre 1848 gestiegen. Dabei ist jedoch die Verteilung des Zuwachses überraschend: in Wierland hatte sich die Frequenz mehr als verdoppelt, in Harrien verfünffacht, betrug jedoch dort trotzdem zusammen für die 14 Schulen weniger als 200. Dagegen war in Terwen und der Wied ein Rückschritt zu verzeichnen, und zwar von zusammen über 400 Schülern. Dieses Resultat dürfte vor allem eine Folgeerscheinung der rückläufigen Entwicklung in den Kirchspielen Turgel und Reiniß sein. So war denn eigentlich nur in Wierland ein wirklich bedeutender Fortschritt zu verzeichnen. Ein großer Teil der Schulen wurde nur sehr schwach besucht, was aus folgender Aufstellung hervorgeht.

48 Schulen hatten	1 — 15 Schüler,
48 „ „	15 — 30 „
26 „ „	30 — 50 „
17 „ „	50 — 75 „
5 „ „	75 — 100 „
4 „ „	über 100 „

Und zwar sind es zum großen Teil gerade neugegründete Schulen, wo der Besuch schwach geblieben war, besonders im Kirchspiel Ampel, aber auch in Harrien. Am besten besucht waren die vier Schulen im Luggenhusenschen Kirchspiel, hier war geradezu eine gewisse Überfüllung eingetreten. Dagegen hatten von den 43 Schulen Terwens nur vier im Kirchspiel St. Marien-Magdalenen über 40 Zöglinge.

Was die Leistungen der einzelnen Schulen anlangt, so tragen ja die abgegebenen Werturteile einen völlig subjektiven Charakter und können leicht auf Zufälligkeiten basieren. Es ergeben sich da folgende Summen:

	Sehr gut	Gut, Erfreulich	Ziemlich gut	genügend, mittelmäßig	Mangelhaft	Schwach	Sehr mangelhaft	Unklar
Harrien	—	7	—	1	2	3	—	1
Bierland	1	34	29	6	—	—	—	—
Terwens	3	20	11	3	6	—	—	—
Wied	1	17	2	—	—	—	1	—
Summe	5	78	42	10	8	3	1	1

Wenn man die drei ersten Kategorien als den Ansprüchen genügend betrachtet, so bleiben immerhin 23 Schulen nach, welche zu wünschen übrig lassen. Es muß damit gerechnet werden, daß diese Zahl tatsächlich noch größer gewesen ist, denn eine Reihe von Pastoren fällen über sämtliche Schulen ihres Kirchspiels dasselbe Werturteil, wobei aber eine gewisse Nuancierung der Qualität angenommen werden muß. — Am Ende der vierziger Jahre gewinnen wir auch einen deutlichen Einblick in den Umfang des Unterrichtsstoffes, wobei vor allem die Frage der Verbreitung des Schreib- und Rechenunterrichts von Interesse ist. Gewisse Unklarheiten bestehen in Bezug auf Religions- und Katechismusunterricht, der bei einer Reihe von Schulen nicht aufgeführt worden ist, aber jedenfalls überall in irgendeiner Form erteilt worden sein muß. Im übrigen fehlt diese Angabe nur in Ausnahmefällen, was wohl durch ein Versehen zu erklären ist; deshalb ist der Religionsunterricht in die folgende Aufstellung nicht einbezogen.

1848:	U n t e r r i c h t i n :			
	nur Lesen	Lesen Gesang	Lesen Schreiben Gesang	Lesen, Schreiben Rechnen, Gesang
Harrien	2	2	—	10
Wierland	6	34	19	11
Jerwen	—	26	11	6
Wied	1	2	4	14
Summe	9	64	34	41

Wenn man diese Kategorien, die doch auf Grund objektiver Tatbestände aufgestellt sind, mit den von den Pastoren abgegebenen Zeugnissen vergleicht, so ergibt sich die Unsicherheit der ersteren. So mancher Pastor bezeichnet eine Schule ohne Schreibunterricht z. B. als gut. Es fällt hier auf, daß in bezug auf den Lehrstoff gerade die Gebiete mit dem alten, dichten Schulnetz, wie Wierland und Jerwen, rückständig geblieben sind, während die neueren Schulen Harriens und der Wied ihren Lehrplan erweitert haben. Möglicherweise ist der Grund darin zu suchen, daß hier gerade junge, in Alexanderhof ausgebildete Lehrer oder Absolventen von Jeddefer angestellt worden sind, während die Autodidakten der älteren Schulen nur einen primitiven Unterricht zu erteilen im Stande waren. Da jedoch über die Lehrerbildung für diese Zeit kein Material vorliegt, so bleibt man auf diesem Gebiet auf Mutmaßungen angewiesen. Ebenso läßt sich die Höhe der Lehrergehälter und die Art der Fundierung nicht in tabellarischer Form feststellen, wohl aber ist bekannt, wie groß die Zahl der ausschließlich von den Höfen, von den Höfen und Bauerngemeinden gemeinsam oder letzteren allein unterhaltenen Schulen war. Hierfür ergeben sich folgende Zahlen:

1848	S c h u l e n u n t e r h a l t e n :					
	Nur v. Hof	Vom Hof u. Bauern- gemeinde	v. Bauern- gemeinde	Legate	Schul- geld	Unklar
Harrien	9	2	—	3	—	—
Wierland	37	30	2	—	1	—
Jerwen	14	25	—	1	—	3
Wied	18	—	1	—	2	—
Summe	78	57	3	4	3	3

Daraus geht hervor, daß es immerhin bereits in recht bedeutendem Maße gelungen war, die Bauernschaften zum Unterhalt

der Schulen heranzuziehen. Leider liegen nur für die vierziger Jahre noch keine Angaben darüber vor, wie hoch die von den Höfen und Bauernschaften aufgebrauchten Summen waren. Die Verteilung ist wohl so zu denken, daß die Höfe die Schulen auf Land fundierten, die Gemeinden dem Lehrer dazu irgendwelche Natural- oder Geldzahlungen leisteten. Nur drei Schulen wurden ausschließlich von den Bauerngemeinden unterhalten, und zwar waren es zwei im Gebiet Waiwara und eine in Lechtigal. Die drei auf das Schulgeld fundierten Anstalten befanden sich bei den Rüstern zu St. Simonis, Goldenbeck und Pierjal.

Was die übrigen bisher bestehenden Schuleinrichtungen anlangt, so geriet das Institut der ambulierenden Lehrer immer mehr in Verfall und verschwand fast ganz: so wurden sie z. B. 1843 in Jörden abgeschafft und an ihrer Stelle wöchentliche Leseprüfungen eingerichtet¹⁰⁵⁾. Hier und da bestanden zwar noch Korrektionschulen, aber im allgemeinen hatte sich dieses Institut nicht durchzusetzen vermocht. Einige derselben arbeiteten gut, so hatte z. B. St. Matthäi 1844 vierzehn Korrektionschulen aufzuweisen¹⁰⁶⁾. (Im Kirchspiel befanden sich keine Dorfschulen). In Ampel dagegen war sie z. B. 1845 völlig ohne Schüler¹⁰⁷⁾. Auch Sonntagsschulen und Leseprüfungen bestanden an vielen Orten von früher her fort, Neugründungen dieser Art gehörten jedoch zu den Ausnahmen. Erhalten hatten sich z. B. die vierziger Jahre hindurch die zahlreichen Sonntagsschulen im Reinis'schen Kirchspiel¹⁰⁸⁾. Im übrigen wurden auch die festen Schulen von ihren Zöglingen nicht immer die ganze Woche hindurch besucht: so erschienen z. B. in den Schulen in St. Jakobi die Kinder zwei bis vier mal wöchentlich, je nach ihren Kenntnissen¹⁰⁹⁾.

Als der Entwicklung der Schulen entgegenstehende Hindernisse werden von den Pastoren meist dieselben Gründe wie auch früher angeführt, vor allem die Armut der Bauern. Besonders leicht konnte sich in den Fällen eine Opposition ergeben, wo die Bauernschaft auch zum Unterhalt der Schule herangezogen wurde. Dieses war z. B. in Ray der Fall. Diese Schule war 1845 durch das Landratskollegium errichtet worden¹¹⁰⁾. Zu ihrer Fundierung sollte auch die

¹⁰⁵⁾ ERM I 469/16. Oktoberbericht Jörden. 1843.

¹⁰⁶⁾ ERM I 469/17. Oktoberbericht St. Matthäi 1844.

¹⁰⁷⁾ ERM I 469/18. Oktoberbericht Ampel 1845.

¹⁰⁸⁾ ERM I 469/24. Oktoberbericht Reinis 1851.

¹⁰⁹⁾ ERM I 469/19. Oktoberbericht St. Jakobi 1846.

¹¹⁰⁾ ERM I 469/18. Oktoberbericht Jörden 1845.

Bauernschaft beitragen, und zwar mit einer jährlichen Zahlung von 12 Tonnen Roggen. Dieses wurde aber von den Bauern für unnötig befunden, und die Schule kam nicht recht in Gang ¹¹¹⁾). Trotzdem die Zermakantsche Schule ausschließlich vom Hof erhalten wurde, trat dort wiederholt offener Widerstand der Kinder gegen den Unterricht zu Tage, und zwar auf Veranlassung der Eltern ¹¹²⁾). Gerade dieses Gebiet hat sich auch späterhin durch besondere Auffälligkeit gegen die Schule auszeichnet, worauf noch zurückzukommen sein wird. —

Immer wieder wird in Predigerberichten mitgeteilt, daß für eine Schule ein neues Gebäude errichtet worden sei. Wenn dieselben fraglos lange nicht alle völlig zweckentsprechend waren, so war das immerhin ein Fortschritt gegen die bisher häufige primitive Unterbringung. Jedoch gab es auch jetzt noch Schulen ohne eigenes Gebäude: so erteilte 1846 in Undel der Schulmeister in seiner Badstube notdürftigen Unterricht ¹¹³⁾). Aber das Gehalt eines Lehrers finden sich für die vierziger Jahre nur vereinzelte Angaben: 1846 erhielt der Lehrer zu Maart pro Kind 28½ Kop. durch die Kirche, ferner hatte ihm der Hof das Gehorch erlassen. Eine weitere Fundierung bestand nicht. Da sich in der Schule nur drei Kinder befanden, war der Lehrer völlig ungenügend situiert und mußte seinen Lebensunterhalt auf eine andere Weise suchen ¹¹⁴⁾). Solche Nebenbeschäftigungen mußten wohl die Lehrtätigkeit schädigen, waren aber in einem derartigen Falle unerläßlich. In Luggenhufen waren die Schulen mit Land ausgestattet, und zwar erhielt der Lehrer fünf bis zwölf Loof Außsaat Feld, ferner einen Heuschlag, der 20—50 Faden Heu ergab (Isenhof, Erras, Maidel). In Sachhof zahlten Hof und Gebiet je drei Tonnen Roggen und zwei Tonnen Gerste, ferner nutzte der Lehrer einen Heuschlag, der jährlich fünf Faden Heu lieferte ¹¹⁵⁾). Es ist heute natürlich nicht mehr möglich, derartige Naturallieferungen nachträglich in Geld umzurechnen. Im allgemeinen wird man aber wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß sich der Lehrerstand der vierziger Jahre zum großen Teil wirtschaftlich in einer schweren Lage befand.

In den vierziger Jahren haben auch die Fälle noch nicht ganz aufgehört, wo der Schulbetrieb durch Schuld der Gutsherrschaft nicht in Gang kam. So war z. B. 1841 die Schule in Jasse einge-

¹¹¹⁾ ERM I 469/24. Oktoberbericht Jörden 1851;

¹¹²⁾ ERM I 469/15. Oktoberbericht Rappel 1842.

¹¹³⁾ ERM I 469/19. Oktoberbericht St. Katharinen. 1846.

¹¹⁴⁾ *Ido.* Oktoberbericht Jegelecht 1846.

¹¹⁵⁾ ERM I 469/18. Oktoberbericht Luggenhufen 1845.

gangen: der Lehrerposten war dort vakant, und trotz Bitten des Ortspastors wurde seitens der Gutsherrschaft kein neuer Lehrer ernannt¹¹⁶⁾. Ebenso wurde die Schule zu Rasth geschlossen, weil die Gutsherrschaft, welche für sie sorgte, verreist war (!)¹¹⁷⁾. Soweit fest war doch das Bewußtsein der Notwendigkeit der Schule noch nicht bei den Bauern verankert, daß sie in solchen Fällen die Sorge für die Schule selbst in die Hand genommen und dieselbe allein unterhalten hätten. Ein Druck von oben, sei es durch Ortspastor, Gutsverwaltung oder von woanders, war dazu unerläßlich. So hat denn auch der Pastor zu Klein Marien nicht unrecht, wenn er feststellt, vor Einführung eines scharfen Schulzwanges würden die Bauernschulen nicht aufblühen, da das Volk den Nutzen der Bildung noch nicht genügend erkannt habe¹¹⁸⁾.

Was die in den Schulen benutzten Lehrbücher anlangt, so beruht unsere Kenntnis für diese Zeit nicht auf tabellarischem Material, sondern nur auf einigen einzelnen Berichten. Wir erfahren, daß Bibel und Gesangbuch immer noch als Lesebücher verwandt wurden, daneben kam auch ein ABC-Buch vor, sowie Pastor D. W. Masings „Piibli luggud“ und seine schon früher erwähnten Lesetafeln. Ferner als sehr verbreitetes Lehrbuch der Katechismus¹¹⁹⁾. Daneben ist für einige Schulen auch die Benutzung des Schulbuchs von Ewers beglaubigt: so wurde z. B. bei den Rüstern zu Goldenbeck und Pierfal danach der Rechenunterricht erteilt¹²⁰⁾. In der St. Simonis'schen Parochialschule, die ja einen weiteren Umfang des Unterrichts hatte, wurden neben letzterem noch einige andere Lehrbücher benutzt: so das von Cannabich für Geographie, das Lehrbuch von Zahn für den Religionsunterricht und schließlich für den Gesangunterricht das Hagensche Choralbuch¹²¹⁾. Die Lehrmittelfrage war fraglos ein Gebiet, welches geeignet war, die Entwicklung der Dorfschulen hemmend zu beeinflussen. Die hierin liegenden Schwierigkeiten wurden auch von der Geistlichkeit voll erkannt. So beriet die Synode von 1849 diese Frage und setzte einen Preis für ein estnisches Elementar- und Schulbuch aus. Zur Beprüfung der Eingänge

¹¹⁶⁾ ESN I 469/14. Oktoberbericht Rötthel 1841.

¹¹⁷⁾ ESN I 469/19. Oktoberbericht Merjama 1846.

¹¹⁸⁾ ESN I 469/22. Oktoberbericht Kl. Marien 1849.

¹¹⁹⁾ ESN I 469/18. Oktoberberichte Jegeleht, St. Simonis, Wesenberg, Ampel 1845.

¹²⁰⁾ dto. Oktoberbericht Goldenbeck 1845.

¹²¹⁾ ESN I 469/21. Oktoberbericht St. Simonis 1848. — J. G. Fr. Cannabich, Lehrbuch der Geographie nach den neuesten Friedensbestimmungen. Almenau 1832; F. L. Zahn, Das Reich Gottes auf Erden. 2 Bde. Dresden 1830–34.

wurde eine Pastorenkommission eingesetzt¹²²⁾. Auf der 1851 abgehaltenen Synode referierte Pastor Grohmann-Turgel über die Tätigkeit dieser Elementarschulbuch-Kommission. Von den eingegangenen Arbeiten hatte sie eine prämiert, die den Lehrstoff in sechs Abteilungen gliederte: erstes Lesebuch, Belehrung über die Bibel, biblische Geschichte sowie kurze Kirchen- und Reformationsgeschichte, biblisches Spruchbuch, Rechenbuch und schließlich ein Gebetbuch. Als Verfasser der Arbeit erwies sich ein livländischer Geistlicher, Pastor Rörber in Jennern. Die Synode beschloß, mit Unterstützung der Synodalkasse für die Verbreitung dieses Buches Sorge zu tragen¹²³⁾. Vielfach waren die Lehrmittel sehr primitiv. So wird von einer Schule in Iotma in der ersten Jahrhunderthälfte berichtet, man habe dort statt Tafel und Hefen Kisten benutzt, welche mit Sand gefüllt waren, in diesen wurden mit Stöcken die Buchstaben gezeichnet¹²⁴⁾.

Diejenigen Kirchspiele, welche noch keine festen Schulen besaßen, waren bei den alten Unterrichtsseinrichtungen geblieben, wie Leseschulen, Sonntagsschulen und Unterricht bei privaten Lehrern. Und teilweise gab man sich damit auch völlig zufrieden: so berichtet der Pastor zu Hanehl, die ausschließlich auf Hausunterricht angewiesenen Kinder seines Kirchspiels könnten besser lesen als die des benachbarten Gebietes Wattel, welche die dortige Dorfschule besuchen¹²⁵⁾. Das Gebiet Parmel nimmt noch im Jahre 1846 die Neuanstellung eines ambulierenden Lehrers vor, anstatt eine Schule zu eröffnen¹²⁶⁾.

Zum Schluß dieses Überblicks über die Schulen in den vierziger Jahren seien noch einige Anstalten erwähnt, über welche wir genauer orientiert sind.

Das große wierländische Kirchspiel Haljal war lange ohne Dorfschulen geblieben. Der erste Gutsbesitzer, der eine solche für sein Gebiet errichtete, war der Landrat E. v. Jock-Saggad, der uns bereits als Präses der wierländischen Kreisschulbehörde begegnet ist. Diese Schule entstand bei der von ihm gestifteten Kapelle Esko, drei Kilometer vom Hof Saggad entfernt. Der Lehrer sollte gleichzeitig das Amt eines Küsters in Esko bekleiden und dort auch Gottesdienste abhalten. Dazu hatte Jock einen jungen Mann des Saggadschen Gebietes in Alexanderhof ausbilden lassen, dem er eine bis ins Kleinste gehende

¹²²⁾ ERM I 480/878. Synodal-Protokoll 25. VI. 1849.

¹²³⁾ dto. Synodal-Protokoll 1851.

¹²⁴⁾ ERM. Stipendiatenbericht W. Tomasson: „Ambla“ 1930.

¹²⁵⁾ ERM I 469/17. Oktoberbericht Hanehl 1844.

¹²⁶⁾ ERM I 469/19. Oktoberbericht Goldenbeck. 1846.

Instruktion erteilte¹²⁷⁾. Neben der Führung von Kirchenbüchern hatte der Lehrer die Verpflichtung, Verzeichnisse sämtlicher Kinder des Gebiets im Alter von mehr als zehn Jahren bis zur Konfirmation zu führen und in diesen die Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermerken, wonach die Kinder vom Pastor examiniert wurden. Ferner gehörte es zu den Obliegenheiten des Lehrers, vor dem Gottesdienst die Glocke der Kapelle zu läuten und die Kapelle zum Gottesdienst herzurichten; nach beendigtem Gottesdienst mußte er die Kapelle inwendig säubern, und zwar mit Hilfe der Schulkinder. Zu den Gottesdiensten war den Schulkindern ein besonderer Platz auf der Orgelempore angewiesen, auch sollten sie dabei als Sänger mitwirken. Eine Verpflichtung, die Fock Lehrer und Schulkindern ganz speziell ans Herz legte, war die Sorge für den die Kapelle umgebenden Friedhof. Der Schulmeister hatte dafür zu sorgen, daß auf allen Gräbern Kreuze aufgestellt wurden, nötigenfalls sollte er nach dem Gottesdienst die Kinder zu Reinigungsarbeiten auf dem Friedhof herbeirufen. Für diese Arbeit hatte er außerdem im Frühling und im Herbst je einen Tag anzusehen, wo alle Schulkinder und auch die Schulentlassenen bis zur Konfirmation, mit Besen und Harke versehen, zusammenzukommen hatten, um den Friedhof in Ordnung zu bringen. Der Lehrer erhielt aus der Magazinkiste ein Jahresgehalt von zwei Tonnen Roggen und ebensoviel Gerste; jedenfalls sollte er pro Winter für jedes Kind aus der Gemeinde Saggad 12 Stof Roggen erhalten. Kinder benachbarter Gemeinden durften nur mit Focks besonderer Genehmigung in die Schule aufgenommen werden, und daß nur gegen ein Schulgeld, welches der Lehrer selbst bestimmen konnte. Welche Kinder jedes Jahr in die Schule gegeben wurden, bestimmte Fock selbst. Alle weiteren Zuwendungen Focks an den Lehrer — es ist eine ganze Reihe solcher aufgezählt — werden von Fock als rein freiwillig bezeichnet, die der Lehrer nicht zu beanspruchen hat. Da dieser nachlässig wurde, bestimmte Fock späterhin in der Schulordnung, daß er für gute Amtsführung Geschenke erhalten sollte. Im übrigen klagt Fock wenige Jahre darauf über „horstiges und unfreundliches Wesen“ des Lehrers¹²⁸⁾. So war hier alles bis ins Kleinste durchdacht und festgelegt, und man sieht, wie sehr Landrat v. Fock diese Schöpfung am Herzen lag.

Einen noch deutlicheren Einblick gewinnen wir in die Tätigkeit des bereits wiederholt erwähnten Baron Uexküll-Fickel. Er hatte

¹²⁷⁾ GA II 1 469/16. Oktoberbericht Saljal 1843.

¹²⁸⁾ ME. A. Tallinn. Brieflade Sagadi Nr. 82. „Nachrichten über die Eskofje-Kapelle. 1845“

die erste Schule 1823 für Jeddefer gegründet und besoldete als Lehrer den Rüster Johansohn. Dann folgte 1833 eine Schule für Fickel, welche später den Namen Siche m erhielt, und in welcher 85 Bauernknaben Unterricht empfangen. Zuerst übernahm Michel Gildenmann die Leitung der Schule und widmete sich „mit aufopfernder Liebe und Hintenansehung seiner eigenen Geschäfte“ der Erziehung der Schulkinder. Dessen Sohn, Berend Gildenmann, ließ Uerfüll in der Revaler Kreisschule als Lehrer ausbilden. 1841 brannte diese Schule ab, wurde jedoch von Uerfüll bereits im Laufe von fünf Monaten wieder aufgebaut¹²⁹⁾. Im selben Jahre wurde dann auch Berend Gildenmann als Lehrer dort angestellt. Der Kontrakt, der dabei aus- gefertigt wurde, zeigt deutlich, welche Anforderungen Uerfüll an die Schule stellte, und welche Pflichten er dem Lehrer auferlegte. Es heißt dort: Er unterrichtet in den programmäßig fixierten Gegenständen; verpflichtet sich, die Knaben zu Reinlichkeit, Sittlichkeit und Fleiß an- zuhalten, die speziell Ausgewählten im Deutschen und Gesang zu unter- richten, streng darauf zu achten, daß sie im Sommer bei ihren Eltern nicht verwildern, sondern alle 14 Tage nachmittags in der Schule und alle 14 Tage in der Kirche sind. Der Lehrer ist verpflichtet, über Inventar, Geld und Geldeswert der Schule Rechenschaft abzulegen. Dafür er- hält er, wenn er seinen Pflichten nachkommt, ein jährliches Bargehalt von 200 Rbl., die nötigen Schulbücher und sonstigen Utensilien. Fer- ner wird ihm neben Gartenplatz und Scheune noch folgendes Deputat geliefert: 4 Tonnen Roggen, 4 Rülmet Grütze, 4 Loof Malz, ½ Pies- pfund Butter, Kartoffeln und Gemüse, 4 Schafe, Fleisch und Salz nach Bedarf, eine Kuh, Heu und Stroh für ein Pferd, Torf und Strauch für den Bedarf von 6 Monaten, 2 Paar Stiefel, 50 Ellen Leinwand, Lichte, Öl. Und neben diesem wirklich ungemein günstigen Gehalt (noch in den achtziger Jahren war als Normalgehalt 100 Rbl. jähr- lich angenommen!) wird noch eine väterliche Behandlung und Schutz nach außen zugesichert. Daneben sind auch die Schulkinder nicht ver- gessen: Uerfüll bewilligt Bettzeug, 100 Lichte, für die Ärmsten Hem- den, Mützen und Pasteln, Hülsenfrüchte und 3½ Loof Roggen pro Knaben. Auf diese Weise war den Eltern der Entschuldigungsgrund aus der Hand gewunden, sie seien zu arm, um die Kinder zur Schule zu schicken. Im Gegenteil — die Volkstradition berichtet noch heute, die Eltern hätten selbst ihre Kinder veranlaßt, zur Schule zu gehen,

¹²⁹⁾ U. S. W. Stipendiatenbericht H. Ottenfon: „Wigala“ Abschrift eines Dokuments aus dem Turmknopf der Kirche zu Fickel. 1845.

um Roggen „zu verdienen“ Diese Schule stellte Uexfüll unter den besonderen Schutz seiner Erben, der Kirchenvorsteher und des Pastors zu Fiedel¹³⁰⁾. Neben dem theoretischen Unterricht im Winter sollten die Zöglinge in Sichem im Sommer praktischen Unterricht im Landbau erhalten. Dazu hatte Uexfüll der Anstalt auch ein Landstück zugewiesen, von dessen Erträgen 12 Arme und Kranke ernährt wurden¹³¹⁾. Der erhaltene Stundenplan der Anstalt umfaßt täglich 7 Unterrichtsstunden und eine Stunde Gesang. Enthalten sind Lesen, Kopf- und schriftliches Rechnen, Schreiben, auch nach Diktat, u. s. w.¹³²⁾. Von 30 Knaben, welche 1840 die Schule besuchten, lernten 10 auch Deutsch. Für den Aufbau der Schule spricht der Lehrer Gildenmann Uexfüll den Dank der Fiedelschen Bauern aus und zählt die gestifteten Lehrmittel auf: eine große Bibel, 30 Tafeln, 20 Bücher Jesus Sirach, 20 Katechismen, 20 ABC-Bücher u. s. w.¹³³⁾. Zwischen Gildenmann und Baron Uexfüll bildete sich ein schönes Vertrauensverhältnis heraus; wenn ersterer in bezug auf die Schule irgend einen Wunsch hatte, so wandte er sich an seinen Herrn mit der Bitte darum. Einige derartige Briefe sind erhalten.

So schreibt er im Jahre 1841: „Des gnädigen Herrn Baronen unterthäniger Diener bittet nicht vor übel zu nehmen, daß derselbe an Sie schreibt, der ich ein unverständiger Knabe bin und solches wagen darf. So ersuche ich durch mein Schreiben meinen guten Herrn Baronen, um etwas zu bitten, nämlich: Da mein Vater mir aus sagte, daß nur dreißig von den Schülern Brod bekämen, also, daß die übrigen ohne bleiben. So wünschte ich, daß Herr Baron allen gäben, wenn auch nur ganz wenig. Da kann niemand von den Eltern der Kinder sagen: Bin auch ich nicht des Herrn Baronen Glied, warum versorgt man ein Kind besser, als das Andere, denn wir sind ja nicht anders, als Glieder des Herrn Baronen, für welche Herr Baron sorgen müssen. So bitte ich meinen guten Herrn Baronen nochmals, die Kinder möchten alle gleich bekommen, da werden Herr Baron von den Menschen großen Dank und von Gott großen Segen ernten. Doch, über alles, geschehe nicht mein, sondern des Herrn Baronen Wille. Für die Schulanstalten und Errichtungen derselben, danken die Leute dem guten Herrn Baronen herzlich sehr, damit ihre Kinder zum Guten tüchtig lernen. Auch mein Vater und ich danken dem guten Herrn Baronen für alles Gute, welches Herr Baron für uns getan haben, und wünschen daß für den guten Herrn Baronen und der gnädigsten Baronesse gute Gesundheit¹³⁴⁾.“

¹³⁰⁾ St. A. Wigala. Nr. 17. Kontraktsentwurf zwischen B. Baron Uexfüll und B. Gildenmann. Alt Fiedel 1. XI. 1841.

¹³¹⁾ dto. Schriftstück des B. Baron Uexfüll. [1841].

¹³²⁾ dto. Stundenplan der Schule zu Fiedel.

¹³³⁾ dto. Lehrer Gildenmann an Baron Uexfüll. 6. v. 1840.

¹³⁴⁾ dto. Lehrer B. Gildenmann an Baron Uexfüll. „Im Schulhause“ 17. x. 1841.

Auß dem bereits angeführten Kontrakte geht hervor, daß Uexküll dieser Bitte stattgegeben hat, da er für jeden Schüler 3½ Loof Roggen bewilligte. Gilденmann wandte sich auch an seinen Herrn, wenn es sich darum handelte, begabten Schülern eine bessere Bildung zu verschaffen. So bittet er, den Raubseppa Jaan bei ihm als Kirchen=Orgelspieler unterrichten zu lassen, weil er ihn „so lieb hat“ und er auch einige Kenntnisse in dieser Kunst bereits besitzt. Den Hermann bittet er irgendwie in der Technologie unterrichten zu lassen¹³⁵). Im selben Konvolut, das das Material über Fiddel enthält, befindet sich ein von der Hand eines Schülers gezeichnetes Bild des Herrenhauses zu Fiddel. In einer darauf verzeichneten Anmerkung äußert Uexküll sein Erstaunen über die Talente der Knaben und die Fortschritte, die sie machen, und schreibt dazu: „Ich habe meinen kleinen Magister sehr lieb“¹³⁶). Dieses Zusammenwirken von Gutsherr und Lehrer zum Besten der Bauernschaft dauerte segensreich bis zum Jahre 1845, wo Gilденmann die Leitung der Jeddeferschen Musterparochialschule übertragen wurde. 1847 wurde, nachdem Gilденmann Fiddel verlassen hatte, ein neuer Lehrer, Jaan Eisen, angestellt. Auch mit diesem scheint Uexküll die besten Beziehungen gehabt zu haben. Bis 1874 sind von Eisen 1725 Kinder unterrichtet worden, — in diesem Jahre wird er für treuen Dienst zu einer Belohnung vorgestellt¹³⁷). Elf seiner Zöglinge haben den Lehrerberuf ergriffen. Die Speisung der Kinder in der Schule ist auch zu Eisens Zeiten fortgesetzt worden; in der Erinnerung des Volkes lebt noch heute fort, daß Eisen an einem Tage Brot, am zweiten gekochte Erbsen, am dritten Brei verabfolgte. Uexküll selbst besuchte häufig die Schule¹³⁸). Wenn die Schule etwas brauchte, so wandte auch Eisen sich vertrauensvoll an seinen Herrn: so bittet er einmal um eine Wandkarte von Europa und zwei „Panigloben“¹³⁹). Einige Übersetzungen von Schülerbriefen an Uexküll aus der Amtszeit Eisens sind geeignet, dieses einzigartige Verhältniß zwischen Herr und Bauernschaft zu beleuchten¹⁴⁰).

¹³⁵) dto. B. Gilденmann an Baron Uexküll. Jeddefers 10. III. 1845.

¹³⁶) dto. Zeichnung des Herrenhauses zu Fiddel.

¹³⁷) G.N.A. A IV 111. Kirchengvorsteher Baron Mahdell u. Pastor Garten an die Oberschulkommission. Fiddel 3. v. 1874.

¹³⁸) G.N.A. Stipendiatenbericht H. Ottenson: „Wigala“ 1924.

¹³⁹) G.N.A. Papiere betr. die Schule Dese: Lehrer Eisen an Baron Uexküll. Fiddel 29. XII. 1850.

¹⁴⁰) dto. Translate der estnischen Originale. Undatiert.

I. Lieber Herr Baron. Wir danken dem Herrn Baron und der Frau, daß wir dieses Jahr wieder in die Schule gehen dürfen. Wenn der liebe Herr Baron und die Frau nicht die Schule unterhalten hätten, so wären wir wie Schweine aufgewachsen. Gott gebe, daß wir den in der Schule empfangenen Unterricht von ganzem Herzen aufzunehmen verstehen und daß wir nicht stolz werden.

M. Unda.

II. Lieber Herr Baron. Gott vergelte dem lieben Herrn Baron und der Frau alles das, was die Herrschaften für uns tun. Die Herrschaften haben uns einen Schulmeister beschafft, der lehrt uns jeden Tag Stücke des alten und neuen Testaments. Solch ein Erkennen Gottes ist eine teure Sache. Wir danken dem Herrn und der Frau, daß sie wünschen, daß wir Gott erkennen.

J. Tohwre.

III. Geehrter Herr Baron. Ich bin aus einer fremden Gemeinde, aber mein Herz dankt auch dem lieben Herrn, daß der Herr auch Fremden nicht verboten hat, Gott zu erkennen. Und wenn wir das, was uns einmal gelehrt, behalten könnten, so würden wir hier auf Erden Gewinn erzielen und noch mehr wenn wir einst sterben.

M. Mitt (aus Felds).

IV. Dankeswürdiger Herr Baron. Der liebe Herr Baron ist wohl weit von uns, und wir wissen nicht, wo der Baron ist, aber der Herr hat uns in Fidel eine große Sache hinterlassen — die Schule, wo wir Gott, Gottes Willen und die Liebe Jesu kennen lernen. Diesen Besitz zerstören weder Motten noch Rost, aber gebe Gott, daß unser böses Herz ihn nicht fortschenkt für dumme Laten.

J. Tanni.

V. Lieber Herr Baron. Ich bin unter allen Schülern der Dümme gewesen: meine Mutter sorgte nicht für Schule, ich selbst wollte nicht in die Schule kommen, blieb zu Hause und vergeudete unnütz zwei Winter mit Mutterwillen. Ich habe nun begonnen zu meinen, daß es mir zum Schaden gereicht, wenn ich die Schule verachte und ich kam wieder zur Schule. Gott gebe mir nun besseren Lerneifer.

Kaarl Wedoroto.

VI. Geehrter lieber Herr Baron. Allenthalben sorgt man für uns. Wir erhalten jede Woche Erbsensuppe und die Ärmern bekommen auch Brot. Nun hat auch der Gärtner Lintrop neue Bäume dorthin gepflanzt, wo die alten verschwunden waren, und noch hübsche Tannengruppen. Gott gebe uns Verstand, dem Herrn auch wieder zur Freude zu sein.

M. Leber.

Neben dieser Schule förderte Uerfüll auch den Unterricht durch den Küster Johansohn, worüber ein Kontrakt vorliegt. Für den Unterricht von 30 Knaben sollte Johansohn pro Schüler monatlich 1 Rbl. erhalten, außerdem wie Gildenmann Schulbücher und andere Utensilien, Strauch, Torf, Hafer, Heu, Lichte, Bettzeug und Hemden für die Schule und schließlich ebenfalls für jeden Knaben 3½ Loof

Roggen¹⁴¹⁾. Aber auch den Unterricht der weiblichen Jugend vernachlässigte Uexküll nicht, sondern stellte für dieselbe als Lehrerin Anna Heinrichson an. Ihr wurden ungefähr dieselben Verpflichtungen wie Gildenmann auferlegt, wofür sie ein Jahresgehalt von 120 Rbl. bei freier Kost, Heizung und Beleuchtung sowie Schulutenzilien erhalten sollte. 15 armen Mädchen wurde freie Kost, Bettzeug, Wäsche und Pasteln bewilligt. Diese Anstalt, an welcher auch Handarbeiten gelehrt und Außerwählte im Deutschen unterrichtet werden sollten, stellte Uexküll unter das Protektorat seiner Mutter, seiner beiden Schwwestern und des Pastors Harten¹⁴²⁾.

Aber noch weiter gehende Pläne schwebten Uexküll vor. So richtete er ein Schreiben an eine hochgestellte Persönlichkeit in St. Petersburg, vermutlich den Grafen Cancrin (der Name ist nicht genannt) und machte darauf aufmerksam, daß bisher in Estland nichts für die technischen Fächer geschehen sei. Er äußerte die Absicht, eine pol y t e c h n i s c h e A n s t a l t zu gründen, welche eine „agronomische Richtung“ nehmen sollte. Zum Muster wollte er eine derartige Anstalt in St. Petersburg nehmen; Sammlungen, Utensilien und Apparate fehlten ihm zwar, der Lehrer, Schüler und das Lokal, gab er an, seien bereits vorhanden. Gerade zur Beschaffung verschiedener Apparate erbitte er nun Unterstützung. Einen bei Prof. Schmalz ausgebildeten Techniker bat er in die Petersburger Anstalt aufzunehmen, um ihn weiter als Lehrer für Fickel auszubilden¹⁴³⁾. Für diese Anstalt arbeitete Uexküll ein genaues Projekt aus. Er beabsichtigte junge Leute beliebigen Standes, wo nur gewisse Vorkenntnisse vorlagen, aufzunehmen, und stellte einen Lehrplan für einen achtjährigen Kursus auf, der allerlei theoretische Fächer enthielt, nebenbei Technologie, Baukunst, Buchhaltung, landwirtschaftliche Meliorationen, Gartenbau, Forstwirtschaft und anderes mehr. In die Schule sollten zehn junge Leute eintreten, sechs davon vom Hof Fickel gestellt, die übrigen durch seine Verwandten von den Höfen Heimar, Kaph, Walf und Matzal. Sogar ein Kostenanschlag wurde aufgestellt, der sich in recht bedeutenden Summen bewegte, so daß die jährlichen Gesamtkosten der Fickelschen Anstalten 10.000 Rbl. betragen sollten, die Uexküll selbst zu bestreiten gedachte¹⁴⁴⁾. Im Jahre 1843 verhandelte Uexküll mit einem in Aussicht genommenen Leiter der Anstalt, Gustav Martinsen; in einem Kontraktentwurf war für diesen ein Vorgehalt von 300 Rbl. jährlich vorgesehen, ferner Deputat im Werte von 500—740 Rbl. Im übrigen zerstückelten sich die Verhandlungen anscheinend: Martinson verlangte ein zweites Pferd, was Uexküll ablehnte, ferner 15 Stof Spiritus jährlich, höheres Deputat u. s. w.¹⁴⁵⁾. — Auch eine a g r o n o m i s c h e A n s t a l t plante Uexküll, wozu er eine Dreitagsstelle ins Auge faßte.

¹⁴¹⁾ R. A. Wigala. Bd. 17. Lehrer Gildenmann an Baron Uexküll. Jeddefer 10. III. 1845; Kontrakt Baron Uexküll — Küster Johansohn. 1. XI. 1841.

¹⁴²⁾ dto. Kontrakt Baron Uexküll — A. Heinrichson. 1. XI. 1841.

¹⁴³⁾ dto. Baron Uexküll an [Graf Cancrin?] 21. XI. 1841.

¹⁴⁴⁾ dto. Plan für die Errichtung einer Gewerbeschule.

¹⁴⁵⁾ dto. Kontraktentwurf Baron Uexküll — G. Martinson. Dorpat 11. I. 1843.

Dort sollten 20 Wirtssöhne landwirtschaftlich ausgebildet werden. Auch hier ist ein Kostenanschlag von 3000—4000 Rbl. aufgestellt ¹⁴⁶⁾).

1843 teilt Uexküll dem Wiedischen Oberkirchenvorsteheramt mit, die technische und agronomische Anstalt in Verbindung mit der Alt-Fickelschen Schule begründet zu haben, und trifft Maßregeln zu ihrer Sicherstellung auch nach seinem Tode. Für die Aufrechterhaltung der Anstalten stiftet er ein Legat und erhöht das Majoratskapital, verpflichtet dafür aber den jeweiligen Majoratsherrn, für das Gedeihen derselben zu sorgen. Für Säumigkeit darin soll der Majoratsherr mit einer namhaften Summe gepönt werden. Die Aufsicht über den Fortgang der Stiftungen übergibt er dem Oberkirchenvorsteheramt, welches sie gemeinsam mit zwei Gliedern der Familie Uexküll ausüben soll ¹⁴⁷⁾. In diesem Schriftstück bezeichnet Uexküll selbst alle die Anstalten als bestehend; wie weit aber tatsächlich technischer und agronomischer Unterricht erteilt worden ist, ist unklar. In den Pastorenberichten z. B. wird solcher nicht erwähnt. Jedenfalls aber steht fest, daß Uexküll in großzügigster Weise Mittel für die Bildung seiner Bauern hergab; wenn er auch einer der reichsten Gutsbesitzer des Landes war, so reichte seine Opferfreudigkeit weit über das Gewöhnliche hinaus. In seinem Testament sicherte er den Bestand der Anstalten, indem er die Auszahlung gewisser Beträge für Schulen festsetzte, auch die Sorge für die Ernährung von 30 Knaben und 20 Mädchen legte er fideikommissarisch fest. Und von seiner Beisehung auf dem Erbbegräbnis zu Alt-Fickel bestimmte er, sie solle ohne alles Gepränge, nur in Gegenwart seiner nächsten Angehörigen und der Schulkinder stattfinden ¹⁴⁸⁾.

Wenn man zusammenfassend die Entwicklung der vierziger Jahre betrachtet, so wird man in legislativer Hinsicht die bedeutenden Fortschritte nicht verkennen können, besonders die Tatsache, daß die Ritterschaft als solche nun die Administration der Schule in die Hände nahm. Was die rein praktischen Erfolge anlangt, so dürfte wohl das schon erwähnte Urteil des Ritterschaftshauptmanns v. Engelhardt den Tatbestand am besten charakterisieren: es war zwar viel erreicht, aber nicht das, was man hätte erwarten können. In erster Linie wirkte da fraglos die Tatsache der Verzögerung der Bestätigung der Landtagsbeschlüsse mit, weswegen die Neukonstituierung der Oberschulkommission nicht möglich war und ein langes Übergangsstadium eintrat.

¹⁴⁶⁾ dto. Kostenanschlag für das agronomische Institut.

¹⁴⁷⁾ A. St. A. Tallinn. B. B. 23. Baron B. Uexküll an das Wiedische Oberkirchenvorsteheramt. Reval III. 1843.

¹⁴⁸⁾ dto. Testamentsentwurf des Baron B. Uexküll. Dorpat 17. I. 1843.

6. Die Entwicklung auf Grund des Bauerngesetzbuchs von 1856 und des provisorischen Regulativs von 1867.

a. Schulfragen der fünfziger Jahre bis zur Bauernverordnung von 1856.

In den fünfziger Jahren nahm die Tätigkeit in den einzelnen Kirchspielen zwar ihren Fortgang, aber auf den Landtagen und Sitzungen des ritterschaftlichen Ausschusses sind Volksschulangelegenheiten nur selten verhandelt worden. Dagegen wurde die Diskussion auf den Synoden fortgesetzt. Die Debatten von 1849 sind von geringem Interesse; ergiebiger gestaltete sich die Aussprache im Jahre 1850, wo Pastor Hoerschelmann in einem Vortrage die Frage anschnitt, ob Volksschulen tatsächlich nur dann gedeihen könnten, wenn sie aus dem Volke selbst hervorgingen, d. h. ein bereits gefühltes Bedürfnis befriedigten, eine Ansicht, die eine gewisse Verbreitung besessen zu haben scheint. Die Antwort ging jedoch dahin, nur durch gut organisierte Schulen könne der Sinn für Schulbildung und das Verlangen danach geweckt werden. Aus dieser Erkenntnis ergab sich die Forderung, die Schulsache möge viel reger als bisher betrieben werden¹⁾. Die darauf folgende Synode des Jahres 1851 setzte die Aussprache fort, und zwar auf Grund eines Vortrages von Propst Paucker-St. Simonis über das Thema: was hat die Landeskirche seit der Reformation für die Volksschule getan, und was ist jetzt ihre Pflicht auf diesem Gebiet? Paucker kam zur Feststellung, bisher sei wenig oder nichts Erfolgreiches geschehen, wofür die Schuld jedoch nicht ganz der Kirche zuzuschreiben sei. An positiven Forderungen erhob er die nach Errichtung einer guten Parochialschule zur Lehrerausbildung und Vorstellung einer sorgfältig ausgearbeiteten Schulordnung an die Ritterschaft, welche gebeten werden sollte, gemeinsam mit der Landeskirche an den Schulen zu arbeiten. Die Synode schloß sich Pauckers Ausführungen an und wählte

¹⁾ *GA* I 480/878. Synodal-Protokoll 20. VI. 1850.

eine Kommission zur Ausarbeitung einer Schulordnung, bestehend aus dem Antragsteller und den Pastoren Harten=Fidel, Hoerschelmann=Röthel, Hoffmann=St. Marien=Magdalenen und Haller=Rappel²⁾). Diese Kommission arbeitete nun Vorschläge aus und unterbreitete sie der Synode von 1852, welche dieselben annahm und den Pastoren mitzuteilen beschloß, ebenso sollten sie zur Kenntniß der Ritterschaft gebracht werden³⁾). Diese Schulordnung hat sich vermutlich auf innere Fragen des Schulbetriebes bezogen und ist heute unauffindbar; bei der ritterschaftlichen Repräsentation haben keine Verhandlungen über sie stattgefunden. Auch läßt sich nicht feststellen, wie weit sie tatsächlich zur Durchführung gelangt ist. Vor der Synode gelangt nun ebenfalls die Diskussion über das Schulwesen zu einem gewissen Stillstand und ist erst in Verbindung mit der Veröffentlichung des neuen Bauerngesetzbuches wieder aufgenommen worden.

Die fünfziger Jahre sind in der Geschichte des Bauernschulwesens Ostlands eine Zeit der Entwicklung ohne viel einschneidende Ereignisse, abgesehen von der Neuregelung des Seminarwesens und der Inkraftsetzung des neuen Bauerngesetzbuches.

Im Jahre 1852 lief der Pachtkontrakt der Aktionäre von Alexanderhof mit dem Grafen Toll=Arrokküll über die von der Anstalt genutzten Ländereien ab. Im Namen des Bauernschulkuratoriums brachte Landrat Baron Ungern=Sternberg dieses zur Kenntniß des Ausschusses und machte darauf aufmerksam, der Kontrakt müsse nun entweder verlängert oder mit dem Seminar eine andere Einrichtung getroffen werden. Der Ausschuß neigte zunächst zur ersten Möglichkeit und beauftragte den Ritterschaftshauptmann v. Engelhardt, zu sondieren, ob eine Verlängerung unter den bisherigen Bedingungen möglich sei⁴⁾). Aus irgendwelchen heute nicht mehr feststellbaren Gründen zerschlugen sich jedoch die Verhandlungen und es ergab sich die Notwendigkeit, das Seminar zu verlegen. Nun trat der Präses des Bauernschulkuratoriums, Baron Ungern, mit den Kuratoren der Stiftung des Baron Chr. Staßberg in Ruda, A. v. Essen, Landrat v. Lilienfeld und v. z. Mühlens=Odenkat in Verbindung. In Ruda waren bis dahin verschiedene Schulanstalten mit mehrfachen Unterbrechungen tätig gewesen, ohne daß die Anstalt ihrem eigentlichen Zweck zugeführt worden wäre. Da sich nun eine Gelegenheit dazu bot, zeigten die Kuratoren der ritterschaftlichen Anfrage Entgegenkommen, erboten sich, ein Seminar für

²⁾ dto. Synodal=Protokoll 1851.

³⁾ dto. Synodal=Protokoll 25. VI. 1852.

⁴⁾ EA. A IV. 3. Ausschuß=Protokoll 22. XI. 1852.

12—20 ritterschaftliche Zöglinge einzurichten und für einen erprobten Hausvater und tüchtigen Lehrer zu sorgen. Der Ritterschaft sollte das Recht der Kontrolle durch das Bauernschulkuratorium eingeräumt werden; für jeden Zögling sollte sie im ersten Jahre eine Zahlung von 50, dann von 40 Rbl. jährlich entrichten. Die Rudaschen Ländereien, 5 Sonnstellen Gartenland, 36 Acker und 84 Heuschlag, sollten zur landwirtschaftlichen Beschäftigung der Zöglinge in ihren Freistunden dienen. Das Bauernschulkuratorium fand dieses Angebot durchaus günstig, besonders auch, da die Persönlichkeiten der Kuratoren dafür bürgten, daß die Anstalt in gute Hände kam, und beschloß daher, dem Landtage die Annahme dieser Bedingungen anzuempfehlen und die Zahl der auf ritterschaftliche Kosten aufzunehmenden Zöglinge zunächst auf 12—15 zu beschränken⁵⁾. Der Landtag schloß sich diesen Vorschlägen an und entschied, die Anstalt in Alexanderhof eingehen zu lassen und eine ähnliche unter den gestellten Bedingungen in Ruda zu errichten, wobei zunächst 12 Zöglinge Aufnahme finden sollten⁶⁾. Nun erwies sich jedoch in Ruda eine Reihe von Wiederherstellungsarbeiten an den Gebäuden als notwendig. Daher beschloß der Ausschuß auf Antrag des Landrats v. Lilienfeld, das immer noch in der Kreditkasse liegende Kapital des permanenten Komitees, welches seinerzeit für Ruda auf Stadelbergs Aufruf hin gesammelt worden war, zu diesem Zweck zur Verfügung zu stellen⁷⁾. So gelangten die Rudaschen Kuratoren in den Besitz der Summe von 1693,17 Rbl., wodurch sie in den Stand gesetzt wurden, eine Reihe von Remonten vorzunehmen, einige Neubauten zu errichten und einiges an Inventar anzuschaffen. Es erwies sich, daß an den Gebäuden vieles ausgebessert werden mußte. So wurde die ganze vorhandene Summe für diese Zwecke aufgebraucht⁸⁾. Neumann weiß zu berichten, daß sich für die Errichtung in Ruda der Besitzer von Pärjental, Baron Friedrich Stadelberg, interessiert hat und es ihm zu verdanken ist, daß die Stiftung ihrem eigentlichen Zweck zugeführt wurde; der Familie Stadelberg hätte auch das in Alexanderhof genutzte Inventar gehört, und dieses sei 1854 nach Ruda übergeführt worden. Von dreien der letzten Alexanderhofschen Zöglinge berichtet er, sie seien im Auslande landwirtschaftlich ausgebildet worden und wahrscheinlich als

⁵⁾ ГМН. V III 26. В. Барон Ungern-Стерenberg i. М. б. Bauernschulkuratoriums an den Landtag. Reval 26. I. 1854.

⁶⁾ ГМН. V IV 7. Landtags-Protokoll 30. I. 1854.

⁷⁾ ГМН. V III 26. Ausschuß-Protokoll 2. II. 1854.

⁸⁾ ГМН. V III 35. Rechnungsbuchbericht V. b. Esfen über Ruda. 25. I. 1857.

Lehrer für Ruda ins Auge gefaßt gewesen⁹⁾. Es sind das völlig unkontrollierbare Nachrichten, die sich quellenmäßig nicht belegen lassen. Daß das Alexanderhoff'sche Inventar Stadelberg gehört haben sollte, ist z. B. jedenfalls falsch, das übrige erscheint wenig wahrscheinlich. Wohl aber ist richtig, daß der Lehrer Karl Koch aus Alexanderhof übernommen wurde und in Ruda bis zu seinem frühen Tode am 26. Febr. 1859 tätig war¹⁰⁾. Die Alexanderhoff'sche Anstalt wurde 1854 geschlossen, und die Gesellschaft der Aktionäre stellte ihre Tätigkeit ein. Nach Neumann ist sie in der Zeit ihres Bestehens von 70 Personen besucht worden; ob diese Zahl richtig ist, läßt sich bei Neumanns Unzuverlässigkeit nicht feststellen, und aktenmäßige Angaben fehlen¹¹⁾. Ebensovienig läßt sich der spätere Lebenslauf der Zöglinge verfolgen, da die Schulberichte der Mitte des Jahrhunderts noch keine Daten über den Bildungsgang der Lehrer enthalten. Der eine oder andere mag wohl auch einen anderen Beruf ergriffen haben, denn es wiederholte sich mehrfach, daß Seminarabsolventen keine Lehrerstellen einnehmen konnten, weil sie in ihren Gemeinden weder einen gesicherten Unterhalt, noch Schulgebäude vorfanden¹²⁾. Trotzdem bleibt jedoch der Alexanderhoff'schen Anstalt der Ruhm vorbehalten, in Estland die Grundlage zu einem vorgebildeten Lehrerstande geschaffen zu haben.

Wie schon erwähnt, zog sich die Bestätigung des Bauerngesetzes in die Länge. Am 5. XI. 1851 war der endgültige russische Text in St. Petersburg eingereicht worden, an welchem jedoch der Generalgouverneur Suworow einige Veränderungen vorgenommen zu sehen wünschte. So mußte eine ritterschaftliche Redaktionskommission niedergesetzt werden, deren Entwurf 1853 auf dem Landtage beraten wurde. Bei all diesen Verhandlungen ergaben sich in betreff des Abschnitts über das Schulwesen keine Schwierigkeiten, er konnte jedoch nur in Verbindung mit dem ganzen Gesetzbuch bestätigt werden. Vom Herbst 1853 an wurden dann wieder Beratungen im Ostseekomitee gepflogen, wobei auch die Frage der auf dem Bauernlande lastenden Obliegenheiten zur Sprache kam. Der Ritterschaftshauptmann Baron Ungern proponierte, zu diesen u. a. den Unterhalt der Bauernschulen zu zählen, womit er auch beim Generalgouverneur durchdrang. Als eine Einigung erzielt zu sein schien, brach der Krimkrieg aus, weswegen das Ostseekomitee seine Tätigkeit unterbrach. Auf Wunsch der

⁹⁾ Neumann pg. 5, 9.

¹⁰⁾ Grabinschrift auf dem Friedhof bei der Kirche Merjama.

¹¹⁾ Neumann pg. 6.

¹²⁾ *CM. A* III 26. Bericht des Bauernschulfuratoriums 26. I. 1854.

Ritterschaft, Suworows und des Oberbefehlshabers der Truppen in Estland, Generaladjutanten v. Berg, wurde des Krieges wegen die Einführung des Bauerngesetzbuches verschoben. Erst im Sommer 1856 gelangte das Projekt, nachdem das Ostseekomitee seine Arbeiten daran abgeschlossen, zur Beratung in den Reichsrat, der es nicht weiter veränderte, sondern dem Zaren zur Bestätigung zuleitete. Diese erfolgte am 5. VII. 1856, und am 15. IX. 1856 wurde das neue Gesetzbuch mittelst Ukas des dirigierenden Senats publiziert, um am 24. IV. 1858 in Kraft gesetzt zu werden¹³⁾. Die Bestimmungen über das Schulwesen, welche dasselbe enthielt, sind bereits in Verbindung mit den Landtagsverhandlungen erwähnt worden, sollen hier jedoch noch kurz rekapituliert werden. Sie befinden sich in den §§ 1275—1282.

Darin werden die Bauerngemeinden von über 300 Seelen zur Errichtung und Erhaltung von Schulen auf ihre Kosten verpflichtet, kleine Gemeinden können sich dazu vereinigen. Zur Lehrerausbildung werden von der Ritterschaft zwei Seminare errichtet; die herangebildeten Lehrer haben nachher in ihren Gemeinden 12 Jahre lang als Schullehrer tätig zu sein, erhalten somit ein Recht auf Anstellung. Nebenbei dürfen sie, soweit dieses mit ihrem Lehrerberuf vereinbar ist, Gemeindeämter annehmen. Die Ritterschaft hat die Seminare zu unterhalten und über deren sowie der Bauernschulen spezielle Organisation eine Verordnung auszuarbeiten und bestätigen zu lassen. Zur Beaufsichtigung und Förderung der Schulen wird die Obereschulkommission gebildet, bestehend aus den vier Oberkirchenvorstehern, deren weltlichen Assessoren, dem Ritterschaftssekretären und dem Generalsuperintendenten, unter Vorsitz des Ritterschaftshauptmanns. Sie beaufsichtigt die Einrichtung, Revision und Vervollständigung der Gemeindeschulen und Seminare, sowie die Anstellung und Vagierung der Lehrer. Ferner führt sie in Zusammenarbeit mit dem Konsistorium Schulbücher ein, entscheidet Anfragen und Beschwerden über die ihr unterstellten Schulen und wendet sich nötigenfalls in Schulsachen an den Ausschuß oder den Landtag. Zur lokalen Aufsicht und Verbesserung des Schulwesens werden von den einzelnen Konventen Gutsbesitzer zu Kirchspielschulrevidenten gewählt, die für die Ausführung der Verfügungen der Zentralbehörde sorgen, dieser die notwendigen Auskünfte und Berichte unterbreiten und die Schulen ihres Kirchspiels revidieren, wobei sie aber die entsprechenden Pflichten der Pastoren nicht beschränken sollen¹⁴⁾. Einige weitere das Schulwesen betreffende Bestimmungen befinden sich unter dem Abschnitt über die Bauerngemeinde. Zu den Pflichten derselben gehört es, für den Unterricht der Kinder zu sorgen, Gebietschulen anzulegen und für die Anstellung von Schullehrern Sorge zu tragen. Durch die Kirchenvormünder hat sie die häusliche Erziehung und den Hausunterricht zu überwachen. Die Abgaben für die Schule, welche die Gemeinde selbst unter ihre Glieder zu reparieren verpflichtet ist, werden durch die Gemeindepolizei eingesammelt¹⁵⁾.

¹³⁾ Gernet pg. 234—254.

¹⁴⁾ Estländische Bauer-Verordnung. Reval 1857. § 1275—1282.

¹⁵⁾ dto. § 272, 365, 651 p. 8.

Somit war hier theoretisch eine Teilung der Kostenbeteiligung vorgenommen: Die Ausbildung der Lehrer sollte Sache der Ritterschaft sein, während die Kosten der einzelnen Schulen von den Bauern getragen wurden. Dieser Regelung widersprach nun der faktische Tatbestand: der größere Teil der Schulen wurde durch die Höfe allein unterhalten, und nur ein Teil unter Beteiligung der Bauerngemeinden, während nur ganz vereinzelte ausschließlich von der Bauernschaft unterhaltene Schulen existierten. Auf Grund dieser Bestimmungen wären die Höfe berechtigt gewesen, jegliche Beihilfen zurückzuziehen. Dieses ist nun nicht erfolgt. Die Beihilfen, welche vorwiegend aus Landdotationen der Schulen bestanden, blieben bestehen, und auch ferner beteiligten sich die Höfe in weitgehendem Maße. Daneben bestand jedoch dann die Möglichkeit, an Orten, wo dieses nicht oder nur ungenügend der Fall war, auf die Bauernschaft einen Druck auszuüben und sie selbst zur Sicherstellung der Schule zu zwingen. Bei zahlreichen späteren Neugründungen sind trotzdem die Höfe beteiligt gewesen. Den ehemaligen Plan der vier ritterschaftlichen Anstalten zur Lehrerausbildung hatte man fallen gelassen und sich auf zwei beschränkt: dieser Punkt war bereits erfüllt durch das Vorhandensein der Seminare in Jeddefer und Ruda. Allerdings konnte es als Mißstand empfunden werden, daß beide in einem Kreise und so nahe von einander belegen waren. Was die Bestimmungen über die Lehrer anlangt, so enthalten sie einen Punkt, welcher in der Folge schwerwiegende Nachteile ergeben hat: nämlich das den Lehrern eingeräumte Recht, weitere Gemeindeämter anzunehmen. Diese Bestimmung war aus zwei Gründen notwendig. Erstens benötigten die Gemeinden für die Sekretärsposten Personen von gehobenem Bildungsniveau, die sonst schwer zu beschaffen waren, dann aber war vielfach ein Nebenverdienst für die Lehrer aus materiellen Gründen unerläßlich. Die Gehälter waren vielfach zu niedrig, um einem Lehrer, speziell mit Familie, seine Existenz zu gewährleisten, und es fehlten jegliche Bestimmungen, welche ein Minimum fixierten, das in jedem Fall beschafft werden mußte. In diesem Punkte haben sich häufig Schwierigkeiten ergeben, da die Lehrer ihrer eigentlichen Tätigkeit entzogen wurden. Der ganze Abschnitt über das Schulwesen trägt im übrigen den Charakter eines Rahmengesetzes, wo nur einzelne Grundzüge festgelegt sind, weshalb denn auch eine spezielle Regelung in Aussicht gestellt wird, indem die Ritterschaft verpflichtet wird, eine ergänzende Verordnung für Bauernschulen und Seminare zu entwerfen und bestätigen zu lassen. Praktisch am wesentlichsten war die

Wiedereinsetzung der Oberschulkommission und der Kirchspielschulrevidenten. Dagegen war es ein empfindlicher Mangel der Neuordnung, daß die Kreis Schulbehörden fortgefallen waren; gerade diese hatten die Möglichkeit, bei einer geeigneten Zusammenlegung viel zu leisten. Für die Zentralbehörde, welche das Schulnetz des gesamten Landes zu leiten hatte, war es weit schwieriger, in das Detail einzudringen. So war die Arbeit an den einzelnen Schulen in die Kirchspiele verlagert, wodurch eine stark spürbare Lücke im Behördenaufbau eintrat, die ja auch später beseitigt worden ist. Weshalb das nicht gleich geschah, bleibt unklar. Die Zusammenarbeit mit der Landeskirche wird gewahrt, wobei sie jedoch an der Leitung des Schulwesens in der Zentralbehörde nur durch den Generalsuperintendenten vertreten ist. In der Praxis hat jedoch dieser wegen seiner Sachkenntnis und seines regen Interesses in der Arbeit der Oberschulkommission eine durchaus maßgebende Rolle gespielt.

In Verbindung mit dem neuen Bauerngesetzbuch tauchte die Frage auf, ob auch in Zukunft das Bauernschulwesen vom Ministerium für Volksaufklärung unabhängig bleiben sollte. Seit 1838 hatten die staatlichen Schulbehörden sich die größte Zurückhaltung auferlegt, so hatte z. B. der Kurator es 1852 abgelehnt, Schritte für die Ausschließung einiger Parochialschullehrer aus dem Steueroklad zu tun, da die Bauernschulen dem Lehrbezirk nicht untergeordnet seien¹⁶⁾. Angefangen vom Jahre 1839, hatte die Ritterschaft bis 1852 jährlich dem Minister für Volksaufklärung Berichte über den Stand des Volksschulwesens vorgestellt, wie dieses 1838 bei der Klärung der Kompetenzfrage bestimmt worden war. Dann aber wurde aus nicht feststellbaren Gründen diese Berichterstattung eingestellt, und vonseiten des Ministers mehrere Jahrzehnte lang auch nicht reklamiert; erst 1872 wurde sie zum Gegenstand einer Korrespondenz zwischen Ritterschaftshauptmann und Generalgouverneur¹⁷⁾.

Im Jahre 1856 wandte sich der Innenminister an den Minister für Volksaufklärung, Norow, um dessen Meinungsäußerung zum Bauerngesetzbuch einzuholen; letzterer ersuchte den Kurator des Dorpater Lehrbezirks v. Bradke um sein Sentiment. In seiner Antwort erklärte Bradke, eine Unterordnung der Bauernschulen unter die

¹⁶⁾ EMA. II III 21. Gouv. Schuldir. Baron Roffillon an den Ritt. Sptm. v. Engelhardt. Rebal 13. VIII. 1852 Nr. 513.

¹⁷⁾ EMA. II IV 102. Ritt. Sptm. E. Baron Mahdell an den Gen. Gouv. Fürst Wagration. Rebal 8. v. 1872 Nr. 1179.

Schulverwaltung des Lehrbezirks sei nicht zweckmäßig. Als Gründe führte er die örtlichen Umstände an, die estnische und lettische Unterrichtssprache, die technischen Schwierigkeiten einer Überwachung durch den Kurator und den besonderen Charakter dieser Schulen, die mehr auf die Vorbereitung der Kinder auf den Konfirmationsunterricht hinarbeiteten. Daraus kann geschlossen werden, daß die nicht mehr erhaltene Anfrage des Ministers die Frage eines Ressortwechsels der Volksschule angeschnitten hat. Auch der Generalgouverneur Suworow bezeugte, die estländischen Bauernschulen befänden sich in gutem Zustande, woraufhin dann das Ostseekomitee beschloß, dieselben unter der Oberaufsicht der ohne Beteiligung der Regierung gebildeten Schulkommission zu belassen¹⁸⁾. Leider ist diese Episode heute in ihren Einzelheiten nicht mehr zu klären, da die gesamte Korrespondenz darüber im Archiv des Kurators nicht erhalten ist. So beruht ihre Kenntniss auf einem nachträglichen Referat über diese Vorgänge in einem späteren Schreiben des Grafen Kesslerling.

Über die letzten Jahre der ritterschaftlichen Schularbeit vor der Restitution der Oberschulkommission sind wir verhältnismäßig schlecht unterrichtet. Was die Arbeit der Seminare anlangt, so gestaltete sich die Tätigkeit der Jeddefersehen Anstalt unter der Leitung des Lehrers Heinrichsen, des Nachfolgers Gildenmanns, durchaus erfolgreich. Ein Mißstand war allerdings, daß nicht die vorgesehene Anzahl von Zöglingen vorhanden war. 1855 verließen wieder acht Absolventen die Anstalt, die sich in der Folgezeit in ihrem Lehreramte gut bewährten. Vor diesen hatte die Anstalt bereits 24 Schulmeister entlassen, so daß nun im ganzen 32 Lehrer aus ihr hervorgegangen waren. Der nächste Coetus war etwas zahlreicher: 1857 befanden sich 11 Zöglinge in Jeddefer¹⁹⁾. In Ruda befand sich nach Angaben Neumanns anfangs nur ein einziger Schüler, Karl Rirschbaum²⁰⁾. Dann aber nahm die Zahl zu und stieg bald auf 9, welche Ende 1857 ihren Kursus absolvierten. Der Unterricht fand das ganze Jahr hindurch statt: im Winter 6 Stunden täglich sowie methodische Übungen an einer Knabenschule, im Sommer nur 4 Stunden und praktische landwirtschaftliche Arbeiten. Diesen suchten sich die Zöglinge anfangs zu entziehen, mit der Zeit jedoch gab sich das und die Schüler fanden auch zu dieser

¹⁸⁾ *GA. A IV 77*. Kopie d. Schreibens des Kurators Graf Kesslerling an den Min. f. Volksaufklärung. Dorpat 13. VI. 1866 Nr. 870.

¹⁹⁾ *GA. A III 35*. Bericht Pastor Garten. Fidei 9. III. 1857.

²⁰⁾ Neumann pg. 10.

Beschäftigung Neigung. In den ersten Jahren war der Betrieb der Anstalt, bis alles vollständig eingerichtet war, mit hohen Kosten verbunden, die aber mit der Zeit zurückgingen. So balancierte das Budget 1855 mit 2422 Rbl., 1856 jedoch schon mit 1041 Rbl. und 1857 mit nur 947 Rbl. Die geistliche Leitung des Seminars lag in den Händen der Pastoren Eberhard-Goldenbeck und Haller-Rappel. Ersterer nahm auch die Abschlußprüfung der ersten Zöglinge vor. Da die Befürchtung bestand, der Zuzug werde ungenügend sein, suchten die Kuratoren darum nach, die Ritterschaft möge dafür sorgen, daß wieder 12 neue Zöglinge erschienen, und nötigenfalls gewisse Güter zur Stellung von solchen verpflichten, wie das einst mit Alexanderhof geschehen war ²¹⁾. Auch das Bauernschulkuratorium erklärte die Einführung von Maßregeln zweck besserer Besetzung der Vakanzten für wünschenswert. Gleichzeitig unterbreitete es der Ritterschaft einige weitere Vorschläge, so die Versicherung der Seminargebäude gegen Feuer, und Erhebungen darüber, ob bei den Schulen auch Fundierungen vorhanden seien. Endlich schnitt es eines der Kernprobleme des Lehrerstandes an und erklärte die Festsetzung eines Minimums der Lehrergehälter durch die Ritterschaft für erwünscht; sei das erst geschehen, dann würden sich auch viel eher Reflektanten auf die Lehrerstellen finden ²²⁾. Der Landtag erkannte das Vorhandensein dieser Ubelstände an und erbat vom Kuratorium konkrete Vorschläge für ihre Beseitigung. Um die Vakanzten der Seminare zu besetzen, wurde beschlossen, neben den von den Gütern gestellten Zöglingen auch freiwillige aufzunehmen, die dann später berechtigt sein sollten, sich ihr Tätigkeitsfeld nach ihrem Belieben auszusuchen. Schließlich wurde der Wunsch ausgesprochen, dem nächsten Landtag möge eine Zusammenstellung der für das Bauernschulwesen gültigen Verordnungen unterbreitet werden. Letzteres hatte sich wohl als notwendig erwiesen, weil im Laufe der Zeit die verschiedensten, zum Teil sich widersprechenden Beschlüsse gefaßt worden waren und somit Unklarheiten darüber entstehen konnten, welche von denselben noch Gültigkeit besaßen. Die ritterschaftlichen Zuschüsse an die Seminare wurden auf 35 Rbl. pro Zögling festgesetzt ²³⁾.

²¹⁾ GNA. V III 35. Berichte des Audaschen Kurators A. v. Essen 25. I. 1857 u. 12. IX. 1857.

²²⁾ dto. Landrat Baron Ungern-Sternberg an den Ritt. Spim. Graf Rehse-ling. Rebal 8. III. 1857.

²³⁾ GNA. V IV 13. Landtags-Protokoll 14. III. 1857; Budgetentwurf für das Triennium 1857—1860.

b. Grundsätzliche Auseinandersetzungen der sechziger Jahre.

Die Bestimmungen des Bauerngesetzbuches kamen 1858 auf der Synode zur Sprache und zwar referierte über dieselben Pastor Knüpper-Klein Marien. Er legte den Hauptnachdruck auf eine ganz andere Seite des Schulwesens, als das bei der Ritterschaft üblich war, indem er verlangte, die Schulen müßten das kirchliche Leben zu fördern trachten. Knüpper wollte das Schulwesen in den Bereich des Gemeindelebens, ja des Gottesdienstes gezogen sehen und schlug dazu eine Reihe von Maßnahmen vor, wie kirchliche Lehrereinssegnungen, Vornahme von Katechesen der Schüler in der Kirche, Bildung von Kirchenchören durch die Schüler u. s. w. Im übrigen war er der Ansicht, die neuen Verordnungen bezögen sich gar nicht auf die bestehenden Schulen, da diese ja von den Gutseßigern und nicht von den Gemeinden errichtet seien, womit er fraglos völlig falsch interpretierte²⁴⁾. Für einen großen Teil der Pastoren verfolgten ja die Schulen vorwiegend kirchliche Zwecke, und sie benutzten dieselben zur Förderung des religiösen Lebens. Sie waren es, die die Schulen revidierten und immer wieder die Gutsherrschaft, wo nötig, für Schulangelegenheiten interessierten, sie standen in ständigem Kontakt mit den Lehrern, bei deren Anstellung sie stets mitwirkten. Es lag schon im Charakter ihres Berufes, daß sie die lokalen Bedürfnisse am besten beurteilen konnten. Die Kirchspielschulrevidenten, welche nach dem neuen Bauerngesetz gewählt wurden, mußten sich dagegen vielfach in ein ihnen neues Gebiet einarbeiten. Aus diesen Gründen sprach sich auf der Synode von 1859 der Generalsuperintendent Rein gegen eine das Detail behandelnde Schulordnung aus, wie sie ja durch das Bauerngesetz in Aussicht gestellt wurde. Besonders was die Lehrmethode anlangt, hielt er eine solche für unzweckmäßig, da seiner Auffassung nach die lokalen Verhältnisse sowie die Individualität von Pastor und Lehrer hierin eine gewisse Freiheit erforderlich machten. Ja, in manchen nicht näher ausgeführten Punkten erhoffte er sogar eine Abänderung des Bauerngesetzes. Auch die Synode sprach sich dafür aus, den Predigern bei der Gründung und Einrichtung von Schulen Freiheit zu lassen. — Diese Forderung war nun fraglos nicht berechtigt. Gerade Rein sah im Hausunterricht die Grundlage der Volksbildung. Und so drohte bei Einräumung allzu großer Konzessionen an die lokalen Verhältnisse

²⁴⁾ EA I 480/878. Synodal-Protokoll 13. IX. 1858.

in Gegenden mit vorwiegendem Hausunterricht, wie Harrien, daß Schulwesen überhaupt nicht auf eine zeitgemäße Grundlage zu gelangen. Es ist natürlich falsch, anzunehmen, die Pastorenschaft hätte ausschließlich eine religiöse Bildung der Schüler erstrebt; unter ihnen hielten wohl nur noch wenige an der Schule fest, die nur Lese- und Religionsunterricht bot. Aber gerade bei den Pastoren spielt die Argumentation mit Lokalamständen eine weit größere Rolle als in den Landtagsverhandlungen, und sie gehen viel stärker vom Überkommenen aus. Im übrigen war das Interesse der Synode für Schulfragen groß: so wurde 1859 auf derselben um Mitteilungen aus den Schulberichten gebeten, was dann auch geschah. Zu einer ausführlichen Debatte über Schulfragen, die die Ansichten der Geistlichkeit besonders deutlich werden läßt, kam es auf der Synode von 1862 und zwar in Verbindung mit einem Vortrag von Pastor Petersen-Worms über „Wesen und Bedeutung der Volksschule“. Referent betonte, daß die Volksschule vor allem Kirchenschule sei und bleiben müsse. Ihre Hauptaufgabe sei, ein verständnisvolles Lesen zu erreichen, was den Hausunterricht nur fördern könne. Wichtig sei die Benutzung von Lesetabellen, eines Volksbuchs biblischer Geschichten, volkstümlicher Erzählungen und einer kleinen Naturlehre. Eine besondere Hauptsache der Schule sei der Religionsunterricht. In der sich daran knüpfenden Debatte führte Pastor Roch-Haggers aus, die notwendigsten Vorbedingungen für eine Entwicklung des Schulwesens seien noch gar nicht vorhanden, die Lehrer seien nur selten wirklich tüchtig, das Volk sei sich noch gar nicht seiner selbständigen Stellung bewußt geworden und ein rechtes Bildungsbedürfnis gehe ihm ab. Lekterses könne nur in Verbindung mit einer Hebung seiner materiellen Lage besser werden. Rochs Ausführungen wurden sogleich von Pastor Eberhard-Goldenbeck angegriffen. Dieser betonte, mit der Einführung von Volksschulen dürfe man nicht auf das Erwachen eines Verlangens nach ihnen und auf Wohlstand der Bauernschaft warten, denn beides bedinge sich gegenseitig. Da der Erste geistig soweit unmündig sei, müsse Schulzwang angewandt werden. Ein Erlöschen des Hausunterrichts als Folgeerscheinung von Schulgründungen sei nicht zu befürchten, im Gegenteil werde er dadurch nur Ansporn erfahren. Schädliche Auswirkungen könne die Volksschule nur dann haben, wenn sie sich von der Kirche emanzipiere. Sehr treffende Äußerungen tat Pastor Rinne-Hanehl, der feststellte, die Schule habe nicht die Aufgabe, stellvertretend für das Haus fundamentalen Unterricht zu erteilen, sondern das im Hause Begonnene fortzusetzen, daher könnten beide

Formen des Unterrichts nur zusammen gedeihen. Rinne schlägt vor, einen dreijährigen Schulkursus obligatorisch zu machen und nachher die Kinder bis zur Konfirmation unter Schulkontrolle zu behalten. Ferner hält er, um gute Lehrer zu erhalten, eine reichliche Fundierung der Schulen auf Land für unerlässlich. So wurde hier das mit aller Schärfe ausgesprochen, was die Forderung der Zeit war, denn gerade das Fehlen des Schulzwanges und auskömmlicher Lehrergehälter waren ja die Krebschäden der estländischen Volksschule. — Aber gegen diese Ausführungen erhob sich Widerspruch. Pastor Luther = St. Jürgens polemisierte gegen Zwangsmaßregeln, die die Schule nur unpopulär machen würden, und ein großer Teil der Synode schloß sich ihm an. Pastor Knüpper wünschte keine detaillierte Schulordnung, sondern nur die Festlegung von Grundprinzipien, auch wollte er das Schreiben und Rechnen nur befördert, nicht gefordert wissen. Ja, er proponierte eine Formulierung, die Bauernschulen seien Kirchenschulen, und zwar als Vorschulen zum Konfirmationsunterricht. — Die nächste Synode von 1863 mußte konstatieren, die ganze Debatte wäre praktisch völlig resultatlos gewesen²⁵⁾. Und tatsächlich war man weder zu irgendeiner Resolution gelangt, noch hatte man sich zu Anträgen an die ritterschaftliche Repräsentation entschlossen.

Aber nicht nur vor einem geschlossenen Forum, wie die Synode ist, wurde die Schulfrage diskutiert, sondern auch vor der Öffentlichkeit. Und zwar erfüllt eine interessante Polemik die Spalten der „Revalischen Zeitung“ von 1861, wobei nur zu bedauern ist, daß die Schreiber sich in Anonymität hüllen.

Die Polemik beginnt mit einem Artikel, in dem festgestellt wird, das Volksschulwesen sei viel zu wenig Gegenstand der literarischen Debatte. Darauf wird eine historische Übersicht über das estländische Volksschulwesen gegeben, welche kurz vorher im Journal des Ministeriums des Inneren erschienen war. Die estländischen Verhältnisse werden darin keineswegs besonders günstig beurteilt: so wird festgestellt, daß die Qualität der beiden Seminare an die guter livländischer Parochialschulen nicht heranreiche; auch werden die verschiedenen Argumente erwähnt, die man in Estland gegen die Errichtung von Schulen auszuspielen pflegte; am Hausunterricht und seinem Wert wird Kritik geübt, dabei wird jedoch betont, daß in der letzten Zeit die Fürsorge der Pastoren und Gutbesitzer für das Schulwesen allgemein geworden sei²⁶⁾. — An dieses Referat knüpft auch der Autor des Zeitungsartikels eine scharfe Kritik des Hausunterrichts, den er als kärglich und oberfläch-

²⁵⁾ ЕМ I 480/878. Synodal-Protokolle 1862 u. 1863; Das Inland 1862 Nr. 38.

²⁶⁾ Исслѣдованія и описанія о крестьянскихъ школахъ въ остзейскихъ губерніяхъ. [Журналъ министерства внутреннихъ дѣлъ 1861.]

lich bezeichnet, im besten Falle seien seine Resultate Lesen und Auswendiglernen. Es heißt weiter: die Mutter sitzt am Spinnrocken, die Männer reden, Kinder und Tiere schreien, und dabei wird im selben Raum gelernt. Das Kind lese zwar, aber nur ganz mechanisch und nur in seinem einzigen Buch, wobei es auch vielfach nach Gehör auswendig Gelerntes her sage. Bei den Verhältnissen der bäuerlichen Bevölkerung sei ein guter Hausunterricht überhaupt nicht herzustellen. Lehrer und Schulen vermittelten den Fortschritt, nicht die Eltern. Bei notwendiger Energie ließen sich die erforderlichen Geldmittel beschaffen, und so mancher Seminarabsolvent habe sich anderweitig sein Brot suchen müssen, weil er an keiner Schule ein Wirkungsfeld gefunden habe. Auch sei durch die Schulen keine Entfremdung von Bauern ihrem Stande gegenüber zu befürchten²⁷⁾. Gegen diese treffenden und berechtigten Ausführungen wendet sich ein Schreiber aus einem Kirchspiel, das keine Schulen besitzt, und wo die Volksbildung ausschließlich auf Hausunterricht beruht. Die Forderung nach Unterricht im Schreiben und Rechnen lehnt er als völlig unnütz ab: seiner Ansicht nach ist der Erste bei arithmetischer Veranlagung ein sicherer Kopfrechner, fehlt diese Anlage, so erlernt er das Rechnen doch nie! Strebsame junge Leute erlernten auch das Schreiben durch eigenen Fleiß zu Hause, Faule trotz Schulbesuchs nicht! Den Leseunterricht erklärt Schreiber für notwendig, weil der Erste so den Schlüssel zu kirchlichen Büchern und eine feste Basis zum Religionsunterricht erhalte. Wenn wirklich alle Bauern lesen könnten, so steht Ostland, was Bildung anlangt, hoch über England und Frankreich. Auch in den Schulen werde das Lesen vielfach auf ganz sinnlose Weise gelernt. Verstand müsse angeboren sein und könne nicht gelernt werden. Die Schule lockere fraglos die Bande der Familie, denn wenn der Bauer einen Lehrer gagieren müsse, so bemühe er sich nicht mehr weiter um die Unterweisung seiner Kinder. Wirklich tüchtige Lehrer fehlten, denn ein Seminarabschluß biete noch keine Bürgschaft für Tüchtigkeit. Erst komme der Wohlstand, dann die Bildung, der Magen habe ältere Ansprüche als der Kopf. Nur dort seien Bauernschulen ein notwendiges Übel(!), wo der Hausunterricht erstorben sei, der alte, gerade angebahnte Weg sei der beste. Auch sei die Errichtung von Landschulen ein billiges Mittel, sich den Namen eines Volksfreundes zu verschaffen. Dabei schütze Schulbildung nicht vor Aberglauben und Schwärmerei. Wären die Bauern Erbpächter oder Eigentümer ihres Landes, so würden sie von selbst größte Opfer für die Ausbildung ihrer Kinder bringen und deutsche Lehrer anstellen, um der Jugend den Reichtum deutscher Kultur zu eröffnen²⁸⁾.

Es ist zu bedauern, daß es nicht feststellbar ist, von wem diese Ansichten stammen, welche wohl in das achtzehnte Jahrhundert passen würden, hier jedoch auf das Höchste befremden. Der Autor dürfte wohl im schulenarmen Harrien zu suchen sein, manches erinnert an die Ausführungen des Pastor Koch vor der Synode 1862. Von seinen Argumenten ist auch nicht ein einziges stichhaltig: den Wert des Hausunterrichts überschätzt er über alle Maßen, und daß derselbe nicht mit der Einführung von Schulen verschwand, hatte ja die Praxis bereits erwiesen. Hier haben wir tatsächlich einen Fall vor uns, wo die Bauern „in Finsternis“ gehalten werden sollen, wie die baltische Einstellung zur Volksbildung so häufig von estnischer und russischer Seite charakterisiert wird. Für diese Anschauungen trifft wirklich das Ur-

²⁷⁾ Revalsche Zeitung 1861 Nr. 191.

²⁸⁾ dto. 1861 Nr. 203.

teil von I. Blagoweschtschenski zu, der behauptete, nach Ansicht der meisten Herren solle der Bauer nicht gebildet werden, da er sonst übermüdig, rechthaberisch und ungehorfam werde²⁰⁾). Denn das vom Schreiber dem Bauern zuge dachte Maß von Bildung ist tatsächlich sehr gering und bleibt hinter dem in den bestehenden Schulen gebotenen weit zurück. — Die Haltlosigkeit dieser Argumente wird auch in einem bald darauf erschienenen weiteren Artikel schlagend bewiesen. Dieselben werden als apodiktisch und völlig ohne Begründung bezeichnet. Denn das ganze gebildete Europa habe bewiesen, daß es das Axiom der Befestigung des Familienlebens durch die Schule nicht anerkenne. Da auch die Schule Vorkenntnisse im Lesen verlangen werde, sei ein Verschwinden des Hausunterrichts nicht zu befürchten. Mehr als das Lesen könnten die Eltern ihren Kindern nicht beibringen. Tatsächlich bestünden auch jetzt noch viele Kirchspiele mit sehr verbreitetem Analphabetentum, in diesen werde die Schule den Bauern auch das Lesen lehren müssen. Die Schule habe aus dem rein mechanischen Lesen des Hausunterrichts ein verständiges zu machen. Auch Elemente der Geographie und Geschichte wären für die Volksschule sehr wünschenswert. Werde erst die Bildung allgemeiner, so werde auch der gebildete Efte nicht aus dem Bauernstande fliehen, und auf Wunsch müsse er auch die Möglichkeit des Überganges in eine andere Nationalität haben. Die Ansprüche von Kopf und Magen seien gleich alt, denn Bildung und Wohlstand bedingten sich gegenseitig. Wenn zu wenig gute Lehrer da seien, wie ausgeführt worden, so besagt das doch nichts gegen die Volksschule an sich, sondern der Schulmeisterstand müsse eben gebessert werden. Jedenfalls müsse dringend viel für die Volksschule geschehen²¹⁾). Und auch eine zweite Stimme nimmt Stellung, die ausführt, daß man die Schulen bessern solle, wenn sie schlecht seien, anstatt im Prinzip gegen sie zu sein. Daß viele Schulen schwach besucht werden und manche faktisch nur nominell existieren, wird dabei durchaus zugegeben. Die Volksschule könne die Familienbände nur festigen, denn eben habe der Efte leider gar keine! Der Nutzen der Schule solle die durch die Krüge angerichteten Schäden paralysieren. Und was die Entfremdung aus dem Bauernstande anlange, so sei das eine Erscheinung, deren Vorkommen natürlich sei²²⁾). Gerade dieser letzte Gedanke berührt eine Entwicklung, welche in den sechziger Jahren bereits ihren Anfang genommen hat: den sozialen Aufstieg einzelner Eften aus der Parochialschule über die Kreisschulen in höhere Stände. Wenn auch diese estnische Intelligenz zunächst spärlich und unter gewissen Germanisierungsercheinungen vorwiegend in Nordlithland im Entstehen war, so fehlte doch diese Entwicklung auch in Estland nicht. Derselben entgegenzutreten lag weder eine Veredlung, noch eine Möglichkeit vor, das erkennt Schreiber des letzten Artikels bereits früh, wo von der Mehrzahl der deutschen Oberschicht die Eften noch als homogener Bauernstand gesehen wurden. Er kann sich scheinbar allerdings den sozialen Aufstieg der Eften nur in Verbindung mit einer Entnationalisierung vorstellen, bedingt durch die Tatsache, daß ja die höheren Lehranstalten sämtlich deutsch waren. — Die Polemik in der Revalschen Zeitung wurde fortgesetzt, und zwar meldete sich wieder eine Stimme, die Kritik an der Schule übte und sich in bitteren Äußerungen erging. Sie stellte fest, Bauernlehrer könnten gar nicht das Denkfähigkeit der Kinder üben oder wecken, weil sie ja selbst gar nicht wirklich denken oder verstehen könnten. Da-

²⁰⁾ [I. Blagoweschtschenski] Der Efte und sein Herr. pg. 121.

²¹⁾ Revalsche Zeitung 1861 Nr. 215.

²²⁾ dto. 1861 Nr. 239.

her sei der Wert einer Schule minimal, die nicht mehr als der Hausunterricht leiste. „Unsere Schulen sind eifler Schein ohne Wesen, ein buntes Schattenspiel zur Augenergözung“ Und zum Maßstab der Volksbildung dienen — Schülerzahlen! ³²⁾. — Auch hier wieder die Verallgemeinerung lokaler Zustände und Benutzung derselben zu Trugschlüssen. Erst die letzte Stimme, die sich in der Polemik zum Wort meldete, kam zu konkreten Ergebnissen. Auch sie stellte eine zu geringe Schulenzahl, schwache Frequenz und schlechte Räume sowie Lehrer fest. Den Grund dazu sah sie im Fehlen einer organisierten Administration und in der zu starken Abhängigkeit des Schulwesens von einzelnen Persönlichkeiten. Daran wurde die Forderung nach Realisierung des gesetzlich vorgesehenen Schulnetzes und obligatorischer Einführung des dreijährigen Schulbesuchs geknüpft. Ferner wird die Normierung der Leistungen der Schule und die Angliederung von niederen Behörden als Kontrollorgane an die Oberschulkommission verlangt. Schreiber schlägt die Errichtung von *Schulkollegien* in den einzelnen Kirchspielen vor, bestehend aus Pastor, Schulrevident und Schulkältesten. Diese sollen die Durchführung der Anordnungen der Oberschulkommission überwachen und über lokale Bedürfnisse beraten ³³⁾.

In der ganzen Polemik kehren verschiedene Gedanken wieder, die in der Diskussion auf der Synode ausgesprochen worden waren, so daß es durchaus möglich ist, daß die Schreiber sich zum Teil in den Kreisen der Pastoren befinden. Diese verschiedenen Ausführungen zeigen deutlich, wie abweichende Wertungen der bestehenden Schulverhältnisse vorhanden waren, und wie verschieden man auch die Aufgaben der Schule auffaßte und diese dementsprechend einrichten wollte.

c. Der Beginn der Tätigkeit der Oberschulkommission.

Bald nach dem Inkrafttreten des neuen Bauerngesetzbuches konstituierte sich die Oberschulkommission und hielt am 25. Juni 1858 ihre erste Sitzung ab. Zunächst wurden die Paragraphen des Bauerngesetzbuches, die sich auf das Schulwesen bezogen, verlesen, auf welchen ja in Zukunft die Tätigkeit der Zentralbehörde beruhen sollte. Dann wurde beschlossen, die Wahl der Kirchspielschulrevidenten in den einzelnen Kirchspielen vollziehen zu lassen und sie über ihre Verpflichtungen zu orientieren. Schließlich sollte an sämtliche Güter die Aufforderung gerichtet werden, Stellen in Vorschlag zu bringen, die durch die Lage nahe von einem größeren Dorf sich zur Erbauung einer Schule eigneten ³⁴⁾. Diese Aufforderung ist recht zweideutig, denn es ist nicht festgelegt, ob es sich dabei um Hof- oder Bauernland handeln sollte, und auf welche Weise dieses der Nutzung der Schule

³²⁾ dto. 1861 Nr. 257.

³³⁾ dto. 1861 Nr. 287

³⁴⁾ G.N. A IV 19. Protokoll der Oberschulkommission 25. VI. 1858.

zugeführt werden sollte. Charakteristisch ist, daß diese Aufforderung an die Gutsverwaltungen gerichtet wurde, und nicht, wie man nach dem Inhalt des Bauerngesetzes hätte vermuten können, an die Bauerngemeinden. Anscheinend versprach man sich doch von diesem Wege die größeren praktischen Erfolge. Es scheint übrigens eine Weile gedauert zu haben, bis die Oberschulkommission sich in ihre neue Tätigkeit einarbeitete. Jedenfalls beschloß sie 1859, wegen der „noch schwankenden Schulverhältnisse“, in diesem Jahre der „höheren Obrigkeit“ keinen Tätigkeitsbericht vorzulegen, wohl aber dem nächsten Landtage eine kurze Übersicht zu unterbreiten. Aus dieser sind einige Daten von Interesse, da sie die Fortschritte der fünfziger Jahre dokumentieren ³⁵⁾:

	Zahl der Güter	1859.		1848.	
		Zahl der		Zahl der	
		Schulen	Schüler	Schulen	Schüler
Harrien	160	17	300	14	178
Wierland	158	99	4283	70	2993
Serwen	93	45	627	43	862
Wied	143	45	1202	21	500
Summe	554	206	6412	148	4533

Aus diesen Ziffern ergibt sich, daß die letzten Jahre der Tätigkeit des Bauernschulkuratoriums zu einer erheblichen Verdichtung des Schulnetzes in Wierland und in der bisher so rückständigen Wied geführt hatten. In diesen Kreisen war auch eine bedeutende Verbesserung des Gesamtschulbesuchs eingetreten, wie das ja bei der vermehrten Schulenzahl verständlich war. Verhältnismäßig war jedoch die Frequenz in der Wied gar nicht gestiegen und in Wierland auch nur wenig über den durch die neuen Schulen erklärlichen Zuwachs hinaus. Dagegen war in Serwen ein Rückschlag eingetreten: die Zahl der Schulen hatte sich kaum vermehrt, und die Frequenz war sogar gesunken. Auch in Harrien waren keine nennenswerten Ergebnisse zu verzeichnen, da nur 10% der Güter Schulen besaßen.

Die Aufforderung an die Gutsbesitzer, Plätze zu Schulzwecken zu designieren, brachte nicht die von der Oberschulkommission erhofften

³⁵⁾ E.N. A IV 24. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1859 nebst Beilage.

Ergebnisse. Jedenfalls mußte sie in ihrem Bericht an den Landtag des Jahres 1860 mitteilen, man sei dem nicht überall im gewünschten Maße nachgekommen. Überhaupt klingt der Bericht an den Landtag recht unbefriedigt. Die Zahl der Schulen und Schüler wird als den Ansprüchen keineswegs genügend bezeichnet, andererseits jedoch lehnt die Oberschulkommission die Anwendung jeglichen Schulzwanges ab und findet, gerade in den Kirchspielen ohne Schulen sei der Hausunterricht ein durchaus erfolgreicher ³⁶⁾).

Demselben Landtag lag eine Reihe von Propositionen des Landrats Baron Ungern vor, welche dieser in Erfüllung des 1857 dem Bauernschulkuratorium erteilten Auftrages einbrachte. Er schlug vor, die Güter, welche noch keine Schule besaßen, zur Errichtung solcher unter Aufsicht der Kirchspielschulrevidenten zu verpflichten. Die Bauerngemeinden ihrerseits sollten den seminaristisch gebildeten Lehrern genügenden Unterhalt anweisen, wobei Ungern ein Minimum vorschlug: genügende Wohnung nebst Schullokal, einen Garten von $\frac{3}{4}$ —1 Loosstelle, ca. $1\frac{1}{2}$ Deßjatinen Acker, sowie Heuschlag und Weide für eine Kuh und ein paar Schafe (resp. den mittleren Ertrag dieses Landes durch ein Naturalgehalt in Korn und Stroh abgelöst). Die Schulen sollten nicht auf Hofsländ fundiert, sondern das Schulsländ dem Bauernpachtlande entnommen werden, die Naturalablösung sollte ebenfalls die Gemeinde stellen ³⁷⁾).

Diese Propositionen führten auf dem Landtage von 1860 zu längeren Verhandlungen über Schulangelegenheiten. Die Anträge des Bauernschulkuratoriums gelangten zuerst zur Beratung vor die Kreisdeputierten, und zwar schlossen diese sich dem ersten Teil der Proposition betr. die Maßnahmen, alle Güter zur Schullerrichtung zu veranlassen, an. Um dieses besser durchführen zu können, regten sie die Erwählung von Schulräten an, bestehend aus je einem Gliede jedes Distrikts. Diese sollten in Zusammenarbeit mit der Oberschulkommission auf der Basis des Bauerngesetzes Schulen ins Leben rufen, ihre Entwicklung fördern und sie sowie die Lehrer durch Revisionen kontrollieren; auch sollten sie über die Unterbringung der Seminarabsolventen wachen. Was die Fundierung der Schulen anlangt, so erschien es den Kreisdeputierten genügend, wenn die Bauerngemeinden das Vorhandensein von Stelle und Dotation für die Schule

³⁶⁾ GNA. II IV 26. Bericht der Oberschulkommission 18. I. 1860.

³⁷⁾ dto. Landrat Baron Ungern-Sternberg an den Ritt. Optm. Graf Rehserling. Reval 27. I. 1860.

nachwiesen, wobei sie sich gegen eine besondere Festlegung derselben aussprachen. Die Anschaffung der Schulutenfilien sollte nach Vorschlag der Kreisdeputierten Sorge der Gemeinden sein, da sie es mit dem § 1256 des Bauerngesetzbuchs für unvereinbar hielten, dieselbe den Gutsbesitzern aufzuerlegen. — Vor dem Plenum des Landtags erhob sich gegen das Sentiment der Kreisdeputierten kein Widerspruch. Herr v. 3. Mühlen befürwortete die Errichtung der Schulräte und wies darauf hin, daß eine derartige Zwischeninstanz sich in Livland gut bewährt habe. Alle vier Kreise nahmen daraufhin das Sentiment der Kreisdeputierten einstimmig an, mit der Abänderung, daß sie bei den Schulräten auch eine Beteiligung der Pröpste mit den gleichen Rechten wie die Distriktsglieder wünschten. Gegen einen Teil dieser Beschlüsse nahm jedoch das Landratskollegium Stellung. Und zwar erklärte es, ein Schulrat könne nicht ohne vorhergegangene Beratung mit der Kommission für Bauernangelegenheiten errichtet werden, da es darin eine Abänderung des Bauerngesetzes sah. Diese Bemerkungen gelangten am 3. März 1860 vor dem Plenum zur Beratung. Im Verlaufe der Aussprache erklärte Baron Uexküll-Mekeboe, es bestehe kein Anlaß, eine Beprüfung resp. Verwendung durch die Kommission für Bauernangelegenheiten zu veranlassen, denn der Ritterschaft sei die Sorge für die Volksbildung in oberster Instanz anvertraut, und bisher sei faktisch alles für die Volksschule dank ihrer Beihülfe geschehen. Dagegen habe die Kommission für Bauernangelegenheiten gar nicht für das Schulwesen zu sorgen. Wenn die Ritterschaft nun ein Mittelinstitut gründe, so involviere das keinerlei Widersprüche zum Bauerngesetz oder hebe dieses gar auf. Nachdem eine Reihe von Landtagsgliedern sich für und gegen die Berechtigung dieser Beschlüsse ausgesprochen hatten, entschied der Landtag, den Beschluß über die Schulräte nicht mit Hülfe der Kommission für Bauernangelegenheiten „zur Kraft Rechtes“ zu bringen. Bald darauf nahmen die Kreise die Wahl der Schulräte vor³⁸⁾. Es ist nun nicht ganz klar, was für einen Charakter dieses neue Institut tragen sollte. Es handelt sich hier jedenfalls nicht um eine neue Schulbehörde, die irgendeinen offiziell anerkannten Charakter tragen sollte, sondern es lag wohl nur eine spezielle Beauftragung einzelner Personen durch die Ritterschaft vor, sich mit Schulsachen zu befassen, und zwar in einem größeren Umfange als dem des eigenen Kirchspiels. Es scheint, daß diese Maßnahme ein Schlag ins Wasser gewesen ist, denn in der Folgezeit hören wir nichts über die Tätig-

³⁸⁾ ENA. A IV 31. Landtags-Protokoll 26. II. u. 3. III. 1860.

keit der Schulräte. Ihre halboffizielle Existenz mochte ihnen ja dabei auch ein Hindernis sein. Jedenfalls war damit keine den livländischen Kreisschulbehörden entsprechende Regelung getroffen. Daß die Schulräte ihren Zweck keineswegs erfüllt haben, beweist ein Antrag des Generalsuperintendenten Schulz an die Oberschulkommission im Jahre 1868, worin er die Schaffung eines die Kirchspielschulrevidenten kontrollierenden Organs wünscht. Daraufhin faßt die Oberschulkommission „nach reiflicher Überlegung“ einen sehr überraschenden Beschluß: obgleich solch ein Institut bereits 1860 geschaffen worden ist, soll zunächst von einer weiteren Verfolgung dieses Gedankens abgesehen werden, dafür sollen abdelegierte Glieder der Oberschulkommission revidierend tätig sein³⁹⁾. Es scheint beinahe, daß man selbst an der Berechtigung der Beschlüsse von 1860 zu zweifeln begonnen hatte. So dürften denn die Schulräte keine wesentliche Tätigkeit entfaltet haben und eher eine Art Titularposten geblieben sein. Ein weiterer Mangel der Landtagsbeschlüsse ist darin zu sehen, daß es zu keiner Fixierung der Fundierung der Schulen kam und auf diese Weise nicht durch einen Landtagsbeschluß die materielle Existenz der Lehrer sichergestellt wurde. Denn das Vorhandensein einer Fundierung besagte noch lange nicht, daß sie auch zum Unterhalt des Lehrers genüge.

b. Die Ausarbeitung des endgültigen Schulregulativs und der Kampf um die Bestätigung desselben.

Im Bauerngesetz war, wie erwähnt, die Ausarbeitung eines die Einzelfragen regelnden Schulregulativs durch die Ritterschaft in Aussicht gestellt worden. Dafür, daß dieses Regulativ bald erlassen wurde, wurden die ersten Schritte vonseiten der Staatsregierung getan. Der Innenminister beabsichtigte bereits im Jahre 1860, einige Maßregeln zur Errichtung von Bauernschulen vorzunehmen, und ließ durch seinen Beamten zu besonderen Aufträgen, Baron Stadelberg, Daten über das Bauernschulwesen sammeln. Welcher Art diese Absichten waren, ist nicht bekannt, ebensowenig irgendwelche vom Innenminister direkt in der Folge unternommene Schritte⁴⁰⁾. Wohl aber mag es eine Auswirkung der eingezogenen Informationen gewesen sein, daß er sich im Jahre darauf an den Generalgouverneur Fürst

³⁹⁾ CHA. A IV 79. Protokoll der Oberschulkommission 13. III. 1868.

⁴⁰⁾ R. d. G. G. Alte Nr. 85/1860. Gen. Gouv. Suworow an den Gouv. v. Grünwaldt. Riga 18. v. 1860 Nr. 1080.

Sumorow mit der Anfrage wandte, ob die estländische Ritterschaft die im § 1279 des Bauerngesetzes vorgesehene definitive Verordnung bereits ausgearbeitet habe. Falls das nicht gechehen sei, ersuchte Sumorow den estländischen Gouverneur v. Ulrich, dieses bei der dortigen Kommission für Bauernangelegenheiten anzuregen ⁴¹⁾. Da dieses jedoch noch nicht der Fall war, legte Ulrich der Kommission für Bauernangelegenheiten die Frage vor, ob sie nicht nun den Zeitpunkt für den Erlaß eines solchen Reglements für gekommen halte ⁴²⁾. Daraufhin ergingen Aufforderungen in diesem Sinne seitens Ulrichs und der Kommission für Bauernangelegenheiten an die Ritterschaft ⁴³⁾. Diese Schreiben legte der Ritterschaftshauptmann Graf Kehlerling zunächst dem Ausschuß vor, der die Zusammenstellung einer definitiven Verordnung dem nächsten Landtage zu übertragen beschloß ⁴⁴⁾. Aber auch außer der Frage des Reglements zeigte die Staatsregierung plötzlich ein regeres Interesse für Bauernschulfragen. Sumorow hatte im erwähnten Schreiben sich auch nach den Seminaren sowie den Parochialschulen und der Tätigkeit der Lehrer derselben erkundigt, speziell ob dieselbe auch der im russischen Schulgesetz vorgesehenen entsprechen. Aufgeworfen war diese Frage durch Ulrichs Anträge, zwei estländische Parochiallehrer aus dem Steueroklad auszuschließen. Durch einen einige Jahre vorher entschiedenen Präzedenzfall waren nämlich die Parochiallehrer zu Personen, deren Dienst als staatlich anzusehen sei, erklärt worden, was ihnen Steuerfreiheit eintrug; dieses Recht wurde jedoch nicht auf Dorfschullehrer ausgedehnt ⁴⁵⁾. Nun stellte Ulrich diese Frage über die Parochialschullehrer und deren Schulen sowie die Seminare an den Ritterschaftshauptmann ⁴⁶⁾. Und bald darauf sah sich die Kommission für Bauernangelegenheiten genötigt, bei der Oberschulkommission anzufragen, was sie in Erfüllung des § 1275 der Bauernverordnung getan habe und in welchem Maße dieser bereits erfüllt sei. Die Kommission

⁴¹⁾ R. d. E. G. Akte Nr. 168/1860. Gen. Gouv. Sumorow an den Gouv. v. Ulrich. Riga 11. iv. 1861 Nr. 407.

⁴²⁾ dto. Gouv. v. Ulrich an die Kommission für Bauernangelegenheiten. Reval 23. v. 1861.

⁴³⁾ EMA. A IV 33. Gouv. v. Ulrich an den Ritt. Optm. Graf Kehlerling. Reval. 22. iv. 1861 Nr. 1937. u. Kom. f. Bauernang. an Graf Kehlerling. Reval 30. v. 1861 Nr. 55.

⁴⁴⁾ EMA. A IV 37. Ausschuß-Protokoll S. vi. 1861.

⁴⁵⁾ A. d. B. G. G. Bäuerl. Abt. Akte Nr. 178/1857. Gouv. v. Grünwaldt an den Gen. Gouv. Sumorow. Reval 18. ii. 1858 Nr. 941.

⁴⁶⁾ EMA. A IV 33. Gouv. v. Ulrich an den Ritt. Optm. Graf Kehlerling. Reval 23. v. 1861 Nr. 2476.

für Bauernangelegenheiten könne nach der Aufforderung Sumorowſ diesen Punkt in ihrem nächsten Bericht an den Zaren nicht mehr vermeiden und bitte daher auch um Abschriften der Tätigkeitsberichte der Oberschulkommission⁴⁷⁾. Daraufhin beschloß die Oberschulkommission, genaue Berichte über Zahl und Frequenz der Schulen, sowie von den Pastoren einzuholende Daten über den Hausunterricht vorzulegen und den Generalsuperintendenten Rein um das in seinem Besitz befindliche Material über den Bildungsstand der Bauern zu bitten⁴⁸⁾. Bei Übersendung der Nachrichten über die Seminare teilte Graf Kehlerling mit, in Estand sei die Errichtung von Parochialschulen nicht gesetzlich vorgeschrieben, entspreche auch keinem Bedürfnis. Zweckß Abfassung eines endgültigen Reglements sammelte die Oberschulkommission Material, dessen Vorhandensein eine unerläßliche Vorbedingung darstelle. Dieses sei jedoch zunächst unvollständig und es kämen bei der Entwicklung des Bauernschulwesens immer neue Erfahrungen hinzu; daher scheine es geboten, diese Sammelarbeit zunächst fortzusetzen und der Ritterschaft auf dem nächsten Landtag die Gelegenheit zu Beratungen über geeignete Maßregeln zu bieten⁴⁹⁾. Der Landtag, auf dem diese Frage zur Sprache kam, fand im Herbst 1861 statt. Graf Kehlerling legte den § 1279 des Bauerngesetzes vor und stellte fest, die Ritterschaft sei verpflichtet, auf Grund desselben ein genaues Reglement auszuarbeiten. Er stellte den Antrag, dazu eine Kommission zu wählen, die nach Beratung mit der Oberschulkommission ihre Arbeit dem Ausschuß vorlegen sollte. Alle vier Kreise schlossen sich dieser Proposition an und wählten in die Kommission die Herren v. Samson-Walling, Baron Vietinghof-Commerhufen, v. z. Mühlen-Wahhaft und Baron Maydell-Kirrimäggi⁵⁰⁾. Die Arbeiten der Kommission beanspruchten geraume Zeit, so daß der Generalgouverneur Baron Lieven um baldmöglichste Erledigung des Antrages nachsuchte⁵¹⁾. Die Ausarbeitung des Reglements nahm Herr v. z. Mühlen in seine Hand und konnte den übrigen drei Kommissionsgliedern Mitte des Jahres 1862 einen Entwurf vorlegen, der in zwei Teile, die Bauernschulen und die Seminare betreffend, zerfiel.

⁴⁷⁾ dto. Kom. f. Bauernang. an die Oberschulkommission. Reval 31. VIII. 1861 Nr. 70.

⁴⁸⁾ EM. A IV 37. Protokoll der Oberschulkommission 11. IX. 1861.

⁴⁹⁾ EM. A IV. 36. Ritt. Optm. Graf Kehlerling an die Kom. f. Bauernang. Reval 7. VII. 1861 Nr. 253.

⁵⁰⁾ dto. Landtags-Protokoll 27. XI. 1861.

⁵¹⁾ R. d. G. G. Afte Nr. 168/1860. Gen. Gouv. Baron Lieven an den Gouv. v. Ulrich. Riga 2. I. 1862 Nr. 7.

Im ersten Reglement bezeichnete er als Zweck der Bauernschule die Weiterführung des Hausunterrichts und den Weiterbau auf Grundlage desselben. Der Hausunterricht wird unter der speziellen Leitung der Pastoren belassen. Für die Anlage der Schulen — eine auf je 300 Seelen — gibt der Gutsherr der Gemeinde den nötigen Bauplatz und das Material, die Gemeinde selbst leistet die Arbeit. Sie sorgt auch für Lehrmittel, Heizung, Beleuchtung und Lehrergage; das Holz hat ihr der Gutsherr anzumessen, die Art des Lehrergehalts zu bestimmen ist Sache der Gemeinde, auch über die Aufbringung bestimmt sie, jedoch ist ein Minimalgehalt in der Höhe des Gegenwerts von 5000 Pfund Roggen vorgesehen. Wenn die Gemeinde die Schule erhält, so stellt sie den Lehrer an, trägt der Gutsherr minime $\frac{1}{3}$ der Kosten, so ist er dazu berechtigt, jedoch unter Berücksichtigung der billigen Wünsche der Gemeinde. Für die Kenntnisse des Lehrers legt das Reglement ein gewisses Wissen als erforderlich fest, das dem Umfange der Seminarbildung gleichkommt. Schreiben und Rechnen werden nun endgültig unter die vorgeschriebenen Lehrstoffe aufgenommen. Dem Gutsherrn werden gewisse Rechte vorbehalten betr. Schulplan, Schulzeit, Ausübung der Schulpolizei durch die Vormünder u. s. w. Ferner wird für Kinder im Alter von 10—14 Jahren Schulpflicht eingeführt, und zwar ein- resp. mehreremal wöchentlich, je nach ihren Kenntnissen; grundlose Versäumnis wird mit Zahlungen bis 5 Kopfen pro Schultag gepönt. Kleinere Strafen darf der Lehrer selbst verhängen, körperliche Züchtigungen erfolgen jedoch nur auf Anordnung der Gutsherrn oder der Vormünder. Jeder Kirchspielskonvent wählt auf drei Jahre den Kirchspielschulrevidenten, der den Kontakt mit der Oberschulkommission herstellt, ihre Bestimmungen durchführt und den Fortgang des Schullebens überwacht, sowie Revisionen vornimmt. So achtet er auf die baulichen Verhältnisse der Schule, die Tätigkeit des Lehrers, den Unterricht, Disziplin, Lehrmittel u. s. w. Den Lehrern kann er Verweise erteilen oder gegen sie bei der Kirchspielschulkommission Verfahren einleiten. Auch hat er das Recht, länger als zwei Jahre andauernde Vakanz von sich aus zu besetzen. Die Kirchspielschulkommission besteht aus den beiden Kirchenvorstehern, dem Schulrevidenten und Pastor; sie prüft und bestätigt die Lehrpläne, berät über Maßregeln zur Hebung des Schulwesens, untersucht Klagen gegen Lehrer und ist sie zu strafen, ja abzusetzen befugt. Auch kann sie gegen Bauerngemeinden einschreiten, die ihren Verpflichtungen gegen die Schule nicht nachkommen, und säumige Gemeindebeamte pönen. Einigt sich die Gemeinde über die Art der Aufbringung und Höhe des Lehrergehalts nicht, so kann diese ihr von der Kirchspielschulkommission vorgeschrieben werden⁸²⁾. An diesem Entwurf nahmen die übrigen Kommissionsglieder einige „Beliebungen“ vor, mit welchen versehen er an die Oberschulkommission geleitet wurde⁸³⁾. Gestrichen wurde dort vor allem der Punkt über die Schulpflicht, über die Strafen für Versäumnisse und über die Pflichten der Kirchspielschulrevidenten, letztere sollten eine inhaltlich analoge Instruktion erhalten. Auch wurden die Rechte, die Mühlen der Kirchspielschulkommission eingeräumt hatte, reduziert, so um das Pönen säumiger Gemeindebeamten und die Festsetzung der Art der Erhebung des Lehrergehalts. Statt der Bestimmung, daß jede Bauerngemeinde über 300 Seelen eine Schule besitzen sollte, wurde die Fassung gewählt, jede Gemeinde müsse ihre Schule haben, kleine Gemeinden

⁸²⁾ ENA. A IV 40. „Entwurf zu einem Bauerschul-Reglement“

⁸³⁾ ENA. A IV 43. Protokoll der Kommission zur Ausarbeitung eines Bauerschul-Reglements. 26. VI. 1862.

dürften von der Oberschulkommission zu Schulbezirken vereinigt werden. Endlich wurde Mühlens Wunschäußerung nach Kenntnissen der Lehrer in Geographie und Geschichte gestrichen⁵⁴⁾ Die übrigen Abänderungen sind wenig wesentlich. In einer in der Presse veröffentlichten Inhaltsangabe des Reglements wird der Gegenwert der 5000 Pfund Roggen auf 62,62 Rbl. festgesetzt⁵⁵⁾.

So war die ursprüngliche Fassung bedeutend zusammengestrichen. Was die Verlegung der Punkte über gewisse Kompetenzen von Schulorganen in eine Instruktion betrifft, so war hier praktisch der Nachteil gering, ganz anders lag das aber beim Fallenlassen des Schulzwanges. Was sonst den Entwurf anlangt, so hielt er sich streng an den Rahmen der Bauerngesetze und führte diese nur genauer aus, daher war denn auch keine Kreis Schulbehörde vorgesehen. Wichtig war die Feststellung des Charakters der Dorfschule als Fortsetzerin des Hausunterrichts und das endgültige Abgehen von der Schule, die nur in Religion und Lesen unterrichtete. Ein Mangel liegt auch in der geringen Höhe des festgelegten Lehrergehalts von 62,62 Rbl. und in der Tatsache, daß keinerlei bäuerliche Vertretung bei der Kirchspielschulkommission vorgesehen worden war. Die sonstigen Bestimmungen waren fraglos zweckmäßig und entsprangen guter Sachkenntnis. — Der Mühlensche Entwurf über die Seminare gliederte sich in 31 Paragraphen, die von der Oberschulkommission ebenfalls zusammengestrichen wurden.

Darin waren zwei ritterschaftliche Seminare vorgesehen, deren Etat der Landtag alle drei Jahre festzusetzen hatte; die Oberschulkommission sollte zu ihrer Zusammenziehung berechtigt sein. Vorgesehen war eine geistige, sittliche und landwirtschaftliche Ausbildung der Zöglinge; wenigstens 12 Zöglinge sollten semesterlich eintreten, wobei die Oberschulkommission die Vakanzen besetzen sollte. Für diese war freie Wohnung und Kost vorgesehen. Die Zöglinge mußten konfirmiert sein, geläufig Lesen und etwas schreiben können. Ihr Kursus sollte drei Jahre dauern und sich in zwei Abteilungen gliedern. Für den ersten Kursus war Unterricht in Katechismus, biblischer Geschichte, Lesen und Erzählen, kalligraphischem Schreiben, Rechnen mit den vier Spezies, Kopfrechnen und Gesang vorgesehen; für den zweiten Religion, orthographisches Schreiben nach Diktat, Aufsätze, Rechnen bis zur Regelbetrie mit Brüchen, Kopfrechnen, Gesang, Geographie, Geschichte und praktische Übungen im Unterrichten. An den Seminaren sollten ein Lehrer und Hilfslehrer unterrichten, für die ökonomische Seite Kuratorien, bestehend aus zwei Gutbesitzern und einem Pastor, sorgen. Das Abgangszeugnis sollte ein Recht auf Anstellung geben, sowie die Verpflichtung zu zwölfjähriger Lehrertätigkeit enthalten. Die Oberschulkommission strich mehrere weniger wesentliche Paragraphen und fügte hinzu, die Zahl der Seminaristen sollte den Bedürfnissen entsprechend von der Ritterschaft festgelegt werden; zu den Unterrichtsgegenständen wurde die deutsche Sprache hinzugenom-

⁵⁴⁾ dto. II Fassung des Entwurfs, mit Streichungen von der Hand des Ritt. Sekr. Graf Manteuffel.

⁵⁵⁾ Revalsche Zeitung 1862 Nr. 223.

men⁵⁸⁾). Von Seiten der ausarbeitenden Kommission war noch ein interner ritterschaftlicher Beschluß proponiert worden, die jährliche ritterschaftliche Beisteuer an die Seminare auf 1400 Rbl. festzusetzen⁵⁹⁾).

Nun gelangten beide Projekte an den Ausschuß, wo sie mit geringen Veränderungen als ritterschaftliche Vorlage an die Staatsregierung angenommen wurden. So wurde die Fassung gewählt, „der Regel nach“ solle jede Gutsgemeinde eine Schule haben, ferner wurde der Deutsch-Unterricht im Seminar nicht in das Reglement aufgenommen, sollte jedoch wohl in eine von der Oberschulkommission zu entwerfende Instruktion für die Seminare gelangen⁵⁸⁾). — Mit diesen Verhandlungen waren seit dem erstmaligen Aufrollen der Angelegenheit des Reglements durch den Generalgouverneur fast 1½ Jahre vergangen. Vonseiten der Regierungsstellen wurde wiederholt an dasselbe erinnert, so fragte Ulrich an, wann das Reglement voraussichtlich zur Bestätigung vorgelegt werden würde⁵⁹⁾). Auch von Seiten der Kommission für Bauernangelegenheiten erfolgte ein zur Eile mahnender Schritt⁶⁰⁾). Schließlich legte, nachdem die Verhandlungen über das Reglement ihren Abschluß gefunden hatten, Graf Keshjerling am 21. IX. 1862 beide Projekte dem Gouverneur vor⁶¹⁾). Am 14. X. 1862 fertigte Ulrich dieselben mit der Bitte, ihre Bestätigung zu erwirken, an den Generalgouverneur ab⁶²⁾).

Im Jahre 1862 wurden die Rechte der Dorfschullehrer in einer Korrespondenz zwischen Staatsregierung und Ritterschaft behandelt. Die Steuerfreiheit der Parochiallehrer war ja schon vor mehreren Jahren anerkannt worden; was die Gemeindefschullehrer anlangt, so war das jedoch nicht der Fall, sondern lag im Belieben der betreffenden Gemeinde, die, falls sie den Lehrer befreite, seine Abgaben selbst zu tragen hatte. Trat dieser Fall ein, so bedeutete er für den Lehrer

⁵⁸⁾ ERM. A IV 40. „Entwurf zu einem Reglement für Bauer-Seminare“ — ERM. A IV 43. Protokoll der Oberschulkommission 4. IX. 1862.

⁵⁹⁾ ERM. A IV 43. Protokoll der Kommission zur Ausarbeitung eines Bauernschul-Reglements. 3. IX. 1862.

⁵⁸⁾ dto. Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1862.

⁵⁹⁾ ERM. A IV 40. Gouv. v. Ulrich an den stellv. Ritt. Optm. v. Engelhardt. Reval 31. VII. 1862 Nr. 343.

⁶⁰⁾ R. d. E. G. Afte Nr. 168/1860. Protokoll der Kom. für Bauernangelegenheiten 4. IX. 1862.

⁶¹⁾ dto. Ritt. Optm. Graf Keshjerling an den Gouv. v. Ulrich. Reval 21. IX. 1862 Nr. 381.

⁶²⁾ A. d. B. G. (S. Wäuerl. Abt. Afte Nr. 353/1862. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Baron Lieven. Reval 14. X. 1862 Nr. 4438.

keine Standeserhöhung⁶³). Durch ein neues für die baltischen Provinzen erlassenes Rekrutierungsreglement vom 18. IV 1861 wurde bestimmt, daß Dorfschullehrer von der Rekrutierung ausgenommen sein sollten, ebenso Seminariisten und Parochialschüler, wenn sie Zeugnisse über erfolgreichen Schulbesuch beibringen konnten⁶⁴). Daher ersuchte Ulrich die Oberschulkommission, bis zur nächsten Rekrutierung den Lehrern Exemptionzeugnisse auszufertigen⁶⁵). Die Antwort, die er daraufhin erhielt, besagte nur ganz allgemein, die Ritterschaft werde für die Wahrung der Rechte der Dorfschullehrer bei der Rekrutierung Sorge tragen⁶⁶). Aber die Rechte der Lehrer sind auch zwischen Ulrich und höheren Staatsbehörden Korrespondenzen geführt worden, die uns nicht mehr vorliegen. Diese wurden jedoch vom Innenminister abgebrochen, der entschied, der Frage zunächst keinen Fortgang zu geben, da sie in Verbindung mit dem Reglement sowieso zur Beprüfung gelangen werde⁶⁷).

Das ritterschaftliche Schulreglement lag zwar zur Bestätigung beim Generalgouverneur, jezt aber ergab sich eine ganze Kette vonseiten der Staatsbehörden ausgehender Komplikationen. Zunächst forderte Baron Lieben, bevor er sich mit St. Petersburg des Reglements wegen in Verbindung setzte, eine russische Übersetzung und die Anfertigung einer eingehenden Motivierung dazu an⁶⁸). Mit der Ausarbeitung derselben beauftragte die Oberschulkommission wieder Herrn v. 3. Mühlen-Wahhaft⁶⁹).

Die Motive behandeln rein prinzipiell Aufgaben und Charakter des bürgerlichen Schulwesens. Es heißt darin, zu seiner Entwicklung sei vor allem die Heranbildung eines tüchtigen und hochstehenden Lehrerstandes und eine unabhängige materielle Lage desselben zu erstreben. Wert wird auf eine gründliche, von echt christlichem Geiste getragene religiöse Durchbildung gelegt, daher solle auch ein Pastor

⁶³) R. d. E. G. Akte Nr. 168/1860. Ritt. Öptm. Graf Rehserling an den Gouv. v. Ulrich. Reval 28. VI. 1862 Nr. 228.

⁶⁴) Полное собрание законовъ II. Bd. 36. 1861. Rekrutierungsreglement d. d. 18. IV. 1861 sub Nr. 36887, § 19. 4—5.

⁶⁵) ERM. A IV 40. Gouv. v. Ulrich an die Oberschulkommission. Reval 24. VII. 1862 Nr. 3320.

⁶⁶) R. d. E. G. Akte Nr. 60/1862. Ritt. Öptm. Graf Rehserling an den Gouv. v. Ulrich. Reval 2. VIII. 1862 Nr. 289.

⁶⁷) R. d. E. G. Akte Nr. 168/1860. Gen. Gouv. Baron Lieben an den Gouv. v. Ulrich. Reval 27. IX. 1862 Nr. 1283.

⁶⁸) R. d. E. G. Akte Nr. 85/1860. Gen. Gouv. Baron Lieben an den Gouv. v. Ulrich. Riga 26. X. 1862 Nr. 1436.

⁶⁹) ERM. A IV 49. Protokoll der Oberschulkommission. 8. III. 1863.

die spezielle Leitung des Religionsunterrichts im Seminar haben. Die Lehrer sollen im bauerlichen Stande bleiben, dabei aber doch einen allen Bedürfnissen des Landvolks entsprechenden Elementarunterricht erteilen. Daher sollen sie im Seminar auch landwirtschaftlich fortgebildet werden und später das Volk in dieser Richtung fördern. Die im Reglement vorgesehene Vereinigung der Seminare sei billiger und ermögliche auch eine bessere Einrichtung derselben. Was die Schulen anlangt, bezeichnen die Motive die Anlage einer Schule auf 300 Seelen, wie das Bauerngesetz bestimmt, als zu viel, dieses sei auch in den fortgeschrittensten Gegenden nicht erreicht und könne unter Umständen nachteilig auf die Qualität der Schulen wirken; eine größere besser ausgestattete Schule würde bessere Ergebnisse erzielen, als mehrere mangelhafte kleine. Der Lehrer müsse frei von Nahrungsorgen seinem Beruf leben können, ohne Nebenverdienst zu benötigen. Daher ist ein Gehaltsminimum fixiert, welches aber bei Vorhandensein einer zu großen Zahl von Schulen nur selten überschritten werden würde. Der Lehrer muß vor willkürlicher Bestrafung durch Gemeinde und Gutsverwaltung sicher gestellt sein, daher werden die Strafbefugnisse der Kirchspielschulkommission vorbehalten, die die Aufsicht ausüben und die Kontrollorgane zu gemeinsamem Handeln vereinigen soll. Schließlich heißt es, da die Verhältnisse noch sehr im Fluß seien, enthalte das Reglement nur allgemeine Grundzüge, und es sei zweckmäßig, in Spezialfragen der Oberschulkommission freie Hand zu lassen⁷⁰⁾.

Am 1. Mai 1863 konnten diese Motive nebst der gewünschten Übersetzung des deutschen Textes ins Russische Ulrich überandt werden⁷¹⁾. Versehen mit dessen Sentiment, daß er den Entwurf für zweckentsprechend halte, wurden sie an den Generalgouverneur weitergeleitet⁷²⁾. An demselben machte jedoch Baron Lieven eine Reihe von Ausstellungen. Vor allem hatte er im Reglement eine Fixierung der Rechte der Lehrer erwartet und wünschte die Befreiung derselben von der Rekrutierung ausdrücklich festgesetzt zu sehen. Ferner hielt er es für wünschenswert, die Freiheit der Lehrer und Zöglinge der Seminare, sowie der Gemeindefullehrer von Leibesstrafen und Abgaben für die Zeit ihrer Amtsdauer zu fixieren. Endlich stellte Lieven im russischen Translat das Fehlen eines im deutschen Original enthaltenen Paragraphen des Seminarreglements fest. Dieser Punkte wegen sollte Ulrich sich mit der ritterschaftlichen Repräsentation und der Kommission für Bauernangelegenheiten in Verbindung setzen⁷³⁾. Der Ritterschaftshauptmann Ba-

⁷⁰⁾ EHA. A IV 44. Motive zum Schulreglement. [F. v. J. Mühlen] eingegangen 2. v. 1863.

⁷¹⁾ A. d. E. G. Afte Nr. 85/1860. stellv. Ritt. Optm. v. Engelhardt an den Gouv. v. Ulrich. Reval 1. v. 1863 Nr. 275.

⁷²⁾ A. d. B. G. G. Bäuerl. Abt. Afte Nr. 353/1862. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Baron Lieven. Reval 13. v. 1863 Nr. 275.

⁷³⁾ dto. Gen. Gouv. Baron Lieven an den Gouv. v. Ulrich. Riga 8. VI. 1863 Nr. 746.

ron Pahlen befragte daraufhin den Ausschuß, ob er mit den Modifikationen im Prinzip einverstanden sei. Als das bejaht wurde, erhielt die Oberschulkommission den Auftrag, die nähere Ausarbeitung vorzunehmen. Dorthin wurde auch eine Reihe von Anregungen des Generalsuperintendenten Schulz verwiesen, welche das Reglement nur etwas verändern, jedoch die Bande von Schule und Kirche stärken sollten ⁷⁴⁾.

Schulz wünschte die Bauernschulen „Kirchenschulen“ zu nennen, da doch die Kirche die Mutter der Volksschule sei; ferner trat er für eine Gagerung der Lehrer mit Land ein, um sie nicht dem Leben des Volkes zu entfremden. Keine Lehreranstellung sollte ohne das Sentiment des Pastors stattfinden können. Die Revisionen des Kirchspielschulrevidenten sollten gemeinsam mit dem Pastor vorgenommen werden; statt nur einer Sitzung der Kirchspielschulkommission sollten zwei im Jahr stattfinden, jährlich sollte auf ihr der Pastor einen Schulbericht abgeben. Schließlich sprach Schulz sich dafür aus, in den Seminaren auf deutschen Unterricht Bedacht zu nehmen. Diesen Wünschen schloß sich die Oberschulkommission im großen und ganzen an. Die Bezeichnung „Kirchenschulen“ akzeptierte sie zwar nicht, wählte jedoch die Formulierung, die Gemeindefschule stehe unter der Pflege der Kirche. Den Unterhalt des Lehrers auf Land zu basieren wurde für wünschenswert erklärt; bei der Lehrerwahl erhielt der Pastor zwar kein Veto, jedoch das Recht, die Entscheidung der Oberschulkommission anzurufen. Die übrigen Punkte wurden unverändert angenommen und ebenso wie die Anträge des Generalgouverneurs in der beschlossenen Form in die neue Redaktion des Reglements eingefügt ⁷⁵⁾. Aus nicht mehr feststellbaren Gründen verzögerte sich jedoch die Übersendung desselben zur Bestätigung bis zum Februar 1864 ⁷⁶⁾.

Von der Kommission für Bauernangelegenheiten wurde der emendierte Entwurf gebilligt, sie brachte nur im Interesse größerer Klarheit einige unwesentliche redaktionelle Änderungen in Vorschlag ⁷⁷⁾. Daraufhin reichte Ulrich ihn dem Generalgouverneur ein und fügte seinerseits hinzu, der Entwurf entspreche den Verhältnissen, weise Kirche, Gutsherr und Gemeinde die rechte Stellung zur Schule an, wodurch diese eine feste ökonomische Basis erhalte und dem Prinzip des Fortschritts Rechnung trage ⁷⁸⁾. Mit der neuen Fassung war nun auch Lieben einverstanden und empfahl das Reglement dem Inneminister zur Bestäti-

⁷⁴⁾ EM. A IV 49. Ausschuß-Protokoll 6. IX. 1863.

⁷⁵⁾ EM. A IV 46. Desiderien des Generalsuperintendenten Schulz. Rebal 3. IX. 1863; EM. A IV 49. Protokoll der Oberschulkommission 10. IX. 1863.

⁷⁶⁾ R. d. G. G. Akte Nr. 168/1860. stellv. Ritt. Öptm. v. Engelhardt an d. Gouv. v. Ulrich. Rebal 13. II. 1864 Nr. 95.

⁷⁷⁾ dto. Protokoll der Kommission für Bauernangelegenheiten 20. III. 1864.

⁷⁸⁾ A. d. B. G. G. Bäuerl. Abt. Akte Nr. 353/1862. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Baron Lieben. Rebal 2. IV. 1864 Nr. 1031.

gung ⁷⁹⁾. Hier ergaben sich aber neue Schwierigkeiten, da dem Innenminister eine Reihe von Punkten unklar schienen, über die er vom Generalgouverneur Aufklärung erbat: in der Bauernverordnung sei nur von Gebietsschulen (d. h. Gemeindeschulen) die Rede, im Reglement seien jedoch auch in einer Überschrift Gutschulen genannt; der Minister wünschte zu wissen, ob das Projekt auch für vom Gutsbesitzer unterhaltene Privatschulen Bezug haben sollte. Ferner meinte er, das Seminarstatut könnte so ausgelegt werden, daß für jede einen Schüler ins Seminar entsendende Gemeinde die Verpflichtung entstehe, ihn dort auch zu unterhalten. Der Minister wünschte daher den Passus „Alle Seminaristen erhalten von der Schulverwaltung freie Wohnung und Kost“ so abzuändern, daß unter Schulverwaltung die des Seminars, und nicht die der entsendenden Bauerngemeinde zu verstehen sei ⁸⁰⁾. Diese Ausstellungen bezogen sich mithin auf einige völlig nebenfällige Kleinigkeiten, dadurch wurde jedoch die Bestätigung verzögert. Denn wieder wurde nun Ulrich beauftragt, sich wegen der beanstandeten Punkte mit der ritterschaftlichen Repräsentation und der Kommission für Bauernangelegenheiten in Relation zu setzen ⁸¹⁾. Nun gelangte das Reglement von neuem vor die Oberschulkommission, die die betreffenden Stellen, wie gewünscht, umredigierte ⁸²⁾. Jedoch erst Ende November übersandte Ulrich die Erläuterungen. Darin führte er aus, der Unterschied der Guts- und Gemeindeschulen liege nur in der Verschiedenheit der Quellen ihres Unterhalts, sonst sei aber ersteren keine Ausnahmestellung eingeräumt. Im übrigen waren alle Wünsche des Ministers erfüllt ⁸³⁾. — Dadurch, daß die Bestätigung des Reglements sich auf diese Weise endlos in die Länge zog, ergaben sich für die praktische Entwicklung des Schulwesens die nachteiligsten Folgen: es bestand eine starke Unsicherheit der Verhältnisse und die Entwicklung ging nicht recht vorwärts, speziell auch was das Heranziehen der Bauerngemeinden zur Beteiligung am Schulwesen anlangt. Diese Tatsachen kamen vor der Synode im Sommer 1864 zur Sprache. Und zwar stellte auf derselben die Wiessche Kreissynode den Antrag, die Provin-

⁷⁹⁾ dto. Gen. Gouv. Baron Lieven an den Innenminister. Riga 13. v. 1864 Nr. 526.

⁸⁰⁾ dto. Innenminister an den Gen. Gouv. Baron Lieven. St. Petersburg 8. vi. 1864 Nr. 1306.

⁸¹⁾ R. d. G. G. Akte Nr. 168/1860. Gen. Gouv. Baron Lieven an den Gouv. v. Ulrich. Riga 21. vi. 1864 Nr. 692.

⁸²⁾ ERA. A IV 55. Protokoll der Oberschulkommission 7. ix. 1864.

⁸³⁾ A. d. B. G. G. Bäuerl. Abt. Akte Nr. 353/1862. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Fürst Schuvalow. Reval 23. xi. 1864 Nr. 3251.

zialsynode möge Schritte tun, damit die Ritterschaft das schreiende Bedürfnis nach Schulen befriedige, da sonst die Wirksamkeit des Seminars in der Luft hänge. An diesen Antrag schloß sich eine rege Diskussion, in der speziell festgestellt wurde, daß die Bauerngemeinden nur selten ihrerseits zur Erhaltung der Schulen beitrügen. Da aber das Reglement bereits nach St. Petersburg abgesandt sei, gehörten Zusätze nun vor die dortige Oberschulkommission. Schließlich nahm die Synode eine Reihe von Desiderien an: 1) In den Gebieten ohne Schulen möchten solche laut Bauerngesetzbuch errichtet werden. 2) Die Gemeinden müßten sich am Unterhalt beteiligen, möglichst auch die Kostreiber. 3) Gemeindeälteste und Vormünder hätten den Lehrer zu überwachen. 4) Die Kirchspielschulkommissionen hätten schlechte Lehrer abzusetzen und ungenügende, schwach fundierte Schulen durch bessere zu ersetzen. 5) Kinder ohne Vorkenntnisse seien nur ausnahmsweise in die Schule aufzunehmen. 6) Lehrer dürften ohne Konsens des Schulrats nicht gleichzeitig andere Ämter übernehmen. Schließlich empfahl der Generalsuperintendent Schulz die Anlage besonderer Schulkassen zur Bestreitung der Schulbedürfnisse. Auch wünschte er, unabhängig vom Reglement, ein Minimalgehalt von 5000 Pfund Roggen jährlich für die Lehrer zu fixieren, und kam wieder auf den bereits von Herrn v. z. Mühlen vorgeschlagenen Schulzwang zurück⁸⁴⁾. Diese Anträge gelangten zunächst zur Beratung vor die Oberschulkommission. Was das von Schulz proponierte Minimalgehalt anlangt, so wurde beschlossen, da das Reglement unbestätigt sei, die Kirchspielschulrevidenten aufzufordern, dahin zu wirken, daß die mit Land gagierten Lehrer solch ein Gehalt erhielten, die auf Geld gestellten — einen „landesüblichen Lohn“. Eine Heranziehung der Kostreiber lehnte die Oberschulkommission, als gesetzlich ohne Basis, ab, wohl aber erklärte sie die Beteiligung kleiner Pächter für wünschenswert. Ferner sollte an die Kirchspielschulkommissionen die Aufforderung gerichtet werden, unbrauchbare Lehrer durch möglichst brauchbare zu ersetzen. Die Frage der Schulpflicht, zwei Winter lang vom zehnten Lebensjahre an hatte Schulz vorgeschlagen, wurde dem Ausschuß überlassen. Die Forderung nach wirklicher Erfüllung der Bauernverordnung inbezug auf Schulanlagen wurde angenommen, ebenso die kontraktliche Festlegung der Leistungen der Gemeinden an die Lehrer und Überwachung des Schulbesuchs durch Gemeindeälteste und Vormünder⁸⁵⁾. Ein Teil dieser Beschlüsse bedeutete aller-

⁸⁴⁾ ERM I 480/878. Synodal-Protokoll 26. VI. 1864.

⁸⁵⁾ ERM. A IV 55. Protokoll der Oberschulkommission 7. IX. 1864.

dingß nichts Neues, sondern nur eine Wiederholung der Bestimmungen des Bauerngesetzes. Trotzdem aber hat die Geistlichkeit sich durch dieses Eingreifen in die Legislative auf dem Gebiete der Schule zweifellos ein Verdienst erworben. Denn einige Punkte des Reglements konnten nun auch ohne Bestätigung zur Durchführung gelangen, vor allem die Festsetzung der Minimalgehälter. Die Fassung „landesüblicher Lohn“ war allerdings sehr dehnbar, umso wichtiger war aber die Einführung von Kontraktabschlüssen zwischen Lehrer und Gemeinde. Eine Entfernung aller ungenügenden Lehrer war zunächst ein Ding der Unmöglichkeit, da gar nicht genügend viel Seminaristen zur Stelle waren. Die Frage des Schulzwanges gelangte nun vor den Ausschuß. Herr v. 3. Mühlen stellte daraufhin den Antrag, für bestimmte Jahre den Schulzwang anzuerkennen, jedoch es den lokalen Schulverwaltungen zu überlassen, gewisse Ausnahmen zuzulassen. Wenn das also auch nur einen bedingten Schulzwang bedeutete, so war damit doch ein wichtiger Schritt vorwärts getan, als der Ausschuß diesen Antrag annahm⁸⁶⁾. Dieser Schulzwang basiert allerdings nicht auf einem Gesetz, sondern auf dem der Oberschulkommission zustehenden Verwaltungsrecht und wurde auf dem Wege eines Zirkulärs der Oberschulkommission den Kirchspielschulrevidenten mitgeteilt.

Während die estländische Ritterschaft also Schritte in der Richtung auf einen Übergang zum Schulzwang einleitete, erfolgte eine gleiche Anregung auch von einer ganz anderen Seite: der Innenminister hatte das Schulreglement auch dem Ev.-Luth. Generalkonsistorium vorgelegt, und dieses schlug vor, die Eltern zu verpflichten, Kinder gewissen Alters eine bestimmte Zeitlang zur Schule zu schicken, da ohne einen derartigen Zwang die zum Besten der Schule gebrachten Opfer eventuell nicht zu den nötigen Erfolgen führen würden. Dazu wurden nun durch den Generalgouverneur Meinungsäußerungen eingeholt. Im übrigen erklärte das Ministerium, das estländische Projekt könne in der gegenwärtigen Fassung nicht bestätigt werden, es enthalte Unklarheiten und Widersprüche, sowie Differenzen zu anderen gesetzlichen Bestimmungen. Von den dazu gemachten Anmerkungen seien folgende genannt: die Gleichheit der Guts- und Gemeindeschulen vor dem Gesetz sollte ausdrücklich fixiert werden, der Gutsherr sollte keine Rechte auf die Ernennung des Lehrers einer ausschließlich von der Bauerngemeinde unterhaltenen Schule haben; der Minister hielt eine Ernennung durch die Kirchspielschulkommission auf Grund einer Präsentation durch den Er-

⁸⁶⁾ dto. Ausschuß-Protokoll 9. IX. 1864.

halter der Schule für zweckmäßiger. Dann sollte festgelegt werden, die Absolventen welcher Seminare ohne ein besonderes Schulexamen angestellt werden dürften; die von den Gemeinden unterhaltenen Schulen sollten jedem Einfluß des Gutsbesizers entzogen sein, auch was die Vorstellung der Stundenpläne anlangte. Die Bestimmungen über die Aufsicht über die Schulkasse und die Dauer des Unterrichts schienen dem Minister zu unpräzise. Klagen gegen in Schulverpflichtungen säumige Bauerngemeinden sollten nicht bei der Kirchspielschulkommission, sondern bei nicht näher präzierten Gerichtsinstanzen angebracht werden, ebenso analoge Klagen gegen Gutsbesizer. Im Seminarstatut sollte ausdrücklich die Kostenlosigkeit von Wohnung und Beföstigung erwähnt sowie die Straffkompetenzen des Lehrers genau bestimmt werden u. s. w. ⁸⁷⁾). Kurz, es lag wieder eine Fülle von Ausstellungen vor, teils ausgesprochen kleinlichen Charakters, teils aber auch von prinzipieller Bedeutung, so die Ausschaltung des gutherrlichen Einflusses auf reine Gemeindeschulen, welche zunächst allerdings nur in geringer Zahl bestanden.

Welches die Gründe des Innenministers zu seinem ablehnenden Verhalten waren, ob er tatsächlich die angeführten Punkte für soweit gravierend hielt, oder sie nur als Vorwand benutzte, ist unklar. Tatsache ist, daß kein günstiger Stern über dem Reglement stand und die Bestätigung nicht vorwärts kam. Baron Pahlen gibt als Grund der Verzögerung an, es sei auch von Kurland ein Reglement eingereicht worden, und beide befänden sich bei der Staatsregierung in gemeinsamer Beprobung ⁸⁸⁾). Jedenfalls mußte nun wieder der ganze Apparat zur Einholung von Meinungsäußerungen und zur nunmehr dritten Abänderung des Reglements aufgeboten werden. Was den Schulzwang anlangt, so war hier die Haltung der Ritterschaft und Landeskirche bereits geklärt. Baron Pahlen konnte mitteilen, die Ritterschaft habe bereits beschlossen, das Prinzip des Schulzwanges bei Zulassung gewisser Ausnahmen für bestimmte Jahre anzuerkennen ⁸⁹⁾). Und auch der Generalsuperintendent Schulz gab den Standpunkt der Synode wieder, dem ungenügenden Schulbesuch könne nur abgeholfen werden und nur dann eine wesentliche Förderung der Schulsache eintreten, wenn der Schulzwang eingeführt werde. Seinerseits schlug Schulz außerdem für dreizehn- bis fünfzehnjährige Kinder eine einmal wöchentlich abzuhal-

⁸⁷⁾ A. d. B. G. G. Baurf. Abt. Akte Nr. 353/1862. Innenminister an den Gen. Gouv. Fürst Schuwalow. St. Petersburg 8. VIII. 1865 Nr. 8155.

⁸⁸⁾ CMA. A IV 61. Rechenschaftsbericht der Ritt. Optm. Baron Pahlen. 1865.

⁸⁹⁾ A. d. G. G. Akte Nr. 168/1860. Ritt. Optm. Baron Pahlen an den Gouv. v. Ulrich. Reval 29. XI. 1865 Nr. 875.

tende Repetitionsschule vor, die obligatorisch sein sollte, sowie eine durch die Gemeindeältesten einzutreibende Pön zum Besten der Schulkasse für grundlose Schulversäumnisse ⁹⁰⁾). Die übrigen sachlichen Ausstellungen gelangten vor den Ausschuß und wurden wie gewünscht angenommen. So wurde für Lehreranstellungen ein Präsentationsrecht des Erhalters eingeführt; wenn bei von Gutsherr und Bauerngemeinde gemeinsam unterhaltenen Schulen keine Einigung über einen Lehrer-Kandidaten zu erzielen war, sollte jeder seinen Kandidaten präsentieren und die Kirchspielschulkommission entscheiden. Ebenso wurde die Verwaltung der Schulkasse der die Schule unterhaltenden Instanz übergeben. So zeigte denn die Ritterschaft größtes Entgegenkommen allen Wünschen der Staatsregierung gegenüber ⁹¹⁾). Dem in dieser Form geänderten Reglement wünschte der Generalgouverneur noch einige unwesentliche, von der Ritterschaft vergessene Punkte, auf die der Minister hingewiesen hatte, hinzuzufügen, ebenso einen Passus darüber, ob der Schulbesuch obligatorisch sein sollte oder nicht ⁹²⁾). Daraufhin erhielt Baron Pahlen vom Ausschuß die Vollmacht, von sich aus die betreffenden Ergänzungen zu machen; somit wurde auch das Prinzip des Schulzwanges in das Reglement aufgenommen und die Erhebung von Pönzahlungen bestimmt ⁹³⁾). Auch der Gouverneur v. Ulrich hatte sich für obligatorischen Schulunterricht ausgesprochen ⁹⁴⁾). Nun mußten eigentlich alle einer Bestätigung im Wege stehenden Hindernisse behoben sein, als der Generalgouverneur Graf Baranow das Reglement dem Innenminister mit der Bitte übersandte, es zu bestätigen, und zwar möglichst bald ⁹⁵⁾! Jedoch die Bestätigung erfolgte nicht. Am 2. XII. 1866 erklärte der Ritterschaftshauptmann Baron Pahlen vor dem Ausschuß, es erscheine zur Zeit wünschenswert, den Reglementsentwurf zurückzuziehen, bat, ihn dazu zu bevollmächtigen, und beantragte, die Einführung der enthaltenen Bestimmungen der Oberschulkommission zu überweisen. Dieser

⁹⁰⁾ dto. Gen. Sup. Schulß an den Gouv. v. Ulrich. Rebal 18. XI. 1865 Nr. 276.

⁹¹⁾ ERA. A IV 61. Ausschuß-Protokoll 20. XII. 1865; ERA. A IV 66. Ausschuß-Protokoll 7. I. 1866.

⁹²⁾ A. d. B. G. G. Bäderl. Abt. Akte Nr. 353/1862. Gen. Gouv. Fürst Schuwalow an den Ritt. Optm. Baron Pahlen. 1. III. 1866 Nr. 209.

⁹³⁾ ERA. A IV 66. Ausschuß-Protokoll 12. III. 1866.

⁹⁴⁾ A. d. B. G. G. Bäderl. Abt. Akte Nr. 353/1862. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Fürst Schuwalow. Rebal 7. XII. 1865 Nr. 3041.

⁹⁵⁾ dto. Gen. Gouv. Graf Baranow an den Innenminister. Riga 2. VIII. 1866 Nr. 980.

Antrag wurde vom Ausschuß angenommen ⁹⁶⁾. Die ihm zuteil gewordene Vollmacht benutzte Pahlen zunächst noch nicht, sondern teilte erst fast ein Jahr später, nachdem die Bestätigung immer noch nicht erfolgt war, dem Generalgouverneur Albedinskij mit, es seien unterdessen Verhältnisse eingetreten, die eine Umarbeitung des Reglements, den Bedürfnissen der Zeit entsprechend, notwendig machten. Daher bat er Albedinskij, sich dafür zu verwenden, daß der Ritterschaft die Zurückziehung des Reglements gestattet werde. Auf Albedinskij's Verwendung hin wurde denn auch vom Innenminister dieser Bitte stattgegeben ⁹⁷⁾.

Im Ritterschaftsprotokoll findet sich keine Motivierung der Zurückziehung des Reglements. So ist wohl anzunehmen, daß der Grund in Vorgängen in St. Petersburg zu suchen ist, welche aber einen derartigen Charakter trugen, daß eine Verzeichnung derselben im Protokoll nicht möglich war. In St. Petersburg hatte sich die Bestätigung ohne eigentlich objektive Gründe hingezogen. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß dieses mit den damals schwebenden Verhandlungen über eine eventuelle Unterstellung der baltischen Volksschulen unter das Ministerium für Volksaufklärung in Verbindung gestanden hat. — Die in den sechziger Jahren mächtig angeschwollene slawophile Welle hatte zu einer scharfen Kampagne der russischen Presse gegen die Sonderstellung der baltischen Provinzen und auch gegen das Schulwesen daselbst geführt. Unter dem Druck derselben wurde vom Minister für Volksaufklärung der Geheimrat Mogilansky 1865 mit einer Schulrevision in den Ostseeprovinzen betraut. Obgleich dieser keine Landesschulen besucht hatte, klagte er doch in seinem nach Erfüllung seines Auftrages abgegebenen Bericht über die Unbildung und vor sich gehende Germanisierung der Esten und Letten und empfahl die Einführung russischen Sprachunterrichts, um das Landvolk fester an das Russentum zu binden. Im übrigen äußerte er die dringende Notwendigkeit einer Reform der Landschulen und regte eine Unterstellung derselben unter das Ministerium für Volksaufklärung an ⁹⁸⁾. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser Vorschlag den Wünschen weiter

⁹⁶⁾ EMA. A IV 66. Ausschuß-Protokoll 2. XII. 1866.

⁹⁷⁾ A. d. B. G. G. Bäterl. Abt. Akte Nr. 353/1862. Ritt. Optm. Baron Pahlen an den Gen. Gouv. Albedinskij. St. Petersburg 16. x. 1867 Nr. 570; Gen. Gouv. Albedinskij an den Innenminister. 10. XI. 1867 Nr. 1227; EMA A IV 73. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Pahlen an den Landtag. 14. XII. 1867.

⁹⁸⁾ [A. Buchholz] Deutsch-Preussentische Kämpfe in den Baltischen Provinzen Rußlands. pg. 389, 393, 400.

Reise der russischen Öffentlichkeit und wohl auch mancher Regierungsstellen entgegenkam, da die Frage bald in Beratung genommen wurde. Diese Tatsachen dürften wohl Pahlen bekannt gewesen sein und ihn zur Überzeugung gebracht haben, daß unter solchen Umständen eine Bestätigung des Reglements doch nicht zu erwarten sei. Andererseits aber war die Durchführung vieler im Reglement enthaltener Bestimmungen dringend erforderlich. Daher mußte eben ein anderer Weg eingeschlagen werden, um zum beabsichtigten Ziel zu gelangen. Der um ein Gutachten angegangene Kurator Graf Rehsferling äußerte sich zur Frage des Ressortwechsels völlig ablehnend. Er stellte fest, daß die Geistlichkeit sich lebhaft am Gedeihen der Volksschule beteilige und der so notwendige Konnex zwischen ihr und der Volksbildung in vollem Maße bestehe. Errichtung, Einrichtung und Unterhalt der Schulen dagegen seien weitgehend in der Hand des Adels; dieser würde sich aber bei einer Einmischung der Regierung der Verantwortlichkeit, Kosten und Mühe entziehen, und so würden die Folgen nur ungünstige sein, zumal da die Regierung prinzipiell keine Kosten für die Volksschule übernehme⁹⁹⁾. Über die darauf folgenden Vorgänge in St. Petersburg sind wir nicht weiter orientiert. Jedenfalls ist auch der Zar darauf aufmerksam geworden, daß die baltischen Landvolkschulen nur unter der Leitung von Geistlichkeit und Ritterschaft bei Umgehung des Kurators ständen. Daraufhin wurde der Minister für Volksaufklärung vom Zaren beauftragt, sich mit dem Innenminister Walujew in Verbindung zu setzen und dem Ministerkomitee über den Grad seiner zukünftigen Mitwirkung am Volksschulwesen Vorschläge zu unterbreiten. Durch Walujew wurde nun der Generalgouverneur Albedinskij um ein Gutachten ersucht, wobei ihm Rehsferlings zwei Jahre vorher abgegebene Erklärungen unterbreitet wurden. Bevor dieser jedoch Stellung nahm, erbat er sich Meinungsäußerungen der Ritterschaften¹⁰⁰⁾. So kam die Frage des Ressortwechsels auf dem estländischen Landtag im Dezember 1868 zur Sprache. Auf Antrag des Kreisdeputierten Baron E. Maydell-Pastfer wurde beschlossen, den neugewählten Ritterschaftshauptmann Baron Dellingshausen zu beauftragen, geeigneten Ortes die ablehnende Stellungnahme der Ritterschaft zum Ausdruck zu bringen. Wenn auch die Ritterschaft nicht gesetzlich zum Unterhalt der Volks-

⁹⁹⁾ ENA. A IV 77. Kurator Graf Rehsferling an den Minister für Volksaufklärung. Dorpat 13. VI. 1866 Nr. 870.

¹⁰⁰⁾ dto. Gen. Gouv. Albedinskij an den Ritt. Optm. Baron Pahlen. Riga 1. XI. 1868 Nr. 951.

schulen verpflichtet sei, so hänge doch deren Bestehen und Gedeihen von der ritterschaftlichen Unterstützung ab. Jedes Eingreifen der Regierung jedoch in die Arbeit der Volksschule könne auf diese nur von hemmender Wirkung sein ¹⁰¹). Das Landratskollegium pflichtete diesem Beschluß bei, wünschte jedoch den Ritterschaftshauptmann nicht an die bei den Verhandlungen berührten Motivierungen und gebrauchten Ausdrücke, die nicht näher bekannt sind, gebunden zu wissen ¹⁰²). Der Ausgang der Angelegenheit blieb längere Zeit unklar. Daher bevollmächtigte der Ausschuß im nächsten Jahre noch den Ritterschaftshauptmann, für den Fall, daß Maßnahmen der Staatsregierung die bisherigen Grundlagen des Volksschulwesens gefährden sollten, seinen ganzen Einfluß dagegen geltend zu machen und sich nötigenfalls mit den Vertretern der anderen Provinzen deswegen in Verbindung zu setzen ¹⁰³). Zunächst trat der befürchtete Ressortwechsel aber noch nicht ein, da auch die übrigen Ritterschaften sich scharf dagegen ausgesprochen hatten. Auch sie erklärten die damit verbundene Abschaffung der Verantwortlichkeit der Ritterschaften und des unmittelbaren Einflusses der Geistlichkeit für schädlich, wiesen auch auf die Nachteile einer zentralisierten Schulverwaltung hin und vor allem auf die ungünstigen Folgen, die die Trennung von Schule und Kirche auf das Volksbewußtsein haben könnte. Auch beim Generalgouverneur Albedinsky regten sich Bedenken. In einem Bericht vom 15. X. 1869 betonte auch er, der Adel trage hohe Kosten für die Volksschulen, die der Reichsschatz nicht würde aufbringen können, und die Schulgebäude seien vielfach Privatbesitz von Gutseignern. Auch glaube er, eine Entfernung des Adels von der Leitung des Schulwesens werde sich ungünstig für die von diesem doch stark abhängigen Bauern auswirken ¹⁰⁴). Zu einem Abschluß kam damit die Angelegenheit jedoch nicht, sondern die Verhandlungen darüber setzen sich auch in den siebziger Jahren fort; diese sollen in einem späteren Zusammenhang ihre Behandlung finden. Ebenso blieben die baltischen Schulverhältnisse ein Objekt häufiger Angriffe der russischen Presse.

Nachdem die Ritterschaft die Zurückziehung des Reglements genehmigt hatte, beantragte der Ritterschaftshauptmann Baron Pahlen 1867 auf einer Sitzung der Oberschulkommission, dieselbe auf Grund des der Kommission zustehenden Rechtes, Verord-

¹⁰¹) *GA. A* IV 79. Landtags-Protokoll 17. XII. 1868.

¹⁰²) *ibid.* Landtags-Protokoll 18. XII. 1868.

¹⁰³) *GA. A* IV 84. Ausschuß-Protokoll 19. XII. 1869.

¹⁰⁴) [*A. Buchholz*] *Deutsch-protestantische Kämpfe* pg. 401—402.

nungen zur Hebung des Schulwesens zu erlassen, in Kraft zu setzen. Diese Proposition wurde angenommen und gleichzeitig beschlossen, das Reglement dem Generalsuperintendenten zur Kenntnissnahme zu bringen, um auch diesem die Gelegenheit zu geben, sich dazu zu äußern¹⁰⁵⁾. Von Seiten des Generalsuperintendenten Schulz wurden dazu nur einige unwesentliche Abänderungen gewünscht und entsprechend von der Oberschulkommission vorgenommen; so erhielt der Punkt über den Schulzwang die Fassung, die bauerliche Jugend sei verpflichtet, im Alter von 10 — 13 Jahren wenigstens zwei Winter hindurch die Schule zu besuchen; nur für gewisse Fälle, wie sehr große Armut oder allzu weite Entfernungen, erhielten die Schulverwaltungen das Recht, Ausnahmen zuzulassen¹⁰⁶⁾. Am 22. XI. 1867 wurde dann das Reglement publiziert und in Kraft gesetzt. Diese Lösung wurde von Seiten der Ritterschaft selbst nur als eine vorläufige angesehen. Wenn auch ihr Vorgehen völlig legal und das Reglement auch so verbindlich war, so hoffte man doch, in Zukunft die staatliche Bestätigung zu erlangen. In einem gleichzeitig erlassenen Reskript wurden die Kirchenvorsteher zur Konstituierung der Kirchspielschulkommissionen und Wahl der Schulrevidenten aufgefordert¹⁰⁷⁾.

Somit war nun endlich die längst erforderliche nähere gesetzliche Regelung des Schulwesens erreicht. In mehreren Punkten bedeutet das Reglement im Vergleich zur Bauernverordnung einen merklichen Fortschritt; am wichtigsten ist da wohl der Übergang zum Prinzip des Schulzwanges. Damit war der Bruch mit der alten Basis des Hausunterrichts vollzogen, dem nun die ihm angemessene Stellung der Vorbereitung zur Schule zugewiesen wurde. Die Einführung der Pön war geeignet, dem Schulzwang gegenüber den zu erwartenden Widerständen den notwendigen Nachdruck zu verleihen. Ferner mußte es sich günstig auswirken, daß statt des auch schon in der Bauernverordnung vorgesehenen Kirchspielschulrevidenten nun eine mehrgliedrige Kommission, in der auch die Kirche vertreten war, sich für die lokalen Schulfragen zu interessieren hatte. Endlich sind alle Bestimmungen über die Lehrer von größter Wichtigkeit. Dadurch, daß die an dieselben zu stellenden Anforderungen genau präzisiert waren, war der Anstellung unfähiger Autodidakten, die bisher häufig gewesen waren, ein Kiegel vorgeschoben.

¹⁰⁵⁾ CNA. A IV 73. Protokoll der Oberschulkommission 1. VI. 1867.

¹⁰⁶⁾ dto. Protokoll der Oberschulkommission 19. IX. 1867.

¹⁰⁷⁾ CNA. A IV 79. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Pahlen an den Landtag. 1868.

Die Fixierung eines Minimalgehalts mußte dazu führen, daß fähige Leute auch lieber als bisher Lehrerstellen übernahmen. Das Minimalgehalt war schließlich, bei Bevorzugung einer Landdotation, einem üblichen Knechtslohn, d. h. 80 Rbl. jährlich, gleichgesetzt worden. Dieses Minimum war allerdings sehr niedrig angenommen, so daß für die Zukunft eine Erhöhung desselben notwendig erschien. Die Verpflichtung der Gemeinden zum Schulunterhalt bedeutete nichts Neues mehr, war sie doch auch schon in der Bauernverordnung ausgesprochen, für die Zukunft ergab sich da jedoch die schwierige Aufgabe, diese Heranziehung in die Tat umzusetzen.

Für die Zusammenarbeit mit der Bauernschaft war die Einführung der neuen Landgemeindeordnung von Bedeutung. Damit wurde eine neue Phase der bäuerlichen Selbstverwaltung eingeleitet: die Bauerngemeinde wurde unabhängig von der Bevormundung durch den Gutsherrn. Der Gemeindevorstand hatte alle sich auf die ökonomischen Interessen der Gemeinde beziehenden Dinge zu ordnen, in seiner Hand lag also auch die materielle Sicherstellung der Dorfschulen. Trug der Gutseigentümer nicht freiwillig zu dieser bei oder übernahm er sie ganz, so hatte nun der Gemeindevorstand entweder eine Landfundierung zu beschaffen, oder auf einem anderen Wege die notwendigen Mittel für das Lehrergehalt aufzubringen. Auch die der Gemeinde auferlegte Sorge für Schulgebäude, Mobiliar, Lehrmittel u. s. w. war nun seine Sache¹⁰⁸⁾. Dazu erhielt der Gemeindevorstand das Recht, für die Gemeindeschule Verordnungen zu erlassen¹⁰⁹⁾. Von dieser Neuregelung wurde vielfach ein Zurückgehen des Schulwesens befürchtet, jedoch waren dagegen Schutzmaßregeln ergriffen. Es bestand die Vorschrift, alle Schulen in ihrem Bestand und Besitz zu erhalten. Und es lag auch keineswegs eine Emanzipation der Gemeinde von den Organen der Schulverwaltung vor. Das Aufsichtsrecht der Kirchspielschulkommissionen bestand fort, trotz der Rechte des Gemeindevorstandes, und dieselbe hatte es nun bedeutend leichter, mit einer wohlgeordneten Gemeindevertretung für die Schule zusammenzuarbeiten. Die Bauernschaft brauchte dagegen nicht mehr das Gefühl zu haben, ihr sei die Schule aufgetronkt, jetzt, wo sich ihr eine Gelegenheit zur Mitarbeit bot, konnte das zur Hebung ihres Interesses beitragen¹¹⁰⁾. — Bereits vor Erlass der Landgemeindeordnung war

¹⁰⁸⁾ Gernet pg. 290.

¹⁰⁹⁾ Landgemeinde-Ordnung für die Ostseegouvernements. [Reval 1866] § 11.

¹¹⁰⁾ Revalsche Zeitung 1868 Nr. 85. „Die Landgemeinde-Ordnung in ihrer Beziehung zur Schule“

die Frage der Einsetzung bäuerlicher Schulbeamter diskutiert worden. Und zwar hatte 1865 die wienländische Kreissynode die Einführung von Schulältesten proponiert. Diese sollten für jede Schule gewählt werden, um dort die Frequenz und den Gang des Unterrichts zu überwachen. Die estländische Synode von 1865 beschäftigte sich mit diesem Vorschlag. Dazu wurde zwar ausgeführt, der Pastor müsse die Kontrolle möglichst in seiner Hand behalten, und es seien möglichst wenig Schulbeamte anzustellen, es genüge daher, wenn die für die Schulältesten in Aussicht genommene Tätigkeit den Pastoren und Vormündern vorbehalten bleibe. Andererseits wurde aber erwähnt, manche Gebiete seien zu groß, als daß eine einzige Person sie überwachen, so z. B. die Gründe jeder einzelnen Schulversäumnis feststellen könne. Da sich jedenfalls bei der Synode kein allgemeines Bedürfnis nach Schulältesten zeigte, wurde der wienländische Vorschlag den Kreissynoden zur Beprüfung übergeben¹¹¹⁾. Diese sprachen sich zwar nicht gerade gegen die Einführung der Schulältesten aus, wünschten jedoch ihre Anstellung dem Gutdünken der einzelnen Pastoren zu überlassen, welchem Standpunkt sich auch die Provinzialsynode anschloß. So war zunächst die Anstellung der Schulältesten fakultativ und sollte nur bei wirklich vorhandenem Bedürfnis stattfinden¹¹²⁾.

e. Schulzustände in den sechziger Jahren.

I. Die Seminare.

In den Zuständen des Seminarwesens traten in den sechziger Jahren verschiedene wichtige Veränderungen ein.

Laut Bauernverordnung bestanden in Estland zwei Seminare, Ruda und Jeddesefer, jedoch hatte bereits im eingereichten Reglementsentwurf die Ritterschaft sich das Recht einer Zusammenziehung derselben vorbehalten. Nun waren ja beide Seminare nicht sehr stark besucht: Ruda hatte 12 und weniger Zöglinge, während in Jeddesefer die Zahl derselben zwischen 11 und 20 schwankte. Das Seminar Jeddesefer stand bis in die sechziger Jahre hinein unter der Leitung des Lehrers Heinrichsen, der sich in jeder Beziehung als tüchtig und geeignet bewährte. Bis 1862, also in 17 Jahren, hatte Jeddesefer bereits 66 Zöglinge entlassen, welche zum größten Teil in den Lehrerberuf getreten waren,

¹¹¹⁾ EAA I 536/13. Synodal-Protokoll 22. VI. 1865.

¹¹²⁾ *Ido.* Synodal-Protokoll 15. VI. 1866.

obgleich sich ihnen dabei vielfach nur ein kümmerlicher Lebensunterhalt bot. Da mit der Zeit die Nachfrage nach seminaristisch gebildeten Lehrern wuchs, nahm auch in Seddefer die Zahl der Anmeldungen zu ¹¹³⁾. Die geistliche Leitung lag nach wie vor in der Hand Pastor Hartens in Fidel, die ökonomische in der des Kurators Landrat Baron Uexküll. Über den inneren Betrieb in Seddefer sind wir sehr schlecht unterrichtet. Laut Angaben Neumanns, die allerdings unzuverlässig sind, arbeitete es zuletzt in drei Klassen und stand in seinen Leistungen auf einem höheren Niveau als Ruda; auch Deutsch wurde in Seddefer gelernt. Dank der Nähe der beiden Seminare entwickelte sich zwischen den Zöglingen derselben ein reger Verkehr ¹¹⁴⁾. Nun erwies es sich 1863 wegen eingetretener Teuerung und einiger bevorstehender Extraausgaben als notwendig, bei der Ritterschaft um eine halbjährliche Zulage von 100 Rbl. nachzusuchen ¹¹⁵⁾. Daraufhin stellte der Kurator Baron Uexküll vor dem Landtage den Antrag, die Bewilligung für Seddefer entsprechend zu erhöhen. Dieser Antrag wurde zuerst von den Kreisdeputierten beraten, welche wohl für eine Erhöhung des Etats waren, jedoch nur im Betrage von 150 Rbl. im Jahr. Trotzdem jedoch wurde Uexkülls Proposition, also die Zulage von 200 Rbl. jährlich, von drei Kreisen angenommen. Da stellte der Kreisdeputierte A. v. 3. Mühlen-Pierjal im Saal den Antrag, die beiden Kuratorien zu einer Besprechung über eine eventuelle Vereinigung der beiden Seminare zu veranlassen. Dieser Antrag wurde zunächst zurückgestellt, um näher beraten zu werden. Die Kreisdeputierten sprachen sich aber dafür aus, daß Seddefersche Seminar nach Ruda überzuführen und letzterem die bisherigen Seddeferschen Bewilligungen zu zahlen. Darauf stellte der Ritterschaftshauptmann Baron Pahlen die Frage, ob die Kuratoren in diesem Sinne in Verbindung treten sollten, was von allen Kreisen bejaht wurde ¹¹⁶⁾. Somit war die Schließung von Seddefer beschlossen; die Verhandlungen der Kuratoren, über die wir nicht weiter orientiert sind, führten zu einer baldigen Einigung. Der Lehrer Heinrichsen suchte daraufhin um seine Entlassung nach. Jedoch wurde beschlossen, ihn nach Ruda zu übernehmen und für seine treuen Dienste bewilligte ihm der Ausschuß eine Gratifikation. Pastor

¹¹³⁾ GNA. A IV 41. Bericht Pastor Hartens an Landrat Baron Uexküll. Fidel 5. XII. 1862 Nr. 100.

¹¹⁴⁾ Neumann pg. 6—8.

¹¹⁵⁾ GNA. A IV 44. Baron C. Uexküll an den Ritt. Öptm. Baron Pahlen. Reval 21. II. 1863.

¹¹⁶⁾ GNA. A IV 49. Landtags-Protokoll 4. u. 7. III. 1863.

Harten erhielt für seine Tätigkeit in Jeddefer den Dank der Ritterschaft ausgesprochen¹¹⁷⁾. Am 15. IX. 1863 schloß die Jeddefer'sche Anstalt ihre Tore, und wurde am 23. IV. 1864 mit Ruda vereinigt. In seinem Schlußbericht führt Pastor Harten aus, daß im Laufe des Bestehens der Anstalt 88 Lehrer entlassen worden seien. Nicht alle von diesen hätten allerdings nachher den an sie gestellten Anforderungen entsprochen, aus Mangel an geeigneter Leitung beim Eintritt in den Beruf und anderen Schwierigkeiten hätten manche versagt¹¹⁸⁾. Trotzdem hat aber Jeddefer viel geleistet, speziell dank der Tätigkeit der beiden Lehrer, Gilddenmann und Heinrichsen, und des Pastors Harten. Noch im Jahre 1882 befanden sich 17 Absolventen von Jeddefer in estländischen Dorfschulen im Amt¹¹⁹⁾ (Mehikü, 2 Peuth, Viol, Allafer, Sallentad, Wallküll, Laig, Riesen-berg, Rarrinömm, Layküll, Lautel, Wannamois, Klosterhof, Massau, Nurm, Alt-Fidel).

Die Leitung des Rudaschen Seminars lag bis 1859 in der Hand des Lehrers Karl Koch, dem von 1856 an Andreas Mähle zur Seite stand, der nach Kochs Tode die Leitung übernahm und bis 1864 innehatte. Bei seinen Schülern war er unbeliebt, ganz im Gegensatz zu Koch, der trotz seiner Strenge sehr geschätzt wurde. Auch Mähle standen Hilfslehrer zur Seite, so 1859—1861 W. Tuglas, der speziell viel für die Pflege der Musik im Seminar tat; sein Nachfolger wurde R. G. Reinfeld, der bis 1864 im Amt war. Zur Zeit der Leitung Mähles kam es nach Angaben Neumanns im Seminar zu inneren Reibereien, hervorgerufen durch das Erwachen des estnischen Nationalbewußtseins; Pastor Bezold in Merjama griff ein und schlichtete die Streitigkeiten. Um was es sich dabei gehandelt hat, ist leider nicht näher bekannt, um diese Zeit sind in Estlands Schulen nirgends Erscheinungen auf dieser Basis nachweisbar. Im übrigen war der Seminarbetrieb keineswegs geeignet, estnische Nationalgefühle zu verletzen: Ruda sollte eine rein estnische Schulanstalt sein, weshalb lange Zeit dort das Lernen von Fremdsprachen verboten war¹²⁰⁾. Er ist z. B. der Seminarist M. Werber für Deutschlernen

¹¹⁷⁾ EMA. A IV 46. Lehrer Heinrichsen an den Ritt. Optm. Baron Pahlen. Jeddefer 15. VIII. 1863; EMA. A IV 55. Ausschuß-Protokoll 10. I. 1864; EMA. A IV 49. Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1863.

¹¹⁸⁾ EMA. A IV 59. Pastor Harten an das Rudasche Kuratorium. Fidel 8. XII. 1865.

¹¹⁹⁾ EMA. 176. Tabelle über die Schulverhältnisse 1881/82.

¹²⁰⁾ Neumann pg. 11—15.

von der Seminarleitung bestraft worden¹²¹⁾. Da in den fünfziger Jahren in Ruda Mangel an geeigneten Lehrbüchern bestand, ließ Koch die Schüler nachschreiben und die Nachschriften nachher ausarbeiten. Diese wurden später kontrolliert und von den Schülern zum Lernen benutzt, womit gute Ergebnisse erzielt wurden¹²²⁾. Zum Zweck der Übung im Unterrichten wurde im Winter eine kleine Probeshule von 15 Knaben in Ruda unterhalten, wo die Zöglinge abwechselnd die Lehrerrolle übernahmen. An den Sonnabenden fanden in der Anstalt, ebenfalls unter Teilnahme der Seminaristen, Katechesationen der Bauernjugend statt. Neben dem Unterricht und diesen praktischen Übungen fanden die Zöglinge Beschäftigung bei der Bearbeitung der Rudaschen Ländereien. Die Leitung dieser Tätigkeit war Sache des Hülfslehrers; da die Landwirtschaft zur Zeit nur fünf Arbeitskräfte beanspruchte, hatten die übrigen Zöglinge die volle Kraft für ihre Studien frei. Nur wirklich gesunde, kräftige Leute wurden in das Seminar aufgenommen. Auch das Kochen und Backen gehörte zu den Pflichten der Schüler. Die Ritterschaft zahlte an Ruda eine regelmäßige Jahressubvention von 480 Rbl., die Landwirtschaft ergab einen Bruttoertrag von ca. 200 Rbl. Von dieser Summe mußten die Gehälter des Lehrers und Hülfslehrers, 120 und 60 Rbl., sowie alle Ausgaben für die Wirtschaft, die Beföstigung der Zöglinge u. s. w. bestritten werden¹²³⁾.

Zu gewissen Schwierigkeiten gaben die sehr komplizierten Rechtsverhältnisse der Rudaschen Ländereien Anlaß. Ruda war ja eine Stiftung des Baron Chr. Stadelberg zum Zweck der Anlage eines Seminars und wurde von Kuratoren verwaltet. Zur Zeit der Vereinigung mit Jeddezer waren dieses die Herren A. v. Essen und A. v. z. Mühlen-Pierfal. Im Zusammenhang mit der Vereinigung der Seminare bestand nun bei der ritterschaftlichen Vertretung das Bedürfnis nach einer Neuregelung des Verhältnisses der Ritterschaft zur Stiftung, weshalb Herr v. z. Mühlen um die Abgabe eines Reports über Zweck und Rechtslage der Stiftung gebeten wurde. Daraufhin führte dieser aus, Ruda habe den Zweck, zur Heranbildung von christlichen, evangelisch-lutherischen Schullehrern zu dienen, welche die Bauernjugend in den nötigen Elementarkenntnissen unterrichten und zu einer möglichst zweckmäßigen Landwirtschaft anleiten sollten. Diese Definition ging aus Stadelbergs Bestimmungen hervor. Aus diesen stellte die Verwaltung der Stiftung für sich die Norm auf, das Seminar aufzuheben und in ein Hospital für evangelisch-lutherische Esen zu verwandeln, falls eine Aufrechterhaltung der Anstalt im skizzierten Geiste nicht möglich sei oder niemand zur Übernahme der Leitung in diesem Sinne

¹²¹⁾ dto. pg. 42.

¹²²⁾ dto. pg. 12.

¹²³⁾ dto. pg. 13; G. N. A. IV 41. Bericht A. v. Essen i. N. der Verwaltung von Ruda. Reval 8. XII. 1862.

gefunden werden sollte. Für den Fall der Vereinigung stellte Mühlen im Namen der Kuratoren der Stiftung mehrere Bedingungen. So sollten von den drei Seminarkuratoren zwei von der Ritterschaft, einer und ein Substitut dagegen von der Stiftung ernannt werden; der die Stiftung vertretende Kurator sollte vor allem darauf achten, daß die Anstalt im Sinne und Geiste der Stiftung geleitet werde. Im übrigen sollte er der Ritterschaft gegenüber das Recht haben, die Nutzung von Ruda zu kündigen, falls seiner Ansicht nach in der Anstalt der christliche Geist dauernd abhanden gekommen sein oder eine Leitung derselben nach anderen Grundsätzen, als die genannten, stattfinden sollte. Im Falle solch einer Kündigung sollte die Ritterschaft die Möglichkeit erhalten, das Grundstück anzukaufen¹²⁴⁾. Der Ausschuß sprach sich gegen diese Vorschläge aus, war aber wohl bereit, auf 12 Jahre mit der Stiftung einen Pachtvertrag abzuschließen, „entsprechend ihrem Sinne und Geiste“ Für den Fall des Zustandekommens wählte er bereits jetzt die drei Kuratoren — Landrat Baron Uexküll, Baron F. Stadelberg-Pärjental und A. v. z. Mühlen-Piersal. Diesen sollte nach Maßgabe der Bedürfnisse von der Ritterschaft ein Vorschuß zur Verfügung gestellt werden¹²⁵⁾. So war die ritterschaftliche Repräsentation ihrerseits der Stiftung entgegengekommen, indem sie sogar zwei dieser nahe stehende Persönlichkeiten zu Kuratoren wählte. Weitere Schwierigkeiten ergaben sich nun nicht mehr, und bereits wenige Tage darauf konnte ein Vorvertrag abgeschlossen werden, demzufolge die Ritterschaft Ruda auf 12 Jahre pachtete und sich verpflichtete, dort ein Seminar im Sinne des Stifters zu unterhalten¹²⁶⁾. Somit ging nun auch die ökonomische Leitung des Seminars auf die Ritterschaft über. Zu diesen Verhandlungen weiß Neumann zu berichten, die Ritterschaft hätte gerne Ruda ganz schließen wollen, da nicht vorauszu sehen gewesen wäre, ob dort nicht eine Aversion gegen den Adel erwachsen könne; dieses Ansinnen habe aber Baron F. Stadelberg glatt abgelehnt, — erst nach langen Verhandlungen sei die Vereinigung geglückt¹²⁷⁾. Diese Darstellung ist völlig unrichtig: die Ritterschaft dachte nicht im entferntesten an eine Schließung von Ruda, und eine Adelsfeindschaft konnte genau ebenso in einem anderen Seminar erwachsen, hier lag aber gar kein Anlaß zu solch einer Befürchtung vor. Daß Stadelberg bei der Vereinigung eine große Rolle gespielt haben sollte, ist anderweitig nicht belegt.

Die endgültige Kuratorenwahl fand am 20. XII. 1865 statt und fiel auf die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten, wobei Landrat A. v. z. Mühlen-Piersal das Präsidium erhielt¹²⁸⁾. Die Direktion und geistliche Leitung wurde Propst Harten übertragen. Gleich zur Eröffnung fand sich eine große Anzahl von Reflektanten auf Stellen im Seminar ein: von den in Ruda anfangs versammelten 40 jungen Leuten wurden nach Ableistung einer Probezeit 26 behalten, von welchen allerdings 3 ausgeschlossen werden mußten. Der Lehrer

¹²⁴⁾ EMA. A IV 46. Denkschrift A. v. Effen u. A. v. z. Mühlen. Neval 9. IX. 1863.

¹²⁵⁾ EMA. A IV 49. Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1863.

¹²⁶⁾ EMA. A IV 46. Vorvertrag betr. die Pacht von Ruda. Neval 14. IX. 1863.

¹²⁷⁾ Neumann pag. 15.

¹²⁸⁾ EMA. A IV 61. Ausschuß-Protokoll 20. XII. 1865.

Heinrichsen, dem sich hier ein bedeutend weiteres Tätigkeitsfeld als in Ieddefer erschloß, wurde nun auch wirtschaftlich viel besser gestellt und erhielt ein Jahresgehalt von 500 Rbl. bei freier Station. Für einen Hülfslehrer, ebenfalls bei freier Station, war ein Gehalt von 80 Rbl. vorgesehen ¹²⁹⁾. Diesen Posten bekleidete zuerst Jüri Samberg, dem nach drei Jahren Jaan Nebokat folgte ¹³⁰⁾. Um die Wirksamkeit des Seminars zu erweitern, wurde bereits 1866 beschlossen, auch solche Zöglinge aufzunehmen, welche das Seminar auf eigene Kosten besuchen wollten, um dadurch die Besetzung aller Schulen mit seminaristisch gebildeten Lehrern zu beschleunigen, da beim bisherigen Modus jährlich nur drei Schulmeister die Anstalt verließen ¹³¹⁾. Zweck besserer Zusammenarbeit mit der ritterschaftlichen Schulverwaltung beschloß der Ausschuß, den Präses des Rudaſchen Seminar-Kuratoriums ebenfalls dem Bestande der Oberschulkommission zuzuzählen ¹³²⁾.

Dem Unterricht wurden die Bestimmungen des sich auf das Seminarwesen beziehenden Teiles des Reglements zugrunde gelegt. Zunächst bestand im Seminar nur eine einzige Klasse, so daß alle drei Jahre Entlassungen von Absolventen stattfanden. Der Lehrer Heinrichsen arbeitete vor allem daran, den Unterricht vom alten, mechanischen Gedächtnißsystem zu befreien und ein verständigeres Lesen bei den Zöglingen zu erreichen. Der Erfolg der Arbeit zeigte sich bereits 1867 bei der ersten Absolventenentlassung, als im Beisein einer Kommission unter dem Vorsitz von Propst Harten die Abschlußprüfung stattfand, die gute Resultate aufwies. Beim mündlichen Examen fiel die fließende Sprache der Zöglinge auf, beim schriftlichen die ausgebildete Handschrift. Obgleich es kein geeignetes Lehrbuch der estnischen Grammatik gab, waren gerade auf diesem Gebiet die Kenntnisse besonders gut. Für das Examen waren die Schüler entsprechend ihren Leistungen in mehrere Kategorien eingeteilt worden. Alle von ihnen bestanden die Prüfung. Auch Deutsch und Russisch wurde nach Angaben Neumanns getrieben; besonders gut waren auch die Leistungen auf dem Gebiet des Gesanges. Die Unterbringung der Anstalt war nach der Vereinigung mit Ieddefer eine durchaus zweckentsprechende: vorhanden waren ein Schulsaal, Aufenthalts-, Speise- und Schlaf-

¹²⁹⁾ EMA. A IV 59. Bericht Propst Harten an das Rudaſche Kuratorium. Fideel 8. XII. 1865.

¹³⁰⁾ Neumann pg. 16, 19.

¹³¹⁾ EMA. A IV 66. Ausschuß-Protokoll 3. XII. 1866.*

¹³²⁾ EMA. A IV 79. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Pahlen. 1868.

zimmer der Zöglinge, sowie eine Lehrerwohnung¹³³⁾. Jedenfalls steht fest, daß die Vereinigung der beiden Anstalten keinen Rückschritt des Seminarwesens bedeutet hat; die Tätigkeit in Ruda beruhte nun auf einer wesentlich breiteren materiellen Basis, und auch der Lehrbetrieb erfuhr durch die Zusammenlegung fraglos eine Hebung und Modernisierung.

Zu einer weiteren Seminargründung kam es zunächst nicht, wenngleich eine solche diskutiert worden ist. Die Anregung dazu kam aus Wierland und ging von Pastor Paucker-St. Simonis aus. Ausgehend von einem in Wierland spürbaren Mangel an vorgebildeten Lehrern und der Tatsache, daß junge Wierländer ungern in die Wieß zur Ausbildung gingen, griff Paucker auf den in den vierziger Jahren besprochenen Plan, ein Seminar in St. Simonis zu errichten, zurück. Dort bestand nach wie vor die vom Küster Normann geleitete Parochialschule, welche Paucker auszubauen gedachte. Normann hatte privatim bereits zahlreiche junge Leute zu Lehrern ausgebildet und eignete sich daher zum Leiter der projektirten Anstalt. Da aber die Bauernschaft die entstehenden Kosten nicht tragen konnte, dachte Paucker daran, eine ritterschaftliche Subvention zu erlangen. Die jährlichen Unterhaltungskosten eines Schülers berechnete er mit 35 Rbl., das Gehalt für Normann mit 300 Rbl., so daß die Gesamtkosten des Seminars bei 12 Zöglingen 860 Rbl. jährlich betragen hätten. Paucker erbot sich, dieses unter seine persönliche Obhut zu nehmen und auch für landwirtschaftliche Betätigung der Zöglinge zu sorgen¹³⁴⁾. Stützend auf dieser Anregung stellte der wierländische Schulrat A. v. Baer einen entsprechenden Antrag an die Ritterschaft. Auch er bestätigte den Lehrermangel in Wierland und die Tatsache, daß daher vielfach ungeeignete Persönlichkeiten angestellt wurden oder solche, die durch ihre religiös-mythische Richtung nachtheilig auf die Bauernschaft einwirkten (wohl Herrnhuter). Er bat daher um die Bewilligung von Mitteln in der von Paucker angegebenen Höhe, um die Anstalt errichten zu können¹³⁵⁾. Der Landtag nahm dazu nicht Stellung, sondern verwies den Antrag zur Entscheidung an die damals eingesetzte Kommission zur Ausarbeitung des Reglements; ein Weg, der ungewöhnlich erscheint, da der Antrag eher in den Kompetenzbereich der Oberschulkommission gehört hätte¹³⁶⁾. Die Kommission nahm jedoch in einem ablehnenden Sinne Stellung und stellte fest, nach einem Seminar in Wierland bestünde kein Bedürfnis¹³⁷⁾. Damit wurde denn auch der Plan begraben, was im Interesse der Hebung des Lehrerstandes fraglos sehr zu bedauern ist. Denn auch in den Jahren der höchsten Blüte des ritterschaftlichen Schulwesens blieb die Zahl der nicht seminaristisch gebildeten Lehrer sehr groß, speziell in Wierland und Bertven. Man behalf sich dort sehr häufig mit Absolventen verschiedener livländischer Parochialschulen, die vielleicht wohl eine genügende Bildung vermitteln konnten, da

¹³³⁾ Neumann pg. 18—20; Revalsche Zeitung 1867 Nr. 98—99: „Das Schullehrerseminar in Ruda.“

¹³⁴⁾ ERM. A IV 35. Pastor Paucker an den Wierl. Schulrat A. v. Baer. St. Simonis 17. x. 1861.

¹³⁵⁾ dito. Antrag A. v. Baer. Rickslefer XI. 1861.

¹³⁶⁾ ERM. A IV 37. Landtags-Protokoll 27. XI. 1861.

¹³⁷⁾ ERM. A IV 43. Protokoll der Kommission zur Ausarbeitung eines Schul- und Seminarreglements. 3. IX. 1862.

diese Parochialschulen zum Teil sehr gut arbeiteten, diese Lehrer waren jedoch nicht methodisch zum Lehrerberuf vorbereitet; in dieser letzteren Hinsicht waren sie eben Autodidakten. Die Ablehnung durch die Ritterschaft erfolgte allerdings zu einer Zeit, als das Hedderforsche Seminar noch bestand, aber trotzdem hat sie hier fraglos eine Gelegenheit veräußert, wo sie ein für die Volksbildung sehr nützlichcs Institut hätte schaffen können.

II. Die Gemeindeschulen.

Über die Entwicklung des Volksschulnetzes und die Bewegung der Frequenz von der Mitte der fünfziger Jahre an gibt folgende Tabelle Auskunft, deren Angaben den Jahresberichten der estländischen Gouverneure entnommen sind ¹³⁸⁾.

J a h r:	1854	1855	1856	1857	1858	1859	1860	1861
Zahl der Schulen	178	229	234	194	201	216	229	229
Zahl der Schüler	5522	7421	7204	6413	6712	7275	7589	7701
Verhältnis d. Zahl der Schüler zur Gesamtbevölkerung	1 : 36	1 : 30	1 : 30	1 : 33	1 : 31	1 : 30	1 : 30	1 : 31

J a h r:	1862	1863	1864	1865	1866	1867	1868	1869
Zahl der Schulen	229	232	232	232	232	354	388 (Kor- dan)	396
Zahl der Schüler	7871	8017	8123	8356	8277	18983	—	15978
Verhältnis d. Zahl der Schüler zur Gesamtbevölkerung	1:29 ¹ / ₂	1 : 30	1:30 ¹ / ₂	1:29 ³ / ₈	1:29 ¹ / ₈	1 : 15	—	—

¹³⁸⁾ R. d. E. G. Aften Nr. Nr. 1855/313; 1856/131; 1857/22 I—X; 1859/76; 1868. 79/17; 1870. 80/17 II. Diesen offiziellen Daten widersprechen Angaben bei Paul Jordan, Beiträge zur Statistik des Gouvernements Estland. Bd. II. pg. 12, wo für das Schuljahr 1863/64 294 Schulen angegeben werden. Diese Zahl dürfte wohl falsch sein und sich durch Einrechnung der an manchen Orten noch bestehenden Sonntagschulen erklären.

Bei diesen Zahlen ergibt sich in den fünfziger Jahren ein starker Aufstieg, dem jedoch ein merklicher Rückschritt folgt, welcher in den Jahren 1856/57 einsetzt und der wohl als Folgeerscheinung des Krimkrieges zu erklären ist. Nach Erlass des Bauerngesetzbuches setzt dann wieder eine Besserung der Verhältnisse ein, die jedoch nur sehr langsame Fortschritte macht und zu mehr oder weniger stabilen Verhältnissen in der Mitte der sechziger Jahre führt; durch vier Jahre hindurch nimmt z. B. die Gesamtzahl der Schulen überhaupt nicht mehr zu, und auch der Schulbesuch bewegt sich nur in ganz unbedeutenden Schwankungen. Es sind das die Jahre nach Abfertigung des Schulreglements nach St. Petersburg und die Zeit, wo ergebnislos um seine Bestätigung verhandelt wurde. Die beiden nächsten Jahre brachten die Landgemeindeordnung und dann das Reglement, und nun ändert sich mit einem Schlage das Bild: im Laufe eines Jahres steigt die Gesamtzahl der Schulen um 122, und der Schulbesuch verdoppelt sich sogar dank Einführung des Schulzwanges. Mit dem Ende der sechziger Jahre setzt die Blütezeit des ritterschaftlich geleiteten Bauernschulwesens in Estland ein. Für die Verteilung des Schulnetzes seien hier zwei Jahre herausgegriffen: 1860 und 1868, für welche sich folgende Zahlen ergeben ¹³⁹⁾.

	Zahl der Schulen 1860:	Zahl der Schulen 1867/68:	Zahl d. Bauern- gemeinden:
Harrien.	21	66	134
Wierland	101	141	121
Serwen	50	91	81
Wied	49	90	114

NB.: Die Differenz von acht Schulen ergibt sich wohl daraus, daß vermutlich bei der Zahl in den Gouvernementsakten Seminare und Parochialschulen bei Rüßtern mitgezählt sind, die in der Schulliste fehlen.

Vergleicht man die Zahl der Schulen mit der der Bauerngemeinden, so ergibt sich, daß bereits 1860 in Wierland fast alle Gemeinden Schulen besaßen, in Serwen weit über die Hälfte derselben. Dagegen war in der Wied nur weit weniger als die Hälfte der Bauerngemeinden mit Schulen versorgt und in Harrien gar nur $\frac{1}{6}$ derselben. 1868 übertrifft in Wierland die Zahl der Schulen die der

¹³⁹⁾ ENA I 469/33. Schulliste 1860; Jordan pg. 12. Daten per 1867/68.

Bauerngemeinden, in der Wied ist sie ihr bereits sehr nahe gerückt, während Harrien am weitesten im Rückstande ist, da dort nur 50% mit Schulen besetzt sind.

1860 lag der Unterhalt der Schulen vorwiegend in der Hand der Höfe allein, weit geringer war die Zahl der von Höfen und Bauerngemeinden gemeinsam unterhaltenen Schulen. Das illustriert folgende Aufstellung.

1860.

Kreis:	Zahl der Schulen, die unterhalten werden:		
	nur v. d. Höfen:	v. d. Höfen u. Bauern- gemeinden:	nur v. d. Bauern- gemeinden.
Harrien	14	7	—
Wierland	78	18	5
Terwen	47	2	1
Wied	28	19	2
Summe	167	46	8

1867/68.

Kreis:	Zahl der Schulen, die unterhalten werden:		
	nur v. d. Höfen:	v. d. Höfen u. Bauern- gemeinden:	nur v. d. Bauern- gemeinden
Harrien	16	39	11
Wierland	86	44	11
Terwen	42	35	13
Wied	24	53	13
Summe	168	171	48

Somit ergibt sich, daß 1860 in Gegenden, wo die Schulen schon lange bestanden, wie in Wierland und Terwen, die Kosten derselben fast ausschließlich auf den Höfen lasteten, dagegen bei dem jungen Schulneß Harriens und der Wied die prozentuale Beteiligung der Bauernschaften bereits größer war. Die Zahl der ausschließlich von der Bauernschaft unterhaltenen Schulen war daneben verschwindend gering. Bei der Schulliste von 1860 fällt auf, daß innerhalb der einzelnen Kirchspiele die Kostenübernahme sehr einheitlich geregelt ist: in St. Jakobi, St. Matthias, Fiedel, Goldenbeck und Leal-Kirreßer z. B. sind bei allen vorhandenen

Schulen sowohl die Bauernschaften, als auch die Höfe herangezogen, dagegen in fast allen übrigen Kirchspielen die Höfe allein. Nur in Waiwara werden sämtliche fünf Schulen von den Bauernschaften allein unterhalten.

Am Ende der sechziger Jahre hat sich das Bild geändert: die Gesamtzahl der vom Hof allein unterhaltenen Schulen ist zwar unverändert, jedoch zu den Neugründungen der sechziger Jahre sind die Bauernschaften bereits herangezogen, und eine beträchtliche Zahl von Schulen wird auch von ihnen allein unterhalten. So werden 1868 je 44% der Schulen von den Höfen allein und von denselben gemeinsam mit den Bauernschaften unterhalten, der Rest von 12% lastet ausschließlich auf den Gemeinden. Das bedeutet eine wesentliche Veränderung, wo z. B. 1864 die entsprechenden Prozentsätze noch 76 (Höfe), 16 (gemeinsam) und 8 (Bauernschaften) betragen hatten ¹⁴⁰⁾. Daraus geht hervor, daß es in kurzer Zeit gelungen war, die Bauernschaft in bedeutendem Maße für das Schulwesen zu interessieren und zu den ihr gesetzlich auferlegten Leistungen heranzuziehen. Betrachtet man nun die zum Besten der Schulen aufgebrauchten Summen, so ergibt sich, daß 1868 das Schwergewicht noch auf der Seite der Höfe liegt, wenn sich auch die Gemeinden mit sehr namhaften Beträgen beteiligen ¹⁴¹⁾.

Preis:	Zahlung der Höfe		Zahlung d. Gemeinden		Summe der Zahlung
	in Rubeln	in %	in Rubeln	in %	in Rubeln
Harrien	1910	47,5	2110	52,5	4020
Wierland	4940	69,0	2260	31,0	7200
Serven	2630	62,0	1610	38,0	4240
Wief	3200	51,0	3030	49,0	6230
Summe	12680	—	9010	—	21690

Diese Beträge sind natürlich nicht nur als in bar aufgebracht zu denken, sondern darunter befinden sich auch, und zwar jedenfalls in sehr großem Maße, die Revenuen von Landdotationen, Kornzahlungen u. a. Naturalleistungen. So wird denn 1868 der größere Teil der Kosten, 58,5%, von den Höfen getragen, und 41,5% von den Bauerngemein-

¹⁴⁰⁾ Jordan pg. 13.

¹⁴¹⁾ dto. pg. 14, 24—33.

den, wobei die Leistungen der Höfe freiwillig, die der Bauernschaften pflichtgemäß sind¹⁴²⁾. Zu der Gesamtsumme von 21690 Rbl. kommen an Zuwendungen für Schulzwecke noch Unkosten bei den im Laufe des Jahres 1867/68 vorgenommenen Neugründungen, wohl meist für Bauten, in der Höhe von ca. 10.000 Rbl., sowie die 2300 Rbl., welche von der Ritterschaft zum Unterhalt von Ruda gezahlt wurden. Die Gesamtsumme erhöht sich somit auf 33.990 Rbl. für das Jahr 1868.

Trotz dieses hohen Betrages unterliegt es keinem Zweifel, daß die materielle Stellung der Lehrer eine ungenügende war. Daß ergibt sich schon, wenn man die 21690 Rbl. durch die Gesamtzahl der Schulen dividiert, wobei die für jede Schule 1868 ausgegebene Summe durchschnittlich 56 Rbl. beträgt. Im Reglement von 1867 war jedoch das Minimalgehalt des Lehrers mit 80 Rbl. fixiert. Wenn man auch annimmt, daß bei den Jordan vorliegenden Angaben manche dem Lehrer sonst zugeflossene Einnahmen, außer den im Nebenruf verdienten, fehlen, so ist es klar, daß sich hier der Oberschulkommission eine der wichtigsten und schwierigsten Aufgaben zeigte. Die Beiträge der Gutzbefitzer konnten nur aus deren freiem Willen heraus steigen, so sah sie sich vor die Aufgabe gestellt, die Bauerngemeinden zur Leistung wesentlich höherer Beträge als bisher zu zwingen. Und hier war mit Widerstand der Gemeinden zu rechnen. Kirchspiele ganz ohne Schulen gab es jetzt allerdings keine mehr, jedoch war speziell in Harrien die Zahl der Schulen noch viel zu gering. Im Durchschnitt entfiel 1868 in Harrien eine Schule auf 563 männliche Revisionsseelen, in Wierland auf 261, in Terwen auf 217 und in der Wied auf 359¹⁴³⁾. Daß im Verhältnis zur Bevölkerungsziffer dichteste Schulnetz besaß also Terwen. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller bäuerlichen Einwohner Estlands kommt 1868 auf 714 Seelen eine Bauernschule. (1860 dagegen kam zwar in Terwen eine Schule auf 623, in Wierland auf 689 Einwohner, jedoch in der Wied auf 1322 und in Harrien gar auf 3029¹⁴⁴⁾).

Über den Bildungsstand der Lehrerschaft liegen für

¹⁴²⁾ Zur selben Zeit trugen in Livland die Höfe 50,1% der Kosten, die Bauernschaften 49,9%. Also war es dort trotz eines wesentlich älteren Schulnetzes nicht gelungen, zu einer prozentualiter viel höheren Beteiligung der Bauernschaft zu gelangen, als im Laufe viel kürzerer Zeit in Estland. Vgl. Baltische Monatschrift XXI: — e —, Das Volksschulwesen in Liv-, Est- und Kurland. pg. 555.

¹⁴³⁾ Jordan pg. 13.

¹⁴⁴⁾ Revalsche Zeitung 1864 Nr. 244: „Zum Volksschulwesen in Estland“

das Jahr 1863 Angaben vor. Von den im ganzen 268 Dorfschul-
 Lehrern Estlands, bei denen wohl auch eine Reihe von Lehrern an
 Sonntagschulen mit einbegriffen sind, waren 74, also etwas mehr
 als ein Viertel, seminaristisch gebildet. Eine noch größere Zahl hatte
 Parochialschulbildung, die in 45 Fällen in Estland und in 41 in liv-
 ländischen Parochialschulen erworben war. Je 2 Lehrer hatten Kreis-
 resp. städtische Elementarschulen besucht, 8 waren von Einzelpersonen
 und 7 in Gebietsschulen gebildet. Der Bildungsgang von 31 Leh-
 rern ist unbekannt, während es von 58 feststeht, daß sie Autodidakten
 waren¹⁴⁵). Wenn man von den Parochialschulabsolventen annehmen
 könnte, daß sie immerhin ihren Zweck erfüllten, manche vielleicht auch
 Gutes zu leisten im Stande waren, so war das bei den Autodidakten,
 die vielfach noch von älterer Zeit her im Amte waren, zweifellos
 meist nicht der Fall. So wurden z. B. von den 16 Lehrern im Ampelschen
 Kirchspiel 13 als schwache Autodidakten bezeichnet, die zu keinerlei
 befriedigenden Leistungen fähig seien¹⁴⁶). Stellenweise erkannten zwar
 die alten Autodidakten, daß sie den höheren an die Dorfschulen ge-
 stellten Ansprüchen, wie sie z. B. der Schreib- und Rechenunterricht
 mit sich brachten, nicht mehr genügten, und gaben ihre Stellen auf,
 um sie jüngeren und geeigneteren Kräften frei zu machen¹⁴⁷). Jedoch
 blieben viele total unfähige Lehrer auf ihren Posten und hinderten
 einen Aufstieg der Bildung in der betreffenden Gemeinde. So hatte
 die Schule zu Nyby einen alten Schulmeister, welcher unwissender
 war als manche seiner Schüler; bei den Visitationen konnte dort nicht
 festgestellt werden, ob die Kinder das Gelesene auch verstanden, da aus
 ihnen überhaupt keine Antworten herauszubekommen waren¹⁴⁸). Ähn-
 liche Fälle mögen wohl nicht allzu selten gewesen sein. — Um die Tä-
 tigkeit der Lehrer zu fördern, wurde in Allentaden der Versuch gemacht,
 eine Schulmeisterkonferenz abzuhalten, welche 1864 in Sewe
 stattfand, und an welcher auch die Prediger des Sprengels teilnahmen.
 Auf der Konferenz wurde eine den lokalen Bedürfnissen entsprechende
 Schulordnung abgefaßt und besprochen, den Lehrern wurden allerlei
 praktische Ratschläge inbezug auf die Unterrichtsmethode gegeben. Ebenso
 wurden in den einzelnen Kirchspielen desselben Sprengels regelmäßige
 Konferenzen der Pastoren mit den Lehrern und Vormündern ver-

¹⁴⁵) EML I 469/36. Schulbericht per 1863.

¹⁴⁶) dto. Oktoberbericht Ampel 1863.

¹⁴⁷) EML I 469/39. Oktoberbericht Sewe 1866.

¹⁴⁸) EML I 469/40. Oktoberbericht Rudö 1867.

anstaltet, wo ebenfalls Fragen des Schulwesens beraten wurden. An mehreren Orten kam es zur Gründung fester Schulräte aus bauerlichen Personen, da die Aufsicht der Vormünder nicht mehr genügte¹⁴⁹⁾. Damit waren Wege zur Förderung des Lehrerstandes eingeschlagen, die bei geeigneter Leitung zu guten Erfolgen führen konnten. Wierland war auch in anderer Hinsicht eifrig für die Hebung des Lehrerstandes tätig. Bereits am 5. II. 1853 war in Jeme eine Kirchen- und Parochialschule errichtet worden, die den Zweck verfolgte, zunächst für das eigene Kirchspiel Lehrer heranzubilden. Das Kirchspiel Jeme hatte ja schon seit besonders langer Zeit Dorfschulen, und daher lag dort ein spezielles Bedürfnis vor, nach modernen Gesichtspunkten ausgebildete Lehrer zu beschaffen. Lehrstoffe waren in dieser Anstalt zunächst methodisches Lesen, Schreiben, Rechnen, Katechismus und Kirchengesang. Das notwendige Mobiliar wurde mit Geldgeschenken der deutschen und estnischen Gemeinde angeschafft, als Schulzimmer trat der Rüster einen Raum im Rüsterat ab. Am Unterricht beteiligte sich in hohem Maße der Ortspastor F. Meyer. Aus Raummangel konnten zunächst nur neun Zöglinge aufgenommen werden, die einen dreijährigen Kursus absolvierten. Dann aber gelang es, eine neue Lehrkraft zu beschaffen und den Rahmen der Anstalt zu erweitern, so daß die Zahl der Zöglinge erhöht werden konnte. In den Lehrplan wurden nun Übungen der Buchstabier- und Lautiermethode, Kalligraphie und Geographie, Notenlehre, vierstimmiger Gesang, Deutsch lesen und schreiben aufgenommen, dazu noch Übungen im Unterrichten. So war hier im Stillen, auf Kosten eines einzigen Kirchspiels, eine seminarartige Anstalt entstanden. Im Laufe von zehn Jahren entließ diese 63 Absolventen, von denen 12 Lehrer wurden, zahlreiche Buchhalter, Schreiber u. s. w. 1862 wurde von den deutschen Eingepfarrten der Neubau eines besonderen Schulhauses für die Anstalt gestiftet, der 1863 feierlich eingeweiht wurde. Auch für die Besoldung des Lehrers stellten die Gutsbesitzer Mittel zur Verfügung¹⁵⁰⁾.

Wesentlich weniger glücklich verlief die Entwicklung der Parochialschule in einem anderen Kirchspiel. Das Kirchspiel St. Jürgen war auf dem Gebiete des Schulwesens eines der rückständigsten,

¹⁴⁹⁾ GMA I 469/37. Wentadscher Generalbericht. 1864.

¹⁵⁰⁾ E. S. Busch, Ergänzungen der Materialien zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der Ev.-Luth. Gemeinden in Rußland, II. pg. 1110; — Revalsche Zeitung 1863 Nr. 4: Einweihung der Kirchenschule in Jeme.

sein Prediger, Pastor Luther, hatte sich auch auf der Synode für die Beibehaltung des Hausunterrichts als Basis der bäuerlichen Bildung ausgesprochen und den Schulen Skepsis entgegengebracht. Jedoch 1857 wurde von Baron Pahlen-Wait das Projekt zur Errichtung einer Kirchspielschule in St. Jürgens ausgearbeitet. Er hielt es für wünschenswert, das Lehrereamt dem Küster zu übertragen. Diese Schule sollte die erste im Kirchspiel sein. Die Eingepfarrten stellten sich durchaus wohlwollend zu diesen Vorschlägen und nahmen das von Pahlen ausgearbeitete Statut an. In der Anstalt sollte auch Unterricht im Deutschen stattfinden; für den Besuch derselben war ein Schulgeld im Betrage von 75 Kop. semesterlich vorgesehen. Am 18. XII. 1858 konnte die Einweihung der Schule stattfinden, an welcher alle Glieder des Konvents teilnahmen. Das erste Schuljahr verlief durchaus erfolgreich, mit der Lehrtätigkeit des Küsters war der Konvent zufrieden. Der Konvent dachte aber zunächst nicht daran, dieser Parochialschule auch ein Netz von Dorfschulen anzugliedern, sondern griff zu einem veralteten Institut zurück und wählte 1859 auf Vorschlag von Pastor Luther zwei ambulierende Leselehrer. Bereits 1860 hieß es von der Parochialschule, sie sei so feucht und kalt, daß die Menschen darin erkrankten, so daß verschiedene Verbesserungen am Gebäude vorgenommen werden mußten, wie Anlage von Doppelfenstern, Bewurf der Wände u. s. w.¹⁵¹⁾. Nach wenigen Jahren zeigte sich bereits Schülermangel, besonders da nach Erlaß des Schulreglements auch Dorfschulen im Kirchspiel entstanden, von denen sich die Parochialschule dem Programm nach kaum unterschied. So entsprach sie keinem Bedürfnis mehr und wurde 1868 geschlossen¹⁵²⁾. Eine Parochialschule hatte eben nur in dem Falle eine Zukunft, wenn sie eine höhere Bildung als die Dorfschulen vermittelte, und es sich für die Bauernschaft daher auch lohnte, ein Schulgeld zu zahlen.

Aber die Höhe der Lehrergehälter fehlen in den sechziger Jahren Aufstellungen für eine größere Anzahl von Schulen, und es liegen nur Einzelangaben vor. Vorwiegend waren sie ja mit Land besoldet oder erhielten Naturalgehälter, deren Umrechnung in Geld nachträglich nicht mehr möglich ist. Einige erhaltene Angaben seien hier genannt: der Lehrer der seit 1851 bestehenden Schule zu Munnalaß, der das Zeddefersche Seminar absolviert hatte, erhielt 1862: 1 Dessj.

¹⁵¹⁾ EK III 45. Kirchenkonvents-Protokolle von St. Jürgens: 25. IV. 1857; 22. X. 1857; 27. X. 1858; 18. XII. 1858; 29. IV. 1859; 4. XII. 1859; 23. IX. 1860.

¹⁵²⁾ EK I 469/41. Oktoberbericht St. Jürgens 1868.

Acker, 5 Dessj. Heuschlag, ferner aus dem Gemeindemagazin 3 Tschetwert Roggen und $\frac{1}{2}$ Tschetwert Gerste. Die Bauernschaft übernahm seine Abgaben und führte ihm das Brennholz an¹⁵³). Dieser Lehrer ist verhältnismäßig günstig gestellt. Dagegen sind z. B. die Schulen im Ampelschen Kirchspiel sehr ungenügend dotiert: die Gutzbefitzer tragen keine höheren Summen freiwillig bei, und die Bauerngemeinden entziehen sich ihrer Verpflichtung, führen kein Holz an, reparieren und beleuchten die Schulgebäude nicht, wobei bei den entsprechenden Gemeindebeamten teils Nachlässigkeit, teils Mangel an Autorität den Bauern gegenüber vorliegt. So müssen sich die Lehrer mit Gehältern von 20 bis 40 Rbl. im Jahr begnügen, womit ihre notwendigsten Lebensbedürfnisse keineswegs gedeckt sind¹⁵⁴). Ein Lehrergehalt beträgt im selben Kirchspiel nur 8,40 Rbl. jährlich¹⁵⁵). Bei so geringen Gehältern war es auch nicht zu verwundern, daß Fälle wie z. B. in Münkenshof eintraten, wo der sehr tüchtige Lehrer Langsepp seine Stelle verließ, weil die Not ihn dazu zwang¹⁵⁶).

Es unterliegt zwar gar keinem Zweifel, daß das Streben der Bauernschaft nach Schulen und Bildung im Steigen war, das bezeugen immer wieder die Berichte der Pastoren. So sprechen z. B. 1857 die Leute zu Werpel und Saulep bei der Propstvisitation den Wunsch aus, man möchte ihnen den Segen der Schulen angeideihen lassen, die Eltern hätten für sich selbst und für ihre Kinder großes Verlangen danach¹⁵⁷). Aber in vielen anderen Fällen heißt es, die Gemeinden wollten zwar recht gerne Schulen haben, erwarteten aber alles von den Höfen, da sie gewohnt seien, daß die Gutsherrschaft derartige Kosten trage, sie selbst wollten nicht daran teilnehmen¹⁵⁸). Und vielfach bestand sogar eine völlige Ablehnung der Schulen fort, so z. B. ziemlich allgemein in Westharrien¹⁵⁹). So schreibt Pastor Fick aus Regel, daß die Bauern zwar mit der Zeit einzusehen schienen, daß sie sich der Forderung, Schulen zu er-

¹⁵³) ERM. A IV 41. Schulrevident v. Hueck an die Oberschulkommission. Munna-
las 12. XII. 1862.

¹⁵⁴) ERM I 469/39. Oktoberbericht Ampel 1866.

¹⁵⁵) ERM I 469/42. Oktoberbericht Ampel 1869.

¹⁵⁶) ERM I 469/34. Oktoberbericht St. Simonis 1861; dto. der Lehrer zu
Neu Harm — vgl. ERM I 469/41. Oktoberbericht Rosch 1868.

¹⁵⁷) ERM I 469/30. Oktoberbericht Hanehl 1857.

¹⁵⁸) ERM I 469/41. Oktoberbericht Jörden, Karusen 1868; ERM I 469/39.
Oktoberbericht St. Simonis, Al. Marien 1866 u. a.

¹⁵⁹) ERM I 469/37. Westharrischer Generalbericht 1864.

richten, auf die Dauer nicht werden entziehen können, jedoch nur schwer und nirgends mit Freudigkeit daran gingen, die Lehrergehälter aufzubringen¹⁶⁰). Ja, diese Aversion gegen Schulabgaben konnte sich bis zu offenem Haß gegen eine Schule steigern, wie z. B. in Ray, wo die Bauernschaft für die Schule eine Kornabgabe zahlen mußte¹⁶¹). Hier bot sich ein schwer zu beseitigendes Hinderniß, und so manche Schule ging daran ein, daß der Gutsherr auch eine Beteiligung der Gemeinde verlangte und nicht mehr alle Kosten allein trug, wozu er ja auch berechtigt war. Eine Reihe solcher Fälle seien hier genannt: So langte z. B. in Peuth ein Absolvent von Jeddefer an, aber weder Hof noch Bauerngemeinde wollten ihn gagieren, wogegen auch die Bemühungen des Pastors nichts auszurichten vermochten: der Hof war bereit, eine Landfundierung zur Verfügung zu stellen, aber nur gegen einen von der Gemeinde gezahlten Pachtzins, die Gemeinde jedoch weigerte sich, diesen zu zahlen, da an anderen Orten das Schul- land meist pachtfrei abgetreten war¹⁶²). Nach dem Erlaß der Land- gemeindeordnung begannen zahlreiche Gutsbesitzer, die Teilnahme der Bauerngemeinden zu verlangen, um sie allmählich daran zu ge- wöhnen, ihre Verpflichtungen zu tragen, wobei sich immer wieder Schwierigkeiten ergaben. An manchen Orten sank jetzt wohl auch das Interesse der Gutsverwaltungen¹⁶³). In Paster z. B. lehnte sich die Bauernschaft wiederholt gegen ihren sehr wohlmeinenden Guts- herrn Baron Maydell auf, wobei die neue Gemeindeverwaltung einen ungünstigen Einfluß ausübte. Daher verpachtete der Hof das Schulland anderweitig, und die Schule befand sich im Eingehen. So wirkte die Landgemeindeordnung in vielen Fällen zunächst nach- teilig und wurde von mehreren Pastoren, was die Folgen für das Schulwesen anlangt, mit großer Skepsis aufgenommen. Sie sahen in ihr eine Lockerung der Bindungen zwischen Gutsherr und Bauern- schaft und eine Überlassung der Schulen in die Hände der vielfach völlig uninteressierten Gemeindebeamten¹⁶⁴). Und tatsächlich hatten ja schul- feindliche Gemeindevorstände, solange nicht auf sie ein Druck aus- geübt wurde, die Möglichkeit, das Schulwesen schwer zu schädigen. So lag z. B. unter Mehghof direkt böser Wille der Bauernschaft vor, die seit

¹⁶⁰) ERM I 469/40 Oktoberbericht Regel 1867.

¹⁶¹) ERM I 469/39. Oktoberbericht Jörden 1866.

¹⁶²) ERM I 469/35. Oktoberbericht Wesenberg. 1862.

¹⁶³) ERM I 469/39. Oktoberbericht St. Matthias 1866.

¹⁶⁴) ERM I 469/40. Oktoberbericht Teme, Maholm, St. Simonis, Ampel, Roids 1867.

der Landgemeindeordnung sehr selbständig geworden war, keinen Lehrer zu brauchen behauptete, und diesen auf alle Weise schifantierte ¹⁶⁵⁾). Solche Fälle von direkter Feindschaft den Schulen gegenüber haben aber wohl zu den Ausnahmen gehört. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Landgemeindeordnung das bäuerliche Selbstbewußtsein steigern mußte, was dann wieder dem Bildungsdrang zugute kam. Bereits 1868 wird über Steigen der Opferwilligkeit der Bauern für die Schule berichtet ¹⁶⁶⁾). Bis dieses jedoch allgemein wurde, vergingen noch Jahre, in welchen die ritterschaftliche Schulverwaltung viel Mühe anwenden mußte. Wenn für die Höfe auch keine formelle Verpflichtung mehr zum Unterhalt der Schulen bestand, so empfand die Mehrzahl der Gutsbesitzer sie doch als moralische und beteiligte sich auch weiter daran. Jedoch auch Ausnahmen kamen vor, wo die Höfe keinerlei Opferbereitschaft zeigten: so war z. B. der Besitzer von Silms auch nicht zur geringsten Beihülfe für die Schule an die Gemeinde zu bewegen ¹⁶⁷⁾. — Bei Berücksichtigung all dieser Umstände kann es nicht wundernehmen, daß anfangs, nachdem das Schulreglement in Kraft gesetzt worden war, nur ein Teil der Lehrer das fixierte Mindestgehalt erhielt. Der Generalsuperintendent Schulz teilte in seinem Schulbericht an die Synode von 1869 mit, daß von 394 Lehrern nur 184, das heißt weniger als die Hälfte, mit der im Reglement festgelegten Minimalnorm von 80 Rbl. jährlich besoldet seien; und 100 Lehrer bezeichnete er inbezug auf ihre Leistungen als eigentlich nur geduldet ¹⁶⁸⁾). Für die qualitative Hebung des Lehrerstandes war die Aufbesserung der materiellen Existenz eine wichtige Vorbedingung.

Was die Räumlichkeiten anlangt, in welchen die Schulen untergebracht waren, so sind wir über diese eigentlich nur dann quellenmäßig genauer orientiert, wenn die Pastoren über sie zu klagen haben. Aus solchen Berichten treten tatsächlich sehr schlimme Mißstände entgegen. Die Schule zu Massau ist z. B. feucht und kalt, so daß man den Eltern das Hinschicken der Kinder kaum zumuten kann, auch hindert ständiger Dunst die Kinder am Lernen ¹⁶⁹⁾). Zu Lohde ist das Schulhaus verfallen und völlig unbewohnbar, so daß ein Neubau notwendig ist, der

¹⁶⁵⁾ EA I 469/41. Oktoberbericht Weißenstein 1868.

¹⁶⁶⁾ EA I 469/40. Oktoberbericht St. Matthias, Rappel 1867; EA I 469/41. Oktoberbericht Ampel 1868.

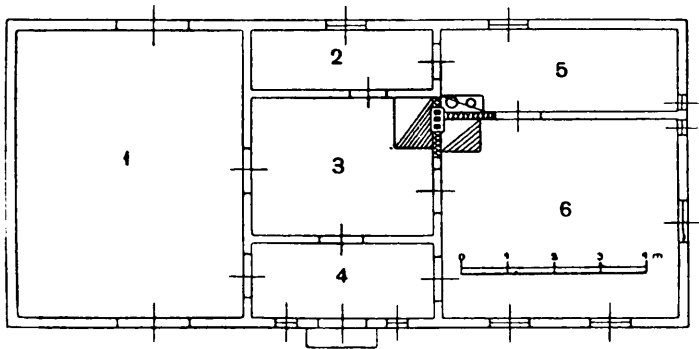
¹⁶⁷⁾ EA I 469/41. Oktoberbericht St. Petri 1868.

¹⁶⁸⁾ EA I 536/13. Synodal-Protokoll 30. VIII. 1869.

¹⁶⁹⁾ EA I 469/33. Oktoberbericht Ganeshl 1860; EA I 469/34. Oktoberbericht Ganeshl 1861.

aber durch Differenzen zwischen Hof und Bauernschaft verzögert wird¹⁷⁰⁾. Die Schule zu Schloß Leal ist so feucht und dunstig, daß die Kinder dort häufig erkranken, dasselbe ist in Wodja der Fall¹⁷¹⁾. Überhaupt ist die Zahl der ungenügenden Schulhäuser fraglos nicht gering gewesen. Im Vergleich zu heute waren auch die besseren Bauten wohl meist sehr bescheiden. So ist z. B. von der Schule zu Pöddrang um die Jahrhundertmitte bekannt, daß sie eine Schulstube von 1 Faden Breite und 2½ Faden Länge besaß, die durch ein einziges kleines Fenster erhellt wurde. Bei Dunkelheit — der Unterricht fand bis gegen Abend statt — brannten Rienspäne. Ein Brunnen fehlte, so daß die Kinder das Wasser von weitem anführen mußten; auch das Strauch als Heizmaterial holten sie selbst aus dem Walde. Neben der Schulstube befand sich eine Kiegenstube. An diese Räume wurde später ein Zimmer angebaut, in welchem die Sitzungen des Gemeindegerechts stattfanden¹⁷²⁾. Von einem Schulgebäude in Saggad hat sich die Erinnerung erhalten, aus Platzmangel hätte ein Teil der Schulkinder nicht am langen Schultisch sitzen können, sondern auf der Diele hockend am Unterricht teilnehmen müssen¹⁷³⁾. In Undel waren die Räume der Schule so eng, daß der Unterricht unterbrochen werden mußte, wenn die Frau des Lehrers im Wochenbett lag¹⁷⁴⁾. Eine Schule in Emmaß befand sich in einem Krüge, vielfach kam es vor, daß der Unterricht in einem Raume mit den kneipenden Krugsgästen erteilt wurde¹⁷⁵⁾. Die Schule zu Vorkholm-Uffamalla wurde 1852 gegründet; der Plan ihres ersten Gebäudes ist erhalten.

1. Dreschtenne,
2. Vorratskammer,
3. Kiegenstube,
4. Vorraum,
5. Wohnzimmer des Lehrers,
6. Klassenzimmer.



¹⁷⁰⁾ *ESN* I 469/36. Oktoberbericht Goldenbeck 1863.

¹⁷¹⁾ *ESN* I 469/39. Oktoberberichte Leal u. St. Petri 1866.

¹⁷²⁾ J. Eiken, Väike-Maarja koolide ajalugu — in *Cesti Kirjandus* xxii. pg. 555—556.

¹⁷³⁾ *ESN*. Stipendiatenbericht G. Aspel: „Galjala“ 1931.

¹⁷⁴⁾ *dto.* Stipendiatenbericht L. Wilmre: „Radrina“ 1931.

¹⁷⁵⁾ *dto.* Stipendiatenbericht G. Mählberg: „Emmaße“ 1924.

Eine Raumberteilung wie in diesem Fall unterscheidet sich nicht weiter von der eines gewöhnlichen Bauernhauses und genügt den Anforderungen einer Schule keineswegs, für welche statt Kiegentube und Dreschtemne ein zweiter Klassenraum wichtiger gewesen wäre; nur ein einziges kleines Zimmer als Lehrerwohnung ist ebenfalls sehr mangelhaft. Dürftig war auch das Inventar, welches aus einem langen Tisch mit Bänken, einer Wandtafel, zwei Wandkarten, Punschels Choralbuch und einigen Testamenten bestand ¹⁷⁶⁾. Dieselbe Darstellung, der dieser Plan entnommen ist, bietet auch interessante Schilderungen des Schulbetriebes, leider jedoch ohne Quellenangabe; teils mögen sie der örtlichen Tradition entstammen, was ihren Wert fraglos herabsetzen würde. Die Zucht wird als sehr streng geschildert; selbst kleine Vergehen sind mit Rutenstrafen geahndet worden. Das Rutenbündel hing in Pöddrang an der Lage zur Benutzung durch den Lehrer in Bedarfsfällen. Einige Fälle von Züchtigungen werden auch angeführt: ein Knabe soll drei Rutenhiebe bezogen haben, weil er im Krüge dem Schulältesten die Pfeife aus dem Munde geschlagen hatte, ein anderer in Engdes wurde für Essen während der Schultunde mit 3—5 Hieben gestraft. Eine Züchtigung, die der Lehrer an der Tochter des Schulältesten vollzog, soll allerdings zu seiner Entlassung geführt haben ¹⁷⁷⁾. Aus Annia werden für die sechziger Jahre folgende übliche Strafen mitgeteilt: Entziehung des Essens, Stehen auf einem Bein, Rutenhiebe auf die Hände, Schläge mit dem Vineal auf die Innenflächen der Hände, Züchtigungen mit der Rute, und Knien. Von einem Lehrer im Kirchspiel St. Johannis in Harrien, Georgin, werden Strafen überliefert, die schon grausame Martern darstellen: so soll er die Kinder auf scharfen Steinen haben knien oder auf einem Bein mit hochgehobenen Händen in der Ecke stehen lassen. — So der Volksmund, wobei sich die Richtigkeit nicht nachprüfen läßt ¹⁷⁸⁾. Auch Züchtigungen durch die revidierenden Pastoren werden überliefert ¹⁷⁹⁾. Ob diese Fälle im einzelnen genau so stattgefunden haben, ist unwesentlich; Tatsache ist, daß Körperstrafen in den Dorfschulen angewandt wurden, und wohl häufig mit den besten Resultaten!

Unter Nebenberufen der Lehrer litt der Schulbetrieb häufig. Der Lehrer Leithammel in Wack war gleichzeitig Sattler; nach der Morgenandacht soll er den Kindern ihre Aufgaben, Lesen oder

¹⁷⁶⁾ Eifen pg. 499—500.

¹⁷⁷⁾ dto. pg. 556, 559, 596.

¹⁷⁸⁾ GAGL. Stipendiatenbericht L. Naru: „Harju-Jaani“ 1930.

¹⁷⁹⁾ dto. Stipendiatenberichte E. Tensmann: „Jõhvi“ 1931 u. „Rapla“ 1930.

Schreiben, gegeben haben und selbst an sein Handwerk gegangen sein¹⁸⁰⁾. In Sellie wird ein Lehrer entlassen, weil er nebenbei eine Mühle gepachtet hat und sich mit dieser mehr als mit seinen Schulkindern befaßt¹⁸¹⁾. Nach Erlaß der Landgemeindeordnung war es das Amt des Gemeindefchreibers, das die Lehrer häufig von ihrer eigentlichen Tätigkeit abzog und mit der Zeit in steigendem Maße zu Klagen Anlaß gab¹⁸²⁾. Das war fraglos ein ungesunder Zustand, der jedoch nicht eher zu beseitigen war, als die Lehrergehälter auf eine solche Höhe gebracht waren, daß sie den Lehrern auch ohne einen Nebenverdienst eine Existenz boten.

Der Schulbesuch war bis weit in die sechziger Jahre hinein fraglos im ganzen kein befriedigender, die üblichen Gründe von früher spielten auch jetzt eine Rolle. An vielen Orten war die Einrichtung eingeführt worden, daß ein Teil der Kinder im allgemeinen zu Hause unterrichtet wurde und nur einmal wöchentlich zur Schule kam. Ein derartiger Modus bedeutete zwar für die Eltern eine gewisse Erleichterung, war jedoch sonst sehr nachteilig, so daß man sich heute darüber wundert, daß dieser Weg damals stellenweise als besonders empfehlenswert bezeichnet werden konnte. Bis zur Einführung des Schulzwanges war der Schulbesuch der Kinder, die täglich erscheinen sollten, oft starken Schwankungen unterworfen. So betrugen dieselben z. B. in Tömpel pro Kind 8 bis 54 in einem Winter abgeleistete Schultage. In Suljel war die größte Zahl der Schultage eines Kindes 63 im Winter, die übrigen besuchten die Schulen seltener, bis zum Minimum von 26 Tagen¹⁸³⁾. Um diesem Uebelstande abzuhelpen, gingen einige Schulen schon früh aus eigener Initiative zum Prinzip des Schulzwanges über: so tat das das Kirchspiel St. Jakobi; dieses bestimmte die Kinder im Alter von 11—13 Jahren 1862 zu regulärem Schulbesuch¹⁸⁴⁾. In Wahhaß faßte die Gemeinde auf Antrag des Gutsherrn F. v. z. Mühlen einen gleichen Beschluß, auch auf Dagö tritt verhältnismäßig früh Schulzwang auf. Aber gerade das mußte sich sehr ungünstig auswirken, wenn, wie in Reiniß, nur in einem Teil der Gebiete Schulzwang bestand, in den anderen dagegen

¹⁸⁰⁾ Essen pg. 558.

¹⁸¹⁾ GSA I 469/37. Bierländischer Generalbericht. 1864.

¹⁸²⁾ GSA I 469/40. Oktoberbericht Wesenberg 1867; GSA I 469/41. Oktoberberichte Saljal, Sußal 1868 u. a.

¹⁸³⁾ GSA I 469/39. Oktoberberichte Regel, Nissi 1866; — GSA. 176. Schulbesuchstabelle Tömpel u. Suljel. 1864/65.

¹⁸⁴⁾ GSA I 469/35. Oktoberbericht St. Jakobi 1862.

nicht, sondern sogar ein Schulgeld erhoben wurde¹⁸⁵⁾. So war eine gewisse Einheitlichkeit in der Behandlung des Schulbesuchs unerlässlich. Der Ritterschaftsbeschluss, der bereits 1864 den Schulzwang anordnete, scheint übrigens praktisch wenig Ergebnisse erzielt zu haben. So stießen Versuche, ihn in St. Johannis in Terwen durchzuführen, auf scharfe Opposition, und die Gemeindegerrichte verweigerten die Beitreibung der Pön¹⁸⁶⁾. Aber auch andere Hindernisse zeigten sich: im selben Kirchspiel erwiesen sich die Schullokale für die bedeutend höhere Kinderzahl als zu eng und auch als soweit schlecht, daß sich Bedenken regen konnten, die Jugend zu ihrem Besuch zu zwingen¹⁸⁷⁾. Für das Schuljahr 1867/68, also unmittelbar nachdem das Reglement in Kraft getreten, liegen genaue Daten vor, aus welchen hervorgeht, in wie weitem Maße die Bauernjugend bereits durch die Schulen erfasst war. Am deutlichsten wird das durch Gegenüberstellung der Zahl der laut Reglement schulfähigen Kinder und der diese wirklich besuchenden¹⁸⁸⁾.

1867/68	Schulfähige:	besuchen die Schule:	Zahl der Schulen:
Harrien	15811	2981	66
Wierland	16103	9074	141
Terwen	8100	5442	91
Wied	15203	4612	90
Summe.	55217	22109	388

Aus diesen Daten geht hervor, daß 1868 ungefähr 40% sämtlicher schulfähiger Kinder die Schule besuchten, wobei in den Gegenden mit dem älteren, dichten Schulnetz, wie Wierland und Terwen, auch der Besuch am besten war. Jedoch muß bei diesen Zahlen in Betracht gezogen werden, daß eine sehr bedeutende Anzahl von Kindern nur einmal wöchentlich zur Schule kam. Zieht man diese von der Gesamtfrequenz ab, da eigentlich nur ständiger Schulbesuch aufgezählt werden dürfte, so ergeben sich ganz andere Ziffern, und zwar: Harrien — 1734; Wierland — 5001; Terwen — 3324; Wied — 3309, zusammen — 13368, welche Summe den faktischen Stand besser wiedergibt. Hier fällt es auf, daß gerade in Wierland und Terwen die Zahl der Kinder

¹⁸⁵⁾ ERM I 469/39. Oktoberberichte Turgel, Reiniß 1866.

¹⁸⁶⁾ dto. Oktoberbericht St. Johannis i. J. 1866.

¹⁸⁷⁾ ERM I 469/41. Oktoberbericht St. Johannis i. J. 1868.

¹⁸⁸⁾ Jordan pg. 33.

mit nur einem Schultage besonders groß ist, in Wierland z. B. über $\frac{2}{3}$ aller Schulkinder. Es ist leider nicht genau feststellbar, wie weit richtig Jordans Zahlenangaben sind, sie entsprechen z. B. denen der Gouverneursberichte nicht immer, auch kommt es bei ihm vor, daß beim Vergleich von bei ihm aufgeführten Summen und dem Resultat der Addition seiner spezialisierten Aufstellungen sich Widersprüche ergeben, ja wiederholt sind sogar seine Additionen falsch. Unklar ist bei ihm auch oft, ob es sich um schulpflichtige, d. h. Kinder von 10 — 13 Jahren, oder um schulfähige Kinder handelt. Die Gouverneursberichte rechnen augenscheinlich die Eintagschüler mit ein, wodurch sich ein günstigeres Bild ergibt, zu welchem die Berechtigung eigentlich fehlt. Errechnet man nun, nach Abzug der Eintagschüler, für die einzelnen Schulen die mittlere Schülerzahl, so ergeben sich nach Jordan folgende Zahlen pro Schule in den einzelnen Kreisen: Harrien — 26; Wierland — 35; Terwen — 37; Wied — 37; der Durchschnitt für ganz Estland beträgt 34 Schüler¹⁸⁹⁾. So hat Harrien nicht nur die geringste Schulenzahl, sondern dieselben werden auch am wenigsten besucht, während in den übrigen Kreisen der Durchschnitt ziemlich gleich ist. Bei den einzelnen Schulen liegen natürlich sehr starke Unterschiede des Besuchs vor, angefangen von den Schulen mit weniger als 10 Zöglingen bis zu solchen mit mehreren hundert. Eine mittlere Zahl von 30 — 40 war für einen Lehrer bequem zu bewältigen, es mußte aber seine Arbeit sehr erschweren, wenn die Zahl der Schüler in die Hunderte stieg¹⁹⁰⁾.

Über die Bildungsfähigkeit der Esten seien hier zwei Urteile wiedergegeben, welche völlig von einander abweichen. W. v. Bodt schreibt, die Esten hätten einen ganz besonders glücklich organisierten Schulkopf und seien im allgemeinen lernbegierig¹⁹¹⁾. Dagegen bezeichnet der Schweizer L. v. Wurstemberger die Esten als einen von Natur aus torpiden und wenig anregbaren Stamm, dem wenig Initiative innewohne und der lieber einer trägen Ruhe pflege, wo sich nicht die Notwendigkeit zur Arbeit zeige¹⁹²⁾.

¹⁸⁹⁾ dto. pg. 13. — Jordan nimmt z. B. 55183 schulfähige Kinder an (pg. 13), d. h. vom 7-ten Jahr bis zur Konfirmation, dagegen pg. 14 — 44800! Die Addition seiner Einzelaufstellungen innerhalb der Kreise ergibt dagegen 55217, weicht also kaum von der ersten Ziffer ab.

¹⁹⁰⁾ Ausführliche Schultabellen mit Angabe der Frequenz jeder einzelnen Schule wurden jährlich von der Oberschulkommission ausgearbeitet.

¹⁹¹⁾ W. v. Bodt, *Livländische Beiträge* I. 2. pg. 140.

¹⁹²⁾ L. v. Wurstemberger, *Die Gewissensfreiheit in den Ostsee-Provinzen Rußlands*. pg. 366.

Die Unterrichtsstoffe der Bauernschulen waren im allgemeinen Lesen, Schreiben, Rechnen, biblische Geschichte, Katechismus und Gesang. Schreiben und Rechnen waren ja nun durch das Reglement endgültig als Lehrfächer eingeführt worden und setzten sich in den Schulen immer mehr durch. Ganz anders lagen da die Verhältnisse beim Hausunterricht, wo die höheren Kenntnisse in weit geringerem Maße vermittelt wurden. Jordan legt seinen Berechnungen die schulfähigen Kinder zu Grunde, also vom siebenten Jahre an bis zur Konfirmation, was natürlich ganz andere Zahlen ergeben muß als die der laut Reglement schulpflichtigen. Für die schulfähigen Kinder stellt er fest, daß 74% lesen, 20% schreiben und 15% rechnen. Dabei ist der Prozentsatz der Lesekundigen in Harrien besonders hoch, das aber gleichzeitig den niedrigsten Prozentsatz der Schreibenden und Rechnenden hat, eine deutliche Auswirkung des dort dominierenden Hausunterrichts¹⁹³⁾. Wie die Resultate in den Schulen waren, ergibt sich am besten durch Gegenüberstellung der Zahl der mehrere Tage wöchentlich die Schule besuchenden Kinder mit der der Schreibenden und Rechnenden. Die Prüfungsergebnisse bei Jordan sind zwar nicht nach zu Hause Unterrichteten oder ein- und mehreremal wöchentlichem Schulbesuch gesondert, jedoch wird wohl anzunehmen sein, daß Kenntnisse im Schreiben und Rechnen im wesentlichen mit regelmäßigem Schulbesuch zusammengefallen sind. Die Kinder mit regelmäßigem Schulbesuch haben das Lesen wohl alle beherrscht¹⁹⁴⁾.

1867/68	mehrere Tage wöchentlich in der Schule:	es schrieben:	es rechneten:
Harrien	1734	1876	1592
Wierland	5001	3974	2629
Terwen	3324	2449	1739
Wied	3309	2776	2317
Summe	13368	11105	8277

Hieraus ergibt sich die interessante Schlußfolgerung, daß in den jungen Schulen Harriens und der Wied mehr geleistet wurde als in Wierland und Terwen. Der Grund hierfür liegt fraglos in der bereits behandelten Lehrerfrage. Das Rechnen war jedenfalls noch nicht Allgemeingut aller Schulen geworden, beim Schreiben lag es etwas besser, aber auch auf diesem Gebiet waren die Verhältnisse noch lange nicht befriedigende; in den Hausunterricht, kann man schließen, sind Schreiben und Rechnen wohl kaum eingedrungen. Erwähnt sei, daß

¹⁹³⁾ Jordan pg. 13.

¹⁹⁴⁾ dto. pg. 24—33.

in zehn Schulen auch Deutsch, in elf Russisch und in dreien Geographie getrieben wurde; um was für Schulen es sich dabei handelt, führt Jordan leider nicht an¹⁹⁵⁾). Die Verteilung der einzelnen Fächer auf den Schultag illustriert ein erhaltener Stundenplan aus Annia, der aus den sechziger Jahren stammt. Der Unterricht beginnt am Morgen mit Lesen des Testaments, es folgen Abschreiben, Schreiben nach Diktat, Rechnen mit den vier Spezies und Gesang von Kirchenliedern. Darauf tritt eine Mittagspause ein, an welche sich Unterricht im Kopfrechnen und Präparation zum nächsten Tage schließen. Um 9 Uhr wird die Tagesarbeit abgeschlossen¹⁹⁶⁾).

Damit sind die wesentlichsten Seiten der Entwicklung des Bauernschulwesens bis zur Inkraftsetzung des Reglements behandelt. Es hat sich ergeben, daß die gesetzlichen Bestimmungen noch keineswegs erfüllt waren. Für die Folgezeit waren noch zahlreiche Aufgaben zu lösen: weiterer Ausbau des Schulnetzes, Hebung der Qualität und der materiellen Stellung der Lehrer, Verbesserung der Schulgebäude, Aktivierung der Bauernschaften in bezug auf ihre Verpflichtungen der Schule gegenüber in Administration und Schulunterhalt, restlose Durchführung des Schulzwanges und zeitgemäße Erweiterung des Lehrprogrammes waren die Hauptprobleme, welche die siebziger Jahre zu lösen hatten.

¹⁹⁵⁾ dto. pg. 14.

¹⁹⁶⁾ ЕНУА. Стипендиантский отчет Л. Кару: „Гаржу-Заани“ 1930.

7. Die Volksschule auf der Höhe ihrer Entwicklung.

a. Das Einsetzen slawophiler Angriffe, die Entstehung der ersten orthodoxen Schulen in Estland und die Frage des russischen Unterrichts.

Die siebziger Jahre stellen den Höhepunkt des von der Ritterschaft und Landeskirche geleiteten Bauernschulwesens dar. Wenn man jedoch diese letzte Periode mit der vorangegangenen Entwicklung vergleicht, ergeben sich stark ins Auge fallende Unterschiede. Während bisher die Widerstände teils bei den Ständen selbst, teils in einer mehr oder weniger ablehnenden Haltung der Bauernschaft der Schule gegenüber gelegen hatten, tritt nun ein Faktor in die Entwicklung des Schulwesens ein, der sich bisher nur selten und wenig nachhaltig bemerkbar gemacht hatte: die Einwirkung der russischen öffentlichen Meinung und der Staatsgewalt. Wir haben gesehen, wie bereits in den sechziger Jahren mit der Reise Mogilansky's und den Verhandlungen über einen eventuellen Ressortwechsel diese Kräfte sichtbar wurden. Wenn auch ein gesetzgeberischer Akt zunächst nicht erfolgt war, so war die Frage damit lange nicht abgetan, sondern wurde, besonders in der slawophilen Presse, andauernd besprochen. Für die slawophile Auffassung der baltischen Volksschule sind die Ansichten Juri Samarin's charakteristisch. Wenn dieser seinem Werk „Окраины Россіи“ auch meist libländische Verhältnisse zugrunde legt, soweit er Einzelheiten heranzieht, so bezieht sich dasselbe, was die prinzipielle Stellungnahme anlangt, doch auf alle drei Provinzen. Er stellt fest, in früheren Zeiten habe es keine Bauernschulen gegeben, denn die Pastoren hätten die Bauern für so dumm gehalten, daß man ihnen gar kein Wissen beibringen könne. Überall hätte man Äußerungen gehört, wie: „Lohnt es sich auch, den Bauern zu unterrichten? Er beginnt dann nur zu flügeln!“ Daß sei jedoch in den vierziger Jahren anders geworden, und zwar Samarin's Meinung

nach als Folgeerscheinung der orthodoxen Konversion¹⁾. Um dieser Hinneigung der Massen zu Rußland wirksam zu begegnen und die eigene Politik im Lande zu befestigen, sei man nun ernsthaft daran gegangen, das Volk zu germanisieren, und zwar solle durch den Elementarunterricht eine germanisierte bäuerliche Oberschicht gebildet werden, in deren Hände der Landbesitz zu konzentrieren sei, um so die Bauern durch gemeinsame Interessen mit dem Adel zu verknüpfen. Daher würden jetzt, nachdem lange Zeit hindurch eine Bildung des Volkes für den Interessen der Oberschicht entgegengesetzt gehalten worden sei, zahlreiche Schulen gegründet, wo Deutsch gelehrt werde²⁾. So gehe denn aus Pastoraten und Gutshäusern über Schreiber, Küster, Lehrer und allerlei Guts- und Kirchenbeamte eine intensive antirussische Propaganda hervor, die das Ziel verfolge, in den Massen die Neigung zu Rußland und die auf die Regierung gesetzten Hoffnungen zu erschüttern³⁾. Das Ministerium für Volksaufklärung sei in bezug auf die Bauernschulen machtlos, daher könne die Ritterschaft ungestört die Neigung des Volkes von Rußland ab- und Deutschland zuwenden, was ihr Hauptziel sei. Gerade die Tatsache, daß Adel und Kirche die Schule allein in ihrer Hand hätten und die Bestimmung des Geistes des Volkes nur in ihrer Macht liege, macht Samarin der Staatsgewalt zum Vorwurf. Dieselbe solle die bestehenden orthodoxen Kirchenschulen fördern und neue russische Schulen errichten⁴⁾. Vor allem aber müsse der Einfluß des Ministeriums für Volksaufklärung auf die Volksschulen in genügender Stärke hergestellt werden, was durch eine Unterstellung derselben unter dieses zu erzielen sei⁵⁾. Dem Minister Tolstoj wirft Samarin in dieser Sache zu große Zurückhaltung und mangelndes Vertrauen auf die eigene Kraft vor, auch dem Generalgouverneur Albedinskij macht er den Vorwurf, dieser verzichte auf die Russifizierung der Volksmassen, vertrete einen politischen Nihilismus und habe kein Vertrauen zu Rußlands historischer Zukunft; für die orthodoxen Schulen dagegen habe er kein genügendes Interesse⁶⁾. Überhaupt verschaffe sich die Regierung keinen genügenden Einblick in die Tätigkeit der ritterschaftlichen Schulbehörden⁷⁾. Anstatt die bäuerliche

¹⁾ Юрій Самаринъ, Окраины Россій II pg. 34—35.

²⁾ dto. I pg. 146—147.

³⁾ dto. I pg. 20; IV pg. 217.

⁴⁾ dto. IV pg. 235; I pg. 150.

⁵⁾ dto. IV pg. 240.

⁶⁾ dto. IV pg. 245, 215, 230.

⁷⁾ dto. IV pg. 280.

Bevölkerung an sich zu ziehen, wozu wohl die Gelegenheit vorhanden gewesen wäre, habe die Regierung es zugelassen, daß das Deutschtum in der Arbeit an den Schulen sich ein gutes Mittel zur Annäherung an die bäuerliche Bevölkerung verschafft habe. Nun sei die baltische Volksschule gleichsam zu einem Laboratorium geworden, wo Letten und Esten zu Deutschen verarbeitet würden, die sich innerlich von Rußland lösten und ihre Hoffnungen auf Deutschland zu richten lernten. Die Schule sei eine Schlüsselstellung zur Eroberung des Volkes: wende sich dieses Deutschland zu, so sei das Land für Rußland verloren, im anderen Fall werde der baltische „Germanismus“ enturzelt und für Rußland ungefährlich⁸⁾. Allerdings glaubt Samarin eine Schwierigkeit zu sehen: hinter der baltischen Volksschule stehe die gesamte Gesellschaft des Landes; es werde entscheidend sein, ob sich die russische Gesellschaft in gleichem Maße für russische Schulen interessieren lassen werde⁹⁾. Nun sieht aber Samarin deutliche Ansatzpunkte zum Erfassen der bäuerlichen Bevölkerung: als Reaktion gegen die Germanisierung sei bei Esten und Letten der Wille entstanden, Russisch zu lernen, eine Bitte, die keineswegs durch künstliche Einflüsse hervorgerufen worden, sondern die aus ökonomischen und sozialen Ursachen entsprungen sei. So hätten die Versuche der estländischen Ritterschaft im Jahre 1869, deutschen Unterricht einzuführen, bei den Esten scharfen Widerstand gefunden und auch zu Bitten beim Gouverneur um russische Schulen geführt¹⁰⁾. Samarin fordert eine energische Förderung derartiger Bestrebungen durch die Organe des Staates und die Zulassung einer ungehinderten russischen nationalen Propaganda¹¹⁾. Denn in den Letten und Esten bestehe das Streben, mit dem russischen Volke in gleichem Glauben, Sprache und Gesetz zu verschmelzen; in ihrem Bewußtsein müsse mit Naturnotwendigkeit der Russe zum besten Volk, der Deutsche aber zum schlimmsten Feinde werden¹²⁾. Daher brauche der beim Volk vorhandene Zug zu Rußland nur benutzt zu werden, um das Volk einer russisch orientierten Bildung zuzuführen¹³⁾. Was das Zutreffen dieser Vorwürfe auf Estland anlangt, so liegt hier bei den Dorfschulen fraglos keinerlei Germanisierungspolitik vor. Betrug doch

⁸⁾ dto. IV pg. 248, 287—291.

⁹⁾ dto. IV pg. 292.

¹⁰⁾ dto. IV pg. 201—205.

¹¹⁾ dto. I pg. 20.

¹²⁾ dto. IV pg. 269.

¹³⁾ dto. IV pg. 257. Die angeblichen Versuche, 1869 in Estland deutschen Unterricht einzuführen, sind aktenmäßig nicht zu belegen.

im Jahre 1868 die Zahl der Dorfschulen, wo Deutsch gelernt wurde, nur 10. Parochialschulen waren in Estland fast gar nicht vorhanden, und soweit die estnische Jugend deutsche Kreisschulen besuchte, war es ihr freier Wille. Eine dabei eintretende Germanisierung konnte den Ständen keineswegs zum Vorwurf gemacht werden, besonders wo der Staat nicht für höhere russische Schulen resp. Dorfschulen mit russischem Unterricht gesorgt hatte und in Estland sich bisher auch noch kein Bedürfnis der Esten nach estnischen höheren Schulen regte. So sind denn auch kaum Zeugnisse vorhanden, die Germanisierungsabsichten von Gutbesitzern oder Pastoren belegen. Solche Gedankengänge finden sich im Tagebuch des Landrats O. v. Grünewaldt-Roß, der 1880 bezugnehmend auf die russifizierende Bewegung äußert: „Was unser Volk an Gesittung und Bildung besitzt, hat es doch nur dem deutschen Einfluß zu verdanken, und es ist ein Mord an dem Volk, es diesem zu entziehen, um es dem russischen zu übergeben. Wahrhaft groß wäre es gewesen, hätte Nikolai I. die Erlaubnis und die Mittel gegeben, unser Landvolk so schnell als möglich zu germanisieren und sich wirklich deutsche Provinzen zu verschaffen. Damit hätte er die Quelle für gebildete und ehrliche Männer bedeutend verstärkt. Was wird er am russifizierten Landvolk haben? Vielleicht gebildete und intelligente Leute, aber schwerlich pflichttreue, gewissenhafte, arbeitsliebende, für das Gemeinwohl opferbereite“¹⁴⁾. Gerade von Grünewaldt ist es bekannt, ein wie großes Interesse er der Bildung des Volkes entgegengebracht hat, so in Verbindung mit dem Seminar in Alexanderhof. Wenn er hier von Germanisierungsabsichten spricht, so liegen diesen völlig andere Motive zu Grunde als die, welche Samarin dem baltischen Adel unterschiebt. Grünewaldt will sich kein gefügiges Werkzeug einseitiger Adelsinteressen verschaffen und verfolgt noch viel weniger irgendwelche irridentistische Bestrebungen im Hinblick auf Deutschland, sondern ihm liegt an der Wohlfahrt des estnischen Volkes, dem er durch eine Germanisierung das Beste antun will; Germanisierung ist für ihn mit kultureller Hebung gleichbedeutend, für letztere sieht er noch keinen anderen gangbaren Weg, wie z. B. den einer eigenen nationalen Kultur, auf welche damals bereits in vielen estnischen Kreisen hingearbeitet wurde. Der Prozeß der Entnationalisierung von Esten nahm allerdings zum Ende des neunzehnten Jahrhunderts auf dem Wege über die städtischen deutschen Schulen einen besonders großen Umfang an, es handelt sich hier aber um eine völlig natürliche und keineswegs künstlich ange-

¹⁴⁾ A. Stoigi. Tagebuch O. v. Grünewaldt. 1880.

bahnte Erscheinung. — Ein weiteres Zeugnis, das scheinbar für Samarin's Auffassung spricht, findet sich in einem Brief des Grafen Alexander Rejserling an seine Tochter, Baronin Helene Taube. Er berichtet in demselben, an Ruda vorübergefahren zu sein, wo die Schüler — es war 1871 — die „Wacht am Rhein“ gesungen hätten. Jedoch ergibt sich aus den weiteren Mitteilungen des Briefes ein völlig anderes Bild: außerdem wurde auch die russische Hymne gesungen! Es heißt: die Schüler lernen Russisch mit viel Eifer und wenig Erfolg! „Ihr Drang geht dahin, die Estennationalität zu ihrer weltgeschichtlichen Mission zu fördern“¹⁵⁾. Daraus ergibt sich, daß ganz andere Strömungen, als die Hinneigung zum Deutschtum, sich in Ruda zu regen begonnen hatten, nämlich die Auswirkungen der estnischen nationalen Bewegung. Wie schon erwähnt, hatten sich schon früher in Ruda auf dieser Basis Schwierigkeiten ergeben, und mit der Zeit schwoll dort das nationale Bewußtsein an¹⁶⁾. — Bemühungen um Einführung deutschen Unterrichts bei estländischen Bauern scheinen in den sechziger Jahren jedenfalls auch nur sehr selten vorgekommen zu sein, so daß Samarin hier gegen eine gar nicht vorhandene Gefahr anrennt¹⁷⁾. Aus Zegelecht wird dagegen 1870 genau das Gegenteil berichtet: es herrscht ein allgemeines Verlangen nach russischem Unterricht, Deutsch tritt daneben in den Hintergrund, Estnisch wird für überflüssig gehalten¹⁸⁾. Und völlig vereinzelt ist der Fall Toila, wo in der Elementarschule die deutsche Unterrichtssprache eingeführt wird; die Schule wird übrigens gut, von 42 Kindern, besucht¹⁹⁾. Andererseits ist gerade Toila im Jewischen Kirchspiel die Gegend mit dem stärksten Regen der estnischen nationalen Bewegung²⁰⁾.

Samarin stellt fest, daß die russische Schule gleichzeitig orthodoxe Schule sein müsse und fordert energische Beförderung derselben, als bestes Mittel zur Bindung des Volkes an Rußland. Nun bestand jedoch für einen Ausbau des orthodoxen Schulnetzes die Schwierigkeit, daß die Zahl der orthodoxen Bauern in Estland sehr gering war, da ja die Welle der Konversion hierher nicht herübergegriffen hatte, so daß am Anfang der siebziger Jahre nur höchst spärliche Ansätze zu einem

¹⁵⁾ Freifrau Helene Taube v. d. Iffen, Graf Alexander Rejserling II. pg. 642—643: Graf Rejserling an die Verfasserin. 23. x. 1871.

¹⁶⁾ Neumann pg. 27.

¹⁷⁾ ENA I 469/40. Oktoberbericht Kl. Marien 1867.

¹⁸⁾ ENA I 469/43. Oktoberbericht Zegelecht 1870.

¹⁹⁾ ENA I 469/45. Oktoberbericht Jewe 1872.

²⁰⁾ ENWA. Stipendiatenbericht E. Tensmann: „Jõhvi“ 1931.

solchen Schulnetz vorhanden waren. So bestanden laut Angaben Jordans 1868 in Estland nur vier orthodoxe Volksschulen, davon drei in Wierland. Bei letzteren handelte es sich aber wohl zum Teil um Schulen für die russischen Arbeiterkinder der Fabrik Krähnholm; auch war ja in den Grenzgebieten Allentadens ein bedeutender Prozentsatz russischer Bauern vorhanden. Diese Schulen wurden von im ganzen 224 Kindern besucht²¹⁾. Es ist anzunehmen, daß wohl nur die Minderzahl derselben estnischer Nationalität gewesen ist. Die erste orthodoxe Bauernschule für Esten scheint die zu Arrooküll gewesen zu sein, wo eine größere Anzahl orthodoxer Bauern vorhanden war resp. in der Umgegend verstreut lebte. Diese waren russischer Abstammung und sind zu Zeiten Peters des Großen dort (ebenso in Wahhast) angesiedelt worden; im Laufe der Zeit waren sie aber vereestet und nur noch durch russische Namen und orthodoxe Konfession äußerte sich ihre Herkunft²²⁾. Die Gründung einer orthodoxen Kirche in Arrooküll wurde 1866 durch den Generalgouverneur Schumalow angeordnet. Die Ermittlung des Platzes dazu, sowie der Abschluß der entsprechenden Verhandlungen dauerte jedoch längere Zeit und erst 1872 erfahren wir, daß dort ein hölzernes Schulhaus fertig ist und auch die Kirche ihrer Vollendung entgegengeht. Die ganze Anlage befindet sich jedoch im Sumpf, das Schulgebäude ist schlecht und bereits nach kurzer Zeit ist das Dach nicht mehr regendicht. Den Posten eines Lehrers versieht der Priester Titik²³⁾. 1868 nennt Jordan eine orthodoxe Schule in Harrien, die wohl mit der Arrooküllschen identisch ist und 35 Schüler hat, von denen 22 zu lesen, 13 zu schreiben und nur 5 zu rechnen verstanden²⁴⁾. So scheint die Schule zunächst recht wenig geleistet zu haben. Eine weitere orthodoxe Schule wird 1870 in Wahhast eröffnet²⁵⁾. Das sind die ersten Ansätze zu einer orthodoxen Landvolkschule, die in Estland existierten, als Samarins Buch erschien. Sie sind geringfügig, entsprechend der unbedeutenden Zahl von Orthodoxen, und erst als dieselbe wuchs, gelangten auch sie zu einer gewissen Entfaltung und größeren Bedeutung. Von dieser Seite kam daher auch die von Samarin so dringend geforderte Ausbreitung des russischen Sprachunterrichts zunächst nicht in Frage. Samarin hat jedoch mit der Behauptung, daß bei der Bauernschaft

²¹⁾ Jordan pg. 32—33.

²²⁾ A. d. J. d. C. B. Sch. Aste Nr. 38. Bericht des Insp. Mewes über die orth. Schulen. Riga 12. vi. 1885 Nr. 62.

²³⁾ A. d. C. G. Aste 1866. Nr. 439. IV/22.

²⁴⁾ Jordan pg. 32—33.

²⁵⁾ A. d. C. G. Tisch: Schulwesen. Aste Nr. 3.

ein Streben nach solchem vorhanden sei, zweifellos recht. Das Vorhandensein eines solchen Verlangens wird von der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an durch die Pastoren aus den verschiedensten Gegenden Estlands bezeugt, und zwar nicht nur aus den Gegenden mit dem alt-eingewurzelten, entwickelten Schulwesen, sondern auch aus dem rückständigen Harrien²⁶⁾. Es ist nun nicht ganz leicht, die wirklichen Gründe zu dieser Erscheinung aufzudecken. Von einem bewußten Hineigen der Bauern zu Rußlands Volkstum und Kultur wird wohl nur in Ausnahmefällen die Rede sein können. Zweifellos gingen im estnischen Volk einschneidende Veränderungen vor sich: der Abschluß der Agrarreform brachte eine Entwicklung zu größerem Wohlstande mit sich, die rechtliche Emanzipation und speziell die Landgemeindeordnung hoben das Selbstbewußtsein des Bauern und verselbständigten ihn. Die Folge war eine Unzufriedenheit mit den bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen, das Streben nach weiterem Aufstieg und größerer Unabhängigkeit von den bisher herrschenden Ständen. Durch den Bau der Eisenbahn nach St. Petersburg belebte sich der Verkehr mit Rußland, und als Folge dieser Unzufriedenheit und Unruhe entstand die Auswanderungsbewegung nach den inneren Gouvernements des Reiches. Hatte man derartige Absichten, so war die Kenntnis der russischen Sprache aus rein praktischen Gründen unerläßlich. Das Bestreben, die Staatssprache zu erlernen, war bei einem erwachenden Bauernstande nur zu natürlich, der sich vom Staat alles, von der deutschen Oberschicht nichts versprach. Auch andere Vorteile verschaffte sie einem, so Erleichterungen bei der Ableistung der Wehrpflicht. Dieses Moment gewann mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Jahre 1874 besondere Bedeutung, da für Nichttruppen im neuen Gesetz bei Kenntnis der russischen Sprache in Wort und Schrift eine Abkürzung der aktiven Dienstzeit um zwei Jahre vorgesehen war, wobei die gestrichene Zeit zur Reservezeit hinzugezählt wurde. In Verbindung mit diesen Erscheinungen, speziell der Auswanderung, waren allerlei Gerüchte im Umlauf, die dieses Streben nach der russischen Sprache förderten und den regelmäßigen Ablauf des gewohnten Schulbetriebes störten²⁷⁾. Auch mag da die Tätigkeit der vorhandenen orthodoxen Priester gewisse Folgen gehabt haben; es fällt auf, daß speziell aus Ostharrien diese Wünsche nach russischem Unterricht bezeugt sind, wo der Priester Tiisik wirkte.

²⁶⁾ *EN* I 469/40. Oktoberberichte Regel, Rappel, St. Jürgens, M. Marien, St. Matthäi 1867 u. a.

²⁷⁾ *EN* I 469/42. Oktoberberichte St. Simonis, Wesenberg 1869.

Im Emmaſt'schen Kirchſpiel liegt wenige Jahre darauf jedenfalls eine derartige Erſcheinung vor, hervorgerufen durch Einflüſſe der orthodoxen Kirche auf Deſel, und führt dort zu einer Bewegung zur orthodoxen Kirche²⁸⁾). Endlich ſind wohl fraglos auch gewiſſe Einwirkungen der nationalen eſtniſchen Bewegung mit im Spiel geweſen, die ſich zunächſt vorwiegend in Nordlivland entfaltete, aber auch auf Eſtland nicht ohne Wirkung geblieben iſt, worauf noch ſpäter im Zusammenhange zurückzukommen ſein wird. Dieſe Erſcheinungen wurden von vielen Paſtoren mit Beſorgniß beobachtet. So ſchreibt Paſtor Berg-Jörden bereits 1861: der Zeitgeiſt dringe unter den Eſten vor; die Jugend emanzipiere ſich, das materielle Inter-eſſe gewinne immer mehr die Oberhand, der Luxus ſteige, die Genußſucht nehme zu, Pietät und Fleiß nähmen ab. Kirche, Heimat und Sprache ſeien für die jungen Eſten keine Macht mehr, als Folge entſtehe die Auswanderungsbewegung²⁹⁾). Auſ Regel wird berichtet, daß, „durch ſtörende Gerüchte verwirrt“, den Bauern die nur Eſtniſch verſtehenden Lehrer nicht mehr genügten; ſie wollten als Hauptzweck das Erlernen des Ruſſiſchen hinſtellen und erwarten entſprechende Anordnungen³⁰⁾). Solche Anſchauungen waren natürlich geeignet, die Autorität der Paſtoren und der Kirche im Volk zu ſchädigen. 1869 wurde auf der Synode die Frage diſkutiert, ob den Paſtoren eine Schuld am Mißtrauen der Gemeinden, ſpeziell in Bezug auf die Belehrungen gegen die Auswanderungsbewegung, zuzuſchreiben ſei. In der Auſſprache wurde feſtgeſtellt, daß die Paſtoren den Bauern gegenüber eine gewiſſe Herrenſtellung einnehmen müßten, jedoch auſ dieſer Stellung hinaus zu ihnen in ein väterliches Verhältniß zu treten hätten³¹⁾). Ein Weg, der wohl bei einem unentwickelten Volke möglich war, jedoch auf Schwierigkeiten ſtoßen mußte, wo Selbſtbewußtſein und Nationalgefühl im Waſſen waren! — Dieſes Streben nach ruſſiſchem Unterricht iſt keine ſpeziell eſtländiſche Erſcheinung, ſondern war bei den Letten früher und in einem weiteren Maße entwickelt, in Verbindung mit der viel weiter ausgebreiteten lettischen nationalen Bewegung, die ſich in einem ſtark ruſſiſch orientierten Fahrwaſſer bewegte; auch ſpielte hier die orthodoxe Kirche eine weit größere werbende Rolle für alles Ruſſiſche. Hier kam eſ nun auch zu zahlreichen Petitionen um ruſſiſchen Unterricht an Organe der Staatsregierung. Eine ſolche Bittſchrift um Ein-

²⁸⁾ EſtA I 469/47. Oktoberbericht Emmaſt. 1874.

²⁹⁾ EſtA I 469/34. Oktoberbericht Jörden 1861.

³⁰⁾ EſtA I 469/40. Oktoberbericht Regel 1867.

³¹⁾ EſtA I 536/13. Synodal-Protokoll 28. VIII. 1869.

führung des Russischen in ihrer Dorfschule war von Bauern des Gutes Würzau in Kurland 1866 dem Generalgouverneur Baranow eingereicht worden. Dieser behielt sich die Vornahme von Anordnungen vor und übersandte die Petition zu Stellungnahme dem Inneminister Walujew. Letzterer trat nun mit den einzelnen Gouverneuren deswegen in Verbindung und äußerte seine prinzipielle Ansicht: da die russische Sprache in den baltischen Volksschulen bisher noch gar nicht gelehrt worden sei, solch ein Unterricht aber sehr nützlich wäre und die russische Presse in dieser Frage oft zu falschen Darstellungen gelangt sei, müsse an Hand dieses Einzelfalles der Wille der Regierung bewiesen werden, den örtlichen Bauern nach Möglichkeit russischen Unterricht zu beschaffen. Walujew ist sich darüber klar, wie wenig Mittel dazu vorhanden sind und wie schwierig die Durchführung wäre. Auch weiß er, daß diese Bitte nichts weiter zum Grunde hat, als Spekulationen auf Vorteile in Bezug auf Grund und Boden, und daß sie das Resultat von Überredung ist. Andererseits hält Walujew es aber für notwendig, solche Tendenzen zu hemmen, die in den Begriffen des Bauern die Kenntniß der russischen Sprache mit Fragen von Grund und Boden verquicken und den Gedanken erwecken, daß die örtlichen Regierungszorgane der Verbreitung des russischen Unterrichts nicht günstig gesinnt wären. In Anbetracht dieses einzelnen Gesuches müßte daher überall erklärt werden, daß der russische Unterricht auf Wunsch in allen Bauerngemeinden eingeführt werden würde, gleichzeitig wäre das Maß der Mitwirkung des Ministeriums für Volksaufklärung und der Domänen festzustellen³²⁾. — Wie weit damals bereits in Estland derartige Argumente, wie die erwähnten, bei der Propaganda für den Unterricht im Russischen angewandt worden sind, ist wohl kaum mit Sicherheit feststellbar, wohl aber dürften Vorstellungen sehr materieller Natur mit diesem beim Volk verbunden gewesen sein. Der russische Unterricht bedeutete immerhin eine Mehrbelastung der Jugend, die man wohl kaum aus rein platonischen russophilen Gedankengängen heraus auf sich genommen haben wird. Wohl aber ist anzunehmen, daß diese Bewegung Estland am schwächsten und spätesten erfaßt haben dürfte, schon wegen der geringen Bedeutung der griechisch-orthodoxen Kirche. — Der estländische Gouverneur v. Ulrich theilte Walujews Ansicht von der Nützlichkeit russischen Unterrichts der Bauernländer in vollem Maße, hielt es jedoch für angebracht, eine Enquete über das Vorhandensein dieses Wunsches, am besten durch die Kirch-

³²⁾ R. d. E. G. Geheim Abt., Akte Nr. 588. Minister Walujew an den Gen. Gouv. Baranow. St. Petersburg 23. VI. 1866 Nr. 2309.

spielsrichter, vorzunehmen, um wirklich zuverlässige Nachrichten darüber zu erhalten. Und zwar sollten seiner Ansicht nach die Gemeinden befragt werden, ob sie einen russischen Lehrer für ihre Gemeindeschule haben wollen, und wie hohe Beiträge sie dafür zu entrichten bereit seien. Diese Befragung wollte er allerdings erst nach einer gewissen Gewöhnung der Bauern an die neue Form ihrer Selbstverwaltung, nicht vor dem Sommer 1867, vorgenommen wissen³³⁾. Ulrich geht hier fraglos von der rein praktischen Erwägung aus, daß wohl kaum einer der gegenwärtigen Dorfschullehrer zur Erteilung russischen Unterrichts imstande sein würde und daher ein spezieller Hülfslehrer angestellt werden müßte. Wünschte aber die Bauerngemeinde wirklich ernstlich russischen Unterricht, so mußte sie auch bereit sein, einen speziellen Lehrer dafür zu gagieren. Hiermit war allerdings ein ohnehin sehr empfindlicher Punkt bei den Bauernschaften berührt, da schon ganz abgesehen von Sonderzahlungen sie sich meist nur unter starkem Widerstreben zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen der Schule gegenüber bereit fanden, und zwar häufig aus anderen Gründen als aus wirklicher Armut. — Auch der Kurator Graf Kerserling ist bereit, den Bauern die Erlernung der russischen Sprache zugänglich zu machen, sieht aber ebenfalls die Schwierigkeit, geeignete Lehrer zu finden. Er schlägt vor, eventuell junge Esten, mit Stipendien versehen, zwecks seminaristischer Ausbildung in innerrussische Gouvernements zu schicken, die dann nachher Lehrer werden könnten. Ihre Anstellung denkt er sich vorwiegend auf Domänen, wo ja die örtliche Schulverwaltung sowieso von einer Regierungsinstitution abhängig ist³⁴⁾. Für Estland wäre letzterer Weg aber wegen fast völligen Fehlens von Domänen nicht in Frage gekommen. Auch erscheint dieser ganze Modus, das Russische in die Volksbildung einzuführen, schwer realisierbar. — Zu diesem letzten Gedanken nahm auch der Landtag Stellung und erklärte, er halte die Ausbildung von Stipendiaten für kaum einem Bedürfnis entsprechend³⁵⁾. Diese Stellungnahme ist vielleicht insofern berechtigt, als der von Kerserling vorgeschlagene Weg ungeeignet war, jedoch steht das Vorhandensein des Strebens nach russischem Unterricht unter dem Volk außer allem Zweifel, wenn man auch annimmt, daß es künstlich durch propagandistische Mittel angefacht worden ist. Im Falle

³³⁾ dto. Gouv. v. Ulrich an den Gen. Gouv. Waranow. Reval 24. VIII. 1866 Nr. 81.

³⁴⁾ ERA. A IV 77. Kurator Graf Kerserling an den Minister für Volksaufklärung. Dorpat 13. VI. 1866 Nr. 870 [Stopic].

³⁵⁾ ERA. A IV 79. Landtags Protokoll 17. XII. 1868

Würzau steht letzteres übrigens fest, denn dort wurde der russische Unterricht zwar eingeführt, mußte jedoch bald eingestellt werden, da die Beteiligung eine zu schwache war³⁶⁾. Hier ist wohl bei den Bauern schließlich die Kostenfrage ausschlaggebend gewesen; ebenso wünschten libländische Bauern, die sich um russische Schulen bemüht hatten, die Errichtung derselben auf Staatskosten³⁷⁾.

In Estland war auf den General v. Ulrich, den letzten deutschen Gouverneur, der Russe Galkin im Amte gefolgt. Dieser vertrat den Standpunkt, die Verbreitung der Kenntnis der russischen Sprache sei durchaus wichtig und entspreche den tatsächlichen Anforderungen der bäuerlichen Landbevölkerung, speziell in Verbindung mit der häufigen Auswanderung ins Innere Rußlands und den zahlreichen Beziehungen zum St. Petersburger Gouvernement. Deshalb hielt er den Ausbau der wenigen vorhandenen russischen Elementarschulen für dringend erforderlich³⁸⁾. An ihn waren Bitten von Bauern der Gemeinde Sommerhusen in Wierland um Errichtung einer russischen Schule in Wesenberg gelangt, wobei diese sich bereit erklärten, die Kinder mit allem Nötigen zu versorgen, wenn sie nur im Hause der Wesenberger orthodoxen Kirche untergebracht würden. Es handelte sich hierbei vorwiegend um orthodoxe Kinder. Auch die Einwohner der drei Dörfer der Insel Nargen wünschten die Errichtung einer russischen Schule, allerdings auf Staatskosten. Die Tatsache dieser Bemühungen gelangte zur Kenntnis des Generalgouverneurs Albedinsky, der sich sogleich von Galkin nähere Nachrichten darüber erbat und mitteilte, die Freie Kaiserliche Ökonomische Gesellschaft habe sich bereit erklärt, die russischen Schulen mit Lehrmitteln zu versorgen. Was Wesenberg anlangt, so hielt Galkin eine Unterbringung der Schule im Hause des Priesters für möglich, wünschte jedoch der lutherischen Kinder wegen die Anstellung eines besonderen Lehrers. Von Nargen hielt er es für wahrscheinlich, daß die Bauern sich zur Zahlung eines Schulgeldes bereit finden würden. Als für den Lehrersposten in Frage kommend hatte Galkin sechs Personen ins Auge gefaßt, vermutlich orthodoxe Esten³⁹⁾. Die Sorge für die Errichtung der Schule über-

³⁶⁾ A. d. B. G. G. I Abt. Akte Nr. 141/1868. Rurl. Landesbevollm. Baron Recke an den Gen. Gouv. Mitau 15. IX. 1867 Nr. 857

³⁷⁾ dto. Zivl. Gouv. an den Gen. Gouv. Riga 9. VIII. 1869 Nr. 7487.

³⁸⁾ A. d. B. G. G. I Abt. Akte Nr. 124/1870. Jahresbericht des Estl. Gouv. Galkin per 1869.

³⁹⁾ A. d. G. G. Akte Nr. 248/20 [1868] Gen. Gouv. Albedinsky an den Gouv. Galkin. Riga 27. IX. 1869 Nr. 2671; A. d. B. G. G. I Abt. Akte Nr. 141/1869. Gouv. Galkin an den Gen. Gouv. Albedinsky. Reval 6. x. 1869 Nr. 1741.

nahm nun der Wesenberger Priester Roschdestwensky, was allerdings schon in die Amtszeit des neuen Gouverneurs, Fürsten Schachowsky = Glebow = Streschnew, fiel. Es ergaben sich da Schwierigkeiten, da die Unterbringung im vorgesehenen Lokal sich als unmöglich erwies und Roschdestwensky allein für die erste Einrichtung der Schule nebst Internat einen Kostenanschlag von 1744 Rbl. vorlegte. Ein Teil der interessierten Kinder zog sich überhaupt zurück, da ihnen beim Rüster der lutherischen Kirche russischer Unterricht verschafft wurde. Es ließen jedoch noch verschiedene weitere Anmeldungen ein; auch eine Bittschrift von Bauern der Gemeinde Schloß Wesenberg, gegen Zahlung von je einem Fuder Holz zehn Kinder aufzunehmen, konnte Roschdestwensky vorlegen, worin es hieß, „noch viele andere“ wollten ihre Kinder in die russische Schule schicken, könnten es aber nicht aus Mangel an Brot und Kleidern. Unterscrieben war die Petition vom Gemeindeältesten Saan Möller. Schließlich wurde 1870 ein Zimmer gemietet und darin die Schule eröffnet; mit 23 Knaben war der zur Verfügung stehende Raum überfüllt ⁴⁰⁾. Zunächst nahm diese Schule einen günstigen Fortgang; durch eine Lehrmittelftiftung des Ingenieurs Rippas und Spenden russischen Militärs aus den inneren Gouvernements war sie materiell gesichert. Von den im Jahre 1871 dort befindlichen 39 Schülern waren 35 Lutheraner, so daß hier der russische Unterricht augenscheinlich eine starke Anziehungskraft ausübte ⁴¹⁾. — Auch andere russische Schulgründungen fanden in diesen Jahren statt, und zwar unter Mitwirkung der Gouvernementsregierung. So wurde bereits seit 1868 in Wahhast, wo es orthodoxe Bauern gab, über eine solche verhandelt, jedoch machte die Beschaffung eines Grundstückes zu diesem Zweck Schwierigkeiten, so daß durch diese Verzögerung manche Bauern in ihrer Rechtgläubigkeit schwankend wurden. Daher wurde durch den Weißensteinschen Priester eine Intervention des Gouverneurs Galkin erbeten und vorgenommen, um einen von den Bauern in Aussicht genommenen Bauplatz vom Gutsherrn v. 3. Mühlen zu erlangen. Da jedoch derselbe für Mühlen zunächst nicht verfügbar war, schlug dieser eine provisorische Unterbringung der Schule an einem anderen Ort vor ⁴²⁾. Nachdem schließlich aus Riga von der orthodoxen Schulbehörde eine Geldsumme zur Verfügung gestellt worden war, konnte die Wahhastische Schule im Herbst 1870

⁴⁰⁾ A. d. E. G. Afte Nr. 248/20. [1868]. Priester Roschdestwensky an den Gouv., Wesenberg 20. I. 1870 Nr. 12; 30. I. 1870 Nr. 15; 4. II. 1870 usw.

⁴¹⁾ dto. Bericht des Djakons Janson. Wesenberg 10. II. 1871 Nr. 17.

⁴²⁾ dieselbe Afte, vgl. die entsprechende Korrespondenz.

eröffnet werden. 1872 befanden sich dort 22 Kinder, wovon über die Hälfte Lutheraner waren. Durch den Gouverneur gelangten zwar wiederholt gestiftete Lehrmittel zur Verteilung, jedoch scheint trotzdem die Schule materiell sehr ungenügend gesichert gewesen zu sein, da der Lehrer 1873 seinen Posten niederlegte, weil an ihn zwei Jahre lang kein Gehalt zur Auszahlung gelangt war. Wo die verfügbaren Mittel geblieben waren, ist unklar, da das Weißensteinsche orthodoxe Pfarramt, dem die Schule unterstand, die Abgabe von Rechenschaft über die Verwendung derselben verweigerte. So war denn auch nach Anstellung eines neuen Lehrers der Fortgang der Schule ein sehr schwacher: die Unterbringung in einem völlig ungenügenden Raum mag auf die Frequenz eingewirkt haben, die ständig sank und 1874 nur noch fünf Kinder betrug. Schließlich wurde 1874 ein vom Urrendator des Gutes errichtetes Gebäude für 70 Rbl. jährlich als Schullokal gemietet⁴³⁾. Der Gouverneur stellte durchaus namhafte Beträge für Wahnhaft zur Verfügung, so in den Jahren 1874—1878 die Summe von 1103,37 Rbl., welche aus einer besonderen, nicht näher bezeichneten Quelle stammten. Für das Schuljahr 1874/75 balancierte das Budget mit 265 Rbl., war somit im Verhältnis zur geringen Schülerzahl durchaus hoch. Der Lehrer Madelin mußte durch das unter Vorsitz des Weißensteinschen Priesters stehende, mit der dortigen orthodoxen Volksschule gemeinsame Kuratorium seines Amtes enthoben werden, wegen Trunksucht und Faulheit. Im übrigen scheinen sich dort allerlei unerfreuliche Intrigen und Denunziationen abgespielt zu haben: beim Schulkuratorium wurden anlässlich einer Revision verschiedene Mißstände aufgedeckt; eine Bescheinigung über Madelins Verfehlungen wird für eine tendenziöse Fälschung gehalten, kurz, ein heute nicht mehr zu klärender Wirrwarr, der natürlich auf den Fortgang der Schularbeit von katastrophaler Einwirkung sein mußte⁴⁴⁾. Aber auch unter dem neuen Lehrer Orlow betrug die Schülerzahl 1877 nur acht, davon nur noch zwei Lutheraner; und 1878 gingen auch die letzten Schüler auseinander, da wieder Geldmangel die Fortführung der Schule hinderte und der orthodoxe Schulrat in Riga der geringen Schülerzahl wegen eine weitere Subventionierung ablehnte; deshalb ließ der Gouverneur

⁴³⁾ A. d. I. d. O. B. Sch. Unsignierte Akte. Priester Djakonow an den Insp. Fufajew. Weißenstein 1. v. 1875 Nr. 12.

⁴⁴⁾ R. d. E. G. Akte Nr. 439 III/23 [1876] Priester Djakonow an den Gouv. Politanow. Weißenstein 4. VI. 1876 Nr. 14, sowie die sich daran knüpfende Korrespondenz.

1878 die Schule schließen⁴⁵⁾. So war, trotz hoher Aufwendungen, hier keine günstige Entwicklung erzielt worden. Fehler der Organisation der Verwaltung und ein zu geringes Bedürfnis nach der Schule mögen der Grund dazu gewesen sein.

In noch engerer Zusammenarbeit mit dem Gouverneur scheint die Kostiſersche orthodoxe Schule gestanden zu haben, die 1873 zum erstenmal erwähnt wird, wo der Gouverneur 175 Rbl. für sie auswirft. Diese Schule war bedeutend fester fundiert als Wahhaſt, da sie über ein Legat von 1000 Rbl. verfügte, dessen Zinsen sie nutzte; auch erhielt sie außerdem Subventionen durch den Gouverneur, über welche der Lehrer genaue Abrechnung zu leisten hatte. Raum bot die Schule, da sie in einem eigenen Gebäude arbeitete, für 30 Kinder, 1874 befanden sich jedoch nur 20 dort und empfangen russischen Unterricht; 1876 war die Schülerzahl 30 zwar erreicht, bestand jedoch überwiegend aus Orthodoxen und nur sechs Lutheranern. Das Lehrergehalt, das durch die Gouvernementsregierung aus demselben Fond wie in Wahhaſt gezahlt wurde, war reichlich und betrug 12 Rbl. monatlich. Trotzdem jedoch verschwand der Lehrer Naſarow unter dem Vorwande, nach Reval zur Kommunion zu fahren, und kehrte nicht mehr zurück. Sein Nachfolger, ein Russe namens Orlow, war pensionierter Feuerwerker der Festungsartillerie von Dünaburg und bewährte sich besser.

Die schon erwähnte Arroſküllsche Schule befand sich in einer wesentlich günstigeren Lage, da sie mit der dortigen orthodoxen Kirche in Verbindung stand und vom Priester Tiſſik geleitet wurde, der auch hauptsächlich den Unterricht erteilte. Eigene Mittel beſaß sie nicht, sondern baſierte auf Zuwendungen des Gouverneurs aus einer Stiftung der Fabrik Krähnholm. In dieser Schule, die 1874 von 38 Kindern besucht wurde, überwog der russische Unterricht, jedoch wurde auch Estnisch gelernt. 1879 befand sie sich in desolatem baulichem Zustande und bedurfte dringend der Remonte, wozu aber Mittel nicht vorhanden waren⁴⁶⁾.

⁴⁵⁾ St. d. E. G. Tiſch: Schulwesen Nr. 3. Korrespondenzen über die Schule zu Wahhaſt 1872—1878.

⁴⁶⁾ dto. Tiſch: Schulwesen. Nr. 14/15. Nr. betr. die Schulen zu Arroſküll u. Kostiſer. — St. d. E. G. Nr. 926/26 [1875] Nr. betr. die Mittel zum Unterhalt der orth. Schulen. — St. d. E. G. Tiſch: Schulwesen. Nr. 6/5 [1875] Uebersicht über die orth. Schulen Estlands; — A. d. J. d. L. B. Sch. Unſignierte Nr. Priester Beſhanibſch an den Inſpektor Zuſajew. Arroſküll 16. v. 1876 Nr. 26.

Die Schulen zu Syrenetz und Jamm, welche ebenfalls in den siebziger Jahren entstanden und durch den Gouverneur Subventionen erhielten, dürften in erster Linie der russischen Bevölkerung dieser Grenzgebiete zugute gekommen sein und für die Esten eine nur geringe Rolle gespielt haben⁴⁷⁾.

So waren denn die ersten Anfänge orthodoxer Volksschulen keineswegs überall von Erfolg begleitet, sondern zunächst nur spärliche Ansätze, und nur einer kleinen Zahl von Esten wurde durch dieselben russischer Unterricht vermittelt. Die Organisation derselben wurde 1870 durch eine Verfügung des Reichsrats geregelt. Die oberste Aufsicht für alle orthodoxen Bauernschulen der drei Ostseeprovinzen erhielt der orthodoxe Volksschulrat, der seinen Sitz in Riga hatte. Unter dem Vorsitz des Generalgouverneurs setzte er sich aus dem orthodoxen Erzbischof von Riga, dem Kurator des Lehrbezirks, dem Rektor des Rigaer geistlichen Seminars und dem Direktor des dortigen Alexanderghymnasiums zusammen. Die spezielle Aufsicht lag in den Händen besonderer Kuratorien, der Kirchspiels-Schulräte: unter dem Vorsitz des Priesters bestanden sie aus drei von den Bauern gewählten Assessoren aus der Gemeinde. Dem Gutbesitzer waren keinerlei Rechte inbezug auf eine in seinem Gutbezirk befindliche Schule eingeräumt. Es wurde zwischen orthodoxen Parochial- und Hülfschulen unterschieden; erstere sowie die Seminare lieferten die notwendigen Lehrkräfte. Die Wahl der Lehrer lag in den Händen der Kuratorien. 1873 bereits fand jedoch eine Reorganisation der obersten Instanz statt, indem die orthodoxen Schulen dem Kurator des Lehrbezirks unterstellt wurden, dem Volksschulinspektoren zur Seite standen⁴⁸⁾. In dieser Funktion war für das estnische Sprachgebiet zuerst Fufajew, dann D. v. Mewes tätig. Um die Aufsicht in Estland noch weiter zu verbessern und die Schulen wirksamer fördern zu können, beauftragte der Gouverneur Fürst Schachowsky 1874 den Assessor der Gouvernementsregierung Albertini, die Aufsicht über die orthodoxen Volksschulen zu übernehmen, und attachierte ihm als Schriftführer den Beamten für besondere Aufträge, Graf Essen-Stenbock-Fermor zu⁴⁹⁾.

⁴⁷⁾ R. d. E. G. Akte Nr. 84/17. VI. [1874] Jahresbericht des Gouv. Fürst Schachowsky. 1873.

⁴⁸⁾ М. Столяровъ, Православныя школы въ прибалтійскомъ краѣ рр. 25—27; R. d. E. G. Akte Nr. 248/20 [1868] Gen. Gouv. Albedinsky an den Gouv. Galkin. Riga 23. III. 1870 Nr. 749;

⁴⁹⁾ R. d. E. G. Tisch: Schulwesen. Akte Nr. 6/5. [1874] Gouv. Fürst Schachowsky an Albertini. Reval 6. x. 1874 Nr. 2089.

Im übrigen scheint es, daß man an der Zentralstelle, dem Volksschulrat in Riga, zunächst für Estland ein verhältnismäßig geringes Interesse hatte; so hatte z. B. der Gouverneur Polivanow 1876 dort um eine Subvention von 900 Rbl. nachgesucht, die jedoch mit dem Hinweis auf die Beschränktheit der Mittel und die geringe Zahl der Lernenden in Estland abgelehnt wurde⁵⁰⁾. Die siebziger Jahre hindurch haben die orthodoxen Schulen dort keinen nennenswerten Aufstieg zu nehmen vermocht. Einschließlich der in den Städten befindlichen Volksschulen betrug ihre Zahl noch 1879 nur 11, wozu noch drei Bauernschulen der Gemeinde Wichtisby an der Grenze des St. Petersburger Gouvernements mit insgesamt 473 Schülern kamen⁵¹⁾. Solange nicht die Zahl der orthodoxen Bauern zunahm, war da auch keine weitere Entfaltung zu erwarten, da mit der Zeit auch die lutherischen Schulen den Wünschen nach russischem Unterricht Rechnung trugen. Und auch von russischer Seite mußte zugegeben werden, daß in bezug auf Lehrpersonal, Räumlichkeiten und Lehrmittel die lutherischen Volksschulen höher stünden⁵²⁾. So änderte sich das Bild erst, als die achtziger Jahre die Konversionsbewegung in größerem Maßstabe nach Estland trugen und dort zahlreiche orthodoxe Gemeinden entstehen ließen. Die Auswirkungen für die Volksschule fallen dann jedoch fast ausschließlich in die Zeit nach dem Ressortwechsel 1885.

Das orthodoxe Lehrerseminar für die drei Provinzen wurde im September 1870 in Riga eröffnet und von der Krone mit sehr bedeutenden Summen subventioniert. 1874 befanden sich dort neben sechs das Estnische beherrschenden Russen auch 39 Esten, die zu Lehrern ausgebildet werden sollten. Zum größten Teil stammten dieselben jedoch fraglos aus Livland⁵³⁾.

⁵⁰⁾ dto. Orth. Volksschulrat an den Gouv. Polivanow. Riga 30. IX. 1876 Nr. 275.

⁵¹⁾ St. d. E. G. Afte Nr. 90/17. XII [1880] Jahresbericht des Gouv. Polivanow per 1879.

⁵²⁾ Самаринъ IV pg. 291; Столяровъ pg. 30.

⁵³⁾ St. d. E. G. Afte Nr. 248/20 [1868] Kurator Gervais an den Gouv. Galkin. 4. VIII. 1870 Nr. 1200; — St. d. E. G. Tisch: Schulwesen Afte Nr. 6/5 [1874] Kurator Gervais an den Gouv. Fürst Schadowfok. Riga 21. XII. 1874 Nr. 3743.

b. Die Frage des Ressortwechsels der Volksschule
und die Mängel des provisorischen
Regulativs.

In Verbindung mit der Frage des russischen Unterrichts wurde zwischen den Regierungsstellen die Diskussion darüber fortgeführt, auf welche Weise die Schulen der Politik der Angleichung der baltischen Gouvernements an Rußland dienstbar gemacht werden könnten, wobei immer wieder die Möglichkeit einer Unterstellung der Volksschulen unter das Ministerium für Volksaufklärung erwogen wurde. Von großer Wichtigkeit mußte da natürlich die Stellungnahme des Generalgouverneurs und des estländischen Gouverneurs sein. Der Generalgouverneur Albedinskij, dem Samarin ja ein zu geringes Interesse für die Wünsche der Bauern nach russischem Unterricht vorwarf, stand auf dem Standpunkt, daß im Lande ein Germanisierungsprozeß im Gange sei, den nur russische Schulen aufhalten könnten⁵⁴⁾. In einer ausführlichen Denkschrift von 1869 über seine Amtszeit legt Albedinskij seine prinzipielle Einstellung zu diesen Fragen dar: Er habe stets das Programm verfolgt, die Ostseeprovinzen mit Rußland zu vereinigen, die Politik der Stände sei jedoch dabei eine unüberwindliche Schranke. Die Provinzen hätten zwar Privilegien erhalten, jedoch sei der Zar, wenn es sich als notwendig erweisen sollte, zweifellos berechtigt, dieselben abzuändern. Der russische Nationalstolz und die Erkenntnis der Rechte der russischen Bevölkerung in den Ostseegebieten seien erwacht. Ein Teil der Bevölkerung opponiere zwar, sich auf Privilegien berufend, gegen jegliche staatliche Maßnahmen, jedoch dürfe die Regierung keinesfalls die Privilegien buchstabenmäßig erfüllen und zwei Millionen Letten und Esten den Ansprüchen von 200 000 Fremden opfern; die baltischen Gouvernements müßten untrennbar mit dem russischen Reich verschmolzen werden. Da die Volksschulen der Ritterschaft und Geistlichkeit unterstünden, könne die Regierung leider gegenwärtig nicht direkt auf diese einwirken. Daher habe das Ministerium für Volksaufklärung angeregt, alle baltischen Volksschulen ihm zu unterstellen. Da aber die Ritterschaft für diesen Fall jegliche künftige Unterstützungen abgelehnt habe, habe er, Albedinskij, auf diesen Umstand aufmerksam machen müssen, denn die Summen, welche bisher von den Ritterschaften für Schulzwecke aufgebracht worden seien, seien von sehr

⁵⁴⁾ Самаринъ v pag. 95.

bedeutender Höhe, und der Staat werde sie wohl kaum übernehmen können. Auch würden Schwierigkeiten durch Besitzrechte von Privatpersonen an den Gebäuden eintreten. Seinerseits schlägt Albedinskij vor, bei Kenntniß des Russischen den Militärdienst der Esten und Letten um zwei Jahre abzukürzen, eine Maßnahme, die auch der Minister für Volksaufklärung für sehr zweckentsprechend angesehen habe⁵⁵⁾.

In einer wesentlich bestimmteren Form scheint jedoch der estländische Gouverneur Galkin auf den Ressortwechsel hingearbeitet zu haben. Auf Grund eines von ihm am 1. IX. 1869 abgegebenen Berichtes lenkte das Ministerkomitee die Aufmerksamkeit des Ministers für Volksaufklärung Tolstoj auf diese Frage. Tolstoj, der selbst sehr für Vor- nahme des Ressortwechsels war, wandte sich nun zunächst an Albe- dinskij mit der Anfrage, ob er einen solchen für möglich halte, falls das Finanzministerium sich bereit erklären sollte, die bisher von der Ritterschaft getragenen Unkosten auf Staatskosten zu übernehmen⁵⁶⁾. Albedinskij sah jedoch auch unter solchen Umständen schwerwiegende Hindernisse und bemerkte, der Staat werde in diesem Fall einen großen Theil der Schulen neu auf Land fundieren müssen, wohl in der Annahme, daß viele Gutsbesitzer im Falle des Ressortwechsels die Landfundierung zurückziehen würden. Ferner meinte er, die Regierung werde wohl kaum genügend viel Lehrer aufreiben können, und vor allem könne sie ganz unmöglich die ungefähr 1600 Dorfschulen der Ostseeprovinzen beaufsichtigen⁵⁷⁾. Mit dieser mehr oder weniger ablehnenden Hal- tung gab sich Tolstoj jedoch nicht zufrieden. In einem weiteren Schrei- ben erklärte er, die Russifizierung der Letten und Esten sei eine politische Notwendigkeit, die Gegenpartei arbeite jedoch gegen eine nähere Vereinigung mit Rußland und schüchtere die Bauern ein. Sobald dem Russischen Eingang in die Volksschule verschafft sei, müßten die Bauern unbedingt orthodox werden. Deut- lich erkennbar spiegle sich in den Ostseeprovinzen ein Kampf gegen die Vereinigungsbestrebungen der Bauern mit der großen russischen Familie ab⁵⁸⁾. Hier ist also mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht, für

⁵⁵⁾ A. d. V. G. G. Abt. I. Afte Nr. 193/1869. Tätigkeitsbericht des Gen. Gouv. Albedinskij. St. Petersburg 15. X. 1869.

⁵⁶⁾ dto. Afte Nr. 141/1869. Minister Tolstoj an den Gen. Gouv. Albedinskij. St. Petersburg 22. XI. 1869 Nr. 10940.

⁵⁷⁾ dto. Antwort darauf. Riga 22. XII. 1869 Nr. 3371.

⁵⁸⁾ dto. Minister Tolstoj an den Gen. Gouv. Albedinskij. St. Petersburg 21. III. 1870 Nr. 2970.

was für eine Politik die Schule in Zukunft das Instrument sein sollte: die Entnationalisierung der Esten und Letten, die immer wieder ganz zu Unrecht Ritterschaft und Landeskirche untergeschoben wurde, ist hier, in einer anderen Richtung, zum offiziellen Programm geworden. Wenn auch nicht der Inhalt dieser Schriften, so waren doch die darin zum Ausdruck gebrachten Absichten der Öffentlichkeit bekannt. So führte denn die estländische Ritterschaft 1870 in ihrer Immediateingabe an den Zaren unter anderem an, die baltische Bevölkerung werde seit 1867 durch Maßregeln auf dem Gebiete des Schulwesens in Unruhe gehalten. Man erkenne deutlich die Tendenz, unter dem Vorwande der Förderung des Erlernens des Russischen die Muttersprache allmählich aus der ihr allein gebührenden Stellung zu verdrängen. Das Eindringen dem Schulfach völlig wesensfremder Tendenzen müsse jedoch dieses tief sittliche Gebiet schwer schädigen⁵⁹⁾. Wenn hier auch zunächst an die höheren Lehranstalten gedacht wurde, die sich bereits in einer wesentlich bedrängteren Position befanden, so mußte doch damit gerechnet werden, daß auch inbezug auf die Volksschule einschneidende Maßnahmen vorgenommen werden würden. Das Jahr 1870 brachte einen Personalwechsel bei zweien der für Estland maßgebendsten Regierungsorgane. Im Amte eines Generalgouverneurs wurde Albedinsky durch den Fürsten Bagration ersetzt, und in Estland verließ der Gouverneur Galkin seinen Posten, auf welchem ihm der Fürst Schachowsky-Glebow-Streschnew folgte. Letzterer machte bereits in seinem ersten Rechenschaftsbericht auf die Tatsache aufmerksam, daß in den Bauernschulen kein Unterricht im Russischen stattfindet, sowie daß die Lehrer diese Sprache meist auch gar nicht beherrschten. Da jedoch bei den Bauern der Wunsch, Russisch zu lernen, vorhanden sei, empfiehlt Schachowsky die Anlage eines Lehrerseminars mit russischer Unterrichtssprache in Estland; er meint, die Gemeinden würden die Absolventen eines solchen gerne als Dorfschullehrer anstellen, wodurch sie zu nützlichen Annäherern des Landes an Rußland werden würden. Bisher stünde die Schule unter starkem Einfluß der Ritterschaft, der jedoch von dieser keineswegs zu einer derartigen Annäherung ausgenutzt worden wäre. Die Schulen wären daher der Ritterschaft zu entziehen, und durch russischen Unterricht, speziell im Seminar, werde man die von Jahr zu Jahr ansteigende Germanisierungstendenz des Adels beseitigen. Als Beleg für den Drang der Bauern zu allem Russischen führt Schachowsky die Tatsache an, daß

⁵⁹⁾ ERA. A IV 91 Immediateingabe der Estl. Ritterschaft III. 1870.

27⁰⁰ der Schüler des neu eröffneten russischen Alexanderghymnasiums in Reval estnischer Nationalität seien. Im übrigen leugnet Schachowsky keineswegs die befriedigenden Fortschritte des Schulwesens, betont aber die unerwünschte Richtung desselben und stellt fest, daß statt russischen Unterrichts teilweise sogar Deutsch gelehrt werde ⁶⁰). Im nächsten Rechenschaftsbericht äußert er sich in noch bedeutend radikalerer Form: die Unterstellung des Schulwesens unter einheimische Autoritäten verstärke bedeutend den Geist provinzieller Exklusivität, was dem Erlernen des Russischen durch die Landbevölkerung entgegenwirke, obgleich diese die Notwendigkeit dazu immer mehr erkenne. Das einzige Mittel dagegen wäre die Unterstellung der Volksschulen unter das Ministerium für Volksaufklärung, wodurch aus diesen eine den Interessen des Staates mehr entsprechende Bildung hervorgehen würde ⁶¹). Als dieser Bericht dem Zaren vorgelegt wurde, schrieb dieser zum Vorschlag des Ressortwechsels: „сообразить“ — d. h. „ist in Erwägung zu ziehen“ hinzu, was Schachowsky durch den Innenminister konfidentiell mitgeteilt wurde ⁶²). — Diese Bemerkungen gelangten auch zur Kenntnis des Generalgouverneurs, worauf Fürst Bagration sich an Schachowsky mit der Anfrage wandte, worin sich die Notwendigkeit des Ressortwechsels speziell dokumentiert habe, und in welcher Form er einen solchen für durchführbar halte. Er erinnerte an Schachowskys Bericht von 1871, wonach die Esten Russisch lernen wollten, jedoch wachsenden Einflüssen der Germanisierung ausgesetzt seien, stellte aber gleichzeitig fest, daß an ihn bisher weder derartige Wunschäußerungen aus Estland gelangt seien, noch Nachrichten über die Einführung der deutschen Unterrichtssprache in Dorfschulen. Da also Bagration augenscheinlich gewisse Zweifel an der Stichhaltigkeit der von Schachowsky vorgebrachten Argumente und Materialien aufgestiegen sind, erbittet er ausführliche Unterlagen, die die Notwendigkeit der Reform belegen können ⁶³). Dieses nur zögernde Eingehen auf den Gedanken einer Schulreform im russischen Sinne erklärt sich fraglos damit, daß Bagration die mit derselben verbundenen Schwierigkeiten, speziell die materieller Natur, voll er-

⁶⁰) K. d. E. G. Alte Nr. 82/17. IV [1871] Rechenschaftsbericht des Gouv. Fürst Schachowsky.

⁶¹) dto. Alte Nr. 83/17. V [1868] Rechenschaftsbericht des Gouv. Fürst Schachowsky per 1872.

⁶²) dto. Lisch: Schulwesen. Alte Nr. 27 [1873] Min. d. Inneren an den Gouv. Fürst Schachowsky St. Petersburg 25. V. 1873 Nr. 430 [Konfidentiell].

⁶³) dto. Gen. Gouv. Fürst Bagration an den Gouv. Fürst Schachowsky. Riga 30. V. 1873 Nr. 109; — dieselben, Riga 8. VIII. 1873 Nr. 1498.

kannte und selbst nicht von deren Dringlichkeit überzeugt war. Zweifellos hatte der Ritterschaftshauptmann Baron Ungern recht, als er 1871... vor dem Landtag ausführte, der Gedanke der Einführung der russischen Sprache in den Volksschulen sei durch die Regierungskreise wohl vor allem wegen der schwierigen Ausführung verschoben worden⁶⁴⁾. — Die seiner Ansicht nach bestehende Notwendigkeit des Ressortwechsels begründete nun Schachowskoy mit einer ausführlichen Denkschrift. Einleitend brachte er eine Darstellung der Behandlung der Schulfrage in den estländischen Bauernverordnungen von 1816 und 1856, sowie der seit 1856 auf diesem Gebiet errungenen Erfolge. Zunächst würdigte er die positiven Seiten des bestehenden Zustandes, welche er in folgenden Umständen zu sehen glaubte: Das Schulwesen sei Adel und Geistlichkeit anvertraut, welche demselben wärmste Anteilnahme entgegenbrächten. 10% der gesamten bäuerlichen Bevölkerung besuchten die Schule, was eine durchaus hohe Frequenz bedeute. Der Schulzwang sei stellenweise bereits durchgeführt, wo das noch nicht der Fall sei, werde dieses keine weiteren Schwierigkeiten bieten. Dem stünden jedoch nach Schachowskoy wichtige Mängel entgegen: Dem Staat fehle jegliche Kontrolle über das Schulwesen, da dieses ausschließlich provinziellen Autoritäten anvertraut sei. Jeder Zweifel an der Ergebntheit der estländischen Ritterschaft dem Herrscherhause gegenüber sei zwar als Verleumdung abzulehnen, trotzdem könne sie jedoch auf dem Gebiet der Schule nicht solche Ziele verfolgen, welche den Vorteilen des Staates entsprächen. Die öffentliche Meinung Rußlands sei überzeugt davon, daß die baltische Volksschule ein Mittel der Germanisierung darstelle. Es wäre zwar verfrüht, diese Überzeugung als erwiesen zu nehmen. Aber faktisch übe die Geistlichkeit den stärksten Einfluß auf die Volksschule aus; bei ihrer Unkenntnis des Russischen müsse sie der deutschen Sprache den Vorzug geben und könne daher den Erfordernissen des Volkes nach Erlernung des Russischen nicht genügen, wonach aber das Bedürfnis der Esten wachse. Als Beleg weist Schachowskoy auf den Zustrom der Lutheraner zu orthodoxen Kirchenschulen hin (den er fraglos stark aufbauscht). Der Oberschulkommission macht er den Vorwurf, daß sie die laut Bauernverordnung von 1856 vorgesehenen Berichte kein einziges Mal vorgelegt habe. Auch habe die Ritterschaft nicht, wie ebendasselbst bestimmt war, ein endgültiges Schulregulativ vorgelegt, sondern dasselbe, das seinerzeit eingereicht worden war, zurückgezogen. Also tue

⁶⁴⁾ GMA. N. IV 96. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Ungern-Sternberg an den Landtag. 1871.

staatliche Aufsicht not, die eben fehle. Die Oberschulkommission wäre durch einen Deputierten des Ministers für Volksaufklärung zu ergänzen, der auch zwei Volksschulinspektoren zu ernennen hätte, so daß jede Volksschule einmal jährlich revidiert werden würde. Diese Inspektoren hätten auch zur Oberschulkommission zu gehören. So erweitert, hätte dieselbe dann in höchstens zwei Jahren ein neues Schulregulativ einzureichen. Durch diese Assessoren würde die Regierung den tatsächlichen Stand des Schulwesens in Erfahrung bringen und feststellen, welche Änderungen erforderlich seien. Das wäre auch der erste Schritt zum Ressortwechsel. Zu lösen wäre die Angelegenheit am einfachsten auf administrativem Wege durch Ernennung der Assessoren. Damit würde die Ritterschaft sich abfinden müssen, und wäre sie auch unzufrieden, so könnte sie dem doch keinen allzu deutlichen Ausdruck verleihen, da sie selbst 17 Jahre lang die Forderung des Gesetzes nicht erfüllt habe. Im übrigen bliebe der ritterschaftliche Einfluß auf die Volksschule bestehen, so daß keine Abkühlung des Interesses für dieselbe eintreten würde. Diese Denkschrift hat Schachowsky vor der Ritterschaft geheim zu halten. Abschriften derselben gingen auch dem Minister des Inneren und dem Minister für Volksaufklärung zu ⁶⁵⁾. Die von Bagration gewünschten Belege für die germanisierenden Tendenzen der Volksschule ist Schachowsky also schuldig geblieben, ebenso stellt er den Drang der Bauern nach russischem Unterricht nur in sehr allgemeiner Form dar. Einen schwachen Punkt berührt er jedoch mit der Erwähnung des Fehlens des gesetzlich vorgesehenen Schulregulativs. War auch die provisorische Regelung auf Grund des Verordnungsrechtes der Oberschulkommission durchaus legal, so war immerhin das Gesetz noch nicht erfüllt, was ein gewisses Fehlen von Stabilität in den Schulverhältnissen zur Folge hatte. Der provisorische Charakter des Regulativs hatte bereits wiederholt zu Schwierigkeiten geführt, deren Betrachtung zum Verständnis der Situation unerlässlich ist.

Bei ihren Maßnahmen hielt die Oberschulkommission, um nicht ihrerseits Anlaß zu Schwierigkeiten zu bieten, sich streng an den Rahmen des vorläufigen Regulativs. Das belegt deutlich folgender Fall: die Synode von 1869 hatte den Antrag gestellt, regelmäßige Schulrevisionsfahrten der Kreis-Schulräte (die ja nominell existierten) zusammen mit geistlichen Kreis-Schulrevidenten vorzunehmen. Daraufhin entschied jedoch die Oberschulkommission, das Institut des

⁶⁵⁾ St. d. G. B. Tijds: Schulwesen. Nte Nr. 27 [1873] Gouv. Fürst Schachowsky an den Gen. Gouv. Fürst Bagration. Reval 31. x. 1873 Nr. 47

Kreis-Schulrats sei in dem seinerzeit dem Innenminister vorgestellten Regulativentwurf nicht vorgesehen gewesen, deshalb halte sie es nicht für ratsam, ein solches nun auf eigene Initiative ins Leben zu rufen. Statt dessen wurde beschlossen, eine ausführlichere Berichterstattung des Kirchspielschulrevidenten an die Oberkirchenvorsteher anzuordnen, welcher ein festes Schema von Fragen zugrunde gelegt werden sollte⁶⁶). Auf diese Weise glaubte wohl die Oberschulkommission am besten die Legalität zu wahren, obgleich sachlich Kreis-Schulbehörden längst einem Bedürfnis entsprachen. — Aber auch bei Maßnahmen im Rahmen des Regulativs erwies es sich vielfach, daß die Autorität der Oberschulkommission den Gemeinden gegenüber zu schwach war. So hatte diese 1870 beschlossen, auf alle Gemeinden einen Druck auszuüben, welche noch nicht ihrer laut Bauernverordnung bestehenden Pflicht, Schulen anzulegen, nachgekommen waren⁶⁷).

In einer Reihe von Fällen gelang es der Oberschulkommission jedoch nicht ihren Willen durchzusetzen. So scheiterten z. B. im Kirchspiel Bönal alle Maßregeln, die unternommen wurden, um die Gemeinden zur Anlage der fehlenden Schulen zu veranlassen. In Erras zog der Gutzbefitzer seine Unterstützung an die Schule zurück, und diese sollte nun von der Gemeinde allein unterhalten werden. Der Gutsherr hatte angenommen, der Schulbesuch würde sich durch Übernahme der Kosten durch die Bauerngemeinde bessern, diese jedoch weigerte sich strikt, als einzige im Kirchspiel die Schule selbst zu erhalten und tat nichts für dieselbe, obgleich das Kirchspielsgericht gegen sie entschieden hatte. In unzähligen Fällen erwiesen sich die Gemeindevorstände als renitent, und die Folge war die Nichterrichtung oder Schließung einer Schule. In Luggenhufen weigerten sie sich, etwas für die Aufbesserung der Gehälter zu tun, und sorgten nicht für die Beheizung und Beleuchtung der Schule. In Reiniß dachten die völlig uninteressierten Gemeindeverwaltungen nicht daran, den Lehrer irgendwie zu stützen, sondern

⁶⁶) EM. A IV 84. Protokoll der Oberschulkommission 10. IX. 1869.

⁶⁷) Gleichzeitig wurde eine Liste der betreffenden Gemeinden aufgestellt. Es waren das in Harrien: Algas, Rumm, Zegelecht, Brangelsholm, Odentwald, Sellie, Redenpäh; in Wierland: Lagena, Solbina, Ek, Bühhajöggi, Raarmann, Errinal, Emmomäggi, Ladigfer, Moisama; in Jerwen: Korps, Reis, Silms; in der Wied: Rosental, Paenküll, Körventack, Moisama, Luist, Parmel, Ochtel, Orrenhof, Tackfer, Medid, Wiesenau, Rosenhof, Widbruck, Steffer, Al. Lechtigal und Groß Ruhde. Ebenso sollten wegen ungenügender Schullokale gegen 17 Gemeinden, meist in Harrien und Wierland, Schritte unternommen werden. (vgl. EM. A IV 91. Protokoll der Oberschulkommission 23. I. 1870.).

setzten der Schule offenen Widerstand entgegen; dagegen konnte der Pastor nur mit Ermahnungen wirken, jedoch nichts durchsetzen⁶⁸). In Kirna weigerte sich die Gemeinde, die geringe Pacht von zehn Rubeln für die Schulstelle zu zahlen, woraufhin die Schule geschlossen werden mußte⁶⁹). Ähnliche Fälle lassen sich in beliebiger Menge aufzählen. An manchen Orten mag zwar der Kirchspielschulkommission Energie und Geschick in ausreichendem Maße gefehlt haben, wie z. B. in Ampel, wo sie nicht ordnungsgemäß zu ihren Sitzungen einberufen wurde, woraus die Bauern schlossen, das Reglement brauche gar nicht eingehalten zu werden⁷⁰). Als dann aber der neue Schulrevident A. v. Rursell sehr energisch den Gemeinden gegenüber auftrat, fügten sie sich willig seinen Anordnungen⁷¹). Es kam also zuweilen darauf an, direkt einen Machtkampf mit den Gemeinden durchzuführen. Aber andererseits behielt die Gemeinde die Oberhand: so hatte der Ortspastor den Lehrer in Schloß Leal für total unfähig erklärt, der Gemeindeälteste aber stellte sich hinter diesen; in einer anderen Schule desselben Kirchspiels ignorierte der Lehrer die Absetzung durch den Pastor und ging nicht fort, wobei die Gemeinde ihn als ihren Schreiber hielt⁷²). In manchen Fällen ergaben sich Mißverständnisse über die Gültigkeit des Reglements, die vielfach gerade von bäuerlicher Seite angezweifelt wurde. So meldete der Töndensche Schulrevident R. v. Staal, die Gemeinde Terlep habe sich geweigert, die Anordnungen der Kirchspielschulkommission, den Bau eines Schulhauses betreffend, zu befolgen. Staal rief daher die Hilfe des Hafenrichters an, der jedoch nicht reagierte, so daß der Fall der Oberschulkommission unterbreitet wurde⁷³). Auch in St. Johannis in Terwen war durch den Kirchspielschulrevidenten die Unterstützung des Hafenrichters gegen einen renitenten Schulvorstand angerufen worden. Dieser griff jedoch nicht von sich aus ein, da er als Folge eine Beschwerde der betreffenden Bauerngemeinde bei der Gouvernementsregierung erwartete, sondern

⁶⁸) *GA* 176. Referat über die Schulberichte 1870; Bericht F. v. Gernet über Bönal. Zellenküll 1. IX. 1870; Bericht C. v. Löwis of Menar über Luggenhufen. *Maibel* 9. VI. 1870 Nr. 5. *GA* I 469/42. Oktoberberichte Luggenhufen u. Reiniß. 1869.

⁶⁹) *GA* I 469/44. Oktoberbericht Turgel. 1871.

⁷⁰) *GA* I 469/42. Oktoberbericht Ampel. 1869.

⁷¹) *GA* I 469/43. Oktoberbericht Ampel. 1870.

⁷²) *GA* I 469/42. Oktoberbericht Leal. 1869.

⁷³) *GA*. A IV 93. R. v. Staal an die Oberschulkommission. *Hähl* 18. v. 1871.

fragte beim Ritterschafthauptmann an, ob er berechtigt sei, auf Grund des provisorischen Reglements mit aller Strenge einzuschreiten, und ob die Gouvernementsregierung dieses im Falle einer Klage auch anerkennen würde⁷⁴). Der Ausschuß entschied daraufhin, daß auch das unbestätigte Reglement Rechtsgültigkeit habe, jedoch mußte eine solche Nachfrage allein schon stark verzögernd wirken⁷⁵). Die Ampelsche Kirchspielschulkommission empfand die Notwendigkeit, gegen einen Schulvorstand wegen Renitenz schärfer vorgehen zu können, und erbat daher eine Erweiterung ihrer Kompetenzen, und zwar durch das Recht, Glieder des Gemeindevorstandes sowie den Lehrer für Verschümnisse mit einer Pön belegen zu dürfen⁷⁶). Die Oberschulkommission erklärte sich jedoch hierfür für inkompetent und stellte fest, der Kirchspielschulrevident habe selbst genug Befugnisse⁷⁷). Überhaupt waren zunächst die bäuerlichen Schulvorstände der einzelnen Gemeinden meist in der Erfüllung ihrer Pflichten nachlässig. 1870 waren sie z. B. in der Wied nur in zwei Kirchspielen ihren Verpflichtungen in befriedigendem Maße nachgekommen, auch in mehreren wierländischen Kirchspielen hatten sie nichts getan⁷⁸). Mahnungen und Strafen halfen hier und da, aber an anderen Orten ging es nicht ohne hakenrichterliche Eingriffe ab⁷⁹).

Die größten Schwierigkeiten bot den Schulbehörden die Einführung des Schulzwanges und damit verbunden die Beitreibung der Pön. Möglich war diese natürlich nur dann, wenn auch die Gemeindebeamten sich völlig dahinter stellten. In den ersten Jahren klingen die Berichte über diesen Punkt sehr pessimistisch: in Torden ist der Schulbesuch höchst mangelhaft, keinerlei Liebe ist zur Sache vorhanden. In St. Jürgens bleibt er trotz wiederholter Vorstellungen, Ermahnungen und Drohungen schwach, und die Schulältesten kümmern sich um nichts⁸⁰). So ist 1873 in der Wied der Schulzwang nur an vereinzelt Orten wirklich durchgeführt⁸¹). Auch in Harrien wird zur gleichen Zeit der inbezug auf den Schulzwang erreichte Erfolg als sehr un-

⁷⁴) *EMA. A IV 94. P. Zoega v. Manteuffel an den Ritt. Optm. Baron Ungern-Sternberg. Wehmuth 9. VII. 1871.*

⁷⁵) *EMA. A IV 96. Ausschuß-Protokoll 4. IX. 1871.*

⁷⁶) *EMA. A IV 95. Ampelsche Kirchspielschulkommission an die Oberschulkommission. Roß 10. XI. 1871 Nr. 86.*

⁷⁷) *EMA. A IV 103. Protokoll der Oberschulkommission 13. III. 1872.*

⁷⁸) *EMA. 176. Referat über die Schulberichte. 1870.*

⁷⁹) *dto. Berichte Naßolm, Waiwara, St. Simonis; EMA. A IV 104. Jerswäcker Generalbericht 24. II. 1873.*

⁸⁰) *EMA. 176. Schulberichte St. Jürgens, Torden.*

⁸¹) *EMA. A IV 104. Wiedscher Generalbericht 8. III. 1873.*

wesentlich bezeichnet, namentlich weil viele Grundbesitzer ihn nicht als geistliches Prinzip anerkennen. Erst recht ungünstig mußte es natürlich wirken, wenn wie in St. Johannis in Harrien, die Kirchspielschulkommission nur in einem Teil der Schulen den Schulzwang anordnete ⁸²⁾). Die Oberschulkommission tat ihr möglichstes, um wirkliche Erfolge zu erreichen, so ordnete sie 1871 in einem Zirkulär an die Kirchspielschulkommissionen an, den Schulzwang strikt durchzuführen ⁸³⁾). Für den Schulzwang interessierte sich auch der Gouverneur Schachowsky und schlug vor, das Prinzip des obligatorischen Unterrichts durch eine Verordnung festzusetzen ⁸⁴⁾). Dieses hatte die Oberschulkommission allerdings durch Erlaß des Reglements bereits längst getan, worüber aber Schachowsky wahrscheinlich noch nicht orientiert war. Trotzdem gelangte Schachowskys Antrag vor den Landtag, der Verordnungen in diesem Sinne beschloß, speziell da die Ritterschaft bereits Schritte in derselben Richtung getan habe ⁸⁵⁾). Aber trotzdem lautete noch 1874 der Bericht aus vielen Kirchspielen ungünstig: in Worms, Pühhalp und Merjama war der Schulzwang noch nicht durchgeführt, in Rappel und Rötzel bestand er nur nominell, und in Regel war er nur angedroht. Eine Reihe weiterer Kirchspiele hatte ihn zwar als Prinzip angenommen, jedoch ließ die Konsequenz bei der Durchführung zu wünschen übrig. Dieses war in Rarusen, Luggenhufen, St. Matthäi, Haggerß, Rusal u. a. der Fall ⁸⁶⁾). Was die Pön anlangt, so wurde diese nur in Ausnahmefällen konsequent beigetrieben, teils weil die Gemeindebeamten dabei versagten, teils weil ihre Zahlung verweigert wurde. Dieser Punkt bereitete den Schulbehörden die größten Schwierigkeiten. Wo die Pön wirklich energisch beigetrieben wurde, wirkte sich das auf das Schulwesen sehr segensreich aus, so in Ampel, wo im Laufe eines Jahres ca. 100 Rbl. einfamen ⁸⁷⁾). In der Mehrzahl der Fälle erwies sich aber die Exekutive als zu schwach: so wurden in der Wied 1870 in Goldenbeck von 50 Rbl. Pön nur 4,90 Rbl., in Emmaß von 30,59 nur 10,05 beigetrieben. 1872 hatten nur drei Wiedsche Kirchspiele Pön einkassieren können ⁸⁸⁾). Beispiele ähnlicher Mißerfolge lassen sich in beliebiger Un-

⁸²⁾ dto. Harrißcher Generalbericht 22. VI. 1873.

⁸³⁾ ERM. A IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1871.

⁸⁴⁾ ERM. A IV 94. Gouv. Fürst Schachowsky an den Mitt. Öptm. Baron Rahndell. Rebal 14. XII. 1871 Nr. 2600.

⁸⁵⁾ ERM. A IV 96. Landtags-Protokoll 22. II. 1872.

⁸⁶⁾ ERM. I 469/47. Oktoberberichte der betr. Kirchspiele. 1874.

⁸⁷⁾ ERM. I 469/45. Oktoberbericht Ampel. 1872.

⁸⁸⁾ ERM. A IV 104. Wiedscher Generalbericht. 8. III. 1873; ERM. 176. Referat der Berichte 1870.

zahl vermehren. Auch kam es vor, daß die Pön soweit niedrig ange=
 setzt wurde, daß es für die Eltern rentabler erschien, diese zu zahlen
 und die Kinder zu Hause zu behalten, so in Turgel, wo die Pön nur
 1 Ropfen täglich betrug ⁸⁹⁾). Bereits 1871 waren mehrere Klagen von
 Bauern wegen angeblich rechtswidrig einkassierter Pön bei der Gouver=
 nementsregierung eingegangen, welche sie jedoch abwies und die Rechts=
 gültigkeit des Reglements nicht in Zweifel zog ⁹⁰⁾). Bezugnehmend da=
 rauf, daß derartige Zweifel bestanden, wurde den Hafenrichtern die
 strikte Erfüllung der Vorschriften über die Beitreibung vorgeschrie=
 ben ⁹¹⁾). Schachowskoy's Anfrage, auf welcher Basis eigentlich der Schul=
 zwang eingeführt werde, beantwortete der Ritterschaftshauptmann Baron
 Maydell mit dem Hinweis auf das Verordnungsrecht der Oberschul=
 kommission und die Bestimmungen des Regulativs von 1867 über die
 Schulpflicht und Pön, womit sich der Gouverneur zunächst auch zu=
 frieden gab ⁹²⁾). Aber bereits im nächsten Fall, wo eine Klagesache
 in Angelegenheiten der Pön an ihn gelangte, stellte Schachowskoy er=
 neut die Frage nach der Rechtsgrundlage: die Witwe Reitsak aus dem
 Gebiet Taps hatte sich darüber beschwert, daß eine ihr aus der Rentei
 überwiesene Unterstützungssumme zur Verfügung der Ampelschen Schul=
 kommission beschlagnahmt worden war, weil ihre Kinder die Schule nicht
 besucht hatten ⁹³⁾). Als nun Baron Maydell wieder auf die vorliegende
 Rechtslage hinwies, antwortete Schachowskoy, die Pön trage den Cha=
 rakter einer Strafe, solche dürften jedoch laut Strafgesetzbuch nur in
 genauer Grundlage der Gesetzesbestimmungen dekretiert werden. Daher
 solle die Oberschulkommission nicht pönen, bevor die Staatsregierung
 selbst das Prinzip des obligatorischen Unterrichts eingeführt und das
 Maß der Pön auf legislativem Wege bestimmt habe. Statt der Pön
 solle sie nach eigenem Ermessen andere Mittel zur Verbesserung der
 Schulen zur Anwendung bringen ⁹⁴⁾). Unschonend hat jedoch Schachow=

⁸⁹⁾ ЕММ I 469/46. Schulbericht Turgel. 1873.

⁹⁰⁾ ЕММ. А IV 96. Rechenschaftsbericht des Ritt. Gptm. Baron Ungern=Stern=
 berg an den Landtag. 1871.

⁹¹⁾ ЕММ. А IV 102. Reskript an die Hafenrichter. Reval 29. III. 1872
 Nr. 961 ff.

⁹²⁾ ЕММ. А IV 99. Gouv. Fürst Schachowskoy an den Ritt. Gptm. Baron
 Maydell. Reval 4. IV. 1872 Nr. 903; ЕММ. А IV 102. Antwort darauf. Reval
 22. IV. 1872 Nr. 1085.

⁹³⁾ ЕММ. А IV 100. Gouv. Fürst Schachowskoy an die Oberschulkommission.
 Reval 20. VII. 1872 Nr. 1604.

⁹⁴⁾ dto. Gouv. Fürst Schachowskoy an den Ritt. Gptm. Baron Maydell. Reval
 22. VIII. 1872 Nr. 1873.

ſion bald ſeine Anſich. geändert und die Rechtmäßigkeit der Pön doch anerkannt. Denn Baron Maydell berichtet zwei Jahre ſpäter, die Gubernementsregierung habe ſich in vorkommenden Fällen bereit gezeigt, auch ohne Beſtätigung des Reglements die Autorität der Oberſchulkommiſſion und der Kirchſpielsſchulrevidenten zu ſtützen⁹⁵⁾. So iſt die Beitreibung der Pön auch nach 1872 mit ſehr verſchiedenen Ergebniffen fortgeſetzt worden.

Zu einem ſchweren Konflikt kam es dabei im Kirchſpiel Rappel. Dieſes gehörte zu den Gegenden, die beſonders lange am Hausunterricht feſtgehalten hatten. Dort machte die Einführung von Schulzwang und Pön viel böſes Blut und erzielte zunächſt wenig Erfolg. Es verbreitete ſich in der Bauernſchaft dieſes Kirchſpiels das Gerücht, die Pön ſei unberechtigt; 1871 äußerte der Paſtor, unter dem Eindruck dieſer Umſtände ſehend, daß gegenwärtige Schulreglement ſei ein rechtes Danaergeſchenk, da es einen zu unſicheren Boden darſtelle und den Paſtor nur in ſchwierige Konflikte hineinziehe⁹⁶⁾. Auf den meiſten Gütern beteiligten ſich die Höfe nur wenig an der Gagierung des Lehrers, die Gemeinden beharrten in paſſivem Widerſtande, trieben die Pön nicht bei und verhielten ſich renitent gegenüber den Anordnungen der Kirchſpielsſchulkommiſſion⁹⁷⁾. Dieſe rief die Unterſtützung des Hafenrichters an, welcher eingriff und einen Teil der Zahlungen erzwang. Jedoch der Gemeindevorſtand von Raiküll reichte eine detaillierte Aufſtellung der Gründe der Verſäumniffe ein, meiſt: „peremees ei ole aega annud“ oder „ei ole riiet olnud“ und dergleichen (d. h. der Wirt hat keine Zeit dazu freigegeben, Kleider haben gefehlt u. ſ. w.). Gleichzeitig zeigte er an, die betreffenden Perſonen ſeien ſoweit arm, daß eine Beitreibung der Pön unmöglich ſei. Dieſes bezeichnete der Kirchſpielsſchulrevident als ſehr unglaublich und wandte ſich an die Oberſchulkommiſſion mit der Anfrage, waß zu tun ſei⁹⁸⁾. Daraufhin erhielt er den Beſcheid, die Baſis der Beitreibung ſei völlig geſchlich, und er könne ſich an die Polizeiinſtanzen wenden, d. h. nochmals den Hafenrichter in Anſpruch nehmen⁹⁹⁾. Als nun dieſer zum zweiten-

⁹⁵⁾ EM. A IV 114. Mitt. Optm. Baron Maydell an die Rappelſche Kirchſpielsſchulkommiſſion. Reval 25. IX. 1874 Nr. 557.

⁹⁶⁾ EM I 469/44. Oktoberbericht Rappel. 1871.

⁹⁷⁾ EM I 469/48. Schulbericht Rappel. 1875.

⁹⁸⁾ EM. A IV 112. B. v. z. Mühlen an die Oberſchulkommiſſion. Odentat 12. VIII. 1874.

⁹⁹⁾ EM. A IV 114. Mitt. Optm. Baron Maydell an die Rappelſche Kirchſpielsſchulkommiſſion. Reval 25. IX. 1874 Nr. 557.

mal gegen den Gemeindeältesten Tönnis Bert einschritt, wurde derselbe vor der Gouvernementsverwaltung klagbar. Es führte aus, er habe von ca. 100 Rbl. Pön nur 3,30 Rbl. beigetrieben, da das Gebiet sehr arm sei und der Grund der Versäumnis zum Teil in Krankheit bestanden habe. Daraufhin sei er vom Hafenrichter mit Arrest bestraft worden, und weiterer Arrest sei ihm angedroht worden, falls nicht die gesamte Pön in zwei Wochen beigetrieben sei. Nun erbat er den Schutz der Gouvernementsverwaltung, da ihm die Erfüllung dieses Befehles nicht möglich sei. Nachdem der Hafenrichter dazu seine Aussagen gemacht hatte, entschied die Gouvernementsverwaltung, es sei schwer anzunehmen, daß unter dem laut § 1280 der Bauernverordnung der Oberschulkommission zustehenden Verordnungsrecht auch das Recht des Pönens zu verstehen sei. Bevor der Generalgouverneur sich zur Frage der Pönzahlungen geäußert habe, könne die Gouvernementsverwaltung keine endgültige Entscheidung treffen¹⁰⁰⁾. — Unterdessen hatte ein interessanter Briefwechsel mit dem Fürsten Bagration stattgefunden, aus dem hervorgeht, daß Schachowsky seine Einstellung zur estländischen Volksschule grundlegend geändert hatte und nun, basierend auf einer größeren Kenntniß der Verhältnisse, eine bedeutend wohlwollendere Stellung einnahm. Gute persönliche Beziehungen zu Baron Maydell und die Tatsache, daß die Ritterschaft freiwillig den bäuerlichen Wünschen entgegenkam und in zahlreichen Schulen russischen Unterricht einführte, worüber später noch genauer zu berichten sein wird, bewirkten diese Umstellung. Ein fest umrissenes politisches Programm besaß Schachowsky nicht. Er war ein Grandseigneur, der Wert darauf legte, in ein gutes Verhältnis zur Ritterschaft zu gelangen und in das Korps derselben aufgenommen zu werden, was ihm ja auch gelungen ist¹⁰¹⁾. Bagration jedoch kannte Schachowskys früher geäußerte Ansichten. Auf Grund derselben, welche wir aus dem Bericht von 1872 kennen, hatte Schachowsky damals die Vornahme des Ressortwechsels anempfohlen. Nun hatte Bagration von den Maßnahmen der Ritterschaft zur Einführung des Schulzwanges erfahren und ebenso von der Erhebung der Pön. Einen Geist der Volksschulen voraussetzend, wie Schachowsky ihn skizziert hatte, stellte er sich auf den Standpunkt, der Schulzwang könne nur auf legislativem

¹⁰⁰⁾ EM. A IV 116. Kopie des Journals der Estl. Gouvernementsverwaltung. 31. XII. 1874 Nr. 648.

¹⁰¹⁾ Mitteilung Axel Baron Maydell. (Sohn des Mitt. Optm. Eduard Baron Maydell.)

Wege eingeführt werden und ordnete die Einstellung der Pönzahlungen bis zur Bestätigung des unterdessen eingereichten endgültigen Schulreglements an. Diese eigentlich nur für ihn bestimmte Verordnung teilte Schachowsky eigenmächtig Maydell mit und stellte sich hinter die Ritterschaft. Er antwortete Bagration, die Einstellung der Pön werde berechtigten Unwillen bei der Ritterschaft hervorrufen, was die guten gegenwärtigen Beziehungen der Administration zu ihr schädigen werde, und bat um Aufschub der Sistierung ¹⁰²⁾. Ja, Schachowsky übersandte nun fortlaufend Abschriften des Briefwechsels mit Bagration an Maydell und forderte ihn selbst auf, bis auf eine Mitteilung von seiner Seite die Durchführung der Vorschrift zu beanstanden ¹⁰³⁾. Bagration erging sich nun in Vorstellungen an Schachowsky, weil dieser seine Verordnung der Ritterschaft mitgeteilt hatte, und stellte fest, gute Beziehungen zu dieser seien zwar sehr wertvoll, aber die Administration habe auf die Erfüllung der Gesetze zu achten ¹⁰⁴⁾. Durch Schachowsky erhielt er jedoch einen von diesem veranlaßten Protest Maydells zugestellt, worin dieser seine Mitwirkung bei der Sistierung der Erhebung der Pön ablehnte. Maydell stellte fest, die Pön sei bereits vor einer Reihe von Jahren auf Grund des § 1280 der Bauernverordnung von der Oberschulkommission eingeführt worden, dadurch nähere man sich immer mehr dem Prinzip des allgemeinen Unterrichts, das im Lande steigende Anerkennung finde und das Landschulwesen sichtlich gehoben habe. So werde z. B. schon in 100 Schulen Russisch gelernt. Wenn nun diese eingewurzelte Maßregel vom Generalgouverneur aufgehoben werde, so sei dieses ein schwerer Schlag für die gestellten Ziele. Daher bezeichnet Maydell es als seine Pflicht, mit allen Mitteln die bestehende Ordnung zu verteidigen, und erklärt, er werde sich in keinem Falle zur Durchführung einer Verordnung hergeben, deren Gesetzmäßigkeit er nicht anerkennen könne ¹⁰⁵⁾. Diese scharfe Erklärung verfehlte nicht ihres Eindruckes auf Bagration, der nun äußerte, die Sache stelle sich anders dar, wenn, wie von Maydell dargestellt, diese Maßnahme bereits mehrere

¹⁰²⁾ ЕМЛ. X IV 113. Ген. Губ. Fürst Bagration an den Губ. Fürst Schachowsky. Riga 2. XII. 1874 Nr. 681. — ЕМЛ. X IV 112. Auszug aus dem Schreiben des Ген. Губ. Fürst Bagration an den Губ. Fürst Schachowsky. Riga 26. X. 1874 Nr. 572.

¹⁰³⁾ dto. Губ. Fürст Schachowsky an den Ритт. Гптм. Baron Maydell. Reval 6. XI. 1874 Nr. 2446.

¹⁰⁴⁾ ЕМЛ. X IV 113. Ген. Губ. Fürст Bagration an den Губ. Fürст Schachowsky. Riga 2. XII. 1874 Nr. 681.

¹⁰⁵⁾ ЕМЛ. X IV 114. Ритт. Гптм. Baron Maydell an den Губ. Fürст Schachowsky. Reval 8. XI. 1874 Nr. 662.

Sahre üblich sei und das eventuell sogar mit Einverständnis des Gouverneurs. Die Rechtsbasis des § 1280 bezeichnet er jedoch als unzureichend; nur die oberste Regierung könne darüber entscheiden, so daß er der Sache entsprechenden Verlauf geben werde ¹⁰⁶⁾. Schachowsky wiederholte seinerseits seine Auffassung in einer weiteren Denkschrift. Bagration habe sich auf den Bericht von 1872 berufen, jedoch seien trotz der kurzen Zeit entscheidende Veränderungen vor sich gegangen, da nun die Volksschule zum Werkzeug der Ausbreitung der russischen Sprache zu werden beginne. Daher sei dem Bericht von 1872 keine besondere Bedeutung mehr beizulegen. Der Schulzwang sei zweifellos der wichtigste Faktor der geistigen Entwicklung und des materiellen Aufstieges, die das Reich so brauche. Auch im Verhältnis zum sonstigen Europa seien der hohen Schulenzahl wegen die Bedingungen des Unterrichts in Estland besonders günstige ¹⁰⁷⁾. — Nun erkundigte sich Bagration noch nach dem Charakter und der Höhe der Pön und erhielt von Mahdell die entsprechenden Angaben, in denen erneut betont wurde, die Pön sei 1867 von der Oberschulkommission im Interesse des Schulwesens eingeführt worden und werde meist zur Anschaffung von Schulutenfilien verwandt ¹⁰⁸⁾. Die Frage der Pön fand schließlich keine besondere Entscheidung mehr, sondern wurde erst im Rahmen des endgültigen, am 25. IV 1875 bestätigten Schulreglements geklärt, wo im § 6 für illegale Schulverfümmis die Erhebung einer täglichen Pön von 1—10 Ropken vorgesehen war. — Gerade die Schwierigkeiten in bezug auf die Pön zeigen die Nachteile des provisorischen Reglements, die hier besonders herausgestellt worden sind. Trotzdem hat diese Regelung viele Fortschritte mit sich gebracht und das Schulwesen, soweit das in diesen Grenzen möglich war, gefördert. Es konnte sich hierbei jedoch nur um einen Übergangszustand handeln, der, wo sich die Möglichkeit dazu bot, beseitigt werden mußte. Dieser „Krieg mit Bagration“ wegen des Schulzwanges, wie der Ritterschaftshauptmann Baron Mahdell ihn nennt, hat in bedeutendem Maße dazu beigetragen, eine endgültige Regelung der gesetzlichen Grundlagen des Schulwesens herbeizuführen ¹⁰⁹⁾.

¹⁰⁶⁾ ERM. A IV 113. Gen. Gouv. Fürst Bagration an den Gouv. Fürst Schachowsky. Riga 2. XII. 1874 Nr. 681.

¹⁰⁷⁾ dto. Gouv. Fürst Schachowsky an den Gen. Gouv. Fürst Bagration. Reval 12. XII. 1874 Nr. 2860.

¹⁰⁸⁾ ERM. A IV 116. Wizegouv. Polowanow an den Mitt. Optm. Baron Mahdell. Reval 22. I. 1875 Nr. 179; ERM. A IV 120. Mitt. Optm. Baron Mahdell an den Gouv. Fürst Schachowsky. Reval 29. I. 1875 Nr. 35.

¹⁰⁹⁾ A. Baron E. Mahdell.

c. Die Tätigkeit der Oberschulkommission bis zum Schulgesetz von 1875.

Die wichtigste administrative Maßnahme der Oberschulkommission ist in dieser Zwischenzeit die Schaffung von Mittelinstanzen zwischen ihr und den Kirchspielschulkommissionen. Die Frage der Kreisschulräte war ja wiederholt diskutiert und zuletzt 1869 in einem negativen Sinne entschieden worden. Aber die Praxis ergab das Bedürfnis, einen engeren Kontakt zwischen der Oberschulkommission und den lokalen Schulbehörden herzustellen. Im Sommer 1872 befaßte sich die Synode mit dieser Frage und erkannte die Notwendigkeit von Bezirksschulkommissionen, und zwar als Kontrollorgane der Oberschulkommission und als ein Institut, das durch persönliche Einwirkung die Kirchspielschulkommissionen unterstützen sollte. Diese neuen Behörden sollten durch weltliche und geistliche Revidenten Schulrevisionen vornehmen und an Ort und Stelle Anordnungen zur Förderung des Schulwesens treffen. Der Generalsuperintendent Schulz übernahm es, bei der Oberschulkommission entsprechende Anträge einzubringen¹¹⁰⁾. Zum gleichen Ergebnis gelangte im Laufe ihrer Arbeiten eine im Nersischen Kreise zur Errichtung von Parochialschulen eingesetzte Kommission, die aus den Herren A. v. Kurfell-Roik, A. v. Baranoff-Allenküll und Chr. v. Brevern-Wao bestand. In einer Eingabe an Baron Maydell beantragte sie die Errichtung von Kreisschulkommissionen, welche die oberste Leitung der Parochialschulen übernehmen sollten. Ihnen sollte die Entscheidung von Klagesachen in Schulangelegenheiten obliegen, sowie die höhere Leitung der Schulen¹¹¹⁾. Unmittelbar nach Eingang der Proposition fand eine Sitzung der Oberschulkommission statt, auf welcher der Generalsuperintendent diese Frage aufrollte. Als Motivierung führte er aus, daß der Oberschulkommission ein rechtes Kontrollorgan für den Schulunterricht fehle und sie daher nicht in der Lage sei, den lokalen Schulbehörden die nötige Unterstützung zu gewähren. Deshalb proponierte er die Wahl je eines weltlichen und geistlichen Kreisschulrevidenten, welche den Oberkirchenvorsteherämtern beizuordnen wären. An diesen Antrag schloß sich eine lebhafte Aussprache, als deren Ergebnis die Oberschulkommission beschloß, von sich aus geeignete Persönlichkeiten zu weltlichen Kreisschulrevidenten zu wählen. Zusammen mit den von der Geistlichkeit zu

¹¹⁰⁾ *GM I* 536/13. Synodal Protokoll 23. VI. 1872.

¹¹¹⁾ *GM. A IV* 99. Nersische Kommission zur Gründung von Parochialschulen an den Mitt. Spm. Baron Maydell. Heval 24. VI. 1872.

wählenden geistlichen Schulrevidenten sollten sie die Kontrolle über das Schulwesen ausüben, bei Bedarf im Auftrage der Oberschulkommission Sitzungen der Kirchspielschulkommissionen einberufen und leiten. Zwei dieser Revidenten wurden gleich gewählt, und zwar Herr v. Baranoff-Allenfüll für Ierwen und Baron Maydell-Kirrimäggi für die Wied¹¹²⁾. Für Wierland wurde Graf Lütke-Uwandus mit diesem Amte betraut, für Harrien V. v. Baggohufwudt-Sack¹¹³⁾. Auf diese Weise war zwar formell keine neue Behörde geschaffen, da die Oberschulkommission das anscheinend auf Grund ihrer Kompetenzen nicht für möglich hielt, wohl aber war sie durch die vollzogene Erweiterung der Oberkirchenvorsteherämter nun praktisch vorhanden. Damit glaubte denn auch die Synode den Kern ihres Antrages getroffen zu sehen und beschloß, die Wahl der geistlichen Kreisschulrevidenten den einzelnen Kreissynoden zu überlassen¹¹⁴⁾. Wie aus den Akten der Folgezeit hervorgeht, fiel dieselbe u. a. auf die Pastoren Hoffmann-St. Marien-Magdalenen, L. Rinne-Hanehl und W. Kentmann-Rusal. Die beiden Revidenten jedes Kreises erstatteten jährlich auf Grund der Berichte der einzelnen Kirchspielschulrevidenten an die Oberschulkommission einen sogenannten Generalbericht über Stand und Fortschritte des Schulwesens in ihrem Amtsbezirk. Sehr bald erwies sich die große Nützlichkeit dieses neuen Instituts, da laut Bericht Baron Maydells die Oberschulkommission nur dank der Tätigkeit der Kreisschulrevidenten in der Lage war, den steigenden an sie gerichteten Ansprüchen zu genügen¹¹⁵⁾.

Eine weitere Maßnahme von größter Bedeutung, welche die Oberschulkommission vornahm, war die Einführung des russischen Unterrichts in zahlreichen Schulen. Damit, daß sie von selbst diesen Weg beschritt, entwand sie den Angriffen von Seiten der Staatsregierung und der russischen Presse eines ihrer Hauptargumente. Der Ritterschaftshauptmann Baron Ungern scheint hierzu allerdings noch eine ablehnende Einstellung gehabt zu haben. In seinem Landtagsbericht von 1871 führt er aus, Kirche und Schule seien sozusagen die Schlüssel der baltischen Provinzen, aber auch der Schwerpunkt ihrer Sonderindividualität. Daher könne gar nicht genug für das Schulwesen geschehen,

¹¹²⁾ *EMA. A IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 24. VI. 1872.*

¹¹³⁾ *EMA. A IV 104. Wierländischer Generalbericht 1872; EMA. A IV 105. Harrißer Generalbericht. 1872.*

¹¹⁴⁾ *EMA I 536/13. Synodal-Protokoll 24. VI. 1872.*

¹¹⁵⁾ *EMA. A IV 121. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Maydell an den Landtag. 1875.*

da alles Getane im eignen Interesse getan sei. Jedoch glaubt er, in einer Volksschule könnten wohl kaum mehrere Sprachen unterrichtet werden, und Esten, die höher hinaus wollten, würden das Russische schon in den Kreisschulen und Gymnasien erlernen ¹¹⁶⁾. So ist zu Amtszeiten Ungerns russischer Unterricht nur sehr vereinzelt eingeführt worden, und zwar wohl nur auf Initiative einzelner Gutbesitzer. Es gingen zwar Gerüchte, bereits 1871 sei auf Kirchenkonventen die Frage desselben zur Sprache gelangt, so daß sogar der Generalgouverneur sich danach erkundigte, etwas Sicheres ließ sich jedoch nicht feststellen ¹¹⁷⁾. Mit dem Amtsantritt des Ritterschafshauptmanns Baron Maydell-Pastfer änderte sich jedoch die Sachlage. Von diesem bezeugt der Gouverneur Schachowsky selbst, er verhalte sich sehr wohlwollend zur Frage der Einführung des Russischen in den Volksschulen, wozu wohl der Zustrom von Bauern nach russischen Schulen beigetragen habe. Die Esten nutzten jede Möglichkeit aus, Russisch zu lernen, da sich ja ganz Rußland ihnen auf diese Weise als Tätigkeitsfeld eröffne; dort könnten sie bei Beherrschen der Sprache einträglichen Erwerb finden ¹¹⁸⁾. Auch Maydell selbst bezeichnet die Einführung des Russischen, welches bisher nur in Ruda und in Parochialschulen obligatorisch gewesen war, als erfreulichen Fortschritt ¹¹⁹⁾. Die größte dabei zu überwindende Schwierigkeit war natürlich, daß die meisten Lehrer das Russische nicht beherrschten, besonders die älteren. Anders war das mit den Absolventen der letzten Jahrgänge von Ruda, da dort schon vor 1870 obligatorischer russischer Unterricht eingeführt worden war. Auch die Absolventen der livländischen Parochialschulen, welche als Lehrer tätig waren, mögen zum größten Teil das Russische beherrscht haben. Ferner war auch in den Parochialschulen Estlands das Russische obligatorisch geworden. Bereits die Synode von 1872 hatte sich damit befaßt, in einem Lehrplan den Unterrichtsstoff zwischen Dorf- und Parochialschulen zu teilen, und dabei für letztere das Russische, Lesen und Schreiben, ins Auge

¹¹⁶⁾ EM. A IV 96. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Ungern-Sternberg. 1871.

¹¹⁷⁾ St. d. G. G. Akte Nr. 248/20 [1868] Generalgouv. Fürst Wagrations an den Gouv. Fürst Schachowsky. Riga 30. IV. 1871 Nr. 386 u. Antwort desselben, d. d. Reval 6. V. 1871 Nr. 1109.

¹¹⁸⁾ St. d. G. G. Tisch: Schulwesen. Akte Nr. 27/1873. Gouv. Fürst Schachowsky an den Minister Tolstoy. Reval 23. X. 1874 Nr. 2286.

¹¹⁹⁾ EM. A IV 121. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Maydell an den Landtag. 1875.

gefaßt ¹²⁰⁾. Mit derselben Frage befaßte sich die Jerwische Kommission für Parochialschulgründungen, wo A. v. Kursell russischen Unterricht proponiert hatte, was von der Kommission auch gebilligt wurde ¹²¹⁾. Der Jerwische Kreistag überwies dann alle Vorschläge, die den Lehrplan betrafen, der Oberschulkommission ¹²²⁾. Die Oberschulkommission übergab nun die endgültige Ausarbeitung des Lehrprogramms dem Generalsuperintendenten Schulz, in dessen Entwurf auch das Russische enthalten war, das dann am 11. III. 1873 für die estländischen Parochialschulen als obligatorisch anerkannt wurde ¹²³⁾. — Eine bedeutend größere Anziehungskraft als bisher erhielt das Russische, als wirklich das 1874 eingeführte neue Wehrpflichtsgesetz Erleichterungen bei Kenntniß desselben für Nichtrussen vorsah. Von 1872 an nimmt die Zahl der Schulen, wo Russisch getrieben wird, schnell zu und beträgt 1873 bereits 41. In diesem Jahr berichtet Schachowsky in seinem Jahresrapport, Adel und Geistlichkeit versuchten, dem Bedürfnis nach russischem Unterricht nachzukommen, und dieser werde wahrscheinlich bald in Estland obligatorisch sein ¹²⁴⁾. Und tatsächlich stieg im Laufe von zwei Jahren, bis 1875, die Zahl der Russisch treibenden Schulen auf 103 ¹²⁵⁾. Der Generalgouverneur Fürst Bagration beförderte seinerseits diese Entwicklung; so wies er auf ein von der kurländischen Ritterschaft 1872 vorgestelltes Regulativ hin, wo das Russische nach Möglichkeit als Lehrfach vorgesehen war, und empfahl dieses auch für Estland ¹²⁶⁾. Im selben Jahre fanden zwischen Maydell und Bagration mündliche Verhandlungen statt, bei denen wohl ersterer die Befolgung dieser Anregungen zugesagt haben dürfte. Der Einfluß der Einführung des Russischen hat es wohl auch bewirkt, daß der beabsichtigte Ressortwechsel nicht vorgenommen wurde, und Schachowsky sich zu einer wohlwollenden Beurteilung der estländischen Volksschulen umstellte.

¹²⁰⁾ ERN I 536/13. Synodal-Protokoll 24. VI. 1872.

¹²¹⁾ ERN. A IV 99. Beschlüsse der Jerwischen Kommission zur Gründung von Parochialschulen 24. VI. 1872.

¹²²⁾ ERN. A IV 96. Protokoll des Jerwischen Kreistages 6. IX. 1872.

¹²³⁾ ERN. A IV 109. Protokolle der Oberschulkommission 1. III. 1873. u. 11. III. 1873.

¹²⁴⁾ R. d. E. G. Alte Nr. 84/17. VI. [1868] Jahresbericht des Gouv. Fürst Schachowsky per 1873.

¹²⁵⁾ ERN. A IV 121. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Maydell an den Landtag. 1875.

¹²⁶⁾ ERN. A IV 99. Gen. Gouv. Fürst Bagration an den Mitt. Optm. Baron Maydell. Riga 21. IV. 1872 Nr. 366.

d. Das endgültige Schulgesetz 1875

Eine Frage, derentwegen die Regierungsstellen wiederholt Anfragen stellten, war die Einreichung des endgültigen Schulregulativs. Dieses war 1867 zurückgezogen worden. Darauf griff der Generalgouverneur Fürst Bagation zurück und forderte Schachowsky 1872 auf, da er über eine erneute Durchsicht des Projekts nichts erfahren habe, Anordnungen zur schleunigen Beendigung der Bearbeitung zu treffen. Im selben Schreiben fügt Bagation hinzu, daß sich damit auch die Frage des Schulzwanges erledigen würde ¹²⁷⁾. Zur Wiederaufnahme der Angelegenheit hat die Tatsache beigetragen, daß Kurland, welches bisher noch kein Schulgesetz besaß, ein solches brauchte und Schritte einleitete, um ein Regulativ zu schaffen, sowie bestätigt zu erhalten ¹²⁸⁾. Diese Aufforderung gelangte vor dem ritterschaftlichen Ausschuß zur Verhandlung. Derselbe ließ sich in seiner Entscheidung jedenfalls von der Erwägung leiten, daß es unwahrscheinlich sei, eine Bestätigung in der Form des Regulativs zu erhalten wie die bestehende, und daß die Einreichung leicht zu unerwünschten Maßnahmen im Sinne einer Russifizierung führen könne. Daher wurde beschlossen, der Ritterschaftshauptmann solle dem Generalgouverneur vorstellen, daß das Schulwesen unter dem Einfluß der provisorischen Bestimmungen einen so guten Fortgang genommen habe, daß es der Ritterschaft nicht ratsam erscheine, dieselben einer Erörterung durch die gesetzgebenden Organe zu unterziehen. Denn durch eine solche könnte das Fortbestehen der bisherigen Bestimmungen über das Schulwesen in Frage gestellt werden ¹²⁹⁾. Daraufhin wandte sich Baron Maydell in einem offiziellen Privatbrief an Bagation, in welchem er offen die vorhandenen Befürchtungen zum Ausdruck brachte. Er führte aus, das Einreichen eines estländischen Reglements werde die bisherigen Grundlagen des Volksschulwesens in den höheren administrativen und legislativen Organen des Reiches zur Sprache bringen. Nun sei jedoch dem Vernehmen nach in Regierungskreisen ein gemeinsames Reglement für alle drei Provinzen in Aussicht genommen. Kurland habe bereits ein solches eingereicht, und in Livland sei es gleichfalls angefordert worden. Unter solchen Umständen werde es wohl kaum gelingen, das Wesen der bisherigen Einrichtungen zu retten. Jedoch könne eine

¹²⁷⁾ dto. Gen. Gouv. Fürst Bagation an den Gouv. Fürst Schachowsky. Riga 9. v. 1872 Nr. 461.

¹²⁸⁾ A. Baron E. Maydell: Notiz desselben.

¹²⁹⁾ RMA. A IV 103. Ausschuß-Protokoll 26. VI. 1872.

Beteiligung der Pastoren und Gutsbesitzer an der Schularbeit nur dann erhalten bleiben, wenn die Schulverwaltung lokalen Organen verbliebe. Diese Umstände sprechen Maydells Ansicht nach gegen ein gemeinsames Reglement, so daß es besser wäre, zuerst die Erfolge in Kurland abzuwarten¹³⁰⁾. Bald darauf kam es dann zu einer mündlichen Aussprache zwischen Maydell und Bagration, im Verlauf welcher letzterer in Gegenwart des Gouverneurs Schachowskoy auf dem Revaler Bahnhof die Zusage gab, die Vorstellung des Reglements könne zunächst unterbleiben¹³¹⁾. Hier handelt es sich augenscheinlich um einen persönlichen Erfolg Baron Maydells, dem es somit gelungen war, die Angelegenheit auf einen günstigeren Zeitpunkt zu verschieben. Aber bereits ein Jahr später fragte die Gubernementsregierung an, ob vielleicht unterdessen Beratungen über die Einreichung eines definitiven Schulreglements stattgefunden hätten¹³²⁾. Jedoch hatte bis dahin die ritterschaftliche Repräsentation keine Schritte in dieser Frage unternommen¹³³⁾. Bald darauf erfolgte die kaiserliche Verordnung, die den Adel Rußlands zur Teilnahme am Volksschulwesen berief und damit ein in den baltischen Provinzen längst gültiges Prinzip auch in ganz Rußland zur Anwendung brachte. Diesen Moment erachtete nun die ritterschaftliche Repräsentation für geeignet, um mit einem endgültigen Regulativ an die Staatsorgane heranzutreten¹³⁴⁾. Daraufhin leitete Baron Maydell mit letzteren Verhandlungen ein, welche in St. Petersburg stattfanden und uns nicht weiter bekannt sind. An diesen Verhandlungen ist jedenfalls auch Bagration beteiligt gewesen, mit dem anscheinend Baron Maydell eine gewisse Einigung erzielt hat, was die Grundzüge des einzureichenden Projektes anlangt. Die Tatsache dieser Verhandlungen bringt Maydell Schachowskoy zur Kenntnis und teilt mit, er werde ein von ihm entworfenes Projekt der ritterschaftlichen Repräsentation vorlegen und um die Vollmacht nachsuchen,

¹³⁰⁾ *EM. A* iv 102. Mitt. *Optm.* Baron Maydell an den Gen. Gouv. Fürst Bagration. Reval 30. vi. 1872 Nr. 1389.

¹³¹⁾ *dto.* derselbe an den Gouv. Fürst Schachowskoy. Reval 8. viii. 1872 Nr. 1550.

¹³²⁾ *EM. A* iv 107. Reg. Rat. Baron Krüdener an den Mitt. *Optm.* Baron Maydell. Reval 9. x. 1873 Nr. 2851.

¹³³⁾ *EM. A* iv. 108. Mitt. *Optm.* Baron Maydell an die Gouv. Regierung. Reval 16. x. 1873.

¹³⁴⁾ *EM. A* iv 121. Rechenschaftsbericht des Mitt. *Optm.* Baron Maydell an den Landtag. 1875.

daselbe zur Bestätigung vorstellen zu dürfen¹³⁵⁾. Fest steht hierbei jedenfalls, daß die Ritterschaft nicht allein die Initiative zur Vorstellung ergriff, sondern auch vonseiten der Staatsregierung dazu gedrängt wurde, was sich wohl vorwiegend bei den St. Petersburger Verhandlungen abgespielt haben dürfte¹³⁶⁾. Am 14. Februar 1874 referierte Baron Mahdell vor dem Ausschuß über die stattgehabten Verhandlungen und legte den von ihm ausgearbeiteten Reglement-Entwurf vor.

Im wesentlichen entsprach dieser dem bisherigen provisorischen Schulstatut, zeigte jedoch einige Abweichungen. Die Volksschulen wurden darin als unter Schutz und Leitung des Adels mit Beteiligung der Geistlichkeit stehend bezeichnet. Statt der bisherigen zwei Instanzen waren hier nun drei vorgesehen; nämlich entsprechend den Beschlüssen von 1872 waren auch die Kreisschulrevidenten aufgenommen worden, mit den diesen zugewiesenen Kompetenzen. Die Kirchspielschulkommission wurde durch einen seitens der Gemeindeältesten zu wählenden bauerlichen Assessor ergänzt; auch waren durch die Gemeindeausschüsse zu wählende Schülteste vorgesehen, die den Hausunterricht überwachen und den Lehrer unterstützen sollten. Eine weitere Neuerung war die Zuzählung der Kreisschulrevidenten zum Bestande der Oberschulkommission; ein ständiger Ausschuß derselben sollte die laufenden Geschäfte führen. Ferner waren die Schulpflicht für Kinder von 10—13 Jahren und die Erhebung der Pön von minime 1 Kop. pro illegal veräumten Schultag vorgesehen. Der Unterricht sollte vorzugsweise in den Wintermonaten stattfinden und in der Landessprache, d. h. estnisch, erteilt werden. Zum Lehrprogramm von 1867 war Geographie, speziell Heimatkunde, hinzugenommen worden, sowie Russisch nach Maßgabe der vorhandenen Lehrkräfte. Für die Parochialschulen sollten Geographie, Geschichte, Kirchengeschichte und Deutsch obligatorisch sein. Die Kompetenzen der bisherigen Schulbehörden waren die alten. So sollte die Kirchspielschulkommission die ihr vom Erhalter der Schule präsentierten Lehrer-Kandidaten bestätigen, alle Klagen über Lehrer untersuchen, ihnen Verweise erteilen oder sie absetzen. Die Oberschulkommission sollte auch künftig die Leitung und Überwachung des Schulwesens in der Hand haben und notwendige Instruktionen erlassen dürfen. Für die Lehrer waren die im neuen Wehrpflichtsgesetz fixierten Vergünstigungen vorgesehen. Dem Gouverneur wurde das Recht zugebilligt, von der Oberschulkommission Informationen über Schulangelegenheiten einzuziehen und sich unter Hinzuziehung eines Gliedes der Kirchspielschulkommission persönlich vom Zustande der Schulen zu überzeugen. Schließlich wurde ausdrücklich festgestellt, daß die estländischen Volksschulen dem Ministerium des Inneren unterstehen¹³⁷⁾.

¹³⁵⁾ *EMA. A IV 110.* Wizegoub. Polimanow an den Ritt. Optm. Baron Mahdell. Reval 16. I. 1874 Nr. 156; *EMA. A IV 114.* Antwort des Letzteren. Reval 4. II. 1874 Nr. 72.

¹³⁶⁾ *EMA. A IV 121.* Landtags-Protokoll 14. I. 1875.

¹³⁷⁾ *EMA. A IV 110.* Entwurf des Ritt. Optm. Baron Mahdell zu einer „Verordnung über die Organisation der Land-Volksschulen in Estland“ [1874.].

Diese Fassung wurde mit einigen Abweichungen vom Ausschuß angenommen und der Ritterschaftshauptmann ermächtigt, das Reglement dem Generalgouverneur zur Bestätigung vorzulegen¹³⁸⁾. Am 26. II 1874 wurde es von Maydell an Bagration abgefertigt¹³⁹⁾. Schachowsky wurde vom Inhalt nicht in Kenntnis gesetzt.

Nachträglich wurde zum Reglement von Graf Alexander Rehsferling eine Reihe von Anträgen gestellt, welche die Rechte der Bauerngemeinden in Angelegenheiten der Schulen erweitern sollten. So proponierte er gleich für den ersten Punkt die Fassung: Adel und Geistlichkeit haben das Recht der Teilnahme an Errichtung, Verwaltung und Erhaltung der Schulen; die Landgemeinden sind verpflichtet, Schulen anzulegen und Lehrer anzustellen. Alle von der Bauerngemeinde gegründeten und erhaltenen Schulen gehören zum Wirkungskreis des Gemeindeausschusses. Statt des von Maydell vorgeschlagenen einen bürgerlichen Assessors der Kirchspielschulkommission wollte er je einen pro Schulgemeinde des Kirchspiels abdelegieren. Ferner sollte der Gemeindeausschuß den Schulbesuch regeln, dafür allgemeine Vorschriften ausarbeiten und der Kirchspielschulkommission zur Bestätigung vorlegen. Ihm sollte das Recht zustehen, mit 1—5 Ropfen zu pönen, auch sollte er über die Legalität der Veräumnisse entscheiden. Einen „allgemeinen bürokratischen Schulzwang“ hielt Rehsferling für nachteilig und ungesetzlich und sprach sich für einen relativen Schulzwang bei Einverständnis der Gemeinden aus, von welchem er eine bessere moralische und intellektuelle Wirkung erwartete. Man sollte nicht ein umfassendes, Ausland selbst fremdes Prinzip, wie den Schulzwang, anwenden, durch solches könnte die Bestätigung nur erschwert werden¹⁴⁰⁾. Im ersten Teil enthält der Antrag zweifellos sehr beachtenswerte Gedanken. Eine Realisierung derselben konnte zu einem größeren Interesse der Bauernschaft führen und Angriffen, welche mit dem Argument des „aufoktroierten“ Schulwesens sowie mit einem einseitig auf religiöse Erziehung ausgerichteten Programm operierten, den Wind aus den Segeln nehmen. Eine Gefahr lag nur dann vor, wenn in den Kirchspielschulkommissionen uninteressierte und untätige Gemeindebelegierte ausschlaggebend werden sollten. Überaus raschend ist dagegen Rehsferlings Proposition gegen das Prinzip des Schulzwanges, wobei für ihn nicht nur taktische Erwägungen maßgebend gewesen zu sein scheinen. Rehsferling hatte sich allerdings schon früher gegen eine grundsätzliche Fixierung der Einzelheiten des Volksschulwesens ausgesprochen; so äußert er 1855: „Ich glaube also, in den Volksschulen enthalte man sich aller Theorie und sehe zu in Concreto, was mit den gegebenen Mitteln zu erreichen ist, beschränke den Unterricht auf das, was die Lehrer tüchtig verstehen, und greife ein, wo es gilt, ein konstatiertes Übel abzuschaffen“ Ihm schwebte jedoch keineswegs vor, durch diese Regelung nach lokalen Umständen die Bildung des Volkes herabzudrücken. Im Gegenteil — im selben Brief äußert er: „Warum sollen Bauern nicht Deutsch, Russisch oder Latein

¹³⁸⁾ *СМН. А* IV 115. Ausschuß-Protokoll 14. II. 1874.

¹³⁹⁾ *СМН. А* IV 114. Ritt. Optm. Baron Maydell an den Gen. Gouv. Fürst Bagration. Rebal 26. II. 1874 Nr. 124.

¹⁴⁰⁾ *СМН. А* IV 113. Antrag Graf Rehsferling zum Schulreglement. Undatiert.

lernen?“¹⁴¹⁾. Nun hatten sich aber gerade im Kappelschen Kirchspiel, wo Kehlerlings Gut Raiküll lag, bei der Durchführung des Schulzwanges die größten Schwierigkeiten ergeben. Diese mögen Kehlerling zu solch einer Stellungnahme betogen haben. Kehlerling bezweckte also eine Zurückziehung des Reglements und Umarbeitung desselben im Sinne seiner Anträge. Der Ausschuß nahm dazu jedoch ablehnend Stellung und erklärte es für inopportun, einen derartigen Schritt zu unternehmen, wo das Reglement seit fast einem Jahr eingereicht war¹⁴²⁾. Kehlerling hat sich damit aber nicht zufrieden gegeben, sondern sich noch mit einer Reihe von Propositionen im Januar 1875 an den Landtag gewandt. So wünschte er in § 1 des Entwurfes Bestimmungen über die Organe der Schulverwaltung innerhalb der einzelnen Güter aufzunehmen und dabei auch die Mitwirkung des Gutsbesizers, soweit er Kostenträger der Volksschule war, zu berücksichtigen. Ferner proponierte er die Herstellung einer lebendigen Verbindung zwischen den Kirchspielschulkommissionen und den Organen der bauerlichen Schulgemeinden, worunter er wohl bauerliche Assessoren verstand, jedoch nicht ausdrücklich nannte; schließlich Anpassung des Schulzwanges an die lokalen Verhältnisse, Begrenzung der Pön und genauere Bestimmungen darüber, wer sie zu zahlen und beizutreiben habe, sowie eine nähere Fixierung legaler Versäumnisse. Aber auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung. Der Landtag pflichtete dem Sentiment der Kreisdeputierten bei, wonach die Oberschulkommission auf Grund des § 1280 des Bauerngesetzbuches zur Ausführung des Schulgesetzes genügend Modalitäten besitze. In jedem Falle wäre es falsch, das Gesetz, zu dessen Bestätigung gegenwärtig gute Chancen vorhanden seien, zurückzuziehen; weit eher könne man später Abänderungen vorschlagen. Auf dieses Sentiment hin zog Graf Kehlerling seinen Antrag mit dem Bemerken zurück, er habe sich nur verpflichtet gefühlt, der Vervollkommnung bedürftige Punkte des Reglements auf diese Weise hervorzuheben¹⁴³⁾.

Dem Reglemententwurf wurden diesmal wesentlich weniger Hindernisse in den Weg gelegt. Bagration hatte eine Abschrift Schachowsky zugestellt und diesen um seine Meinungsäußerung gebeten. Daraufhin beriet die estländische Gouvernementsverwaltung den Entwurf und stellte fest, die meisten Punkte sollten bei der Bestätigung keine Schwierigkeiten machen. Nur wünschte sie außer einer Minimalpön auch eine Maximalpön fixiert zu sehen und beanstandete die Bestimmungen über die Vergünstigungen der Lehrer lt. § 53 des Wehrpflichtreglements (da der russische Unterricht nur in Seminaren und Parochialschulen vorgesehen sei)¹⁴⁴⁾. Diesem letzteren Punkt legte auch die Ritterschaft

¹⁴¹⁾ Freifrau Helene Taube v. d. Yffen, Graf Alexander Kehlerling. I: Graf A. Kehlerling an Graf Ed. Kehlerling. 28. III. 1855.

¹⁴²⁾ EML. A IV 115. Ausschuß-Protokoll 2. XII. 1874.

¹⁴³⁾ EML. A IV 116. Graf A. Kehlerling an den Ritt. Optm. Baron Mahdell. Reval 13. I. 1875; EML. A IV 121. Landtags-Protokoll 14. I. 1875.

¹⁴⁴⁾ EML. A IV 116. Gen. Gouv. Fürst Bagration an den Gouv. Fürst Schachowsky. Riga 16. XII. 1874 Nr. 705, sowie Antwort darauf, d. d. Reval 8. I. 1875 Nr. 33.

große Aufmerksamkeit bei. Es handelte sich darum, daß für Absolventen dem Ministerium für Volksaufklärung unterstehender Seminare eine Verkürzung der aktiven Dienstzeit vorgesehen war¹⁴⁵⁾. Das Rudaſche Seminar unterstand jedoch der Oberschulkommission und somit dem Ministerium des Inneren. Daher konnte das Wehrpflichtsreglement so interpretiert werden, als seien die estländischen Seminaristen dieser Vergünstigung nicht teilhaftig. Ebenso lag es in bezug auf den Aufschub von der Militärpflicht bis zur Beendigung des Kurses in Ruda. Im Laufe in St. Petersburg stattgehabter Verhandlungen gelang es jedoch Mahdell, die Zusage zu erwirken, das Reglement würde im von Estland gewünschten Sinne interpretiert werden¹⁴⁶⁾. Dieses gelang ihm dank der Unterstützung des Ministers für Volksaufklärung Tolstoy, mit welchem er gemeinsam in der Wehrpflichtskommission des Reichsrats die Gleichstellung der Absolventen der estländischen und Kronseminare durchsetzte. Die estländischen Lehrer waren bisher von der Rekrutierung frei gewesen, nun gelang es Mahdell, diese Ausnahmestellung auch bei der allgemeinen Wehrpflicht zu sichern¹⁴⁷⁾. Über die Verhandlungen im Ostseekomitee, die sich gleichzeitig auf Estland und Kurland bezogen, sind wir ungewöhnlich gut informiert, dank dem Vorhandensein eines genauen Berichtes von der Hand Baron Mahdells, der sich im Nachlaß desselben befindet. Die größten Schwierigkeiten machten dabei persönliche Gegensätze mehrerer Glieder des Ostseekomitees. Fürsprecher des Gesetzes waren der ehemalige Generalgouverneur Schuwalow und der Innenminister Timaſchew, welche jedoch in schlechten Beziehungen zu einander standen. Schwierigkeiten bereitete dagegen Tolstoy und zunächst auch der Generalgouverneur Bagration. Aus unklaren Gründen (laut Mahdells Ansicht trug eine Versäumnis des Kanzleidirektors v. Tiedöhl die Schuld) war der Entwurf sehr ver- später dem Vorsitzenden des Ostseekomitees, General v. Grünwaldt, und den übrigen Gliedern zugestellt worden. Timaſchew hatte ihn sich noch speziell ausgeben, jedoch Tolstoy und mehrere andere Glieder wollten ihn nicht lesen. Verstimmung erregte auch die Tatsache des Erscheinens Schuwalows auf der Sitzung: dieser hatte bereits seinen Botschafterposten in London angetreten, befand sich aber noch in St. Petersburg

¹⁴⁵⁾ Полное собрание законовъ XLIX — 1. § 52983. Wehrpflichtsreglement § 53, u. Anlage § 56.

¹⁴⁶⁾ ГИМ. № IV 121. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Mahdell an den Landtag. 1875.

¹⁴⁷⁾ Freh pg. 24.

und erklärte, als ehemaliger Generalgouverneur noch Mitglied des Ostseekomitees zu sein. So herrschte denn zu Beginn der Sitzung am 2. IV 1875, an welcher außer den bereits genannten Personen noch Sumorow, Walujew, Potapow und die Vertreter der drei Provinzen teilnahmen, eine schwüle Atmosphäre. Gleich zu Beginn erklärte Simaschew, die Schulsache könne eben nicht beraten werden, da sie allen Herrn zu fremd sei, unter diesen Umständen, und da auch er selbst noch zu wenig im Bilde sei, könne er sie dem Zaren nicht unterbreiten, speziell da die Frage des obligatorischen Unterrichts und der Sortierung noch nicht endgültig entschieden sei. Simaschew proponierte, unter dem Vorsitz Bagration's eine Kommission zur Bearbeitung des Projektes zu bilden und später eine neue Sitzung abzuhalten. Dagegen wandte Schumalow ein, es trete bei Einschlagen dieses Weges nur eine ungünstige Verzögerung ein, er müsse selbst St. Petersburg verlassen und wolle bei der endgültigen Entscheidung anwesend sein. Bagration jedoch erklärte, die Statuten erst am Tage vorher erhalten zu haben und sie zu wenig zu kennen, um bereits jetzt über sie zu urteilen. Der als Sachverständige hinzugezogene Tolstoj antwortete, dem Vorsitzenden Grünewaldt um seine Meinung befragt, er kenne weder die Statuten, noch die Provinzen, habe aber das fernere Bestehen der Sortierung der Schulen unter das Innenministerium, die Simaschew gefordert hätte, bereits zugesagt. Für die sofortige Erledigung trat noch Potapow ein, obgleich er die Statuten nicht näher kannte; seiner Ansicht nach schienen dieselben das Bestehende zum Gesetz zu erheben und das Bestehende sei gut. Trotzdem konnte jedoch wegen der herrschenden Unorientiertheit nichts beschlossen werden, und Grünewaldt entschuldigte sich bei den Gliedern des Komitees für die späte Zustellung des Materials. So wurde die endgültige Entscheidung auf den 11. IV vertagt, bis zu welchem Termin die Glieder sich in den Stoff einarbeiten sollten, und die Sitzung, die mit erregten Gruppenbildungen begonnen hatte, in einer wesentlich friedlicheren Stimmung geschlossen. Ein unerwünschtes Ergebnis war nur eine gewisse Verstimmung des vorher wohlwollenden Simaschew, welcher fälschlicher Weise annahm, Mahdell und der Landesbevollmächtigte Graf Rehsjerling hätten seinen Gegner Schumalow zur Hilfe geholt, um ihn als einflußreichen Mann dem Ostseekomitee gegenüber ins Feld zu führen. Die beiden Landesvertreter hatten in dieser Zwischenzeit die schwierige Aufgabe, sich mit diesen verschiedenen maßgebenden, aber auseinanderstrebenden Faktoren über das Statut zu einigen. Gegen den Rat Tiedeböhl's begaben sie sich bereits am nächsten Tage zu Bagration, um mit diesem eine Verständ-

digung zu erzielen. Hier stießen sie auf keine wesentlichen Widerstände: in achtfündiger Arbeit nahmen sie eine Verschmelzung des estländischen und kurländischen Statuts vor, wobei Estland keinerlei wesentliche Einbußen zu verzeichnen hatte; der Generalgouverneur interessierte sich vorwiegend für die redaktionelle Seite und machte keine sachlichen Einwände. Eine bedeutende Komplikation trat jedoch ein, als kurz nachher die Landesvertreter von Bagration zu einer Beratung mit Timašew und Tolstoj eingeladen wurden. Diese beiden waren scharfe Gegner Schuwalows, der die festeste Stütze der Landesvertreter im Ostseekomitee war und es übelnehmen mußte, wenn die Einigung unter Ausschaltung seiner Person erfolgte. Schließlich jedoch entschlossen sie sich, der Aufforderung Folge zu leisten. Es kam nun zu einer langen und schwierigen Aussprache. Tolstoj stellte verschiedene Forderungen, die von Maydell und Rehserling abgelehnt wurden; um jeden einzelnen Punkt wurde geradezu gehandelt. In den meisten Punkten gelang es ihnen jedoch, Tolstoj zum Nachgeben zu bewegen. Die größten Schwierigkeiten machte dieser mit seinen Forderungen nach zwei Regierungsvertretern in der Oberschulkommission und einer staatlichen Zensur der Schulbücher, ließ aber schließlich von diesen Punkten ab. Fest blieb er jedoch bei der Frist von fünf Jahren, in welcher der russische Unterricht in allen Schulen als obligatorisch einzuführen war, und im Recht der Gouvernementsregierung, durch ihre Beamten Schulrevisionen vornehmen zu lassen. Schweren Herzens mußten schließlich Maydell und Rehserling diese Konzession machen, da die beiden Minister nur unter diesen Umständen bereit waren, das Gesetz im Reichsrat zu vertreten, sowie die erwähnten Rechte der Lehrer und Seminaristen zuzubilligen. Auf dieser Basis erfolgte schließlich die Einigung; noch in derselben Nacht nahmen Maydell, Rehserling und Bagration gemeinsam die Ausarbeitung der endgültigen Fassung vor. Dieses Übereinkommen rief allerdings eine Verstimmung Schuwalows hervor, die jedoch in Kauf genommen werden mußte. Am nächsten Tage beging Rehserling einen Mißgriff, indem er nachträglich bei Timašew eine Detailforderung über gewisse Klagenrechte der obersten Schulbehörde beim Minister des Inneren stellte. Er drang damit aber nicht durch. Sichtlich verärgert erklärte Timašew, nicht die geringsten Konzessionen machen zu wollen, man habe sein Ministerium nur deshalb so lieb, weil es keine Eingriffe in die baltische Sonderwelt vornehme, die Schulen möchten dann doch Tolstoj unterstellt werden! Eine Schädigung des späteren Verlaufes hat jedoch dieses Intermezzo nicht hervorgerufen, denn am 11. IV. nahm das Ostseekomitee das Gesetz an. Schuwalow setzte nur noch für die Pastoren

Recht durch, in andersgläubigen Schulen lutherische Kinder in der Religion zu examinieren ¹⁴⁸⁾).

Die Fassung des Ostseekomitees fand dann am 25. IV 1875 die Genehmigung des Zaren, und zwar für Estland und Kurland. Dabei es, zu seiner Zeit würden mit den Landesvertretungen und der ischen Oberverwaltung Beziehungen aufgenommen werden zwecks affung eines für alle drei Provinzen gemeinsamen Gesetzes ¹⁴⁹⁾. ses Statut, das bis zum Ressortwechsel 1875 die Grundlage der indischen Volksschulen gebildet hat, zerfällt in zwei Teile und betrifft Bauernschulen und die Seminare.

Eingangs wird festgestellt, daß die Bauernschulen den Zweck verfolgten unter der Bevölkerung Religiosität, Wissen und nützliche Kenntnisse zu verbreiten, sowie daß sie dem Innenminister unterstehen. Der Hausunterricht dagegen liegt der Aufsicht des Ortspredigers, der Kirchenvormünder und Schulkältesten. Volksschulen zerfallen in Gemeinde- und Parochialschulen. Auf erngemeinden von 300—1000 Seelen entfällt mindestens eine Gemeindeschule, von der Gemeinde unterhalten werden muß, wenn das nicht durch den Gutsher oder ein Legat geschieht. Zum Schulbau gibt das Gut Land und das notwendige Holz, die Anfuhr und Bauarbeit ist Sorge der Gemeinde. In diesem Punkt also eine Abweichung vom Entwurf vor, die dem Gutbesitzer materielle Lasten auf der Schule auferlegt, welche allerdings nicht sehr bedeutend sind. Vereinigung kleiner Gemeinden zu Schulbezirken partizipieren die Höfe proportionaler an der Materiallieferung. Der Schulbesuch ist für Bauernkinder von 7—13 Jahren obligatorisch, und zwar drei Winter hinter einander vom 15. IX. — IV. Für illegale Veräumnis wird von den Eltern eine tägliche Bön von 1—10 Rbl. erhoben. Jährlich finden im Beisein der Kirchspielschulkommission Prüfungen statt. Der Schulunterricht im Winter ist kostenlos; für Unterricht im Sommer erhebt die Kirchspielschulkommission ein Schulgeld. Bei triftigen Gründen dispensieren die Kirchspielschulkommission vom Schulbesuch. Die Beschaffung von Bekleidung und Lehrmitteln für die Schulkinder ist Sorge der Eltern und Väter, in Fällen völliger Armut springt die Gemeinde ein. Die Ein- und Absetzung der Lehrer ist Sache der Kreisschulkommission, wobei die Oberschulkommission das Vorschlagsrecht hat. Bei der Lehrerbewahl hat der Erhalter der Schule ein Präsenzsrecht. Die Lehrer haben 6 Stunden täglich außer dem freien Sonntagsnachmittag zu unterrichten und Arbeiten und Führung der Schüler zu beaufsichtigen. Bei Gemeinden von mindestens 500 Seelen beträgt das Lehrergehalt bei freier Stellung mindestens 100 Rbl. jährlich in bar oder Land. Für jede 100 Seelen erhöht sich das Gehalt um 10 Rbl. Lehrgegenstände der Gemeindeschulen: Religion — speziell die fünf Hauptstücke und biblische Geschichte, Estland, Arithmetik, Elementarkenntnisse in Geographie und Geschichte, Chorgesang, speziell von Chorälen, und endlich nach Maßgabe der vorhandenen Lehrmittel

¹⁴⁸⁾ A. Baron E. Maybell. Niederschrift IV. 1875.

¹⁴⁹⁾ ЕМВ. А IV 121. Ausschuss-Protokoll 27. IV. 1875. — Den Text vgl. мое собрание законовъ II. Bd. L. 1875 Nr. 54623.

Russisch, jedoch so, daß der Unterricht in 5 Jahren überall eingeführt ist. Hier liegt wohl der Hauptunterschied zum Entwurf. Geographie wurde, wie wir später sehen werden, bereits früher hier und da unterrichtet, aber die Oberschulkommission hatte obligatorischen russischen Unterricht nicht vorgesehen. — Die P a r o c h i a l s c h u l e n, für die sonst dieselben Regeln gelten, unterrichten in Religion, Estnisch, Russisch, Geschichte, Geographie und Gesang in einem entsprechend erweiterten Umfange. — Für die Schulbehörden war der vorgeschlagene dreistufige Aufbau beibehalten worden. Die K i r c h s p i e l s c h u l k o m m i s s i o n als niederste Instanz besteht aus dem Ortsprediger, einem Kirchenvorsteher, Kirchspielschulrevidenten und einem Gemeindeältesten. Sie kontrolliert den regelmäßigen Schulbesuch, setzt die Disziplinarordnung in den Schulen durch, verwaltet die Schulkasse und berichtigt an die Kreisschulkommission. In ihrer Arbeit wird sie von den in jeder Gemeinde zu wählenden Schulältesten unterstützt, die dem Lehrer eine Stütze sein und mit den Vormündern den Hausunterricht beaufsichtigen sollen. Die K r e i s s c h u l k o m m i s s i o n besteht aus dem Kreisschulrevidenten, der von der Oberschulkommission gewählt wird, zwei von der Kreisversammlung zu wählenden Kirchenvorstehern, einem vom Konsistorium ernannten geistlichen Assessor und zwei bürgerlichen Kirchspielsgerichts-Assessoren, die von der Gesamtheit derselben im Kirchspiel gewählt werden. In dieser Zusammenfassung liegt wieder ein bedeutender Unterschied zur ritterschaftlichen Vorlage. Einestheils tritt hier eine formelle Behörde an die Stelle der Kreis-Schulrevidenten, andererseits kommt die bürgerliche Beteiligung hinzu. Fraglos bedeutet diese Regelung im Vergleich zum Status quo eine Verbesserung. Als Kompetenzen der Kreisschulkommission ist die Vornahme von Revisionen vorgesehen, ferner die Sorge für Neugründungen und Verbesserungen der Schulen, für die Ausführung der Verfügungen der Oberschulkommission, Erteilung von Instruktionen über die innere Einrichtung und Verwaltung der Schulen, also ein wesentlich weiteres Tätigkeitsfeld, als das den Kreisschulrevidenten zugewiesene. Die O b e r s c h u l k o m m i s s i o n, deren Kompetenzen als oberste Schulbehörde unverändert sind, besteht aus dem Ritterschaftshauptmann als Präses, den vier Oberkirchenvorstehern, ihren weltlichen Assessoren, dem Kurator der Seminare, dem Generalsuperintendenten und schließlich kommt nun ein vom Innenminister ernannter Regierungsvertreter hinzu. Zwei Sessionen in vollem Bestande sind jährlich vorgesehen, sonst können Sitzungen nach Bedarf stattfinden, nur gehört die Anwesenheit des Präses, eines weltlichen und des geistlichen Gliedes sowie des Regierungsvertreters zum Quorum.

Im Seminarstatut sind die Seminare Ruda und das kürzlich errichtete, noch zu behandelnde in Paschlep genannt, die von der Ritterschaft unterhalten werden und Anwärtern auf den Lehrerberuf die pädagogische Vorbildung erteilen. Der Kursus ist dreijährig und zerfällt in drei Klassen. Sie unterstehen der Oberschulkommission, einer speziellen von der Ritterschaft gewählten Verwaltung und Direktoren. Die Böglinge müssen mindestens 16 Jahre alt sein; unterrichtet werden sie in Religion, Grundzügen der Pädagogik, Estnisch, Russisch, Deutsch — auch in der Grammatik dieser Sprachen, Arithmetik, den Anfangsgründen von Geometrie und Algebra, Lineargeichnen, russischer und etwas allgemeiner Geschichte, Geographie, speziell Rußlands, Elementarkenntnissen der Naturgeschichte, Kalligraphie, Gesang, Orgelspiel, Turnen und etwas Agronomie. Eine genaue Instruktion für den Lehrbetrieb erteilt die Oberschulkommission; sie stellt auch die Lehrprogramme zusammen, die von dem Innenministerium bestätigt werden. Hier liegen weniger Änderungen

des Herkommens vor als bei den Bestimmungen über die Gemeindefchulen, nur das Lehrprogramm hat eine Erweiterung erfahren.

Wenn auch die Ritterschaft manche Bestimmungen als unangenehm empfand, wie den obligatorischen russischen Unterricht, den Regierungsvertreter in der Oberschulkommission und die Pflicht zur unentgeltlichen Anweisung von Terrain und Material zum Schulbau¹⁵⁰⁾, so konnte sie doch mit den erzielten Ergebnissen zufrieden sein. Wesentlich waren die Mängel nicht, dafür war es aber gelungen, den bisherigen Charakter der Volksschule und ihrer Verwaltung zu bewahren und ihm obrigkeitliche Sanktion zu verschaffen. Von Baron Mandell wurde die Durchsetzung des Prinzips des Schulzwanges als besonders wichtige Errungenschaft bezeichnet. Im Vergleich zum eingereichten Entwurf ist die bestätigte Fassung sehr viel detaillierter und breiter, in den Details sind aber vorwiegend bestehende Verhältnisse fixiert worden. Von größter prinzipieller Bedeutung ist auch die Tatsache, daß die Bauern nun nicht nur an den Schulbehörden der einzelnen Gemeinden beteiligt sind, sondern auch bei den höheren Instanzen zu kollegialer Zusammenarbeit herangezogen werden, nur an der Zusammensetzung der Oberschulkommission sind sie nicht beteiligt. Es erhoben sich jedoch auch Stimmen, die den hiermit der Bauernschaft eingeräumten Grad der Beteiligung für zu gering an sahen. Ähnlich wie Graf Rehslering äußerte sich Baron Bernhard Uexküll-Fidell und stellte fest, den Grundbesitzern (d. h. bäuerlichen) und Gemeinden seien zu wenig Rechte gegeben worden. Im gleichen Atemzuge erklärt allerdings auch er den Schulzwang für einen nicht besonders glücklichen Gedanken, da er anregende Gedanken und frisches Leben lahm lege¹⁵¹⁾. Zahlenmäßig überwiegt in den verschiedenen Schulbehörden das weltliche Element bei weitem. Jedoch haben die Pastoren praktisch in denselben immer ein besonders starkes Gewicht besessen. Allein ihre ungemein weitgehende Lokalkenntnis und Kenntnis der bäuerlichen Mentalität machte es natürlich, daß etwaige Bedürfnisse oder Mängel des Schulwesens an sie in erster Linie herantraten¹⁵²⁾. So fällt es z. B. auf, eine wie rege Mitarbeit in der Oberschulkom-

¹⁵⁰⁾ *GA. A* IV 139. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Mandell an den Landtag 1878.

¹⁵¹⁾ Baron Bernhard Uexküll, *Erörterung einiger Grundzüge estländisch-baltischer Agrarentwicklung während der letzten Jahrzehnten* — in „Baltische Monatschrift“ Bd. 27. 1880. pg. 158.

¹⁵²⁾ Vgl. F. Gebhardt, *Zur Durchführung des Schulzwanges in Estland*. — in „Baltische Monatschrift“ Bd. 27. 1880. pg. 614.

mission der Generalsuperintendent Schulz entfaltet hat. Und in vielen Fragen, wie z. B. auf dem ganzen Gebiet der Lehrmittel oder der inneren Einrichtung der Schulen, pädagogischen Anweisungen für die Lehrer und dergleichen waren die Pastoren tatsächlich die allein maßgebenden Faktoren in der Schulverwaltung und blieben es auch. Die Externa der Schulen dagegen lagen naturgemäß den Kenntnissen und Erfahrungen des Adels näher. Diese beiden Komponenten ergänzten sich in der Zusammenarbeit auf das beste.

Nachdem die Schulverwaltung diese gesetzliche Anerkennung gefunden hatte, schritt die Oberschulkommission zur Anlage eines eigenen Archivs. Ihre Protokolle, die bisher innerhalb der übrigen Protokolle der Ritterschaft geführt worden waren, werden nunmehr apart ausgezeichnet und auch die übrigen Akten von denen der Ritterschaft separiert¹⁵³⁾.

Als Vertreter der Staatsregierung in der Oberschulkommission wurde von Poliwanow, welcher Ende des Jahres 1875 dem Fürsten Schachowskij im Amte des Gouverneurs folgte, der Staatsrat v. Nottbeck in Vorschlag gebracht und daraufhin vom Innenminister ernannt¹⁵⁴⁾.

e. Die Blütezeit der Volksschule

I. Seminarzustände.

Das Bauerngesetz von 1856 hatte die Errichtung von zwei Seminaren in Estland vorgeschrieben. Wenn auch das Rudaſche Seminar nun quasi ein Doppelseminar darstellte, so war doch dem Buchstaben des Gesetzes damit nicht Genüge geschehen. Hier wurde, wie bereits kurz bemerkt, in den siebziger Jahren Abhilfe geschaffen.

Anlaß zur zweiten Seminarerrichtung boten die schwierigen Verhältnisse der estländischen Schweden, welche das Kirchspiel Worms, einen Teil des Kirchspiels Nuckö und einige weitere kleinere Inseln bewohnten. Die Lesefertigkeit war bei diesen schon lange verbreitet. In Nuckö hatten ja besonders zahlreiche Sonntagschulen gewirkt, und nachher waren auch Schulgründungen erfolgt; Worms hielt lange am Hausunterricht ohne Schulen fest. Nun sprachen jedoch die

¹⁵³⁾ A. d. O. Sch. R. Prot.-Buch. I. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1875.

¹⁵⁴⁾ R. d. G. (9. Afte Nr. 439 1/25 [1868] Gouv. Poliwanow an den Gen. Gouv. Fürst Wagrath. Rebal 12. XI. 1875 Nr. 2103, u. Antwort darauf, St. Petersburg 3. XII. 1875 Nr. 717

estländischen Schweden einen von der Sprache der Reichsschweden abweichenden Dialekt, in welchem viele Worte der Schriftsprache gar nicht vorkamen und unbekannt waren. Die Folge war, daß sie vielfach die Schriftsprache schwedischer Volksbücher und auch der Bibel nicht verstanden, sondern völlig mechanisch lasen, ohne den Inhalt des Gelesenen voll zu begreifen. Diese Umstände bildeten ein bedeutendes Hinderniß beim bildungsmäßigen Aufstieg der Schweden und erschwerten die Tätigkeit der Volksschulen. Vor allem bestand ein Mangel an ausgebildeten schwedischen Lehrern. Denn die bisher angestellten Absolventen von Ruda waren weder in der Lage, das Verständnis der hochschwedischen Schriftsprache zu vermitteln, noch beherrschten sie selbst diese genügend. Zeitweilig scheint der Plan bestanden zu haben, auf Unterricht in schwedischer Sprache überhaupt zu verzichten, doch ist er bald verworfen worden. Alle diese Schwierigkeiten bildeten seinerzeit die Ursache zum behandelten Protest der Rußischen Eingepfarrten gegen die finanzielle Heranziehung zum Unterhalt der geplanten estnischen Musterparochialschule in Berghof. Die Abhülfe erfolgte auch nicht aus dem Lande selbst, sondern die Initiative wurde von Schweden aus ergriffen. Zwei schwedische Edelleute, Herr v. Essen und Baron Hjerta, der Redakteur der Zeitung „Wäktaren“, welchen diese Situation bekannt war, wandten sich an die Gesellschaft der Schwedischen Brüdergemeinde für innere und äußere Mission und ersuchten sie um Beihülfe aus ihrer Stiftung (evangelische fosterlands stiftelse). Hier fanden die Bildungsnöte der Estlandschweden warmes Verständnis, und es wurden für diesen Zweck Mittel in der beträchtlichen Höhe von 4500 Rixsdaler angeboten. Ferner hatten die beiden Herren die Entsendung von zwei Lehrern nach Estland angeregt. Auch diesem Wunsch leistete die Missionsgesellschaft Folge und sandte, zunächst auf drei Jahre, zwei von ihr selbst gagierte Lehrer nach Estland; von diesen sollte der eine die Schweden unterrichten, der andere die Heranbildung von schwedischen Dorfschullehrern übernehmen¹⁵⁵). Der eine Lehrer, Johann Oesterblom, begab sich nach Worms, wo um 1873 eine einklassige Kirchenschule gegründet und durch der Kirche gehörige Legate unterhalten wurde¹⁵⁶). Gerade hier entsprach eine Schule einem besonders dringenden Bedürfnis, da bisher Pastor Nordgren die Funk-

¹⁵⁵) Propst W. Girgensohn, Ein schwedisches Schullehrer-Seminar und die evangelische fosterlands stiftelse. [Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Kirche in Rußland. Bd. 29. 1873. pg. 551 ff.].

¹⁵⁶) R. d. G. G. Afte Nr. 439 1/25. [1868] Staatsrat v. Rottbed an den Gouv. Polowanow. Reval 16. iv. 1876.

tionen eines Schulmeisters hatte erfüllen müssen und ein brauchbares Schullokal überhaupt fehlte¹⁵⁷). Für die Schule interessierte sich ganz besonders der zum Kirchspielschulrevidenten gewählte einzige deutsche Eingepfarrte, Baron Stadelberg. So beschaffte er in Schweden verschiedene Lehrmittel und zwei Orgeln und bemühte sich noch darum, dieselben zollfrei einführen zu dürfen, was ihm auch bewilligt wurde¹⁵⁸). — Der zweite Schwede, Constantin Thoren, sollte die Leitung des Seminars übernehmen. Die Kosten seiner Besoldung in der Höhe von 400 Rbl. jährlich übernahm die Missionsgesellschaft, verlangte jedoch von den estländischen schwedischen Gemeinden die Anweisung einer passenden Wohnung für ihn und eines Lokals für das Seminar. Um nun die nötigen Mittel zu beschaffen, wurden unter den Schweden Aufrufe erlassen und Spenden eingesammelt. Die schwedische Bevölkerung war jedoch arm und nicht in der Lage, die erforderlichen Summen allein aufzubringen. Deshalb wurde von ihrer Seite der Kirchenvorsteher A. Baron Rosen-Lückholm veranlaßt, um eine ritterschaftliche Subvention nachzusuchen. Daraufhin erbat Baron Rosen einen Zuschuß von 150 Rbl. jährlich¹⁵⁹). Zu diesem Gesuch nahm der Ausschuß durchaus wohlwollend Stellung und bewilligte zunächst bis zum nächsten Landtage die erbetenen Zuschüsse¹⁶⁰). Nun waren so viel Mittel zusammen, daß an die Eröffnung eines Seminars geschritten werden konnte. An allen Vorarbeiten beteiligte sich auf das regeste der Pastor zu Nuckö, Propst W. Girgensohn, der auch die Direktion der Anstalt übernahm. Als Seminarlokal wurde ein Gebäude auf dem Gute Paschlep vom Besitzer, Herrn v. Knorring, gemietet. Aus allen Kirchspielen mit schwedischer Bevölkerung meldeten sich Zöglinge, so daß die Tätigkeit am 28. Oktober 1873 mit 10 Schülern eröffnet werden konnte. Der Unterricht erfolgte im Schwedischen und bestand in Lesen, Schreiben, Religion, Arithmetik, Turnen, Gesang, Geschichte, Geographie, Estnisch und Russisch. Da Thoren die beiden letzten Fächer nicht beherrschte, wurde für dieselben ein Hilfslehrer angestellt, der Absolvent der Hapsaler Kreisschule Westersten¹⁶¹). Bald nach Eröffnung der Anstalt beschloß der Landtag auf Bitte von Pastor Girgensohn die

¹⁵⁷) ERM. A IV 104. Wiedscher Generalbericht 8. III. 1873 Nr. 21.

¹⁵⁸) R. d. E. G. Afte Nr. 439. II/24. [1878]. Baron Stadelberg an den Gouv. Poliwanoiw. Magnusshof 18. XI. 1877. Nr. 23.

¹⁵⁹) Vgl. Anm. 155—156; auch ERM. A IV 105. Baron A. Rosen an den Ritt. Optm. Baron Maydell. Lückholm 1. IX. 1873.

¹⁶⁰) ERM. A IV 109. Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1873.

¹⁶¹) Vgl. Anm. 155—156.

Errichtung von zwei ritterschaftlichen Freistellen am Seminar und bewilligte dafür die Summe von 100 Rbl. im Jahr. Die beiden Subventionen wurden dann 1875 auch weiter auf ein Triennium bewilligt, da Propst Girgensohn mitteilte, ohne sie könne das Seminar nicht bestehen¹⁶²⁾.

Aber den inneren Lehrbetrieb in Paschlep sind wir verhältnismäßig schlecht orientiert. Es scheint ziemlich unabhängig von den Schulbehörden des Landes gearbeitet zu haben, hat z. B. nicht wie Ruda regelmäßige Berichte an die Ritterschaft abgegeben. Die Aufsicht über das Seminar lag in der Hand Girgensohns, dem 1876 von der Oberschulkommission der Auftrag erteilt wurde, die Zöglinge zu examinieren und ihnen die Abgangsattestate auszureichen¹⁶³⁾. Anfang des Jahres 1878 befanden sich unter den 12 Zöglingen auch 5 Esten. Schwierigkeiten machte die Unterbringung, da das Gut Paschlep unterdessen in den Besitz eines Herrn Frischmann übergegangen war, welcher die Miete für das genutzte Gebäude, eine ehemalige Gutsherberge, fortwährend steigerte, so daß sie schließlich 300 Rbl. jährlich betrug. Trotzdem aber mußte auf die Steigerung von 100 Rbl. jährlich eingegangen werden, da andere brauchbare Räume in der Gegend nicht verfügbar waren. Dabei drohte Frischmann wiederholt mit der Kündigung. Daher tauchte bereits 1877 der Gedanke an einen Neubau auf und Girgensohn leitete Bemühungen ein, um einen ritterschaftlichen Kredit von 2000—3000 Rbl. dazu zu erhalten. Er betonte, daß Paschlep durchaus in der Lage wäre, Lehrer für estnische Schulen auszubilden, da dort auch Estnisch getrieben würde; der deutsche Unterricht war zunächst, da Thorén das Deutsche nicht beherrschte, fortgefallen. Tatsächlich waren auch damals bereits einige Absolventen in den Kirchspielen Rõthel und Leal als Lehrer angestellt worden. Auch beabsichtigte Girgensohn, die Anstalt zur Heranbildung von Rüstern zu erweitern, speziell auf dem Gebiete der Seelsorge, damit sie als Laiengehülphen den Pastoren zur Seite stehen könnten¹⁶⁴⁾. Jedoch wurde der Plan eines neuen Seminargebäudes zunächst aufgegeben, eine Einigung mit Frischmann erzielt und beschlossen, das bisherige Lokal auszubauen. Zu diesem Zweck suchten Girgensohn und Baron Rosen um

¹⁶²⁾ ENA. A IV 109. Landtags-Protokoll 11. XII. 1873; ENA. A IV 116. Propst Girgensohn an den Landtag. Rudsö 21. I. 1875 Nr. 11; ENA. A IV 120. Ritt. Optm. Baron Mahdell an Propst Girgensohn. Reval 30. I. 1875 Nr. 53.

¹⁶³⁾ A. d. O. Sch. R. Prot.-Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 18. XII. 1876.

¹⁶⁴⁾ ENA. A IV 131. Propst Girgensohn an den Ritt. Optm. Baron Mahdell. Rudsö 20. XII. 1877 Nr. 130; ENA. A IV 134. derselbe an Baron Rosen-Lückholm. Rudsö [II. 1878].

eine Erhöhung der ritterschaftlichen Subvention auf 500 Rbl. nach. Auf dem Landtag befürwortete Baron Stadelberg-Worms die Subvention warm und machte auf die Erfolge des Seminars aufmerksam, speziell auch was die merkliche Besserung der bisher diebischen und trunksüchtigen schwedischen Bevölkerung anlangt. Die Erteilung der gewünschten Subvention wurde darauf vom Landtag einstimmig beschlossen¹⁶⁵⁾.

In den folgenden Jahren ergaben sich im Seminar wichtige Veränderungen. Zunächst wandelte sich der Bestand der Zöglinge, der bisher vorwiegend aus Schweden bestanden hatte. Jedoch im 1880 eingetretenen Coetus befanden sich nur noch drei Schweden, die übrigen waren sämtlich Esten. Daher wurde zunächst der schwedische Unterricht fallen gelassen und seit 1880 nur noch in deutscher und estnischer Sprache unterrichtet. Dann zeigte sich, daß Thorén und der Worms'sche Lehrer Oesterblom methodistisch-schwärmerische Tendenzen unter der schwedischen Bevölkerung verbreiteten, welche vom Standpunkt der lutherischen Kirche Bedenken erregten, obgleich die Besserung des Lebenswandels der Bauern unverkennbar war. Derartige Neigungen griffen auch auf mehrere Lehrer in der Wieck über, welche nun geistliche Reden haltend umherzuziehen begannen, wobei die Hörer ihre religiöse Ergriffenheit zu ekstatischen Verzückungen steigerten¹⁶⁶⁾. Daher bemühte sich Girgensohn, bei der Missionsgesellschaft die Abberufung Oesterbloms durchzusetzen, was aber nicht gelang, da, wie er angibt, die Gesellschaft selbst ähnliche separatistische Ziele verfolgte. Wohl aber wurde Thorén 1881 verjagt, jedoch aus einem anderen Grunde: wegen Kränklichkeit sollte er einen Posten in einem südlicher gelegenen Lande einnehmen. Dadurch wurde das Fortbestehen des Seminars in Frage gestellt, denn Thorén wurde von der Missionsgesellschaft gagiert; da jedoch damals kein Unterricht im Schwedischen stattfand, konnte auch Girgensohn keinen neuen Lehrer von der Missionsgesellschaft erbitten. Die vorhandenen Mittel, die an Ort und Stelle aufgetrieben resp. von der Ritterschaft zugeschoffen wurden, reichten zur Anstellung eines neuen Lehrers nicht aus. Andererseits war eine Auflösung 1881 nicht möglich, da erst vor einem Jahr ein Coetus von 11 Seminaristen eingetreten war und der Kontrakt mit Herrn Frischmann wegen des Seminarlokals noch drei Jahre lief. Außerdem wies Girgensohn, als er diese Umstände dem Ritterschaftshauptmann Graf Reh binder unterbreitete, darauf hin, daß

¹⁶⁵⁾ CMA. A IV 134. Propst Girgensohn an den Ritt. Optm. Baron Mahdell. Rückö 8. I. 1878 Nr. 8; CMA. A IV 139. Landtags-Protokoll 14. III. 1878.

¹⁶⁶⁾ Vgl. Joh. Dunkel, Waimu tuul eht ärkamise algus 1877 Läänemaal.

mit der Schließung des Seminars jede Möglichkeit schwinde, für die zehn schwedischen Volksschulen Estlands geeignete seminaristisch gebildete Lehrer zu erhalten. Deshalb erbat er eine Erhöhung der Subvention, zum mindesten bis zum Ablauf des Pachtkontraktes¹⁶⁷⁾. Die Frage, was nun mit Paschlep zu geschehen habe, wurde daraufhin der Oberschulkommission übergeben, welche ein Gutachten abgab. Sie schloß sich Girgensohns Auffassung an, daß es ungeeignet sei, aus Stockholm einen neuen Lehrer zu erbitten. Da nun laut Bauernverordnung die Ritterschaft zum Unterhalt zweier Seminare verpflichtet, Paschlep jedoch als zweites Seminar in das Schulreglement aufgenommen sei und als solches in den dem Ministerium unterbreiteten Vorschlägen figuriere, solle es weiter bestehen bleiben. Die Oberschulkommission proponierte zunächst auf 1½ Jahre 200 Rbl. jährlich zu bewilligen, wonach Girgensohn neue Vorschläge über die Weiterführung des Seminars machen möge¹⁶⁸⁾. Dieser Vorschlag fand die Genehmigung des Ausschusses¹⁶⁹⁾. Das Seminar arbeitete also bis 1882 wie früher weiter. Aber auch bei der erhöhten ritterschaftlichen Subvention erwies sich die Fortführung im bisherigen Bestande als unmöglich. Daher richtete Girgensohn an den Ausschuß Vorschläge darüber, wie er sich die Arbeit in Paschlep für die Zukunft dachte. Er stellte fest, daß ein Bestand von einem Lehrer und 5—6 Zöglingen der Nachfrage genügen werde. Das Lokal in Paschlep wollte er aufgeben und ein neues Gebäude auf dem Grunde des Pastorats errichten. Dabei gedachte er auch den Rüster zu Seminarunterricht heranzuziehen und die bei diesem befindliche Gemeindeschule für praktische Übungen der Seminaristen auszunutzen. Die Unkosten berechnete Girgensohn mit 2000 Rbl. Um diese Summe zusammenzubringen, schlug er vor, zu Weihnachten 1882 die Anstalt in Paschlep zu schließen. Jedoch sollte die Ritterschaft ihre Subventionen weiter zahlen, welche nun für den Neubau verwandt werden sollten. Ferner dachte er an eine Anleihe von 1000 Rbl. aus der Ritterkasse, die aus Ersparnissen späterer Subventionen und des Schulgeldes zurückgezahlt werden sollte¹⁷⁰⁾.

¹⁶⁷⁾ Mitteilungen und Nachrichten 1880 pg. 428 ff.; *EMN.* N IV 152. Propst Girgensohn an den Mitt. Spdm. Graf Rehlinger. Rudö 1. I. 1881 Nr. 4 u. 12. I. 1881.

¹⁶⁸⁾ *EMN.* N IV 153. Oberschulkommission an den Ausschuß. Reval 14. v. 1881 Nr. 7.

¹⁶⁹⁾ *EMN.* N IV 157. Ausschuß-Protokoll 15. v. 1881.

¹⁷⁰⁾ *EMN.* N IV 160. Propst Girgensohn an den Ausschuß. Rudö 1. IX. 1882 Nr. 78.

Der Ausschuß beschloß zunächst, nähere Daten einzuziehen und speziell die Frage zu klären, ob der Rudsöfche Konvent auch das Land für den Bau hergeben werde¹⁷¹⁾. Darüber berichtet der Kreisdeputierte F. v. Gernet-Riwidepäh. Seiner Darstellung nach verhielt sich der Konvent ziemlich lau zur Angelegenheit des Baues, der Schwierigkeiten der Mittelbeschaffung wegen. Zur Abtretung des Pastoratslandes war er bereit. Die Notwendigkeit des Seminars wurde jedoch von fast allen Eingepfarrten anerkannt¹⁷²⁾. Auf Grund dieses Berichts entschied der Ausschuß, die Anstalt auf zwei Jahre zu schließen, die Subvention von 700 Rbl. jährlich weiterzuzahlen, einen Kredit von 1000 Rbl. zu gewähren und den Neubau errichten zu lassen¹⁷³⁾. Somit stellte Paschlep nach neunjähriger Tätigkeit seine Arbeit ein. Die Absolventen hatten naturgemäß meist ihre Anstellungen in den schwedischen Gemeinden der Wied oder solchen mit schwedischen Einschlägen in Harrien gefunden. 1883 finden wir Zöglinge von Paschlep in Ruckholm, zwei in Rickholz, Bissholm, Paschlep, sowie in Worms — Ryrkslät und Swiby; in Harrien in Wichterpal, Neme und Rogö. Aber auch in rein estnischen Schulen haben mehrere Absolventen Paschleps gearbeitet, so in Sinnalep, Wenden, Riwidepäh und Neuenhof-Wilksilby¹⁷⁴⁾. Im übrigen scheint eine größere Anzahl von Absolventen andere Berufe ergriffen zu haben. Für die Hebung der Kultur der Estlandschweden sind die Verdienste dieses Seminars zweifellos sehr bedeutende.

Bald nachdem der Lehrbetrieb in Paschlep eingestellt worden war, wurde bei der Kirche mit dem Neubau begonnen. Bis zum Herbst 1884 war er bis auf die Befleidung der Wände sowie die Fußböden fertiggestellt, womit die zur Verfügung stehenden Geldmittel allerdings fast völlig aufgebraucht waren, so daß Propst Girgensohn um eine ergänzende ritterschaftliche Subvention nachsuchte¹⁷⁵⁾. Der Kreisdeputierte v. Gernet befürwortete dieselbe und erlangte vom Ausschuß eine Extrazahlung für Auslagen sowie einen weiteren Kredit von 1050 Rbl. zur Vervollendung des Baues. Zum Herbst 1886 war die Wiedereröffnung vorgesehen¹⁷⁶⁾. Als Leiter war der ehemalige Hülfslehrer Westersten ins

¹⁷¹⁾ ERM. A IV 163. Ausschuß-Protokoll 8. IX. 1882.

¹⁷²⁾ ERM. A IV 160. F. v. Gernet an den Ausschuß. 29. XI. 1882.

¹⁷³⁾ ERM. A IV 163. Ausschuß-Protokoll 16. XII. 1882.

¹⁷⁴⁾ ERM. 176. Schultabellen per 1882/83.

¹⁷⁵⁾ ERM. A IV 172. Propst Girgensohn an den Kreisdeput. v. Gernet. Rudsö 1. IX. 1884.

¹⁷⁶⁾ ERM. A IV 175. Ausschuß-Protokoll 15. XII. 1884.

Auge gefaßt und wurde auf Kosten der Ritterschaft in der Privatschule des Pastors Wiesinger ausgebildet, die er zu Weihnachten 1886 beenden sollte. Im Herbst 1886 war das Gebäude fertiggestellt, so daß die Eröffnung erfolgen konnte¹⁷⁷⁾. Wegen des inzwischen erfolgten Ressortwechsels und der in der Folge einsetzenden Russifizierung ist jedoch die Anstalt nicht wieder ins Leben getreten.

Die Leitung des Seminars in Ruda lag nach wie vor in der bewährten Hand des Lehrers Heinrichsen. Es erwies sich jedoch, daß dieser in seinen späteren Jahren den an ihn gestellten Ansprüchen nicht mehr genügte. Es zeigten sich bei ihm sektiererische Tendenzen des Irvingianismus, was durch den Kurator Landrat v. z. Mühlen vor dem Ausschuß zur Sprache gebracht wurde. Letzterer sprach sich dagegen aus, gegen Heinrichsen in dieser Sache Maßnahmen zu ergreifen¹⁷⁸⁾. Jedoch komplizierten sich in der Folgezeit die inneren Verhältnisse im Seminar immer mehr, was einen Wechsel der Leitung unumgänglich machte. In kirchlicher und politischer Hinsicht hatten sich Strömungen in Ruda eingestellt, die eine feste Hand erforderlich erscheinen ließen. Vor allem war es die jungestnische Bewegung, die sich bemerkbar machte. Ihr gehörte z. B. Mart Kruup an, welcher 1871—1873 das Amt des Hülfslehrers bekleidete und später Sekretär der nationalen estnischen Schifffahrtsgesellschaft „Vinda“ wurde¹⁷⁹⁾. 1873 war der Direktor Propst Harten um seinen Abschied eingekommen. Zunehmendes Alter und die weite Entfernung von seinem Wohnort Tidel hinderten ihn, eine so genaue Überwachung des Seminars vorzunehmen, wie er sie für erforderlich hielt, um von außen kommende schädliche Einflüsse zu paralysieren¹⁸⁰⁾. An seiner Stelle wurde vom Ausschuß Pastor Schmidt = St. Michaelis zum Direktor gewählt, welcher sich in den siebziger Jahren eifrig auf dem Gebiet des Schulwesens betätigte und deshalb für diesen Posten besonders geeignet erschien¹⁸¹⁾. Aber die Frage der Seminarleitung referierte Landrat v. z. Mühlen vor dem Landtag 1875 und stellte fest, Heinrichsen wäre nicht mehr zu halten. Am wünschenswertesten wäre seiner Ansicht nach als Leiter ein Pastor, der aber nicht zu beschaffen sei. Der Leiter müsse im Aus-

¹⁷⁷⁾ E.N.A. A IV 185. Propst Girgensohn an den Ritt. Optm. Graf W. Tiefenhausen. Rudö 25. XI. 1886 Nr. 102.

¹⁷⁸⁾ E.N.A. A IV 115. Ausschuß=Protokoll 21. VI. 1874.

¹⁷⁹⁾ Neumann pg. 21—22.

¹⁸⁰⁾ E.N.A. A IV 104. Propst Harten an den Ritt. Optm. Baron Mahdell. Ruda 8. I. 1873.

¹⁸¹⁾ E.N.A. A IV 109. Ausschuß=Protokoll 23. VI. 1873.

lande herangebildet werden. Der Ausschuß beschloß daraufhin, Heinrichen zu entlassen und eine geeignete Persönlichkeit als neuen Leiter ausfindig zu machen¹⁸²⁾. Für die Zwischenzeit bis zur endgültigen Besetzung übernahm der Hilfslehrer Thuberg die Leitung¹⁸³⁾. Es erwies sich jedoch als sehr schwierig, einen passenden Kandidaten zu finden, so daß Mühlens Bemühungen zunächst scheiterten und er sogar vom Ausschuß autorisiert wurde, nötigenfalls das Amt einem Ausländer anzuvertrauen¹⁸⁴⁾. Schließlich fand sich eine geeignete Persönlichkeit im Inspektor der Wesenberger Kreisschule Alexander Löffrenz. Dieser war am 8. November 1834 in Dorpat geboren, hatte in den Jahren 1856—1861 in Dorpat das Studium der Theologie absolviert und war dann Lehrer geworden¹⁸⁵⁾. Im Dezember 1877 wurde Landrat v. 3. Mühlen vom Ausschuß ermächtigt, mit Löffrenz einen Kontrakt über die Übernahme des Direktorates in Ruda abzuschließen¹⁸⁶⁾. Pastor Schmidt legte das Direktorat nieder und erhielt für seine Tätigkeit den Dank der Ritterschaft votiert¹⁸⁷⁾. Löffrenz hat dann das Seminar bis zu seiner Schließung geleitet. — 1879 fand noch eine Abänderung der Besetzung des Rudaschen Kuratoriums statt, welches bisher aus drei Gutsbesitzern bestanden hatte. Der Ausschuß beschloß, das Kuratorium durch ein von der Ritterschaft bestimmtes geistliches Glied zu ergänzen, und wählte in dieses Amt den Generalsuperintendenten Schulz¹⁸⁸⁾.

Gewisse Schwierigkeiten bereiteten die, wie schon früher erwähnt, höchst komplizierten Rechtsverhältnisse zwischen Ritterschaft und Stiftung. 1875 befanden sich beide in einem Prozeß mit einander, und die Ritterschaft sah sich vor der Tatsache, falls derselbe für sie ungünstig ausfallen sollte, für das Seminar eine andere Unterkunft suchen zu müssen. Für diesen Fall wurde ins Auge gefaßt, vom Besitzer des Gutes Heimar die Gebäude der Söttküllschen Poststation zu pachten. Der Ausschuß erhielt vom Landtag 1875, auf welchem die ganze Angelegenheit zur Sprache gekommen war, die Vollmacht, nötigenfalls eine Neukonstituierung des Seminars vorzunehmen¹⁸⁹⁾. Das erwies sich jedoch nicht als notwendig, da sich für die Ritterschaft die Möglichkeit ergab, unter gewissen mit der Stiftung gemeinschaftlich figierten Bedingungen Ruda anzukaufen. Vor allem handelte es sich dabei um die Wahrung der von Baron Christoph Stadelberg aufgestellten Bestimmungen über den Geist des Seminars. Baron Stadelberg-Pärjental trat alle ihm noch verbliebenen Eigen-

¹⁸²⁾ GN. A IV 121. Landtags-Protokoll 20. I. 1875.

¹⁸³⁾ Neumann pg. 24.

¹⁸⁴⁾ GN. A IV 132. Ausschuß-Protokoll 7. III. 1877.

¹⁸⁵⁾ Vgl. Album Academicum Nr. 6486.

¹⁸⁶⁾ GN. A IV 132. Ausschuß-Protokoll 15. XII. 1877.

¹⁸⁷⁾ GN. A IV 139. Landtags-Protokoll I. 1878.

¹⁸⁸⁾ GN. A IV 145. Ausschuß-Protokoll 5. IX. 1879.

¹⁸⁹⁾ GN. A IV 121. Landtags-Protokoll 20. I. 1875.

tumsrechte an Kuda der Stiftung ab, und die Ritterschaft erwarb Kuda für 6600 Rbl. ¹⁹⁰⁾).

Auch der innere Betrieb des Seminars erfuhr bedeutende Veränderungen. Mit dem Bekanntwerden des neuen Wehrpflichtgesetzes verstärkte sich der Zustrom von Zöglingen, die auf diese Weise der Rekrutierung zu entgehen gedachten. Daher wurde den Zöglingen bereits 1871 mitgeteilt, sie müßten sich verpflichten, nach Absolvierung des Seminars 12 Jahre lang Berichte über ihre Tätigkeit als Lehrer an das Seminar abzugeben, bei einer Pön von 25 Rbl. ¹⁹¹⁾. Auf diese Weise sollte ein Übergang von Seminarabsolventen in andere Berufe vor Ablauf dieser Frist verhindert werden. Die steigende Schülerzahl machte eine Erweiterung des Seminars erforderlich. Bereits 1872 bewilligte der Landtag für diesen Zweck die Summe von 600 Rbl., um welche das Kuratorium nachgesucht hatte ¹⁹²⁾. Dieselbe Frage stand 1873 vor dem Ausschuß zur Debatte. Die von Landrat v. z. Mühlen erbetenen Ergänzungskredite zur Vollendung begonnener Erweiterungsbauten wurden bewilligt. Die vorgeschlagene Erhöhung des Gesamtetats von Kuda für eine vermehrte Schülerzahl wurde jedoch abgelehnt. Die Ritterschaft sollte auch in Zukunft 28 Zöglinge unterhalten, darüber hinaus eintretende sollten eine Zahlung in einer vom Kuratorium festzusetzenden Höhe entrichten ¹⁹³⁾. Zwei Tage später verstand sich der Ausschuß doch zu gewissen Zuschüssen und bewilligte für jeden über die 28 ritterschaftlichen Zöglinge hinüber eintretenden eine jährliche Beisteuer von 13 Rbl. ¹⁹⁴⁾. 1874 wurde ein weiterer Extrakredit für bei den Bauarbeiten entstandene Ausgaben gewährt ¹⁹⁵⁾. Für diese Mittel wurde ein zweites Schulhaus errichtet, das dringend notwendig war. Die Nachfrage nach seminaristisch gebildeten Lehrern stieg stark, so waren die 26 Absolventen des Jahres 1873 alle untergebracht, aber noch nicht alle um solche nachsuchenden Gemeinden befriedigt. Es wurden 12 weitere Plätze geschaffen, für welche die betreffenden Zöglinge eine jährliche Pension von 50 Rbl. zahlen mußten. Die Gesamtzahl der Zöglinge betrug mithin jetzt 40 ¹⁹⁶⁾. Im übrigen waren damit lange

¹⁹⁰⁾ dto. Ausschuß-Protokoll 15. XII. 1875; *ENM.* A IV 134. Bericht über Kuda per 1875—1877.

¹⁹¹⁾ *ENM.* A IV 95. Bericht Landrat v. z. Mühlen über Kuda. 1871.

¹⁹²⁾ *ENM.* A IV 103. Landtags-Protokoll 7. III. 1872.

¹⁹³⁾ *ENM.* A IV 109. Ausschuß-Protokoll 10. III. 1873.

¹⁹⁴⁾ dto. Ausschuß-Protokoll 12. III. 1873.

¹⁹⁵⁾ *ENM.* A IV 115. Ausschuß-Protokoll 11. III. 1874.

¹⁹⁶⁾ *ENM.* A IV 116. Bericht über Kuda an den Landtag. 1875.

nicht alle Reflektanten angenommen; nach Angaben Neumanns hatten sich 1873 für Ruda 100 Schüler gemeldet, die einem Eintrittsexamen unterzogen wurden¹⁹⁷⁾.

Mit dem Abgange Heinrichsens und der Anstellung eines akademisch gebildeten Leiters kam es zu einer noch wesentlich einschneidenderen Reorganisation. Bereits im Januar 1876 wurde im Ausschuß darüber verhandelt und eine Einteilung des Seminars in Klassen in Aussicht genommen. Zu diesem Zweck wurde das Kuratorium ermächtigt, die erforderlichen Umbauten für Kosten in einem Betrage von 4500 Rbl. auszuführen, deren Deckung die Ritterschaft übernahm¹⁹⁸⁾. Mit dem Amtsantritt des Direktors Löffrenz arbeitete dann das Seminar in drei Klassen. Das Kuratorium stellte dieses bedeutend erweiterten Lehrbetriebes wegen drei Lehrer an: den bisherigen Hilfslehrer Thuberg, der bis zu seinem Tode im Jahre 1885 in Ruda zu bester Zufriedenheit arbeitete, Alexander Sammeri, welcher Gymnasialbildung besaß, und den bereits früher in Ruda tätigen Saan Nebokat. Die Gesamtzahl der Zöglinge betrug nun 45, von welchen 15 auf jede Klasse entfielen. Jedes Jahr fanden seitdem Entlassungen von Absolventen statt und wurden neue Zöglinge aufgenommen. Zwei neue Seminargebäude wurden errichtet, so daß die Einrichtung von Ruda sich nun bedeutend verbessert hatte und völlig den Anforderungen der Zeit entsprach. Die Unkosten waren jetzt natürlich bedeutend höhere, so daß das Kuratorium mit einem Jahresetat von mindestens 4500 Rbl. rechnete und eine Beschränkung der ritterschaftlichen Freistellen erwog¹⁹⁹⁾. Die Freistellen sind dann schließlich 1882 aufgehoben worden, von dann an wurden in Ruda nur noch Pensionäre für 50 Rbl. jährlich aufgenommen²⁰⁰⁾. Nach Angaben Neumanns war schon vorher die Regelung eingetreten, daß nur die besten Schüler Freistellen erhielten²⁰¹⁾. Diese hielten sich nun jedoch für besser als die übrigen und stellten ein unbequemes Element dar, außerdem meldeten sich eigentlich nur noch Aspiranten auf Freistellen, so daß die Abschaffung dieser Einrichtung wünschenswert erschien²⁰²⁾. Im

¹⁹⁷⁾ Neumann pg. 22.

¹⁹⁸⁾ *GM. A* IV 127. Ausschuß-Protokoll 17. I. 1876.

¹⁹⁹⁾ *GM. A* IV 134. Bericht über Ruda an den Landtag 1877; Neumann pg. 24–27.

²⁰⁰⁾ *GM. A* IV 163. Ausschuß-Protokoll 8. IX. 1882.

²⁰¹⁾ Neumann pg. 25.

²⁰²⁾ *GM. A* IV 160. Landrat v. J. Mühlen an den Ritt. Optm. Baron Branzgell. Reval 31. VIII. 1882. — Neumann pg. 30 gibt für die Abschaffung der Freistellen fälschlich das Jahr 1881 an.

Schulregulativ war die Ausarbeitung eines genauen Lehrprogramms für Ruda durch die Oberschulkommission bestimmt worden. Dieses wurde von Landrat A. v. z. Mühlen und Generalsuperintendent Schulz gemeinsam verfaßt. Die Oberschulkommission nahm es am 12. III. 1877 an und beschloß, es dem Innenminister zur Bestätigung vorzustellen²⁰³). Der Entwurf wurde vom Innenminister Simaschew dem gelehrten Komitee des Ministeriums für Volksaufklärung zur Begutachtung überwiesen, von diesem jedoch für lückenhaft befunden. Die Anzahl von 35 Wochenstunden an Stelle der in russischen Seminaren üblichen 28 wurde zwar wegen der Dreisprachigkeit als berechtigt anerkannt, der im Entwurf enthaltene Unterricht in der Pädagogik jedoch für die unterste Klasse als unangebracht erklärt. Das russische Translat sei fehlerhaft, es fehle das Statut des Seminars, jegliche Bestimmungen über Rechte und Pflichten der Zöglinge und des Lehrpersonals, sowie über die innere Organisation. Sonst wurde das Lehrprogramm als geeignet bezeichnet²⁰⁴). Die Oberschulkommission ordnete daher die Anfertigung einer neuen russischen Übersetzung an, die die Mängel beseitigen sollte²⁰⁵). An der neuen Fassung hatte Simaschew nur noch auszusetzen, daß für die dritte Klasse sechs Wochenstunden Pädagogik vorgesehen seien, dagegen hielt er die Verteilung von je zwei Wochenstunden auf die zweite und dritte Klasse für den Anforderungen eines Lehrerseminars mehr entsprechend²⁰⁶). Als dann diese Änderung noch vorgenommen worden war, wurde das Lehrprogramm am 25. V. 1878 bestätigt²⁰⁷).

Das Programm sah ein strenges Examen beim Eintritt vor, und zwar in folgenden Fächern: Religion, Estnisch — fließendes Lesen und möglichst richtiges Schreiben, Deutsch — Lesen und Schreiben, Russisch — Lesen und etwas Kenntnisse in der Orthographie, ferner Rechnen mit den viers Spezies und einfachen Brüchen, elementare Geographiekennntnisse, musikalisches Gehör und Kenntnis der gebräuchlichsten Choräle. Dieser Umfang war also bedeutend weiter als die Kenntnisse beim Abschluß einer Gemeindefschulbildung. Der Kursus des Seminars sollte drei Jahre dauern und der Unterricht das ganze Jahr hindurch stattfinden, mit Ausnahme von

²⁰³) A. d. O. Sch. R. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1877.

²⁰⁴) dto. Eingänge 1876/77. Innenmin. Simaschew an den Gouv. Politanow. St. Petersburg 24. IX. 1877 Nr. 29390.

²⁰⁵) dto. Prot.-Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1877.

²⁰⁶) dto. Eingänge 1878—79. Innenmin. Simaschew an den Gouv. Politanow. St. Petersburg 5. IV. 1878 Nr. 11407; — Gouv. Politanow an die Oberschulkommission. Reval 14. VI. 1878 Nr. 1458.

²⁰⁷) Lehrplan für das Estländische Lehrer-Seminar in Ruda. Reval 1878.

Sommerferien vom 24. Juni bis zum 6. August. Ferner wurde der Umfang des Unterrichts in den einzelnen Fächern genau festgelegt. Zu den beim Eintritt verlangten Gebieten kamen noch Algebra, Geometrie, Naturkunde, Geschichte, Pädagogik, Kalligraphie, Zeichnen, Gesang, Orgelspiel, Gymnastik und etwas Agronomie hinzu. Eine besonders große Bedeutung wurde dem russischen Unterricht beigelegt, für welchen sechs Wochenstunden vorgesehen waren, gegen vier Stunden Deutsch und drei Stunden Estnisch. Für die praktische Ausbildung der Zöglinge war eine Übungsschule vorhanden. Diese bestand zeitweilig aus armen Kindern, welche im Seminar gespeist und gekleidet wurden, später wurden Schüler der Gemeindeschule zu Pariental zum Übungsunterricht für gewisse Tage nach Ruda gesandt²⁰⁸).

Ein großer Teil der estländischen Gemeindeschullehrer war nicht seminaristisch gebildet, sondern hatte Parochialschulen, Gemeindeschulen u. s. w. absolviert, sehr viele von ihnen vor allem derartige Anstalten in Livland. Es entsprach nun durchaus einem Bedürfnis, eine Garantie zu beschaffen, daß diese auch tatsächlich zu ihrem Amt qualifiziert waren. Daher stellte 1874 der Generalsuperintendent Schulk vor der Oberschulkommission den Antrag, Schulamtskandidaten, die nicht seminaristisch gebildet waren, einer Prüfung zu unterziehen. Auf seine Proposition hin wurde beschlossen, das Examen vor einer Kommission, bestehend aus dem geistlichen Kreisschulrevidenten, einem Kirchspielschulrevidenten und einem Kirchenvorsteher stattfinden zu lassen²⁰⁹). Diese Regelung war jedoch nur ein Jahr lang in Kraft, denn der § 8 des Schulregulativs von 1875 überwies die Lehrerexamen den Kreisschulkommissionen. Für das bei diesen zu beobachtende Programm interessierte sich die Synode, welche 1878 den Kreissynoden vorschrieb, sich mit der Ausarbeitung eines solchen zu befassen²¹⁰). Auf der nächsten Provinzialsynode wurden daraufhin zwei Referate über Lehrer-Examina-tionsprogramme gehalten und eine Kommission beauftragt, auf Grund der vorliegenden Vorschläge ein einheitliches Programm auszuarbeiten. Das von der Kommission ausgearbeitete Programm wurde von der Synode angenommen und der Oberschulkommission mit dem Gesuch um probeweise Einführung auf drei Jahre überwiesen²¹¹). Wenige Tage darauf wurde es von der Oberschulkommission für die vorgeschlagene Frist in Kraft gesetzt²¹²). Dabei wurde vorgeschrieben, daß für die Lehreranstellung das Mindestalter 19 Jahre betragen sollte, jüngere Aspiranten sollten nur als Hilfslehrer angestellt werden²¹³). Die Examen der Parochiallehrer sollten jedoch nicht bei den Kreisschulkommissionen, sondern seit 1879 nur noch an den Seminaren Ruda und Paschlep stattfinden²¹⁴).

In der Folgezeit ergaben sich aus der Abhaltung der Lehrereexamen vor den Kreisschulkommissionen nachteilige Folgen für Ruda. Es erwies sich nämlich, daß die Erwerbung der Lehrberechtigung auf diesem Wege schneller und leichter vor

²⁰⁸) Neumann pg. 31.

²⁰⁹) EKA. A IV 115. Protokoll der Oberschulkommission 22. VI. 1874.

²¹⁰) EKA I 536/13. Synodal-Protokoll 26. VI. 1878

²¹¹) dto. Synodal-Protokoll 15—16. VI. 1879.

²¹²) A. d. O. Sch. R. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 19. VI. 1879.

²¹³) dto. Missiv II. Zirkulär der Oberschulkommission. Reval 30. VI. 1879 Nr. 32.

²¹⁴) dto. Prot.-Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 19. XII. 1879.

sich ging, da die Anforderungen, welche bei der Abschlußprüfung in Ruda gestellt wurden, bedeutend höhere waren. Daher ging die Zahl der Zöglinge von Ruda zurück, was sowohl für das Seminar, als auch für das Bildungsniveau der Lehrer schädlich war. Daher beschloß der Ausschuß auf Antrag des Rudaschen Kuratoriums 1882, daß alle Lehrerexamen von nun an nur noch zweimal jährlich in Ruda abgehalten werden sollten²¹⁵⁾. Diese Maßnahme hatte den gewünschten Erfolg, da die Frequenz von Ruda bald wieder stieg und die Einheitlichkeit der Lehrerbildung gehoben wurde. Es ergab sich allerdings nach wenigen Jahren, daß die Unterbringung der Absolventen Schwierigkeiten machte, da die Schulstellen sämtlich mehr oder weniger gut besetzt waren²¹⁶⁾. 1884 wurde schließlich auf Veranlassung der Bierländischen und Jermischen Synode und Kreis-schulkommission von der Oberschulkommission angeregt, die Zentral-examinations-stelle nach Reval, als an einen zentraler gelegenen Ort, zu verlegen. Bestehen sollte sie aus einem Gliede der Oberschulkommission, dem Generalsuperintendenten, dem Direktor von Ruda und den Kreisschulrevidenten; sie sollte zweimal im Jahre Sessionen abhalten²¹⁷⁾. Daraufhin beschloß der Ausschuß, die Zentral-examinations-stelle in Ruda aufzuheben und in bezug auf die Examen den Kreisschulkommissionen im Rahmen der Schulvorschriften freie Hand zu geben²¹⁸⁾. Das bedeutete also die Rückkehr zu den Zuständen vor 1882. Die Oberschulkommission griff jedoch auf den Gedanken der Zentral-examinationsstelle zurück, die sie in Reval zu errichten beschloß, und setzte eine Kommission nieder, welche ein näheres Examinationsprogramm entwerfen sollte²¹⁹⁾. Dieses wurde im Laufe von zwei Sitzungen ausgearbeitet und 1885 von der Oberschulkommission angenommen²²⁰⁾. Danach mußten die Examinanden lutherisch und mindestens 19 Jahre alt sein sowie den Reval-einmischen Dialekt beherrschen. Mindestens einen Monat vor der Prüfung hatten sie sich bei den Kreisschulkommissionen zu melden. Der Umfang der geforderten Kenntnisse in den einzelnen Fächern, welche den in das Lehrprogramm von Ruda aufgenommenen entsprachen, wurde genau festgesetzt. Zum Vorsitzenden des Examinationskomitees wurde Landrat A. v. z. M ü h l e n gewählt. Nebenbei wurde jedoch jedem, der es wünschte, die Möglichkeit gelassen, sein Lehrerexamen als Externer in Ruda zu machen²²¹⁾. Diese Regelung hat dann bis zur Schließung des Rudaschen Seminars bestanden.

Die Zahl der im Laufe des Bestehens Rudas von dort hervorgegangenen Lehrer ist sehr bedeutend. 1882, also im letzten Jahre des von Konversion und Russifizierung unberührten Schulwesens, waren in Est-

²¹⁵⁾ ENA. A IV 163. Ausschuß-Protokoll 8. IX. 1882.

²¹⁶⁾ ENA. A IV 170. Bericht über Ruda an den Landtag. Reval 20. I. 1884.

²¹⁷⁾ ENA. A IV 172. Oberschulkommission an den Ausschuß. Reval 4. IX. 1884 Nr. 31.

²¹⁸⁾ ENA. A IV 175. Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1884.

²¹⁹⁾ A. d. L. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1884.

²²⁰⁾ dto. Protokoll der Oberschulkommission 5. III. 1885.

²²¹⁾ A. d. L. Sch. R. Missiv 1885/86. Zirkulär der Oberschulkommission. Reval IV. 1885 Nr. 19.

land 115 seiner Absolventen als Lehrer tätig, davon zwei an Parochialschulen. Die übrigen verteilen sich auf die einzelnen Kreise wie folgt: Wierland — 9, Ierwen — 8, Wied — 51, Harrien — 47. Die Böglinge von Ruda sind also vorwiegend an den später gegründeten Schulen angestellt worden. Möglich, daß die Wierländer auch der großen Entfernung wegen das Seminar so wenig aufgesucht haben. Somit waren also nur etwas mehr als 25% der Lehrer 1882 seminaristisch gebildet ²²²). Einige Schulen hatten Absolventen des Deselschen Lehrerseminars zu Karmel angestellt. Solche befanden sich 1882 in Groß Lechtigal, Wattel, Hafik, Kl. Ruhde, Putkas, Großenhof, Emmaß-Wigri, Munnalas, Maart, Ilgas, Rumm und Jürgensberg. In Rawwaküll wirkte ein Absolvent des Hollmannschen Seminars in Dorpat, in Toila des von Zimse in Walk. Der Hülfslehrer zu Alp hatte ein russisches Seminar besucht. Neben den Seminarabsolventen hatte Estland auch eine Anzahl von Lehrern aufzuweisen, welche Mittelschulen besucht hatten. Vor allem hatte eine Reihe von ihnen Kreis Schulbildung. Die Kreisschule zu Wesenberg hatten die Lehrer in Sagimois, Selgs, Mettapäh, Paddas, Choudleigh und Peuthof besucht, die zu Narwa — die Lehrer in Iewe und Dando. Die Lehrer in Sonorm, Rui, Kardina, Müntenhof und Sellenküll waren aus der Weißensteinschen Kreisschule hervorgegangen, die zur Lewer, Pall, Purgel, Orrenhof, Wait, Nappel, Meds, Pitwa, Johannishof und Laakt aus der Revalschen. Zwei weitere Lehrer kamen von livländischen Kreisschulen: der zu Habbat aus Jellin, der zu Soldina aus Dorpat; endlich der Waddemois'sche Lehrer aus Arensburg u. s. w. Gymnasien hatten nur sehr wenige Dorfschullehrer besucht: so der zu Saftama das Revalsche, das Dörptsche der Lehrer in Rasth. Die Lehrer in Röndest, Rutterküll und Alp kamen von russischen städtischen Schulen, der zu Hungerburg von der Kommerzschule in St. Petersburg ²²³). Es werden sich schwer allgemeine Regeln dafür aufstellen lassen, ob derartige Absolventen resp. Besucher von Mittelschulen sich besser zum Lehreramte eigneten als Seminaristen oder nicht. In realen Kenntnissen dürften jene diesen wohl kaum nachgestanden, teilweise sie sogar übertroffen haben. Was ihnen natürlich fehlte, war die ganze pädagogische und praktische Ausbildung für den Lehrerberuf. Jedenfalls sind Mittelschulen als Bildungsstätten für Gemeindeschullehrer nur in untergeordnetem Maße in Betracht gekommen. Ganz an-

²²²) Zu den Böglingen von Ruda kommen die Böglinge aus Paschlep, Jeddesfer und Alexanderhof — aus letzterem nur noch in sehr geringer Zahl — hinzu.

²²³) ERN. 176. Schultabellen per 1881/82.

ders lag es mit den 16 Parochialschulen, die 1882 existierten. 8 der an solchen tätigen Lehrer hatten Kreisschulbildung, 2 hatten Ruda absolviert, 2 Revaler Elementarschulen, einer eine Rüsterschule, einer hatte sogar in Halle studiert u. s. w. Eine sehr viel größere Anzahl von Lehrern ist dagegen aus Parochialschulen hervorgegangen, sie übertrifft bei weitem die der Seminaristen ²²⁴).

Tabelle über die Lehrer mit höherer Bildung 1882.

Ausbildungsstätte	Harrien	Bierland	Ferwen	Wied
Seminar Ruda	47	9	8	51
Seminar Paschlep	3	—	—	11
Seminar Jeddefer	5	4	—	8
Seminar Alexanderhof	—	2	1	—
Seminar Karmel	4	—	1	7
Andere Seminare	1	1	1	2
Kreis- u. a. städt. Mittel- schulen	10	13	7	10
Städt. Elementarschulen	9	6	3	4

II. Parochialschulen.

Das Institut der Parochialschulen war in Estland bisher zu keiner rechten Blüte gelangt. Entstanden aus den alten Rüsterschulen, hatten sie sich in Livland in großer Zahl zu höheren bauerlichen Bildungsanstalten ausgewachsen, wo speziell auch Deutsch und Russisch getrieben wurde, und bildeten den Weg, auf dem viele Bauern sich zum Besuch der Kreisschulen vorbereiteten. In Estland hatten jedoch nur wenige Rüsterschulen diese Entwicklung genommen. Die Schule beim Rüster zu Fickel bestand seit vielen Jahrzehnten und war mit der Zeit zu einer höheren Bauernschule geworden. Sie krankte jedoch am Fehlen einer Fundierung und an Schülermangel; der Rüster war auf das Schulgeld von 10 Rbl. jährlich pro Kopf angewiesen und hatte 1875 nur fünf Zöglinge. Diese Schule hörte also auf, sobald keine Schüler da waren, was auch Ende der siebziger Jahre erfolgte. Auch die Schule beim Rüster zu St. Johannis i. H. hatte ein beträchtliches Alter, arbeitete sie doch mit einigen Unterbrechungen vom achtzehnten Jahrhundert an. Sie war jedoch dadurch, daß die Höfe ein Lehrergehalt von 100 Rbl.

²²⁴) Die Angaben beruhen auf Additionen auf Grund der Schultabelle für 1881/82 in ENA. 176.

ausgesetzt hatten, bedeutend fester fundiert als Jidel. Die Bauernschaft zahlte jährlich 80 Rbl. für Holz. Diese Schule entwickelte sich auch weit besser: Mitte der siebziger Jahre arbeitete sie in zwei Klassen, die Schülerzahl betrug 13. Im Herbst 1874 erhielt sie ein neues Schulgebäude, dessen Inneneinrichtung größtenteils von Baron Ungern-Sternberg-Annia gestiftet worden war²²⁵). Die Schulen bei den Rüstern zu St. Simonis und Jewe waren von vorne herein als Parochialschulen gegründet. Die Schule zu St. Simonis ist daher wohl auch die erste eigentlich höhere Bauernschule Estlands. Gegründet von Pastor H. W. Chr. Pauker im Jahre 1832 und seitdem unter der Leitung des Rüstlers Wilhelm Normann stehend, hatte sie mit den besten Ergebnissen gearbeitet. Außer Normann war der großen Schülerzahl wegen — sie hatte z. B. 1875 25 Zöglinge — ein Hilfslehrer angestellt worden. Materiell war die Anstalt gesichert, da eine Fundierung von 116 Rbl. jährlich vorhanden war, wozu noch das Schulgeld von 15 Rbl. und Zahlungen der Schüler für Beleuchtung und Beheizung kamen. Es ist von großem Interesse, die weiteren Lebensläufe der St. Simonischen Zöglinge zu verfolgen. 1832—1856 betrug die Gesamtzahl derselben 206, von welchen 35 Lehrer und 5 Rüster wurden, die übrigen traten in andere Berufe. 1856 brannte das Gebäude der Schule ab, nachher war die Frequenz ebenfalls bedeutend und betrug bis 1876 — 165. 56 der Absolventen dieser Jahre haben sich dem Lehrerberuf gewidmet, 36 sind Handwerker geworden, 2 Rüster, 10 Kaufleute, 8 Landwirte, 2 Kletenkerle, 3 Brauer. Daneben finden wir aber eine Reihe von Absolventen, die nachher sozial gestiegen sind, so 2 Apothekergehülfsen, 2 Posthalter, 1 Mechaniker, 1 Lithograph, 1 Buchhalter eines Revaler Handelshauses, 2 Gymnasiasten, 1 Arzt in Odessa, 1 Pastor auf Oesel u. s. w. Für Estlands Schulwesen am wichtigsten war die Heranbildung von 91 Lehrern, speziell da der Geist der Anstalt als besonders gut anerkannt wurde. 1876 heißt es im wierländischen Generalbericht: „Fast ein halbes Jahrhundert hat der Lehrer Normann aus innerer Überzeugung, ohne Aussicht auf materielle Vorteile, an der Stelle gewirkt. Auch auf die Lebensanschauung seiner Schüler gewinnt er starken Einfluß, der auch in deren späterem Leben vorhält.“ Gerade in Wierland arbeiteten viele Absolventen von St. Simonis als Lehrer, was auch darum besonders gern gesehen wurde, als sonst hauptsächlich Zöglinge livländischer Parochialschulen für Lehrerposten in Frage

²²⁵) Eesti Postimees 1874 Nr. 39. — EML. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulh. 1874/75.

kamen, die aber wegen der dort viel verbreiteteren jugendlichen Einstellung meist als Unruhestifter galten und daher nur ungern angestellt wurden²²⁶). 1876 sprach die Oberschulkommission Normann ihre Anerkennung für seine Verdienste aus²²⁷). Gleichzeitig stellte sie ihn zu einer Medaille vor, welche Normann daraufhin vom Zaren verliehen wurde; die Ritterkasse übernahm die Entrichtung der Zahlung dafür²²⁸). Eine ähnliche Tätigkeit entfaltete Jeme, wo die Parochialschule mit dem Küster als Hauptlehrer und einem Hülfslehrer arbeitete. Erhalten wurde sie aus freiwilligen Beiträgen und durch das Schulgeld²²⁹).

Das wirtschaftliche Erstarken und die rechtliche Emanzipation des Bauern, ebenso wie wohl die Ausbreitung der Gemeindeschulbildung, brachten es mit sich, daß auch in Estland sich ein Streben nach höherer Bildung unter den Esten des flachen Landes zu regen begann. Ein Übergang von der Gemeindeschule zu städtischen Mittelschulen war ja nicht möglich, hier regte sich daher immer stärker das Bedürfnis nach einem Mittelgliede. Aber auch ganz abgesehen von Absichten nach einer städtischen Mittelschulbildung, verbreitete sich speziell unter der Schicht der wohlhabenden Gesindewirte ein Streben danach, mehr zu lernen als das, was die Gemeindeschule bot. Diesen Wünschen entgegenzukommen war die Parochialschule in erster Linie geeignet. So ist es denn auch in Estland in den Jahren 1870—1885 zu einem gewissen Aufschwung dieses Schultypus gekommen, wenn auch nicht in den Ausmaßen wie in Livland. Voran gehen hierin die beiden Kreise mit dem früh entwickelten Schulwesen, Wierland und Jerwen.

1870 war im Kirchspiel St. Jakobi die Gründung einer Parochialschule beraten worden, wozu jedoch die vorhandenen Mittel nicht ausreichten. Daher regte der Kreisdeputierte v. z. Mühlen an, diesem Kirchspiel eine Subvention zu gewähren. Daraufhin proponierte Landrat Baron Uexküll, 500 Rbl. zu bewilligen und zur Disposition von drei vom Ausschuß zu wählenden Persönlichkeiten zu stellen, welcher Antrag angenommen wurde. Diese Parochialschule trat kurz nachher auch in Tätigkeit, fundiert auf 240 Rbl. jährlich sowie Schulgeld in der Höhe von je 10 Rbl. Für letzteres und freiwillige Gaben wurden die Unkosten, die aus Heizung und Beleuchtung erwuchsen, bestritten. Auch diese Schule arbeitete in zwei Klassen, wie es jetzt bei der Mehrzahl

²²⁶) A. d. O. Sch. M. Eingänge Bd. I. Wierländischer Schulbericht per 1875/76; Schreiben des Wils. Normann. St. Simonis 21. v. 1876.

²²⁷) dto. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 25. VI. 1876.

²²⁸) ERN. A IV 132. Ausschuß-Protokoll 25. VI. 1877.

²²⁹) ERN. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

der Parochialschulen üblich wurde. Gleichzeitig mit der Bewilligung für St. Jakobi beschloß aber der Ausschuß, die Oberschulkommission zu ersuchen, die Gründung von Parochialschulen in nähere Erwägung zu ziehen, um dem Bedürfnis nach höherem Unterricht entgegenzukommen, und Richtlinien für diese Schulgattung aufzustellen²³⁰⁾. Die Provinzialsynode des gleichen Jahres 1870 konstatierte ebenfalls, die Errichtung von Parochialschulen sei anzustreben²³¹⁾. Ehe jedoch die Oberschulkommission irgendwelche Maßnahmen ergriffen hatte, lag dem Ausschuß bereits ein weiteres Subventionsgesuch vor, und zwar aus Maholm. Dieses Kirchspiel verfügte über ein Legat in der Höhe von 1000 Rbl., welches zwecks Anlage einer Parochialschule von Baron Girard-Runda gestiftet worden war, nachdem der Ortspastor zum selben Zweck bereits 1100 Rbl. zusammengefasst hatte²³²⁾. Da jedoch kein geeignetes Schullokal verfügbar war, wandte sich Pastor Hunnius an den Ausschuß und bat um Überlassung der Gebäude der ehemaligen Poststation Hohenkreuz, welche bei Errichtung der St. Petersburger Eisenbahn geschlossen worden war. Nachdem der Ausschuß sich nähere Informationen verschafft hatte, beschloß er, dem Gesuch stattzugeben, und beauftragte den Kreisdeputierten Baron Maydell, sich deswegen mit den Maholmischen Kirchenvorstehern in Relation zu setzen. Daraufhin kaufte das Kirchspiel Maholm für 1000 Rbl. die Hohenkreuzschen Gebäude an, und zwar drei steinerne Wohnhäuser sowie zwei steinerne und mehrere hölzerne Nebengebäude, für diese große Anzahl wohl ein sehr niedriger Preis. Später wurde das dazu gehörige Grundstück von 50 Desjatinen ebenfalls angekauft. Bereits 1871 wurde der Unterricht mit 10 Schülern und einem Absolventen der Narwischen Kreisschule als Lehrer eröffnet. Die Schülerzahl wuchs und betrug 1873 — 18; 1875 — 23. Der Kursus der Anstalt dauerte drei Jahre und zerfiel in zwei Klassen. Vorwiegend war daran gedacht, die Absolventen für den Lehrerberuf zu verwenden, jedoch wurde auch in Fächern als Vorbereitung auf technische Berufe unterrichtet, für den Fall der Nichteignung als Lehrer²³³⁾. Pastor Hunnius, welcher der Parochialschule seine besondere Fürsorge zuwandte, plante, sie um eine Seminarklasse zu erweitern, um

²³⁰⁾ ERM. A iv 91. Ausschuß-Protokoll 14. v. 1870.

²³¹⁾ ERM. I 536/13. Synodal-Protokoll 29. VIII. 1870.

²³²⁾ Eesti Postimees 1869 Nr. 32. Hier liegt eine Verwechslung der Kirchspiele Maholm und Luggenhufen vor.

²³³⁾ ERM. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75; „Die Schule Hohenkreuz-Maholm“ in „Mitteilungen und Nachrichten“ Bd. 29, 1873. pg. 284; ERM. A iv 91. Ausschuß-Protokolle 10. ix. 1870 u. 18. XII. 1870.

so für Wierland und Ierwen eine Art Seminar zu schaffen. Daher wandte er sich an die Ritterschaft mit dem Gesuch um eine Jahressubvention von 500 Rbl. für die Seminarklasse und eine einmalige von 200 Rbl. für Zwecke der ersten Einrichtung²³⁴). Es ist fraglos vom Standpunkt der Förderung der Lehrerausbildung zu bedauern, daß die Ritterschaft hier ihre Mithülfe versagte. Auf dem Landtag 1875 sprachen sich die Kreisdeputierten gegen die Subventionen aus und bemerkten, es fehlten auch die Sentiments der übrigen interessierten Organe. Es erhoben sich allerdings mehrere Stimmen dafür, so Graf Kerserling, der die Gelegenheit benutzen wollte, um ein zweites Estenseminar zu errichten, und Baron Schilling-Rook, der speziell auf die günstigen Vorbedingungen in Hohenkreuz hinwies. Dagegen äußerte Baron Stadelberg-Pärjental, die Zahl der Rudaßchen Seminaristen sei völlig ausreichend, daher solle die Ritterschaft lieber Parochialschulen fördern. Ablehnend verhielt sich auch der Ritterschaftshauptmann Baron Maydell, dem ein zukünftiges Seminar in Izaak vorschwebte, von dem er sich viel versprach, weil dort Lutheraner mit russischer Umgangssprache siedelten; er meinte, von dort stammende Lehrer würden für russischen Unterricht besonders geeignet sein. Schließlich wurde der Antrag von Pastor Hunnius mit großer Mehrheit abgelehnt²³⁵). Wenn auch die Reorganisation unterblieb, so entwickelte sich Hohenkreuz trotzdem immer mehr zu einem Proseminar. So arbeiteten 1877 mehrere Zöglinge an einer Probeschule, auch Pädagogik wurde getrieben. Der Unterricht in Geschichte und Geographie erfolgte nach deutschen Lehrbüchern, in der Botanik wurde speziell die estländische Pflanzenwelt berücksichtigt. Neben Zeichenunterricht wurde besonders die Musik gepflegt, eine Orgel wurde angeschafft, ein Streichquartett gegründet u. s. w. Die Schülerzahl war in ständigem Steigen begriffen, so betrug sie 1877 bereits 37²³⁶).

1871 gelangte unter anderem die Frage der höheren Bauernschulen vor der Oberschulkommission zur Beratung. Es wurde ein Zirkulär des Ritterschaftshauptmanns beschlossen, in welchem angeregt wurde, die Frage von Parochialschulgründungen auf den Schulkonventen der einzelnen Kirchspiele zur Sprache zu bringen²³⁷). Als Folge des Zir-

²³⁴) GNA. A IV 113. Pastor F. Hunnius an den Ritt. Optm. Baron Maydell. Maholm 23. XI. 1874.

²³⁵) GNA. A IV 121. Landtags-Protokoll 15. I. 1875.

²³⁶) Berichte über Hohenkreuz: Mitteilungen und Nachrichten 1874 pg. 474; 1876 pg. 323; 1877 pg. 322—323.

²³⁷) GNA. A IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1871.

fulärs ergingen nun eine Reihe von Gesuchen um Subventionierung von Parochialschulgründungen an die Ritterschaft. Als erstes meldete sich das Kirchspiel Hanehl, das erste in der Wied, wo bisher nur die kleine Schule beim Fickelschen Rüster bestanden hatte. Pastor Rinne führte aus, der Zustrom von Esten zu städtischen Schulen zeige, daß die durch Dorfschulen gebotene Bildung nicht mehr genüge; daher seien Parochialschulen notwendig, die gründlichen Elementarunterricht erteilen. Das Hanehl'sche Kirchspiel hatte aus diesen Erwägungen heraus für sich und die Umgebung die Errichtung einer Parochialschule beschlossen. Da aber das Filialkirchspiel Werpel seine Beteiligung ablehnte, wurde diese Schule in Frage gestellt, denn es standen zu wenig Mittel zur Verfügung. Deshalb suchte Pastor Rinne um eine einmalige ritterschaftliche Subvention nach²³⁸⁾. Der Ausschuß verfuhr daraufhin analog wie beim Gesuch aus St. Jakobi, ernannte zwei Kuratoren und bewilligte einen Kredit in der Höhe bis 500 Rbl.²³⁹⁾. Daraufhin trat die Schule ins Leben. Eine Fundierung war zwar nicht vorhanden, jedoch erhielt der Rüster neben seinem Gehalt von 130 Rbl. für seine Lehrertätigkeit das Schulgeld in der Höhe von je 10 Rbl.; Holz und Beleuchtung wurden außerdem gestellt, ersteres vom Kirchspiel, letztere von den Schülern. Hanehl arbeitete ebenfalls in zwei Klassen; die Schülerzahl betrug 1875 — 15²⁴⁰⁾. — Das nächste Kirchspiel, welches sich um eine Subvention bemühte, war Klein Marien. Das Bedürfnis nach einer Schule, welche mehr Bildung als die Gemeindeschulen vermittelte, war hier schon seit einigen Jahren rege. Bereits 1869 wurde ein so großes Konfirmandenhaus gebaut, daß dort auch eine Parochialschule Platz finden konnte. Zur Vollendung des Baues und zur Gagierung des Lehrers fehlten jedoch die Mittel, obgleich die estnische Gemeinde, die dafür anscheinend sehr opferbereit gewesen ist, bereits 900 Rbl. in bar aufgebracht hatte und außerdem eine jährliche Abgabe von 3 Kop. pro Revisionsseele dazu bewilligte. Andererseits wollte man aber ein zu hohes Schulgeld vermeiden. Pastor Knüpfner, der den Plan der Errichtung förderte, erbat daher eine einmalige ritterschaftliche Zahlung von 300 Rbl. und außerdem einen Zuschuß von 100 Rbl. jährlich²⁴¹⁾. Dieses Gesuch lag im März 1872 dem Landtag vor. Die Kreisdepu-

²³⁸⁾ GNA. A IV 93. Pastor Rinne an den Mitt. Optm. Baron Ungern-Eternberg. Hanehl 17. v. 1871 Nr. 185.

²³⁹⁾ GNA. A IV 96. Ausschuß-Protokoll 23. v. 1871.

²⁴⁰⁾ GNA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

²⁴¹⁾ GNA. A IV 94. Pastor Knüpfner an den Mitt. Optm. Baron Ungern-Eternberg. Kl. Marien 1. IX. 1871.

tierten erklärten, es solle erst das Gutachten des Kl. Marienschen Kirchenkonvents eingeholt werden, daraufhin solle der Ausschuß beschließen; die gewünschte Subvention solle nur dann gewährt werden, wenn auch eine entsprechende Beteiligung der Bauerngemeinden stattgefunden habe. Dazu bemerkte Baron Ungern-Harß, es sei völlig unzulässig, daß Kirchspiele für Zwecke, welche sie selbst nicht bestreiten könnten, ritterschaftliche Mittel in Anspruch nähmen. Nach diesen abfälligen Äußerungen wurde dann auch die Subventionierung abgelehnt²⁴²⁾. Eine kleine estnische Monographie, welche sonst manche interessante Details aus der Geschichte der Kl. Marienschen Parochialschule bringt²⁴³⁾, kennt diese Vorgänge nicht, da sie sich scheinbar nur auf die Kl. Marienschen Kirchenkonventsprotokolle gestützt hat. Ihr zufolge hat Pastor Knüpper die Gründung angeregt, Herr v. Kennenkaampff-Wack dieselbe besonders eifrig befördert. 1871 sei jedoch die Sache nach einigen vorbereitenden Schritten zum Stillstand gekommen. Daß die Schule doch ins Leben trat, war das Verdienst des neuen Pastors Ludwig Jankhaenel. 1873 beschloß der Konvent auf seinen Antrag, so lange die Bauernschaft 3 Ropelen pro Revisionsseele zahle, würde jedes Gut pro männlichen Bauern ebensoviel zuzahlen. Später dagegen nahm der Konvent der Parochialschule gegenüber eine scharf ablehnende Stellung ein und kassierte diesen Beschluß wegen angeblicher Inkompetenz zu solchen Maßnahmen, jedoch war vorher immerhin eine Summe Geldes eingekommen. Das Gehalt des Lehrers, ca. 200 Rbl., floß aus dem Schulgeld von 5 (später 10) Rbl., Beiträgen der Bauerngemeinden und Zinsen eines kleinen Legats²⁴⁴⁾. Den Unterricht, der 1873 begann, erteilte anfangs der Rüster Eichhorn, dann aber wechselten die Lehrer sehr schnell, so daß bis 1880 noch vier weitere sich in Kl. Marien betätigt hatten. Dieser schnelle Wechsel schädigte natürlich die Kontinuität und damit auch die Qualität des Unterrichts; auch erregte die Anstalt die Unzufriedenheit der Dorfschullehrer, welche erklärten, in der Parochialschule werde gar nicht mehr geleistet als bei ihnen. Aus Geldmangel und anscheinend auch Ratlosigkeit des Konvents blieb die Schule zeitweilig geschlossen. Erst 1883 wurde der Lehrer Peter Rört, Absolvent des Rigaer Seminars, angestellt, der seiner Aufgabe gewachsen war und die Schule sichtlich hob, woraufhin die Schülerzahl auch stieg. Die Unterbringung dieser Parochialschule war verhältnismäßig

²⁴²⁾ ENA. A IV 103. Landtags-Protokoll 4. III. 1872.

²⁴³⁾ „Wäike-Maarja kihelkonnakool, praegune algkool, 1873—1923“ Rakvere 1923.

²⁴⁴⁾ ENA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

gut: es existierte eine Klasse, ein Schlafraum und eine dreizimmrige Lehrerwohnung; dürftig waren dagegen Mobiliar und Lehrmittel, so daß Schulgeld und Erträge von Veranstaltungen zu ihrer Aufbesserung herangezogen wurden. Den Unterhalt bestritten Abgaben der Höfe in der jährlichen Höhe von 50 Kop. pro Haken, die Bauernschaften zahlten nach einigem Widerstreben 75 Kop. pro Haken²⁴⁵⁾. So gelang es, die Schule auch trotz der Absage der Ritterschaft zu unterhalten.

In Terwen erwarb sich der Kreischulrevident August v. Kursell = Roik bedeutende Verdienste um die Errichtung von Parochialschulen. Seiner Initiative ist es wohl zuzuschreiben, daß im Kirchspiel Ampel bereits 1871 an eine solche gedacht wurde und die beigetriebenen Pönzahlungen für diesen Zweck bestimmt wurden²⁴⁶⁾. Die Gründung von Parochialschulen regte Kursell zuerst auf einer Tagung der Terwschen Kirchspielschulkommissionen in Wao am 27. I. 1872 an²⁴⁷⁾. Bald darauf wandte er sich mit einem ausführlich ausgearbeiteten Antrag an den Terwschen Kreistag. Er stellte fest, die niedere Schulstufe sei in Terwen genügend vertreten, da es bei 96 Gütern über 97 Gemeindeschulen verfüge, nun müsse wie in Livland den Bauern die Gelegenheit geboten werden, sich auch eine höhere Bildung zu erwerben. Kursell proponiert, in Terwen drei Parochialschulen zu errichten, und zwar in den Kirchspielen Turgel, Ampel und St. Marien-Magdalenen. Dazu müßten vom Bauernpachtlande der dort bei den Kirchen gelegenen Güter 50—70 Desjatinen Land angekauft werden. Die Unkosten der Anlage und des ersten Aufbaues berechnete Kursell mit 8000 Rbl. pro Schule. Die Gelder sollten durch Darlehen der Kreditkasse, freiwillige Beiträge, Pöngelder aus den Gemeindeschulen, Kirchenkollekten, Materiallieferungen der Grundbesitzer, Konzerte und eine freiwillige Selbstbesteuerung der Güter mit $46\frac{1}{3}$ Kop. pro Haken gedeckt werden. Die Verwaltung der Schulen sollte in der Hand eines geistlichen und eines weltlichen Kurators liegen. Die Schulen sollten mit drei Lehrern in drei Klassen arbeiten, der Lehrgang drei Jahre dauern. Jede Schule sollte 30 Gemeindeschulabsolventen mit guten Zeugnissen aufnehmen, die ein Schulgeld von 12 Rbl. zahlen sollten. Drei Stunden lang täglich sollten sie das Schulland bearbeiten, dessen Ertrag zusam-

²⁴⁵⁾ Wäife=Maarja kihelkonnakoos pg. 1—17. — ERM I 469/50. Schulbericht Kl. Marien 1877.

²⁴⁶⁾ ERM. II IV 98. Baron R. Rosen an die Oberschulkommission. 12. VI. 1871 Nr. 38.

²⁴⁷⁾ dto. Protokoll der Tagung der Terwschen Kirchspielschulkommissionen. Wao 27. I. 1872.

men mit dem Schulgelde das Budget der Schulen mit 1700 Rbl. ausbalancieren würde. Auch über den Lehrstoff macht Rursell Vorschläge, so wünscht er Russisch, Deutsch, Kirchengeschichte, Geometrie, Geschichte, Naturgeschichte u. i. w.²⁴⁸⁾. Diese Vorschläge fanden im Prinzip beim Kreistag einmütige Billigung, und es wurde beschlossen, Maßregeln zur Realisierung des Rursellschen Planes zu ergreifen. Zunächst sollten drei einklassige Parochialschulen im Kreise errichtet und die Mittel dazu ausschließlich im Kreise, ohne Inanspruchnahme der Kreditkasse, aufgebracht werden. Eine Kommission im Bestande der Herren v. Rursell-Roß, v. Baranoff-Allenfüll und v. Brebern-Wao wurde beauftragt, bis zum nächsten Kreistag ein detailliertes Projekt auszuarbeiten und speziell über Unterbringung der Schulen und Beschaffung der Geldmittel Vorschläge zu machen²⁴⁹⁾. Diese Kommission trat im Sommer 1872 zusammen und beschloß, die Schaffung von vier Parochialschulbezirken in Terwen vorzuschlagen; die Schulen sollten bei den Kirchen Ampel, Turgel, St. Marien-Magdalenen und St. Petri errichtet werden. Die landwirtschaftliche Ausbildung beschloß man zunächst fallen zu lassen, jedoch sollten die Schulen auf anzukaufende Landstücke dotiert werden. Begonnen werden sollte die Arbeit der Schulen mit einer Klasse, eine zweite sollte später hinzukommen; Rursells Vorschläge inbezug auf den Lehrplan wurden angenommen. Was die Dotation anlangt, hielt die Kommission mindestens drei Desjatinen Acker, dazu Wiese und Weide für erforderlich; der Erwerb derselben zuzüglich des Aufbaus des Schulgebäudes und der Inventaranschaffung wurde auf 2000 Rbl. pro Schule veranschlagt. Das Budget der Schulen wurde mit 470 Rbl. berechnet, wovon 380 Rbl. durch die Revenuen des Landes und das Schulgeld, je 10 Rbl., gedeckt waren. Die Kommission proponierte eine Besteuerung der Höfe mit 46 Kop. pro Haken, auch sollten sie das Baumaterial stellen; für den noch fehlenden Rest von Geldmitteln sollten die Bauernschaften herangezogen werden. Für die erste Anlage der Schulen sollten 8000 Rbl. bei der Kreditkasse aufgenommen werden. Im Oktober 1873 sollte in allen vier Schulen der Unterricht beginnen²⁵⁰⁾. Im September 1872 fand der Kreistag statt und nahm zum Projekt Stellung. Die Frage des Ritterschaftshauptmanns Baron Maydell, ob in jedem Kreise minime vier Pa-

²⁴⁸⁾ GNA. A IV 98. Antrag A. v. Rursell an den Terwischen Kreis. Heval 24. II. 1872.

²⁴⁹⁾ GNA. A IV 103. Protokoll des Terwischen Kreistages 26. II. 1872.

²⁵⁰⁾ GNA. A IV 102. Protokoll der Terwischen Kommission zur Gründung von Parochialschulen. Heval 24. VI. 1872.

rochialschulen errichtet werden sollten, wurde bejaht. Der Erwerb der notwendigen Grundstücke wurde den Konventen der einzelnen Bezirke überlassen, die Vorschläge über die Lehrpläne der Oberschulkommission überwiesen. Was die ritterschaftlichen Subventionen anlangt, so wurden die Bezirke angewiesen, ihre Ansprüche dem Ritterschaftshauptmann mitzuteilen, der sich dann darüber mit dem Ausschuß in Relation setzen sollte. Die Kostenaufbringung wurde nicht weiter diskutiert, da sie inzwischen schon geregelt war; die übrigen Vorschläge der Kommission genehmigte der Kreistag²⁵¹⁾. Diese Beschlüsse sind jedoch nicht in vollem Umfange realisiert worden, da die Schule in St. Petri nicht ins Leben trat. Dieses Kirchspiel hatte sich mit St. Annen zur Gründung der Parochialschule zusammengetan, gab aber den Plan bald ganz auf. Das Kirchspiel St. Johannis vereinigte sich mit St. Marien = Magdalenen und eröffnete dort die Parochialschule im Januar 1873²⁵²⁾. Diese erhielt eine reichliche Fundierung in der Höhe von 300 Rbl. jährlich, die laufenden Unkosten wurden durch das Schulgeld von 13 Rbl. gedeckt; etwaige Fehlbeträge deckten die Höfe. In St. Marien = Magdalenen ging später das Hauptbestreben der Schüler nach Erlernung des Deutschen, um nachher eine städtische Mittelschule beziehen zu können. Die Turgel'sche Parochialschule entstand unter tätiger Mitwirkung des Pastors Grohmann und des Herrn v. Baranoff = Allenküll. Das Kirchspiel fundierte sie mit 250 Rbl.; sie arbeitete in zwei Klassen und zählte 1875 20 Schüler²⁵³⁾. Zu einem weiteren Schulbezirk vereinigten sich schließlich die Kirchspiele Ampel und St. Matthäi und suchten um eine jährliche ritterschaftliche Subvention von 400 Rbl. nach, die jedoch abgelehnt wurde. Wohl aber bewilligte die Ritterschaft Holz zum Bau des Parochialschulgebäudes. Die Schule in Ampel entstand aber auch ohne Beihilfe, da die Gutsbefitzer die Zahlung des Lehrergehalts von 300 Rbl. jährlich übernahmen; später mußte, da die Schülerzahl bis gegen 40 stieg, noch ein Hülfslehrer angestellt werden²⁵⁴⁾. In diesem Bezirk ergaben sich Schwierigkeiten mit dem Besitzer der Gutes Nömmküll, v. Berends, welcher sich strikt weigerte, die auf sein Gut entfallende Zahlung für die Gründung der Parochialschule zu entrichten. Auf Antrag des Ritterschaftshauptmanns wurde

²⁵¹⁾ ENA A IV 103. Protokoll des Jertöfchen Kreistages 6. IX. 1872.

²⁵²⁾ ENA. A IV 104. Jertöfcher Generalbericht per 1872/73.

²⁵³⁾ ENA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulß 1874/75; ENA 176. Schultabelle 1881/82; A. d. L. Sch. R. Eingänge v. Schulbericht G. v. Grünewaldt. Stoß 4. VI. 1882 Nr. 25.

²⁵⁴⁾ Bgl. Ann. 251; ENA. A IV 103. Ausschuß-Protokoll 21. XI. 1873.

beschlossen, gegen ihn erefutorische Maßnahmen wegen Renitenz zu ergreifen²⁵⁵⁾). Wenn somit auch nicht der volle Umfang des Programms erfüllt worden war, so war Jertzen nun immerhin ausreichend mit Parochialschulen versorgt. X

Einem dringenden Bedürfnis entsprachen allgemeine Bestimmungen über das Lehrprogramm von Parochialschulen. Die Oberschulkommission sprach den Wunsch aus, es möchte nach Möglichkeit eine Scheidung der Lehrgegenstände der Gemeinde- und Parochialschulen vorgenommen werden und beauftragte den Generalsuperintendenten Schulz, ein derartiges Programm auszuarbeiten²⁵⁶⁾). Dieselbe Frage hatte bereits 1872 die Provinzialsynode beschäftigt, welche durch eine Kommission ein Projekt über die Trennung der Lehrgegenstände hatte entwerfen lassen. Diese hatte für die Parochialschulen eine Erweiterung des Lehrstoffes der Gemeindefachfächer (inkl. Geographie) vorgesehen, außerdem Russisch, Deutsch, allgemeine und Kirchengeschichte als obligatorische, sowie Physik und Naturkunde als fakultative Lehrgegenstände²⁵⁷⁾). Dieses Programm wurde von Schulz der Oberschulkommission vorgetragen und von dieser angenommen²⁵⁸⁾ und bildete die Grundlage der Arbeit der Parochialschulen bis 1875.

Was die Bewilligung von Subventionsgesuchen für Parochialschulgründungen anlangt, so war da die Stellungnahme des Ausschusses keineswegs konstant. Die ersten Gesuche wurden bewilligt, dann folgten mehrere Ablehnungen. Wenn auch rechtlich keinerlei Verpflichtungen vorlagen, in solchen Fällen helfend einzugreifen, so sind die erfolgten Absagen immerhin zu bedauern, da deswegen mehrere Parochialschulgründungen haben unterbleiben müssen. Zwei solcher Fälle brachte das Jahr 1873. In den Kirchspielen St. Katharinen und Haljal bildete sich ein Komitee von Bauern, welches eine Schule mit höherem Unterricht zu gründen beabsichtigte und die Gutbesitzer Baron Pahlen und Dellingshausen zu seinen Ehrenmitgliedern wählte. Das Komitee veranstaltete unter den Bauern Sammlungen, deren Ertrag jedoch nicht ausreichte, um, wie beabsichtigt, die ehemaligen Poststationsgebäude von Loop anzukaufen. Daher wandte sich das Komitee an den Ritterschaftshauptmann Baron Maydell und erbat eine einmalige Subvention von 600 Rbl., welche den noch fehlenden Betrag darstellte. Auf

²⁵⁵⁾ EKA. A IV 115. Protokoll des Jertzen'schen Kreistages 7. IX. 1874.

²⁵⁶⁾ EKA. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 1. III. 1873.

²⁵⁷⁾ EKA I 536/13. Synodal-Protokoll 23—24. VI. 1872.

²⁵⁸⁾ EKA. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 11. III. 1873.

Bitte des Komitees befürwortete Baron Pahlen — als Ehrenmitglied — dieses Gesuch²⁵⁹⁾. Der Ausschuß jedoch nahm daran Anstoß, daß das Gesuch nicht von der lokalen Schulverwaltung ausgegangen, sondern der Initiative der Bauern selbst entsprungen war. Er stellte fest, die gesetzlichen Organe der Landeschulverwaltung seien umgangen und eine derartige Anstalt könne überhaupt nicht ohne Konsens der örtlichen Schulautoritäten ins Leben treten. Aus diesen Erwägungen wurde das Gesuch abgelehnt²⁶⁰⁾. Dieser Beschluß hat sich als ein verhängnisvoller Fehler erwiesen. Wenn auch das Schulkomitee nicht den formell richtigen Weg eingeschlagen hatte, so war doch eine derartige bäuerliche Initiative nur zu begrüßen und in keinem Falle war es richtig, die Bauern so schroff zurückzustößen. Die Folge war, daß sie einen anderen Weg einschlugen, um zu einer höheren Schule zu kommen, nämlich über die noch zu behandelnde Gesellschaft „Kalewipoeg“. Diese Lösung mußte jedoch der Ritterschaft sehr unerwünscht sein, da so eine Schule außerhalb ihres Kompetenzbereiches entstand. — Ebenso wurde ein Subventionsgesuch des Russischen Kirchenkonvents abgelehnt, so daß es in Harrien zunächst bei der einzigen Parochialschule in St. Johannis blieb. Wohl aus der Erkenntnis heraus, daß der bisherige Modus des Verfahrens mit Subventionsgesuchen auf die Dauer nicht durchführbar sei, stellte 1873 Landrat v. Lilienfeld den Antrag, dem nächsten Landtag das Auswerfen einer gewissen jährlichen Summe zu Zwecken der Unterstützung von Parochialschulen zu proponieren, was vom Ausschuß einstimmig gebilligt wurde²⁶¹⁾. Bevor jedoch ein derartiger Landtagsbeschluß gefaßt wurde, lief noch ein Gesuch ein, dessen Bewilligung dringend notwendig erschien. Im Kirchspiel Isaak lagen die Schulverhältnisse besonders kompliziert: die Mehrzahl der ca. 5000 lutherischen Gemeindeglieder bediente sich, obgleich sie auch das Estnische beherrschten, als Muttersprache des Russischen und hatte einen starken Zug zu allem Russischen und zur Orthodorie. So ließen z. B. viele Eltern ihre Kinder orthodox werden, um dem Schul- und Konfirmationsunterricht zu entgehen. Der Ortspastor Hippus sah mit Recht in diesen Verhältnissen einen besonders günstigen Boden für eine griechisch-slawische Propaganda und hielt die evangelische Schule und Kirche für das beste Gegenmittel. Aus diesem Grunde hatte er das größte

²⁵⁹⁾ *GA. A* IV 104. Schulkomitee von Galja-St. Katharinen an den Ritt. Optm. Baron Maydell. Attentat 19. II. 1873; Baron A. Pahlen an den Ritt. Optm. Baron Maydell. Reval 8. III. 1873.

²⁶⁰⁾ *GA. A* IV 109. Ausschuß-Protokoll 12. III. 1873.

²⁶¹⁾ *dto.* Ausschuß-Protokoll 15. XII. 1873.

Gewicht auf die Hebung des Gemeindeschulwesens gelegt und auf diesem Gebiete auch beträchtliche Erfolge errungen. Besonders notwendig erschien ihm eine Parochialschule, da viele Eltern ihre Kinder, und zwar gerade die begabtesten, in die russische Elementarschule in Narwa oder zu orthodoxen Rüstern in Unterricht gaben. Hippus hatte daher aus seinen privaten Mitteln und solchen der ev.-luth. Unterstützungskasse eine kleine Parochialschule in Isaaß unterhalten, die jedoch nach einigen Jahren aus Mangel an Mitteln einzugehen drohte. Dieser Notlage kam eine Stiftung des Dr. Meister im Betrage von 2500 Rbl. zur Hilfe. Hippus hatte nun ein geeignetes Immobil ausfindig gemacht, wo die Parochialschule in Zukunft arbeiten sollte, das jedoch 3500 Rbl. kostete. Die Eingepfarrten übernahmen die Bauarbeiten, es verblieb jedoch ein Fehlbetrag von 1000 Rbl., ebenso fehlte die Lehrer-
 gage. Daher erbat Hippus eine ritterschaftliche Subvention von 500 Rbl., sowie jährlich 200 Rbl. als Gehalt für den Lehrer²⁶²⁾. Hier erkannte der Ausschuß die besonders exponierte Lage, in welcher sich die Bevölkerung Orthodorie und Russentum gegenüber befand, und gewährte alle von Hippus beantragten Unterstützungssummen. Gleichzeitig wurde in Aussicht genommen, aus dieser Anstalt im Laufe der Zeit ein Seminar hervorgehen zu lassen, da man ganz richtig kalkulierte, die Zöglinge aus dem Isaafschen Kirchspiel würden eine besonders gute Kenntnis des Russischen haben, was sie wegen der gesteigerten Ansprüche in dieser Sprache als Lehrer geeignet erscheinen ließ²⁶³⁾. Diese Anstalt arbeitete in einer einzigen Klasse; die Frequenz war reichlich und belief sich zur Zeit auf über 30. Die Erweiterung zu einem Seminar ist allerdings nicht vorgenommen worden.

Eine weitere mierländische Parochialschule entstand in Ma i w a r a, die 1874 vom Gutbesitzer Baron C. Korff auf eigene Kosten errichtet und reichlich dotiert wurde; der Jahresetat balancierte mit 600 Rbl. Besondere Berücksichtigung fanden hier landwirtschaftliche Fächer. Der Hauptlehrer, Heinrich Masing, hatte seine Ausbildung als Landwirt in Hildesheim erhalten und nachher in Halle studiert, der Hilfslehrer, ein Deutscher, war in St. Petersburg ausgebildet worden. Neben Religion, Estnisch, Russisch, Mathematik (einschließlich Algebra, Geometrie und Landmessen), Zeichnen, Geschichte, Geographie, Naturgeschichte und Physik wurde in folgenden Fächern unterrichtet: Bodenkunde, Ackerbau,

²⁶²⁾ GNA. A IV 110. Pastor Hippus an den Mitt. Optm. Baron Mahdell. Isaaß 31. XII. 1873.

²⁶³⁾ GNA. A IV 115. Ausschuß-Protokoll 15. II. 1874.

Pflanzenbau, Wiesenbau, Viehzucht, organische, anorganische und Agrikulturchemie, Buchführung, landwirtschaftliche Betriebslehre und Gartenbau. Für diesen umfangreichen Unterricht wurde ein Schulgeld erhoben, das im ersten Semester des zweijährigen Lehrganges 12 Rbl. betrug und in den späteren Semestern auf 8 Rbl. fiel²⁶⁴⁾. Auch diese Schule, die zweiklassig war, arbeitete mit einer reichlichen Schülerzahl; 20—25 waren vorgesehen, 1875 betrug ihre Zahl jedoch 34 und 1882 sogar 56²⁶⁵⁾. Die Volkstradition erzählt, in den sechziger Jahren beim Abschluß der Pachtkontrakte hätten nur zwei Waiwarasche Bauern ihren Namen zu schreiben verstanden, was auf Korff großen Eindruck gemacht und ihn zur Errichtung der Parochialschule bewogen habe²⁶⁶⁾.

Auf dem Landtag von 1875 kam der Antrag des Landrats v. Lilienfeld, eine jährliche feste Summe für Parochialschulunterstützungen zu bestimmen, zur Sprache. Von den Kreisdeputierten wurden 1000 Rbl. in Vorschlag gebracht. Baron Stadelberg-Pärjental sprach sich gegen die Fixierung einer bestimmten Summe aus und wünschte die Formulierung, wenn das Kirchspiel $\frac{2}{3}$ der notwendigen Summe aufbringe, so übernehme die Ritterschaft den Rest. Eine längere Diskussion rief Herr v. Berends hervor, der feststellte, ein Zwang auf den einzelnen in bezug auf Zahlungen für Parochialschulen sei unstatthaft, da solche Gründungen nur auf privatrechtlichen Einigungen beruhten, die Kirchspielskonvente besäßen keine gesetzliche Kompetenz, hierüber bindende Beschlüsse zu fassen. Nach einer längeren Debatte billigte jedoch der Landtag den Konventen dieses Recht bei einer Majorität von $\frac{2}{3}$ zu und nahm für das nächste Triennium 1000 Rbl. für Parochialschulzwecke in sein Budget auf²⁶⁷⁾. Dieser Kredit ist jedoch für Neugründungen kaum mehr in Anspruch genommen worden, sondern auf laufende Subventionen gegangen. 1878 sucht das Kirchspiel Karusen um eine Unterstützung nach, wird jedoch abgewiesen, da das Gesuch als unbegründet angesehen wird²⁶⁸⁾. Bis zu einem gewissen Grade erscheint diese Ablehnung auch berechtigt, da die nächste Parochialschule, die zu Hanekl, nur fünf Kilometer von Karusen ent-

²⁶⁴⁾ Gesti Postimees 1874 Nr. 42.

²⁶⁵⁾ R. d. G. G. Lisch: Schulwesen. Afte Nr. 6/5. [1874] Hofenrichter Baron Arpschhofen an den Gouv. Fürst Schachowskoj. Narwa 19. XI. 1874 Nr. 3914; GMA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

²⁶⁶⁾ G. R. G. A. Stipendiatenbericht R. Pöldmäe über das Rsp. Waiwara. 1931.

²⁶⁷⁾ GMA. A IV 121. Landtags-Protokoll 16. u. 20. I. 1875.

²⁶⁸⁾ GMA. A IV 139. Ausschuß-Protokoll 15. XII. 1878.

fernt war. Der Plan, in Goldenbed eine Parochialschule zu errichten, ist nicht zur Ausführung gelangt²⁶⁹⁾.

1882 existieren noch zwei weitere Parochialschulen, über deren Entstehung wir nicht näher orientiert sind. Die eine von ihnen unterhält der Ruster zu Rosch auf eigene Kosten, wofür er nur durch das Schulgeld von je 15 Rbl. entschädigt wird; die zweite besteht beim Ruster zu St. Michaelis und wird durch Beiträge der Bauernschaften und das Schulgeld unterhalten²⁷⁰⁾. Weitere Neugründungen sind bis zum Ressortwechsel nicht mehr vorgekommen. Zu erwähnen wäre nur noch die Mädchenparochialschule Turgel, eine Stiftung von Alexander, Christoph, Mathilde und Christel v. Baranoff. Diese Schule erhielt von ihren Stiftern ein festes Statut, worin als ihr Hauptzweck die Heranbildung tüchtiger, gesitteter Weiber bezeichnet war, sie sollte auf „passende Schulbildung, Ordnungsliebe, Reinlichkeit und Arbeit“ hinwirken. Fundiert wurde sie auf ein unveräußerliches Gefinde von 13 Deßj. Größe, versehen mit den nötigen Gebäuden und Schulinventar; die Revenuen des Landes sollten zum Unterhalt der Schule dienen. Ferner stiftete die Familie v. Baranoff ein unantastbares Kapital von 5000 Rbl., von welchem nur die Zinsen verbraucht werden durften. Die Verwaltung der Schule wurde einem Kuratorium übertragen, bestehend aus dem Besitzer des Gutes Allenfüll, dem Pastor und dem Schulrevidenten von Turgel, sowie zwei eingepfarrten Damen²⁷¹⁾. Die Anstalt begann ihre Tätigkeit mit sechs Schülerinnen unter der Leitung eines libländischen Parochialschulabsolventen und seiner Ehefrau²⁷²⁾.

Die zweite Hälfte der siebziger Jahre stellt in Estland den Höhepunkt der Entwicklung der Parochialschulen dar. Ihre Zahl hat sich über die behandelten Schulen hinaus nicht mehr vermehrt. 1883 wurde auf der Synode in Anregung gebracht, sie in eine nähere Verbindung mit Ruda zu bringen, was dadurch bewerkstelligt werden sollte, daß Ruda nur solche Zöglinge aufnahm, die dreijährigen Besuch einer Parochialschule nachweisen konnten. Dieser Antrag wurde jedoch als praktisch undurchführbar verworfen²⁷³⁾. So läßt es sich nicht feststellen, wie viele Parochialschüler später noch das Seminar besucht haben. 1882 bestanden

²⁶⁹⁾ Walsus 1885 Nr. 44.

²⁷⁰⁾ ENA. 176. Schultabelle 1881/82.

²⁷¹⁾ A. d. O. Sch. St. Eingänge v. „Statuten der Turgel=Allenfüllschen Mädchenparochialschule“

²⁷²⁾ ENA. 176. Schultabelle 1881/82.

²⁷³⁾ ENA I 536/13. Synodal=Protokoll 16. VI. 1883.

in den estländischen Landkirchspielen (neben der Rüsterschule zu Wesenberg mit 49 und der Weißensteinschen Kirchenschule mit 34 Schülern) 14 Parochialschulen, welche insgesamt von 325 Schülern besucht wurden. Diese Zahl ist verhältnismäßig sehr gering, wenn man bedenkt, daß es nur ca. 1% der Gesamtzahl der Zöglinge der Bauernschulen Estlands sind. Fünf von diesen Parochialschulen arbeiteten mit je zwei Lehrkräften. Sämtliche Parochialschulen erhoben ein Schulgeld, welches zur Bestreitung der laufenden Unkosten dringend erforderlich war. Was das Aufbringen der Geldmittel anlangt, so lag dieses vorwiegend auf den Höfen und die Beteiligung der Bauern erschöpfte sich in sehr vielen Fällen in der Zahlung des Schulgeldes. So zahlten in St. Simonis die Höfe 146 Rbl., die Gemeinden — 30 Rbl.; in Turgel erstere 358 Rbl., letztere — 58 Rbl.; in St. Johannis in Harrien betrugen die Anteile 130 und 35 Rbl. In Jewe, Waiwara, St. Jakob und Ampel partizipierten die Bauernschaften überhaupt nicht am Unterhalt, und nur die St. Michaelische Parochialschule wurde ganz ohne Unterstützung der Höfe unterhalten²⁷⁴⁾. Laut einer offiziellen Aufstellung von 1877 zahlten die Gutsbesitzer jährlich für Parochialschulzwecke ca. 3560 Rbl., der jährliche Ertrag des Schulgeldes wurde mit 2960 Rbl. angegeben²⁷⁵⁾. So kann man wohl sagen, daß das Bestehen der Parochialschulen vorwiegend den materiellen Opfern des Gutsbesitzerstandes zu verdanken ist. Für die Bauern lag ja auch keinerlei rechtliche Verpflichtung zu einer Beisteuer vor.

Die Parochialschulen haben in Estland in noch größerem Maße zur Heranbildung von Lehrern beigetragen als die Seminare 1882 befinden sich unter den an estländischen Volksschulen wirkenden Lehrern 167 Seminaristen, davon 117 aus Ruda, 14 aus Paschlep, 17 aus Jeddefe, 3 aus Alexanderhof, 12 aus Karmel und 4 anderweitig ausgebildete, wobei dieselben vorwiegend in der Wiek und Harrien ansässig waren. Umgekehrt saßen die Parochialschulabsolventen vor allem auf den Lehrerstellen Wierlands und Terwens. Ihre Gesamtzahl beträgt 1882 — 249, welche fast zu gleichen Teilen von estländischen und nordlivländischen Parochialschulen kommen, was folgende Tabelle verdeutlicht²⁷⁶⁾.

²⁷⁴⁾ = Anm. 272.

²⁷⁵⁾ R. d. E. G. Afte Nr. 439 I/25 [1868] Oberschulkommission an den Goub. Politanow. Reval 23. II. 1877 Nr. 5.

²⁷⁶⁾ ENA. 176. Schultabelle 1881/82.

A. Ausbildungsort:	B. Dienststelle in			
	Harrien:	Bierland:	Ferwen:	Wied:
Estland:				
St. Simonis	2	38	7	—
St. Jakobi	—	4	—	—
Jewe	—	24	—	—
Hohenkreuz	1	8	—	—
Waiwara	—	6	—	—
Njaaf	—	4	—	—
Ampel	1	1	9	—
Turgel	2	—	5	—
St. Marien-Magdalenen	—	3	7	—
Kosch	1	—	—	—
St. Johannis i/H.	2	—	—	—
Hanehl	—	—	—	1
Summe a. Estland	9	88	28	1
Livland:				
Torma	—	5	1	—
Lais	—	7	8	—
St. Bartholomäi	—	4	—	—
St. Marien-Magdalenen	—	3	—	—
Katwelecht	—	—	1	—
Randen	—	1	—	—
Ringen	—	1	—	—
Testama	—	—	—	1
Audern	—	—	—	1
Koddafer	—	12	—	—
Tarwaft	—	—	1	—
Groß St. Johannis	—	—	2	—
Tellin	3	—	7	2
Oberpahlen	3	5	16	—
Pillistfer	8	7	16	1
Torgel	—	—	—	1
Unbekannt	3	—	—	3
Summe a. Livland	17	45	52	9

Aus dieser Aufstellung ergibt sich mit Deutlichkeit, daß die in Estland zur Heranbildung von Lehrern in Frage kommenden Schulanstalten nicht genügten, da man in so weitgehendem Maße gezwungen war, Lehrer aus Nordlivland zu berufen. Die Nordlivländer haben

vorwiegend in den Gegenden mit dem älteren Schulneß, Wierland und Serwen, Lehrerstellen bekleidet. Es hat in Estland also nicht nur zu wenig Parochialschulen gegeben, sondern mit der Gründung derselben ist auch soweit spät begonnen worden, daß vorher die Lehrerstellen bereits mit Livländern besetzt waren. Die Kirchspiele St. Simonis und Jeme dagegen mit ihren alten Parochialschulen bilden eine Ausnahme, indem dort ihre eigenen Zöglinge die Mehrzahl der Gemeindeschulen geleitet haben. Gegen die Berufung der Livländer jedoch erhoben sich mit der Zeit gewisse Bedenken; wegen der dort viel tiefer verwurzelten und radikaler auftretenden jungestnischen Bewegung betrachtete man sie vielfach als unerwünschte Unruhestifter und Heßer. Man glaubte in den Parochialschulen dank der direkten Beeinflussung und Kontrolle durch die Pastoren einen stärkeren Einfluß auf die Entwicklung der Zöglinge ausüben zu können und so zu einem konservativeren, kirchlicheren und ruhigeren Lehrerstande zu gelangen ²⁷⁷). X

Trotzdem jedoch ist nicht zu verkennen, daß in den achtziger Jahren ein gewisser Niedergang des Parochialschulwesens einsetzt. Wir haben bereits gesehen, daß schon seit 1875 fast gar keine Neugründungen mehr stattgefunden hatten. Einerseits waren es wohl die städtischen Elementarschulen mit russischer und deutscher Sprache, welche in steigendem Maße für die bäuerliche Jugend Anziehungskraft gewannen. Andererseits mußten die Parochialschulen, die ja bei den Kirchen bestanden und von den Pastoren persönlich stark beeinflusst wurden, bei der Bauernschaft als vorwiegend kirchlich orientiert angesehen werden, so daß man glaubte, dort eine zu einseitig religiös gefärbte Bildung zu erhalten. In den Einzelfällen haben dann verschiedene andere Motive zum Verfall der Parochialschulen beigetragen. So hatten 1881 die Höfe der Hanehlschen Parochialschule ihre Subvention entzogen, und die Bauerngemeinden verweigerten ebenfalls ihre Unterstützung. Dazu bestand eine heftige Konkurrenz gegen dieselbe: eine höhere Schule zu Alt-Werpel, die mit einer speziellen Konzession der Regierung ins Leben getreten war und außerhalb des Landes Schulneß stand, sowie die deutsche Elementarschule in Leal. So wurde sogar bemerkt, der Übergang zur deutschen Unterrichtssprache wäre vielleicht der einzige Ausweg, um die Hanehlsche Parochialschule konkurrenzfähig zu machen ²⁷⁸). —

²⁷⁷) Vgl. A. d. D. Sch. N. Eingänge III. Wierl. Schulbericht. G. Baron Stadelberg. Kurkül 29. VI. 1880.

²⁷⁸) A. d. D. Sch. N. Eingänge IV. Wiedscher Schulbericht. W. v. Grünwaldt. Schloß Leal 8. VI. 1881 Nr. 13.

Eine derartige Umstellung wurde jedoch nicht vorgenommen, sondern bald darauf schloß die Anstalt ihre Tore ²⁷⁹⁾. — Die Turgelsche Knabenparochialschule hatte sehr gute Erfolge aufzuweisen gehabt: so deklamierten die Schüler dort russische und deutsche Gedichte, lernten Russisch nach dem umfangreichen Niggolschen Lehrbuch, trieben Weltgeschichte u. s. w. ²⁸⁰⁾. Dann jedoch sank die Frequenz so stark, daß, um die Schule überhaupt zu halten, ihr Programm auf das Niveau einer Gemeindeschule gesenkt werden mußte ²⁸¹⁾. Der völlige Zusammenbruch des Parochialschulwesens nach dem Ressortwechsel scheint ein Beweis dafür zu sein, daß diese Schulgattung in Estland doch nicht genügend fest verwurzelt gewesen ist. Man kann hier auch nicht behaupten, daß eine steigende Entwicklung durch staatliche Maßnahmen mit Gewalt abgeschnitten worden ist, da ja der Stillstand und ein gewisser Rückgang bereits vor 1885 eingesezt hatten. Während in Livland sich die Rüsterschulen zu Parochialschulen ausgewachsen hatten, war in Estland der erstere Schultypus bereits am Anfang des Jahrhunderts fast ganz verschwunden, so daß hier keine Fortentwicklung der bei den Kirchen befindlichen Schulen möglich war, sondern ein Neuaufbau nach einem Stillstand von mehreren Jahrzehnten folgen mußte. Daß dieser so spät erfolgte und keineswegs überall mit einheitlicher Energie in Angriff genommen wurde, hatte zur Folge, daß das estländische Parochialschulwesen hinter dem livländischen weit zurückgeblieben ist und nur beschränkten Anteil an der Bildung des Volkes hat nehmen können.

III Gemeindeschulen

Der Abschluß des Ausbaus des Gemeindeschulnetzes hatte bis zum Anfang der siebziger Jahre noch in weiter Ferne gelegen. Aber gleich der Beginn der siebziger Jahre brachte merkliche Fortschritte mit sich. So führte der Generalsuperintendent Schulz in seinem Synodalbericht 1871 aus, das letzte Jahr scheine einen starken Aufstieg des Schulwesens einzuleiten: die Frequenz und der Umfang des Unterrichtsstoffes seien gestiegen und der Widerstand der Bauern gegen die Schule scheine überwunden zu sein ²⁸²⁾. Wenn auch letztere Annahme

²⁷⁹⁾ GMA. II IV 175. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Landtag. 1884.

²⁸⁰⁾ GMA I 469/55. Schulbericht Turgel 1882.

²⁸¹⁾ = Anm. 279.

²⁸²⁾ GMA I 536/13. Synodal-Protokoll 21. VI. 1871.

etwas optimistisch erscheint, so meldet der Rechenschaftsbericht Schulh's bereits 1872 das Vorhandensein von 471 Bauernschulen, gegen 445 im Vorjahre, was eine starke Tempobeschleunigung in der Erweiterung des Schulnetzes darstellt ²⁸³). Mit dem zweifellos steigenden Interesse der Bauerngemeinden begnügte sich jedoch die Oberschulkommission nicht, sondern warf auch ihre eigene Autorität in die Wagschale. So beschloß sie 1873, an eine ganze Reihe von Gutsbesitzern, meist in Harrien und der Wieck, deren Bauerngemeinden noch keine Schulen besaßen, die Aufforderung zu richten, bei denselben auf die Errichtung von Schulen hinzuwirken ²⁸⁴). Im Kirchspiel St. Martens hatte diese Intervention den Erfolg, daß eine Versammlung der Gemeindeältesten den Beschluß faßte, jede Gemeinde, welche bis zum Herbst 1874 noch keine Schule errichtet habe, sei mit der Summe von 80 Rbl. zum Besten der Schulkasse zu pönen. Eine bald darauf erfolgte Visitation durch die Kreisschulkommission bot die Gelegenheit, die Gemeindeältesten erneut energisch an die Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu erinnern ²⁸⁵). Diese Aktionen der Jahre 1873/74 hatten das Ergebnis, daß die Zahl der Schulen bis 1875 auf 500 stieg ²⁸⁶). Das vorgesehene Ziel war damit noch keineswegs erreicht. Neben Schwierigkeiten bei den Gemeinden fällt die Schuld dabei fraglos auf Widerstände, die von einzelnen Gutsbesitzern geleistet wurden. Wo dieselben ein größeres Interesse für das Schulwesen hatten, bestanden ja wohl in den meisten Fällen bereits Schulen, nun handelte es sich im wesentlichen darum, uninteressierte oder gar ablehnend eingestellte Gutsbesitzer zur Mitwirkung heranzuziehen. An manchen Orten ließen sich jedoch diese Widerstände der Gutsherrschaft nicht überwinden: so blieb der Besitzer von Uddila bei der Verweigerung seiner Mitwirkung, und Herr v. Peek-Angern erklärte, Schulrevident und Schulkommission möchten selbst das Land zur Schule hergeben ²⁸⁷). Die letztgenannte Stellungnahme widersprach strikt den Bestimmungen des Schulgesetzes von 1875, wo laut § 5 die unentgeltliche Hergabe des für die Errichtung der Schule notwendigen Grundstücks durch den

²⁸³) Estländische Korrespondenz in: Baltische Monatschrift Bd. 21. 1872. pg. 54.

²⁸⁴) ENA. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 26. VI. 1873.

²⁸⁵) ENA. A IV 110. Protokoll der Schulrevision im Ksp. St. Martens 27. XII. 1873.

²⁸⁶) ENA. A IV 126. Ritt. Optm. Baron Maybell an den Gouv. Polivanow. Reval 21. II. 1876 Nr. 104.

²⁸⁷) ENA. A IV 111. Protokoll der Hagger'schen Kirchspielschulkommission 17. I. 1874.

Hof vorgeesehen war. In derartigen Fällen von Gesetzwidrigkeit standen natürlich der Oberschulkommission alle Wege offen, den betreffenden renitenten Gutsherrn zur Erfüllung seiner Verpflichtung zu zwingen. Die Ampelsche Kirchspielschulkommission hatte den Besitzer des Gutes Nömmküll, v. Berends, nicht dazu zu bringen vermocht, etwas für die Gemeindegemeinschaft zu tun, die sich in traurigem Zustande befand; er lehnte prinzipiell jede Mitwirkung ab und verlangte für eine kleine Schulstelle eine bedeutende Pachtzahlung²⁸⁸). Ebenso abweisend verhielten sich die Besitzerin von Kl. Goldenbeck, Gräfin Burghöden, sowie der Hof Taibel — letzterer eine Domäne²⁸⁹)! Ein scharfer Konflikt war 1875 in Maart entstanden, da Herr v. Brevern das provisorische Schulreglement nicht anerkannte und der Ritterschaftshauptmann intervenieren mußte; ja hier hatte sich die Situation so zugespitzt, daß zeitweilig der Kirchspielschulrevident sein Amt niederlegen wollte, ebenso der Pastor²⁹⁰). So haben in manchen Fällen Gutbesitzer die Entwicklung des Schulwesens schwer geschädigt!

Daß Jahr 1876, das erste des neuen Schulgesetzes, hatte die Entwicklung des Schulwesens so wenig gefördert, daß die Gesamtzahl nur bis 504 gestiegen war²⁹¹). Daher wurde der Oberschulkommission wiederum eine Liste der in der Schullerichtung säumigen Bauerngemeinden vorgelegt, worauf dann der Ritterschaftshauptmann Baron Mandell die entsprechenden Gutbesitzer ersuchte, in diesen Gemeinden Neugründungen möglichst zu fördern. Auch jetzt noch mußte stellenweise ein harter Kampf mit den Bauerngemeinden durchgeföhrt werden. So stieß die Kirchspielschulkommission von Merjama auf scharfen Widerstand der Gemeinden Rosental, Paenküll, Rörwentad, Ronofen und Moissama, wo bisher überhaupt kaum Unterricht erteilt worden war. Es glückte ihr nicht, sich allein durchzusetzen, und erst nachdem die KreisSchulkommission und mehrere Gutbesitzer eingegriffen hatten, gelang es, die renitenten Gemeinden von der Nutzlosigkeit ihrer Opposition zu überzeugen. Wie kleinliche Quertreibereien zu solchen Schwierigkeiten führen konnten, beweist der Fall Paenküll, wo eine einzige Persönlichkeit die ganze Opposition erregt hatte, weil sie selbst das

²⁸⁸) *ENM* I 469/48. Schulbericht Ampel 1875.

²⁸⁹) *U. d. O. Sch. R.* Eingänge IV. Biederscher Schulbericht. B. v. Grünwaldt. S. VI. 1881 Nr. 13.

²⁹⁰) *ENM* I 469/48. Schulbericht Jegeslecht 1875. — *ENM. U* IV 117. Hartscher Schulbericht. Pastor Kentmann. Rusal 5. VI. 1875.

²⁹¹) *ENM. U* IV 113. Ritt. Optm. Baron Mandell an den Gouv. Politwanow. Rebal 28. I. 1877 Nr. 63.

zur Schulstelle bestimmte Grundstück zu pachten gedachte²⁹²⁾! Schulgründungen sind in den folgenden Jahren noch in bedeutender Anzahl erfolgt, die Gesamtsummen ergeben folgende Zahlen: 1879 — 519²⁹³⁾, 1881 — 532²⁹⁴⁾, 1885 — 544²⁹⁵⁾. Diese Zahlen beweisen, daß auch noch in den achtziger Jahren trotz der einsetzenden Störungen durch die orthodoxe Konversion die Verdichtung des Schulnetzes angehalten hat, um 1886 den Höhepunkt zu erreichen. Dann jedoch setzen die Folgeerscheinungen der zahlreichen Übertritte zur Orthodorie und der Maßregeln in Verbindung mit dem Ressortwechsel und der Russifizierung der Schulen ein und leiten den Niedergang der lutherischen Volksschule ein. Bis dahin hatte sich im Laufe der letzten 20 Jahre die Zahl der Volksschulen mehr als verdoppelt (1860: 232). Die Zahl der Gutsgemeinden betrug, wie bereits erwähnt, nach Jordan 450, welche Zahl somit von der Zahl der errichteten Schulen bedeutend überstiegen wurde. Denn im Laufe der Zeit hatte es sich erwiesen, daß manche Gemeinden eine zu große Einwohnerzahl besaßen, um alle Kinder in einer einzigen Schule unterzubringen. Diese Tatsache war bereits vor Einführung des Schulzwanges in manchen besonders volkreichen resp. ausgedehnten Gemeinden in Betracht gezogen worden, was die Errichtung einer zweiten Schule zur Folge gehabt hatte. 1860 befinden sich in folgenden Gemeinden zwei Schulen: Mehntad, Illud, Lagena, Alt-Ifenhöf, Paggar, Palser, Roif; die Gemeinde Borkholm verfügte sogar über drei. Durch die Einführung der Schulpflicht stieg nun in zahlreichen Schulen die Schülerzahl so stark, daß oft weder ein Gebäude ausreichte, noch ein einziger Lehrer für die Erteilung des Unterrichts genügte. Der Durchschnitt der Schülerzahl pro Schule lag sowieso schon ziemlich hoch: so betrug er 1877 in Harrien 69, in Wierland 72, Terwen 55, Wied 64²⁹⁶⁾. Zahlreiche Schulen waren gezwungen, hundert und mehr Schüler aufzunehmen. Nun war aber in Schulgesetz von 1875 die

²⁹²⁾ A. d. O. Sch. R. Prot.-Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 27. I. 1877; — dto. Eingänge III. Wiescher Schulbericht. F. v. Gernet. Riwidipäh 17. VI. 1878 Nr. 43.

²⁹³⁾ EM. A IV 144. Mitt. Optm. Graf Rehbinder an den Gouv. Polivanow. Rebal 9. v. 1879 Nr. 223.

²⁹⁴⁾ EM. A IV 156. Mitt. Optm. Baron Wrangell an den Gouv. Polivanow. Rebal 21. VIII. 1880 Nr. 420.

²⁹⁵⁾ EM. A IV 187. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Graf W. Tiefenhausen an den Landtag 1886. — Den Stand des Schulwesens vor der Zeit der Russifizierung verdeutlicht die am Schluß beigegebene Karte.

²⁹⁶⁾ Freh pg. 8.

Verpflichtung zur Anlage mehrerer Schulen durch eine Gemeinde nicht genau fixiert worden, indem der § 5 zwar besagte, auf Gemeinden von 300—1000 Seelen habe wenigstens eine Schule zu entfallen, jedoch nichts darüber hinaus festlegte. Hier sowie in der Bauernverordnung von 1856 wurde also mit der Zeit eine Lücke spürbar. Bereits 1873 war im Jermischen Generalbericht darauf hingewiesen worden, es sei ein Zusatz zur Bauernverordnung notwendig, welcher Gemeinden von 500—600 Seelen zur Anlage von zwei Schulen verpflichte²⁹⁷⁾. So befanden sich z. B. in der Schule zu Noistfer 180 Kinder, was sehr mangelhafte Ergebnisse der Schularbeit zur Folge hatte²⁹⁸⁾. Schülerzahlen von 200—300 Kindern waren keine Seltenheit²⁹⁹⁾. Dabei war, wie der Generalsuperintendent Schulz feststellte, eine Zahl von 60 Schülern eigentlich das Maximum, welches ein Lehrer übersehen konnte³⁰⁰⁾. 1873 wurde es zur Kenntniß der Oberschulkommission gebracht, daß die große Gemeinde Großenhof auf Dagö nur eine einzige Schule besitze, in welcher sich 793 (!) Kinder befänden. In diesem Fall stellte sich die Oberschulkommission auf den Standpunkt, es liege in derartigen Zuständen ein Widerspruch zur Bauernverordnung vor, und bat den Ausschuß um seine Vermittlung, damit hier Abhülfe geschaffen würde. Dieser pflichtete dem bei und veranlaßte eine Intervention des Ritterschafthauptmanns beim Besitzer von Großenhof, Grafen Ungern-Sternberg³⁰¹⁾. Dort sind dann in der Folgezeit zwei neue Schulen errichtet worden, die sämtlich gut besucht waren³⁰²⁾.

Ausgehend von der Überzeugung, daß eine zu große Schülerzahl den Fortgang des Unterrichts schädige, ließ sich die Oberschulkommission 1877 ein Verzeichnis der Gutsgemeinden mit mehr als 150 schulpflichtigen Kindern vorlegen. Dieses ist uns selbst leider nicht mehr erhalten, aber man kann wohl annehmen, daß die Zahl derartiger Gemeinden keine ganz geringe gewesen ist. Die Oberschulkommission beauftragte den Ritterschafthauptmann, in diesen Gemeinden auf die Errichtung

²⁹⁷⁾ ERN. A IV 104. Jermischer Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.

²⁹⁸⁾ ERN. A IV 110. A. v. Baranoff an die Oberschulkommission. Allenföhl 26. II. 1874 Nr. 4.

²⁹⁹⁾ —e—, Das Volksschulwesen in Liv-, Est- und Kurland. Baltische Monatschrift Bd. 21, 1872. pg. 546.

³⁰⁰⁾ ERN. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

³⁰¹⁾ ERN. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 1. III. 1873. — Ausschuß-Protokoll 10. III. 1873.

³⁰²⁾ ERN. 176. Schultabelle 1881/82.

weiterer Schulen hinzuwirken³⁰³⁾. Es hat dann tatsächlich eine ganz große Anzahl von Gemeinden zweite Schulen errichtet, und zwar:

Garrien:	Wierland:	Ferwen:	Wied:
Jähna	Otienfüll	Noistfer	Alt-Fidel
Rechtel	Finn	Kirna	Nichthof
Nönda	Guljel	Laupa	Putkas
Kah	Feh	Serrefer	Ahdma
Maart	Saggad	Kollo	Hohenholm
	Kattentad	Alp	Kertel
	Toldes	Koif	
	Wesenberg	Sik	
	Malla	Weinjerwen	
	Kunda	Jürgensberg	
	Mehntad		
	Wrangelstein		
	Waimara		
	Lagena		
	Serrefer		

Darüber hinaus finden wir 3 Schulen in Urrotfüll, Kolt, Alt-Jsenhof, Großenhof und Worms, 4 in Allenfüll und 5 in Borkholm und Emmaß. Trotzdem sind noch 1882 mehrere Schulen übrig, die von mehr als 100 Kindern besucht werden, und wo daher eine Teilung notwendig gewesen wäre, so Alt-Jsenhof=Burk, Haakhof, Annia, Kasik. Zahlreiche weitere Schulen haben eine Schülerzahl, welche nur wenig unter 100 liegt und sind ebenso überfüllt³⁰⁴⁾.

Die materiellen Bedingungen, unter welchen die Lehrer arbeiteten, waren sehr verschieden. Eine Fundierung auf Schulgeld war 1875 durch § 4 des Schulgesetzes ausdrücklich verboten worden, wobei die Gemeindeschule in jedem Fall für kostenlos erklärt wurde. Vorher sind jedoch gelegentlich Fälle nachweisbar, wo Schulgeld erhoben wurde. Meist dürfte es hier wohl ein Notbehelf gewesen sein, als Ersatz für eine fehlende Land- resp. Korn- oder Bardotation. So erhob z. B. die Schule Nömmfüll, wo, wie erwähnt, der Hof eine besonders unfreundliche Stellung einnahm, ein Schulgeld von 1,20 Rbl. pro Kind³⁰⁵⁾. Dieses war erforderlich, weil der Schulmeister überhaupt kein Gehalt bezog³⁰⁶⁾. 1872 hatte die Oberschulkommission auf kurze Zeit

³⁰³⁾ A. d. O. Sch. R. Prot.=Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 27. I. 1877.

³⁰⁴⁾ = Anm. 302.

³⁰⁵⁾ GNA I 469/48. Schulbericht Ampel 1875.

³⁰⁶⁾ GNA I 469/47. Schulbericht Ampel 1874.

sogar eine gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Schulgeld geschaffen, indem sie anordnete, die Kirchspielschulkommissionen hätten darüber zu wachen, daß ein den Vermögensverhältnissen entsprechendes Schulgeld gezahlt werde, wobei Ausnahmen von dieser Regel nur zugunsten tatsächlich Unbemittelter gemacht werden sollten³⁰⁷⁾. Dieser Beschluß war zweifellos ein schwerer Mißgriff. Wenn auch durch ein Schulgeld die materielle Lage der Lehrer verbessert wurde, so bedeutete es doch eine schwere Belastung bei der Durchführung der allgemeinen Schulpflicht. Auch konnte man einwenden, es sei überhaupt unberechtigt, eine öffentliche Pflicht zu besteuern³⁰⁸⁾. Sehr bald erwies sich auch die praktische Undurchführbarkeit. Bereits 1873 erklärten die Jerwischen Kreis schulrevidenten, A. v. Baranoff und Pastor Hoffmann, die Beitreibung von Schulgeld für unmöglich und baten, darauf zu verzichten³⁰⁹⁾. Daraufhin nahm dann die Oberschulkommission die Einschränkung vor, ein Schulgeld dürfe nur in dem Falle erhoben werden, wenn der Lehrer nicht auskömmlich gestellt sei³¹⁰⁾. Diese Regelung ist dann noch zwei Jahre gültig gewesen, bis das neue Schulgesetz in Kraft trat. Wie viele Schulen von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, ist nicht feststellbar, es ist jedoch anzunehmen, daß Schulgeld nur in vereinzelten Fällen erhoben worden ist. So wird im Kirchspiel Reiniß von einem Schulgeld von 50 Kop. jährlich berichtet, was sich wohl auf diese Zeit beziehen dürfte³¹¹⁾.

Die Fragen der Fundierung der Schulen und der Lehrergehälter stehen zu einander in engsten Beziehungen. Diente doch die Fundierung in erster Linie dazu, dem Lehrer einen Lebensunterhalt zu bieten. Daneben spielen Ausgaben für Reparaturen am Gebäude, für Schulinventar und Utensilien eine nur untergeordnete Rolle. Bereits das provisorische Regulativ hatte festgestellt, der Lehrer müsse ein wenigstens dem Knechtslohn entsprechendes Gehalt beziehen, wobei eine Norm von 80 Rbl. als Minimum angesetzt wurde. Reichte die Land- und Kornfundierung nicht dazu aus, diese Summe sicherzustellen, so hatte die Gemeinde entsprechende Zuschüsse zu beschaffen³¹²⁾. An dem alten Prinzip, der Lehrer solle gleichzeitig Landwirt sein, um

³⁰⁷⁾ *EMA. A IV 103. Protokoll der Oberschulkommission 13. III. 1872.*

³⁰⁸⁾ *Freh* pg. 15.

³⁰⁹⁾ *EMA. A IV 104. Jerwischer Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.*

³¹⁰⁾ *EMA. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 1. III. 1873.*

³¹¹⁾ *E. R. G. A. Stipendiatenbericht S. Mühlberg: „Reina“ 1924.*

³¹²⁾ § 4 des 1867 erlassenen Regulativs.

dem Bauernstande nicht zu entwachsen, sondern im engsten Konnex mit demselben zu bleiben, ist auch in der Folgezeit weitgehend festgehalten worden; schon das Gesetz hat der Fundierung auf Land den Vorzug gegeben. Dieser Gedanke hat natürlich seine Schattenseiten. Die höhere Bildung, die die Lehrer erhielten, war geeignet, zum Entstehen einer Intelligenz auf dem flachen Lande beizutragen. Durch die Beschäftigung mit bauerlichen Arbeiten sollte nun der Entstehung ausgesprochener sozialer Schichtungen vorgebeugt werden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die landwirtschaftliche Betätigung leicht den Lehrer von der Schularbeit abziehen konnte, und ein Weiterarbeiten an der Vervollkommenung seiner Bildung wurde ebenfalls erschwert. Auch wird von A. Frey mit Recht darauf hingewiesen, daß die somit vorhandene Abhängigkeit der Lehrerbefoldung von einem Risiko (größerer oder geringerer Ertrag der Ernte!) einen Mißstand darstellte³¹³). Andererseits hatte die dadurch erzielte Bodenständigkeit des Lehrers, sein Verwachsen mit der von ihm selbst bearbeiteten Scholle, ihre Vorzüge. Beim Fehlen dieses Moments konnte leicht ein Umherziehen des Lehrerstandes eintreten und dadurch die Kontinuität der Schularbeit leiden. — Die Schulstellen waren vielfach von den Gutshesigern als Fundierung der Schule kostenlos überlassen worden³¹⁴). Wenn nun z. B. die Gemeinde diese verpachtete und den Betrag der Pachtsumme dem Lehrer auszahlte, so sanken naturgemäß dessen Einnahmen neben dem Ertrage, welchen er bei Eigenbewirtschaftung zu erzielen imstande war. Hatte der Lehrer Familie, so konnte er natürlich seinen Hauptberuf leichter mit dem des Landwirts vereinigen, jedoch war so manche Schule nur so schwach fundiert, daß sie wohl eine Einzelperson, nicht aber eine Familie zu ernähren vermochte. Diese materiellen Schwierigkeiten hatten zur Folge, daß die Lehrer gezwungen waren, sich einen Nebenverdienst zu schaffen. Dieser bot sich nun für viele in der Annahme des Amtes des Gemeindefchreibers. Die Landgemeindefordnung hatte hier bauerliche Arbeitsgebiete erschlossen, welche vor allem ein völlig sicheres Beherrschen der Schrift erforderten, und derartigen Anforderungen entsprachen die Lehrer am ehesten. So finden wir in Estland außerordentlich häufig das Amt des Lehrers und Gemeindefchreibers vereinigt. Natürlich traten hierbei häufig Kollisionen der Pflichten ein: so wenn der Lehrer an Versammlungen teilnehmen mußte, welche während der Schulzeit stattfanden, oder mit Schreibar-

³¹³) Frey pg. 26.

³¹⁴) So wird aus Kolk berichtet, Graf Stenbock habe der Schule die besten Felder angewiesen (E. R. G. A. Stipendiatenbericht L. Nebane: „Ruusalu“ 1930.).

beiten belastet wurde, oder er konnte, zum Schaden seiner Stellung als Lehrer, durch diese Tätigkeit in Differenzen hineingezogen werden. Zweifellos war diese Anhäufung von Ämtern nicht wünschenswert, andererseits jedoch häufig eine materielle Notwendigkeit. Diesen Umständen Rechnung tragend, wurde 1871 von der Synode des Desiderium aufgestellt, die Lehrergehälter möchten aufgebessert und ihre Ämter von denen des Gemeindefchreibers getrennt werden. Die Oberschulkommission erkannte diese Forderung als berechtigt an und forderte die Kirchspielschulrevidenten auf, dahin zu wirken, daß diese Ämter in Zukunft nicht mehr in einer Hand vereinigt würden³¹⁵⁾. Dieser Beschluß erhielt 1873 eine noch präzisere Fassung. Auf einen Antrag des Harrischen KreisSchulrevidenten hin wurde beschlossen, bei Neuanstellungen von Lehrern darauf zu dringen, daß sie diese Amtsverbindung nicht mehr eingingen³¹⁶⁾. Diese Beschlüsse konnten natürlich nicht eine sofortige Beseitigung dieser unerwünschten Erscheinung herbeiführen. Denn in den meisten Fällen war dieses nur in Verbindung mit einer Gehaltsaufbesserung möglich, da sonst die materielle Position unhaltbar wurde. So sind bis in die achtziger Jahre hinein Vereinigungen der beiden Ämter vorgekommen³¹⁷⁾.

Zur Verbesserung der materiellen Lage der Lehrer ergriff die Oberschulkommission in den siebziger Jahren energische Maßregeln. 1870 beauftragte sie die Kirchspielschulrevidenten, nach einem genau vorgeschriebenen Berechnungsmodus die Höhe der Fundierung der einzelnen Schulen festzustellen. Berücksichtigt werden sollte nur der Reinertrag nach Abzug der Arbeitskosten, soweit Dotation auf Land vorlag. Wo das Minimum von 80 Rbl. jährlich nicht vorhanden war, sollte durch Vermittlung der Oberschulkommission auf eine entsprechende Erhöhung hingearbeitet werden. Ein Antrag des Herrn v. Baranoff-Mlenküll, eine Schulunterstützungs-kasse einzurichten, wurde aus nicht feststellbaren Gründen zurückgestellt; hierdurch hätte sich die Möglichkeit eröffnet, die Gehälter der ganz schwach situierten Lehrer aufzubessern³¹⁸⁾. Die von den Kirchspielschulrevidenten daraufhin eingelaufenen Antworten ergeben ein sehr verschiedenes Bild. Verhältnismäßig günstige Verhältnisse werden aus Harrien gemeldet,

³¹⁵⁾ ERM I. 536/13. Synodal-Protokoll 21. VI. 1871; — ERM. II IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 22. VI. 1871.

³¹⁶⁾ ERM. II IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 26. VI. 1873.

³¹⁷⁾ ERM. II IV 157. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Graf Rehbinder an den Landtag 1881.

³¹⁸⁾ ERM. II IV 91. Protokoll der Oberschulkommission 26. I. 1870.

dem Kreise mit dem jüngsten und am wenigsten dichten Schulnetz. So erhält der Lehrer zu Saß ein Gehalt von 120—130 Rbl., wovon die Gemeinde jährlich 100 Rbl. in bar beiträgt; in Loal beträgt das Gehalt 100 Rbl., in Haiba 90 Rbl., Pachel und Sutlem 80, Sallentad 75. Hier sind also die gesetzlich fixierten Bedingungen erfüllt, wenn auch mit Recht bestritten werden kann, daß es angängig war, einen Lehrer materiell auf dieselbe Stufe mit einem Knecht zu stellen³¹⁹). Im Kirchspiel Rosch liegen die Verhältnisse bereits ungünstiger. In Paunküll erhält der Lehrer zwar 15 Rbl. und die Pachtsumme für ein Zweitagsgefinde, und in Rau 90 Rbl. und Heizung, in Loal und Sammit jedoch außer der Heizung nur 40 Rbl., in Fegfeuer Holz und 15 Rbl. u. s. w.³²⁰). Völlig ungenügende Gehaltsverhältnisse werden dagegen aus St. Johannis in Terwen gemeldet. Hier kann kaum einer der 10 Lehrer ausschließlich von seinem Gehalt existieren, so daß eine Aushilfe durch Übernahme von Gemeindeämtern unvermeidlich ist. Die Schulen in Korpß, Pähho und Mehtaden sind z. B. ausschließlich auf Land fundiert, und zwar ist ihnen das schlechteste überhaupt vorhandene Land angewiesen worden, welches im günstigsten Fall das zweite Korn trägt. Mehrere Lehrer haben überhaupt keine Heuschläge, so daß sie gezwungen sind, das Heu hinzuzukaufen³²¹). Da der größte Teil der eingegangenen Angaben nicht mehr vorhanden ist, läßt sich auf Grund dieser Berichte kein vollständiges Bild der Situation entwerfen. Das Minimum von 80 Rbl. ist jedoch noch lange nicht allgemein erreicht. Wir kennen sogar einen Fall, wo ein Lehrer ganz ohne Entschädigung gearbeitet hat, da er überhaupt kein Gehalt und auch kein Schulgeld erhielt (Orjack)³²²). Die Gemeinden selbst ergriffen selten die Initiative zu einer Aufbesserung, ja vielfach hatten die Lehrer Mühe, ihre kleine Gage zu erhalten³²³). Eine allgemeine Übersicht über die Gagenverhältnisse gibt der Generalsuperintendent Schulz 1875 in seinem Schulbericht³²⁴). Von den damals tätigen 472 Volksschullehrern erhielten 184 ein Gehalt, welches unter dem Minimum von 80 Rbl. lag. Die schwächsten Gehälter wurden in den Gegenden mit dem älteren Schulnetz, wie Wierland und Terwen, gezahlt, ebenso

³¹⁹) ERM. 176. Bericht des Arrendators Drews. Sallentad 22. VI. 1870 Nr. 11.

³²⁰) dto. Bericht N. Baron Fersen. Sammit 1. III. 1871.

³²¹) dto. Bericht C. Baron Engelhardt. Rui 20. VI. 1869.

³²²) ERM I 469/43. Oktoberbericht Reiniß 1870.

³²³) ERM I 469/46. Oktoberbericht Rappel 1873.

³²⁴) ERM. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

in der Insularwieß, in den übrigen Kreisen überwogen bessere Verhältnisse. So bezogen von den 96 Lehrern Wierlands 68 ein Gehalt, welches zwischen 34—75 Rbl. lag; von den 66 Lehrern in Allentaden erhielten 28 nur 30 — 75 Rbl. In Terwen gab es 99 Lehrer, von welchen 38 mit weniger als 80 Rbl. gagiert waren. Besonders ungünstige Verhältnisse herrschten dort im Kirchspiel Turgel, wo von 20 Lehrern nur 15 ein Gehalt von mehr als 75 Rbl. bezogen. Nicht bessere Verhältnisse gab es in der Strandwieß, wo von 25 Lehrern 15 auf 30—75 Rbl. gestellt waren. Von den 288 Lehrern, welche das gesetzliche Minimalgehalt bezogen, erhielten ferner 133 ein Gehalt von 80—90 Rbl., so daß nur 155 Lehrer, d. h. ungefähr $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl derselben, wirklich genügend gestellt waren. Dabei hatten im Schuljahr 1874/75 nur 27 Gehaltserbesserungen stattgefunden, was einen sehr geringen Fortschritt darstellt.

Durch das Schulgesetz von 1875 wurde das gesetzliche Gehaltsminimum von 80 auf 100 Rbl. erhöht, wobei bei Gemeinden von mehr als 500 Seelen Zuschläge hinzukommen sollten³²⁵⁾. Diese Erhöhung war dringend notwendig, denn die ungenügenden Gehaltsverhältnisse konnten gerade die fähigen jungen Leute nur abschrecken, sich dem Lehrerberuf zu widmen. Die Zahl der Lehrerstellen, welche diesen neuen gesetzlichen Anforderungen entsprach, war nun noch geringer als bisher. Es war nun die Aufgabe der örtlichen Schulorgane, die Gemeinden zu entsprechenden Mehrleistungen zu bewegen resp. nötigenfalls zu zwingen, oder auch erhöhte freiwillige Subventionen der Höfe zu erzielen. Denn obgleich gesetzlich die ganze Last des Schulunterhalts auf den Gemeinden lag, trugen die Höfe immer noch mehr als die Hälfte der für Gemeindeschulen aufgebrauchten Geldsummen. Für das Jahr 1876 wird dieses durch folgende Tabelle veranschaulicht³²⁶⁾.

Preis:	Beiträge der	
	Höfe:	Gemeinden:
Harrien	10.027,92	13.048,97
Wierland	17.703,02	11.805,38
Terwen	6.940,65	7.363,55
Wieß	6.744,27	8.677,76
Summe	41.415,86	40.896,16

³²⁵⁾ § 10 des Schulgesetzes v. 1875. vgl. vorne — pg. 325.

³²⁶⁾ St. d. G. Ufte Nr. 439 1/25. Oberschulkommission an den Gouv. Polivanow. Reval 23. II. 1877 Nr. 5.

Die Höhe des von der Gemeinde aufzubringenden Beitrages wurde vom Gemeindeausschuß fixiert und auf alle vollberechtigten Glieder repartiert; so war der Gemeindeausschuß der Punkt, wo die Tätigkeit der Organe der Schulverwaltung anzusetzen hatte. Um die Lehrer sicherzustellen, wurde von den Schulbehörden auf den Abschluß gesetzlich korrobierter Kontrakte zwischen den neu anzustellenden Lehrern und den Gemeinden gedrungen; auch sollten solche Abschlüsse nachträglich vorgenommen werden, wenn der Lehrer bereits längere Zeit im Amt war. Diese Einrichtung war in manchen Kirchspielen bereits seit längerer Zeit üblich und zeitigte gute Ergebnisse. In Terwen, das sonst ja sehr schwache Gagenverhältnisse aufzuweisen hatte, nahm das Kirchspiel Ampel eine Ausnahmestellung ein. Dort waren alle Gemeinden schon 1870 zum Abschluß von Kontrakten verpflichtet worden, welche der Bestätigung der Kirchspielschulkommission unterlagen. Auch die übrigen Verpflichtungen der Gemeinden in bezug auf Beschaffung von Schulinventar und Utensilien waren genau fixiert. Durch den sehr energischen Kirchspielschulrevidenten A. v. Rursell-Roß wurden diese Maßnahmen sorgfältig durchgeführt und hatten für das Schulwesen die besten Ergebnisse, da tatsächlich bald überall das damalige Gehaltsminimum von 80 Rbl. erreicht war³²⁷⁾. 1873 waren in Terwen in der Mehrzahl der Schulen die Gehälter bereits kontraktlich sichergestellt, zum großen Teil jedoch noch unter dem gesetzlichen Minimum³²⁸⁾. Von den 1873 in der Wieß tätigen 93 Lehrern hatten jedoch nur 14 Kontrakte³²⁹⁾. Im Schuljahr 1875/76 gelang es bei 69 Schulen, die Lehrergehälter auf die Norm von 100 Rbl. zu bringen³³⁰⁾. Im nächsten Jahr konnten weitere 89 Aufbesserungen vorgenommen werden³³¹⁾. 1879 konnte bereits festgestellt werden, daß nur noch 132 Gehälter unter der Norm lagen³³²⁾. Nachher scheinen die Aufbesserungen nicht in demselben Tempo zugenommen zu haben, denn 1881 waren von den an 534 Schulen tätigen Lehrern noch 109 mit einem Jahreseinkommen von weniger als 100 Rbl. ausgestattet³³³⁾. Bis zum nächsten Jahre fanden nur drei Aufbesserungen statt, 1882/83 — 17. Die meisten Schul-

³²⁷⁾ GNA I 469/43. Schulbericht Ampel 1870.

³²⁸⁾ GNA. A IV 104. Zertwischer Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.

³²⁹⁾ dto. Wießscher Generalbericht. Ganehl 8. III. 1873 Nr. 21.

³³⁰⁾ GNA I 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1876.

³³¹⁾ dto. Synodal-Protokoll 25. VI. 1877.

³³²⁾ dto. Synodal-Protokoll 18. VI. 1879.

³³³⁾ dto. Synodal-Protokoll 18. VI. 1881.

stellen, wo die Besoldung nicht genügte, befanden sich in Wierland, wo immer noch das Schwergewicht der Kostenaufbringung bei den Höfen lag ³³⁴⁾. Dabei handelt es sich vorzugsweise um den westlichen Teil des Kreises, während in Allentadon, speziell in den Kirchspielen Teme und Maholm, vielfach ganz besonders hohe Gehälter gezahlt wurden. Auf Grund der Angaben der Schultabelle von 1881/82 ergibt sich für Wierland folgende Übersicht über die Gehälter ³³⁵⁾:

Unter 50 Rbl. bezogen				6 Lehrer,
50 — 74	„	„	16	„
75 — 99	„	„	45	„
100 — 119	„	„	53	„
120 — 149	„	„	25	„
150 — 199	„	„	17	„
Über 200	„	„	9	„

Somit standen 104 Gehältern, welche die gesetzliche Höhe erreicht hatten, noch 67 ungenügende entgegen.

Den Angaben über Wierland sei hier zum Vergleich der Harrische Kreis mit seinen wesentlich günstigeren Gehaltsverhältnissen gegenübergestellt:

Unter 50 Rbl. bezogen				— Lehrer,
50 — 74	„	„	—	„
75 — 99	„	„	16	„
100 — 119	„	„	36	„
120 — 149	„	„	46	„
150 — 199	„	„	23	„
200 und mehr Rbl.	„	„	5	„

Somit stehen in Harrien 110 genügenden Lehrergehältern nur noch 16 nicht ausreichende gegenüber, was bereits einen bedeutend günstigeren Stand darstellt. Bereits 1876 betrug dort das durchschnittliche Lehrergehalt 105½ Rbl. ³³⁶⁾. Zur Vervollständigung des Bildes seien hier auch die Daten der beiden noch fehlenden Kreise auf Grund derselben Schultabelle gebracht. Für Terwen ergibt sich folgende Aufstellung:

³³⁴⁾ dto. Synodal=Protokolle 17. VI. 1882 u. 20. VI. 1883.

³³⁵⁾ GHA. 176.

³³⁶⁾ A. d. D. Sch. N. Eingänge I. Harrischer Schulbericht. B. v. Waggohufmudt per 1875/76. Undatiert.

Unter 50 Rbl. bezogen — Lehrer,				
50 — 74	„	„	8	„
75 — 99	„	„	7	„
100 — 119	„	„	77	„
120 — 149	„	„	13	„
150 — 199	„	„	2	„
200 und mehr Rbl.	„	—	„	„

Es stehen hier zwar 92 genügenden Gehältern nur 15 entgegen, welche unter der gesetzlichen Norm liegen, aber bei der Mehrzahl ist dieses Minimum von 100 Rbl. gerade erreicht, während die Anzahl der höheren Gehälter sehr gering bleibt.

In der Wieß verteilen sich die Gehälter nur wenig ungünstiger als in Harrien und zwar:

Unter 50 Rbl. bezogen 1 Lehrer,				
50 — 74	„	„	5	„
75 — 99	„	„	4	„
100 — 119	„	„	45	„
120 — 149	„	„	33	„
150 — 199	„	„	14	„
200 und mehr Rbl.	„	9	„	„

So stehen sich hier 101 genügend und 10 ungenügend besoldete Lehrerstellen gegenüber. Bei allen diesen Berechnungen sind nur die Gehälter der Hauptlehrer in Betracht gezogen worden, während die vielfach an größeren Schulen tätigen Hilfslehrer unberücksichtigt geblieben sind, ebenso die Parochiallehrer, die teilweise Einkommen von 300—600 Rbl. aufwiesen. Ich habe für diese Berechnungen deshalb das Jahr 1882 gewählt, weil dieses das letzte Jahr der völlig ungestörten Entwicklung des ritterschaftlich geleiteten Schulwesens gewesen ist. Die 1883 einsetzende Konversionsbewegung in der Wieß hat, wie wir sehen werden, bereits den ruhigen Verlauf des Schulwesens gestört. In der Folgezeit haben sich die Gehälter zwar noch weiter gebessert, aber eine endgültige Beseitigung der auf diesem Gebiet herrschenden Mißstände wurde bis 1886 nicht erreicht. — Die zu niedrigen Gehälter der wiesländischen Lehrer haben 1884 die Oberschulkommission beschäftigt. Jedoch wurde von Mitgliedern, die die dortigen Verhältnisse kannten, eingewandt, die Gehälter wären faktisch höher als die Angaben in den Schultabellen besagten, was in der Mehrzahl mit einer

zu niedrigen Einschätzung des Ertrages der Schulstellen zusammenhänge. Um hier in den wirklichen Tatbestand eindringen zu können, schrieb die Oberschulkommission die Vornahme einer genauen Enquete über die Gehälter in Wierland vor, wobei die Erträge des Landes und die Geldbezüge getrennt aufgeführt werden sollten³³⁷). Das Ergebnis dieser Enquete ist nicht bekannt, wohl aber wissen wir, daß in den beiden folgenden Jahren die Zahl der ungenügenden Gehälter bis auf 46 zurückgegangen ist³³⁸). Bei diesem Stande trat dann der Ressortwechsel ein. Diese Gehälteraufbesserungen wurden vor allem dadurch ermöglicht, daß die Beiträge der Gemeinden stiegen. In den siebziger Jahren hatten die Zahlungen der Höfe noch etwas höher als die der Gemeinden gelegen. Aber bereits 1880 hatte sich das Bild verändert. Außer den von der Ritterschaft zum Unterhalt der Seminare getragenen Zahlungen im Betrage von 6600 Rbl. wurden im Schuljahr 1879/80 im ganzen für Schulzwecke 111.315 Rbl. 51 Kop. verausgabt (inkl. Erträge der Schulländereien). Davon entfallen auf die Höfe 50.472,86 Rbl., während die Bauerngemeinden mit 60.842,65 Rbl. beteiligt sind³³⁹). Somit sind seit 1876 die Beiträge der Höfe nur um ca. 10.000 Rbl. gestiegen, die der Gemeinden jedoch um 20.000 Rbl. Trotzdem bleibt jedoch der von den Höfen freiwillig getragene Kostenanteil sehr bedeutend; er ist auch nicht stabil, sondern steigt, wenn auch naturgemäß langsamer als die Gemeindebeiträge. Bei dieser Höhe der Beiträge der Höfe war es wohl verständlich, daß die Staatsgewalt immer wieder den so oft angeregten Ressortwechsel verschob, da sie mit dem Ausfall dieser Beiträge rechnete, sobald die Schuladministration Ritterschaft und Landeskirche aus der Hand genommen wurde. Nur eine ganz verschwindend geringe Zahl von Schulen erhielt von den Höfen überhaupt keine Unterstützung. 1882 sind dieses der Schultabelle zufolge folgende: Tapß, Diso, Örgmeh, Kaltenborn, Raik, Ramma, Waiwara-Perjaß, Neu-Söttküll, Rosch, Taibel, Rogö, Worms-Kyrkslät und Worms-Pastorat. In drei Fällen handelt es sich also um schwedische Schulen, im Fall Taibel um eine Domäne. Auf Worms mag die Nichtbeteiligung des Hofes an einem Konflikt des Ortspastors Nordgren mit seinem einzigen adligen Eingepfarrten, dem Schulrevidenten Baron Stäkelberg, gelegen haben³⁴⁰). Unverhältnismäßig klein ist ferner der Anteil der Höfe am

³³⁷) dto. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 16. VI. 1884.

³³⁸) *ERL* I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1886.

³³⁹) *ERL* A IV 157. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Graf Neshbinder an den Landtag 1881.

³⁴⁰) *ERL* I 469/44. Oktoberbericht Worms 1871.

Unterhalt einer Reihe Harrischer Schulen, so Waldau: Hof — 9 Rbl., Gemeinde — 358 Rbl., Iermakant: Hof 10, Gemeinde 277 Rbl., Sidleht: 22 zu 291, Neme: 31 zu 200, Jaggowall: 15 zu 150 u. s. w. In den meisten Fällen beteiligten sich die Höfe in Form der Zuweisung einer Schulstelle, welche die Gemeinde nutzte, wobei jedoch das Eigentumsrecht an derselben dem Hof verblieb, der vielfach auch die Gebäude selbst errichtete³⁴¹⁾. So setzte sich denn ein Lehrergehalt aus den aller- verschiedensten Einnahmequellen zusammen, was einige Beispiele illustrieren sollen: Der Lehrer zu Heimar bezieht vom Hof 30 Rbl., von der Gemeinde 4 Tschetwert Roggen und 3 Tschetwert Gerste; in Wadde- mois zahlt die Gemeinde 30 Rbl., während vom Hof 4 Loofstellen Acker und 1½ Loofstellen Heuschlag gestellt werden. Sipp und Rohhat haben eine gemeinsame Schule: der Hof Sipp gibt ein Stück Feld, das 6 Rbl. trägt, die Gemeinde zahlt je 3 Loof Roggen und Gerste, sowie 44 Rbl. in bar, während die angeschlossene Gemeinde Rohhat 40 Rbl. entrichtet³⁴²⁾.

Was nun die Verteilung des Anteils der Bauern- gemeinde auf die einzelnen Gemeindeglieder anlangt, so war das ihre eigene Sache, nur unterlag der Gemeindehaushalt der Kontrolle des Kirchspielsgerichts³⁴³⁾. So wurden an manchen Orten nur die Gesindewirte herangezogen, an anderen mußten auch die Loostreiber und Knechte zu Zahlungen veranlaßt werden. So hatte z. B. die Wiedtsche Kreisschulkommission anläßlich einer Revision der Schulen zu Merjama und Söttküll Lehrergehälter von 55 und 75 Rbl. vorgefunden, wobei der Anteil der Gemeinden nur von den Wirten getragen wurde. Sie setzte daraufhin bei den Gemeinden die Heranziehung der Loostreiber sowie eine Abänderung des Verteilungsmodus der Schul- last durch, wodurch es auch gelang, die Gehälter auf die gesetzliche Höhe zu bringen³⁴⁴⁾. Ob diese herangezogen wurden oder nicht, war natürlich weitgehend vom Grad der Beteiligung des Hofes und auch von der Größe der Gemeinde abhängig. So war denn auch der auf den einzelnen entfallende Anteil verschieden. Häufig übernahmen die Gemeinden für den Lehrer die Entrichtung der Kopfsteuer; Reparaturen an Gebäuden, Mobiliar, und Anschaffung von Utensilien stellten

³⁴¹⁾ Freh pg. 41; — A. d. O. Sch. R. Missiv 1880. Oberschulkommission an den Gouv. Politanom. Rebal 15. x. 1880 Nr. 47.

³⁴²⁾ GNA. 176. Bericht Baron Fersen. Walf 6. III. 1871.

³⁴³⁾ Freh pg. 38.

³⁴⁴⁾ A. d. O. Sch. R. Eingänge II. Wiedtscher Schulbericht. F. v. Gernet Krwidepäh 17. VI. 1878 Nr. 43.

weitere Ausgaben dar ³⁴⁵⁾). Bedeutend stieg natürlich die Schullast, falls Neubauten errichtet werden mußten: wenn auch das erforderliche Material laut Gesetz von den Höfen kostenlos geliefert wurde, so hatten die Gemeinden doch für die Anfuhr und die Ausführung der Bauarbeiten Sorge zu tragen. Im Kirchspiel Nissi z. B. schwankt 1877 die Schullast zwischen 20 Kop. und 1 Rbl. 61 Kop., was eine sehr bedeutende Differenz darstellt; der Durchschnitt für das ganze Kirchspiel beträgt $61\frac{1}{8}$ Kop., wovon auf das Gehalt des Lehrers durchschnittlich $45\frac{1}{4}$ Kop. entfallen ³⁴⁶⁾. Im Kirchspiel Turgel beträgt sie in der Mitte der siebziger Jahre zwischen 40 und 3 Kop. pro Seele ³⁴⁷⁾. Dabei wurden die Leistungen für die Schule in verschiedener Form abgetragen, nämlich in Barzahlungen, Kornabgaben, Spanndiensten (Holzanfuhr!), Arbeitsleistungen u. s. w. Wenn auch spürbar, so dürften diese Leistungen, zumal in guten Erntejahren, für den Bauern nicht allzu drückend gewesen sein. Anders lag es damit jedoch in Hungerjahren: so wurde 1869 in den Kirchspielen Goldenbeck, Leal, Röhthel, Karusen, Pönal, Hanehl u. s. w. vielen armen Kindern der Schulbesuch nur durch eine Unterstützung des Revaler Notstandskomitees ermöglicht; in Rui, Wechmuth, Türgensberg und Pähho gelangte in den Schulen Brot zur Verteilung an die Kinder ³⁴⁸⁾. Die Beköstigung der Kinder, die vielfach, wenn sie weiter von der Schule entfernt lebten, dort die ganze Woche hindurch blieben, mußte ja ebenfalls von den Eltern bestritten werden. Die Mitgabe dieses sogenannten Brotsackes hatte in der ganzen ersten Hälfte des Jahrhunderts eine bedeutende Schwierigkeit bei der Durchführung regelmäßigen Schulbesuchs gebildet und war es vielfach auch jetzt noch. In ärmeren Gegenden war denn auch die Ernährung der Schulkinder eine sehr dürftige. Aus St. Matthäi berichtet die Erinnerung der Bauern, die Schüler hätten sich meist mit kalter, trockener Nahrung begnügen müssen: die Wochen Speise war häufig dicker Rohl und Kartoffelbrei; nur die Wohlhabenderen hätten Fleisch von Hause mitbekommen, die Armeren gesalzene Strömlinge („silksud“) ³⁴⁹⁾.

Wie bereits erwähnt, gehörte zu den Verpflichtungen der Gemeinden die Errichtung der Schulgebäude. Nähere Bestimmungen über die dabei zu beobachtenden Bedingungen waren im Schulgesetz von 1875 nicht enthalten. Ob ein Schulgebäude seinem Zweck entsprach

³⁴⁵⁾ Jreh pg. 24.

³⁴⁶⁾ GRA I 469/50. Schulbericht Nissi 1877.

³⁴⁷⁾ Jreh pg. 50.

³⁴⁸⁾ GRA I 469/42. Oktoberberichte der betr. Kirchspiele 1869.

³⁴⁹⁾ GRA. Stipendiatenbericht E. Anilane: „Järva-Madise“ 1930.

oder nicht, hing mehr oder weniger vom Gutdünken der lokalen Schulbehörden ab. Wenn also in verschiedenen Kirchspielen die Gebäude in den Berichten als genügend oder gut bezeichnet werden, so können sie von sehr verschiedener Güte gewesen sein. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die Qualität des Schulgebäudes auf den Fortgang des Unterrichts die allerstärksten Auswirkungen haben konnte. So berichtet Pastor Rinne-St. Petri, daß in Roß mit einem neuen Gebäude geradezu auch ein neuer Geist in die Schule eingezogen sei³⁵⁰). So ist es denn das Bestreben der Oberschulkommission und der lokalen Schulbehörden gewesen, bei Neuerrichtungen von Schulen für den Bau möglichst geeigneter Schulhäuser zu sorgen und gleichzeitig die alten, ungenügenden Gebäude durch zweckentsprechendere zu ersetzen. Die Verhältnisse waren am Anfang der siebziger Jahre, was die Schulhäuser anlangt, keineswegs befriedigende. So kam es z. B. in der Wied noch 1873 vor, daß 5 Gemeinden zwar Schulmeister angestellt hatten, Schulhäuser jedoch völlig fehlten, es bleibt unklar, in welcher Form sich denn in diesem Fall der Schulbetrieb überhaupt abgespielt hat³⁵¹). In solchen Fällen mußte auf schleunige Beschaffung von Schulhäusern gedrungen werden. Für Neubauten wurde auf eine vom Vermischen Kreise gemachte Anregung hin die Regel aufgestellt, daß der Bauplan, bevor an seine Ausführung geschritten wurde, der Prüfung der Kirchspielschulkommission unterliegen sollte³⁵²). Auf diese Weise sollte das Entstehen ihrem Zweck nicht entsprechender Neubauten vermieden werden. Durch die große Ausführlichkeit vieler Schulberichte der siebziger Jahre sind wir über die Qualität der benutzten Gebäude bedeutend besser als bisher orientiert. Darunter liegen Schilderungen von Zuständen vor, die auch den bescheidensten Anforderungen nicht genügen und die einer fruchtbaren Schularbeit die größten Hindernisse bereitet haben müssen.

Eine Reihe von Fällen, die derartige besonders schlechte Schulhäuser beschreiben, sei hier angeführt:

Eine nicht näher bezeichnete Schule im Kirchspiel A m p e l krankt am völligen Versagen von Gemeindeältesten, Schülältesten, Vormündern und Lehrer. Das Schulgebäude ist hier zwar neu, aber durch eine fehlerhafte Ofenanlage kalt und dunstig; da die Kinder oft am Dunst erkrankten, verbieten die Eltern ihnen den Besuch der Schule, und der Lehrer freut sich darüber, feiern zu können. Über diese Zustände ergeht jedoch keine Anzeige an die Kirchspielschulkommission, die erst später davon erfährt und einschreitet³⁵³). Die Schulen zu K i r r i s a a r, R o r p s,

³⁵⁰) *GA* I 469/51. Schulbericht St. Petri 1878.

³⁵¹) *GA*. A IV 104. Wied'scher Generalbericht. Haneß 8. III. 1873 Nr. 21.

³⁵²) *GA*. A. IV 115. Protokoll der Oberschulkommission 22. VI. 1874.

³⁵³) *GA*. A IV 98. Baron R. Rosen an die Oberschulkommission. 12. VI. 1871 Nr. 38 [befindet sich im Bd. 1872 der Eingänge; ev. falsch datiert?].

W e c h m u t h und M e t t a d e n erhalten zwar neue Schulhäuser, welche jedoch keine Wärme halten³⁵⁴⁾. Die Schule in Stein=Fidel befindet sich laut Bericht von Pastor Rinne in einem kalten, ungemütlichen Krüge. Statt „in fröhlichem Kinderchor“ zu antworten, erwidern die Kinder den Gruß „schweigsam, mit erhöhtener Rechten“ und zeigen in fast allen Fächern schwache Leistungen, ein deutliches Beispiel der Auswirkung des Gebäudes auf die Erfolge des Unterrichts³⁵⁵⁾. Ein der Volkstradition entstammender Bericht aus Roil berichtet über die Wohnverhältnisse der Kinder im Schulzimmer; wenn auch nicht von dem Wert wie zeitgenössische Quellen, erscheint er dennoch keineswegs unglaubwürdig. Danach schliefen 4 Knaben im Ofen (wohl großer Backofen?), 1—3 kleinere auf demselben, d. h. zwischen Ofen und Zimmerdecke. Im selben Zimmer schliefen die Mädchen, und zwar auf Strohsäcke gebettet auf den Schultischen³⁵⁶⁾. — Ein Lehrer im Kirchspiel St. Marien=Magdalenen, anscheinend ein Sonderling, der allerlei physikalische Studien betrieb, hielt eine Zimmertemperatur von 4 Grad Wärme für am geeignetsten, um geistige Arbeit zu leisten, so daß die Kinder in Pelzen und Handschuhen an den Schultischen saßen³⁵⁷⁾.

Geradezu skandalöse Zustände herrschten in der Schule zu Riesenberg, welche uns durch zwei Berichte gut beglaubigt sind. Das Schullokal, ein Raum von 21 Fuß Länge, 25 Fuß Breite und 8 Fuß Höhe, wurde durch 4 niedrige, durch schlecht gewordenes Glas verschlossene Fenster erhellt. Trotz wiederholter Witten des Ortspredigers geschah nichts für eine Ventilation durch Luftfenster oder Röhren, da erklärt wurde, die Folge würde ein zu großer Holzkonsum sein. Durch die Lage in einer sumpfigen Niederung war die Diele des Schullokals immer feucht. In diesem Raum waren 50—60 Kinder eingepfercht; ferner wurden dort alle Speisevorräte der Kinder aufbewahrt, so daß ein atemberaubender, säuerlich-salziger Strömungsgeruch den Raum erfüllte. In diesem selben Zimmer schliefen die Schulkinder, und zwar beide Geschlechter zusammen. In einem anderen Raum desselben Hauses fanden die Gemeindegerechts=Sitzungen statt, die oft endlose, turbulente Verhandlungen mit sich brachten; um sich zu erwärmen, drängten die Wartenden in die Schultube, in welcher Unterricht stattfand. Dem Bericht des Ortspastors zufolge lagen diese Zustände weitgehend an der Person des Gutsbesizers Baron Stadelberg, welcher das Schulwesen systematisch sabotierte und auch eine Eingreifen der Kreisschulkommission hinderte. Vielfach zahlte er für das Fernbleiben halbwichziger Diensthoten von der Schule lieber Pön, als daß er den sehr viel teureren Arbeitstag opferte³⁵⁸⁾. Stadelberg vertrat den Standpunkt, der Bauer würde faul und raffiniert, wenn er Bildung erhalte, und durch die Schuld seines eigenen Herren verlam das Gebiet immer mehr und mehr³⁵⁹⁾. Diese Schilderung erhält durch den Bericht des Kreisschulrevidenten W. v. Baggohuswudt an die Oberschulkommission in

³⁵⁴⁾ ENA. A IV 110. Protokoll der Schulrevision St. Johannis i. J. 28. I. 1874.

³⁵⁵⁾ ENA. A IV 117. Wiedscher Schulbericht. Pastor Rinne. Hansehl 28. v. 1875 Nr. 38.

³⁵⁶⁾ ENGA. Stipendiatenbericht A. Wilmann: „Pägeri“ 1930.

³⁵⁷⁾ dto. Stipendiatenbericht L. Wilmre: „Noeru“ 1929.

³⁵⁸⁾ ENA I 469/49. Schulbericht Rissi 1876.

³⁵⁹⁾ ENA I 469/50. Schulbericht Rissi 1877.

vielen Punkten ihre Bestätigung. Demzufolge ist der Schulmeister anerkannt tüchtig, die Gemeinde steht aber in Opposition zur Schule, und diese erhält vom Gutsherrn keinerlei Unterstützung. Das Schulzimmer ist, heißt es, „klein, niedrig, schmutzig und ohne Ventilation“ Nun erfahren wir auch die Ergebnisse des Unterrichts: Lesen — bei einigen gut, Kalligraphie — mangelhaft, Rechnen — schwach, Katechismus — unsicher, Geographie und Gesang — schwach, deutliches Antworten — schlecht. Dabei fehlen bei den meisten Kindern die nötigsten Schulfertigkeiten³⁶⁰⁾. In diesem Falle griff jedoch die Oberschulkommission energisch durch und schriebe dem neu gewählten Kreisschulrevidenten H. v. Lilienfeld-Allo die Vornahme einer Revision vor. Dieser konstatierte ebenfalls, daß das Gebäude sehr mangelhaft und baufällig sei, und setzte die Vornahme eines Umbaus durch, durch den die Schule vergrößert werden und allen Ansprüchen genügen sollte³⁶¹⁾.

Im Kirchspiel H. L. Marien waren um die Mitte der siebziger Jahre die meisten Schulklokale von so schlechter Beschaffenheit, daß durch Dunkelheit und Mangel an Tischen der Schreib- und Rechenunterricht nicht gedeihen konnte; ebenso waren in St. Petri viele Schulgebäude völlig unbrauchbar, so daß es dort kaum möglich war, eine Tafel aufzustellen³⁶²⁾. Aus letzterem Kirchspiel liegt uns ein sehr drastischer Bericht des Ortspastors Rinne vom Jahre 1879 vor, worin er zunächst das Bild einer Schule vor wenigen Jahren entwirft: Ein düsterees Zimmer mit ausgetretener Lehmziele, ausgestattet mit einem langen Tisch und anderthalb defekten Bänken; kleinere Kinder lasen mit lauter, eintöniger, singender Stimme aus dem Katechismus, wo ein jedes gerade wollte; es kam auch vor, daß eines das Buch umgekehrt hielt. Das war die einzige Beschäftigung der Kinder, denn es hieß, für etwas anderes wären sie zu dumm. Andere hatten Tafeln vor sich, hin und wieder sah man ein sehr schmieriges Heft oder ein Tintenfaß. Einige hatten die „Bibbi luggud“ vor sich, andere machten Konversation. Der Lehrer ging auf und ab und ließ sich gerne durch fähige Schüler vertreten. Auch die Kinder wanderten: aus dem dumpfen Raum hinaus oder in diesen, drängten sich in Gruppen an den Fenstern, hockten auf der Diele in den Ecken oder lagen mit dem Oberkörper auf dem Tisch, wo es keine Bank mehr gab. (Daran schließt sich eine Schilderung der nunmehr bedeutend verbesserten Verhältnisse)³⁶³⁾. Daß aber auch noch in der Mitte der achtziger Jahre ähnliches vorkam, beweist ein Bericht über die Schule zu Wodja. Dort gleicht Pastor Rinne zufolge die Schulstube dem Inneren eines Sklavenschiffes. Die Fenster sind nämlich so niedrig angelegt, daß ein Teil der Scheiben sich unterhalb der Höhe der Tische befindet, so daß das Licht im besten Falle von unten fällt, jedenfalls aber ein Teil der Kinder das Licht stets von den Anderen abfängt. Wird die Tür im Winter geöffnet, so wälzt sich bald eine Kältemasse hinein, so daß an der Tür das Wasser fließt; die Luft ist entseßlich und erschwert das Atmen³⁶⁴⁾.

³⁶⁰⁾ H. v. O. Sch. R. Eingänge I. Harrischer Schulbericht per 1875/76. B. v. Vaggohuswudt [Undatiert].

³⁶¹⁾ dto. Eingänge II. Harrischer Schulbericht per 1877/78. H. v. Lilienfeld. Undatiert.

³⁶²⁾ GMA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz 1874/75.

³⁶³⁾ GMA I 469/52. Schulbericht St. Petri 1879.

³⁶⁴⁾ GMA I 469/57. Schulbericht St. Petri 1884.

Alle diese Schilderungen beschreiben direkt grobe Mißstände der Schullokale, nebenbei gab es jedoch auch zahlreiche weitere Gebäude, die im allgemeinen genügend, jedoch zu niedrig, mit zu kleinen Fenstern versehen oder zu eng waren³⁶⁵). Zur Aufdeckung derartiger Mängel trugen neben der Tätigkeit der Pastoren und Kirchspielschulrevidenten häufig die Revisionen durch die Kreisschulkommissionen bei, bei welcher Gelegenheit der Zustand der betreffenden Schule nach jeder Richtung hin geprüft wurde³⁶⁶). Im Jahre 1874 bestanden den Daten des Generalsuperintendenten Schulk zufolge in Estland 77 Schulhäuser, welche zu niedrig, dunkel, kalt, -feucht resp. bei sonstiger Brauchbarkeit zu eng waren. Von diesen wurden bereits 27 im Laufe eines Jahres durch Neubauten ersetzt³⁶⁷). Wir haben jedoch allen Grund zur Annahme, daß die Zahl von 50 verbliebenen ungenügenden Schulgebäuden viel zu niedrig gegriffen ist: im Jahre 1882 heißt es nämlich im Schulbericht, daß diese Zahl 69 betrage und sich im Laufe des letzten Jahres um 21 verringert habe; sie hat somit 90 betragen³⁶⁸)! Da diese Differenz zum Stande von 1875 wohl kaum durch unbrauchbare Neubauten erklärt werden kann, ist wohl anzunehmen, daß 1875 ein sehr milder Maßstab bei der Beurteilung angelegt worden ist. Und nachdem 3. B. für das Jahr 1883/84 noch 17 Neubauten erwähnt worden sind, sind 1885 noch 72 baufällige, enge, dunkle oder feuchte Schulgebäude übrig³⁶⁹). Es liegt auf der Hand, daß die Ansprüche an die Qualität von Schulgebäuden im Laufe der Jahre immer mehr gesteigert worden sind. Auf diesem Gebiet war also im Moment des Ressortwechsels ein großes Stück Arbeit noch ungeleistet.

Die Vornahme der Neubauten dürfte in der Mehrzahl der Fälle auf der gesetzlichen Grundlage erfolgt sein, d. h. der Hof lieferte das Material, während die Gemeinde die Bauarbeiten ausführte. In zwei Fällen ist uns bekannt, daß durch Nichterfüllung ihrer Verpflichtungen die Höfe Neubauten verzögert hatten: in Jaggowall und Maart waren die bisherigen Gebäude unbrauchbar, die Höfe verweigerten aber die Anweisung des erforderlichen Baumaterials und die Gemeinden ihrerseits den Ankauf desselben, wobei letztere ja auch laut

³⁶⁵) *EMA. A IV* 105. Harrißer Generalbericht. Reval 22. VI. 1873.

³⁶⁶) Ein derartiges Revisionsprotokoll über St. Matthäi 23—24. I. 1873 vgl. *EMA. A IV* 104.

³⁶⁷) *EMA. 221*. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulk 1874/75.

³⁶⁸) *EMA I* 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1882.

³⁶⁹) *Ido*. Synodal-Protokolle 18. VI. 1884; 19. VIII. 1885.

Gesetz völlig im Recht waren ³⁷⁰). Aber nicht nur in derartigen Fällen war ein Eingreifen der Schulbehörden erforderlich, auch die Bauerngemeinden erfüllten keineswegs immer ihre Verpflichtungen. So war das Material für das Schulhaus auf der Insel Rogö auf dem Festlande aufgehauen worden und mußte von der dortigen Bauernschaft auf die Insel transportiert werden. Diese jedoch verzögerte durch ihre Widerspenstigkeit den Bau, so daß die Hülfe von Kreisschulkommission und Hafengericht in Anspruch genommen werden mußte, ehe die Leute sich dazu bequemen, den Transport vorzunehmen ³⁷¹). — Alle diese Beispiele sind geeignet, die Zustände der Schulgebäude in einem sehr ungünstigen Lichte erscheinen zu lassen. Diese Schilderungen stellen jedoch eine Zusammenstellung der besonders ungünstig liegenden Fälle dar, aus anderen Gegenden liegen wesentlich günstigere Berichte vor. Bereits 1878 werden z. B. die meisten Schulgebäude im Kirchspiel St. Katherinen als neu und geräumig, zum Teil sogar elegant bezeichnet. Auch das Mobiliar ist zweckmäßig und in gutem Zustande, diese Schulen sind überhaupt materiell gut situiert ³⁷²). Trotzdem werden in den folgenden Jahren mehrere Neubauten vorgenommen. Den Anfang macht Mönnikorb, wobei der Besitzer, Graf Rehbinden, sich mit 1500 Rbl., die Gemeinde mit 659 Rbl. beteiligt ³⁷³). Bald darauf wird in Rönöes ein Neubau errichtet, wobei Graf Rozebue 1600 Rbl. stiftet, die Gemeinde 500 Rbl. beisteuert. In Jonal entsteht das neue Schulhaus vorwiegend auf Gemeindefkosten, welche 1358 Rbl. aufbringt, während Herr v. Plater 245 Rbl. zahlt ³⁷⁴). In Urkäl wird die Schule durch den Besitzer, Herrn v. Schubert, verlegt, der gleichzeitig ausschließlich auf seine eigenen Kosten ein neues, geräumiges und solides Schulgebäude errichtet; dasselbe ist in Paster der Fall ³⁷⁵).

Eine Verbesserung ging vielerorts auch im Mobiliar der Schulen vor sich. So begann man von den alten, wenig zweckmäßigen langen Tischen abzugehen und ersetzte sie durch Schulbänke ³⁷⁶). Im Kirchspiel St. Petri waren $\frac{2}{3}$ der Schulen mit Orgeln ausgestattet, was eine wichtige Bereicherung darstellte und für den Gesangsunterricht und für die Andachten von großem Wert war ³⁷⁷). In Uwan

³⁷⁰) *EN* I 469/53. Schulbericht Zegeleht 1880.

³⁷¹) *ibid.* Schulbericht Kreuz. 1880.

³⁷²) A. d. O. Sch. R. Eingänge II. Bierländischer Schulbericht. G. Baron Stadelberg. Kurkül 23. VI. 1878.

³⁷³) *EN* I 469/52. Schulbericht St. Katherinen 1879.

³⁷⁴) *EN* I 469/57. Schulbericht St. Katherinen 1884.

³⁷⁵) *EN* I 469/54. Schulberichte Wefenberg und St. Simonis 1881.

^{376/377}) *EN* I 469/55. Schulbericht St. Petri 1882.

duß erhält die Schule durch den General-Adjutanten Graf Lütke ein schönes, wertvolles Harmonium geschenkt, die Schulen zu Reblas und Rarrinömm erhalten vom Landrat Baron Uexküll je ein „Positiv“ ³⁷⁸⁾. In Heinrichshof schafft die Gemeinde selbst auf eigene Kosten, zu einem Preise von 230 Rbl., eine Orgel an ³⁷⁹⁾. Derartige Inventarstücke anzuschaffen, war jedoch nicht jede Gemeinde in der Lage, es sei denn, daß sie ihr durch Freigiebigkeit des Gutsherrn zufließen; sie dürften daher wohl nur in Ausnahmefällen vorhanden gewesen sein. — Die Beurteilung der Schule innerhalb des Bauernstandes und dessen Verhalten zu ihr war natürlich keineswegs einheitlich, sondern von den verschiedensten Umständen lokaler und personaler Natur abhängig. Ungefangen von einem guten Verhältnis, kamen die verschiedensten Nuancierungen vor, bis zu ständigen Reibereien und offener Feindschaft. Wir haben gesehen, daß z. B. im Kirchspiel Rappel die Gemeindeschule gegen den schärfsten Widerstand zu kämpfen hatte. Da scheint es wohl nicht zufällig, daß in Rechtel ein zwölfjähriger Schüler das Schulgebäude in Brand setzte ³⁸⁰⁾. In diesem Kirchspiel haben aber leider die Persönlichkeiten der Lehrer zu berechtigter Kritik Anlaß gegeben, standen doch im Laufe eines Jahres fünf von ihnen unter Anklage sexuellen Vergehen, die in zwei Fällen sicher nachgewiesen wurden ³⁸¹⁾. Derartige Umstände konnten natürlich nicht dazu dienen, die Schule in ihrer Umgebung populär zu machen. Auch in Wannamois zündete ein fauler Schüler das Schulhaus an, und dieses brannte nieder ³⁸²⁾. 1878 fiel das Schulhaus zu Pantifer der Brandstiftung eines Schülers aus Ärger über eine an ihm vollzogene Strafe zum Opfer ³⁸³⁾.

Wenn wir nun zu den Interna des Schulwesens übergehen, so muß zunächst festgestellt werden, daß weder das Regulativ von 1867, noch das Schulgesetz von 1875 hier mehr als ein Rahmengesetz sind. Gerade die Organisation innerhalb der einzelnen Gemeinden ist für den Fortgang der Schulen von größter Wichtigkeit. Wie jedoch die Fürsorgetätigkeit der Gemeinden geregelt werden soll, wird in diesen Gesetzen nicht weiter ausgeführt. Zur Unterstützung des Lehrers, speziell was die Durchführung eines geregelten Schulbesuchs anlangt, war

³⁷⁸⁾ EKX I 469/50. Schulbericht. St. Simonis 1877; EKX I 469/55. Schulbericht St. Michaelis 1882.

³⁷⁹⁾ EKX I 469/57. Schulbericht St. Katharinen. 1884.

³⁸⁰⁾ EKX I 469/51. Schulbericht Rappel 1878.

³⁸¹⁾ EKX I 469/52. Schulbericht Rappel. 1879.

³⁸²⁾ EKX. Stipendiatenbericht M. Reim: „Kirbla“ 1924.

³⁸³⁾ Gesti Postimees 1878 Nr. 10.

daß Institut der Schulältesten geschaffen worden, ohne daß diesem eine allgemeinere gesetzliche Form verliehen worden wäre. So hat denn dieses Institut sich in der ersten Zeit seines Bestehens keineswegs bewährt. Immer wieder werden Klagen laut, daß die Schulältesten, auch trotz wiederholter Ermahnungen, ihren Verpflichtungen nicht nachkämen und wenig Interesse an den Schulen hätten, wie dieses auch bei den Gemeindebeamten der Fall sei³⁸⁴). Andererseits war es jedoch klar, daß die Lehrer eine Unterstützung dringend brauchten, namentlich wenn in manchen Gegenden das Bedürfnis nach Schulen nicht anerkannt wurde und man auch den Schulzwang ablehnte³⁸⁵). Hier war also die Organisation noch nicht genügend durchgebildet und erforderte eine festere gesetzliche Regelung. Diesen Weg beschritten einzelne Gemeinden bereits von sich aus und fixierten die Pflichten der Schulältesten genauer; so waren diese z. B. in St. Annen verpflichtet, einmal wöchentlich ihre Schulen zu prüfen³⁸⁶). Um die Organe der Gemeinde zu einer regeren Mitarbeit zu gewinnen, schrieb die Oberschulkommission bereits 1871 vor, mindestens zweimal jährlich Schulkonvente unter Hinzuziehung der Schulältesten und Vormünder abzuhalten³⁸⁷). Aus St. Katharinen liegen uns Protokolle ähnlicher Versammlungen vor, welche Pastor Treuer mit den Lehrern und Vormündern des Kirchspiels abhielt, wobei die verschiedensten sich aus dem Schulleben ergebenden Fragen zur Sprache gelangten. So finden wir hier Besprechungen über den Schulbesuch armer Kinder, über das Verhindern des Vagabundierens von Kindern, die in die Schulen geschickt werden mußten. Hier werden Kontrakte zwischen Gemeinde und Lehrer sowie Stundenpläne vorgelegt, die Gemeindebeamten zum Besuchen der ihnen anvertrauten Schulen angehalten, Berichte über Frequenz und Pön vorgebracht und dergl. mehr. Diese Versammlungen finden mehrmals jährlich statt und bieten dem Pastor die Gelegenheit, mit den bauerlichen Mitarbeitern des Schulwesens einen ständigen Kontakt zu unterhalten, sie in ihrer Tätigkeit zu beraten, zu überwachen

³⁸⁴) EMN 176. Berichte D. v. Löwis of Menar. Maibel 9. VI. 1870 für Lugenhusen; Graf C. Rehinder. Bughövden 1. IX. 1870 für St. Katharinen; M. v. Nahr. Nachfüll 26. VI. 1870 für St. Simonis; G. Kramer. Gaathof 2. IX. 1870 für Waimara; M. v. Effen, Uchten 1. IX. 1870 für Maholm, u. a.

³⁸⁵) EMN. A IV 105. Harrischer Generalbericht. Reval 22. VI. 1873. — EMN. A IV 104. Wiedscherscher Generalbericht. Hanehl 8. III. 1873.

³⁸⁶) EMN. A IV 110. Protokoll der Schulrevision des Ksp. St. Annen 2. II. 1874.

³⁸⁷) EMN. A IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1871.

und anzuregen³⁸⁸). Der Ierswſche Kreis erzielte gute Ergebnisse mit der Einführung von Protokollen der Schulältesten bei ihren Revisionen³⁸⁹). Auf seinen Antrag hin erhob die Oberschulkommission diese Einrichtung zu einer allgemein verbindlichen Vorschrift für die Schulen³⁹⁰). In St. Katherinen dienten die erwähnten Versammlungen mit dem Pastor zur Vornahme einer Kontrolle der Protokollbücher, wobei gleichzeitig die Schulältesten über die einkassierten Pöngelder Rechenschaft abzulegen hatten³⁹¹). Die Ausarbeitung einer genauen Formulierung der Rechte und Pflichten der Schulältesten übernahm der Kreisschulrevident von Harrien, Pastor Kentmann-Rusfal, und unterbreitete der Oberschulkommission einen Entwurf zur Prüfung³⁹²). Mit Anbringung einiger Zusätze wurde derselbe genehmigt und zur Einführung publiziert. Gleichzeitig wurde den Gemeinden die Kreierung eines besonderen Schulvorstandes anempfohlen, wofür ebenfalls Kentmann die Bestimmungen ausgearbeitet hatte. Dieser Vorstand sollte dreigliedrig sein, und aus dem Gemeindeältesten, dem Schulvormünder (d. h. Schulältesten) und dem Kirchenvormünder bestehen. Der Schulälteste hatte für die Durchführung der Anordnungen des Schulvorstandes zu sorgen, auf den Zustand der Gebäude acht zu geben, die Schule regelmäßig zu revidieren. Weiter war darauf zu achten, daß der Unterricht in der Schulzeit auch wirklich ordnungsgemäß stattfand, daß die Schulpflichtigen die Schule besuchten und die jüngeren Kinder auf dem Wege des Hausunterrichts das Lesen erlernten. Ebenso sollte für Besuch des Repetitionsunterrichts der Schulentlassenen und der sommerlichen Sonntagsversammlungen der Schüler gesorgt werden. Der Schulälteste hatte, nötigenfalls mit Unterstützung der Autorität des Gemeindeältesten, die Pönn einzutreiben und an den Schulvorstand abzuführen³⁹³). — Eine derartige Selbstverwaltung der Gemeinde in den Detailfragen des Schulwesens war natürlich ein vortreffliches Mittel, um die Bauernschaft zu einer gesteigerten Mitarbeit zu bringen. Der Mangel lag jedoch

³⁸⁸) GNA III 145. Protokolle der Sitzungen des Pastors zu St. Katherinen mit den Lehrern und Vormündern.

³⁸⁹) GNA. A IV 104. Ierswſcher Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.

³⁹⁰) GNA. A IV 115. Protokoll der Oberschulkommission 22. VI. 1874.

³⁹¹) GNA III. 145. Protokoll 22. IV. 1875.

³⁹²) GNA. A IV 112. Pastor Kentmann an die Oberschulkommission. Rusfal 2. IX. 1874 Nr. 200.

³⁹³) GNA. A IV 121. Protokoll der Oberschulkommission 25. VI. 1875; „Lühile teadus seſt miš kooli-ivanemate ammet ja koguš on“

darin, daß dem Schulältesten zwar ein sehr bedeutendes Maß von Pflichten auferlegt wurde, wobei jedoch der Gemeinde-Schulvorstand nicht obligatorisch wurde, sondern die Oberschulkommission seine Er- richtung nur anempfahl. Der Schulälteste war sozusagen als Exekutiv- organ dieses Vorstandes gedacht und hatte eine wesentlich schwierigere Stellung, wenn der Vorstand selbst in Fortfall kam. In wenigen Jah- ren erwies es sich, daß diese Lösung keine befriedigende war: die an die Schulältesten gestellten Anforderungen überstiegen deren Leistungsfähig- keit ³⁹⁴). Die Diskussion über die Mißstände in der Organisation der Leitung des Schulwesens durch die Gemeinden wurde 1879 durch einen Synodalvortrag des Pastor Gebhardt eröffnet. Gebhardts Äußerungen bewegen sich in prinzipiellen Erörterungen über Grad und Zweck der Einheitlichkeit des Schulwesens, die er als keineswegs er- reicht betrachtet. Er stellt fest, daß Halten der Schulordnung sei viel zu sehr von der Autorität, den subjektiven Anschauungen und dem guten Willen Einzelner abhängig, und fordert, die Schule solle bei ihrem inneren Ausbau ganz von unten, von der wirklichen Durchfüh- rung des Schulzwanges, beginnen, wozu praktische organisatorische Vorschläge zu machen seien. Seine Anregungen sollten von den Kreis- synoden beraten werden ³⁹⁵). Das Resultat war, daß die Diskussion auf der nächsten Synode wieder aufgenommen und nun wesentlich mehr von der praktischen Seite gefaßt wurde. Pastor Gebhardt hielt es für einen Vorzug des Schulgesetzes, daß dieses den Pastoren weder die Exekutive, noch die oberste Leitung des Schulwesens, sondern nur die Mitarbeit zugewiesen hatte. Praktisch hänge seiner Ansicht nach der Fortgang desselben weitgehend von der Arbeit der Pastoren ab, die andererseits im Interesse ihrer Hauptaufgabe, der rein pastoralen, darauf bedacht sein müßten, möglichst viel Arbeit an den Schulen ab- zuwälzen, ohne dieselben zu schädigen. Nun machte Gebhardt den Vor- schlag, allgemeine Gemeinde-Schulkollegien (walla kooli kosh- tud) zu errichten, die seiner Ansicht nach, was z. B. die Förderung der Frequenz anlange, mehr leisten könnten, als die Pastoren, da ihnen ja die Untersuchung der Gründe der Versäumnis und der Legalität der- selben viel eher möglich wäre. Der Pastor sollte die Tätigkeit dieser neuen Behörden nur überwachen, jedoch in Fällen von Renitenz und anderer Schwierigkeiten um seiner Stellung willen nicht selber einschrei-

³⁹⁴) *GMN. A* IV 175. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Landtag. 1884.

³⁹⁵) *GMN I* 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1879.

ten, sondern die Vermittlung der Kirchspielschulkommission anrufen. — Die Synode konnte sich diesen Gedankengängen nur anschließen und beschloß die Ausarbeitung einer entsprechenden Instruktion³⁹⁶⁾. Diese Anregungen übergab Gebhardt in einem Artikel in der „Baltischen Monatschrift“ der Öffentlichkeit, wo er vor allem auf die wesentlich bessere Lokal- und Personalkenntnis, die eine derartige Gemeindegeschulskommission besitzen würde, hinwies³⁹⁷⁾. Diese Verhandlungen beweisen, daß die Einführung der von Pastor Kentmann verfaßten Aufstellung der Schulältestenpflichten keinerlei wesentliche oder allgemeinere Ergebnisse erzielt hatte, da hier auf mehr oder weniger ähnliche Dinge, wie die damals fixierten, hingearbeitet wird. Nun wurde auf Grund des Synodalbeschlusses von 1880 durch Pastor Hoerschelmann-Röthel eine neue Vorlage ausgearbeitet, die dann auch von der Synode angenommen und der Oberschulkommission zur Bestätigung unterbreitet wurde³⁹⁸⁾.

Dieses „Reglement betr. Beaufsichtigung des Schulwesens und Hausunterrichts durch Gemeindebeamte“ bestimmt, daß die Versammlung der Gemeinde-Bevollmächtigten aus ihrer Mitte einen Schulältesten nebst Gehülfen auf die Dauer von 3 Jahren zu wählen habe, welche die Aufgabe hätten, den Lehrer zu unterstützen. Derselbe hat bei Schulbeginn die Neueintretenden zur Prüfung zu versammeln und ins Schülerverzeichnis einzutragen. Alle zwei Wochen visitiert er die Schule, zieht speziell Erkundigungen nach der Versäumnis ein und berät sich mit dem Lehrer über laufende Angelegenheiten der Schule. Er erhebt die Pön und untersucht gemeinsam mit dem Lehrer schwerere Delikte der Schüler, die er der Gemeindegeschulskommission anzeigt; ebenso legt er Vergehen des Lehrers und Klagen über denselben der Kirchspielschulkommission vor. — Jede Gemeinde gründet eine Gemeindegeschulskommission, bestehend aus dem Gemeindeältesten, Schulältesten und Vormündern, die minime alle 6 Wochen im Schulhause zusammentritt und die Anordnungen der Kirchspielschulkommission ausführt, welcher sie subordiniert ist. Sie achtet auf Erfüllung der Pflichten der Gemeinde der Schule gegenüber, auf regelmäßigen Fortgang des Unterrichts, den Schulbesuch u.s.w. Auch sorgt sie für Einhaltung der zwischen Lehrer und Gemeinde abgeschlossenen Kontrakte, berät über die Versäumnisse der Schüler und entscheidet über die Legalität resp. Illegalität der Gründe derselben. Die Vormünder erhalten die Verpflichtung, den Hausunterricht der jüngeren Kinder, welche noch nicht die Schule besuchen, zu überwachen und sie vom achten Lebensjahre an zur Prüfung im Lesen alle 2 Wochen im Schulhause zu versammeln³⁹⁹⁾.

³⁹⁶⁾ dto. Synodal-Protokoll 1. VII. 1880.

³⁹⁷⁾ F. Gebhardt, Zur Durchführung des Schulzwanges in Estland, in „Baltische Monatschrift“ Bd. 27, 1880. pg. 613—618.

³⁹⁸⁾ GesA I 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1881.

³⁹⁹⁾ A. d. L. Sch. St. Eingänge v. 1882.

Die Oberschulkommission nahm den Entwurf auf ihrer nächsten Sitzung an⁴⁰⁰). Die Bedeutung dieser Bestimmungen ist fraglos eine sehr große. Zunächst in rein prinzipieller Hinsicht: diese Mitarbeit des Bauern wurde gerade an der Stelle eingefügt, wo er am besten dazu imstande war, besser als Pastor und Kirchspielschulrevident, die vielfach eine große Anzahl weit auseinander liegender Schulen zu beaufsichtigen hatten. Es war zweifellos richtig, den bauerlichen Schulbeamten zunächst an Detailfragen des Schullebens zu bilden, Fragen, die keine größeren organisatorischen Fähigkeiten erforderten, wohl aber seine ständige eifrige Mitarbeit. Hier in der Kleinarbeit erhielt die Bauernschaft also eine gewisse Selbständigkeit, wenn auch unter ständiger Aufsicht der Organe der Kirchspielschulverwaltung; in den höheren Verwaltungsstellen des Schulwesens war sie zwar vertreten, ohne jedoch dort eine maßgebende Stellung einzunehmen. Ein 1884 von der Oberschulkommission eingebrachter Antrag, den Kirchspielschulkommissionen das Recht zu erteilen, die Schulältesten zu bestätigen und zu suspendieren, fand nicht die Billigung des Ausschusses⁴⁰¹).

Während auf diese Art und Weise die äußere Organisation des Schulwesens ihren Abschluß erhielt, war besonders die Geistlichkeit bemüht, sich über die dem inneren Aufbau der Schule zugrunde zu legenden Prinzipien klar zu werden und dieselben zu präzisieren. Dieses Thema hat eine ganze Reihe von Synoden beschäftigt. 1874 wurde von Pastor Schmidt-St. Michaelis ein Entwurf vorgelegt, welcher eine Vereinheitlichung der inneren Schulorganisation bezweckte. Die Synode schloß sich den pädagogischen Grundlagen desselben im allgemeinen an, jedoch sollte Pastor Schmidt mit den Pastoren Rentmann und Nerling eine nochmalige Durchsicht vornehmen⁴⁰²). Das Resultat der Arbeiten dieser drei Pastoren wurde der nächsten Synode unterbreitet. Die Kreisvota dazu betonten übereinstimmend die Notwendigkeit eines derartigen Regulativs und bezeichneten Schmidts Arbeit als durchaus aner kennens wert, jedoch emendationsbedürftig. Namentlich stellten sie fest, Schmidt habe die religiösen Erziehungsaufgaben der Schule zu wenig in den Vordergrund gerückt. Auch das vorgelegte Gutachten eines „bewährten Schulmanns“ fand, die im Entwurf stark betonte Beibringung von Kenntnissen komme erst in zweiter Linie in Betracht, denn die evangelische Schule habe vor allem eine

⁴⁰⁰) dto. Prot.-Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1882.

⁴⁰¹) GNA. A IV 175. Aussch.-Protokoll 10. IX. 1884.

⁴⁰²) GNA I 536/13. Synodal-Protokoll 25. VI. 1873.

erziehende Macht zu sein. Die Synode wählte eine Kommission, welche auf Grund aller dieser Ausstellungen ein Gutachten ausarbeitete und am nächsten Tage vorlegte. Nun wurde der im Entwurf enthaltene Lehrplan versuchsweise auf ein Jahr angenommen. Nach den gemachten Erfahrungen sollten dann neue Beratungen der Kreissynoden stattfinden ⁴⁰³). Die Synode von 1877 nahm dann die Debatten wieder auf und ließ nun eine endgültige Redaktion durch eine Kommission vornehmen, sowie das Regulativ der Oberschulkommission zur Bestätigung und Einführung überweisen. Dasselbe sollte mit dem Lehrplan geschehen, der sich in der Probezeit gut bewährt hatte ⁴⁰⁴). In der Oberschulkommission wurde der Teil, welcher Erziehung, Disziplin und Unterrichtsziele behandelte, als wenig glücklich bezeichnet und fand eine Neuredaktion von der Hand des Landrats A. v. z. Mühlen-Piersal. Mit diesen Änderungen wurde dann das Regulativ angenommen ⁴⁰⁵).

In seinem ersten Teil enthält dasselbe allgemeine Regeln über die Stellung und pädagogische Tätigkeit des Lehrers, über die Schulordnung und Schulanstalten. Dann folgen Lehrprogramme, deren Begrenzung in großen Zügen durch das Schulgesetz von 1875 vorgezeichnet ist. Hier wird auch der neue Lehrstoff der Geographie behandelt: die Gemeindeschule soll eine allgemeine Bekanntschaft mit der Erde und ihren einzelnen Teilen, speziell dem Heimatlande, vermitteln, während die Parochialschule schon speziellere Kenntnisse der mathematischen Geographie und einzelner Länder in physischer und politischer Hinsicht fordert. Auf dem Gebiete der Geschichte soll die Parochialschule „übersichtliche Kenntnis“ der wichtigsten Begebenheiten und Personen in Altertum, Mittelalter und Neuzeit geben, in der Naturkunde in die drei Naturreiche einführen. Von größerem Interesse ist der dritte Teil, der die Erziehung in der Schule behandelt (von Landrat v. z. Mühlen neuredigiert). Der Unterricht bezweckt demnach eine intellektuelle und sittlich religiöse Entwicklung und soll eine erziehende Tätigkeit ausüben. Die tiefste Quelle alles rechten Gehorsams und sittlichen Lebens soll Gottesfurcht sein. Daher darf der Religionsunterricht keine bloße Beschäftigung mit einem Lehrstoff darstellen; der Lehrer soll das Gewissen des Schulkindes vertiefen, Ehrfurcht und Pietät gegenüber jedem wecken, dem sie zukommen und das Gefühl für Recht beleben. Um diese Aufgaben erfüllen zu können, muß sich der Lehrer volle Autorität wahren. Seine Gebote müssen jedoch überlegt, fest und bestimmt sein, wobei der Lehrer Ungeduld und Barschaft zu vermeiden hat. Der Lehrer soll darauf hinarbeiten, das Vertrauen seiner Schüler zu gewinnen und Ernst mit Milde und Freundlichkeit verbinden. Der Zweck der Strafe ist, dem Schuldigen den sittlichen Ernst seiner Verfehlung vor Augen zu

⁴⁰³) GSA I 536/13. Synodal-Protokoll 20.—21. VI. 1875.

⁴⁰⁴) dto. Synodal-Protokoll 24.—25. VI. 1877.

⁴⁰⁵) A. v. z. M. Sch. R. Prot. Buch I. Protokolle der Oberschulkommission 16. XII. 1877, 27. VI. 1878; — dto. Eingänge I. Konzept des Landrat A. v. z. Mühlen. [1877].

führen und ihn vor Wiederholungen abzusprechen. Die dabei anzuwendenden Strafen werden aufgezählt, wobei eine Züchtigung durch den Lehrer selbst für unstatthaft erklärt wird. Vor allem muß der Lehrer, um erzieherisch wirken zu können, den Schülern als Vorbild vorleben und bei allen seinen Maßnahmen die Liebe durchblicken lassen ⁴⁰⁶).

In seinen sachlichen Bestimmungen bringt dieses Reglement eigentlich kaum etwas Neues, sondern stellt eine Interpretation des Schulgesetzes von 1875 dar, welches als zu knapp abgefaßt empfunden wurde. Was die grundsätzlichen Erörterungen anlangt, so sind die intellektuelle und die sittlich-religiöse Seite der Schulerziehung in ein gesundes Verhältnis zu einander gebracht. Wir wissen nicht, wie in diesem Punkte die Gedankengänge der Synode gewesen waren, welche die Betonung des religiösen Moments bei Schmidt vermißt hatte. Nun jedoch dominiert dieses keineswegs übermäßig, wird aber richtig als der Hauptfaktor bei der Erziehung zu einer sittlichen Persönlichkeit erkannt. Gerade die deutliche Herausarbeitung des Gedankens der Erziehung neben der Unterweisung ist für die ritterschaftlich-kirchliche Schularbeit charakteristisch. Diese Grundidee ist von der nationalen estnischen Bewegung bekämpft worden, die an Stelle des ihrer Ansicht nach überbetonten religiösen Moments das nationale forderte und die Ausrichtung der Schularbeit vorwiegend unter diesen Gedanken gestellt sehen wollte.

Wie wir bereits früher gesehen haben, war es vor Einführung des Schulgesetzes von 1875 auch nicht annähernd gelungen, den Schulzwang allgemein durchzuführen. 1873 war dieses in 19 Kirchspielen der Fall, d. h. theoretisch war hier der Schulzwang zum Gesetz erhoben, wobei die Frage der Durchführung keineswegs klar liegt ⁴⁰⁷). Schwierigkeiten hatte da vor allem auch die schon behandelte Stellungnahme der staatlichen Organe zur Erhebung der Pön bereitet. Zwar war hierin in einigen Kirchspielen scharf durchgegriffen worden, so daß beträchtliche Pönzahlungen einliefen. So kassiert z. B. des Kirchspiel Zegeleht 1870 Pön im Betrage von 54,23 Rbl. ein ⁴⁰⁸). Umpel treibt im Laufe eines Schuljahres 126,66 Rbl. ein, wobei aber der Betrag eigentlich bedeutend höher hätte sein müssen, indessen durch Nachlässigkeit zweier

⁴⁰⁶) A. d. D. Sch. R. Eingänge II. „Schulregulativ für die innere Organisation der estl. Landschulen ev.-luth. Bekenntnisses“ 1878.

⁴⁰⁷) Revalsche Zeitung. 1873 Nr. 55.

⁴⁰⁸) ERA. 176. Bericht B. Baron Rosen über das Rsp. Zegeleht. Kostifer 1. IX. 1870.

Gemeinden die erforderliche Höhe nicht erreichte ⁴⁰⁹⁾). In einem dieser säumigen Gebiete, das etwa 125 schulpflichtige Kinder zählte, betrug die Summe der versäumten Schultage 4000! ⁴¹⁰⁾). Aus zahlreichen Kirchspielen liegen jedoch Berichte darüber vor, daß eine Eintreibung von Pöngelbern kaum möglich gewesen ist, so Sörden, St. Jürgenß, St. Johannis i. H. ⁴¹¹⁾). Jedenfalls bestand, was die Beitreibung anlangt, bis 1875 keine einheitliche Praxis, konnte auch gar nicht bestehen, solange die Rechtsgrundlage, das provisorische Regulativ, angefochten wurde. Manche Gemeinden versuchten, von sich aus schärfer vorzugehen, um so einen besseren Schulbesuch zu erreichen. So gab z. B. der Sonormsche Gemeindevorstand anläßlich einer Revision den Wunsch nach einer bedeutenden Erhöhung der Pön zu Protokoll; mehrere Gemeinden im Kirchspiel St. Johannis in Terwen baten um die Ermächtigung, außer der Pön die versäumten Schultage noch nachleisten lassen zu dürfen ⁴¹²⁾). Ein derartiges scharfes Vorgehen hatte aber auch wieder seine nachteiligen Folgen: so z. B. drohten die Wirte in mehreren Kirchspielen Terwens, bei ihnen arbeitende Waisen Kinder sofort zu entlassen, sobald an sie die Forderung nach Pönzahlungen gerichtet würde ⁴¹³⁾). Trotz dieser sich bei Anwendung der Druckmittel ergebenden Schwierigkeiten ist dennoch die Frequenz bedeutend gestiegen. Während noch 1868 die Zahl der die Schule besuchenden Kinder 22109 betragen hatte, war sie bis 1875 auf 30432 gestiegen und dieses bei einer Gesamtzahl von 40660 schulpflichtigen Kindern, so daß bereits beim Erlaß des Schulgesetzes 75% der Schulpflichtigen in Schulen Unterricht empfangen; im Laufe des Schuljahres 1874/75 z. B. hatte sich die Zahl der Schulkinder um 3765 vermehrt ⁴¹⁴⁾). Nun, wo die nötige gesetzliche Basis gegeben war, konnte mit ganz anderer Energie an die Durchführung des Schulzwanges geschritten werden. Bereits im Laufe von zwei Jahren stieg die Frequenz von 75% der Schulpflichtigen 1875 auf 81,83% im Jahre 1877 ⁴¹⁵⁾). Zwar standen, was die Durchführung

⁴⁰⁹⁾ ENA. A IV 95. A. v. Kurjell an die Oberschulkommission. Noif 10. XI. 1871 Nr. 86.

⁴¹⁰⁾ ENA. A IV 98. Baron R. Rosen an die Oberschulkommission 12. VI. 1871 Nr. 38.

⁴¹¹⁾ ENA. A IV 105. Harrischer Generalbericht. Rebal 22. VI. 1873.

⁴¹²⁾ ENA. A IV 110. Terwischer Generalbericht. Allenfüll 26. II. 1874 Nr. 4.

⁴¹³⁾ ENA. A IV 104. Terwischer Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.

⁴¹⁴⁾ ENA. 221. Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulß 1874/75.

⁴¹⁵⁾ Freh pg. 17.

anlangt, manche Kirchspiele noch zurück. So war in Luggenhufen 1877 der Schulzwang zwar eingeführt, aber aus Interesselosigkeit des Schulrevidenten kaum durchgeführt. Auch in St. Katherinen war keine Bauerngemeinde ernstlich an die Realisierung geschritten, und das seit jeher rückständige Kirchspiel Merjama hatte 1876 mit der Einführung überhaupt noch nicht begonnen⁴¹⁶⁾. Auch 1878 noch bestand in Regel und Rußö der Schulzwang nur in sehr inkonsequenter und milder Form⁴¹⁷⁾. Die verschiedensten Ausflüchte der Eltern wurden angewandt, um sich dem Schulbesuch zu entziehen. So wurden falsche Altersangaben gemacht, die den Kindern ein Fernbleiben von der Schule ermöglichen sollten⁴¹⁸⁾, oder man nahm die niedrige Pönzahlung auf sich und behielt die Kinder zur Arbeit zu Hause⁴¹⁹⁾. Auch kamen Fälle vor, wo die Schulältesten aus Bequemlichkeit Fälschungen der Versäumnislisten vornahmen und dort einfach Krankheit als Versäumnisgrund eintrugen, ohne die eigentlichen Ursachen nachzuprüfen⁴²⁰⁾. Trotz aller derartiger Hindernisse stieg jedoch dank der Tätigkeit der Pastoren, Kirchspielschulrevidenten und Schulältesten die Frequenz von Jahr zu Jahr. 1879 betrug die Gesamtzahl der Schulpflichtigen 38565, davon besuchten 33058 Schulen⁴²¹⁾. Am schnellsten gelangte in Serwen und Wierland die allgemeine Schulpflicht zur Durchführung, dort betrug 1883 die Frequenz 97%—100% aller Schulpflichtigen. Harrien dagegen hatte im selben Jahre eine Frequenz von nur 89%—91% aufzuweisen. Der Gesamtdurchschnitt für Estland betrug 1883 — 90%⁴²²⁾. Die letzten Jahre bis zum Ressortwechsel brachten dann noch sehr bedeutende Fortschritte, so daß 1885 nur noch 4% der schulpflichtigen Kinder nicht die Schule besuchten⁴²³⁾. Und 1886 überstieg die Zahl der Schulen besuchenden Kinder die der im schulpflichtigen Alter von 10—13 Jahren stehenden um 1269⁴²⁴⁾. Manche Schulen brachten es dabei auf eine geradezu vorbildliche Regelmäßigkeit der Frequenz: so war z. B. 1876/77

⁴¹⁶⁾ ERN I 469/50. Schulbericht Luggenhufen 1877. — ERN I 469/49. Schulberichte St. Katherinen u. Merjama 1876.

⁴¹⁷⁾ ERN I 469/51. Schulberichte Regel u. Rußö 1878.

⁴¹⁸⁾ ERN I 469/45. Schulbericht Roidö 1872.

⁴¹⁹⁾ = Anm. 414.

⁴²⁰⁾ ERN I 469/54. Schulbericht Hanehl 1881.

⁴²¹⁾ ERN I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1879.

⁴²²⁾ dto. Synodal-Protokoll 20. VI. 1883.

⁴²³⁾ dto. Synodal-Protokoll 19. VIII. 1885.

⁴²⁴⁾ ERN. A IV 187. Rechenschaftsbericht des Ritt. Öptm. Graf Tiefenhäusen an den Landtag. XII. 1886.

in Paßal kein einziger unentschuldigter Versäumnistag vorgekommen ⁴²⁵⁾. Dasselbe war 1876 in vier im Kirchspiel Nissi belegenen Schulen der Fall ⁴²⁶⁾. Diese günstigen Frequenzsiffern dürfen jedoch nicht überschätzt werden. Uns liegen z. B. Angaben aus Wierland für das Jahr 1873 vor, wonach die jüngeren Kinder (d. h. wohl die von 10—13 Jahren) nur 4 Tage in der Woche die Schule zu besuchen brauchten, und von diesen vier Tagen ließ der Lehrer, selbst mit Gemeindefreierarbeiten beschäftigt, häufig noch einen ausfallen. So ergaben sich pro Schulfwinter bestenfalls 72 Schultage, vielfach aber auch 50 oder noch weniger ⁴²⁷⁾. Laut Schulgesetz waren zwar 6 Schultage wöchentlich vorgeschrieben, aber derartige lokale Sitten waren durch Gesetzbestimmungen natürlich schwer restlos zu beseitigen. So besuchten z. B. in Reiniß 1872 die meisten Kinder nur zweimal wöchentlich die Schule ⁴²⁸⁾. In Emmaß war wegen Überfüllung zweier Schulen eine Trennung der Geschlechter im Unterricht vorgenommen worden, wobei jedes nur drei Tage in der Woche die Schule besuchte. Erst 1880, nachdem zwei Hülfslehrer gewählt worden waren, wurde dieser Mißstand in beiden Schulen beseitigt ⁴²⁹⁾.

Die bei Frey gebrachten Daten über die Frequenz geben uns kein völlig klares Bild, da er als Basis nicht die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Alter von 10—13 Jahren nimmt, sondern die der Schulfähigen von 10—17 Jahren, d. h. bis zur Konfirmation. Es war aber eine schon lange in Estland eingebürgerte Einrichtung, wohl eine Form der Fortbildung der alten Sonntagschulen, daß die unkonfirmierte schulentlassene Jugend einmal wöchentlich zur Schule kam und dort Repetitionsunterricht genoß. Bei Frey figuriert nun eine Kategorie von Kindern, die nur einmal wöchentlich die Schule besuchen, wobei unklar ist, ob es sich hierbei nur um derartige Repetitionsschüler handelt oder um jüngere Kinder, welche in dieser mannigfachen Form ihrer Schulpflicht nachkamen ⁴³⁰⁾.

Bei regelmäßiger Durchführung konnte die Repetitionsschule natürlich einen sehr wesentlichen Bildungsfaktor darstellen, da sich dabei pro Winter eine Anzahl von 20—30 Schultagen ergab; die Durchführung war jedoch lokal sehr verschieden. Erfahrungsgemäß lag die Beteiligung des weiblichen Geschlechts am Repetitionsunterricht höher als die des

⁴²⁵⁾ GRA I 469/50. Schulbericht Hanekl 1877.

⁴²⁶⁾ GRA I 469/49. Schulbericht Nissi 1876.

⁴²⁷⁾ GRA. A IV 104. Graf Lütke an die Oberschulkommission. Abwands 22. III. 1873 Nr. 20.

⁴²⁸⁾ GRA I 469/45. Oktoberbericht Reiniß 1872.

⁴²⁹⁾ St. A. Emmaß: Protokoll der Kirchspielschulkommission 29. IV. 1880.

⁴³⁰⁾ Frey pg. 18; — Bei Frey kommen einige Additionsfehler vor, die hier verbessert sind.

männlichen ⁴³¹⁾. Das Schulgesetz von 1875 enthielt jedoch keinerlei Bestimmungen über diese Einrichtung, so daß auch jede Handhabe fehlte, um sie zur Pflicht zu machen, sondern wo sie bestand, beruhte sie auf lokaler Gewohnheit. Der Frage der Repetitionsschule widmete sich die Synode von 1876, nachdem die Kreissynoden den Wunsch zum Ausdruck gebracht hatten, sie möchte allgemeine Einrichtung werden. Konkrete Anträge stellte Pastor Rentmann-Rusal und schlug vor, die Jugend nach absolvierter Schulpflicht drei Winter hindurch einmal wöchentlich den Repetitionsunterricht besuchen zu lassen; dabei sollten hauptsächlich folgende Fächer berücksichtigt werden: Katechismus, biblische Geschichte und Gesang, nebenbei auch Kalligraphie, das Einmaleins und russisches Lesen. Nachdem der Generalsuperintendent Schulz diese Vorschläge noch befürwortet hatte, wurden sie den Kreissynoden zur Beratung übergeben ⁴³²⁾. Bei diesen Vorschlägen fällt sofort die Überbetonung des Religionsunterrichts ins Auge. Bei Rentmann scheint die Repetitionsschule vor allem darauf berechnet zu sein, die während des regelmäßigen Schulbesuchs erworbenen Kenntnisse auf diesem Gebiet wachzuhalten, um damit eine Basis für den bevorstehenden Konfirmationsunterricht zu schaffen. Daneben finden die übrigen Fächer nur eine ganz untergeordnete Berücksichtigung. Hier liegt zweifellos ein Fehlgriff vor. Die Praxis hatte oft bewiesen, daß die Schulkenntnisse schnell in Vergessenheit gerieten. So kamen z. B. Fälle vor, wo Knaben als Schüler gut lasen, später als Konfirmanden jedoch nur noch mühsam buchstabierten ⁴³³⁾. Sollte also die Repetitionsschule zu einem wirksamen Bildungsinstitut werden, so durfte sie nicht so einseitig auf die religiöse Bildung ausgerichtet werden. Die Rentmannschen Vorschläge gelangten, nachdem sie den Kreissynoden vorgelegen hatten, auf der nächsten Provinzialsynode wieder zur Sprache und wurden hier abgelehnt. Die Synode beschloß, es müsse beim Repetitionsunterricht auf die lokalen Verschiedenheiten und das Herkommen Rücksicht genommen werden ⁴³⁴⁾. Gleichzeitig mit dieser Diskussion hatte auch die Oberschulkommission die Frage in Bearbeitung genommen. 1876 beauftragte sie den Ritterschaftshauptmann Baron Maydell, beim Innenminister auf eine Ausdehnung des Schulzwanges auf den Repetitionsunterricht hinzu=

⁴³¹⁾ Frey pg. 14, 19.

⁴³²⁾ GSA I 536/13. Synodal-Protokoll 21. VI. 1876.

⁴³³⁾ GSA I 469/51. Schulbericht Al. Marien 1878.

⁴³⁴⁾ GSA I 536/13. Synodal-Protokoll 25. VI. 1877.

wirken⁴³⁵). Maydell hat daraufhin „höheren Ortes“ darum nachgesucht, auch bei Versäumnis des Repetitionsunterrichts Pönzahlungen eintreiben zu dürfen⁴³⁶). Aus einer Notiz in den Papieren in seinem Nachlaß wissen wir nur, daß er deswegen mit dem Kurator Saburow in Verbindung getreten ist. (Die Notiz lautet: „Saburoff schreiben wegen obligat. Unterricht der Repet. Schüler“⁴³⁷).) Diese Vorstellung wurde zwar von der Staatsregierung nicht berücksichtigt, wohl aber verlieh die Oberschulkommission in ihrem erwähnten 1878 erlassenen Regulativ über die innere Organisation des Schulwesens auch der Repetitionsschule einen festeren Charakter⁴³⁸). Somit wurde der Repetitionsunterricht, einmal wöchentlich bis zur Konfirmation, zwar allgemein eingeführt, aber keine Handhabe geschaffen, um ihn nötigenfalls unter Anwendung von Pönzahlungen zu erzwingen. X

In die letzten Jahre vor dem Ressortwechsel fallen Verhandlungen, welche auf eine Verlängerung des obligatorischen Schulbesuchs hingen. Gesetzlich war ja ein Schulbesuch von drei Wintern vorgesehen, der zwischen dem zehnten und dreizehnten Lebensjahr stattfinden sollte. Nun erwies sich jedoch vielfach, daß diese Zeit nicht genügte, um das gebotene Bildungsgut genügend fest in den Kindern zu verwurzeln, besonders noch wenn es den Eltern nur darauf ankam, daß ihre Kinder die vorgeschriebene Zeit in der Schule absaßen, ohne darauf Wert zu legen, ob sie dabei auch etwas erlernten⁴³⁹). Bereits 1878 erklärt der Jerwische Kreis Schulrevident G. v. Grünewaldt-Roß den dreijährigen Unterricht für zu kurz und bezeichnet es als wünschenswert, ihn auf zwei weitere Jahre zu verlängern. So sollte der obligatorische tägliche Schulbesuch bis zum fünfzehnten Lebensjahr dauern und dann ein wöchentlicher Repetitionsunterricht bis zum achtzehnten sich anschließen⁴⁴⁰). Die Oberschulkommission ging aber damals nicht weiter auf diese Anregung ein. Jedoch kehrte die Provinzialsynode von 1882 zu dieser Frage zurück und stellte den Antrag,

⁴³⁵) A. d. L. Sch. R. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 25. VI. 1876.

⁴³⁶) GNA. A IV 132. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Baron Maydell an den Landtag 1878.

⁴³⁷) A. Baron E. Maydell, Papiere aus den Jahren 1875/76.

⁴³⁸) GNA. A IV 157. Rechenschaftsbericht des Mitt. Optm. Graf Rehbinder an den Landtag 1881.

⁴³⁹) J. B. GNA I 469/49. Schulbericht Rötchel 1876.

⁴⁴⁰) A. d. L. Sch. St. Eingänge II. Jerwischer Schulbericht. G. v. Grünewaldt-Roß 19. VI. 1878 Nr. 18.

den obligatorischen Schulbesuch auf vier Winter zu verlängern⁴⁴¹). Die Oberschulkommission erklärte sich im allgemein mit dieser Änderung einverstanden. Besonders mag dazu der Hinweis des Generalsuperintendenten Schulz beigetragen haben, der feststellte, die Einführung des obligatorischen russischen Unterrichts mache eine verlängerte Schulzeit erforderlich, wenn nicht der übrige Unterricht darunter leiden solle; auch hatte er betont, der Wohlstand der Bauernschaft sei soweit gestiegen, daß die Belastung eines vierten Schuljahres für sie wohl tragbar sein werde. Da jedoch eine derartige Verlängerung eine Abänderung des Schulgesetzes von 1875 dargestellt hätte, sah sich die Oberschulkommission genötigt, ein Gutachten des Ausschusses einzuholen⁴⁴²). Dort fanden diese Anregungen kein volles Verständnis, sondern der Ausschuß sentimentierte, eine derartige Abänderung des Schulgesetzes von 1875 nicht als notwendig anerkennen zu können. Wohl aber empfahl er, die Oberschulkommission möge von sich aus, durch Vermittlung der Kreis Schulrevidenten, dieser Maßregel Eingang verschaffen⁴⁴³). Es ist wohl anzunehmen, daß der Ausschuß vor allem durch taktische Erwägungen zu dieser Stellungnahme bewogen worden ist. Die Bestätigung des Schulgesetzes war 1875 nur unter den größten Schwierigkeiten erreicht worden. Der Versuch einer Abänderung desselben mußte ein Diskussionsübereständische Volkschulfragen in den Regierungsorganen wachrufen, die keineswegs erwünscht war. Die Oberschulkommission hielt sich dann an diese ihr erteilten Richtlinien, verwarf eine Abänderung des Reglements, empfahl aber den Kreis Schulkommissionen, solche Kinder, die nach einem dreijährigen Schulbesuch noch nicht genügende Kenntnisse aufweisen konnten, zu einem weiteren Schulwinter anzuhalten⁴⁴⁴). Wie weit dieser Beschluß praktische Folgen gehabt hat, läßt sich für die Jahre bis zum Ressortwechsel wegen Fehlens des nötigen Nachrichtenmaterials nicht feststellen.

Die Erweiterung des Lehrstoffes der Volkschulen brachte es mit sich, daß nun an die Qualitäten der Lehrer bedeutend höhere Anforderungen als früher gestellt wurden. Gleichzeitig waren auch die vonseiten der Gemeinden an die Lehrer gestellten Ansprüche gestiegen.

⁴⁴¹) *СНУ* I 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1882.

⁴⁴²) *У. д. О. Ш. Р.* Eingänge v. Generalsup. Schulz an die Oberschulkommission. *Ребал* 22. VI. 1882; *СНУ*. *У* IV 160. Mitt. Sptm. Baron Wrangell an den Ausschuß. *Ребал* 28. VI. 1882 Nr. 26.

⁴⁴³) *СНУ*. *У* IV 163. Ausschuß-Protokoll 7. IX. 1882.

⁴⁴⁴) *У. д. О. Ш. Р.* Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission. 14. XII. 1882.

Intelligente, ihr Fach lebendig erfassende Lehrer vermochten weit eher, die Bauerngemeinde für ihre Schule zu interessieren und sich bei ihr einen Rückhalt zu verschaffen als unfähige, deren Tätigkeit vielfach die berechtigte Kritik der Gemeinden wachrief⁴⁴⁵). In den sechziger Jahren mochte noch so mancher Autodidakt seinen Schülkindern Lesen und etwas Schreiben beibringen, womit auch sein Können erschöpft war. Aber solche Lehrkräfte wurden untragbar, als überall der russische Sprachunterricht eingeführt wurde und die Geographie in den Lehrplan trat. So mußte denn energisch die Aufgabe in Angriff genommen werden, alte unfähige Lehrer — meist waren das ja Autodidakten oder Zöglinge von Gemeindeschulen — durch tüchtige Kräfte zu ersetzen. Darauf zielte bereits 1869 ein Synodalantrag hin, worin der Oberschulkommission vorgeschlagen wurde, diese alten, ungenügenden Lehrkräfte einem Examen zu unterziehen und, wenn nötig, zu entfernen⁴⁴⁶). Ob ein derartiges Examen damals vorgenommen worden ist, wissen wir nicht, es war ja auch keineswegs leicht, geeigneten Ersatz zu finden. Gerade aus Mangel an fähigen Lehrern verzögerte sich z. B., wie wir sehen werden, die allgemeine Durchführung des russischen Unterrichts. — Manche Gemeinden halfen sich damit, daß sie in der Person junger Parochialschul- oder Seminarabsolventen Hilfslehrer anstellten, die wegen zu großer Jugend noch nicht berechtigt waren, selbständig eine Schule zu leiten. Derartige junge Lehrer waren oft erst 16 Jahre alt, wurden jedoch in das Militär eingezogen, wenn sie nicht angestellt waren, und drohten so der Schularbeit verloren zu gehen. Nun konnten sie diejenigen Fächer übernehmen, in welchen der alte Hauptlehrer nicht die erforderlichen Kenntnisse besaß⁴⁴⁷). Um auch bei Neuansmeldungen junger Hauptlehrer keine Fehlgriiffe zu tun, führte die Oberschulkommission die Einrichtung ein, daß jeder von ihnen vorher eine obligatorische Probezeit von drei Monaten zu absolvieren hatte, in welcher er seine Fähigkeiten bewähren sollte⁴⁴⁸). Ein Mittel zum Ansporn und Zeichen der Anerkennung sollten die Lehrerbewohnungen sein. 1873 war vom Zerswischen Kreise vorgeschlagen worden, für 25 jährigen tadellosen Dienst Ehrengaben einzuführen⁴⁴⁹). Die Oberschulkommission

⁴⁴⁵) dto. Eingänge II. Bierl. Schulbericht. G. Baron Stadelberg. Rurküll 23. VI. 1878.

⁴⁴⁶) ЕММ I 586/13. Synodal-Protokoll 30. VIII. 1869.

⁴⁴⁷) A. d. L. Sch. R. Eingänge II. Bierl. Schulbericht. G. Baron Stadelberg. Rurküll 17. VI. 1879.

⁴⁴⁸) dto. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 6. III. 1882.

⁴⁴⁹) ЕММ. A IV 104. Zerswischer Generalbericht. St. Marien Magdalenen 24. II. 1873.

ging auf diesen Vorschlag ein und legte fest, daß derartige Gratifikationen für 25 jährigen Dienst erteilt werden sollten, wobei der Lehrer mindestens 12 Jahre an einer Stelle gearbeitet haben mußte ⁴⁵⁰⁾. Auf Grund dieser Richtlinien bewilligte der Ausschuß kurz darauf den Lehrern zu Rui und Selliküll als ersten Gratifikationen in der Höhe von 25 Rbl. ⁴⁵¹⁾. Derartige Belohnungen sind in der Folgezeit immer wieder zur Auszahlung gelangt. Trotz aller Maßnahmen zur Hebung der Qualität des Lehrerstandes blieben aber zahlreiche Personen im Amt, die durch ihre Fähigkeiten nicht dazu qualifiziert waren. So waren z. B. 1882 in Harrien noch 20 Autodidakten im Amt, sowie eine Reihe von Lehrern mit Gemeindefschulbildung ⁴⁵²⁾. Natürlich brauchte nicht unbedingt jeder Autodidakt völlig unfähig zu sein, mancher mochte sich auch selbst ein genügendes Maß von Kenntnissen verschafft haben. Und die Zahl der unfähigen Lehrer ist auch bedeutend höher als die der reinen Autodidakten. 1884, also kurz vor dem Ressortwechsel, beträgt sie noch 73 (bei etwa 500 Schulen), liegt also weit über 10% ⁴⁵³⁾. Neben den zu geringen Kenntnissen der Autodidakten war es vor allem ihre mangelhafte Lehrmethode, die ein Verbleiben solcher Persönlichkeiten im Amt völlig unmöglich erscheinen ließ. Es ist geradezu erstaunlich, auf was für Fälle der Primitivität in der Methode man noch in dieser Blütezeit der Volksschule stößt. Ein Bericht des Pastors zu Roidß enthält z. B. einen derartigen Fall: Der Pastor fragt als Examinator einen Schüler in der Religionsstunde nach der Geschichte vom Sturme auf dem Meere, woraufhin dieser schweigt. Als aber der anwesende Lehrer ihn auffordert, die sechzehnte Geschichte des Neuen Testaments zu erzählen, kennt er diese Wort für Wort ⁴⁵⁴⁾!

Bereits in verschiedenen Schulprojekten am Beginn des Jahrhunderts waren als Mittel zur Fortbildung der Lehrer *Konferenzen* derselben empfohlen worden, wo im Rahmen eines Kirchspiels gemachte Erfahrungen ausgetauscht und neue Anregungen geboten werden sollten. Die Frage, ob und wie derartige Konferenzen organisiert und zu einem positiven Bildungsfaktor ausgestaltet werden sollten, wurde in den siebziger Jahren ausführlich diskutiert. Den Anlaß dazu gab das bei der Lehrerschaft selbst zutage getretene Bedürfnis, sich zusammenzuschließen und Versammlungen abzuhalten. Diesen Wünschen lagen

⁴⁵⁰⁾ GNA. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 23. VI. 1873.

⁴⁵¹⁾ *Ido.* Ausschuß-Protokoll 10. IX. 1873.

⁴⁵²⁾ GNA. 176. Schultabelle 1881/82.

⁴⁵³⁾ GNA I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1884.

⁴⁵⁴⁾ GNA I 469/47. Oktoberbericht Roidß 1874.

weniger rein bildungsmäßige Erwägungen zu Grunde, sondern vorwiegend nationale, was im Frühjahr 1871 zu einer illegalen Konferenz in Reval führte ⁴⁵⁵⁾). Die unerwünschte Richtung, welche diese Konferenz genommen hatte, bewog den Generalsuperintendenten Schulz, die Frage der Lehrerkonferenzen auf der Synode von 1871 anzuschneiden. Schulz stellte die Frage, wie das Gesunde und Berechtigte, das in derartigen Bestrebungen der Lehrerschaft liege, in die rechten Bahnen zu lenken wäre, und wie sich eine politische Agitation auf solchen Konferenzen verhindern ließe. Die Kreissynoden stellten sich daraufhin sämtlich auf den Standpunkt, derartige Konferenzen dienten weder zur Befriedigung eines vorhandenen Bedürfnisses, noch würden sie zur Zeit ein heilsames oder förderliches Institut darstellen. Dem Bedürfnis nach Gedankenaustausch genügten Kirchspiels-Lehrerkonferenzen, die sich eventuell noch zu Kreiskonferenzen erweitern ließen. Die Synode erklärte sich dafür, vorläufig über diesen Rahmen nicht hinauszugehen, allgemeine Konferenzen aber jedenfalls nur mit Genehmigung und unter Leitung der Oberschulkommission zuzulassen ⁴⁵⁶⁾). — Kurz vor dieser Beratung war nämlich — ob dieses der Synode bekannt war, ist unklar — die Absicht gewisser Lehrerkreise, eine große Lehrerkonferenz abzuhalten, zu Kenntniß der Gouvernementsverwaltung gelangt. An den Gouverneur Fürsten Schachowsky hatte sich der Lehrer der Revaler Elementarschule Rosenberg gewandt und um die Erlaubniß nachgesucht, eine Konferenz zu veranstalten, wobei das Gesuch mit „Schullehrer des estnischen Volkes“ unterzeichnet war. Das beigelegte Programm der Konferenz, welche im Juni 1871 stattfinden sollte, enthielt jedoch Fragen, die in keinem Falle der Beurteilung durch Lehrer unterlagen, wobei deutlich politische Züge nicht fehlten. Aufgestellt waren 7 Punkte, und zwar: 1) über die Schulzeit in Parochial- und Dorfschulen, inwiefern und zugunsten welcher Fächer diese zu erweitern wäre? 2) über Parochialschulen für das weibliche Geschlecht; 3) über die Aufbesserung der Lehrergehälter und eventuellen Ankauf von Schulstellen durch die Gemeinden; 4) über Schulbücher; 5) über die Einführung weltlicher Fächer in den Schulen, speziell Geographie und Geschichte, besonders Rußlands; 6) über Unterricht in rationeller Landwirtschaft, und 7) darüber, wie die Lehrer der verschiedenen Schularten am besten das Bildungswerk am Volk einmütig und im gleichen Geist verrichten könnten. Die Fragenkomplexe, welche hier angeschnitten wurden, wa-

⁴⁵⁵⁾ GMA. II IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1871.

⁴⁵⁶⁾ GMA. I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1871.

ren vielfach wichtig und brennend, unterlagen jedoch der Regelung durch die Schulverwaltung und nicht durch die Lehrer, eine Tatsache, welche gleich starke Bedenken gegen das geplante Unternehmen auslösen mußte. Dazu trug noch der vorgebrachte Wunsch bei, auch Gemeindegeldsteuern hinzuziehen zu dürfen, sowie „gebildete und vernünftige estnische Brüder“ und alle, die „aufrichtig das Wohl von Kaiser und Heimat erstreben“. Dieses Programm sollte in Form eines Aufrufes durch die Zeitungen zur Verbreitung gelangen⁴⁵⁷). Der Inhalt dieses Gesuches zeigt deutlich, daß hier keine pädagogischen Fragen besprochen werden sollten, resp. eine gegenseitige Fortbildung erstrebt wurde. Eine Konferenz dieser Art mußte notwendig zu einer kritischen Behandlung der betreffenden Fragen des Volksschulwesens führen. Und die Absicht, gebildete estnische Männer hinzuzuziehen, beweist, daß die Konferenz den Bestrebungen der estnischen nationalen Bewegung entsprang. Daß diese aber ihre eigenen, vielfach von denen der kompetenten Schulbehörden abweichenden Ideen über das Schulwesen hatte, war allgemein bekannt. Von Schachowsky um seine Ansicht befragt, erklärte der Gouvernementsschuldirektor Gahlmbaek, er halte es für unmöglich, daß die dem Innenministerium unterstehenden Dorfschullehrer in Rosenbergs Wohnung (der unter das Ministerium für Volksaufklärung fortierte) eine Konferenz abhielten⁴⁵⁸). Nun wandte sich Schachowsky an den damaligen Ritterschafthauptmann Baron Ungern, teilte ihm das Programm sowie Gahlmbaeks ablehnende Stellungnahme mit, erklärte aber, er halte selbst solch eine Konferenz für zulässig und nützlich und glaube sie genehmigen zu können, falls die Oberschulkommission das Programm prüfen und eines ihrer Mitglieder die Leitung übernehmen sollte⁴⁵⁹). Die Oberschulkommission, vor welche die Angelegenheit nun gelangte, erklärte, sie habe im Prinzip nichts gegen Lehrerkonferenzen, wohl aber in diesem Falle, denn ein so ausgedehnter Umfang entspreche keinem Bedürfnis, sondern diene nur „isolierten Bestrebungen“. Wohl aber stellte sie fest, Sprengel- oder Kreiskonferenzen bei größerer Öffentlichkeit der Verhandlungen wären wünschenswert⁴⁶⁰). Auf diese Umstände wies Ungern hin und betonte außerdem in seiner

⁴⁵⁷) R. d. E. G. Nr. 362/567. Schullehrer des estnischen Volkes an den Gouv. Fürst Schachowsky. 1. VI. 1871.

⁴⁵⁸) dto. Gouv. Fürst Schachowsky an Dir. Gahlmbaek. Reval 1. VI. 1871 Nr. 1355 u. Antwort desselben. Reval 3. VI. 1871 Nr. 356.

⁴⁵⁹) ENA. A IV 93. Gouv. Fürst Schachowsky an den Ritt. Optm. Baron Ungern-Sternberg. Reval 4. VI. 1871 Nr. 1442.

⁴⁶⁰) ENA. A IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 22. VI. 1871.

Antwort, daß Gesuch sei quasi anonym, da ohne Unterschrift, und es wäre unklar, wie Rosenberg als Vertreter der estnischen Schulmeister auftreten könne. Daher erklärte er in diesem Fall die Genehmigung der Konferenz für nachteilig, da die Lehrer nicht kompetent seien, bei Umgehung der Schulbehörden so weitgehende Beschlüsse zu fassen ⁴⁶¹⁾. Daraufhin änderte Schachowsky seine Ansicht, schloß sich völlig Ungerns Anschauung an und erklärte sich mit einer von diesem vorgeschlagenen Terwischen Lehrerkonferenz einverstanden ⁴⁶²⁾. Rosenberg erhielt also einen abschlägigen Bescheid, und die geplante Lehrerkonferenz unterblieb.

Durch Veranstaltung einer Lehrerkonferenz in engerem Rahmen wollte die Oberschulkommission denjenigen Bestrebungen, welche sie als berechtigt anerkannte, entgegenkommen und sie in eine nützliche und unpolitische Richtung ablenken. Zur Beratung dieser Dinge wurde im Januar 1872 eine Tagung der Terwischen Kirchspielschulkommissionen nach Wao einberufen. Auf derselben sprach sich Pastor Gebhardt gegen die Veranstaltung größerer Lehrerkonferenzen aus und motivierte seine Stellungnahme damit, in Terwen bestehe kein derartiges Bedürfnis, und für das Landschulwesen sei von solchen Konferenzen kein besonderer Nutzen zu erwarten. Auch seien sie im gegenwärtigen Moment nicht ungefährlich, da die im vorigen Jahre dazu eingeleiteten Schritte nicht aus Lehrerkreisen, sondern von Außenstehenden hergekommen seien. Eine Massenkonzferenz könne gar keinen größeren Nutzen stiften, als eine im Rahmen eines Kirchspiels. Auch würde solch eine Konferenz willkommenen Anlaß zu agitatorischen Umtrieben bieten, wogegen auch ein festgesetztes Präsidium und Programm keine genügende Sicherheit geben würden. Daher proponierte Gebhardt, den Gedanken einer Terwischen Lehrerkonferenz fallen zu lassen, besonders auch im Hinblick auf nachteilige Erfahrungen mit solchen Konferenzen in Livland. Die Versammlung pflichtete dieser Auffassung im allgemeinen bei, hielt aber jährliche Konferenzen der Schulkommissionen Terwens für wünschenswert ⁴⁶³⁾. Lehrerkonferenzen im Rahmen der einzelnen Kirchspiele sollten jedoch wohl veranstaltet werden. Die Oberschulkommission nahm das Resultat der Besprechungen zur Kenntnis und drückte nur ihr Bedauern aus, daß für die projek-

⁴⁶¹⁾ R. d. E. G. Alte Nr. 362/567. Ritt. Optm. Baron Ungern=Sternberg an den Gouv. Fürst Schachowsky. Reval 22. VI. 1871 Nr. 514.

⁴⁶²⁾ GNA. A IV 94. Gouv. Fürst Schachowsky an den Ritt. Optm. Baron Ungern=Sternberg. Reval 30. VI. 1871 Nr. 1577.

⁴⁶³⁾ GNA. A IV 95. Protokoll der Tagung der Terwischen Kirchspielschulkommissionen. Wao 27. I. 1872.

tierten Konferenzen kein Programm ausgearbeitet worden sei ⁴⁶⁴). Kurz nachher wurde auch ein derartiges Programm für eine süderwische Schulmeisterkonferenz vorgelegt, welche Pastor Grohmann in Turgel zu veranstalten beabsichtigte. Wir finden dort als Verhandlungsgegenstände die Frage der Einführung von Prüfungen, wie sie in den Schulen des Turgellschen Kirchspiels bestanden, der Teilung des Unterrichts in den Gemeindeschulen nach zwei resp. drei Klassen, der Verwendung der Ferien zum Nutzen der Schule und über die geeignetsten der Schule zur Verfügung stehenden Korrektionsmittel ⁴⁶⁵). Die vorgesehnen Beratungsgegenstände waren Gebieten entnommen, wo die Lehrer durch Mitteilung ihrer Erfahrungen positive Mitarbeit zu leisten imstande waren, und die sie auch tatsächlich beurteilen konnten. Die Oberschulkommission genehmigte nun eine Konferenz mit solch einem Programm, und der Generalsuperintendent Schulz erklärte sich selbst zur Übernahme des Präsidiums bereit ⁴⁶⁶). Aber den Verlauf ist uns kein näherer Bericht erhalten, wohl aber wissen wir, daß in Estland in der Folgezeit immer wieder Lehrerkonferenzen kleineren Umfanges stattgefunden haben, wobei der dabei behandelte Stoff und die Art der Konferenzen lokal sehr verschieden waren. So veranstaltete z. B. Pastor Gebhardt im Kirchspiel St. Johannis monatlich Versammlungen der Lehrer in den Schulen zum Zweck gegenseitiger Katechese, zur Übung im freien Vortrag u. s. w. Auch fanden dort monatlich für die Lehrer im Pastorat Gesangübungen statt ⁴⁶⁷). Ein wesentlich höheres Niveau zeigten in St. Simonis monatlich abgehaltene Lehrerversammlungen. Dort kamen vorher aufgegebenen pädagogische Thematika zur Behandlung, auf welche sich die Lehrer vorbereiten mußten, und zwar je zwei mit schriftlich ausgearbeiteten Referaten. Dabei liefen durchaus tüchtige Arbeiten ein, und die Lehrer beteiligten sich mit Interesse an den Aussprachen. Als Ziel dieser Konferenzen bezeichnet Pastor Pauder, den Lehrern eine ideale Auffassung ihres Amtes sowie der Aufgaben und Ziele der Schule zu vermitteln ⁴⁶⁸). In ähnlicher Form haben auch an anderen Orten Lehrerversammlungen zur Fortbildung des Lehrerstandes gedient.

⁴⁶⁴) ERM. A IV 103. Protokoll der Oberschulkommission 13. III. 1872.

⁴⁶⁵) ERM. A IV 102. Pastor Grohmann an die Oberschulkommission. Allen-
hüll 7. VI. 1872.

⁴⁶⁶) ERM. A IV 103. Protokoll der Oberschulkommission 24. VI. 1872.

⁴⁶⁷) ERM I 469/45. Oktoberbericht St. Johannis i. J. 1872.

⁴⁶⁸) ERM I 469/53. Schulbericht St. Simonis 1880.

Das provisorische Reglement und vor allem das Schulgesetz von 1875 hatten den Lehrstoff sehr erheblich erweitert. Bis 1875 ließ allerdings die Durchführung stark zu wünschen übrig. 1867 waren zwar bereits Schreiben und Rechnen allgemein in den Lehrplan aufgenommen worden. Auf der Synode von 1870 jedoch empfahl der Generalsuperintendent Schulz, diese Fächer obligatorisch zu machen, ein Beweis dafür, daß es Schulen gab, wo dieses noch nicht der Fall war. Nebenbei empfahl Schulz die Einführung von russischem Unterricht und Geographie⁴⁶⁹⁾. Wenn nun, wie das bisher meist der Fall gewesen war, die Schule als Ersatz für den Hausunterricht aufgefaßt wurde, und die Eltern sich der Verpflichtung zu letzterem entledigt glaubten, so lag für die Schule ein soweit umfangreicher Lehrstoff vor, daß bei der Kürze der drei Schuljahre seine Bewältigung kaum möglich erschien. Deshalb verlangte bereits das provisorische Reglement in § 14 eine Vorbereitung auf die Schule durch häuslichen Unterricht. Ramen die Kinder mit Vorkenntnissen im Lesen in die Schule, so war für die Schularbeit bereits eine feste Grundlage gegeben, und sie konnte sich völlig den übrigen Lehrstoffen zuwenden. Eine unerträgliche Situation mußte jedoch entstehen, wenn nur ein Teil der Kinder in der Schule lesen konnten, und die Schule auch diese elementarste Bildungsarbeit leisten mußte. Daher schrieb die Oberschulkommission auf einen harrischen Antrag hin vor, die Lehrer seien berechtigt, die Annahme von Schulkindern zu verweigern, die sich zum Eintritt in die Schule meldeten, ohne Vorkenntnisse im Lesen zu besitzen⁴⁷⁰⁾. 1882 wurde bei der ersten Aufnahme in die Schule eine Prüfung der Vorkenntnisse eingeführt, wobei alle Kinder zurückgewiesen werden sollten, wenn sie nicht einigermaßen zu lesen verstanden⁴⁷¹⁾. Die Aufnahme des erweiterten Lehrplanes bei der Bauernschaft war in den verschiedenen Gegenden des Landes durchaus nicht die gleiche. So traten beim Schreiben Schwierigkeiten auf, da es vorkam, daß Schüler nicht dazu zu bewegen waren, das notwendige Schreibmaterial zu beschaffen⁴⁷²⁾. Der russische Unterricht entsprach zunächst einem weit verbreiteten Wunsche, der damit verbundenen praktischen Vorteile wegen. Dieser Drang der Bauernschaft nach Kenntnis des Russischen hatte aber stellenweise stark nachgelassen. Dieses war z. B. um 1880 in Kl. Marien der Fall, wo

⁴⁶⁹⁾ GSN I 536/13. Synodal-Protokoll 29. VIII. 1870.

⁴⁷⁰⁾ GSN. A IV 109. Protokoll der Oberschulkommission 26. VI. 1873.

⁴⁷¹⁾ A. d. L. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII.

1882.

⁴⁷²⁾ GSN I 469/50. Schulbericht St. Matthäi 1877.

nur durch strikte Befehle eine kleine Gruppe Russisch lernender Kinder zusammenzubringen war, so daß dort eine Durchführung des obligatorischen russischen Unterrichts nur unter Anwendung von Zwangsmaßregeln möglich zu sein schien⁴⁷³). Dazu mag beigetragen haben, daß nur sehr wenigen jungen Leuten auf Grund ihrer russischen Sprachkenntnisse die erstrebten Vergünstigungen bei der Wehrpflicht zuteil wurden. So erhielten z. B. 1880 17 Mann dieselben, 1882 betrug die Zahl der Begünstigten bloß 7⁴⁷⁴). Das waren natürlich im Verhältnis zur Gesamtzahl der von der Rekrutierung betroffenen Personen sehr wenige.

In über 100 Schulen war der russische Unterricht bereits vor 1875 eingeführt worden; nun setzte das Schulgesetz eine fünfjährige Frist fest, innerhalb welcher er überall obligatorisch sein sollte. Die Schulbehörden haben ihrerseits dafür getan, was in ihren Kräften stand, jedoch boten die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der nötigen das Russische beherrschenden Lehrer ihnen die größten Hindernisse. Da alljährlich seitens der Gouvernementsregierung Anfragen über die Zahl der Schulen, in denen Russisch gelernt werde, an den Ritterschafthauptmann ergingen, sind wir über die auf diesem Gebiet zu verzeichnenden Fortschritte sehr genau informiert. 1876 erhält Poliwanow die Antwort, im Laufe der Jahre 1874—76 sei der russische Unterricht von 103 auf 145 Schulen verbreitet worden⁴⁷⁵). Und zwar beschränkte er sich nicht nur auf das Lesen, sondern umfaßte auch das Schreiben⁴⁷⁶). Der Gouverneur Poliwanow äußerte sich in seinem Immediatbericht sehr zufrieden: dem aufgeklärten Sinne von Ritterschaft und Geistlichkeit sei es zu verdanken, daß im Lande so viele Bauernschulen vorhanden seien, und diese sich in einem so guten Zustande befänden. Die Einführung des Russischen scheine auf keinen Widerstand zu stoßen, die Bauerngemeinden hätten selbst damit begonnen⁴⁷⁷)! Wir müssen allerdings annehmen, daß an vielen Orten der russische Unterricht sehr mangelhaft gewesen ist, weil die Lehrer selbst die Sprache nicht genügend gut beherrschten. Aus Paddas z. B. liegt uns ein Bericht

⁴⁷³) *EN* I 469/53. Schulbericht H. Marien 1880.

⁴⁷⁴) *R. d. E. G. Akten* Nr. 91/17. XIII. [1881] u. 1118/41 [1883] Rechenschaftsberichte des Gouv. Poliwanow per 1880 u. 1882.

⁴⁷⁵) *EN*. A IV 122. Gouv. Poliwanow an den Ritt. Sptm. Baron Maybell. Rebal 28. I. 1876 Nr. 187, u. *EN*. A IV 126. Antwort desselben. Rebal 21. II. 1876 Nr. 104.

⁴⁷⁶) *EN*. 221. Schulbericht des Gen. Sup. Schulz 1874/75.

⁴⁷⁷) *R. d. E. G. Akte* Nr. 86/17. VIII. [1876] Rechenschaftsbericht des Gouv. Poliwanow. 1875.

über die Methode, die anfangs angewandt wurde, vor: der Lehrer ließ einen Knaben laut vorlesen, die übrigen Kinder hörten zu, ohne etwas zu begreifen (auch der Lehrer soll nichts verstanden haben!). Aus diesem Grunde ließ der Lehrer auch nicht das Gelesene übersetzen. Zweck der Erleichterung des Erlernens russischer Vokabeln ließ er die Kinder Reime lernen, etwa: „püfsinööp on pugowits, labafinnas — rufo-wits; muß lehm on korowa, kaewutee — doroga“⁴⁷⁸). Derartige Zustände waren aber nicht zu vermeiden. Die Staatsregierung hatte zur Einführung des Russischen in allen Schulen eine Frist von fünf Jahren gesetzt, und es war eben nicht möglich, so schnell alle Schulen mit den entsprechenden Lehrkräften zu besetzen, ein Umstand, den z. B. der Gouverneur Poliwanow auch ganz richtig erkannte⁴⁷⁹). Besonders viel war im Jahre 1876/77 geleistet worden, wo die Zahl der Schulen mit russischem Unterricht von 145 auf 228 gestiegen war⁴⁸⁰). Auch das Innenministerium widmete dieser Angelegenheit sein Interesse und fragte an, welche Maßregeln die Oberschulkommission zur Einhaltung der im Gesetz vorgesehenen Frist ergriffen habe. Die Zahl der Schulen, die Russisch trieben, war 1878 auf 289 und 1879 auf 322 gestiegen. Die Durchführung des russischen Unterrichts hatte die Oberschulkommission den Verwaltungen der Bauerngemeinden überlassen, da sie deren Interesse daran kannte und sich von ihrer Initiative die besten Erfolge versprach, dagegen von Zwangsmaßnahmen keine besonderen Ergebnisse erwartete⁴⁸¹). Der Ablauf der Frist stand nun unmittelbar bevor, wobei jedoch das Programm nicht voll erfüllt war. Der Gouverneur Poliwanow nahm aber daran keinen Anstoß, sondern fand, aus den durch Graf Rehlinger erhaltenen Daten gehe hervor, daß der russische Unterricht sich trotz der Schwierigkeit der Lehrerbeschaffung progressiv verbreite. Aus den Protokollen der Oberschulkommission seien die eifrigen Bemühungen derselben ersichtlich; daß der russische Unterricht überall einen gleich günstigen Fortgang habe, könne nicht erwartet werden⁴⁸²). Die Staatsregierung hat dann auch den guten Willen der Schulverwaltung gewürdigt und keine weiteren Schwierigkeiten gemacht, als

⁴⁷⁸) *СЗМ.* Stipendiatenbericht G. Rörge: „Virus-Nigula“ 1931.

⁴⁷⁹) = Anm. 477.

⁴⁸⁰) *СМ.* A IV 133. Ritt. Optm. Baron Mahdell an den Gouv. Poliwanow. Reval 28. I. 1877 Nr. 63.

⁴⁸¹) *СМ.* A IV 141. Gouv. Poliwanow an den Ritt. Optm. Graf Rehlinger. Reval 24. IV. 1879 Nr. 814; — *СМ.* A IV 144. Antwort darauf, Reval 9. V. 1879 Nr. 223.

⁴⁸²) *Ст. д. Г. У.* Nr. 439 II/24 [1878] Gouv. Poliwanow an den Innenminister. Reval 12. VI. 1879 Nr. 1182.

1880 die russische Sprache noch nicht in allen Gemeindeschulen Lehrstoff war. Nur die Anfragen des Gouverneurs dauerten auch weiterhin an⁴⁸³). Die achtziger Jahre führten dann zur allgemeinen Durchführung, wie das Gesetz sie vorschrieb. 1881 wurde in 380 Gemeindeschulen Russisch getrieben, während 137 es noch nicht eingeführt hatten⁴⁸⁴). Das Triennium des Ritterschafthauptmanns Baron W. Wrangell brachte jedoch sehr bedeutende Fortschritte, so daß 1884 nur noch 20 Gemeindeschulen den Anforderungen in dieser Beziehung nicht entsprachen⁴⁸⁵). Und 1886 waren nur noch 12 Schulen übrig, wo die russische Sprache nicht hatte eingeführt werden können, so daß zur Zeit des Ressortwechsels den Anforderungen des Gesetzes von 1875 in dieser Beziehung fast in vollem Umfange Genüge geschehen war⁴⁸⁶). Der Gouverneur Poliwanow hatte sich von der Eröffnung des russischen Volksschullehrerseminars sehr große Vorteile für den russischen Unterricht versprochen⁴⁸⁷). Dieses ist jedoch nicht der Fall gewesen, da russische Seminaristen und Zöglinge russischer Schulen bis zum Ressortwechsel nur in verschwindend geringer Zahl in Estland Dorfschullehrerposten bekleidet haben (lt. Daten von 1882 weniger als 10!). Um einen genaueren Einblick in die Ergebnisse des russischen Unterrichts zu erlangen, beauftragte Poliwanow 1882 den Gubernementsbeamten Graf Manteuffel mit der Vornahme von Revisionen in Dorfschulen⁴⁸⁸). Wo speziell Manteuffel denselben geprüft hat, ist nicht bekannt, jedoch bezeichnet sein Bericht die Erfolge im Russischen als sehr befriedigend. Die Schüler hätten geläufig gelesen und überseht, auch abgeschrieben und in manchen Schulen sogar nach Diktat geschrieben. Auch über die Arbeit in Ruda und den Direktor Loffrenz äußerte sich Manteuffel sehr zufrieden⁴⁸⁹).

⁴⁸³) *EMA. A* IV 153. Gouv. Poliwanow an den Ritt. Optm. Baron Wrangell. Reval 12. VIII. 1881 Nr. 1460.

⁴⁸⁴) *EMA. A* IV 156. Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Gouv. Poliwanow. Reval 21. VIII. 1881 Nr. 420.

⁴⁸⁵) *EMA. A* IV 175. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Landtag 1884.

⁴⁸⁶) *EMA. A* IV 187. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Graf Tiefenhausen an den Landtag, 1886.

⁴⁸⁷) *R. d. E. G. Akte* Nr. 87/17. IX. [1877] Rechenschaftsbericht des Gouv. Poliwanow 1877.

⁴⁸⁸) *R. d. E. G. Akte* Nr. 439 II/24. [1878] Gouv. Poliwanow an die Oberschulkommission. Reval 24. III. 1882 Nr. 499.

⁴⁸⁹) *dto.* Graf Manteuffel an den Gouv. Poliwanow. Reval 22. IV. 1882 Nr. 1.

Auch der Geographieunterricht hatte bereits vor 1875 in verschiedenen Schulen Estlands Eingang gefunden. Zunächst war das meist das Ergebnis der Initiative solcher Lehrer, deren Bildung über dem damals üblichen Niveau lag. So bekleidete z. B. 1869 der aus Afrika heimgekehrte Missionsaspirant Tiismann den Lehrersposten in Alko und entfaltete dort eine sehr vielseitige Unterrichtstätigkeit. Neben Geographie führte er auch Geschichte, Zeichnen, Deutsch und Russisch ein. Bei seinen Schülern fanden diese Lehrstoffe viel Anklang und es wurden gute Erfolge erzielt⁴⁹⁰). Der Geographieunterricht scheint sich zunächst in Wierland entwickelt zu haben. So tritt er besonders früh in Maholm auf; 1870 ist er bei der Hälfte der Schulen in St. Jakob bereits im Gange, und die übrigen sind im Begriff, dem zu folgen⁴⁹¹). In der Wiek ergab sich die Möglichkeit zu einer Erweiterung des Lehrplanes durch die große Zahl der dort vorhandenen seminarristisch gebildeten Lehrer. Das Kirchspiel Fickel z. B. hatte bereits 1872 in allen seinen Schulen Geographieunterricht⁴⁹²). Jedoch wurden in der Wiek gewisse Widerstände der Bauernschaft rege, die die Notwendigkeit des Geographieunterrichts bestritten. So wurde z. B. von Seiten vieler Eltern im Kirchspiel Nuckö energisch gegen denselben protestiert⁴⁹³). Die Bestätigung des Schulgesetzes von 1875 bot dann eine genügend feste Grundlage, um derartige Schwierigkeiten zu beseitigen und den Geographieunterricht allgemein durchzuführen. Wenn nachher von schwachen Lehrern die Rede ist, so handelt es sich wohl vorwiegend um solche, die den neu eingeführten Fächern — Russisch und Geographie — nicht gewachsen waren. Wir müssen daher annehmen, daß bei der großen Zahl derartiger Lehrkräfte in vielen Schulen der Geographieunterricht völlig ungenügend gewesen ist oder gar nur auf dem Papier gestanden hat. — Unterricht in der Geschichte ist an manchen Orten erteilt worden⁴⁹⁴), hat aber stets nur auf lokaler Initiative beruht, da er im Schulgesetz von 1875 nicht vorgesehen war. Die Oberschulkommission hat in ihrer Schulpolitik bei der weiteren Ausdehnung des Lehrstoffes in einzelnen Schulen eine gewisse Vorsicht walten lassen. Als z. B. 1878 zwei erst kürzlich gegründete Schulen auf der Insel

⁴⁹⁰) *ESM.* 176. Bericht W. v. J. Mühlen an die Oberschulkommission. Odessa lat 7. VII. 1869.

⁴⁹¹) *ESM.* I 469/42. Oktoberbericht Maholm 1869; *ESM.* I 469/43. Oktoberbericht St. Jakob 1870.

⁴⁹²) *ESM.* I 469/45. Oktoberbericht Fickel. 1872.

⁴⁹³) *ESM.* I 469/47. Oktoberbericht Nuckö 1874.

⁴⁹⁴) *ESM.* I 469/42. Oktoberbericht Maholm 1869.

Worms in ihren Lehrplan Naturgeschichte und Gartenbau aufnehmen wollten, lehnte sie dieses ab, und zwar weil beide Schulen ihrer Ansicht nach soweit im Entstehen seien, daß ihr ein Überschreiten des Rahmens der vorschriftsmäßigen Lehrfächer nicht geboten erschien⁴⁹⁵). Nicht, daß sie prinzipiell die bauerliche Bildung in engen Grenzen halten wollte, aber sie hielt eine allzu plötzliche Einführung vieler neuer Lehrgebiete für undurchführbar. Erst wenn der Lehrplan von 1875 voll zur Durchführung gelangt war, konnte da weiter gegangen werden. Wo das der Fall war, wurden ohne weiteres neue Lehrstoffe gebilligt, so z. B. in einigen Schulen Allentadens Anfänge der Weltgeschichte und Zeichenunterricht⁴⁹⁶).

Während in den Parochialschulen die deutsche Sprache zum obligatorischen Lehrprogramm gehörte, war dieses in den Gemeindeschulen nicht der Fall, sondern geschah rein freiwillig. Die Belastung mit einer zweiten Fremdsprache mußte ja auch für die meisten Schulen untragbar sein. Jedoch fehlte auch bei Gemeindeschülern das Bedürfnis, die deutsche Sprache zu erlernen, nicht ganz. In Raiküll kamen sie demselben außerhalb der regulären Schulzeit nach, indem einige der Kinder während der Sommermonate in der Schule blieben, um dort das Deutsche zu erlernen⁴⁹⁷). Vor 1875 scheint jedoch Deutschunterricht in Gemeindeschulen nur sehr vereinzelt vorgekommen zu sein. Zu einer interessanten Aussprache darüber kam es 1872 auf einer Sitzung der Oberschulkommission, die uns leider nur durch ein sehr knappes Protokoll bekannt ist. Auf derselben proponierte Generalsuperintendent Schulz im Namen der Synode die Errichtung deutscher Schulen auf dem Lande für die sogenannten „Kleindeutschen“, d. h. deutsche Gutshängestellte, Handwerker, Rüstler u. s. w., welche gegenwärtig nur in den Städten Schulungsmöglichkeiten in ihrer Muttersprache besaßen. Dazu führte Schulz aus, ihm sei nach Äußerungen vieler Pastoren bekannt, daß zahlreiche wohlhabende estnische Bauernwirte, Kletenaufseher, Hofleute und dergleichen gerne ihren Kindern eine deutsche Erziehung geben würden, wenn deutsche Schulen in der Nähe wären. Daher meinte Schulz, wenn das Volk es selbst wolle, sei eine Germanisierung der Esten anzustreben. Die Oberschulkommission bejahte im Prinzip die Errichtung deutscher landscher Volksschulen, konnte sich

⁴⁹⁵) A. d. O. Sch. R. Missiv II. Oberschulkommission an die Wiedische Kreis-schulkommission. Reval 1. VII. 1878 Nr. 21.

⁴⁹⁶) GN. 221. Schulbericht des Gen. Sup. Schulz. 1874/75.

⁴⁹⁷) Freifrau G. v. Taube, Graf Alexander Rehslering II. pg. 511—512: Graf Rehslering an die Herausgeberin. Raiküll 26. v. 1867.

jedoch dem die Germanisierung betreffenden Teil des Schulz'schen Antrages nicht anschließen ⁴⁹⁸). Im übrigen ist sie über diese prinzipielle Stellungnahme nicht hinausgegangen und hat keine deutschen Schulungsmöglichkeiten für den landlichen Bürger- und Handwerkerstand geschaffen. Hier liegt zweifellos ein schweres Versäumnis vor, denn es setzte der Prozeß der Vereinstung dieser sogenannten „Kleindeutschen“ ein, die dann auch zum großen Teil ihrem Volkstum verloren gegangen sind. — In der Folgezeit haben dann einige Schulen deutschen Unterricht erteilt, so z. B. drei Gemeindeschulen im Kirchspiel St. Johannis in Terwen ⁴⁹⁹). Schulen mit deutscher Unterrichtssprache hat es dagegen nur sehr vereinzelt gegeben, so eine Elementarschule beim Rüter Hirsch in Pierjal, welche jedoch nach dessen Tode eingegangen ist ⁵⁰⁰). Es ist wohl anzunehmen, daß auf dem Lande das Streben nach der russischen Sprache stark überwogen hat, und die Kenntnis des Deutschen die Bauern weit weniger anzog. Daß aber auch letzteres nicht fehlte, berichtet z. B. Pastor Rinne-Hanehl. In diesem Kirchspiel hielt das Volk im Gegensatz zur „estnisch-nationalen Richtung“ deutschen Unterricht für unerlässlich und wünschenswert bei der Fortbildung. Dort wurden die Kinder lieber in die städtische deutsche Elementarschule als in die örtliche Parochialschule gegeben, so daß in Hanehl Rinne's Ansicht nach eine Rütterschule mit deutscher Unterrichtssprache mehr Anziehungskraft besessen hätte ⁵⁰¹). Wie weit dieser Bericht sich tatsächlich mit der herrschenden Stimmung deckt, ist unklar. Je mehr jedoch die estnische nationale Bewegung, namentlich die radikale Richtung in derselben, an Boden gewann und sich durchsetzte, desto geringer mußte natürlich das Streben nach deutschem Unterricht werden und sich der russischen Sprache zuwenden.

Da eine Aufnahme dieser weiteren freiwilligen Fächer in den Lehrplan eines dreijährigen Schulkurses natürlich Schwierigkeiten bereiten mußte, beschritt die Schule zu Palmä, so viel uns bekannt ist als einzige Gemeindeschule, einen Weg, der fraglos sehr glücklich war. Sie gliederte nämlich der dreiklassigen Gemeindeschule eine Fortbildungs-k-lasse an, deren Besuch freiwillig war. Dort empfingen die Interessenten Unterricht in Weltgeschichte und Naturkunde ⁵⁰²).

Sollte der Religionsunterricht mehr sein als eine bloße

⁴⁹⁸) GNA. A IV 103. Protokoll der Oberschulkommission 24. VI. 1872.

⁴⁹⁹) GNA I 469/51. Schulbericht St. Johannis i. J. 1878.

⁵⁰⁰) GNA I 469/50. Schulbericht Golbenbed. 1877.

⁵⁰¹) GNA I 469/54. Schulbericht Hanehl 1881.

⁵⁰²) GNA I 469/56. Schulbericht St. Katharinen 1883.

Aufnahme von Wissen, so mußte vor allem der Lehrer eine religiöse und ethisch hochstehende Persönlichkeit sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein Teil der Lehrer diesen Anforderungen entsprach, wurden doch Seminare und Parochialschulen, aus welchen die Lehrer hervorgingen, in einem solchen Geiste geleitet. Einige Beispiele derartiger Lehrerpersönlichkeiten seien hier genannt: Ende der siebziger Jahre ist der Lehrer zu Pakal ein alter Mann, der seine Schüler ruhig und freundlich behandelt; der Charakter seiner Katechese ist ein derartiger, daß der Ortspastor berichtet, selbst durch dieselbe erbaut worden zu sein⁵⁰³). Der Lehrer Ozwelt in Altenhof war, wie der Volksmund heute berichtet, ebenfalls eine derartige Persönlichkeit, „heilig, wie die damaligen Lehrer es sein mußten, kein Volksmann“⁵⁰⁴). Im Laufe der Zeit jedoch, speziell auch unter dem Einfluß der estnischen nationalen Bewegung, begann dieser Lehrertypus zu verschwinden. Die jüngere Lehrergeneration lehnte den Religionsunterricht als Fundament der Schule ab, betonte vor allem die weltlichen Fächer und widmete sich weitgehend dem Vereinswesen und nationalpolitischer Tätigkeit. In vielen Fällen waren die Lehrer selbst völlig unkirchliche und ungeistliche Persönlichkeiten, die zwar ihren Schülern gute Kenntnisse in der Religion beibringen konnten, jedoch keine religiös-sittliche Erziehung ausübten⁵⁰⁵). Diese Verweltlichung und zum mindesten Indifferenz der Lehrer der Religion gegenüber mußte speziell der Landeskirche schwere Sorgen bereiten. So befaßte sich 1881 die Provinzialsynode mit der Frage, wie der Religionsunterricht zu fördern und lebendiger zu gestalten wäre, und nahm eine Reihe darauf bezüglicher Vorschläge an⁵⁰⁶). Die Kirche sah sich jedoch hier einem gefährlichen Gegner gegenübergestellt, nämlich der bewußt antikirchlichen Propaganda, die von einem großen Teil der estnischen Presse ausging und vor allem auf die intelligenteren Volksschichten, zu denen in erster Linie die Lehrer gehörten, einen starken Einfluß ausübte. Hier konnten Maßnahmen nicht Abhilfe schaffen; allenfalls ließ sich eine schärfere Prüfung der Lehramtskandidaten durchführen, um notorisch kirchenfeindliche Persönlichkeiten von der Schule fernzuhalten. In einem Synodalbortrag über das Thema „Weshalb ist trotz Aufschwung des Schulwesens ein religiös-sittlicher Rückgang des Volkslebens eingetreten?“ sieht Pastor Hoffmann-St. Jakobi die Ursache in einer

⁵⁰³) ERM I 469/51. Schulbericht Hanekl 1878.

⁵⁰⁴) ERM. Stipendiatenbericht H. Äspel: „Haljala“ 1931.

⁵⁰⁵) ERM I 469/54. Schulbericht St. Simonis 1881; ERM I 469/55. Schulbericht Haljala 1882; ERM I 469/56. Schulbericht Jörden 1883 usw.

⁵⁰⁶) ERM I 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1881.

zu geringen Verwurzelung der Schule im Volksleben und in einer Überbürdung mit Lehrstoff, der in keinem Verhältniß zur Dauer der Schulzeit stehe. Er regt daher die Gründung von Kleinkinderschulen an, fordert eine schärfere Kontrolle des Hausfleißes und übergibt einige weitere Anregungen den Kreissynoden⁵⁰⁷⁾. Die Synode verwarf jedoch die Vorschläge zwecks Abhülfe der Überbürdung und erklärte sich in der Frage der Kleinkinderschulen für inkompetent⁵⁰⁸⁾. Heute scheinen diese Gründe sehr stark äußerlich gesehen zu sein, so daß auch ihre Beseitigung sich nicht irgendwie zugunsten größerer Religiosität ausgewirkt hätte.

Eine der größten Schwierigkeiten für die Verteilung des Lehrstoffes innerhalb des einzelnen Schultages lag wohl darin, daß in einer Klasse sich Schüler befanden, die im ersten, zweiten und dritten Schuljahre standen, und daß für diese meist nur ein Klassenraum zur Verfügung stand. Der Lehrer mußte also den Stundenplan so einteilen, daß er alle drei Jahrgänge gleichzeitig beschäftigen und ihre Arbeiten kontrollieren konnte, sowie daß diese sich nicht gegenseitig störten. Hier ergaben sich natürlich sehr bedeutende Schwierigkeiten. Wie ein derartiger Schulplan zusammengestellt war, illustriert ein solcher der Schule zu Rauck im Jahre 1873/74, wobei in diesem Fall der Unterricht nur an vier Tagen wöchentlich stattfand⁵⁰⁹⁾.

Zeit:	Montag.	Dienstag.
9—10	I — Katechismus, II — Abschreiben, III — Schreiben.	I — II — Biblische Geschichte, III — Schreiben.
10—11	I — Kalligraphie, II — III — Katechismus.	I — Lesen, II — Russ. Lesen, III — Lernen v. russ. Buchstaben.
11—12	I — II — Lesen, III — Buchstabieren (weerimine).	I — Russ. Schreiben, II — III — Schreibübungen russ. Buchstaben.
2—3	I — II — Rechnen, III — Lesen	I — Russ. Lesen, II — Lesen, III — Buchstabieren.
3—4	I — II — Bibl. Geschichte, III — Zahlenschreiben.	I — II — Kopfrechnen, III — Zahlenschreiben.

⁵⁰⁷⁾ dto. Synodal-Protokoll 18. VI. 1884.

⁵⁰⁸⁾ dto. Synodal-Protokoll 15. VIII. 1885.

⁵⁰⁹⁾ GSW. Stundenplan Raucks, zusammengestellt durch den Lehrer F. Martenson.

Zeit:	M i t t w o c h.	D o n n e r s t a g.
9—10	I — III — Katechismus.	I — Bibl. Geschichte, II — Abschreiben, III — Schreiben.
10—11	I — Orthographie, II — Lesen, III — Schreiben.	I — Orthographie, II — Russ. Lesen, III — Buchstabieren.
11—12	I — Lesen, II — Russ. Lesen, III — Russ. Buchstaben lernen.	I — Lesen, II — Russ. Schreiben, III — Russ. Buchstaben schreiben.
2—3	I — II — Rechnen, III — Buchstabieren.	I — Rechnen, II — Orthographie, III — Lesen.
3—4	I — II — Bibl. Geschichte, III — Schreiben.	I — Katechismus, II — III — Zahlenschriften.

In diesem Plan hat nun allerdings der Religionsunterricht einen sehr breiten Raum. Das Russische tritt zunächst noch zurück (stammt doch auch der Plan aus der Zeit vor 1875) und die Geographie fehlt ganz. Wo aber diese Fächer noch hinzutraten und die Schule stark besucht war, genügte ein Lehrer nicht mehr, sondern eine Teilung der Schulen in zwei Klassen wurde notwendig. Diese Forderung, die die Zeit mit sich brachte, war jedoch in den Bestimmungen des Schulgesetzes nicht enthalten. Für die Gemeinde brachte sie beträchtliche Mehrausgaben mit sich, da eine Erweiterung der Schulräume und die Aufbringung des Gehalts für den zweiten Lehrer notwendig wurden. So waren es denn bis zum Ressortwechsel nur vereinzelt Schulen, die einen zweiten Lehrer anstellten und zum Zweiklassensystem übergingen (z. B. Alp, Orgena, Selliküll, Wayküll, Rullina, Malla, Heimar, Rasth, Wenden, Harm, Ruimeß u. a.⁵¹⁰). Ein Stundenplan einer derartigen Schule ist mir nicht zugänglich gewesen.

IV. Hofschulen.

Neben der Gemeindeschule finden wir in den achtziger Jahren noch einen neuen Schultypus, nämlich die Hofschulen. Diese entstanden auf einigen größeren Gütern aus der Initiative und auch auf Kosten des Gutsebesizers allein für die Hofskinder. Bei einer größeren Knechtswirtschaft konnte die Zahl solcher Kinder eine beträchtliche sein. Vielfach lag jedoch die Gemeindeschule in einem vom Gutshof weit

⁵¹⁰) *EN* 176. Schultabelle 1881/82; — *EN* 1 469/56. Schulbericht *Maaholm* 1883.

abgelegenen Dorf, so daß die Hofskinder dorthin einen weiten Schulweg zurückzulegen hatten. Rechtlich gehörten natürlich auch die Hofskinder in die Gemeindeschule, und wenn der Gutsherr ihnen von sich aus eine eigene Schulungsmöglichkeit gab, so war dieses sein freier Wille. Derartige Privatschulen gehörten, ebenso wie die regulären Gemeindeschulen, zum Landesschulnetz. In der Schultabelle für 1881/82 sind Hofschulen auf den Gütern Arrokküll, Weinjerwen und Jürgensberg genannt. Die beiden ersteren zahlten sehr kleine Lehrergehälter (60 Rbl.), letztere war gut fundiert, und das Gehalt betrug dort 125 Rbl.⁵¹¹⁾. Am Unterhalt aller dieser Schulen waren die Bauernschaften nicht beteiligt. Wir wissen jedoch, daß die Zahl derartiger Schulanstalten für Hofskinder größer gewesen ist. So errichtete Chr. v. Brevern-Wao auf seinem Hof eine Schule für achtfährige Kinder der Knechte, die den Hausunterricht ersetzen sollte, zu welchem die Eltern als Gutсарbeiter nur wenig Zeit hatten. Für die Kinder sorgten drei weibliche Kräfte, die auch unterrichteten und vom Hof gagiert und unterhalten wurden⁵¹²⁾. — Der Jerwsche Kreisschulrevident G. v. Grünewaldt gründete auf seinem Gute Roik eine Hofschule, welche sogar in zwei Stufen arbeitete. Die erste umfaßte Kinder bis zum zehnten Lebensjahr und trug den Charakter eines Kindergartens, während die zweite einer regulären Dorfschule entsprach. Der Besuch beider Schulen war für die Kinder auf dem Hofe verbindlich. Für die Kleinkinderschule errichtete Grünewaldt ein spezielles Haus inmitten von Zier- und Obstbäumen. In der Schule wurden die Kinder beköstigt, die ärmeren gekleidet, auch Spielzeug war vorhanden. Die Aufsicht wurde von estnischen jungen Mädchen ausgeübt.

Einen charakteristischen Kommentar knüpft R. Stokely, dessen Sammlung mündlicher Tradition diese Angaben entnommen sind, an diesen Bericht. Danach seien die Hofleute noch heute der Familie v. Grünewaldt dankbar, daß sie so gut für ihre Kinder gesorgt und sie erzogen habe. Ja, diese Erziehungsarbeit werde dort fast höher, als die gegenwärtige Elementarschule eingeschätzt, da nun die Kinder nicht mehr gelehrt würden, ältere Menschen zu respektieren und zu achten. Stokely's Ansicht nach aber hätte diese Grünewaldtsche Gründung nur den einen Zweck gehabt, die Mütter zu entlasten und sich systematisch gehorsame Knechte zu erziehen. Dieses hätten jedoch die Leute nicht begriffen, sondern lobten nur die Gutherzigkeit des Gutsherrn⁵¹³⁾. Es ist das eine Geschichtsauffassung von geradezu erstaunlicher Primitivität, die man wohl in propagandistischen Zeitungsberichten,

⁵¹¹⁾ EMA. 176. Schultabelle 1881/82.

⁵¹²⁾ EMGA. Stipendiatenbericht V. Wilmre: „Roeru“ 1929.

⁵¹³⁾ dto. Stipendiatenbericht R. Stokely: „Peetri“ 1929.

nicht aber in einer Materialiensammlung finden dürfte, die den Anspruch erhebt, einen wissenschaftlichen Charakter zu tragen.

Derartige Kleinkinderschulen mußten natürlich wesentlich günstigere Ergebnisse haben als ein nur ungenügend kontrollierter und unregelmäßiger Hausunterricht. Eine Hofsschule mit russischer Unterrichtssprache wurde auf dem Gute Fall errichtet, die russische Sprache wählte der Gutsherr Fürst Wolkonsky, welcher selbst russischer Nationalität war. Diese Schule wurde von 13 Kindern besucht ⁵¹⁴).

V. Hausunterricht.

Der Hausunterricht, einst die vorherrschende Unterrichtsform, war durch die Schulgesetzgebung zu einer obligatorischen Vorbereitung für die Gemeindeschulen geworden. Dieses Gebiet war vor allem der Fürsorge der Kirche und der Gemeindebeamten anvertraut worden. Es ist falsch, anzunehmen, daß die allgemeine Ausbreitung des Schulunterrichts automatisch zu einer wirklich befriedigenden Qualität des Hausunterrichts geführt hätte. Er wurde im Gegenteil auch in den siebziger Jahren an vielen Orten ohne rechte Sorgfalt betrieben und litt häufig am Fehlen genügender Kenntnisse der Mütter ⁵¹⁵). Dem Schulbericht des Generalsuperintendenten Schulz zufolge war der Hausunterricht 1875 in 23 Kirchspielen mangelhaft, in 4 gebessert, in 13 befriedigend und in 3 gut ⁵¹⁶)! Zur Verbesserung des Hausunterrichts bestanden stellenweise noch die aus der ersten Jahrhunderthälfte übernommenen Einrichtungen fort, wie Sonntagslehrer und ambulierende Lehrer. Letztere sind z. B. in Regel erst 1883 als überlebt abgeschafft worden ⁵¹⁷).

Gerade die mehrfach gemachte Beobachtung, daß der Hausunterricht sich nach der Errichtung von Schulen verschlechterte ⁵¹⁸), wie das z. B. in Harrien beobachtet wurde, machte Maßnahmen erforderlich. Die Beurteilung der Qualität des Hausunterrichts in einem Kirchspiel bot natürlich die größten Schwierigkeiten, da dort ja die größten Verschiedenheiten vorliegen mußten. Das einzige sichere Kriterium waren da die beim Eintritt in die Gemeindeschule vorliegenden Kenntnisse.

⁵¹⁴) ЕМН I 469/56. Schulbericht Regel 1883.

⁵¹⁵) ЕМН I 536/13. Synodal-Protokoll 22. VI. 1873.

⁵¹⁶) ЕМН. 221. Schulbericht des Gen. Sup. Schulz. 1874/75.

⁵¹⁷) ЕМН I 469/56. Schulbericht Regel. 1883.

⁵¹⁸) ЕМН I 469/51. Schulbericht Rusal 1878.

Dieses war auch der Punkt, wo mit Kontroll- und Repressivmaßregeln eingefügt werden konnte. Wir haben schon gesehen, daß bereits vor 1875 den Lehrern das Recht eingeräumt wurde, solchen zehnjährigen Kindern die Aufnahme in die Schule zu verweigern, welche noch nicht lesen konnten, da ja bereits ein dreijähriger Hausunterricht stattgefunden haben sollte. 1876 wurde auf der Synode die Frage aufgeworfen, wie der Hausunterricht gehoben werden könnte, worauf alle Kreissynoden den Wunsch nach Förderung und Regelung äußerten. Über den einzuschlagenden Weg gingen allerdings die Auffassungen auseinander: während die Harrißche Kreissynode die Anstellung von Leselehrern zu Kontrollzwecken empfahl, erklärte Wierland sich gegen dieselben; die Wied und Terwen dagegen schlugen die Erhebung einer Pön für jedes zehnjährige Kind, welches das Lesen noch nicht beherrschte, vor. Der Ausweg des Pönens saumseliger Eltern fand auch die Billigung des Generalsuperintendenten Schulz, der mitteilte, er werde die Oberschulkommission um eine derartige Verfügung ersuchen⁵¹⁹). Dieselbe setzte daraufhin fest, daß von zehnjährigen Kindern bei Fehlen der vorchriftsmäßigen Vorkenntnisse im Lesen bis zur Erreichung derselben eine angemessene Pön zu erheben sei. Über den Hausunterricht sollten neben den Pastoren auch die Kirchenwörter und Schulältesten wachen⁵²⁰). In einem kleinen Kirchspiele ließen sich daneben noch weitere Kontrollenrichtungen durchführen, wie z. B. in St. Michaelis, wo Pastor Schmidt selbst die noch nicht schulpflichtigen Kinder prüfte und die Saumseligen monatlich zu weiteren Prüfungen bestellte, wodurch er die Leistungen des Hausunterrichts hob⁵²¹). Auf Beschluß der Synode ist übrigens später mit jeglichen Kontrollmaßnahmen erst vom achten Lebensjahre an begonnen worden, so daß die Zeit des kontrollierten Hausunterrichts auf zwei Jahre reduziert wurde⁵²²). Jedoch ist es bis zum Ressortwechsel trotz aller Maßnahmen nicht gelungen, den Hausunterricht auf die gewünschte Höhe zu bringen. Das ergibt sich z. B. aus einer Synodaldiskussion von 1882, wo die Frage aufgeworfen wurde, wer den Hausunterricht kontrollieren solle, und ob vielleicht Leselehrer notwendig geworden seien. Letzteres wurde zwar nicht beschlossen, wohl aber eine einheitliche Praxis in Sachen des Haus-

⁵¹⁹) ERM I 536/13. Synodal-Protokoll 21. VI. 1876.

⁵²⁰) U. d. O. Sch. R. Prot.-Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 25. VI. 1876; dto. Missiv I. Zirkulär an die Kirchspielschulkommissionen. Neval 10. VII. 1876.

⁵²¹) ERM I 469/54. Schulbericht St. Michaelis 1881.

⁵²²) ERM I 536/13. Synodal-Protokoll 1. VII. 1880.

unterrichts für wünschenswert erklärt⁵²³⁾. Seine Aufgabe, die Grundlage zu schaffen, auf welcher dann die Gemeindeschule weiter arbeiten könnte, hat er immerhin mehr oder weniger erfüllt. Die Tatsache jedoch, daß erfahrungsgemäß ein wirklich vollwertiger Hausunterricht unerreichbar war, beweist mit Deutlichkeit, wie verfehlt die Vorstellung in der ersten Hälfte des Jahrhunderts war, die ganze Bildungsarbeit am Bauernstande ausschließlich oder vorwiegend auf dem Hausunterricht aufbauen zu können.

VI. Soziale Fürsorge für den Lehrerstand.

Schulbücher.

Zum Schluß dieser Übersicht über den Stand des Schulwesens zur Zeit des Ressortwechsels seien hier noch zwei Fragen angeschnitten: die soziale Fürsorge für die Lehrer und die Beschaffung von Lehrbüchern.

Wir haben gesehen, daß die materielle Lage des Lehrerstandes keineswegs voll befriedigen konnte. Immerhin konnte der Lehrer, so lange er arbeitsfähig war, mehr oder weniger gut oder notdürftig existieren. Jedoch fehlten jegliche Bestimmungen, die einen arbeitsunfähig gewordenen Lehrer materiell sicher stellten, oder Fürsorgeanstalten für Witwen und Waisen von Lehrern. In dieser Beziehung war in Livland bereits allerlei geschehen, speziell im Fellinschen bestanden Unterstützungskassen. Das Verdienst, auch in Estland die erste derartige Einrichtung geschaffen zu haben, gebührt dem Kirchspiel Turgel, das in seinem Schulrevidenten A. v. Baranoff-Allenküll und Pastor Grohmann zwei eifrige Förderer des Schulwesens besaß. Zur Gründerversammlung am 2. II. 1871 versammelte sich im Pastorat Turgel eine Reihe von Lehrern und beschloß die Errichtung einer Witwen- und Waisenkasse, sowie einer Alterskasse. Die Glieder der ersten Kasse hatten einen jährlichen Beitrag von 2 Rbl. lebenslänglich zu entrichten, die der zweiten jährlich die gleiche Summe in einem Zeitraum von 15 Jahren. Die gezahlten Beträge verblieben im Besitz der Einleger und konnten zurückgezogen werden. Die eingegangenen Summen sollten auf Zinsen gelegt werden und zusammen mit diesen zur Verteilung gelangen, und zwar an Witwen und Waisen, sowie an Lehrer im Alter von mehr als 60 Jahren. Speziell für die Witwenkasse zeigte sich reges Interesse, so daß sie bereits

⁵²³⁾ dto. Synodal-Protokoll 17. VI. 1882.

1875 95 Mitglieder zählte, darunter auch viele aus Livland, und über einen Rassenbestand von 1000 Rbl. verfügte. Im Laufe dieser vier Jahre waren 38 Rbl. an Witwen zur Auszahlung gelangt. Die Alterskasse hatte ein Kapital von 244 Rbl. 20 Kop. zusammengetragen und zählte 21 Glieder⁵²⁴). Wenn also auch mit zunächst geringen Summen, so war hier ein Hülfswerk begründet, das einem dringenden Bedürfnis entsprach und bei entsprechender Erweiterung viel Segen stiften konnte. Pastor Grohmann referierte auf der Synode über diese Gründung und forderte die Pastoren auf, ihrerseits das junge Unternehmen zu fördern, was wohl in erster Linie durch Propagierung desselben in Lehrerkreisen geschehen konnte. Den Lehrern Estlands wurde nun die Errichtung der Kasse mitgeteilt, und dieselben wurden zum Beitritt aufgefordert. So legte Pastor Treuer zu St. Katharinen den Lehrern seines Kirchspiels nahe, Glieder der Kasse zu werden. 12 Lehrer kamen dem nach und wählten aus ihrer Mitte ein Rassenverwaltungsmitglied, welches ihre Beiträge einzog, die dann in Turgel beim Präses der Kasse, A. v. Baranoff, eingezahlt wurden⁵²⁵). Die Kasse umfaßte jedoch nur einen kleinen Teil der Lehrerschaft, daher konnten die zusammenfließenden Mittel nur beschränkte sein und auch nur zu kleinen Auszahlungen ausreichen. Es blieb jedoch das Bedürfnis nach einer größeren, weitere Kreise umfassenden Lehrer-Unterstützungskasse bestehen. Die Initiative dazu wurde durch das Komitee ergriffen, welches das allestnische Sängerfest vom Jahre 1880 organisiert hatte. Es waren gewisse Überschüsse des Sängerfestes vorhanden, welche den Fond zur Kasse bilden und so eine sinngemäße Verwertung finden sollten. Dieses Komitee forderte die Chorführer des Festes auf, einen Ausschuß zur Gründung einer allgemeinen estnischen Lehrerkasse zu wählen. Die meisten Stimmen fielen dabei auf den Kammerherrn v. Wistinghausen, Dr. H. Rosenthal und A. Einwald (die beiden letzteren gehörten der estnischen Intelligenz an). Dieser Ausschuß erließ nun ein Zirkulär, welches zum Beitritt aufforderte, und trat mit der Turgelschen Kasse in Verbindung, um eine Verschmelzung mit derselben zu erzielen, worauf die dortige Generalversammlung auch einging. Mit dem Direktor der Turgelschen Kasse, E. v. Middendorff, wurde ein Statut ausgearbeitet, welches einer Generalversammlung, die zum

⁵²⁴) *EN* IV 119. A. v. Baranoff an die Oberschulkommission. Allenfüll 10. XII. 1875; — A. d. O. Sch. R. Eingänge I. Statut der Turgelschen Lehrer Witwen- und Waisen, sowie Alters-Unterstützungskasse.

⁵²⁵) *EN* III 145. Protokolle der Versammlungen des Pastors zu St. Katharinen mit den Lehrern: 26. XII. 1871; 21. I. 1872; 18. II. 1872.

12. V. 1882 einberufen wurde, vorgelegt werden sollte⁵²⁶). Dieses Statut lehnt sich weitgehend an das Turgelsche an, sieht einen 30 Jahre lang zu leistenden jährlichen Beitrag von 2,10 Rbl. vor, wobei die Zinsen des verfügbaren Kapitals auf Mitglieder im Alter von mehr als 60 Jahren repartiert werden sollen. Die durch Kreisvorsteher einzusammelnden Beiträge werden an das Direktorium abgeführt, welches aus drei Personen bestehen und seinen Sitz in Reval haben soll⁵²⁷). Auf der Generalversammlung wurde dann die Vereinigung mit Turgel, welches nun über Mittel in der Höhe von 2326 Rbl. 76 Kop. verfügte, beschlossen, und das Statut zur Vorstellung beim Gouverneur zwecks Erwirkung der obrigkeitlichen Bestätigung bestimmt; solange letztere noch nicht erfolgt war, sollte die Turgelsche Kasse noch weiterarbeiten⁵²⁸). In St. Petersburg scheinen sich aber Schwierigkeiten ergeben zu haben; 1883 bestand jedenfalls die Turgelsche Kasse noch. Diese arbeitete selbst ebenfalls auf Grund eines unbestätigten Statutes; obgleich ein solches bereits vor 7 Jahren vorgestellt worden war, war es noch nicht genehmigt, sondern 1883 wurden wieder gewisse Abänderungen verlangt. Herr v. Middendorff war daher der Ansicht, von einer Bestätigung werde wohl abgesehen werden müssen⁵²⁹). Da nun die Verschmelzung vorgesehen war, hatte eine Bestätigung für Turgel auch keinen Wert mehr⁵³⁰). Bis zum Ressortwechsel scheint jedoch die Bestätigung der geplanten Neugründung nicht erfolgt zu sein, wir erfahren jedenfalls nicht, daß die allgemeine Lehrer-Kasse in Tätigkeit getreten wäre. Wohl aber hat die Oberschulkommission sich mit der Frage einer derartigen Gründung beschäftigt, nachdem Pastor Gebhardt dieser die Errichtung einer Lehrer-Pensionskasse vorgeschlagen hatte, wozu er gewisse Richtlinien vorlegte. Diese und ein ähnliches livländisches Statut wurden durchberaten, woraufhin Pastor Gebhardt beauftragt wurde, ein detailliertes Projekt in Anlehnung an das livländische auszuarbeiten. Diesem sollte das Prinzip einer obligatorischen jährlichen Mitgliedszahlung der Lehrer zugrunde gelegt werden, wobei aber die Kirchspiele,

⁵²⁶) ERGA. Zirkulär des Komitees zur Gründung einer allgemeinen Volksschullehrerkasse. Reval 1. IV. 1882.

⁵²⁷) dto. „Statut der allg. estnischen Schullehrer-Unterstützungs-Casse“

⁵²⁸) dto. Protokoll der Gründerversammlung. Reval 12. v. 1882.

⁵²⁹) A. d. O. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1883.

⁵³⁰) dto. Eingänge v. E. v. Middendorff an die Oberschulkommission. Reval 5. III. 1882.

Höfe und Bauerngemeinden nicht herangezogen werden sollten⁵³¹). Gebhardt hat auch einen entsprechenden Entwurf ausgearbeitet, welcher der Oberschulkommission im Dezember 1885 vorlag. Da es dieser jedoch bekannt war, daß der Ressortwechsel unmittelbar bevorstand und alle Lehrer, welche dem Ministerium für Volksaufklärung unterstanden, sowieso 2% ihres Gehalts in eine Lehrer-Pensionskasse zu zahlen hatten, wurde beschlossen, zunächst keine weiteren Schritte in der Richtung einer Bestätigung des Statuts vorzunehmen, sondern den Verlauf der Entwicklung abzuwarten⁵³²). So sind auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge für den Lehrerstand die berechtigten und zweckentsprechenden Bemühungen von Einzelpersonen, Kreisen der estnischen Intelligenz und der Schulverwaltung auf Schwierigkeiten von Seiten der Staatsregierung gestoßen, was zur Folge hatte, daß dieser Zweig der Fürsorge bis zum Ressortwechsel nicht soweit ausgebaut werden konnte, wie es im Interesse der Lehrerschaft notwendig gewesen wäre. Arbeitsunfähig gewordene Lehrer oder Lehrerwitwen blieben meist auf die Freigiebigkeit ihrer Bauerngemeinde oder ihres Gutsherrn angewiesen, was umso schlimmer war, als die Gehaltsverhältnisse meist ein Zurücklegen von Mitteln für die Tage des Alters oder die zurückbleibende Familie nicht zuließen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Qualität der beim Unterricht benutzten Lehrbücher sich stark auf die Resultate des Unterrichts auswirken mußte. Wir haben gesehen, daß Bibel und Gesangbuch sich weit bis über die Mitte des Jahrhunderts als Lesebücher behauptet hatten, und eine eigentliche Schul-Literatur erst sehr langsam entstand. Hatte seinerzeit Pastor Masing über die falsche Sprache der estnischen Bücher geklagt, so war auch jetzt in formaler Hinsicht noch lange kein Hochstand erzielt. Große Schwierigkeiten mußte die Umstellung auf die neue (Ahrens'sche) Rechtschreibung bereiten, sobald diese von den Schulen verlangt wurde, deren Lehrbücher jedoch noch in der alten Orthographie abgefaßt waren. Da hierbei leicht bei den Schülern große Verwirrung entstehen konnte, wurde auf einer Synodaldebatte angeraten, zuerst die alte und dann die neue Orthographie zu lehren, ein Weg, welchen Pastor Kentmann-Rusal eingeschlagen hatte. Bei einer weiteren Beratung im Jahre 1876 wurde

⁵³¹) A. d. L. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1884.

⁵³²) dto. Protokoll der Oberschulkommission 9. XII. 1885; — dto. Mißiv 1885/86. Oberschulkommission an Pastor Gebhardt. Reval 14. XII. 1885 Nr. 57.

dann beschlossen, den Schulen den Gebrauch beider Orthographien freizugeben⁵³³⁾.

Die Einführung von Lehrbüchern war dem Schulgesetz zufolge der Oberschulkommission vorbehalten. Die ganze Arbeitslast auf diesem Gebiet lastete jedoch auf den Pastoren, welche allein fähig waren, Schulbücher zu verfassen, eine Tätigkeit, die einem Gutbesitzer naturgemäß völlig fern liegen mußte. So sind denn Lehrbücherfragen ein häufiger Beratungsgegenstand der Synode gewesen, der daran liegen mußte, den Schülern wirklich gute Bücher in die Hand zu geben. Mit der Erweiterung des Lehrstoffes in der zweiten Jahrhunderthälfte ergaben sich hier natürlich ganz neue Bedürfnisse, besonders auch wo die bisherigen Lesebücher vielfach sprachlich veralteten. Bereits O. W. Masing hatte seinerzeit Lesetafeln herausgegeben. Die Synode von 1868 erkannte die Nützlichkeit derselben, sowie von Wandfibeln und Rechentafeln für die Unterricht an und beschloß, von Direktor Krümmer-Werro das Übersetzungsrecht für die von diesem zusammengestellten Rechentafeln zu erbitten⁵³⁴⁾. Ob diese Absicht durchgeführt worden ist, ist unklar, einige Jahre später legte Pastor Nerling-St. Matthäi der Synode Rechentabellen vor, die günstig begutachtet und angenommen wurden⁵³⁵⁾. Auch ein neues Rechenbuch erwies sich mit der Zeit als notwendig, da nach Ansicht der Pastoren die bisher vorhandenen keineswegs zweckentsprechend waren; die Synode beauftragte Pastor Loppnowe mit der Ausarbeitung eines solchen. Ein derartiger Entwurf wurde von Pastor Loppnowe bereits nach einem Jahre vorgelegt und einer Synodalkommission zur Beprüfung übergeben. Diese begutachtete den Entwurf günstig und empfahl ihn der Oberschulkommission zur Einführung⁵³⁶⁾. — Auch auf zweckentsprechende Lesebücher legte die Synode Nachdruck; so beauftragte sie 1869 Pastor Eberhard, eine Fibel zu verfassen, da eine geeignete für die jüngste Schuljugend fehlte⁵³⁷⁾. Das bisher für Lesezwecke sehr gebräuchliche „kooli raamat“ erwies sich ebenfalls als nicht mehr ausreichend, weshalb Pastor Hoerschelmann-Röthel mit der Aufgabe betraut wurde, ein ausführliches Programm einer Neuauflage auszuarbeiten⁵³⁸⁾. Ein von Pastor Malm-Rappel verfaßtes Lesebuch fand 1884 die Genehmigung

⁵³³⁾ *GM I* 536/13. Synodal-Protokolle 20. VI. 1875 u. 17. VI. 1876.

⁵³⁴⁾ *dto.* Synodal-Protokoll 17. IX. 1868.

⁵³⁵⁾ *dto.* Synodal-Protokoll 20. VI. 1875.

⁵³⁶⁾ *dto.* Synodal-Protokolle 16. VI. 1883; 14. VI. 1884; 16. VI. 1884.

⁵³⁷⁾ *dto.* Synodal-Protokoll 30. VIII. 1869.

⁵³⁸⁾ *dto.* Synodal-Protokoll 19. VI. 1875.

der Synode ⁵³⁹). Erstmalig erschienen war dieses bereits 1874 und hatte damals auch in Kreisen der estnischen Intelligenz warme Zustimmung gefunden. R. A. Hermann bezeichnet es im „Eesti Postimees“ als tüchtige, mit viel Liebe abgefaßte Arbeit, trotz gewisser Inkonssequenzen bei der Anwendung der neuen estnischen Orthographie. Die Lesestücke beurteilt er als vorzügliche volkstümliche Übersetzungen aus dem Deutschen, die auch mancher Erwachsene gern lesen werde. Als besonders gelungen erscheinen Hermann Malm's Fabelübersetzungen. Im Vergleich zum Lesebuch C. R. Jakobson's erscheint ihm zwar die pädagogische Einteilung und das Fehlen von Abbildungen ein Mangel, trotzdem aber spricht er den Wunsch nach Fortsetzung von Malm's literarischer Produktion aus ⁵⁴⁰). Für den Unterricht im Russischen verfaßte ebenfalls Pastor Loppnowe ein Lehrbuch, daß sich nach Auffassung der Synode gut bewährte ⁵⁴¹). Auch für den Geographieunterricht wurde die nötige Literatur geschaffen. Um eine möglichst große Einheitslichkeit im Gebrauch der Lehrbücher zu erzielen, beschloß 1884 die Oberschulkommission, ein Verzeichnis der von ihr empfohlenen Bücher auf dem Wege eines Zirkulärs zu verbreiten ⁵⁴²). Dieses Verzeichnis liegt uns vor und enthält folgende Bücher ⁵⁴³):

Für den Religionsunterricht — das Neue Testament, den Katechismus in der Ausgabe von Pastor Rörber und O. W. Masing's „Piibli Lugud“, sowie Pastor W. Kentmann's „Pildi piibel“ (Bilderbibel).

Als Lesebuch — Pastor Malm's „kooli lugemisraamat“.

Für die russische Sprache: Pastor Loppnowe's „wene keel küla koolis“.

Für die Geographie — W. Kentmann, Geograhwia raamat; Loppnowe, Geograhwia kaardid (ein Elementaratlas).

Für Gesang — Rödder's „laulu nootiraamat“. Endlich das ebenfalls von Pastor Loppnowe verfaßte Rechenbuch.

So war denn der gesamte Bestand der von der obersten Schulbehörde anempfohlenen Literatur von Pastoren verfaßt. Über den grös-

⁵³⁹) dto. Synodal-Protokoll 16. VI. 1884.

⁵⁴⁰) Eesti Postimees 1874 Nr. 16.

⁵⁴¹) A. d. E. Sch. R. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1875; — EKX I 536/13. Synodal-Protokoll 17. VI. 1883.

⁵⁴²) A. d. O. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1884.

⁵⁴³) dto. Missiv 1883/84. Zirkulär der Oberschulkommission. Reval XII. 1884 Nr. 63.

heren oder geringeren Wert der einzelnen Bücher zu entscheiden, ist für den Historiker, der auf diesem Gebiet nicht Fachmann ist, heute kaum mehr möglich. Erwähnt sei hier zunächst nur, daß in der Presse der estnischen nationalen Bewegung an vielen dieser Bücher abfälligste Kritik geübt wurde, wobei jedoch nicht feststeht, wie weit dem sachliche Gesichtspunkte zugrunde lagen, oder ob politische Erwägungen vorlagen.

Die Pastorenschaft ist es jedoch nicht allein, der Estlands Volksschule ihre Schulbücher verdankt, sondern in weitem Maße hat auf diesem Gebiet die estnische Intelligenz mitgearbeitet und Gutes geleistet. Wenn die nationale Bewegung Hebung von Kultur und Bildung als eines ihrer Ziele aufstellte, so war es selbstverständlich, daß sie auch an die positive Arbeit schritt und selbst etwas dazu bot. Die Arbeit für die Verbesserung der Schulbücher konzentrierte sich im „Eesti Kirjameeste Selts“ (Estnische Literarische Gesellschaft). Bereits vor Gründung dieser Gesellschaft war vonseiten estnischer Intellektueller an der Herausgabe von Schulbüchern gearbeitet worden. So war von Jakobson 1867 ein ABC-Buch erschienen, dem im Jahre darauf ein Lesebuch, dann ein Geographiebuch in drei Teilen und ein kleiner Schulatlas folgten. Jakobson hatte noch allerlei weitere Pläne, sah aber die Schwierigkeiten, die das Verlegen der Schulbücher bot. Hier sollte die Gesellschaft Abhilfe schaffen und für die Drucklegung und Verbreitung von Schulbüchern sowie allgemein bildender Werke Sorge tragen. Auf seinen Antrag hin beschloß bereits 1868 eine Versammlung, vor der er über den Geographieunterricht gesprochen hatte, die Gründung einer Gesellschaft zur Verbreitung von Schulbüchern. Das Statut wurde von Jakobson ausgearbeitet: die Gesellschaft sollte „Waimuwaranduse selts“ (Gesellschaft für Geistesgut) heißen, den Zweck verfolgen, dem estnischen Volk höhere Bildung, auch ohne die deutsche Sprache, zu vermitteln, und estnische Bücher lehrhaften Inhalts zu verlegen.

Dieses Statut stieß jedoch auf Widerstand in gewissen estnischen Kreisen und beim Minister für Volksaufklärung, dem es zur Bestätigung vorgestellt wurde⁵⁴⁴). Wegen dieser Meinungsverschiedenheiten und Schwierigkeiten zog sich die Gründung der Gesellschaft mehrere Jahre in die Länge, so daß ein neues von J. Hurt ausgearbeitetes Statut erst 1871 bestätigt wurde. Daraufhin begann der „Eesti Kirjameeste Selts“ seine Tätigkeit. Auch jetzt war der Hauptzweck des Ver-

⁵⁴⁴) Tuglas pg. 32—39; — A. Jürgeinstein, Carl Robert Jakobsoni elu ja töö. pg. 42.

eins im Verlegen von Büchern präzisiert⁵⁴⁵⁾. Im Verlaufe der Entwicklung ist sein Aufgabenkreis ein sehr viel weiterer geworden, indem er zum Mittelpunkt des estnischen nationalen und geistigen Lebens wurde, aber auch zum Schlachtfelde, wo sich persönliche und politische Gegensätze zwischen Gliedern und Strömungen der estnischen nationalen Bewegung bekämpften. Wenn das auch die Editionsarbeit gehemmt haben mag, so hat doch der „Eesti Kirjameeste Selts“ auf dem Gebiete der Schulbücher viel geleistet. Da die Mitglieder vorwiegend Lehrer waren, mußte hierfür natürlich ein besonders reges Interesse vorhanden sein. Bereits auf der ersten Sitzung, die der neue Verein abhielt, am 25. II. 1873, wurde eine Liste von Lehrbüchern aufgestellt, deren Erscheinen für notwendig gehalten wurde⁵⁴⁶⁾. So wurden bereits in den ersten sechs Jahren des Bestehens der Gesellschaft 10 Bücher bildenden Inhalts herausgebracht, darunter mehrere Lehrbücher⁵⁴⁷⁾. Dabei wurden die verschiedensten Gebiete bearbeitet. So hatte Undriß eine Bearbeitung des Katechismus vorgenommen, die aber nach dem Gutachten A. Kurrikoff's schwach ausgefallen war und deshalb für Zwecke der Veröffentlichung nicht in Frage kam⁵⁴⁸⁾. Die verschiedensten Personen arbeiteten auf dem Gebiet der Schulliteratur mit, so K. G. Kallas, C. H. Niggol, J. Hurt, R. A. Hermann, C. R. Jakobson, J. Kurrik, J. Runder, A. Grenzstein u. a.; bis 1881, d. h. im Laufe von 10 Jahren, stieg die Produktion auf 46 Bände⁵⁴⁹⁾. Die betreffenden Manuskripte gelangten auf den Sitzungen des Vereins zur Besprechung und Begutachtung. Für Stoffe, denen man besondere Wichtigkeit beimaß, wurden Konkurrenzen ausgeschrieben,

⁵⁴⁵⁾ Tuglas pg. 48—49.

⁵⁴⁶⁾ *ibid.* pg. 58. — Heinrich Rosenthal, Kulturbestrebungen des estnischen Volkes. pg. 131.

⁵⁴⁷⁾ Tuglas pg. 64.

⁵⁴⁸⁾ ERM. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor A. Kurrikoff an Hurt. Turgel 26. VII. 1877.

⁵⁴⁹⁾ Tuglas pg. 333. Genannt seien hier ff. Bücher:

K. G. Kallas. Mõistlik rehkendaja. Tartu 1874. [Edit. Nr. 1]; C. H. Niggol. Wene keele abid raamat; Wene keele grammatika, Wene keele õppimise raamat. [Edit. Nr. 2, 2a, 2b]; Jakob Hurt. Põlbid isamaa jündinud asju. [Edit. Nr. 15]; R. A. Hermann. Eesti kannel. 1875—84 [Edit. Nr. 5, 5b]; C. R. Jakobson. Kooli lugemise raamat /wiederholt aufgelegt. [Edit. Nr. 8]; Saksa keele õppimise raamat koolidele [Edit. Nr. 10]; Johan Runder. Maatera elu ja olu. Tartu 1878 [Edit. Nr. 23]; Looduse õpetus I—III. Tartu 1877—85; J. Kurrik. Arbubald I—II. Tartu 1879; A. Grenzstein. Eesti lugemise raamat. — Niigiskele õpiraat eestlastele I—III.

so 1880 für eine Grammatik der estnischen Sprache⁵⁵⁰). Es ist zweifellos ein Fehler gewesen und hat entschieden in estnischen Kreisen Mißstimmung hervorgerufen, daß die estländische Synode und Oberschulkommission in die Liste der von ihr anempfohlenen Bücher kein einziges Buch aufgenommen hat, das aus der Feder eines Esten stammte, so daß die gesamte Produktion der Gesellschaft an den Schulen Estlands keine große Verbreitung gefunden hat. Dabei wurde jedoch zugegeben, daß viele dieser Bücher durchaus gut waren, so das russische Lehrbuch von Niggol, welches nur nach Ansicht der Schulbehörden für den Rahmen der Gemeindeschule zu schwer war. Auch das Lesebuch von E. R. Jakobson fand bei den Pastoren seines reichhaltigen Inhalts wegen Anerkennung⁵⁵¹). Die Benutzung dieser Bücher war zwar nicht verboten, aber es war verständlich, daß die lokalen Schulverwaltungen solche Bücher bevorzugten, welche von ihrer Oberbehörde empfohlen wurden. Genauere Daten über die Verbreitung einzelner Schulbücher liegen leider nicht vor, so daß wir nicht wissen, wie weit die von Esten verfaßten Schulbücher in Estland ihren Zweck erfüllt haben. Dieser Punkt ist immer wieder in der estnischen Presse berührt und propagandistisch ausgewertet worden und hat auch zu den verschiedensten Konflikten geführt. — Im ersten Jahrzehnt des Bestehens des „Eesti Kirjameeste Selts“ lag die Führung desselben in der Hand gemäßigter Nationalisten, die seinen unpolitischen Charakter immer wieder betonten und erklärten, nur Bildungsbestrebungen fördern zu wollen. Diese Zeit ist denn auch die produktivste des Vereins; später litt seine Tätigkeit offensichtlich daran, daß sich in seinem Rahmen die politischen Gegensätze austobten⁵⁵²). Die literarische Tätigkeit fand bei der estländischen Synode zunächst volle Sympathie: 1878 propionierte der Generalsuperintendent Schulz die Erteilung einer jährlichen Subvention aus der Verlagskasse des Konsistoriums zwecks Förderung der Herausgabe für die Volksbildung nützlicher Schriften. Mit diesem Antrag sollte ausdrücklich den Synodalen die Gelegenheit geboten werden, dem Verein gegenüber freundlich Stellung zu nehmen und ihn in allen seinen Bestrebungen zum Wohl des Volkes zu unterstützen; diese Absicht sollten die Pastoren durch ihren Eintritt in den Verein dokumentieren. Die Synode beschloß, gute Bücher geistlichen Inhalts aus den Editionen des Vereins auf Kosten der

⁵⁵⁰) EKV. Protokoll des „Eesti Kirjameeste Selts“ 2. I. 1880.

⁵⁵¹) Põlv pg. 148.

⁵⁵²) Tuglas pg. 66.

genannten Rasse anzukaufen und billig unter den Bauern zu verteilen; dadurch sollte der „Geſti Kirjameeſte Seltſ“ unterſtützt werden⁵⁵³). So hat dieſer denn anfangs eine ganze Reihe deutſcher Mitglieder gehabt, wie den Generaſuperintendenten Schulz ſelbſt, die Paſtoren v. Tiefenhaufen, Nerling, Hoffmann, Rinne u. a.⁵⁵⁴). Daß hörte allerdings auf, als das politiſche Moment im Verein immer mehr in den Vordergrund trat und die radikal-nationaliſtiſche Richtung ſich dort durchſetzte.

⁵⁵³) GNA I 536/13. Synodal-Protokoll 26. vi. 1882.

⁵⁵⁴) Safala 1878 pag. 25.

8. Die estnische nationale Bewegung und die Volksschule.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts war das estnische Volk beim Aufbau des Schulwesens so gut wie gar nicht aktiv beteiligt gewesen. Seine Mitarbeit beschränkte sich damals im wesentlichen auf die Ausführung von Anordnungen der Schulorgane und eine gewisse Mithilfe bei der Durchführung des Schulbesuches. Die Gesetzgebung um die Jahrhundertmitte hatte dann Vertretern der Bauernschaft Sitze in den niederen Verwaltungsbehörden eingeräumt und ihnen einige lokale Aufsichtsorgane völlig überlassen. Auf die gesamte Leitung des Schulwesens jedoch hatte das Volk keinerlei Einfluß. Zunächst hat es einen solchen auch gar nicht erstrebt, so lange es noch selbst den Schulen Widerstand entgegensetzte; das Bestreben, die Arbeit auf dem Gebiete des Schulwesens zu beeinflussen, hätte das Vorhandensein einer estnischen Bildungsschicht und öffentlichen Meinung vorausgesetzt, die erst in langsamem Entstehen waren. Dazu aber waren wieder mehr oder weniger entwickelte Verhältnisse des Bildungswesens erforderlich. So ist es nicht zu verwundern, daß der kulturelle Aufstieg und das damit verbundene nationale Erwachen der Esten in Livland seinen Anfang nahm, wo das Schulwesen lange schon auf einer weit höheren Stufe als in Estland stand, und die ganze materielle Lage der Bauern solch eine Entwicklung ebenfalls begünstigte. Aber auch in Estland haben im Verlauf unserer Epoche Bestrebungen des estnischen Volkes auf den Gang des Schulwesens ihren Einfluß ausgeübt. Bei der Betrachtung derselben besteht nun die Schwierigkeit, daß diese nicht für Estland allein untersucht werden können; die estnische nationale Bewegung hat sich vielmehr in unserer Epoche vorwiegend in Livland abgespielt, wobei dann starke Einflüsse in Estland zu Tage treten.

Fr. Tuglas betrachtet die Zeit der Estophilen als Vorläufer der bildungsmäßigen und rechtlichen Neugeburt des estnischen Volkes.

Diese Estophilen sind z. B. alle die Pastoren, die gewollt oder ungewollt dazu Vorarbeiten leisteten, dem Volke die Anfänge seiner Literatur gaben und seine ersten Schulen errichteten. Unter diesen estophilen Bestrebungen versteht er also die ganze Arbeit zur Hebung des Volkes, welche am Ende des 18. Jahrhunderts einsetzt; als Charakteristikum derselben betrachtet Zuglas die Tatsache, daß das Volk selbst als aktiver Teilnehmer nicht in Betracht gezogen wird. In die Gruppe der Estophilen fallen seiner Ansicht nach z. B. Jaehlmann und Kreuzwald. Aber auch J. W. Jannsen hat Zuglas Auffassung zufolge denselben Ausgangspunkt. Durch die Herausgabe einer Zeitung, die zuerst in Pernau, und dann in Dorpat als „*Cesti Postimees*“ erscheint, schafft er erstmalig ein Organ, das den Beginn einer öffentlichen Meinungsbildung der Esten darstellt und auch Schulfragen in den Kreis seiner Erörterungen zieht¹⁾. Wir wissen, daß Jannsen auf diese Weise seine Gedanken auch in Estland verbreitet hat. Obgleich die Mehrzahl der Leser des „*Cesti Postimees*“ sich in Livland befindet, so hat er doch auch in Estland Eingang gefunden. Bereits im ersten Jahre des Erscheinens des Blattes in Dorpat gingen ausschließlich der Städte Reval und Narwa 488 Exemplare des Blattes nach Estland, und zwar bei folgender Verteilung auf die einzelnen Kreise: Harrien — 131, Wierland — 152, Jerwen — 133, Wied — 72. Im Laufe des folgenden Jahres nimmt in den einzelnen Kreisen die Leserschaft zu, und zwar: Harrien + 17, Wierland + 70, Jerwen + 24, Wied + 3²⁾. Es ergibt sich daraus mit Deutlichkeit, daß in den Gegenden mit dem älteren, ausgebildeteren Schulwesen das Interesse für Zeitungslektüre ein besonders reges gewesen ist, wogegen z. B. die Wied auch in dieser Hinsicht zurücksteht. Daß diese Zahlen kein zufälliges Bild geben, bezeugen z. B. eine Reihe von Berichten über Volkstradition: so ist in den Kirchspielen Iewe und St. Matthäi das Interesse für Zeitungen rege gewesen, schwach dagegen in Merjama, St. Martens, St. Johannis i. H., Jörden³⁾. Dieser Zustand hat bis zum Ressortwechsel mehr oder weniger angehalten: Wierland und Jerwen sind die Gebiete, wo die Bestrebungen der estnischen nationalen Bewegung, auch soweit es sich hierbei um Schulfragen handelt, aktive Vertretung finden, während in Harrien und der Wied die Auswirkungen weit schwächer sind. Es ist klar, daß Personen mit gehobenem Bildungsniveau besonders

¹⁾ Zuglas pg. 14—15.

²⁾ *Cesti Postimees* 1863/64. Nr. 52. — 1865 Nr. 52.

³⁾ *EWG*. Stipendiatenberichte über die betr. Kirchspiele.

nach Zeitungslektüre strebten; so sind denn vor allem Lehrer und Gemeindefschreiber eifrige Zeitungsleser gewesen⁴⁾.

Im „*Cesti Poštinees*“ äußert sich J. W. Jannsen immer wieder zu Fragen des Schulwesens. Dabei sind ausführlichere, programmatische Abhandlungen über diese Dinge kaum vorhanden, sondern Jannsens Ansichten über Schulfragen gehen häufig aus kurzen Bemerkungen resp. Kommentaren zu eingesandten Korrespondenzen hervor. Ein weiteres national- und sozialpolitisches Ziel hat Jannsen nicht besessen: er will das Volk kulturell heben und durch Bildung und Belehrung innerlich festigen, worin er den Estophilen nahesteht⁵⁾. Seine Aufgabe als Journalist sieht Jannsen darin, beim Volk Interesse für Schulfragen zu erregen und das Bewußtsein wachzurufen, daß der erreichte kulturelle Stand nicht genüge. Dem dienen z. B. eine Reihe von Berichten über den Stand des Schulwesens in anderen Ländern, so Frankreich, Finnland, Polen, Rurland⁶⁾. Hier werden überall fortgeschrittenere Verhältnisse oder im Gang befindliche Reformen geschildert, die den Wunsch nach Änderung der Zustände auch im estnischen Volk wecken sollen. Seiner Ansicht nach kann ein freies Volk nicht ohne Schulen leben, wenn es nicht bei Freiheit des Körpers im Geiste gefangen bleiben will. Voller Bitterkeit aber stellt er fest, daß das estnische Volk trotz 45 Jahren Freiheit mit seinem Schulwesen noch nicht sehr weit gekommen sei, da sonst nicht so viele „zweibeinige Schafe“ vorhanden wären. Anstatt aber selbst zu handeln, wolle das Volk immer noch von der Gnade anderer leben. Die Esten müßten selbst die Forderung nach besserem Schulunterricht aufstellen, sonst hülfsen ihnen Freiheit, Erbbesitz und alle Erleichterungen nichts⁷⁾. Wenn aber ein Volk haben wolle, daß alle diese Dinge, obgleich es sie besitze, keinen Wert haben sollen, dann bleibe es nur ununterrichtet⁸⁾! Töricht handelten die, die das Volk dumm ließen, töricht aber auch das Volk, daß die Dummheit liebe und sich dabei wundere, wenn man es nicht auf dieselbe Bank mit den Klugen setze⁹⁾. Scharf geißelt Jannsen die Passivität und geringe Opferwilligkeit des estnischen Volkes: das Volk sei noch unvernünftig und sehe alles für gut an, wenn man nur nichts zu geben und zu tun brauche. Dann sei alles gut, auch der Gemeinde-

⁴⁾ dto. Stipendiatenberichte: „*Hanila-Barbla*“ „*Karuse*“ „*Keila*“ u. a.

⁵⁾ *Tuglas* pg. 15.

⁶⁾ *Cesti Poštinees* 1863/64 Nr. 5, 15, 27, 47; 1865 Nr. 38 ufw.

⁷⁾ dto. 1863/64 Nr. 10, 32, 38.

⁸⁾ dto. 1865 Nr. 15.

⁹⁾ dto. 1865 Nr. 24.

älteste und Lehrer. Mögen dann die Kinder ununterrichtet bleiben oder nur zum Augenschein in die Schule gesandt werden. Aus dieser Einstellung müsse das Volk heraus und jede Gemeinde ihrer Schule die größte Fürsorge zuwenden. Sage mir von einem Volk, wie seine Schulen sind, und ich sage dir, was das Volk wert ist! Immer noch hört man die Äußerung: wenn das Gesetz uns die Schulen in die Hand gibt, so lassen wir die Schullast ungetragen! Wer weiß, wie es mit so mancher Schulgründung stünde, läge sie nur in Volkshänden! Zunächst, 1868, würde eine Überlassung der Schulen an die Verwaltung durch das estnische Volk nur einen Rückschritt bedeuten¹⁰⁾. Jannsen wirft die Frage auf, ob die Esten schon ein erwachsenes Volk seien. Es kann zum großen Teil nicht mit Verständnis lesen, das Schreiben ist ihm eine schwierige Kunst; es empfindet die Schulen als Last, welche es gerne los werden will. Daher müssen Bau und Unterhalt der Schulen von der Gnade eines anderen Volkes kommen, und sein eigener größter Nutzen muß dem Volke aufgezwungen werden. Aus diesen Umständen und noch weiteren Momenten zieht Jannsen den Schluß, daß die Esten noch keineswegs aus dem Zustand der Unreife heraus seien¹¹⁾. An Hand eines Einzelfalles, wo eine Bauerngemeinde in Wierland einer durch den Hof vorgenommenen Schulgründung nicht das geringste Verständnis entgegengebracht hat, klagt Jannsen, daß die Leibeigenschaft das estnische Volk soweit verdorben habe, daß es 50 Jahre nach ihrer Aufhebung noch nicht wisse, was es wolle¹²⁾. Aber den Zweck der Schulbildung besitzen wir Äußerungen Jannsens, welche belegen, daß er diese Dinge sehr ernst durchdacht hat. 1879 stellt er fest, daß die Bildung von Geist und Seele Hand in Hand gehen müsse. In der letzten Zeit sei der Geist zu sehr bevorzugt worden, als Folge die Ethik gesunken. Wem aber nichts mehr heilig sei, dem sei auch nichts mehr schlecht. Das Volk müsse gebildet und erzogen werden, die Grundlage all dieser Arbeit müsse aber die Religion sein¹³⁾. Von den pädagogischen Fähigkeiten seines Volkes hat er, jedenfalls in den sechziger Jahren, keine sehr hohe Meinung. So wünscht er, die Eltern möchten doch einen gewissen Unterschied zwischen der Erziehung eines Kindes und eines Schafes machen, die Eltern aber verstünden von Erziehung nichts¹⁴⁾. Vom Lehrer fordert Jannsen

¹⁰⁾ dto. 1867 Nr. 13; 1868 Nr. 3; 1871 Nr. 6.

¹¹⁾ dto. 1865 Nr. 40.

¹²⁾ dto. 1868 Nr. 16.

¹³⁾ dto. 1879 Nr. 3.

¹⁴⁾ dto. 1865 Nr. 9.

daß Bewußtsein, dem Volke in seiner ganzen Lebenshaltung, in wahrhaft christlichem Sinne, ein Vorbild sein zu müssen¹⁵⁾. — Was die Verwaltung des Schulwesens durch Ritterschaft und Kirche anlangt, so enthält sich Jannsen jeglicher abfälliger Kritik derselben. In Einzelheiten äußert er zwar zuweilen im „Gesti Postimees“ Wünsche über zu treffende Bestimmungen, jedoch in einem Ton, der in keiner Weise die Autorität der Schulbehörden herabsetzt. Bedenkt man, daß er außer den grundsätzlichen Erörterungen von Fragen des Schulwesens auch immer wieder Mitteilungen aus dem Leben einzelner Schulen bringt, so wird man wohl sagen können, daß eine in dieser Art betriebene Arbeit für das Bildungswesen auch vom Standpunkt der damaligen Landes Schulverwaltung sehr erwünscht sein und deren Arbeit nur unterstützen konnte. In der Aufnahme mehrerer sehr radikaler Artikel C. R. Jakobsons im „Gesti Postimees“ konnte man zeitweilig ein Abschwanken Jannsens von seiner bisherigen Linie sehen; jedoch lehnte Jannsen bekanntlich bald die weitere Aufnahme Jakobson'scher Artikel ab. Ein Artikel Jakobsons vom Jahre 1869, der schwere Anschuldigungen gegen die Leitung des Schulwesens enthielt, führte zu einer Erwiderung eines unbekannten Einsenders, der eine zu weitgehende Kritik und die Übertreibung gemachter Fehler als für die Schulsache schädlich hinstellte und forderte, daß von deutscher Seite für die Schulen Geleistete müsse anerkannt werden, denn zum Volksfeind gestempelt zu werden, müsse jeden eisenfreundlichen Deutschen verletzen. An diese Einsendung anknüpfend, erklärte Jannsen, daß er sie mit Freuden abdrucke, da hier die Polemik sachlich sei und Liebe atme, zwei Umstände, durch die allein Polemiken einen Wert erhielten¹⁶⁾. Ein weiterer Fall belegt deutlich Jannsens Streben nach absoluter Wahrheitstreue bei Behandlung der Schulfragen in der Presse: 1871 berichtet „J“ im „Gesti Postimees“ über bedeutende Geldzuwendungen mehrerer Bauerngemeinden des Kirchspiels St. Petri zwecks Errichtung einer Parochialschule, die jedoch durch Ortsprediger und Höfe verhindert worden sei. Darauf erfolgt eine Zurechtstellung des Pastors Henning, der die volle Unwahrheit des Berichtes erweist. Jannsen fragt in einem angefügten Kommentar, warum überhaupt Dinge geschrieben wurden, die eine derartige Berichtigung finden müssen, und bittet sehr, jeder möge, was nicht wahr sei, für sich behalten¹⁷⁾. All dieses vorgebrachte Material

¹⁵⁾ dto. 1865 Nr. 46.

¹⁶⁾ dto. 1870 Nr. 28, 33.

¹⁷⁾ dto. 1871 Nr. 42, 52.

dürfte mit Deutlichkeit erweisen, daß die Schulverwaltung und Tannsen in ein und derselben Richtung arbeiteten und gut zusammengehen konnten, da irgendwelche wesentliche Differenzpunkte nicht vorhanden waren.

Von den älteren Vertretern der estnischen Führerschicht hat F. R. Kreuzwald nur selten zu Schulfragen Stellung genommen, lag doch sein Tätigkeitsfeld auf einer völlig anderen Ebene. Seine Auffassung über den bildungsmäßigen Aufstieg seines Volkes charakterisieren zwei Briefe, die er an die noch genauer zu behandelnde Wesenberger Gesellschaft „Kalewipoeg“ richtete. Diese hatte eine Schule errichtet, deren Hauptzweck gründliches Erlernen des Russischen sein sollte, und hatte Kreuzwald zu ihrem Ehrenmitglied ernannt. Er schreibt bald darauf: wir sind beide Söhne eines verachteten Geschlechts, auf welche von fern und nah scheel hingeblickt wird. Daß Ihr Glieder der Gesellschaft in erster Linie Bauern seid, beweist mir, daß auch in Wierlands Täler die Strahlen des Morgenroths gedrungen sind, deshalb dürfen wir in der Zukunft auf einen weiteren Gesichtskreis hoffen¹⁸⁾. Kreuzwald vertritt die Auffassung, daß Erziehung zu Christentum und wahrer Gottesfurcht das Beste sei, was der lernenden Jugend gegeben werden könne. Die Kinder müßten aber früh erweckt werden, denn sonst verstünden sie nicht auf eigenen Füßen zu gehen und mit beiden Augen zu sehen, was aber nötig sei, wenn das estnische Volk nicht zu Milchkühen für die Anderen werden wolle. Die „Wierländischen Söhne“ haben, fährt Kreuzwald fort, die Zeichen der Zeit beachtet, daß der Führer zu einer besseren Zeit für die Esten im Osten erstand: von dort komme ein glückliches Geschlecht. Er billigt es, daß die Kalewipoeg-Schule den russischen Unterricht zum ersten und hauptsächlichsten Gegenstand ihres Unterrichtsprogrammes erhoben habe, damit die Jugend einmal, wenn vielleicht die gegenwärtigen Sitze zu eng würden, im Osten ein breiteres Betätigungsfeld finden könne; denn das Russische brauchten die Kinder wie das tägliche Brot¹⁹⁾. Er glaubt also in Rußland einen Faktor gefunden zu haben, der den Aufstieg des estnischen Volkes fördern werde, und will die Vorbedingungen für einen besseren wirtschaftlichen Zustand der einzelnen Glieder seines Volkes schaffen, wobei dieser durchaus auch außerhalb der Grenzen der Heimat verwirklicht werden soll. Derartige

¹⁸⁾ F. R. G. A. Dr. Kreuzwald an die Gesellschaft „Kalewipoeg“ Dorpat 26. II. 1878.

¹⁹⁾ do. Dr. Kreuzwald an die Gesellschaft „Kalewipoeg“ Dorpat 20. x. 1878.

Erwägungen liegen z. B. in Jannsens Äußerungen in der Presse nicht vor, konform sind aber beide in der Betonung der Notwendigkeit der religiösen Grundlage jeglicher Bildungsarbeit.

Diese konservative Richtung der Führer des estnischen Volkes in der ersten Phase des Erwachens fand in der nächsten Generation ihren markantesten Vertreter in Pastor Jakob Hurt. Neben der wissenschaftlichen Erforschung des kulturellen Erbgutes seines Volkes wendet dieser den Schulfragen sein ganz besonderes Interesse zu, und zwar nicht nur in der theoretischen Diskussion, sondern als aktiver Vorkämpfer des Gedankens der estnischen Alexanderschule und Leiter der auf diese hinarbeitenden Organisation. Die letzte wird uns nur soweit zu beschäftigen haben, als es sich um ihre Tätigkeit in Estland handelt, auf die in erster Linie von Hurt geprägte Idee muß aber in diesem Zusammenhange eingegangen werden, obgleich sie aus Livland stammt, da in den grundsätzlichen Schriften dazu Hurts Einstellung zur Frage der Bildungsarbeit am estnischen Volke besonders deutlich wird.

Schon um 1860 entstand in der Umgebung Fellins, wo ja das nationale Erwachen des estnischen Volkes ein besonders frühes war, der Wunsch, zur Erinnerung an die Befreiung von der Leibeigenschaft eine höhere estnische Schule ins Leben zu rufen, die eine eigene Verwaltung besitzen und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstehen sollte. Hierin sollte sie sich also von allen übrigen Bauernschulen unterscheiden, obgleich auch sie für die landliche Bevölkerung gedacht war. Ein ausgearbeitetes und zur Bestätigung vorgestelltes Statut fand erst nach Verstreichen mehrerer Jahre am 14.VIII.1869 die Genehmigung des Zaren. Darauf wurde unter dem Vorsitz Hurts in Dorpat ein Hauptkomitee errichtet, dem eine Reihe von führenden Persönlichkeiten der estnischen Intelligenz angehörten, von denen nur der Revaler Lehrer J. Rosenberg aus Estland stammte. Um nun die Bildung von Sammelkomitees wirksam anzuregen, verfaßte Hurt eine programmatische Schrift, die die Notwendigkeit einer derartigen Anstalt begründen sollte²⁰⁾. Ausgehend von der Überzeugung, daß jeder wahre, vernünftige und wirksame Unterricht nur in der Muttersprache erfolgen könne, stellt Hurt das Vorhandensein eines dringenden Bedürfnisses nach höheren Schulen mit estnischer Unterrichtssprache fest, da eine fremde Unterrichtssprache auf die Schularbeit hemmend wirken müsse. In ihr könne der Unterricht den Kindern weder lieb werden noch nachhal-

²⁰⁾ [Jakob Hurt] *Õesti Aleksandri-kool. Tartu 1871. pg. 2—21.*

tig sein, und vor allem sei ein Aufschließen und Bilden der Herzen durch Unterricht in einer fremden Sprache unerreichbar. Denn es werde sonst in erster Linie die Sprache und nicht der in derselben vermittelte Inhalt des Gebotenen gelehrt und gelernt! Wer von Bauernsöhnen eine höhere Bildung als die der Parochialschule erstrebe, beziehe Stadtschulen, speziell die Kreisschulen, wo die Unterrichtssprache die deutsche sei. Da sie jedoch diese Sprache meist nur mangelhaft beherrschten, hätten sie vom Unterricht nicht den rechten Gewinn: vieles bleibe halb erlernt, eine halbe Schulung und unvollständige Erziehung dagegen könne nur schädlich wirken. Nur die, für die das Deutsche zur Muttersprache werde, hätten von den Stadtschulen wirklichen Vorteil; estnische Kinder brauchten estnische Schulen, daher seien für die bäuerliche Jugend den Kreisschulen entsprechende Anstalten mit estnischer Unterrichtssprache erforderlich. Die Kreisschulen seien für Deutsche gedacht, das estnische Volk habe aber von in fremdsprachigen Schulen erzogenen jungen Leuten bisher wenig Nutzen gehabt. Anstatt dank ihrer höheren kulturellen Stellung zu Führern des Volkes zu werden, schieden sie vielfach aus diesem aus, so würden die Blüten vom Lebensbaum des Volkes entfernt. Das Volk suche mit Mühe eine Jugend zu fördern und weiter zu bringen, die ihm aber nachher den Rücken lehre, so daß es selbst auf der alten Stufe stehen bleibe. Daher müßten das Leben des Volkes und die Schule möglichst eng verknüpft werden. Neben dem allgemeinen Vorwärtstreben wünsche der bewußte Teil des estnischen Volkes mehr Rechte und Teilnahme an verschiedenen Dingen. Rechte könnten aber nur solchen gegeben werden, die auch wirklich etwas gut könnten und Männer seien. Daher Sorge man dafür, daß es Männer gebe, die etwas verstehen und nach Sprache und Geist Esten sind.

Vergleicht man die diesen Ausführungen zugrunde liegenden Anschauungen mit denen Jannsens, so wird sogleich klar, daß Hurt von der Überzeugung des Wertes des estnischen Volkstums ausgeht und auch alle Fragen des Schulwesens von diesem Gesichtspunkt aus betrachtet. Hier liegt kein allgemein-kulturelles Vorwärtstreben und eine Bildungsarbeit in solchem Sinne mehr vor, sondern ein bewußtes und starkes Nationalgefühl. Man kann dieses Jannsen natürlich keineswegs abspreiben, er bringt es auch immer wieder zum Ausdruck²¹⁾. Es ist für ihn aber doch nicht in dem Maße ausschlaggebend bei der Beurteilung aller Dinge und somit auch der Schulfragen, wie es bei Hurt der Fall ist. Diese Volkstumsideologie findet in einer weiteren

²¹⁾ J.B. Eesti Postimees 1863/64 Nr. 42—43.

Schrift Hurtz noch deutlicheren Ausdruck, wo er sich mit der Frage der Gefahr einer Germanisierung des estnischen Volkes auseinandersetzt. An der Hand einer Reihe von Beispielen (Juden, Basken, Liven) stellt er die Langlebigkeit des Volkstums fest und ist davon überzeugt, daß das Verschwinden von Völkern nur durch außerordentliche Umstände bedingt sein könne, wie Kriege, zahlenmäßigen Rückgang oder Mischbildung mit einem anderen Volk. Da aber das Deutschtum nur eine Oberschicht bilde, sei eine Entnationalisierung der Esten unmöglich, diese würde nur bei einem Ineinanderwachsen mit einem anderen Volke in den Bereich der Möglichkeit rücken. Daher sieht Hurt auch bei fremder Unterrichtssprache in den Bauernschulen keine akute Gefahr für das Volkstum, wohl aber bei Gymnasien und Universität, da der junge Este dort in eine andersstämmige Umgebung gerate und seinem Volke entfremdet werde, wodurch ein entwurzeltes Halbdeutschtum entstehe. Die von deutscher Seite bestehenden Bestrebungen, das estnische Volk bildungsmäßig zu heben, erkennt Hurt dankbar an, betont aber dabei, die gesamte Schulliteratur müsse von Esten geschaffen werden, da von Deutschen die Liebe zur estnischen Sprache nicht erwartet werden könne. Hurt fordert drei Stufen von Schulen mit estnischer Unterrichtssprache: Gemeinde-, Parochial- und Kreisschulen. Er hält es für unnatürlich, daß in den städtischen Kreisschulen vielfach über die Hälfte der Schüler Esten sind, die meist auch ihr späteres Leben unter ihrem Volk auf dem Lande verbringen wollen und dabei sich der deutschen Unterrichtssprache bedienen müssen. Estnische Kreisschulen sollen aber vom Volk selbst geschaffen werden. Die Gemeindeschulen sollten frei von jeglicher Fremdsprache sein, die Parochialschulen die Möglichkeit, die Kreisschulen den Zwang, Deutsch und Russisch zu lernen, haben. Es dürfe nicht so bleiben, daß jeder aus dem Bauernstande Ausscheidende auch sein Volkstum verliere. Für wichtig hält Hurt es aber, daß im Lande Liebe und Frieden zwischen den Völkern herrsche; daß diese nicht gestört würden, dafür Sorge zu tragen sei Pflicht eines jeden. Denn wollten die Esten ein gebildetes Volk und wahre Christen werden, so müßten sie Frieden fordern und Liebe zeigen ²²⁾).

Dank seinem Vertrauen auf die Unzerstörbarkeit der Kraft des estnischen Volkstums sieht Hurt keinen Anlaß, die bestehenden Schulbehörden zu bekämpfen oder sie in ihrer Autorität zu erschüttern. Er verlangt von ihnen nur, daß sie das estnische Volkstum achten. Wenn

²²⁾ [Jakob Hurt] *Estimene aruanne tööst Aleksandri-kooli kaalus*. pg. 23—61.

3. B. Põld die Ansicht vertritt, seit den sechziger Jahren sei systematisch auf die Germanisierung der Esten und Letten hingearbeitet worden, und in diesen Dienst habe man auch die Volksschule eingespannt²³⁾, so erhebt Hurt gegen die Gemeindegulen diesen Vorwurf nicht und hat ein viel ruhigeres Urteil. Wenn er die Ausschaltung aller Fremdsprachen aus der Gemeindegulen fordert, somit auch des Russischen, so berührt er Dinge, die zu beseitigen die Landesgulenverwaltung keine Möglichkeit hatte. Daß im übrigen keinerlei Belege oder Anzeichen für eine Germanisierungspolitik in Estlands Gemeindegulen vorliegen, dürfte aus der geführten Untersuchung der Entwicklung des neunzehnten Jahrhunderts klar hervorgehen. Ein Konflikt zwischen Hurts Anschauungen und denen der das Schulwesen leitenden Organe war keineswegs unbedingt notwendig, sondern brauchte nur da einzutreten, wo man die Ansprüche des estnischen Volkstums nicht anerkannte.

In seinen Ansichten Hurt verwandt war der einzige Pastor estnischer Nationalität, der in dieser Zeit in Estland eine Pfarre innehatte, A. Kurrikoff in Turgel. Nachdem er lange Zeit mit Hurt zusammengearbeitet hatte, gingen jedoch ihre Wege auseinander, wobei Kurrikoff Hurt Bruch seiner Prinzipien und Inkonssequenz vorwarf. Kurrikoff vertrat den Standpunkt, die estnische nationale Bewegung dürfe in keinem Fall auf das Gebiet der Politik hinübergreifen, sondern müsse ausschließlich auf den Gebieten der Literatur und Alexandergulenarbeiten²⁴⁾. In der nationalen Bewegung war Kurrikoff eine ganz bestimmte Tätigkeit auf dem Arbeitsfelde des Schulwesens zugewiesen worden, und zwar sollte er die Schulmeistersektion des „Eesti Kirjameeste Selts“ leiten. Diese verfolgte statutenmäßig den Zweck, die Lehrer in ihrer geistigen Entwicklung und Amtstätigkeit durch gegenseitige Fühlungnahme zu fördern. Sie sollte daher das ganze Gebiet der Erziehung und das gesamte geistige und materielle Leben der Lehrer behandeln. So werden als Arbeitsgebiete genannt: Kampf gegen Mißstände in der Kindererziehung, Beurteilung von Schulliteratur, Gedankenaustausch über pädagogische Fragen, Schutz des Lehrerstandes gegen Angriffe²⁵⁾. Diese Lehrersektion hielt somerliche Sitzungen ab, die zur Verwirklichung ihrer Ziele dienen soll-

²³⁾ Põld pg. 129.

²⁴⁾ E. v. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor A. Kurrikoff an Hurt. Turgel 20. VII. 1884.

²⁵⁾ dto. Statut des „Eesti Koolmeistrite Selts“

ten. Eine solche fand z. B. im Juni 1876 in Oberpahlen statt, wobei Pastor Kurrikoff einen Vortrag über die vom Lehrer zu fordernden Eigenschaften und Unterrichtsmethoden hielt ²⁶⁾. 1877 hielt vor demselben Forum der Lehrer Niggol ein Referat über die Anwendung von Belohnungen und Belobigungen in den Schulen, Pastor Undrik legte ein von ihm verfaßtes Religionsbuch zur Prüfung vor u. s. w. ²⁷⁾. Diese Organisation hat übrigens die an sie geknüpften Erwartungen nicht erfüllt. 1878 bezeichnete Kurrikoff die Schulmeister=Sektion selbst als „totgeborenes Kind“, besonders da die Beteiligung vonseiten älterer, erfahrener Schulmeister eine recht geringe gewesen war ²⁸⁾. Daher hat sie auch keine irgendwie fruchtbringende Tätigkeit ausgeübt, sondern ihre Existenz hat bloß auf dem Papier gestanden ²⁹⁾. Unter dieser Motivierung beschloß 1882 der „Eesti Kirjameeste Selts“, die Tätigkeit der Sektion einzustellen ³⁰⁾.

Wie weit dieses Mißßick auf ein Versagen des Vorsitzenden Kurrikoff zurückzuführen ist, wäre durch Spezialuntersuchungen zu klären. Eine fühlbare Wirkung der Sektion in Estland ist nicht festzustellen. Die Mitglieder dürften wohl auch hier vorwiegend livländische Lehrer gewesen sein. (Am 27. VI. 1878 wird z. B. eine ganze Reihe von Lehrern in den „Eesti Kirjameeste Selts“ aufgenommen, unter welchen sich jedoch kein einziger aus Estland befindet ³¹⁾).

Auf einer Sitzung von Vertretern der estnischen nationalen Bewegung am 11. IX. 1878 in Dorpat werden die Ziele derselben, auch was die Frage der Bildung und Unterrichtsanstalten anlangt, präzisiert. Unter den Teilnehmern befinden sich Kreuzwald, Jannsen, Hurt, Dr. Rosenthal, aber auch R. A. Hermann und Dr. Weske, welche bereits zum radikalen Flügel zu rechnen sind. Es heißt hier etwa folgendermaßen: Wir versuchen das estnische Volk in seiner Muttersprache zu bilden. Wir sind gegen die Entnationalisierung, haben aber nichts dagegen, wenn Eltern ihre Kinder in anderssprachige Schulen schicken. In der Gemeindeschule soll nur bei Bedarf als einzige Fremdsprache Russisch gelernt werden. Wir wollen unsere Muttersprache fortbilden und für gute Literatur sorgen; auch wollen wir die Alexander=

²⁶⁾ Eesti Postimees 1876 Nr. 37.

²⁷⁾ dto. 1877 Nr. 31.

²⁸⁾ E. R. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor A. Kurrikoff an Hurt. Turgel 20. VI. 1878.

²⁹⁾ Tuglas pg. 64.

³⁰⁾ E. R. G. A. Vorstands=Protokoll des Eesti Kirjameeste Selts I. 1882.

³¹⁾ Safala 1878 Nr. 25.

schule und in jedem Kreise gleichwertige Anstalten errichten. Jeder gebildete Este soll sich zum Estentum bekennen, das Estnische auch in gebildeten Familien Umgangssprache sein. Die lutherische Kirche ist für uns Volkskirche und wird von uns geehrt und unterstützt. Wir achten jedes Volk und jeden Stand unter und neben uns, wollen mit ihnen in Frieden leben und Arbeit leisten³²⁾.

So lange die nationale Bewegung sich tatsächlich an den Rahmen dieses Programms hielt, lag auf dem Gebiet des Schulwesens kein Grund zu Konflikten mit den maßgebenden Stellen vor. Diese Fassung kommt im wesentlichen den Hurt'schen Gedanken nahe, diese sind nur noch gemildert, indem hier, wohl unter dem Eindruck der Forderungen des Staates, das Russische als Fremdsprache in den Gemeinde-schulen zugebilligt wird.

Daß diese vom Standpunkt des estnischen Volkstums, speziell was die Alexanderschule anlangt, gestellten Forderungen auf deutscher Seite nicht ungeteilte Anerkennung gefunden haben, hat zweifellos die Beziehungen zwischen den beiden Völkern geschädigt. So vertritt Rosenthal, der ja dem konservativen Flügel der nationalen Bewegung angehört, den Standpunkt, die deutsche Opposition gegen die Alexanderschule hätte die gegenseitige wohlwollende Verständigung unmöglich gemacht, den deutschen Einfluß auf die estnischen nationalen Unternehmungen zerstört und eine unübersehbare Kluft aufgetan³³⁾. Diesen Fragen nachzugehen, würde bedeuten, die gesamte Geschichte der deutsch-estnischen Beziehungen untersuchen zu müssen, was natürlich weit über den gestellten Rahmen hinausgehen würde.

War Hurt zum Exponenten der gemäßigten, kulturell westlich orientierten Richtung der nationalen Bewegung geworden, so erwuchs gleichzeitig eine radikale, auf den Osten eingestellte Richtung, deren Charakter durch ihren Führer E. R. Jakobson seine Ausprägung erhielt. Während Hurt die reine Politik im Grunde fern lag, besaß Jakobson ein festes politisches Programm, dessen Grundgedanken das Ziel darstellt, dem estnischen Volk die Gleichberechtigung mit den anderen Völkern zu erkämpfen. Das bedeutete ein Aufrufen zum Sturz der bisherigen rechtlichen und sozialen Ordnung des Landes. Jakobson ging von der Überzeugung aus, das Estenvolk würde als Mehrheitsvolk nach erkämpfter Gleichberechtigung auch die Herrschaft im Lande erringen und damit alle die Positionen, die bisher das baltische Deutsch-

³²⁾ A. Pruusberg, *Venesiamise tulekul*. pg. 47 ff.

³³⁾ Rosenthal pg. 343.

tum innehatte ³⁴⁾). In seinem Volk wollte er vor allem Glauben an sich selbst, an seine Zukunft sowie den Willen zum Kampf entfachen; ein freundschaftliches Zusammengehen mit dem Deutschtum hielt er erst dann für möglich, wenn sich die Esten im Besitz größerer Rechte als dieses befinden würden, was das Deutschtum dazu zwingen würde, Freundschaft zu halten. Den Landesautoritäten gegenüber deckte er sich durch ostentative Treuebezeugungen für den Kaiser; denn aus der Erwägung heraus, daß die slawophile Welle an einer Zerstörung des Deutschtums im Lande interessiert war, erwartete er für seine Tätigkeit die Unterstützung der russischen Öffentlichkeit und Regierung. Um dieser Ziele willen mußte Jakobson zu einem unerbittlichen Zertrümmerer der bestehenden Autoritäten im Lande werden ³⁵⁾). Die Bildung betrachtete er als wichtigen Faktor für den politischen und sozialen Aufstieg seines Volkes; aus diesem Grunde schrieb er Schulbücher, kritisierte er die bestehenden Schulzustände und griff deren Schäden an ³⁶⁾). Theoretisch waren für ihn Gottesliebe, Nächstenliebe und Vaterlandsliebe die Hauptziele der Bildung, er hat aber selbst deutlich atheistische Neigungen, und das Eintreten für die Kirche ist für ihn nur ein Mittel, um nicht die kirchlich gesinnten estnischen Kreise zu verlieren ³⁷⁾). Die Vaterlandsliebe, wie er sie auffaßt, ist für ihn das treibende Motiv. Die Einflüsse deutscher Pastoren betrachtet er als Bevormundung des estnischen Volkes, diese sind für ihn daher Volksfeinde und die Untergrabung der Achtung vor ihnen eine politische Hauptaufgabe ³⁸⁾). Da aber die Leitung des Schulwesens weitgehend unter Mitarbeit der Geistlichkeit stand, mußte sich eine Zerstörung der Autorität derselben auch auf den Verlauf der Arbeit der Schulen auswirken. Am 4. X. 1877 erklärte Jakobson in einem Brief an Prof. Köler die Pastoren für die gefährlichsten Feinde des estnischen Volkes und forderte die Anspannung aller Kräfte, um ihre Autorität zu untergraben. Zu Hauptträgern dieses Kampfes hatte Jakobson die Lehrer außersehen, die ja überhaupt das aktivste Element innerhalb der nationalen Bewegung darstellten ³⁹⁾). Diese Tatsache mußte also naturnotwendig zu den schwerwiegendsten Folgeerscheinungen auf dem Gebiet der Schulen führen. Von seinem Standpunkt aus mußte es Jakobson ausgeschlossen

³⁴⁾ Tuglas pg. 23—24, 29.

³⁵⁾ G. Aruus, C. R. Jakobson võitlejana. pg. 168, 170—172.

³⁶⁾ dto. pg. 163.

³⁷⁾ dto. pg. 169; — Põld pg. 148.

³⁸⁾ Tuglas pg. 71; — Auch: A. Jürgeinstein, Carl Robert Jakobson. pg. 98.

³⁹⁾ Tuglas pg. 34.

erscheinen, daß die Volksschule unter Leitung von Ritterschaft und Kirche in dem von ihm gewünschten Sinne estnisch-national arbeitete, daher gehörten zu seinem Programm die Forderungen nach Erweiterung des Lehrstoffes und Unterstellung der Volksschule unter die direkte Leitung der staatlichen Organe ⁴⁰⁾. In diesem Sinne ist auch eine unter Initiative Jakobsons abgefaßte Denkschrift estnischer nationaler Führer an den Zaren Alexander III. formuliert. Es heißt dort, die Volksschulen seien von der Herrschaft von Gutsherrn und Pastoren zu befreien. So lange diese fortbestünde, sei nicht anzunehmen, daß dort für nützliche weltliche Kenntnisse so gesorgt werden würde, wie es für die Zwecke der Wehrpflicht und einer vollständigen Bildung erforderlich wäre, sowie um einen Menschen überhaupt in den Stand zu setzen, sein tägliches Brot zu verdienen ⁴¹⁾. Gerade in diesem Punkt ging Hurts Auffassung mit der Jakobsons auseinander, und wegen dieser Forderungen in der Schulsache distanzierte sich Hurt öffentlich von der Aktion ⁴²⁾.

Was nun die Propagierung seiner Ideen anlangt, so standen Jakobson zwei Wege zur Verfügung: die persönliche Einwirkung und die Presse. Wir wissen, daß Jakobson zahlreiche persönliche Beziehungen zu Lehrern in Estland unterhalten hat. So hat er 1871 Estland bereist, um dort Hilfskomitees für die Alexanderschule zu gründen, scheint damals aber wenig Widerhall gefunden zu haben, da er nachher das Volk in Estland als für das Verständnis der Alexanderschule zu dumm bezeichnet ⁴³⁾. Die Gesellschaft „Kalewipoeg“ hatte ihn zu ihrem Ehrenmitgliede erwählt. Wie in Kreisen dieses Vereins Jakobson beurteilt wurde, zeigt ein vom „Kalewipoeg“ gemeinsam mit den estnischen Organisationen „Linda“ und „Õõpil“ abgesandtes Beileidstelegramm anläßlich der Beerdigung Jakobsons: Ihm hätte das Schicksal bestimmt, durch Mannedmut und rechtes Wort dem estnischen Volk eine neue Zeit zu bringen; die Trauer über seinen Tod sei nicht durch Worte auszudrücken! Die Vereine wünschen dem estnischen Helden ein seliges Ruhen in der Erde und ewige Freude im Himmel ⁴⁴⁾! In weit größerem Maße jedoch, als durch den persönlichen Konner, hat Jakobson auf

⁴⁰⁾ Böld pg. 152.

⁴¹⁾ A. Krussberg, Benestamise tulekul. pg. 44. Denkschrift, datiert St. Petersburg 19. VI. 1881, § v.

⁴²⁾ Tuglas pg. 112.

⁴³⁾ Jürgenstein pg. 62–63.

⁴⁴⁾ E. A. G. A. Telegramm der Vereine „Kalewipoeg“ „Linda“ und „Õõpil“ an die „Sakala“ Wesenberg 14. III. 1882.

das Schulwesen auf dem Wege der Presse eingewirkt, und zwar finden wir seine Äußerungen zu solchen Fragen zunächst im „*Cesti Postimees*“ Bereits 1866 stellt er fest, der Lehrplan der Bauernschulen sei zu sehr mit Religionsunterricht überladen, die gegenwärtigen Schulen seien ungenügend, und es müsse eine Erweiterung des Lehrstoffes in der Richtung der Naturwissenschaften erfolgen. Er befaßt sich weiter mit der Frage, wie die Schule dem Volke lieb zu machen und ihm die Erkenntnis ihres Nutzens nahe zu bringen wäre⁴⁵⁾. Auch für die Parochialschule fordert Jakobson einen erweiterten Lehrstoff, so Naturgeschichte, Geographie, Geschichte, Geometrie⁴⁶⁾. Auf der Basis der Lehrpläne steigert Jakobson seine Polemik bald zu scharfen Angriffen: an Hand zweier Stundenpläne aus dem Föllinschen Kreise äußert er sich auf das abfälligste über das angebliche Dominieren des Religionsunterrichts in der Gemeindeschule und der deutschen Sprache in den Parochialschulen. Jakobson stellt fest, es gebe Menschen (d. h. Deutsche), die das Estenvolk stets in Finsternis hielten, damit es nicht über die Grenzen des Landes hinausschauen könne und kennen lerne, was früher war oder anderswo ist. Den besten Leuten aus dem Volk werde das Deutsche in den Mund gelegt, damit ihre Eigenständigkeit schwinde und sie germanisiert würden. Die Lehrer selbst lehrten von sich aus mehr, als die Schulbehörden, die also Gegner einer Aufklärung der Volkes seien, verlangten⁴⁷⁾. Diese extreme Formulierung führte sogleich zu einer Polemik; vonseiten mehrerer Lehrer des Föllinschen Kreises wurde die aufgestellte Behauptung als Lüge bezeichnet. Es wird festgestellt, die Pastoren hielten das Volk nicht in Finsternis, sondern wünschten durchaus sein Fortschreiten auf dem Wege der Aufklärung; hätten die Pastoren nicht für die Schulen gesorgt, so wären diese nicht auf ihren gegenwärtigen Stand gelangt⁴⁸⁾. Bald darauf ergreift Jakobson das Wort zu konkreten Forderungen: er stellt fest, eine bessere Leitung des Schulwesens werde auch auf die Schulzustände günstig einwirken. Daher hält er die Einführung bauerlicher Schulältester mit dem Rechte der Anstellung von Lehrern für erforderlich, wobei diese in Fragen der Externa der Schulen in ihren Kompetenzen den Pastoren gleichgestellt sein müßten. Die Lehrer müßten selbst die Möglichkeit erhalten, in Konferenzen Schulpläne zusammenzustellen und über die Einführung

⁴⁵⁾ *Cesti Postimees* 1866 Nr. 3.

⁴⁶⁾ *Id.* 1866 Nr. 22.

⁴⁷⁾ *Id.* 1870 Nr. 28.

⁴⁸⁾ *Id.* 1870 Nr. 31.

von Lehrbüchern Beschlüsse zu fassen. Das sei das Wenigste, was für die Schulen verlangt werden müsse; habe erst das Volk den Nutzen der Schulen erkannt, dann werde es auch alle nötige Sorge für diese tragen⁴⁹⁾. Bald nach diesen Äußerungen verschloß der „*Cesti Postimees*“ Jakobson seine Spalten, und erst durch sein eigenes Blatt, die „*Sakala*“, erhielt er die Möglichkeit, seine Anschauungen über das Schulwesen ungehemmt zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Wie er seine Aufgabe in dieser Hinsicht auffaßte, charakterisieren seine eigenen Artikel sowie der Geist der von ihm zum Abdruck gebrachten Zuschriften. Bereits die erste Nummer der „*Sakala*“ enthält dafür ein typisches Beispiel: die Schilderung zweier ungenügender Schulhäuser im Kirchspiel Zegeleht versteht Jakobson mit einem Kommentar, worin es heißt, die Verelendung der Bauernjugend sei kein Wunder, wenn die Kinder den Winter über bei übler Luft in Räumen leben müßten, welche als Viehställe zu schlecht seien; damit verbindet Jakobson Vorwürfe gegen die Schulverwaltung! Dabei liegt in solchen Fällen die Schuld stets am zu geringen Interesse der Gemeinden, zu deren Pflichten ja die Sorge für die Schulen gehörte, diese hätte also der Vorwurf treffen sollen, den aber Jakobson aus den Erwägungen seines politischen Kampfes heraus der deutschen Schulverwaltung macht. Ihm ist auch ganz klar, wo die Schuld liegt, da er im selben Artikel feststellt, die Lehrer müßten Vorträge über Fragen der Hygiene halten⁵⁰⁾! In einem anderen Aufsatz vermißt Jakobson den Naturgeschichtsunterricht in den Gemeindeschulen, fügt aber hinzu: Wer will denn auch solche Dinge in unsere Schulen lassen? Dann würde ja der Aberglaube schwinden, der alles als Lebensspeise annimmt. Bleiben wir daher stille Schafe, wie unsere Eltern es waren! — Bald darauf spricht er von der Sklaverei durch Bibelstellen in der Schule. Mit Recht bezeichnet Hurt derartige Anspielungen, meist sind es geschickt verdeckte Vorwürfe, ohne direkte Nennung von Namen, als für die Kirche verlegend und ihre Autorität schädigend und macht Jakobson Vorstellungen über die Art und Weise, wie dieser Fragen der Kirche und Schule behandle. Dieser jedoch stellt fest, alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe entsprächen nicht der Wahrheit. Immer wieder bringt die „*Sakala*“ irgendwelche Beschwerden über angebliche lokale Mißstände. Jakobson hatte zwar wohl erklärt, er wolle bei seiner Arbeit das Licht nicht scheuen⁵¹⁾, zieht es jedoch meist vor, bei derartigen Berichten keine

⁴⁹⁾ dto. 1870 Nr. 43.

⁵⁰⁾ *Sakala* 1878 Nr. 1.

⁵¹⁾ dto. 1878 Nr. 33; 10.

Orte oder Namen zu nennen, wobei man aber dieselben vielfach leicht erraten kann. So wird darüber geklagt, daß in L(uuggenhufen) der Pastor einem Lehrer wegen Lesens der „Sakala“ mit der Entlassung gedroht habe, Graf St(adelberg) habe einem anderen dieselbe Lektüre verboten; derartige Verfolgungen zeigten, wie es um die Geistesfreiheit in den berühmten baltischen Provinzen stehe⁵²⁾. Ein Korrespondent will in einer wierländischen Parochialschule, die natürlich nicht namhaft gemacht wird, eine Schulordnung gefunden haben, welche den Schülern das Führen von Gesprächen untereinander in estnischer Sprache verbietet⁵³⁾. Oder es wird über eine andere wierländische Schule geklagt, ebenfalls ohne Ortsangabe, sie habe (1881) zwar russische Lehrbücher angeschafft, den Unterricht jedoch nicht eingeführt⁵⁴⁾. In ähnlicher Kritik werden fortwährend unter dem Schutze der Anonymität irgendwelche Dinge aus einzelnen Schulen berichtet und zum Anlaß genommen, gegen die Leitung des Schulwesens Unzufriedenheit zu erregen. Daß die „Sakala“ die Anonymität aus Gründen der Sicherheit wählte, beweist die Erklärung, sie könne nicht Namen und Orte nennen, um nicht mehrmals wöchentlich „leerer Worte“ wegen in Prozesse verwickelt zu werden⁵⁵⁾. Der Ausgang derartiger Prozesse auf Grund von Verleumdungsklagen mußte also für die „Sakala“ immerhin sehr zweifelhaft sein. In ihrem Feuilleton werden bisherige Unterrichtsverhältnisse immer wieder systematisch lächerlich gemacht, so wenn sich Kallja Märt und Kallja Pärt in schwer verletzender Form über den Unterricht im Deutschen und der Religion unterhalten⁵⁶⁾. Zuweilen geht Jakobson auch zu offenen Ausfällen über: so erklärt er 1880, schon mehrfach Beispiele diebischer, trinkender und staatsfeindlicher Lehrer gebracht zu haben, um die Schulverwaltung zur Erfüllung ihrer Pflichten zu bewegen. Diese seien aber meist deren liebe Freunde und Werkzeuge; da sie in ihren Stellungen gehalten würden, sei klar, in wie schlechten Händen vielfach die Schulverwaltung liege. Als Beispiel führt Jakobson einen Lehrer in Rehho an, einen „starken Gebetsmann“ (kange palwemeez), der zwar in der Lage sei, auf Betstunden bei alten Weibern Krokodilstränen zu erzielen, einem Schüler aber, den er nicht mochte, habe er Diebstahl von Christbaumschmuck vorgeworfen, habe ihn durch Inquisition und Stra-

⁵²⁾ dto. 1879 Nr. 11.

⁵³⁾ dto. 1880 Nr. 24.

⁵⁴⁾ dto. 1881 Nr. 2.

⁵⁵⁾ dto. 1880 Nr. 20.

⁵⁶⁾ dto. 1878 Nr. 27, auch 1880 Nr. 1, 12.

fen zum Geständnis zu zwingen versucht und nach schwerer körperlicher Züchtigung eingesperrt. Die Kinder dieser Schule würden fortwährend geprügelt und müßten das zum Teil gegenseitig an einander exekutieren, so einmal in ganz großem Maßstabe, als der Lehrer vom vielen Schlagen ermüdet war. Auch gegen Tiere sei der Lehrer ein Rohling: so habe er einer Katze mit dem Beil Schwanz und Hinterpfoten abgehauen. Ein Mädchen habe er so scharf angefahren, daß es den Verstand verlor. Tritt aber jemand gegen diesen Lehrer auf, für den Pastor und Gutsbesitzer sind, so „hat er kein Leben mehr“, ihm wird die Pacht erhöht oder er wird aus seinem Hof gesetzt. Vielleicht werden auch absichtlich derartige Lehrer in die Dorfschulen eingesetzt, um die Kinder dazu zu bringen, in städtische Schulen zu gehen und sich dort germanisieren zu lassen⁵⁷⁾. — Schon bei der Lektüre dieses Berichtes springt die stark propagandistische Aufmachung ins Auge, die vom Standpunkt des von Jakobson geführten politischen Kampfes vielleicht als sehr wirkungsvolle Methode betrachtet werden kann. Wie sich eine derartige Behandlung von Schulfragen in der Praxis auswirkte, zeigt der nächste Schulbericht des Pfarramtes St. Marien-Magdalenen: es heißt dort, im Verhältnis der Gemeinden zu den Lehrern seien vielfach Einflüsse der estnischen Presse bemerkbar. Speziell der Lehrer zu Rehho, ein harmloser, wenn auch etwas unbesonnener Mensch, sei zur Zielscheibe von Spott und Verleumdung der „Sakala“ geworden, die in der Anstellung solcher Lehrer nur Germanisierungsabsichten sehen will. Unter deren Einfluß verlangen die Gemeinden für ihre Kinder alle mögliche Aufklärung und meinen, auf den Religionsunterricht werde zu viel Zeit verwandt⁵⁸⁾. Die Berichte, die Jakobson in der „Sakala“ bringt, stammen vorwiegend aus Livland, wirken aber natürlich genau ebenso in Estland in der Richtung, daß sie eine Unzufriedenheit mit der bestehenden Schulverwaltung hervorrufen. So, wenn über Germanisierungspolitik der Parochialschule Oberpahlen berichtet wird, wo für Estnischsprechen Schandstrafen eingeführt sein sollen, und zwar durch Pastor Maurach und den Lehrer. Der Schreiber will einen schweren Kampf mit sich gekämpft haben, bevor er diesen Bericht für die „Sakala“ schrieb, die Liebe zum Volk aber habe ihm vor Erfüllung dieser Pflicht keine Ruhe gelassen⁵⁹⁾. Aus Peuth (Wierland) wird geklagt, der dortige Lehrer könne kein Russisch und unterrichte statt dessen --

⁵⁷⁾ dto. 1880 Nr. 51.

⁵⁸⁾ G.M. I. 469/54. Schulbericht St. Marien-Magdalenen 1881.

⁵⁹⁾ Sakala 1875 Nr. 28.

Deutsch! An manchen Orten werde direkt dafür gesorgt, daß solche Personen Lehrer würden, die das Russische nicht beherrschten. Russisch werde nicht, wie nötig, gelernt, sondern biblische Geschichte, Katechismus, Religion⁶⁰⁾! In solcher und ähnlicher Weise unterminierte die „Sakala“ systematisch die Stellung der Geistlichkeit und schürte Unzufriedenheit mit der bestehenden Schulverwaltung. 1880 wird ein Artikel der „Tartu Eesti Seitung“ abgedruckt, worin der Wunsch ausgesprochen wird, die Schulen seien der Leitung durch die Kirchen zu entziehen und dem Ministerium für Volksaufklärung zu unterstellen. Das Volk habe die Überlastung mit Religion begriffen, wodurch nur Konfirmanden und Kirchliche erzogen würden. Es müsse für die Schulen Opfer bringen, könne aber über die Unterrichtsart nicht mitreden. 1879 hätten Gemeindeälteste aus dem Fellinschen Kreise eine Petition um Vornahme des Ressortwechsels der Volksschule beschlossen, so etwas freue jeden Volksfreund! Der „Sakala“ zufolge sei im estnischen Volk die Überzeugung allgemein, daß erst nach dem Ressortwechsel das Schulwesen aufblühen werde. Die kirchliche Leitung halte Diebe und Säufer in Lehrerstellen, wenn sie nur den Willen der Pastoren erfüllten! Ein sich Zurückziehen der Gutsherrn befürchtet Jakobson nicht, denn diese hätten sich nicht soweit mit den kirchlichen Interessen verkoppelt. Die Kirche habe ihre Rechte über die Schulen nicht richtig ausgeübt, sonst wäre die Feindschaft gegen die Schulverwaltung nicht so groß. Eine Verständigung zwischen Gutsherr und Bauer wäre bei Ausschaltung der Kirche viel leichter zu erzielen. Für den Staat würden auch keine besonderen Belastungen entstehen, da ja die Kosten der orthodoxen Schulen nicht groß für ihn seien⁶¹⁾. Hier dürfte wohl klar sein, daß die „Sakala“ den Gutsherrn aus rein materiellen Gründen nicht ausschalten will, die Fürsorge für die Externa der Schulen soll er weiter betreiben, wenn nur die Interna in einem Jakobson genehmen Sinne angeordnet und geleitet werden. Der Vergleich mit den orthodoxen Schulen ist aber fraglos falsch. Über diese stellt Stoljarow fest, daß ihre Unterbringung auch in den achtziger Jahren noch ungenügend war und daß die Gehaltsverhältnisse schwache seien. Auch noch 1895 bringen sie wegen ihrer ungünstigen Existenzbedingungen nicht den gewünschten Nutzen⁶²⁾. Schwach sind auch die Unterrichtsergebnisse, so im Russischen⁶³⁾. Diese sind hier noch 1893 schlechter, als in den lutheri-

⁶⁰⁾ dto. 1880 Nr. 52.

⁶¹⁾ dto. 1880. Nr. 6, 11, 14.

^{62/63)} Stoljarow pg. 41—45.

ſchen Schulen⁶⁴⁾. — Jakobſons Hoffnungen, die er für die Zukunft ſeines Volkes auf Rußland ſetzt, beruhen auf der Überzeugung, von dieſer Seite eine aufrichtige Förderung zu erfahren. Erſt ſpättere eſt-niſche Generationen, ſo z. B. U. Jürgeſtein, erkannten, daß der Pan-flawiſmus keinerlei Sympathien für das eſtniſche Volkstum an ſich hegte, ſondern ſich nur zum Sturz der deutſchen Machtſtellung ein eſtenfreundliches Geſicht gab, um ſo die Eſten gegen das Deutſchtum zu mobilisieren. Dann aber fiel die Maſke, und Jürgeſtein vergleicht die Stellung der Regierung dem Eſtentum gegenüber mit der zhyriſchen Einstellung Polyphemus zu Odysſeus: als Lohn für deine Mitarbeit freſſe ich dich auf⁶⁵⁾. Dieſe Erfahrung ſollte das eſtniſche Volk auch mit dem Reſſortwechſel der Schule machen. Jakobſon hatte feſt geglaubt, die ruſſiſche Einstellung dem Eſtentum gegenüber ſei eine ſo günſtige, daß an die Stelle der zerſtörten deutſchen Macht die eſtniſche treten würde⁶⁶⁾. Waß das Schulweſen anlangt, hatte Jakobſon auf eine falſche Karte geſetzt: an die Stelle des Geſpenſtes der Germaniſierung trat die Realität der Ruſſifizierung der Volkſchule. Jakobſon hat dieſe Entwicklung, die für ihn eine ſchwere Enttäuſchung bedeutet hätte, nicht mehr erlebt, für ſeinen politiſchen Ruf zu rechter Zeit erteilte ihn der Tod⁶⁷⁾.

Die „Tartu Eſti Seitung“ ſcheint in Eſtland nur geringe Verbreitung gehabt zu haben, ebenſo auch der „Pärnu Poſtimees“ — das auf eſtländiſchem Boden von der Geſellſchaft „Kalewipoeg“ herausgegebene Blatt „Walgus“ wird in Verbindung mit ſeiner Herausgeberin zu behandeln ſein.

Waß nun die Auswirkungen der eſtniſchen nationalen Bewegung und ihrer Preſſe auf das eſtländiſche Schulweſen anlangt, ſo ſehen dieſe verhältnismäßig ſpät, weſentlich ſpäter als in Livland ein.

Von den großen nationalen Unternehmungen waren die Sän-gerfeſte für das Schulweſen von ausgeſprochen befruchtender Wirkung. Bereits früher hatte es hier und da in den Gemeindegulen Geſangunterricht gegeben, aber ihm wurde kein beſonderes Gewicht beigelegt. Nun unterliegt es aber keinem Zweifel, daß beim eſtniſchen Volk für dieſes Gebiet beſonders günſtige Anlagen vorlagen, welche nur entwickelt zu werden brauchten. Einen geeigneten Anstoß bot das von Jannſen organiſierte erſte Sängergeſt von 1869. Während biſher

⁶⁴⁾ dto. pg. 57.

⁶⁵⁾ Jürgeſtein pg. 110.

⁶⁶⁾ dto. pg. 111.

⁶⁷⁾ dto. pg. 114.

beim Gesangunterricht fast ausschließlich Choräle gepflegt worden waren, trat nun auch das weltliche Lied in seine Rechte. Nach dem Sängerkfest wird von estnischer Seite für die Schaffung geeigneter Liederbücher Sorge getragen, so erscheint z. B. von Jaan Jung eine Sammlung dreistimmiger Lieder („Laulud kolme healega“). M. Weske gibt Lieder mit Melodien heraus, national ihrem Inhalte nach, in der Sprache einfach und vom Volksliedcharakter⁶⁸). In der Folgezeit werden dann an den verschiedenen Orten, meist auf Initiative oder unter tätigster Förderung der Lehrer, Musikchöre gegründet. So proponieren die Lehrer des Kirchspiels St. Katherinen die Gründung eines Männerchors, und bald darauf wird beschlossen, durch einen dazu designierten Lehrer sollten die übrigen Lehrer zum Lernen von Liedern und Probefingen versammelt werden⁶⁹). Im Kirchspiel Jeme besaß um die Zeit des ersten Sängerkfestes bereits fast jede Schule ihren Schulchor, wobei gleichzeitig auch eine Reihe von Chören Erwachsener entstanden⁷⁰). Wie groß die Fortschritte des Gesanges im Laufe der Zeit waren, zeigt die Liste der Anmeldungen zum zweiten Sängerkfest 1877. Wenn auch die Sänger hier nicht Schulkinder waren, so waren doch die Schulen der Ort, wo meist die Chöre zusammenkamen, und die Lehrer die leitenden Persönlichkeiten, so daß wir hier immerhin ein wenn auch indirektes Ergebnis der Tätigkeit der Schulen vor uns sehen.

Es melden sich folgende Chöre, wobei die Teilnehmerzahl ebenfalls bekannt ist: aus Harrien: St. Matthias — 15, Jegelcht — 8, Kusäl — 10; Wierland: St. Jakobi — 18, Jsaak — 37, St. Katherinen — 20, Toila — 20, Klein Marien — 20, Kawaß — 12, Jeme — 35, zweiter Chor aus Toila — 28, Wesenberg — 16, Maholm — 12, Malla — 9, St. Simonis — 16, Baitwara — 20; Jerwen: Turgel — 30, Ampel — 16, St. Petri — 12, St. Marien-Magdalenen — 33, St. Johannis i/S. — 35, Affel — 8; Wied: Leal — 4⁷¹). Als Leiter sind bei einer Reihe von Chören die Pastoren angegeben. Daß nicht alle diese Chöre tatsächlich zum Sängerkfest erschienen, ist für die Untersuchung der Verbreitung des Gesanges unwesentlich. Et. Angaben des „Gesti Postimees“ nahmen faktisch am Fest 113 Sänger aus Wierland, 302 aus Jerwen und 35 aus Harrien teil⁷²).

Daraus ergibt sich die Tatsache, daß das Interesse für den Gesang in den Gegenden mit dem alten, fest eingewurzelten Schulwesen am größ-

⁶⁸) Gesti Postimees 1871 Nr. 46; 1875 Nr. 17.

⁶⁹) EKV III 145. Protokolle der Sitzungen des Pastors zu St. Katherinen mit den Lehrern: 22. XII. 1874; 5. I. 1875.

⁷⁰) E. R. G. A. Stipendiatenbericht E. Tensmann: „Jõhvi“ 1931.

⁷¹) Gesti Postimees 1876 Nr. 48.

⁷²) dto. 1879 Nr. 32.

ten gewesen ist, den Gegenden, wo, wie festgestellt wurde, auch das Lesen von Zeitungen seine größte Verbreitung gefunden hatte. Was das dritte Sängerkfest anlangt, so erfolgen Choranmeldungen im wesentlichen aus denselben Gegenden, wobei ihre Zahl kaum gewachsen ist. Hinzugekommen sind einige harrische Chöre, so Regel, Rappel, St. Jürgens, Tula, Maart; die Wied ist durch einen Chor aus Rasth vertreten⁷³⁾. Neben dem Gesang erfährt auch die Instrumentalmusik eifrige Förderung. So wird an der Parochialschule zu Isaak ein Musikchor von 12 Instrumenten gegründet, der wiederholt öffentlich auftritt. Im Kirchspiel St. Marien-Magdalenen bildet sich ein Posaunenchor, der ausschließlich aus Lehrern besteht⁷⁴⁾. u. s. w. Im Leben der Schulen waren es vor allem die Feste, wo der Gesang einen wichtigen Platz einnahm und die Erfolge der Kinder auf diesem Gebiet an die Öffentlichkeit traten. Berichte über derartige Schulfeste sind uns zahlreich in der estnischen Presse erhalten; einige davon sollen zeigen, daß der Gesang aus dem Leben einer estnischen Volksschule nicht fortzudenken war.

Zu Pfingsten 1874 findet ein gemeinsames Schulfest für die Schulkinder des Kirchspiels Rappel statt, das durch den Zug der Schulen in die Kirche eingeleitet wird. In der Kirche singen die Schulköre Choräle, und daran schließt sich die Katechese durch den Pastor. Nach dem Gottesdienst findet das Fest durch Wettzingen zwischen den einzelnen Schulen im Freien seinen Fortgang⁷⁵⁾. — Im Sommer 1875 findet ein Gesangkfest des Kirchspiels Wessenberg statt, an dem auch zahlreiche Gutsherrscher teilnehmen. Dabei wird von den Schulen abwechselnd gesungen, geistliche und weltliche Lieder bilden das Programm⁷⁶⁾. — Im selben Jahre wird in Peuthof ein neues Schulgebäude eingeweiht, wozu sich auch die Glieder des Magistrats der Stadt Narwa hinbegeben. Bei ihrer Ankunft werden sie mit vierstimmigem Gesang empfangen; der Toilasche Posaunenchor trägt zur Verschönerung des Festes bei⁷⁷⁾. Das Kirchspiel St. Marien-Magdalenen veranstaltet in der Parochialschule ein Gesangkfest, wobei 7 geistliche und 12 weltliche Lieder zum Vortrag gelangen; die Reineinnahme kommt der Anschaffung von Posaunen und Noten zugute. Die Lehrer des Kirchspiels Rosh, die einen Chor bilden, konzertieren gastweise in der Kirche St. Johannis; ein Bibelfest in Maholm wird durch Gesang von Chören unter der Leitung von Lehrern belebt⁷⁸⁻⁷⁹⁾.

Beispiele dafür, daß Gesang die Höhepunkte des Lebens der Schulen begleitet hat, lassen sich in beliebiger Anzahl bringen. Gewiß haben an der

⁷³⁾ E. R. G. A. Eingegangene Schreiben betr. d. III Sängerkfest. 1879—1880.

⁷⁴⁾ Eesti Postimees 1879 Nr. 16; — E. R. G. A. Stipendiatenbericht L. Wilms: „Noeru“ 1929.

⁷⁵⁾ Eesti Postimees 1874 Nr. 24.

⁷⁶⁾ dto. 1875 Nr. 27.

⁷⁷⁾ dto. 1875 Nr. 47.

⁷⁸⁾ dto. 1876 Nr. 5.

⁷⁹⁾ dto 1877 Nr. 39, 40.

Förderung des Gesanges bei Schulkindern und Lehrern auch die Pastoren wirksamen Anteil genommen, aber diese weite Verbreitung und eifrige Pflege ist nicht denkbar, wenn nicht die Förderung des Gesanges beim estnischen Volk so starke Resonanz gefunden hätte und von seiner nationalen Bewegung getragen worden wäre. Hier hat diese sich unstreitig, auch vom Standpunkt der damaligen ritterschaftlich-kirchlichen Schulverwaltung, ein bedeutendes Verdienst erworben. Die Leistungen der einzelnen Schulen auf dem Gebiet des Gesanges waren natürlich stark vom Grade der musikalischen Begabung und Aktivität der Lehrer abhängig und aus diesem Grunde sehr verschieden. So heißt es z. B. in einem Bericht aus Kreuz: der Gesang war in Padiis und Wichterpal recht gut, in Kreuzhof und Neme gut, in Hattoküll bei den Knaben nicht zum Aushalten und unter aller Kritik⁸⁰). Aber trotz mancher schwacher Leistungen wird man wohl sagen können, daß der Gesangsunterricht nicht als etwas Aufgezwungenes, wie der Unterricht in den siebziger Jahren in so manchem anderen Fache, empfunden wurde, sondern im besten Sinne volkstümlich wurde.

Das nationale Unternehmen der Alexanderschule hat auch in Estland seine starke Wirkung ausgeübt, und zwar in erster Linie auf den Lehrerstand. Wie erwähnt, befand sich anfangs unter den Gliedern des Hauptkomitees nur ein einziger Lehrer aus Estland, Rosenberg. Man wird wohl nicht fehlgehen, wenn man mit seiner Person und der Alexanderschule die im März 1871 in Reval stattgehabte illegale Lehrerkonferenz in Verbindung bringt, über deren Vorgeschichte und Verlauf leider nur sehr ungenügende Daten vorliegen⁸¹). Dem estländischen Gouverneur Fürst Schachowsky war kurz vor einem auf den 7. III 1871. angesagten Konzert in der Karlskirche bekannt geworden, es sollte bei der Gelegenheit eine Zusammenkunft von Kirchspielschullehrern zwecks Beratung ihrer Bedürfnisse stattfinden. Schachowsky wandte sich an den Gendarmeriechef und die harrischen Hafenrichter mit der Anfrage, ob diesen etwas Näheres bekannt wäre, diese konnten jedoch keinerlei Mitteilungen machen⁸²). Die Konferenz hat aber jedenfalls stattge-

⁸⁰) EA I 469/55. Schulbericht Kreuz 1882.

⁸¹) Vielleicht ließe sich der Tatbestand in Zukunft durch Spezialforschungen doch noch näher klären.

⁸²) R. d. E. G. Nr. 362/567 [1868] Gouv. Fürst Schachowsky an den Gendarmerie=Chef. Reval 4. III. 1871 Nr. 576, u. an den Ost- und Westharrischen Hafenrichter. Reval 4. III. 1871 Nr. 577, 578; -- Gendarmerie=Chef an den Gouv. Fürst Schachowsky. Reval 5. III. 1871 Nr. 40; C. v. Mohrenschildt an Schachowsky. Jöggis III. 1871 Nr. 300; R. v. Antropoff an Schachowsky. Pädfer 7. III. 1871 Nr. 284.

funden. Die Teilnehmer, deren Namen der Oberschulkommission bekannt waren, erhielten von dieser für Veranstaltung einer unbefugten Konferenz eine Rüge, und ihnen wurde das Verlassen ihres Aufenthaltsortes ohne Urlaub untersagt⁸³⁾. Über alles Nähere schweigen leider die Akten der Oberschulkommission. Wohl aber ist uns bekannt, daß sich die Wesenbergsche Kirchspielschulkommission veranlaßt sah, einen der Teilnehmer, den Lehrer Raudkepp aus Neu-Sommerhusen, zu entlassen, weil er nach der Konferenz seine Ansprüche steigerte und gegen die Bauern hochmütig wurde⁸⁴⁾. Der Generalsuperintendent teilte schon am 12. III 1871 der Oberschulkommission mit, er werde die Frage der Lehrerkonferenzen vor die Synode bringen⁸⁵⁾. Vor der Synode, die im Juni stattfand, erklärte dann Schulz, es sei eine Lehrerkonferenz beabsichtigt worden, aber nicht zustande gekommen, welche das Programm zu einer gemeinsamen Konferenz mit den livländischen Lehrern ausarbeiten sollte⁸⁶⁾. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es sich hierbei um die bereits an anderer Stelle behandelte⁸⁷⁾, von Rosenberg beabsichtigte Konferenz der „Schullehrer des estnischen Volkes“ handelte. Was liegt näher als anzunehmen, daß die illegale Versammlung im März diese größere Konferenz ins Auge gefaßt und vorbereitet hat? Dafür spricht schon der gleiche Versammlungsort. Hier finden wir sub § 3 der Tagesordnung — Aufbesserung der Schulstellen; nach der illegalen Konferenz steigert ein Teilnehmer seine materiellen Ansprüche und wird daher entlassen. Ob im März über die Alexanderschule gesprochen worden ist, bleibt unklar, sicher aber ist, daß das einzige Glied des Hauptkomitees aus Estland hier unter den Lehrern eine aktive Tätigkeit im Sinne der nationalen Bewegung ausgeübt hat, er dürfte mit Sicherheit auch an der März-Konferenz beteiligt gewesen sein. Bereits im selben Jahre erwähnt Generalsuperintendent Schulz in seinem Synodalbericht die „gefährdrohende jungestnische Agitation“, die es darauf abgesehen habe, im Volk ihre kirchenfeindlichen Tendenzen zur Geltung zu bringen, und die Synode betont die Notwendigkeit, das Lehrereamt von dem des Gemeindefchreibers zu trennen, um die Lehrer vom „politischen Schwindel“ frei zu halten⁸⁸⁾. Die kirchenfeindliche Strömung der nationalen Bewegung dürfte Schulz damals wohl überschätzt haben; in einigen Jakobsonschen Artikeln im „Eesti

⁸³⁾ EA IV 96. Protokoll der Oberschulkommission 12. III. 1871.

⁸⁴⁾ EA I 469/44. Schulbericht Wesenberg. 1871.

⁸⁵⁾ = Ann. 83.

⁸⁶⁾ EA I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1871.

⁸⁷⁾ vgl. vorne pg. 399 ff.

⁸⁸⁾ EA I 536/13. Synodal-Protokoll 17 u. 21. VI. 1871.

Postimees“ war sie zwar zum Ausdruck gelangt, nun aber war diesem ja die Presse verschlossen und er konnte derartige Tendenzen nur auf dem Wege persönlicher Einflußnahme verbreiten, was auf seiner Reise durch Estland in Sachen der Alexanderschule geschehen sein mag.

Die Tätigkeit für die Alexanderschule hat in Estland etwa um die Zeit dieser Reise eingesetzt. Bereits im Jahre 1872 kann Hurt eine Reihe in Estland bestehender Sammelkomitees namhaft machen. Im ganzen bestehen an diesem Zeitpunkt 64 Sammelkomitees, davon in Estland — 19. Diese Komitees setzen sich aus drei Personen zusammen: Vorsitzender, Kassierer und Schriftführer, die den Vorstand bilden, außerdem aus sammelnden Mitgliedern. Hurt hatte zur Bildung solcher Komitees in jeder größeren Gemeinde aufgerufen⁸⁹⁾, es waren jedoch vorwiegend Komitees ins Leben getreten, welche ganze Kirchspiele umfaßten. 1872 sind es folgende (innerhalb der Kreise in der Reihenfolge, in der sie entstanden, angeordnet):

Harrien: Segeleht, St. Matthias, Rolf, St. Jürgens;

Wierland: Borkholm, Palms, Runda, Rattentad, Haljal, Jewe;

Serwen: Allenküll, St. Matthäi, Umpel, St. Johannis;

Wied: Maķal, Leal, Põnal⁹⁰⁾.

Das erste in Estland errichtete Komitee ist das zu Maķal in der sonst stark im Rückstande befindlichen Wied, das jedoch nicht von langer Lebensdauer gewesen ist. Die Zunahme der Komitees ist in den siebziger Jahren keine sehr bedeutende gewesen. 1879 sind folgende in Tätigkeit:

Harrien: Segeleht, St. Matthias, Regel, Rolf, St. Jürgens, Kreuz, Jörden, Neuenhof, Rappel, Rosch;

Wierland: Kl. Marien (=dem einstigen Borkholmschen Komitee), Palms, Haljal, Jewe, Kerro, Lassinorm, Malla (die Komitees zu Rattentad und Runda sind verschwunden);

Serwen: Turgel, (=dem ehemaligen Allenküll'schen Komitee), St. Matthäi, Umpel, St. Johannis, Weißenstein-St. Petri, St. Marien-Magdalenen;

Wied: Leal, Põnal, Fickel, Wattel-Riska (eingegangen ist Maķal und ein Komitee zu Kerwel)⁹¹⁾.

⁸⁹⁾ [J. Hurt] Eesti Aleksandri-kool. pg. 9.

⁹⁰⁾ [J. Hurt] Esiimene aruanne pg. 5—6.

⁹¹⁾ [J. Hurt] Teine aruanne töösti Aleksandri-kooli lasteks. pg. 40—67.

(Dazu kommen Komitees in Reval, Hapjal und auf den Fabriken Rertel und Krähnholm, die hier weniger interessieren, da sie wohl vorwiegend aus nichtbäuerlichen Mitgliedern bestanden haben dürften). In der Folgezeit sind zwar manche Komitees noch neu gegründet worden (Goldenbeck, Rade, Taps u. s. w.), aber eine wesentliche Zunahme hat nicht stattgefunden. Nebenbei wurde dann an einer Reihe von Orten für die Alexanderschule gearbeitet, ohne daß formell Komitees eingerichtet worden wären. Bei Betrachtung der Orte, wo Sammelkomitees bestehen, scheint auf den ersten Blick, als sei in Harrien besonders rege gearbeitet worden, reger als z. B. in Wierland, wo doch sonst das Schulwesen und nationale Leben viel entwickelter war. Wenn man jedoch die von den Komitees gesammelten Beträge betrachtet, so ergibt sich ein etwas anderes Bild. Im ersten Rechenschaftsbericht quittiert Pastor Hurt über folgende Eingänge: Wierland — 323 Rbl., Harrien — 150 Rbl., Terwen — 80,17 Rbl.; die Wied hat noch keine Zahlungen an das Hauptkomitee abgeführt. Vergleicht man aber diese Summen mit den gleichzeitigen Eingängen aus Livland, so ergibt sich, daß Estland weit geringere Opfer für die Alexanderschule gebracht hat. Aus dem Kreise Jellin laufen 2791,90 Rbl. ein, Kreis Dorpat — 1595,5½ Rbl., Kreis Werro — 188 Rbl., Kreis Pernau — 152 Rbl. ⁹²⁾). Diese ungleich höheren Beträge aus Livland erklären sich neben dem regeren Interesse allerdings auch durch den größeren Wohlstand der dortigen Bauern. Ein noch deutlicheres Bild für die Mitarbeit in den landlichen Bezirken Estlands geben die Gesamteingänge 1879, wobei auch die Summen einbezogen sind, die aus anderen Kirchspielen ohne Vermittelung von Sammelkomitees dem Hauptkomitee zugeflossen sind. Es zahlen: Harrien — 1058,30 Rbl., Wierland — 1390,60 Rbl., Terwen — 1763,02 Rbl., Wied — 140,50 Rbl. ⁹³⁾). Hier haben wir wieder das oft festgestellte Bild, daß Wierland und Terwen vorangehen; die hohen Eingänge aus Terwen erklären sich durch die Tätigkeit Pastor Kurrikoff's in Turgel, der Vizepräsident des Hauptkomitees geworden war und die Sache der Alexanderschule besonders eifrig förderte. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Arbeit für die Alexanderschule nicht den durchschlagenden Erfolg gehabt hat, den die Initiatoren erwarteten. Das ergibt sich aus der geringen Zunahme der Zahl der Sammelkomitees. 1871 hatte deren Zahl 9 betragen und sich 1872 um 50 vermehrt. In den folgenden Jahren ist aber nur eine sehr geringe Zu-

⁹²⁾ [N. Hurt] Esimene aruanne pg. 5—6.

⁹³⁾ [N. Hurt]. Kõine aruanne .: Summen der aufgezählten Eingänge.

nahme (für das ganze estnische Gebiet) zu verzeichnen: 1873 — +5, 1874 — +1, 1875 — +2, 1876 — +8, 1877 — +5, 1878 — +9⁹⁴).

In einem sehr wirkungsvollen Aufruf im „Eesti Postimees“ fordert Hurt 1874 zu Steigerung der Aktivität auf. Es heißt darin, so mancher Bauer sei reicher als mancher Gutsherr. Die Gutsherrn erkennen aber auch die Bedürfnisse ihres Standes besser und geben den letzten Pfennig dafür aus. Was haben die Esten für Einrichtungen für ihr Volk geschaffen? Nichts! Nirgendso habe das estnische Volk Einmütigkeit bewiesen, das erste Beispiel soll dafür die Alexanderschule sein⁹⁵). Aber gerade das Fehlen der Einmütigkeit, das Vorhandensein einer Unzahl prinzipieller Gegensätze sowie persönlicher Animositäten und Reibereien hat die Durchschlagskraft der estnischen nationalen Bewegung gehemmt, und diese erscheinen dem flüchtigen Betrachter geradezu als Hauptmerkmal derselben. Auch in der Tätigkeit der Alexanderschul-Komitees in Estland fehlen solche Erscheinungen nicht. Das Komitee Turgel, das anfangs besonders erfolgreich gearbeitet hatte, ist ein Musterbeispiel dafür. Hier wirkte sich der Bruch der gemäßigten und radikalen Richtung der nationalen Bewegung aus und führte zu einem scharfen Konflikt zwischen Pastor Kurrikoff und dem Sammelkomitee, das auf dem Boden der Anschauungen Jakobsons stand. Beide Parteien bekämpften sich nun in erregter Form in einer Pressepolemik in der „Sakala“, Kurrikoff löste das Komitee auf, zog sich aber von ihm einen scharfen offenen Brief und Angriffe der „Sakala“ zu⁹⁶). Es ist klar, daß solche Zustände die sachliche Arbeit nur auf das schwerste schädigen konnten. — Außer durch Geldsammlungen förderten die Komitees ihr Werk auch durch verschiedene Veranstaltungen, deren Erträge der Alexanderschule zufließen: so fand 1876 ein Konzert in Regal statt, wo Absolventen des Rudaschen Seminars 24 Lieder unter der Leitung des Lehrers Thuberg vortrugen⁹⁷). In Arrokküll veranstaltete der örtliche Lehrer einen Bazar zum selben Zweck, wobei ein Bauer eine Ansprache über den Wert der Muttersprache hielt⁹⁸). Auch an mehreren anderen Orten haben, uns erhaltenen Presseberichten zufolge, Alexanderschul-Bazare stattgefunden, so in Kl. Marien, St. Marien-Magdalenen u. a.⁹⁹). Das Kl. Mariensche Sammel-

⁹⁴) Dto. pg. 75.

⁹⁵) Eesti Postimees 1874 pg. 52.

⁹⁶) Sakala 1880 Nr. 48; 1881 Nr. 1 u. 7.

⁹⁷) Eesti Postimees 1876 Nr. 19.

⁹⁸) Sakala 1880 Nr. 49.

⁹⁹) Eesti Postimees 1882 Nr. 48; 1883 Nr. 21.

komitee arbeitete außer mit Bazaren auch durch Veranstaltung von Vorträgen, die von Schulmeistern gehalten wurden, und die ebenfalls Geld einbrachten ¹⁰⁰⁾. Über die innere Struktur der estländischen Sammelkomitees wissen wir ziemlich wenig. In Vorkholm erhielt jedes Glied ein Sammelbuch, das überall, wo möglich, bei sich getragen werden sollte; mindestens einmal jährlich fanden Versammlungen statt zu allerlei Beratungen und zwecks Ablieferung des Geldes ¹⁰¹⁾. Das Sammelkomitee von Taps konstituierte sich als Verein „Salme“ und veranstaltete Bazare und Aufführungen; es fanden regelmäßige Versammlungen statt, wobei es wiederholt zu ostentativen Loyalitätsbezeugungen für die Dynastie Romanow kam. Im übrigen scheinen sich in diesem Verein radikale Elemente unruhigen Charakters gesammelt zu haben, so daß Hafengericht und Gouverneur seine Tätigkeit wiederholt sistierten ¹⁰²⁾. Das Goldenbed'sche Hilfskomitee hat am Plan Hurt, der Alexanderschule etwa den Charakter einer Kreisschule zu verleihen, Anstoß genommen und fordert die Umgestaltung der Alexanderschule als Realgymnasium; gleichzeitig wünscht es die Stiftung eines Kapitals auf den Namen Jakobsons zwecks Hilfeleistung an ärmere Schüler der Anstalt, die möglichst schnell in Tätigkeit treten soll ¹⁰³⁾. War die Arbeit für die Alexanderschule zu einer Sache der nationalen Bewegung geworden, so war es nicht zu vermeiden, daß sich auch bei ihr die inneren Streitigkeiten im estnischen Lager auswirkten, besonders wo der Vorsitzende des Hauptkomitees, Pastor Hurt, der viel bekämpfte Führer der einen Richtung war. Als Hurt die Zusammenarbeit mit Jakobson wegen der Tätigkeit desselben gegen die Kirche abbrach und in scharfe Opposition zu ihm trat ¹⁰⁴⁾, beschloß eine unter dem Vorsitz Dr. Rosenthal's abgehaltene Versammlung der Harrischen Hilfskomitees, an Hurt ein Schreiben zu richten, darin für ihn Stellung zu nehmen und ihn des ungeteilten Vertrauens der Komitees zu versichern ¹⁰⁵⁾. Andererseits aber wählte z. B. ungefähr zur selben Zeit das Fördensche Alexanderschulkomitee C. R. Jakobson

¹⁰⁰⁾ R. d. E. G. Geheim=Abt. Nr. 693. M. v. Harpe an den Gouv. Polowanow. Pöddrang 20. IV. 1883 Nr. 1985.

¹⁰¹⁾ E. R. G. M. Alexanderschul=Archiv VIII. Protokollbuch des Vorkholmschen Alexanderschul=Hilfskomitees 1872 ff.

¹⁰²⁾ dto. Protokollbuch des Vereins „Salme“ in Taps. 1882- 86.

¹⁰³⁾ E. R. G. M. Alexanderschul=Archiv. Hilfskomitee Goldenbed an das Hauptkomitee. 25. IX. 1882.

¹⁰⁴⁾ Eesti Postimees 1878 Nr. 30.

¹⁰⁵⁾ dto. 1879 Nr. 17.

zu seinem Ehrenmitgliede ¹⁰⁶⁾. So beherbergten also auch die Sammelkomitees die verschiedensten Strömungen, von der durch Hurt eingeschlagenen Richtung bis zu radikalen Aktivisten. Diese Entwicklung erfüllte Hurt mit größter Besorgnis, da er darin eine Gefährdung des gesamten Werkes der Alexanderschule erblickte. Als er 1880 als Pastor nach St. Petersburg gegangen war, begann sein Einfluß im Alexander-Schulkomitee zugunsten der Radikalen zu sinken. Schon auf der Basis der künftigen Ausgestaltung der Anstalt kam es 1880 zu schweren Konflikten innerhalb des Komitees und 1883 zum offenen Bruch, wobei 34 Hilfskomitees Hurt für abgesetzt erklärten. Dieser wandte sich an das Innenministerium mit einer Darlegung der Sachlage. Er stellt fest, in den Sammelkomitees befänden sich vielfach unreife, agitatorische oder durch Unfittlichkeit diskreditierte Elemente, was statt ruhiger Arbeit persönlichen Streit gebracht habe. Solche Agitatoren säten Mißachtung gegen kirchliche Autoritäten und verleumdeten kirchlich Denkende. Als Organe dieser Agitation nennt Hurt die estländischen Blätter „Walguß“ und „Wirulane“ und bezeichnet ihre Redakteure als sehr wenig gebildet und ärgste Heßer. Diese Blätter vergifteten das estnische Volksleben; auch habe unter leidenschaftlichen Heißspornen eine Agitation eingesetzt, mit dem Zweck, Hurt aus dem Hauptkomitee zu entfernen. Hurt vertritt den Standpunkt, in die Schulsache werde eine Art politischen und sozialen Kampfes hineingetragen, der die Gemüter erhitze und den ruhigen Entwicklungsgang unter den Esten störe; deshalb erbittet er die Vollmacht, unwürdige agitatorische Elemente ausschließen sowie einzelne Komitees aufheben zu dürfen ¹⁰⁷⁾. — Es sind das also Erscheinungen gewesen, die auf derselben Linie wie die Tätigkeit der „Sakala“ lagen und über diese hinausgegangen sein mögen. Im Verein „Salmte“ haben wir z. B. eine derartige Organisation, die Anlaß zum Einschreiten der Polizeiorgane gab, und der Verein „Ralewipoeg“ beherbergte tatsächlich Elemente, die für die nationale Bewegung eine schwere Belastung darstellten. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß von autoritativer Seite bezeugt wird, daß die Alexanderschulkomitees den Rahmen der ihnen zugedachten Tätigkeit überschritten und sich politisch betätigt haben, und zwar in einer solchen Richtung, daß die Leitung selbst Anstoß daran nehmen mußte. Im Juni 1883 wurde Hurt von der Hauptversammlung als Präses

¹⁰⁶⁾ Sakala 1879 Nr. 13.

¹⁰⁷⁾ Hans Kruus, Eesti ajalugu kõige uuemal ajal II. pg. 60; E. A. G. A. Alexanderschul-Archiv IV. Pastor Hurt an den Innenminister. St. Petersburg VI. 1883.

des Alexanderschulkomitees abgesetzt; sein Nachfolger wurde Prof. Köler. Hurt's Schritt beim Innenministerium hatte die Folge, daß die Sammelkomitees 1884 geschlossen wurden und erst 1885 ihre Tätigkeit wieder aufnahmen; die Hingabe an die Sache wie in den siebziger Jahren ist aber nicht wieder erreicht worden ¹⁰⁸⁾.

Wenn man die Zusammensetzung der Hilfskomitees betrachtet, so wird man bei der Mehrzahl derselben finden, daß sie unter starker Beteiligung der Lehrerschaft gebildet wurden. Der Lehrer war, weil er intelligenter war und einen weiteren Horizont als seine Umgebung besaß, dazu prädestiniert, eine gewisse Führerrolle innerhalb der Bauerngemeinde zu spielen. So wird 1872 ein Hilfskomitee in Umpel gebildet, wobei die Lehrer Raswandt-Lois, Saks-Rarkus und Tamberg-Linnapäh und 4 weitere beteiligt sind. Im gleichzeitig in Allenküll gegründeten Komitee sind ebenfalls zwei Lehrer Mitglieder; das Rattentad'sche Komitee zeigt mit einem Brief, der vom Aufstieg des Estentums aus der Finsternis handelt, die Aufnahme seiner Tätigkeit an, wobei vier Lehrer aktiv beteiligt sind ¹⁰⁹⁾. Dieselbe Beobachtung läßt sich in vielen Fällen machen, und es dürfte wohl kaum ein Vorstand eines Hilfskomitees bestanden haben, wo nicht mindestens eines der drei Glieder ein Lehrer war. — Die Säkularisierung des Lehrprogramms, die zwar nicht so schnell, wie die „Sakala“ es wünschte, fortschritt, aber doch in der Entwicklung der Jahrzehnte unverkennbar ist, die Tätigkeit der nationalen Unternehmungen, der Einfluß der Presse und der Geist der Zeit führten dazu, daß der Lehrertypus sich wandelte: an die Stelle der rein kirchlich orientierten und in dieser Richtung tätigen früheren Lehrer trat der „Volksmann“, der seine Arbeit von ganz bestimmten nationalen Gesichtspunkten aus tat, rege in den nationalen Vereinen mitarbeitete, bestrebt war, unter seiner Umgebung auf Stärkung des Nationalbewußtseins hinzuwirken und dieses auch der Jugend zu geben, wobei für diesen neuen Lehrertypus Religion und Kirche eine weit geringere Bedeutung besaßen, ja für viele einer Epoche angehörten, die man überwinden wollte. Wenn auch Hurt immer wieder die Notwendigkeit der religiösen Grundlage aller Schul- und Erziehungsarbeit betonte, so war nicht überall bei den Hilfskomitees dieses Bewußtsein ebenso deutlich vorhanden.

Wie verhielten sich nun die Autoritäten auf dem Gebiete des Schulwesens, Ritterschaft und Landeskirche, zur Sache der Alexander-

¹⁰⁸⁾ Kruus II. pg. 60, 95.

¹⁰⁹⁾ E. R. G. A. Alexanderschul-Archiv III: Schreiben der betr. Hilfskomitees an das Hauptkomitee.

schule? — Weder der Ausschuß, noch die Oberschulkommission haben jemals zu ihr direkt Stellung genommen, wohl aber ist das bei der Geistlichkeit der Fall gewesen. 1876 schreibt Pastor Kurrikoff: bei den vorurteilslosen Deutschen bricht sich mit der Zeit ein günstiges Urteil über die Alexanderschule Bahn, von den Amtsbrüdern jedoch sind zunächst nur wenige günstig gesinnt¹¹⁰⁾. Als Hurt 1877 die Absicht äußerte, das Präsidium des Hauptkomitees niederzulegen, beschwor ihn Kurrikoff, dieses nicht zu tun, da er, Hurt, von der Synode durchaus positiv bewertet werde. Bei einer Diskussion über das Jungestentum habe sich die Serwische Sprengelsynode freundlich gestellt und versprochen, „wenn auch nicht mit uns, so doch auch nicht gegen uns zu sein¹¹¹⁾. Wenn wir also auch annehmen können, daß für das Unternehmen der Alexanderschule als Förderung des estnischen Volkstums kein besonders großes Verständnis bestanden hat, so war immerhin eine gewisse wohlwollende Neutralität möglich, solange der Einfluß Hurts, Kurrikoffs und ähnlicher gemäßigter Elemente vorherrschte. Das Vorhandensein radikal-nationalistischer Tendenzen Jakobsonscher Färbung innerhalb der Arbeit der Hilfskomitees mußte jedoch bei der Geistlichkeit Opposition hervorrufen, da sie ja fortwährend in der Presse dieser Richtung angegriffen wurde. Das äußert sich deutlich bei einer Diskussion der Synode von 1881 über die Alexanderschule, wo allgemein darin Übereinstimmung herrschte, unter obwaltenden Verhältnissen sei nur Ablehnung möglich. Die Wiedsche Kreissynode votiert, sie sei nicht an sich gegen die Gründung einer derartigen Schule, protestiere aber gegen den Geist, der durch die Agitation in diese Frage hineingetragen werde. Pastor Nerling erklärt noch schroffer, man würde durch Mitwirkung nur ein für das Volksleben schädliches und verderbliches Werk fördern, da die Leitung des Unternehmens größtenteils in Händen einer dem Christentum feindlichen Partei liege; die Alexanderschule werde ein beständiger Zankapfel zwischen den verschiedenen estnischen Strömungen und Persönlichkeiten bleiben. Im Verlauf der Debatte erfolgen sehr bemerkenswerte Ausführungen seitens Pastor Hoerschelmanns-Röthel. Er erklärt, man brauche nicht gegen die Alexanderschule als Bildungsstätte und Mittel zur nationalen Entwicklung der Esten in Opposition zu treten, wenn auch den Pastoren nicht die Pflicht zur Förderung aufgelegt werden könne. Aber die Alexanderschule fördere auch Partei-

¹¹⁰⁾ E. A. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor A. Kurrikoff an Hurt. Turgel 22. IV. 1876.

¹¹¹⁾ dto. dieselben. Turgel 31. VII. 1877.

zwecke, ihre Leitung sei in die Hände der radikalen Nationalisten gefallen, deren destruktive Tendenzen klar seien. Dem schließt sich die Synode im wesentlichen an und stellt fest, eine Mitarbeit sei unmöglich, bevor nicht vonseiten der Leitung „mit den falschen nationalen Bestrebungen und dem unchristlichen Geist“ gebrochen worden sei¹¹²⁾.

Vergleicht man diese Äußerungen mit der vorhin angeführten Charakteristik der Lage durch Hurt im Jahre 1883, so wird man feststellen können, daß diese beiden Standpunkte gar nicht so allzu weit von einander entfernt liegen. Hurt hat versucht, dieselben Bestrebungen aus dem Werk an der Alexanderschule zu entfernen, an denen die Synode von 1881 in erster Linie Anstoß nahm. Der radikale Flügel der nationalen Bewegung war aber viel zu stark geworden, um sich von der sogenannten estnischen „Pastorenpartei“ ausschalten zu lassen. Bei diesem radikalen Flügel fehlte der Wille zu einer Verständigung mit dem Deutschtum, jedenfalls bei dessen damaliger Position, und konnte daher auch auf der anderen Seite nicht vorausgesetzt werden. Wenn Rosenthal meint, die deutsche Opposition gegen die Alexanderschule habe die gegenseitige wohlwollende Verständigung unmöglich gemacht¹¹³⁾, so bedenkt er nicht, daß es damals kaum möglich war, die Alexanderschule als Einzelercheinung zu sehen, sondern nur als Stück der nationalen Bewegung. Fraglos waren die Augen des Deutschtums vorwiegend durch den Kampf um die Landesrechte auf Rußland gerichtet und es fehlte damals das rechte Verständnis für die Forderungen der nationalen Bewegung. Man konnte sich eben nicht da hineinversetzen, daß das „Landvolk“ zu einem Estenvolk wurde, welches bewußt aufwärts strebte. So sind sicher von deutscher Seite Fehler begangen worden. Wenn man aber speziell das estländische Volksschulwesen betrachtet, kann nicht geleugnet werden, daß die nationale Bewegung Erscheinungen mit sich brachte, die den damaligen Autoritäten auf dem Gebiete des Schulwesens berechtigten Anlaß geben mußten, der nationalen Bewegung Zurückhaltung entgegenzubringen und sich immer wieder ablehnend zu ihr zu stellen. Um das zu zeigen, soll hier etwas näher auf die Auswirkungen auf den regelmäßigen Ablauf des Schullebens eingegangen werden, die belegen, daß dieser immer wieder durch die nationale Bewegung gestört worden ist.

Wie schon erwähnt, hatte der Generalsuperintendent Schulz bereits 1871 über Einflüsse der jungestnischen Agitation in Estland be-

¹¹²⁾ EstN I 536/13. Synodal-Protokoll 18. VI. 1881.

¹¹³⁾ Rosenthal pag. 343.

richtet. Was das Schulwesen anlangt, werden diese außer der behandelten Konferenz von 1871 für uns zunächst nicht greifbar, und erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre melden die Schulberichte gewisse Auswirkungen. Wenn diese Berichte auch teilweise von subjektiven Empfindungen der betreffenden Schulrevidenten und Pastoren beeinflusst sind, sind sie doch ein interessanter Beleg dafür, wie von diesen Autoritäten auf dem Gebiete der Schule die Auswirkungen des „Jungestentums“ gesehen wurden. — Die ersten Berichte stammen aus Wierland, das, was nationales Leben anlangt, den anderen Kreisen voranging. Der Kreisschulrevident G. Baron Stadelberg-Kurfüll stellt 1878 fest, daß die Propaganda der Jungesten naturgemäß ihr Augenmerk zuerst auf die Lehrer, speziell die jüngeren, richte, bei welchen dank ihrer größeren geistigen Entwicklung am ehesten Verständnis und Empfänglichkeit für die Sache vorauszusetzen sei. Auch in Estland sei das Jungestentum eingezogen, wenn auch in geringerem Maße als in Livland, und mancher jüngere Mann huldige mehr oder weniger bewußt dieser Richtung. Wolle man dieser entgegenarbeiten, so müsse man das Augenmerk auf die Erziehung der Lehrer richten. Deshalb empfiehlt Stadelberg, vor allem die Parochialschulen zu fördern, wo die den Unterricht erteilenden Personen von derartigen Ideen frei seien¹¹⁴⁾. Wenige Jahre darauf stellt der Schulrevident Baron Wrangell das Spürbarwerden eines „Geistes der Selbstüberhebung und Eitelkeit“ bei vielen Lehrern fest, speziell da, wo sie mit dem estnischen Vereinsleben in Berührung kommen. Dadurch würden sie von ihrem Amte abgezogen und zum „amüsanten Geschäft des Politisierens“ verleitet. Man solle daher bei der Neubesezung von Lehrerstellen die nötige Vorsicht walten lassen¹¹⁵⁾. Pastor Hoffmann-St. Jakobi sieht in der Haltung mancher Lehrer seines Kirchspiels, speziell der zwei Begabtesten, Einflüsse der von Dorpat und Jellin ausgehenden Agitation. Diese sei dazu angetan, die Lehrer mit ihrer Stellung unzufrieden zu machen, sie mit einer hohen Meinung von ihren Leistungen zu erfüllen und ihnen das Arbeiten an den Schulen zu verleiden. Aus diesem Grunde habe z. B. eine früher sehr gute Schule ihre erste Stelle nicht behaupten können¹¹⁶⁾. Der Kl. Mariensche Schulbericht stellt ebenfalls nachteilige Auswirkungen dieser veränderten Ein-

¹¹⁴⁾ A. d. D. Sch. R. Eingänge II. Wierl. Schulbericht. G. Baron Stadelberg-Kurfüll 23. VI. 1878.

¹¹⁵⁾ dto. Eingänge IV. Wierl. Schulbericht. Baron Wrangell, Jtfer 10. VI. 1881.

¹¹⁶⁾ ERM I 469/51. Schulbericht St. Jakobi 1878.

stellung der Lehrer zu ihrem Beruf fest: durch den Weltfönn derselben habe sich der Religionsunterricht verschlechtert. Der Lehrer zeige sich, wo er könne, als „Volksmann“ (rahwamees) auf Versammlungen, in Vereinen und Krügen. Mehrere Lehrer hätten sich bei Hochzeiten und Taufen ungebührliches Auftreten zu Schulden kommen lassen und an Krugsgelagen teilgenommen. Nachdem diese Dinge auf einem Schulkonvent zur Sprache gebracht worden waren, war die Wirkung die, daß mehrere Lehrer sich sogleich in den Krug begaben ¹¹⁷⁾.

Auch aus Ierwen wird berichtet, dort sei die Wirkung der viel gelesenen „Sakala“ auf die Lehrer nicht zu verkennen ¹¹⁸⁾. Die Wied, die ja sonst inbezug auf nationale Regsamkeit durchaus zurück war, blieb ebenfalls nicht frei von Auswirkungen. Die jüngeren Schulmeister, speziell die Zöglinge von Ruda, werden als „jungestnische Streber“ bezeichnet ¹¹⁹⁾. — Dem Kirchspiel Karusen hatte die estnische Presse zwar das Zeugnis der „General-Dummheit“ erteilt ¹²⁰⁾, was wohl Indolenz in nationaler Beziehung bedeuten sollte. Der Schulbericht stellt aber fest, durch die estnische antikirchliche Presse sei ein Geist der Unzufriedenheit in das Volk gedrungen, der Wunsch erwacht, die Schulen der Kirche zu entziehen und dem Ministerium zu unterstellen, denn nur so könne die Schule blühen und gedeihen. Der Pastor meint, die Schule müsse in dieser Lage besonders viel leisten, der Religionsunterricht in ihr die erste Stelle einnehmen und eine christlichkirchliche Generation heranzuziehen werden ¹²¹⁾. In Saulep im Kirchspiel Hanekl machen sich bei der Eintreibung der Pön schädliche Einflüsse der „Sakala“ bemerkbar: ein Teil der Bauernschaft behauptet, die Pöngelder seien unnütz, da vom Pastor bestimmt; die Schulen sollten aber nicht mehr Predigerschulen, sondern russische Schulen unter dem Ministerium sein, und das habe keine Strafgeider angeordnet. Die Schulältesten finden beim Gemeindevorstand keine Unterstützung und können daher die Pön nicht ordnungsgemäß eintreiben ¹²²⁾. In Harrien scheint sich die nationale Bewegung im Ablauf des Schullebens am schwächsten bemerkbar gemacht zu haben, jedenfalls wird 1883 von da

¹¹⁷⁾ GNM I 469/55 Schulbericht Al. Marien 1882.

¹¹⁸⁾ GNM I 469/52. Ierwischer Generalbericht 1879.

¹¹⁹⁾ N. d. L. Sch. R. Eingänge IV. Wiedscher Schulbericht. W. v. Grünwaldt. Schloß Real 8. VI. 1881 Nr. 13.

¹²⁰⁾ GNM I 469/54. Schulbericht Karusen 1881.

¹²¹⁾ GNM I 469/53. Schulbericht Karusen 1880.

¹²²⁾ dto. Schulbericht Hanekl 1880.

erklärt, „die Schmähungen und Angriffe der estnischen Hekspresse“ hätten im Berichtsjahr der Schule wenig geschadet ¹²³⁾.

All diese Berichte charakterisieren die Auswirkungen der nationalen Bewegung nur in einer mehr oder weniger allgemeinen Form und stellen vorzugsweise persönliche Eindrücke, keine konkreten Tatsachen dar. Deutlicher werden aber diese Folgeerscheinungen, wenn man eine Reihe von Einzelfällen betrachtet, wo es auf national-politischer Basis zu Zerwürfnissen kommt.

Der Lehrer Adam Sepp in Rihlefer, Glied der Gesellschaft „Kalewipoeg“, schreibt im „Eesti Postimees“ in einer Form, die für die Schulbehörden des Kirchspiels Haljal beleidigend ist. Wegen Entfaltung einer Korrespondenzstätigkeit im Sinne der Skandalpresse, was seine Stellung zu Gemeinde und Schulobrigkeit untergraben hat, wird er seines Amtes entsetzt ¹²⁴⁾.

Gegen den Lehrer Matsei in Randel wird ein Verfahren wegen Widerseßlichkeit und unverschämter Behandlung seiner Vorgesetzten eingeleitet. Bald darauf wird er wegen illegaler politischer Umtriebe von der Gendarmerie verhaftet ¹²⁵⁾.

Zu einem schweren Zerwürfnis kommt es in Jürgensberg mit dem Lehrer Markus. Über diesen Fall gibt der Stipendiatenbericht von L. Wilmre an, Markus sei seines Amtes enthoben worden, weil er sich nicht einem Lehrer entsprechend benommen, zu viel mit der Jugend verkehrt habe, einen Sängerkhor habe gründen wollen und einmal sogar getanzt habe! ¹²⁶⁾. Die aktenmäßige Untersuchung ergibt die völlige Wertlosigkeit dieser Darstellung. Der Pastor zu St. Johannis berichtet, daß die nationale Bewegung im Kirchspiel die Schule zum Angriffsobjekt gemacht habe. Markus verschaffte sich einen Anhang, indem er gegen das Deutschtum aufreizende Reden hielt und ein sehr bequemes Christentum predigte. Diese Agitation führte dazu, daß in Kaltenbrunn und Selliküll gegen die dortigen sehr tüchtigen Lehrer gearbeitet wurde. In Kaltenbrunn entfaltete speziell der Gemeindefschreiber eine sehr rege Tätigkeit in dieser Richtung, unter Drohungen wurden Leute zu

¹²³⁾ ERM I 469/55. Ostharrißer Generalbericht. 1882.

¹²⁴⁾ A. d. O. Sch. R. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 19. XII. 1879.

¹²⁵⁾ dto. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1882. über die Beziehungen von Sepp u. Matsei zu revolutionärer Umtriebe verdächtigen Personen vgl. J. Depman, Jakobsoni ja Jannseni päiuvilt. Leeningraad 1927. pg. 26—30 ufw.

¹²⁶⁾ ERM. Stipendiatenbericht L. Wilmre: „Järva-Jaani“ 1930.

falschem Zeugniß gegen den Lehrer bewogen, und der Schreiber protokollierte das Gegenteil, wenn für den Lehrer günstig ausgesagt wurde. In Selliküll wurden 18 unbegründete Klagen gegen den Lehrer eingereicht, auch eine wegen unerlaubten Alkoholausjankes! Die destruktive Tätigkeit des Lehrers Markus im Kirchspiel lag auf der Hand. Erkundigungen, die Pastor Gebhardt in Livland, wo Markus früher als Lehrer gewirkt hatte, einzog, ergaben weiteres belastendes Material. Der Bericht lautet: „Ergriffen von Nationalitätsschwindel in Jakobsons Manier ist er ein Verächter der Autorität. Den Pastor sieht er als Luft an. Betrug sich so impertinent, daß ihm die Tür gewiesen werden mußte. Nahm die jüngeren Schulmeister ins Schlepptau, so daß ein häßlicher Geist unter ihnen sich Bahn brach. Mit der größten Gewissenlosigkeit versäumte er den Unterricht, und trieb sich im Lande und in Pernau umher als Propagandist. An Stelle eine Monatsprüfung zu halten, fuhr er nach Pernau zur Sitzung des „Pöllumeeste selts“ und übergab die Prüfung einem orthodoxen Lehrer. Schließlich erbrach er die Klete seines Pächters, stahl Hafer und wurde entlassen“. Auf Grund dieses ganzen Tatbestandes wurde Markus von der Oberschulkommission abgesetzt, begab sich aber nach St. Petersburg und versuchte dort die Kassation dieser Verfügung zu erlangen¹²⁷⁾. Der Konflikt spitzte sich aber weiter zu, da die Bauerngemeinde sich hinter den abgesetzten Markus stellte und in offene Opposition gegen die Schulverwaltung trat. Schließlich mußte Landespolizei requiriert und das Schulhaus versiegelt werden¹²⁸⁾.

Ein ähnlicher Konflikt entstand in Maart mit dem dortigen Lehrer Bud. Bei einer Schulrevision stellte Pastor Loppnowe fest, daß von Bud für den russischen Unterricht statt des von ihm verfaßten ein Lehrbuch benutzt wurde, welches Loppnowe für diesen Zweck für ungeeignet ansah. Es handelte sich um die an sich sehr gute Niggolsche Grammatik, die Loppnowes Ansicht nach einen für Gemeindeschulen zu breiten Lehrstoff enthielt. Bud fügte sich Loppnowes Unordnung, das Buch „Wene keel küla koolis“ einzuführen, nicht, sondern lehnte sich scharf gegen den Pastor auf. Dabei verstand er es, die Gemeindeverwaltung zu veranlassen, sich hinter ihn zu stellen. Die Oberschulkommission suspendierte darauf Bud vom Amte wegen Auflehnung wider die gesetzlichen Autoritäten und Eigenmächtigkeit im Unterricht, Hineinziehens

¹²⁷⁾ *EMA* I 469/54. Schulbericht St. Johannis i. J. 1881; — *N. d. D. Sch. R.* Eingänge v. Pastor Meßler an Pastor Gebhardt. St. Jakob/Livl. 1. II. 1882.

¹²⁸⁾ *N. d. D. Sch. R.* Eingänge v. Jermischer Schulbericht. G. v. Grünewaldt. 4. VI. 1882 Nr. 25.

der Gemeindeverwaltung in diese Auflehnung und unziemendes Betragen gegen seinen Vorgesetzten. Die Maartische Gemeindeverwaltung wandte sich nun an den Gouverneur mit dem Gesuch, das Niggolsche Lehrbuch einführen zu können, der es wieder ordnungsgemäß der Oberschulkommission weiterleitete; die Oberschulkommission lehnte dieses Ansuchen mit der Motivierung ab, das betreffende Lehrbuch sei für den Elementarunterricht zu schwer, wenn auch sonst sehr gut. Nun versuchten Buß und die Gemeindeverwaltung, durch den Gouverneur die Aufhebung der Suspension Bußs zu erlangen, was aber von der Oberschulkommission abgelehnt wurde, da keinerlei neues Material zur Entlastung Bußs beigebracht worden war¹²⁹⁾. Buß und die Gemeindeverwaltung gaben sich aber damit nicht zufrieden, sondern klagten beim Oberlandgericht. In der Klage heißt es, am 15. I. 1882 sei der Zegelechtsche Prediger, Herr Loppnowe, zur Prüfung in die Schule gekommen. Aber ehe er dazu kam, etwas zu fragen, habe er mit so fürchterlicher Stimme zu donnern angefangen, daß ein Teil der Kinder vor Schreck erkrankte. Für diese habe ein Arzt beschafft werden müssen, was 16 Rbl. 90 Kop. gekostet habe, dazu noch die Kosten der Eltern selbst für die Krankenbehandlung der Kinder. Da dieser Lärm gerade während des Unterrichts in der Schultube vorfiel, habe der Schulmeister um Ruhe gebeten, der Pastor aber öffentlich gesagt, Buß sei dümmer als eine Kuh¹³⁰⁾! Die Oberschulkommission, der die Klage vom Oberlandgericht übergeben wurde, ließ den Tatbestand nochmals überprüfen. Es erwies sich, daß Buß das Niggolsche Lehrbuch sehr erregt verteidigt hatte, worauf Loppnowe äußerte, er, Buß, verstehe davon so viel wie die Kuh vom Sonntag. Ob Kinder wirklich vor Schreck krank geworden waren, ließ sich nicht feststellen, ebensowenig, wer der angeblich hingerufene Arzt gewesen war. Buß hatte sich durchaus nicht zu Ruhe, Stillschweigen und Abhalten der Stunde bewegen lassen, wozu er immer lauter von Loppnowe aufgefordert worden war¹³¹⁾. Darauf stellte die Oberschulkommission nochmals fest, Buß sei bei dem Vorfall der schuldige Teil gewesen, und lehnte es ab, eine neue Untersuchung zu führen, resp. ihr

¹²⁹⁾ dto. Missiv 1882. Oberschulkommission an die Harrische Kreisschulkommission. Reval 17. III. 1882 Nr. 5, 6; Oberschulkommission an den Gouv. Polimanow. Reval 12. V. 1882 Nr. 19.

¹³⁰⁾ dto. Eingänge v. Klage des Maartischen Gemeindeausschusses an das Oberlandgericht. Maart 22. VI. 1882 Nr. 85.

¹³¹⁾ dto. Kreisschulrevident Baron Mahbell an die Oberschulkommission. Maidel 9. XII. 1882 Nr. 42.

Urteil zu revidieren, woraufhin das Oberlandgericht die Klage abwies¹³²⁾.

In Emmaſt hatte ein Lehrer ungebührliche Presseartikel veröffentlicht. Die Kirchspielschulkommission sah sich genötigt, ihm weitere Publikationen ohne vorherige Genehmigung zu untersagen¹³³⁾.

Die Uſſeliſche Gutsverwaltung sah sich gezwungen, gegen den dortigen Lehrer Muhhel Klage zu führen, obgleich er den Leistungen nach der beste Lehrer im Kirchspiel war. Muhhel hatte in seiner Funktion als Gemeindefreiber falsche, die Gutsverwaltung in einem gehässigen Licht darstellende Angaben gemacht, das Gebiet gegen die Gutsverwaltung aufgehetzt, in demselben Unfrieden gestiftet und ein Urteil des Kirchspielsgerichts unbefugter Weise vor die Gemeindeversammlung gebracht. Gegen den Ortsprediger war er offenbaren Ungehorsams schuldig. Die Kirchspielschulkommission beantragte daher bei der Kreisschulkommission seine Absetzung¹³⁴⁾.

Wenn auch die estnische nationale Bewegung keineswegs immer zu Erscheinungen solcher Art zu führen brauchte, so braucht man sich über derartige Auswirkungen nicht zu wundern, wenn man bedenkt, in welcher Art die Presse Jakobson'scher Färbung gegen die Pastoren und die Schulverwaltung arbeitete. Auflehnung gegen diese Autoritäten mußte da die unvermeidliche Folge sein. Wenn auch fraglos die nationale Bewegung den Horizont der Lehrer erweitert und ihre Aktivität gesteigert hat, so mußten derartige Erscheinungen, wie die beschriebenen, die für das Schulwesen verantwortlichen Stellen gegen sie einnehmen, denn ohne dieselbe waren solche Störungen nicht vorstellbar. Man wird also feststellen müssen, daß die Art und Weise, wie der radikale Flügel des Jungentums auftrat, ihm die Ablehnung des Deutschtums eintragen mußte und es nicht angängig ist, da die Schuld ausschließlich den bestehenden Autoritäten im Lande zuzuschreiben.

In diesem Zusammenhange soll noch einer Episode aus dem Jahre 1881 Erwähnung geschehen. An den Gouverneur Poliwanow wurde eine von 13 Gemeindevätern der Kirchspiele Segeleht und Aſſal unterzeichnete Schrift gerichtet, worin um die Genehmigung nachgesucht wurde, in Reval, so oft es den Verwaltungen der Gemeinden erforderlich erscheinen sollte, aber mindestens einmal jährlich, private Konferenzen der Gemeindeväter abhalten zu dürfen. Der Zweck

¹³²⁾ dto. Miſſiv 1883/84. Oberschulkommission an das Oberlandgericht. Reval 19. I. 1883 Nr. 2.

¹³³⁾ R. A. Emmaſte. Protokoll der Emmaſtſchen Kirchspielschulkommission 26. IV. 1883.

¹³⁴⁾ ESU I 469/58. Schulbericht St. Matthäi 1885.

sollte in der Bereicherung der Amtskenntnisse der Gemeindeältesten liegen, wodurch Mängel der Amtsführung beseitigt werden sollten. Die erste derartige Versammlung war zum 15. Febr. 1881 geplant und zwar mit folgender Tagesordnung: 1) Hebung des Wegebaues; 2) Einführung der Friedensgerichte; 3) Anstellung, Tätigkeit und Amtsentlassung der Lehrer; 4) Vernünftigerer Lebenswandel sämtlicher in der Gemeinde lebender Familien; 5) Beratung und Abschaffung aller den Gemeinden und ihren Verwaltungen zur Last fallenden und sie schädigenden Umstände, — also ein sehr weitgehendes Programm, wobei mehrere Punkte höchst unklar gefaßt sind.

Zu diesem Gesuch erbat Polivanow, ehe er dazu Stellung nahm, eine Meinungsäußerung des Ritterschafthauptmanns Baron Wrangell¹³⁵⁾. Dieser führte in seiner Antwort folgendes aus: in der Eingabe ist ein neuer Beweis für die Agitation und Aufreizung unter den Eften gegen die bestehende Ordnung und Gesetze zu sehen. Eine positive gesetzliche Grundlage der Eingabe fehlt, denn keine Vollmacht berechtigt die 13 Unterzeichner, für alle Gemeindeältesten zu sprechen. Es soll eine private Konferenz zur Belehrung der Gemeindeältesten sein, aber in den fünf angeführten Verhandlungsgegenständen sind weitgehendste Ziele bezweckt, speziell bei der sehr allgemeinen Fassung. Die vorgesehenen Verhandlungsgegenstände sind gesetzwidrig, so der Punkt über die Frage des Schulwesens, da das Reglement von 1875 die Leitung und Verwaltung der Schulen genau bezeichneten Organen übertragen und den Gemeinden auf diesem Gebiet einen festen Wirkungskreis zugewiesen hat. Wrangells Ansicht nach darf eine derartige Zusammenkunft unter gar keinen Umständen genehmigt werden. Diese Bittschrift bezweckt die Schaffung eines Agitationsmittels unter den Eften, und deshalb ist gegen derartige Unternehmen mit den strengsten Maßnahmen vorzugehen¹³⁶⁾. über die ganze Angelegenheit und seine Stellungnahme berichtete Baron Wrangell auf der nächsten Ausschußsitzung. Unter dessen hatte durch die Hafenrichter privatim festgestellt werden können, daß vier der Unterzeichner im Kontor der estnischen Schifffahrtsgesellschaft „Linda“ einem bekannten Revaler nationalen Unternehmen, dazu bewogen worden waren, das Gesuch zu unterschreiben, wobei ihnen statt des wahren Inhalts mitgeteilt worden war, es handele sich um die Gründung eines landwirtschaftlichen Vereins. Polivanow lehnte nun die Genehmigung ab und beauftragte den ostharrischen Hafenrichter, die betreffenden Gemeindeältesten auf das Illegale ihrer Handlungsweise aufmerksam zu machen. Auf eine weitere Verfolgung des Falles verzichtete der Gouverneur, da seiner Ansicht nach keine verbrecherische Absicht anzunehmen war¹³⁷⁾.

In den Verhandlungen der ritterschaftlichen Vertretung ist die Frage der Auswirkungen der nationalen Bewegung auf das Schulwesen nicht direkt diskutiert worden, so daß uns die ritterschaftliche Stellung-

¹³⁵⁾ EM. A IV 153. Gouv. Polivanow an den Ritt. Optm. Baron Wrangell, Reval 29. v. 1881 Nr. 902, nebst Anlage: Bittschrift der 13 Gemeindeältesten, datiert Estland 12. v. 1881.

¹³⁶⁾ EM. A IV 156. Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Gouv. Polivanow, Reval 10. VI. 1881 Nr. 314.

¹³⁷⁾ EM. A IV 157. Ausschuß-Protokoll 24. VI. 1881; — EM. A IV 155. Gouv. Polivanow an den Ritt. Optm. Baron Wrangell, Reval 5. XI. 1881 Nr. 1599.

nahme dazu nicht bekannt ist. Daß einzelne ritterschaftliche Schulbeamte eine Gefahr für die Volksschule sahen, beweisen die vorhin wiedergegebenen Berichte der zwei wierländischen Kreis Schulrevidenten. In seinem Landtagsbericht 1884 erwähnt der Ritterschaftshauptmann Baron Wrangell die Tätigkeit der zahllosen estnischen Vereine zu landwirtschaftlichen oder Bildungszwecken und meint, deren eigentlicher Zweck liege in der Erörterung agrarpolitischer Ziele und der Beratung von Supplik an den Zaren zwecks Abhülfe angeblicher Mißstände. Diese politischen Bestrebungen sind nach Wrangells Auffassung geeignet, unter dem Landvolk Aufregung zu schüren, so hätten jungestnische Einflüsse in manchen Fällen zu Renitenz und offenem Widerstande, auch seitens der Lehrer, gegen Schulautoritäten geführt¹³⁸⁾. Weitere autoritative Äußerungen sind uns in den ritterschaftlichen Akten zur Tätigkeit des Jungestentums auf dem Gebiet der Schule leider nicht erhalten. Sicher dürfte sein, daß man versuchte, derartige Einflüsse nach Möglichkeit auszuscheiden, etwa indem man Lehrer, die sich allzu eifrig nationalpolitisch betätigten, ihres Amtes entsetzte¹³⁹⁾. Aus derartigen Erwägungen heraus dürfte es auch z. B. zu erklären sein, daß der spätere Ritterschaftshauptmann Graf Tiesenhausen im Umkreis seiner Bauerngemeinde Malla die Sammelarbeit der Hilfskomitees für die Alexanderschule untersagte¹⁴⁰⁾. Von Graf Tiesenhausen wissen wir, daß er selbst ein reges Interesse am bildungsmäßigen Aufstieg des estnischen Volkes genommen hat. So berichtet ein Korrespondent des „Gesti Postimees“ von seiner vorbildlichen Fürsorge für die Schulen seines Gebietes, was Gebäude und Dotierung anlangt; auch wird ein Zögling in Hohenkreuz ausschließlich auf Kosten des Hofes unterhalten¹⁴¹⁾. Graf Tiesenhausen errichtet auf seine Kosten in Malla ein großes Schulhaus und bezahlt dabei sogar den Bauern ihre Arbeitstage¹⁴²⁾. Man hat also keinen Anlaß, hier anzunehmen, Tiesenhausen sei ein Gegner der Bildung des estnischen Volkes gewesen, aber er und viele seiner Standesgenossen lehnten die ausgesprochen politische Seite in der Tätigkeit der jungestnischen Bewegung ab.

¹³⁸⁾ *ERN. A* IV 175. Rechenschaftsbericht des Ritt. Optm. Baron Wrangell an den Landtag. 1884.

¹³⁹⁾ *A. d. L. Sch. R.* Eingänge v. Wierl. Schulbericht. Baron Wrangell Jtfer 3. VI. 1882 Nr. 11.

¹⁴⁰⁾ *ERN. A.* Debitation Prof. Eijen I. C. Bluhm an J. Baum. Malla 28. v. 1877.

¹⁴¹⁾ *Gesti Postimees* 1872 Nr. 9.

¹⁴²⁾ *ibid.* 1883 Nr. 9.

Die Frage der destruktiven Tätigkeit der estnischen Presse ist vor dem Ausschuß mehrfach diskutiert worden, ohne daß jedoch bekannt ist, ob die Behandlung von Schulangelegenheiten in derselben bei diesen Aussprachen mit berücksichtigt worden ist ¹⁴³⁾.

Zu einer interessanten Debatte über die estnische nationale Bewegung, wobei auch Schulfragen berührt wurden, kam es auf der Synode des Jahres 1880. Über den Einfluß der „Sakala“ und ähnlicher Blätter in kirchlicher und politischer Beziehung, sowie über die Bekämpfung desselben, lagen Vota der Kreissynoden vor. Außer den jersischen Pastoren, die noch keinen bedeutenden Einfluß hatten konstatieren können, stimmte man darin überein, dieser Einfluß sei höchst verderblich, und eine zeitweilige Suspendierung der betreffenden Blätter werde auch nichts helfen. Die Synoden Wierlands und der Wieck wiesen auf die Notwendigkeit hin, die estnische konservative Presse zu unterstützen. Pastor Malm konstatierte, das wirksamste Mittel wäre entschieden die völlige Unterdrückung der „Sakala“ Da diese aber nicht zu erreichen sei, müsse man versuchen, durch maßvolle Polemik, besonders aber durch persönliche Einwirkung auf die Lehrer, dem drohenden Unheil entgegenzuwirken. Pastor Knüpfers Ansicht nach war im Laufe des letzten Jahres der Einfluß der „Sakala“ bedeutend gestiegen und hatte speziell Lehrer und Jugend affiziert. Die Lehrer versuchten häufig, die durch die Hekpresse gewiesenen Wege zu gehen, der Jugend fehle der nötige Respekt gegen Pastoren und Gemeindebeamte. Das einzige Gegenmittel gegen die Versuche der radikalen Nationalisten, sich systematisch über das ganze Land zu organisieren, wäre, die Lehrer an die Person des Pastors zu binden. Es seien Konferenzen abzuhalten, wo die Weiterentwicklung der konservativen Bestrebungen im Volke besprochen werden sollte, ebenso die schädlichen Auswirkungen der Presse. In der Diskussion betonte Generalsuperintendent Schulz, ein Zusammengehen mit der estnischen konservativen Partei sei unbedingt erwünscht, auch müsse man in den konservativen Blättern die Entstellung der Wahrheit in der „Sakala“ in objektiver Weise aufdecken. Entschieden gewarnt wurde vor einer persönlichen oder gehässigen Polemik. Schließlich einigte die Synode sich auf folgende Punkte: 1) Es sei auf die Lehrer einzuwirken, um der schädlichen Wirkung der betreffenden Blätter entgegenzutreten; 2) Die estnische konservative Presse sei zu

¹⁴³⁾ vgl. EM. A IV 139. Ausschuß-Protokoll 28. VI. 1878; — EM. A IV 151. Ausschuß-Protokoll 7. III. 1880; — EM. A IV 157. Ausschuß-Protokolle 14. V., 9. IX., 26. IX. 1881.

fördern; 3) Es sei eine Annäherung an die estnische konservative Partei (d. h. die Gruppe um Hurt) zu erstreben¹⁴⁴⁾.

Bei diesen vorgeschlagenen Wegen wurde aber nicht in Betracht gezogen, daß ein großer Teil der Lehrer, und daß gerade die jüngeren und aktiveren Elemente, sich im Fahrwasser eben dieser radikalen Strömung befanden und sich von vorne herein zu jeglicher Beeinflussung durch deutsche Pastoren ablehnend stellen mußten. Die auf dem früheren Standpunkt der Kirchlichkeit stehenden Lehrer aber befanden sich im Sperrfeuer der radikalen Presse und hatten nicht die Möglichkeit, irgend welche wesentliche Einflüsse auf ihre radikalen Kollegen auszuüben. Die konservative Presse, wie das „Riistrahwa Pühapäewa-leht“ oder „Tallinna sõber“, besaß keine starke Zugkraft im Vergleich zur „Sakala“ und ähnlichen Blättern, die in den meisten Gegenden Estlands geradezu verschlungen wurden. Das Jungestentum in seiner radikalen Form hatte zu weite Kreise ergriffen, als daß man es mit derartigen Mitteln erfolgreich bekämpfen konnte. Richtig war aber zweifellos der Gedanke eines Zusammengehens mit der gemäßigten Richtung der nationalen Bewegung, deren Ansichten über Kirche und Schule von denen des Deutschtums nicht allzuweit differierten. Hier mußte es eigentlich möglich sein, eine gemeinsame Linie zu finden. Es ist ein für die ganze spätere Entwicklung folgenschweres Verhängnis gewesen, daß diese Einigung nicht erreicht worden ist. Generalsuperintendent Schulz hatte schon früher im Gespräch mit einem jungen estnischen Pastor, M. Zürmann, geäußert, wenn die Jungesten nicht mehr Opposition gegen alles Deutsche machten, so werde er an der Spitze der Geistlichkeit der Sache der Esten beitreten. Schulz hat damals schon eine Besprechung der beiden Parteien gewünscht, um ein „Friedensprogramm“ zustande zu bringen. Hurt seinerseits hat ebenfalls solch eine Konferenz erstrebt, um dadurch zu einem Kompromiß zwischen den beiden Seiten zu gelangen¹⁴⁵⁾. 1881 ergriff nun Schulz die Initiative, begab sich nach Dorpat und bat Pastor Eizenschmidt zu einer Aussprache, an der auch Pastor Willigerode und Prof. Hoerschelmann teilnahmen. Der Zweck war, Wege zu einer Verbesserung des deutsch-estnischen Verhältnisses zu finden, was von den Unwesenden als notwendig empfunden wurde. Eizenschmidts Ansicht nach war in erster Linie das zwischen Esten und Deutschen stehende Mißtrauen

¹⁴⁴⁾ EA I 536/13. Synodal-Protokoll 27 VI. 1880.

¹⁴⁵⁾ E. R. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor M. Zürmann an Hurt. Reval 17 I. 1878; -- M. Dallas an Hurt. 2. v. 1881.

zu beseitigen. Auf Schulz's Frage, wie das geschehen könne, erklärte Eifenschmidt: durch Anerkennung und Beförderung der berechtigten Bestrebungen der Esten, so nach Entwicklung des Volkes auf nationaler Grundlage, Ausbildung der estnischen Sprache, Mehrung der Literatur, Hebung der Schulen, wobei ihm schien, daß die drei Pastoren darauf einzugehen bereit waren. Zum Konkreteren übergehend, erachtete Eifenschmidt die Mitarbeit und Teilnahme deutscher Pastoren an estnischen Vereinen für erforderlich. Einen Eintritt in den „Eesti Kirjameeste Selts“ hielt er eben für ungeeignet, da das den Radikalen nur Anlaß bieten würde, die „Pastorenpartei“ weiter zu verdächtigen. Wohl aber meinte Eifenschmidt, die Pastoren sollten Alexander-Schulzkomitees gründen oder sich den bestehenden anschließen. Als Schulz den Wunsch nach einer gemeinsamen Besprechung äußerte, erwiderte Eifenschmidt, eine solche sei stets von estnischer Seite angestrebt worden, habe aber kein Entgegenkommen bei den Deutschen gefunden, so daß die Initiative jetzt von den deutschen Pastoren ausgehen müßte. Er hielt es für geeignet, außer Pastoren auch Laien aus dem estnischen Lager hinzuzuziehen und versprach, die Anlegenheit dort zu besprechen¹⁴⁶⁾. Wir wissen auch, daß der Verlauf der Unterredung von ihm zur Kenntnis Hurtz gebracht worden ist, irgendwelche praktische Folgen scheinen nicht eingetreten zu sein, auch nicht die projektierte Konferenz stattgefunden zu haben.

Woran dieser Versuch einer Verständigung scheiterte, ist heute noch in Dunkel gehüllt. Sicher ist, daß sein Gelingen auch auf dem Gebiete des Schulwesens die günstigsten Folgen hätte haben können, wenigstens für die wenigen Jahre bis zum Ressortwechsel. — Wie Generalsuperintendent Schulz die Bestrebungen der radikalen Nationalisten, speziell nach einer politischen Emanzipation des estnischen Volkes, beurteilte, geht aus einem offenen Brief hervor, den er 1882 an den damaligen Chefredakteur des „Eesti Postimees“, R. A. Hermann, richtete. Er stellt darin fest, die estnische Presse verfolge einen für das Volk gefährlichen Kurs. Sie versuche nicht, das Volk materiell, sittlich oder geistig zu heben, sondern rege es nur durch Streit- und Hekartikel auf und erwecke in ihm ein derartiges Nationalgefühl, das allerlei unrechte und krankhafte Triebe ansache. Ich kenne die Deutschen, fährt Schulz fort, und weiß, daß nur wenige von ihnen gegen den kulturellen Aufstieg des Volkes sind, und das vor allem aus

¹⁴⁶⁾ dto. Briefsammlung Pastor J. Hurt: Pastor W. Eifenschmidt an Hurt. [Dorpat] 30. IV. 1881.

Aberkion gegen die sogenannten „Volksmänner“ Das Ziel aber, den Esten eine politische Stellung zu verschaffen, die der deutschen Obersicht entspricht, lehnt Schulz ab und stellt die Frage, ob Hermann wirklich glaube, daß die Esten genug Verständnis und Bildung zum Herrschen hätten. Das estnische Volk ist Schulz's Ansicht nach sehr achtungswert als Bauernvolk, hat aber keine politische Bedeutung, da das nötige Bildungsniveau fehlt. Ohne richtiges Verständnis würde es leicht zum Spielball der Propaganda werden. Schulz erklärt, in den letzten 20 Jahren den natürlichen wirtschaftlichen und geistigen Aufstieg des Volkes mit Freude verfolgt zu haben. 15 Jahre lang habe es sich dabei in gesetzlichen Grenzen gehalten, sei ruhig und gottesfürchtig gewesen (d. h. wohl bis zum Erscheinen der „Sakala“). In weiteren 20 Jahren würde es auf eine merklich höhere Kulturstufe treten und sich damit auch Ansprüche auf größere politische Rechte erwerben. Es würde bis dahin zu Eigenbesitz kommen, Kirche und Schule würden es in bezug auf Glauben und Literatur zu einer höheren Bildungsstufe bringen, und das ohne Groll gegen das Deutschtum, sondern verbunden durch gemeinsame Interessen und den Glauben an das Evangelium. Das wäre eine Gott gefällige Entwicklung des Landes und Volkes gewesen, an deren Stelle nun ein schädlicher Wirrwarr und Erregung getreten sei. Haben sich nicht, fragt Schulz, die Volksführer als politisch unreif erwiesen, indem sie ein Vorwärtstürmen des Volkes ohne die erforderliche Bildungsbasis begannen? Für diese Hezarbeit, die weder vaterländisch noch mit Gottes Wort vereinbar sei, macht Schulz vor allem die Presse verantwortlich. Jakobson hat sich seiner Ansicht nach mit einer schweren Schuld bedeckt, indem er die Brandfackel der Erregung in das Volk schleuderte. Wenn aber die Presse, statt Flammen der Erregung zu schüren, zu Mäßigung und Vernunft rate, werde die nationale Bewegung die gewinnen, die heute gegen sie stünden¹⁴⁷⁾. Wenn man bedenkt, mit welchen Mitteln die radikalen Jungesten, speziell die „Sakala“, ihren politischen Kampf führten, wie sie gerade die Zerstörung der Autorität der Kirche, denn diese von den deutschen Pastoren zu trennen war damals praktisch unmöglich, auf ihre Fahnen schrieben, dann kann man von einem führenden Vertreter dieser ständig bekämpften Geistlichkeit eine andere Einstellung kaum erwarten. Besonders wo vonseiten der Kirche gerade das Zusammengehen der Jungesten mit dem Ruffentum und daraus resultierend ein Hinneigen zur orthodoxen Kirche empfunden

¹⁴⁷⁾ M. Kruusberg, Revisioni tulekul. pg. 40 44.

wurde. Jedoch es ist nicht in Abrede zu stellen, daß Schulz Vorstellungen von der Bildungsarbeit am estnischen Volk hatte, die durch die Entwicklung überholt waren.

Zum Schluß dieser Betrachtung der Auswirkungen der nationalen Bewegung soll noch eine Organisation behandelt werden, die sich auf dem Gebiet des Schulwesens betätigt hat, und deren Tätigkeit weitgehend dazu beigetragen hat, bei den Schulbehörden Abneigung gegen das Jungestentum hervorzurufen, nämlich die Gesellschaft „Kalewipoeg“ in Wesenberg. Das Entstehen dieser Gesellschaft fällt in das Jahr 1876. Der Initiator ist der ehemalige Lehrer an der orthodoxen Schule zu Ilmjerw in Livland, M. Lindenberg, der dort verschiedener Schwierigkeiten wegen seine Stelle aufgegeben hatte und nach Wesenberg gezogen war, wo er zunächst ebenfalls an der orthodoxen Schule tätig war, dann aber Konflikte mit seiner orthodoxen Geistlichkeit gehabt zu haben scheint. Um sich nun ein neues Arbeitsfeld zu schaffen, begann er, sich um die Eröffnung einer wierländischen Parochialschule zu bemühen. Zu diesem Zweck entstand die Gesellschaft „Kalewipoeg“, die am 17. Febr. 1876 ein Statut annahm und zur Bestätigung vorstellte, welche im Herbst 1877 erfolgte. Als Zweck der Organisation werden genannt: Entwicklung der Esten, Verbreitung des Russischen unter ihnen, Verbesserung ihrer Sitten und Hebung des Geschmacks und der Gesangeskunst. Der „Kalewipoeg“ will die Russen und Esten einander annähern und die von der Gesellschaft gegründeten Schulen fördern. Zur Verbreitung des Russischen sollen in Wesenberg und in Wierland Schulen mit russischer Unterrichtssprache eröffnet werden. Es sollen das reine Knabenschulen sein, ihre Eröffnung soll durch Vermittlung des Volksschulinspektors vom Kurator genehmigt werden. Nur der Religionsunterricht soll im Estnischen erfolgen. Außer den in der Volksschule üblichen Fächern sind noch elementare Geographie, Geschichte, speziell Rußlands, Turnen und Anfangsgründe in der Landwirtschaft und im Haushalt vorgesehen. Der Unterricht erfolgt gegen ein Schulgeld, das gemeinsam vom Kurator des Lehrbezirks und der Gesellschaft festgesetzt wird. Die Gesellschaft selbst nimmt zu ihren Mitgliedern Esten auf dem Wege des Ballotements auf; eine Reihe von Punkten regeln verschiedene Detailfragen¹⁴⁸⁾. Ins Auge springend ist bei diesem Statut die offensichtliche Betonung einer russi-

¹⁴⁸⁾ E. R. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: M. Lindenberg an Hurt. Wesenberg 18. III. 1876; — A. d. O. Sch. Nr. Eingänge II. Statuten der Wierl. Gesellschaft „Kalewipoeg“

ischen Orientierung durch die Unterrichtssprache wie auch die fixierten Ziele; dazu dann die Tatsache, daß die Schulen der Gesellschaft, wenn auch in erster Linie für die bäuerliche Jugend gedacht, nicht dem Landesschulnetz, sondern der russischen Schulverwaltung, Volksschulinspektor und Kurator, unterstehen sollen. Bei dem ihnen zugedachten Charakter mußten sie ja auch aus dem Rahmen der bestehenden Bauernschulen völlig herausfallen. — Die ersten Kapitaleinzahlungen zur Bestreitung der Kosten erfolgten durch acht Bauern, vorwiegend aus den Gebieten Wessenberg und Hulsjel; dazu kamen dann Geschenke und meist verzinsliche Anleihen bei mierländischen Bauern. Für 1400 Rbl. wurde in Wessenberg ein Schulhaus angekauft, wozu noch ca. 300 Rbl. Kosten der Schuleinrichtung kamen; im Sommer 1876 wurde die Schule durch den Wessenberger orthodoxen Priester eingeweiht. Als Lehrer sollten der genannte M. Lindenberg und ein Gehülfe, Luther, tätig sein. Der erste Präses der Gesellschaft war G. Pöösberg, mit dem aber Lindenberg bald in Konflikt geriet¹⁴⁹⁾. Der Unterricht begann mit 30 Knaben, dann aber wuchs die Schülerzahl schnell und stieg nach Angaben, die wohl von Lindenberg selbst stammen, bald auf 85 Kinder, die fast ausschließlich Lutheraner waren und der bäuerlichen Bevölkerung der Umgebung Wessenbergs entstammten. Durch das Schulgeld von 12 Rbl. jährlich wurde der Zustrom zunächst nicht gehemmt¹⁵⁰⁾. Lindenberg entfaltete für seine Schule eine rege Werbetätigkeit, so schickte er immer wieder Korrespondenzen an den „Cești Postimees“, wo über Einrichtung und Tätigkeit derselben berichtet wird. Bei den russischen Behörden erfreute sich die Anstalt zunächst großen Wohlwollens: so stiftete der Volksschulinspektor Mewes eine Summe Geldes für sie, und vom Kurator konnte Lindenberg sagen, er stehe ganz auf seiner Seite. Eine gewisse Opposition scheint zeitweilig gegen Lindenberg in Revaler russischen Kreisen bestanden zu haben, der Gouverneur beurteilt aber die Schule durchaus positiv, als ein gutes Beispiel des Strebens der Bauern nach russischer Kultur! 1880 berichtet Poliwanow, die Schule sei überfüllt, obgleich damals die Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 20 gesunken war¹⁵¹⁾.

¹⁴⁹⁾ A. d. G. „Kalewipoeg“: Kassaabuch Nr. 1; A. d. J. d. O. W. Sch. Afte Nr. 87: M. Lindenberg an den Inspektor Mewes. Wessenberg 16. v. 1878 Nr. 52.

¹⁵⁰⁾ Cești Postimees 1877 Nr. 28.

¹⁵¹⁾ A. d. G. „Kalewipoeg“: Kassaabuch I; — ERM. Briefsammlung Pastor J. Hurt: M. Lindenberg an Hurt. Wessenberg 8. VIII. 1878; — A. d. G. Afte 89/17. XI. [1879] u. 91/17. XIII [1881] Jahresberichte des Gouv. Poliwanow 1878 u. 1880

Und noch 1881 erklärt er, die „Kalewipoeg“-Schule leiste ständig nützliche Schularbeit (damals hatte sie nur 32 Schüler!) ¹⁵²⁾. — Neben der Fürsorge für ihre Schule veranstaltete die Gesellschaft Zusammenkünfte mit Vorträgen über allgemein bildende Fragen, so 1878 über „Einmütigkeit“, wobei die Abschlüßung des Traktats der Mongolen durch die Russen behandelt wurde, ein Thema, das wohl bewußt gewählt worden sein dürfte, um die Hörer Parallelen für sich selbst ziehen zu lassen; auf dem selben Abend sprach Lindenberg über „Vereinsleben.“ Eröffnet wurde die Versammlung durch Chorgesang und eine vaterländische Rede auf den Zaren ¹⁵³⁾. Recht bedenklich mußte es erscheinen, wenn 1881 der Schüler (!) A. Weißberg vor der Gesellschaft einen Vortrag über das Erlernen des Russischen hielt ¹⁵⁴⁾. Darin wurde festgestellt, schon in jungen Jahren müsse mit dem Russischlernen begonnen werden, denn es bringe viele praktische Vorteile. Die Wierländer könnten froh über ihre russische Schule sein. In den anderen Schulen gebe es nur dem Namen nach russischen Unterricht, in der „Kalewipoeg“-Schule aber werde das Russische in wenigen Monaten erlernt ¹⁵⁵⁾. Man kann sich hierbei des Eindrucks einer plumpen, von Lindenberg inspirierten Reklame für seine Schule nicht erwehren, und auch der „Eesti Postimees“ bezweifelt, daß diese Angaben wirklich zutreffend seien, da anderweitig vier bis fünf Jahre zum Erlernen dieser Sprache erforderlich seien ¹⁵⁶⁾. Vortragsabende wurden häufig abgehalten, und das Leben des Vereins gestaltete sich durchaus reger. Im übrigen dürfte es wohl sicher sein, daß seine Tätigkeit sich nicht auf die bildungsmäßigen Dinge beschränkte, sondern daß er, oder jedenfalls ein Teil seiner Mitglieder, auch politische Ziele verfolgt hat ¹⁵⁷⁾. Diese Tendenz bestand jedoch unterirdisch und ist in den ersten Jahren des Bestehens schwer greifbar. Zu führenden Köpfen der nationalen Bewegung wurden Beziehungen gepflegt, so indem 1878 Kreuzwald und Weske zu Ehrenmitgliedern gewählt wurden, ersterer als Sohn Wierlands, bekannter Schriftsteller und Herausgeber des „Kalewipoeg“ ¹⁵⁸⁾. Bald erhielt auch C. R. Jakobson die

¹⁵²⁾ St. d. E. G. Nr. 92/17. xiv [1882] Jahresbericht des Gouv. Polimanow. 1881.

¹⁵³⁾ Eesti Postimees 1878 Nr. 10.

¹⁵⁴⁾ dto. 1881 Nr. 4.

¹⁵⁵⁾ Walgus 1881 Nr. 7.

¹⁵⁶⁾ Eesti Postimees 1881 Nr. 9.

¹⁵⁷⁾ ERM. Stipendiatenbericht S. Appel: „Galjala“ 1931.

¹⁵⁸⁾ dto. Dr. Kreuzwald an die Gesellschaft „Kalewipoeg“ Dorpat 23. I. 1878; — Eesti Postimees 1878 Nr. 10.

Ehrenmitgliedschaft und hatte zunächst mit Lindenberg das beste Verhältnis, verdankte ihm z. B. zahlreiche Werbungen neuer Leser für die „Sakala“¹⁵⁹). Die „Sakala“ ihrerseits äußerte sich immer wieder sehr lobend über die Bestrebungen der Gesellschaft und die Leistungen ihrer Schule¹⁶⁰). In seiner politischen Linie wich jedoch Lindenberg von der radikalen Nationalpartei erheblich ab, und zwar durch seine Tätigkeit für das Russentum, welches er doch nicht nur in dem Maße als Mittel zum Zweck betrachtete, wie das z. B. E. R. Jakobson vor-
schwebte. Lindenberg selbst hat zwar gebeten, ihn nicht für einen Russifizator zu halten, denn ein solcher sündige gegen das estnische Volk, wer ihn so beurteile, kenne seine Politik nicht¹⁶¹). Aus einem konfidentiellen Schreiben Lindbergs an den Inspektor Mewes ergibt sich aber ein ganz anderes Bild. Er stellt fest, seine Tätigkeit an der Schule und der Zeitung „Walgus“, letztere bei aktiver Mitarbeit orthodoxer Priester, wäre die Gewähr dafür, daß die Schule und Zeitung eine Richtung einnehmen würden, die Orthodogie und Russentum nicht zuwiderlaufe. Am stärksten würden die russischen Interessen durch die lutherischen Landschullehrer gestört¹⁶²). Nach einer anderen Quelle, den Erinnerungen A. Treumanns, ist Lindenberg, der aus dem Rigaer russischen Seminar hervorgegangen war, in der Arbeit an seiner Schule in Wahrheit ein Vertreter der Russifizierung und des Nihilismus gewesen¹⁶³). Zur estnischen radikalen Nationalpartei geriet er bald in Gegensatz; so wirft er E. R. Jakobson Geldgier vor und stellt fest, Jakobsons Devise wäre: je mehr Geschrei, Lärm, Zank, Zorn und Feindschaft, umso berühmter werde ich¹⁶⁴)! Dieser Gegensatz wurde besonders deutlich, als die Gesellschaft die Herausgabe eines eigenen Organs „Walgus“ begann, als dessen Chefredakteur Lindenberg zeichnete. Schon in einer der ersten Nummern sind da Äußerungen eines „bekannten Volksmannes“ wiedergegeben, wo dem, der eine Vorliebe für Zank, Zorn und Feindschaft hat, empfohlen wird, die „Sakala“ zu lesen¹⁶⁵). Darauf erfolgten schwere Anschuldigungen gegen Lin-

¹⁵⁹) E. R. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: M. Lindenberg an Hurt. 29. I. 1880.

¹⁶⁰) z. B. Sakala 1878 Nr. 19; 1880 Nr. 4.

¹⁶¹) E. R. G. A. Briefsammlung Pastor J. Hurt: M. Lindenberg an Hurt. Weisenberg 8. VIII. 1878.

¹⁶²) A. d. J. d. L. B. Sch. Alte Nr. 89. M. Lindenberg an den Inspektor v. Mewes. Weisenberg 30. V. 1881.

¹⁶³) A. Kruusberg, Weneštamiše tuleful. pg. 26.

¹⁶⁴) = Ann. 159.

¹⁶⁵) Walgus 1881 Nr. 9.

denberg in der „Sakala“: seine einzige Quelle sei die russische Presse, daher der „Walgus“ voller Verleumdungen; ja, Jakobson soll behauptet haben, Lindenberg sei von deutscher Seite für 1000 Rbl. gekauft worden¹⁶⁶). Worauf dann der „Walgus“ Jakobson Brotneid und niedrigeß Kriechen vorwarf, kurz, im Augenblick war eine Polemik entbrannt, die in wüfste gegenseitige Beschmähungen ausartete. Daher bat der Gouverneur Polivanow den Volksschulinspektor Mewes, Lindenberg eine Anstellung außerhalb Estlands zu beschaffen, da er sich nicht der Gewogenheit der Öffentlichkeit erfreue¹⁶⁷). Lindenberg's unterirdische Tätigkeit wurde bald ruchbar: der „Eesti Postimees“ konnte berichten, er habe eine Bittschriftenfabrik angelegt, das Volk gemeindeweise zu Bittschriften bewogen und speziell Gutsarbeiter aufgewiegelt. Kurz darauf wurde Lindenberg von der Gendarmerie wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet und dem Gericht übergeben, womit die Tätigkeit seiner Schule vorläufig ein Ende nahm¹⁶⁸). Auch der „Walgus“ stellte zunächst sein Erscheinen ein. Die Gesellschaft „Kalewipoeg“ distanzierte sich von Lindenberg und entzog ihm ihre Vollmachten, es scheint überhaupt, daß Lindenberg teilweise ohne Wissen des Vereins seine Sonderbestrebungen verfolgt hat¹⁶⁹). Im übrigen sind alle diese Vorgänge sehr unklar und die Gendarmerieakten, die da Licht in all diese dunklen Dinge tragen könnten, nicht mehr vorhanden. Sicher aber ist, daß die Gesellschaft, die für wienländische Bauernlöhne eine Schule unterhielt, die verschiedensten illegalen Strömungen in sich beherbergte und die Gefahr vorlag, daß auch in diesem Geiste in der Schule an der Jugend gearbeitet würde.

Lindenberg selbst wurde 1883 aus dem Gefängnis entlassen und nahm seine Lehrertätigkeit in Wesenberg an einer Schule wieder auf, die von seiner Frau Elisabeth, geb. Menschikow, in Verbindung mit der russischen Gesellschaft „Bratstwo“ eröffnet wurde. In der Presse warb er um Schüler und das Vertrauen der Eltern, wobei er angab, nur

¹⁶⁶) Sakala 1881 Nr. 7, 22; — Walgus 1881 Nr. 17.

¹⁶⁷) A. d. J. d. O. B. Sch. Nr. 89. Gouv. Polivanow an den Inspektor Mewes. Reval 22. VII. 1881 Nr. 140.

¹⁶⁸) Eesti Postimees 1881 Nr. 33, 34, 37.

¹⁶⁹) Sakala 1881 Nr. 35, 36, 45. — Interessante Angaben über Lindenberg sowie über revolutionäre Bestrebungen in Wienland enthält die Publikation von J. Depman, Jakobsoni ja Jaanseni päiwist. Weeningraad 1927, die mir erst nach Abschluß der Arbeit bekannt geworden ist und zahlreiche Belege für die Existenz illegaler Tätigkeit enthält. Diesen Fragen näher nachzugehen, könnte ein Objekt interessanter Spezialstudien sein, geht jedoch über den Rahmen einer Schulgeschichte hinaus.

durch Intrigen seiner Gegner ins Gefängnis gelangt zu sein, so habe man ihn unschuldigerweise der Ermordung eines Soldaten verdächtigt. Die neue Schule hatte bald 40 Kinder, wovon auch einige aus Harrien und Lidland stammten, ihre Leistungen wurden bei einer Revision für gut befunden. Diese Lehrtätigkeit nahm jedoch ein jähes Ende: während des Unterrichts brach plötzlich bei Lindenberg heller Irrsinn aus, er schalt zuerst völlig grundlos die Kinder und erzählte ihnen sinnlose Dinge, versuchte dann, sich an seiner Frau zu vergreifen und wurde von der Polizei in die Dorpater Irrenanstalt übergeführt¹⁷⁰⁾.

Daß eine Schule für die bäuerliche Jugend zu arbeiten begonnen hatte, die nicht zum Landesschulneß gehörte, konnte natürlich der Oberschulkommission nicht verborgen bleiben. Die Frage gelangte auf einer Sitzung im Januar 1877 zur Sprache, und zwar zu einer Zeit, wo die Schule bereits arbeitete, ohne daß damals die Statuten behördlich bestätigt waren. Um hier nicht einen Präzedenzfall zu schaffen, der vom Standpunkt der Landesschulverwaltung unerwünscht war, wurde beschlossen, den Gouverneur zur Schließung der Anstalt zu veranlassen¹⁷¹⁾. Diese Absicht gelang jedoch nicht, da das Statut ja bestätigt wurde, und somit die Anstalt außerhalb des Bauernschulneßes staatliche Sanktion fand. Die Tatsache des Wohlwollens der russischen Behörden mußte natürlich ihre Stellung weiter stärken. Die agitatorische Tätigkeit Lindenberg's führte dazu, daß die Ritterschaft sich erneut für diese Anstalt zu interessieren begann und zunächst beim Kurator gewisse Erkundigungen einzog, worauf ihr Daten darüber zugehen, welchen Behörden die „Kalewipoeg“-Schule unterstellt sei: Ministerium für Volksaufklärung und Volksschulinspektor. Um nun den Umtrieben, die aus Kreisen der Gesellschaft „Kalewipoeg“ hervorgingen, entgegenzutreten, veranlaßte der Ritterschaftshauptmann den Gouverneur, die Gesellschaft und somit auch die Schule unter polizeiliche Überwachung zu stellen, was daraufhin von Polivanow angeordnet wurde¹⁷²⁾.

¹⁷⁰⁾ Cesti Postimees 1883 Nr. 41, 43, 50; 1884 Nr. 1, 10, 36.

¹⁷¹⁾ A. d. O. Sch. S. Prot. Buch I. Protokoll der Oberschulkommission 27. I. 1877.

¹⁷²⁾ EMA. A IV 156. Mitt. Spm. Baron Wrangell an den Kurator Baron Stadelberg. Reval 21. IX. 1881 Nr. 453; — EMA. A IV 154. Antwort desselben. Dorpat 24. IX. 1881 Nr. 3062; — EMA. A IV 156. Mitt. Spm. Baron Wrangell an den Gouv. Polivanow. Reval 30. IX. 1881 Nr. 473; — EMA. A IV 158. Antwort darauf. Reval 18. II. 1882 [Konfidentieell]; — EMA. A IV 163. Ausschluß-Protokoll S. III. 1882.

Die Schule des „Kalewipoeg“ erlitt zunächst nach Lindenberg's Verhaftung einen starken Rückgang der Schülerzahl. Sein Nachfolger wurde Jakob Rothberg, eine Persönlichkeit, über welche die allerdüstersten Schilderungen vorliegen. A. Treumann schildert ihn als ein in hohem Grade gemeingefährliches Subjekt. Rothberg, Absolvent des Rigaer russischen Seminars, sei früh unter den Einfluß nihilistischer Ideen geraten, mit denen ihn gerade auch Lindenberg bekannt gemacht habe. Nachdem Lindenberg wegen revolutionärer Umtriebe, auch in der Schule, inhaftiert worden war, habe Rothberg eine vorsichtigeren Taktik eingeschlagen. Er habe versucht, eine Geheimgesellschaft zu gründen, mit dem Zweck, deutsche Gutsbesitzer und Kapitalisten zu schädigen und zu vergiften! Ferner hätten Brandstiftungen und Raubzüge auf Gutshöfe zum Programm gehört. An derartigen Unternehmungen habe Rothberg selbst teilgenommen. Das Schulgebäude der Gesellschaft war für 3500 Rbl. versichert; um diese Summe in die Hand zu bekommen, soll es von Rothberg in Brand gesetzt worden sein. Tatsache ist jedenfalls, daß das Schulhaus 1882 abbrannte. An diesem Brande soll Treumann's Angaben zufolge auch Lindenberg interessiert gewesen sein, um auf diese Weise den Zuzug von Schülern in die von seiner Frau soeben eröffnete Schule zu beleben. Und der neue Herausgeber des „Walgus“, Rörw, habe auf diese Weise eher Aussichten auf Subventionen für sein in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindliches Blatt gehabt, der Präses der Gesellschaft sei so der auf dem Hause ruhenden Schulden entledigt worden. 1883 fand ein Raubüberfall auf das Gut Unniküll statt, der von Rothberg inszeniert worden sein soll; für seine Projekte großzügiger Vergiftungen habe er keine geeigneten Komplizen gefunden. — Rothberg's Lehrertätigkeit an der „Kalewipoeg“-Schule war nur kurz, da er die behördliche Bestätigung nicht erhielt. Er wirkte nun als Hauslehrer, gleichzeitig in regem Konnex mit Dieben stehend. Allerlei weitere Anschläge werden ihm zugeschrieben, so die Anbringung aufwiegelter Plakate an der Weisenberger Kirchentür, ein Raubversuch auf dem Gute Urknaal u. a. Später ist er nach Rußland gegangen und dort ebenfalls im Irrenhause gelandet¹⁷³⁾. Es ist heute, so lange die Geschichte der revolutionären Strömungen unter den Esten im neunzehnten Jahrhundert noch nicht restlos aufgeklärt ist, was sehr schwierig sein wird, kaum möglich, diesem Bericht, speziell seinen Einzelheiten, eine größere oder geringere Zuverlässigkeit zuzusprechen. Soviel ist aber jedenfalls sicher, daß die

¹⁷³⁾ A. Krussberg, Venestamije tulekul. pg. 25-30.

Gesellschaft „Ralewipoeg“ durch Elemente belastet war, die eine unterirdische revolutionäre Tätigkeit entfalteten. So hat z. B. ein Delegierter der Gesellschaft, der an einer Abordnung zum Zaren teilnahm, in St. Petersburg mehrere Monate im Gefängnis verbracht, ist dann später allerdings freigesprochen worden¹⁷⁴⁾. Durch ihre Tätigkeit hatte sich die Gesellschaft das größte Mißtrauen der Staatsbehörden zugezogen, was folgender Vorgang illustriert: 1884 beantragte sie die Genehmigung einer Versammlung, wobei die Tagesordnung aus einer Rede des Redakteurs Rõrw und einer ungenannten Persönlichkeit bestand. Poliwanow fragte nun beim Wefenberger Gerichtsvogt an, wer diese halten würde, und forderte eine vorherige Vorstellung des Textes, worauf er erfuhr, der Redner, ein gewisser Jakobson, und auch Rõrw würden nur aus zensierten Büchern vorlesen. Darauf wies Poliwanow den Gerichtsvogt an, sich persönlich davon zu überzeugen, ob diese Vorträge wirklich zensiert seien, sie anderenfalls zu untersagen und ausführlich darüber zu berichten. Dem Vorstand sollte eröffnet werden, ohne die Genehmigung des Gouverneurs dürften überhaupt keine Vorlesungen stattfinden, die vortragende Person habe sich jedesmal mit dem Manuskript an den Gouverneur zu wenden. Die Versammlung kam zunächst wegen mangelnder Beteiligung nicht zustande, worauf eine neue Sitzung mit Vorträgen über Petroleum und Franklin (!) angemeldet wurde. Es erwies sich aber, daß der Vortrag über Franklin die Zensur nicht passiert hatte, worauf der Vorsitzende Walter angewiesen wurde, zu berichten, „auf welcher Grundlage“ er eine falsche Unterlegung vorgestellt habe. Das Manuskript über Petroleum hatte der Gouvernementsregierung überhaupt nicht vorgelegen. So wurde die Abhaltung beider Vorträge untersagt¹⁷⁵⁾. So war die Gesellschaft durch Inkorrektheit des Verhaltens selbst schuld daran, daß ihre Tätigkeit von Regierungsstellen behindert wurde. In der Beurteilung seitens des Deutschtums stellt der „Ralewipoeg“ für die estnische nationale Bewegung, speziell in Estland, eine schwere Belastung dar. Für Nichtesten war es kaum möglich, seine Beziehungen zur nationalen Bewegung und den Grad der Konformität zu übersehen. Man sah die Organisation als typischen jungestnischen Verein und sah dabei seine deutlich zerfetzende und aufwiegelnde Tätigkeit, verbunden mit großer Aktivität. Daß die Gesellschaft aus dem Rahmen der Jakobsonischen Richtung doch stark herausfiel, war für den deutschen Zeitgenossen gar nicht zu übersehen; sie konnte dazu dienen, die

¹⁷⁴⁾ Eesti Kõrimees 1883 Nr. 6.

¹⁷⁵⁾ St. d. E. G. Geheim-Abt. Afte Nr. 735.

ganze nationale Bewegung in einem ähnlichen Lichte erscheinen zu lassen.

Nach dem Brande des Schulhauses wurde der Unterricht, allerdings mit einer recht geringen Schülerzahl, in einer Mietwohnung fortgesetzt¹⁷⁶⁾. Überhaupt gestaltete sich das Leben der Gesellschaft sehr wenig rege, so daß sie in einem Aufruf um neue Mitglieder warb und zum Bau eines neuen Schulhauses aufforderte¹⁷⁷⁾. Die Tätigkeit des Vorstandes zog ihr große Geldeinbußen zu, so daß ein neuer mit Jakob Walter als Präses gewählt wurde¹⁷⁸⁾. Da aber die Geldmittel für einen Neubau nicht zusammenkamen, wurde beschlossen, die Schule nach Saggad zu verlegen, wo Walter ein ihm gehöriges Gebäude als Schullokal zur Verfügung stellte¹⁷⁹⁾. Zunächst war dieser Umzug als provisorische Maßnahme gedacht, bis man in Wessenberg ein neues Haus würde anschaffen können, dann aber wurde beschlossen, die Schule in Saggad zu belassen, da dort mehr Kinder zusammenkamen, und Walter versprach, für einen Neubau ein Stück seines Landes zu schenken¹⁸⁰⁾. Auch in Saggad behielt die Gendarmerie ihr Augenmerk auf die Schule, speziell da festgestellt worden war, daß Walter in nahen Beziehungen zu zwei jungen Absolventen der „Kalewipoeg“-Schule, Elmar und Lenz, stand, welche wegen Verfälschung und Verbreitung von Proklamationen verbrecherischen Inhalts in Wessenberg verhaftet worden waren. So sah sich Poliwanow veranlaßt, das ganze Material über die „Kalewipoeg“-Schule dem Kurator zuzustellen¹⁸¹⁾. Die Verlegung scheint den Zweck gehabt zu haben, unmittelbarer und vielleicht auch vom Staat unkontrollierter auf das Volk einwirken zu können. Gleichzeitig begann die Gesellschaft, sich um die Errichtung einer weiteren Schule zu bemühen, und zwar in Rattentack. Für diese war eine bereits behandelte Persönlichkeit als Lehrer vorgesehen — J. Rothberg! Der Haljalsche Kirchspielschulrevident v. Brevern bezeichnet diesen als übelbeleumdetes Subjekt von notorischer Immoralität, Heßer und Aufwiegler. Brevern machte die Oberschulkommission auf diese Vorgänge aufmerksam und wies auf die schädliche Wirkung dieser

¹⁷⁶⁾ Wälgus 1882 Nr. 8.

¹⁷⁷⁾ dto. 1883 Nr. 28.

¹⁷⁸⁾ dto. 1884 Nr. 4.

¹⁷⁹⁾ dto. 1884 Nr. 45.

¹⁸⁰⁾ dto. 1885 Nr. 7.

¹⁸¹⁾ R. d. E. G. Geheim Abt. Akte Nr. 761. Gendarmeriechef Mercklin an den Gouv. Poliwanow. Rebal 3. x. 1884 Nr. 450; Gouv. Poliwanow an den Kurator des Lehrbezirks. Rebal 9. x. 1884 Nr. 415.

Schulen hin, da der Geist der Gesellschaft „Kalewipoeg“ ja bekannt sei, so durch den Prozeß gegen Lindenberg¹⁸²⁾. Die wierländische Kreisschulkommission fragte nun bei der Oberschulkommission an, wie sie sich zu diesen beiden Schulen verhalten solle, da sie nicht offiziell habe erfahren können, ob sie durch das Ministerium für Volksaufklärung bestätigt seien. Auf der Sitzung der Oberschulkommission, die diese Frage beriet, teilte der Vertreter der Gouvernementsverwaltung, Doljanskij, mit, die Gesellschaft habe das Recht, auf dem Lande Schulen zu errichten, wenn diese vom Kurator bestätigt worden seien, solche Schulen unterstützten dann dem Ministerium für Volksaufklärung. Die Oberschulkommission stellte sich auf den Standpunkt, dieses der Gesellschaft zugebilligte Recht der unbegrenzten Schuleröffnungen mache das Schulgesetz von 1875 illusorisch, und nach den bisherigen Erfahrungen mit der Gesellschaft „Kalewipoeg“ ließen sich von dieser keine günstigen Einflüsse auf die Jugend erwarten. Es wurde daher beschlossen, den Gouverneur um seine Verwendung zu bitten, daß alle landischen Schulen dem Innenministerium und den entsprechenden Schulorganen unterstellt würden. Auch wurde um Mitteilung gebeten, sobald der Kurator eine der Schulen bestätigt haben sollte¹⁸³⁾. Motiviert wurde dieses Ansinnen damit, die „Kalewipoeg“-Schulen hätten denselben Charakter wie die übrigen Bauernschulen. Durch Ausscheidung einiger solcher Schulen aus dem Kompetenzbereich der Oberschulkommission müßten aber Inkonvenienzen entstehen, die nur die einheitliche Entwicklung des Schulwesens hindern könnten, denn so könnten beliebig viele „Kalewipoeg“-Schulen entstehen. Die zu Tage getretenen wenig zuverlässigen Tendenzen der Gesellschaft seien geeignet, ernste Befürchtungen hervorzurufen, speziell auch, da diesen Schulen jede geistliche Kontrolle fehle. Schon die Persönlichkeit Rothbergs sei eine denkbar schlechte Voraussetzung¹⁸⁴⁾. Darauf antwortete Poliwanow, die Saggad'sche Schule sei die hierher übergeführte „Kalewipoeg“-Schule in Wesenberg, bestehe also legal, während die Rattentadsche Schule zunächst noch unbestätigt sei¹⁸⁵⁾. Er wandte sich jedoch an den Kurator Rapustin mit einer Vorstellung, worin er ausführte, eine Unter-

¹⁸²⁾ A. d. O. Sch. R. Eingänge 1883/84. v. Brebern an Baron Wrangell. Altenhof 26. X. 1884 Nr. 18.

¹⁸³⁾ dto. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 14. XII. 1884.

¹⁸⁴⁾ dto. Riffiv 1883/84. Oberschulkommission an den Gouv. Poliwanow. Reval 17. XII. 1884 Nr. 50.

¹⁸⁵⁾ dto. Eingänge 1885/86. Gouv. Poliwanow an die Oberschulkommission. Reval 3. I. 1885 Nr. 16.

stellung der „Kalewipoeg“-Schule unter die Oberschulkommission sei durchaus möglich, ohne ihren Zweck zu beeinträchtigen. Trotz dieses Gutachtens und Kenntniß der Ergebnisse der Ermittlungen der Gendarmerie erklärte jedoch Kapustin, er halte es für seine Pflicht, den Wirkungsbereich des Ministeriums für Volksaufklärung zu erweitern und sprach sich scharf gegen Poliwanows Vorschlag aus, so daß dieser weitere Vorstellungen für zwecklos halten mußte¹⁸⁶). Trotz ihrer revolutionären und zersetzenden Tätigkeit erfreute sich also die Gesellschaft „Kalewipoeg“ der Protektion hoher russischer Regierungsorgane, die diese Dinge ohne weiteres in den Kauf nahmen, um damit ein Institut der Russifizierung nicht der Möglichkeit einer Einwirkung deutscher Schulbehörden auszusetzen. Dafür spricht z. B. die Tatsache, daß der Volksschulinspektor Mewes 1883 versprach, für die Gesellschaft eine staatliche Subvention von 2000 Rbl. zu erbitten, um den damals in Frage gestellten Fortbestand der Schule zu sichern¹⁸⁷). Man kann sich in diesem Falle des Eindrucks nicht erwehren, daß Poliwanow auf der Seite der Oberschulkommission gestanden hat, dabei aber auf die Linie der radikalen russischen Nationalisten gestoßen ist, denen kein Mittel ungeeignet schien, das ihre Russifizierungsabsichten fördern konnte. Denn das gegen die Gesellschaft „Kalewipoeg“ vorliegende Material mußte belastend genug sein, der Kurator benutzte sie aber als willkommenes Werkzeug seiner politischen Absichten! Nur das Recht, die Saggad'schen Schüler im Religionsunterricht zu prüfen, wurde dem Pastor zu Haljal vom Schulvorstand eingeräumt¹⁸⁸). — Die Rattentadsche Schule wurde im Herbst 1885 zu einer zweiklassigen Muster-Ministerialschule ausgestaltet, worum örtliche Bauern nachgesucht hatten¹⁸⁹). Dieses geschah auf Grund einer 1875 erlassenen Verfügung über die Schulen des Ministeriums für Volksaufklärung. Solche Schulen sollten eine weitere Bildung als die Gemeindeschulen bieten und etwa Parochialschulen entsprechen. Die Eröffnung hatte durch das Ministerium zu erfolgen, wenn eine Landfundierung vorhanden war und die interessierten örtlichen Organe die Kosten für Lehrer und Gebäude zu tragen bereit waren. Dazu zahlte dann das Ministerium gewisse Subventionen, für welche eine Maximalhöhe vorgesehen war¹⁹⁰). Derartige Schulen, die ihrem Charakter

¹⁸⁶) dto. dieselben. Heval 5. II. 1885 Nr. 308.

¹⁸⁷) E. A. G. M. J. Walter an Dr. Weske. 15. XII. 1883.

¹⁸⁸) *СМ* I 469/57. Schulbericht Haljal 1885.

¹⁸⁹) R. d. E. G. Afte Nr. 30/127 [1885]. Kurator Kapustin an den Gouv. Fürst Schachowskoi. Dorpat 17. IX. 1885 Nr. 4962.

¹⁹⁰) Инструкція для классныхъ и одноклассныхъ сельскихъ училищъ мин. народнаго просвѣщенія 1875.

nach Bauernschulen entsprachen, waren bisher auf Grund dieses Gesetzes noch nicht in Estland eröffnet worden, und das gesamte landliche Schulwesen hatte hier dem Innenministerium unterstanden. Nun wurde diese Regel von staatlicher Seite durchbrochen, und das in einer Weise, die für die Landesschulverwaltung einen höchst unerwünschten Präzedenzfall darstellte. Denn es konnte jetzt geschehen, daß eine Gemeinde nach der anderen ihre Schule aus dem Landesschulnetz ausschied und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellte. Im Falle Rattentack haben wir den ersten Vorboten einer Entwicklung vor uns, welche nach dem Ressortwechsel tatsächlich an einer Reihe von Orten einsetzte.

Die Rattentack'sche Schule hat eine Entwicklung genommen, die nicht geeignet war, diesem Schultypus Vertrauen zu erwerben. 1887 kam es zu einer Beschwerde über ihren Lehrer Rippert, weil dieser in trunkenem Zustande in der Schule zu Wattfüß eine Andacht abgehalten und Gebete verrichtet hatte. Dieser Lehrer war ferner dafür verantwortlich, daß die Ministerialschule zum Mittelpunkt „gewisser geräuschvoller Vergnügungen“ geworden war — Theater, Konzerte und Tanz, was sich vielfach über mehrere Tage ausdehnte und zu wahren Orgien führte. So fand an einem Sonntag in der Schule ein Theaterabend mit anschließender Orgie statt, die den ganzen Montag über andauerte, und am Dienstag Morgen war das Schullokal noch nicht aufgeräumt. Rippert war bereits als Seminarist in Dorpat übel beleumdet gewesen, und die Lehrertätigkeit, die er entfaltete, trug einen für die Umgebung höchst schädlichen Charakter¹⁰¹⁾.

Das vorgebrachte Material dürfte mit genügender Klarheit darauf hinweisen, daß die Landesschulverwaltung und das baltische Deutschtum überhaupt in der Form vertretene Bildungsbestrebungen, wie das bei der Gesellschaft „Kalewipoeg“ der Fall war, ablehnen und schon um der Wahrung der öffentlichen Ordnung und Ruhe willen bekämpfen mußten. Ihre Machtlosigkeit gegen diese Organisation aber beruhte auf der Tatsache, daß diese von russischer Seite gestützt wurde.

Ich habe mit Bewußtsein bei der Behandlung der estnischen nationalen Bewegung versucht, die Urteile vom Standpunkt der damaligen Zeit zu fällen, um die zeitgenössische Einstellung zu ihr und ihren Bestrebungen herauszuarbeiten. Überblickt man jedoch heute das ganze vorgebrachte Material, so gewinnt man die Überzeugung, daß die auf dem Gebiete des Schulwesens tätigen Organe den Umbruch, der sich dort durch das Eindringen des estnischen Nationalismus anbahnte, keineswegs in seinem vollen Umfange erkannten. Im wesentlichen beschränkten sie sich darauf, Symptome zu bekämpfen, und speziell

¹⁰¹⁾ A. d. D. Sch. R. Eingänge 1887/88. Kirchspielschulrevident v. Brevern an den Kreisschulrevidenten Baron Vietinghoff. Meßius 28. v. 1887.

die Vertreter der Kirche blieben beim alten Standpunkt, der die Schule in erster Linie als Mittel zum Aufbau der Gemeinde betrachtete. Es mußte eine unvermeidliche Folge sein, daß man sich immer weiter auseinanderlebte. Auch bestand die Neigung, besonders radikale Äußerungen der nationalen Bewegung als typisch zu betrachten, was häufig zur Bekämpfung harmloser Wünsche führte! —

9. Die orthodoxe Konversion der achtziger Jahre und ihre Auswirkungen auf das Schulwesen.

Wir haben festgestellt, daß in Estland die Anzahl der orthodoxen Esten auf dem Lande bisher eine geringe gewesen war und daher nur ganz vereinzelt orthodoxe Volksschulen bestanden hatten, die teilweise unter sehr ungünstigen Existenzbedingungen arbeiteten. 1873 waren alle orthodoxen Schulen dem Kurator des Dorpater Lehrbezirks unterstellt worden, der zu ihrer Überwachung zwei Volksschulinspektorate einrichtete¹⁾. Es wird von russischer Seite selbst betont, daß das Niveau dieser Schulen meist ein sehr niedriges war: die Lehrer vielfach schwache Kenner der russischen Sprache und überhaupt wegen ungenügender Vorbildung für ihren Beruf ungeeignet. Dabei frankten diese Schulen an Geldmangel, was sich auf ihre Ausstattung und die materielle Stellung der Lehrer auf das ungünstigste auswirkte²⁾. Erst von den achtziger Jahren an erhöhte der Staat seine Zuwendungen³⁾; weitere Summen, speziell für Mieten von Schullokalen, wurden vom Synod zur Verfügung gestellt, auch beteiligten sich die orthodoxen „Bratstwo's“, deren Hauptarbeitsfeld das Kirchenwesen war, vielfach mit Subventionen⁴⁾. In den siebziger Jahren hatte sich in Estland die Zahl der orthodoxen Bauernschulen kaum vermehrt; 1883 bestanden fünf solche im Lande, die von 130 Kindern besucht wurden⁵⁾. Hier trat jedoch in den letzten Jahren vor dem Ressortwechsel eine Änderung ein, und zwar durch die 1883 einsetzende Konversion in der Wie d. Auf diese Vorgänge selbst näher einzugehen, ist hier nicht der Ort. Wir wissen, daß diese Bewegung aus Livland herübergriff, wo ja

¹⁾ Столяровъ pg. 27

²⁾ ibo. pg. 31, 40.

³⁾ ibo. pg. 37.

⁴⁾ ibo. pg. 49 ff.

⁵⁾ P. Jordan, Beiträge zur Geographie und Statistik des Gouvernements Estland: Tabelle über die orth. Schulen.

in den angrenzenden Gebieten des Pernauschen Kreises die Ortho-
 dogie sehr verbreitet war. In den damals zum Zweck der Wer-
 bung verteilten Aufrufen wurde in gewandter Weise die nationale Be-
 wegung ausgenutzt, indem verbreitet wurde, der Übertritt zur Ortho-
 dogie bedeute die Erfüllung des Hauptwunsches E. R. Jakobsons und
 erfreue seinen Geist. Er habe 1881 mit russischen Männern Freundschaft
 geschlossen und sich mit ihnen im Namen des Volkes vereinigt. Wer
 die Staatssprache nicht beherrsche, sei ein Knecht der Knechte. Die erste
 Gabe, die durch den Übertritt errungen werde, sei freie Schule, freies
 Erlernen des Russischen, freie Kirche u. s. w. Erst durch den rechten
 (d. h. orthodoxen) Glauben könnten sich die Esten Volk nennen, nie-
 mand werde etwas gegen den Übergang zum Glauben des Staates
 sagen können⁶⁾. Die „Sakala“ hatte mit ihrem Kampf gegen das
Deutschtum die Stellung von Kirche und Schule erschüttert; durch
 den Übertritt konnte ein jeder seine Deutschfeindlichkeit beweisen und,
 vertrauend auf die Hülfe der Staatsgewalt, eine Besserung seiner wirt-
 schaftlichen und sozialen Lage erwarten. Hatte der deutsche Pastor durch
 die Wirksamkeit der nationalen Bewegung an Autorität eingebüßt,
 so standen die estnischen orthodoxen Priester meist im Lager der Partei
 Jakobsons und sahen deutlich die Wirkungsmöglichkeiten, die sich ihnen
 auf dieser Basis boten. Mit eines der Motive zur Konversion war
 auch der Wunsch, sich der lutherischen Schulen zu entledigen, eine Ab-
 sicht, die wieder nicht ohne vorausgegangene nationale Bewegung, die
 vernichtende Kritik der Blätter von der Färbung der „Sakala“ an den
 bestehenden Schulzuständen zu denken ist. Man wollte „bessere“ Schulen,
 d. h. solche ohne Einfluß der Pastoren, wollte gründlicher Russisch ler-
 nen, lieber sah man in den Schulen Einflüsse der Priester, die in
 ihrer sozialen Stellung dem Volk viel näher standen, von denen man
 Fürsprache beim Gouverneur und dergl. erwartete⁷⁾. Die Gründe
 zur Konversion sind also vielseitiger Natur: hier traf sich die Russifi-
 zierungspolitik staatlicher Organe und der orthodoxen Kirche mit der
 durch die nationale Bewegung erwachten Ablehnung der bestehenden
 Zustände und den durch die Presse immer wieder genährten Hoffnun-
 gen auf das Russentum. Die Konversion als solche hat uns aber nicht
 zu beschäftigen, sondern nur ihre Auswirkungen auf das Schulwesen.
 Die zuerst betroffenen Gebiete sind die Kirchspiele der südlichen Wied,

⁶⁾ L. Rebane, Osav üleskutse vene-digeusu propageerimiseks. Ajalooline
 Ajakiri 1932. pg. 222—228.

⁷⁾ L. Rebane, Usuvahetislik liikumine Väänemaal aa. 1883—1885. Ajaloo-
 line Ajakiri 1933. pg. 82—91, 138—140.

speziell Leal und Karusen. In Leal und Werder werden orthodoxe Kirchspiele gegründet, von der „Brastwo“ Mittel dazu sowie zur Errichtung einer Schule und eines Bethauses gestiftet⁹⁾. Für die Gemeindeschule ergab sich als erste Folge die Tatsache, daß die orthodox gewordenen Kinder nicht mehr dem Schulzwang unterlagen und von der Schule fern blieben. So sank z. B. im kleinen Kirchspiel Karusen die Frequenz in kurzer Zeit um 150⁹⁾. Die Konversion rief in den ergriffenen Gebieten eine starke Erregung hervor, und da es zunächst gar nicht feststellbar war, wer übergetreten war, war eine nur sehr bedingte Durchführung des Schulzwanges die unvermeidliche Folge¹⁰⁾. Bereits bis 1884 betrug die Zahl der Übertritte in der Wied ca. 2700 Personen, was für die Schulen einen sehr empfindlichen Ausfall von Kindern darstellen mußte¹¹⁾. Eine weitere Folge, die entstand, war, daß alle diese Übergetretenen nicht mehr zum Tragen der Schullast, die von der Gemeinde repartiert wurde, herangezogen werden konnten. Es mußte nun für den Fortgang des Schulwesens unerlässlich sein, festzustellen, wer orthodox geworden war. Der Wied'sche Kreis Schulrevident wandte sich daher auf Veranlassung der Schulkommissionen der betroffenen Kirchspiele an die Oberschulkommission mit dem Ersuchen, sie möchte ihren ganzen Einfluß einsetzen, um die Priester zur Einsendung von Listen der Konvertiten zu veranlassen, denn gegenwärtig sei eine Kontrolle des Schulbesuches und Repartition der Schullast ein Ding der Unmöglichkeit, was eine ordnungsmäßige Administration des Schulwesens in Frage stelle¹²⁾. Herr v. Grünwaldt referierte sodann auch persönlich vor der Oberschulkommission über die entstandenen Schwierigkeiten. Seiner Auffassung schloß sich auch die Oberschulkommission an, daß der Übertritt nicht von Verpflichtungen der Schule gegenüber für das laufende Jahr entbinden könne, so sei z. B. die ganze Gemeinde Leal für die Schullast heranzuziehen, da dort keine Konvertitenlisten vorgestellt worden seien. Bis zum Vorliegen dieser Verzeichnisse wurde beschlossen, von einer strengen Durchführung des Schulzwanges abzusehen, wohl aber sollten durch Vermittlung des

⁹⁾ J. Malyschkin, Zur Geschichte der Konversionsbewegung in Leal. Baltische Monatschrift XLII. 1895. pp. 481—482.

¹⁰⁾ EA I 469/56. Schulbericht Karusen 1883.

¹¹⁾ EA I 469/57. Schulbericht Fickel 1884.

¹²⁾ EA I 536/13. Synodal-Protokoll 14. VI. 1884. Betroffen waren die Kirchspiele Leal, Karusen, Hanchl, Fickel, St. Michaelis, St. Martens, Röhfel.

¹³⁾ A. d. C. Sch. W. Eingänge 1883/84. W. v. Grünwaldt an die Oberschulkommission. Schloß Leal 19. x. 1883 Nr. 17.

Gouverneurs Schritte eingeleitet werden, um die Priester zur Einlieferung der betreffenden Listen zu veranlassen. Endlich wurde der Generalsuperintendent Schulz beauftragt, sich mit den livländischen Schulbehörden darüber auseinanderzusetzen, wie dort die in Verbindung mit der Konversion entstandenen Fragen gelöst worden seien¹³⁾. Die Oberschulkommission wandte sich dann mit einer Darlegung ihres Standpunktes an die ritterschaftliche Vertretung und führte aus, nach dem Schulreglement trage die Volksschule konfessionellen Charakter, nur die Lutheraner seien zu ihrer Erhaltung verpflichtet, die Landgemeindeordnung lege aber den Unterhalt allen Gliedern der Bauerngemeinde auf. Dieser Widerspruch bringe die Schulverwaltung in eine schwierige Lage. Die Oberschulkommission setzte ihre bisherige Stellungnahme auseinander und bat um Mitteilung von Direktiven, nach welchen Prinzipien zu verfahren sei¹⁴⁾. Der Ausschuß hielt die ergriffenen Maßregeln für zweckentsprechend, so daß bis zum Einlaufen der Listen die Beitreibung von Pöngeldern eingestellt, ebenso zunächst von der Durchführung des Schulzwanges abgesehen wurde¹⁵⁾. Polivanow seinerseits verfuhr in der Frage der Konvertitenlisten durchaus korrekt und wurde zweimal beim Erzbischof von Riga vorstellig, allerdings mit dem Erfolge, daß nur der Hapsalsche Priester ein Verzeichnis einsandte, so daß die Oberschulkommission sich zu einer weiteren Eingabe genötigt sah¹⁶⁾. Erst zum Sommer 1884 waren den Pastoren die offiziellen Listen der Übergetretenen zugestellt, so daß Grünwaldt die Hoffnung hegen konnte, im Herbst werde mit der Durchführung des Schulzwanges wieder begonnen werden können. Er mußte aber feststellen, daß die Konversion auf das Schulwesen einen lähmenden Einfluß ausübe¹⁷⁾. Daß die Auswirkungen für den regelmäßigen Verlauf des Schullebens geradezu katastrophale waren, zeigen mit Deutlichkeit eine Reihe von Beispielen: Der Pastor zu Hanekl berichtet, die Erregung sei eine derartige, daß die Einführung des Rechenbuches von Loppnowe und der Karten zum Geographiebuch durch die damit

¹³⁾ dto. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 16. XII. 1883.

¹⁴⁾ *EM. A* IV 170. Oberschulkommission an die ritterschaftliche Vertretung. Reval 14. I. 1884 Nr. 21.

¹⁵⁾ *EM. A* IV 175. Ausschuß=Protokoll 30. I. 1884.

¹⁶⁾ *A. d. O. Sch. R. Missiv* 1883/84. Oberschulkommission an W. v. Grünwaldt. Reval 28. X. 1883 Nr. 42; — dieselbe an den Gouv. Polivanow. Reval 21. XII. 1883 Nr. 43.

¹⁷⁾ dto. Eingänge 1883/84. W. v. Grünwaldt an die Oberschulkommission. Schloß Leal 11. VI. 1884 Nr. 8.

verbundene Ausgabe von 45 Kop. (!) für viele der Grund zum Abtritt werden könne, deshalb seien diese Bücher nicht eingeführt worden¹⁸⁾. Auch nach Dagö griff die Konversion hinüber und hatte die Folge, daß in einer so weltabgeschiedenen Ecke wie Rööpo die Schule seitdem nichts mehr leistete. Niemand war mehr zur Übernahme des Amtes der Schulvormünder bereit. Der Gemeindeälteste war durch die Opposition der Eltern völlig eingeschüchtert, das Gebiet auffällig, so daß dem Lehrer jeglicher Rückhalt fehlte¹⁹⁾. In Karusen traten mehrere lutherische Knaben in die orthodoxe Schule ein und entzogen sich auf diese Weise dem Schulzwang²⁰⁾. In Karringömm war das Schulhaus zu eng, — eine Reihe von Eltern brachten ihre Kinder in die orthodoxe Schule nach Videnorm und ließ sie dort salben. Dasselbe tat ein reicher Wirt im Kirchspiel St. Martens, wobei er selbst lutherisch blieb, nach Aussagen des Pastors wegen der Aussicht auf freie Schulbücher! In Pühhalp herrschte die Anschauung, man brauche sich im Lernen nicht mehr anzustrengen, da die orthodoxe Kirche eine Freistatt vor „wissenschaftlichen Quälereien“ biete, wenn es mit dem Lesen und den Kenntnissen in der lutherischen Schule und Kirche nicht mehr gehe²¹⁾. Im selben Kirchspiel hielt sich das Gerücht, bei zahlreichen Abtritten würden die lutherischen Schulen völlig aufgehoben werden oder den Konvertiten zu Schulzwecken zufallen, wodurch alle Zahlungen für die Schulen fortfallen würden. Daraufhin erklärte der Besitzer von Großenhof, Graf Ungern-Sternberg, er übernehme die Erhaltung aller Schulen im Kirchspiel auf seine eigenen Kosten²²⁾! Zu schweren Störungen des Schullebens kam es in Felds, wo die Bauernschaft durch die Konversion besonders erregt war und sich in einer höchst auffälligen Stimmung befand. Dort stellte der Kerkau'sche Priester Lebedew, der die orthodoxe Propaganda in dieser Gegend leitete, eine Bescheinigung vor, die Felds'sche Gemeindeversammlung habe ihre Schule der orthodoxen Kirche abgetreten. Die Bescheinigung war falsch, da eine solche Versammlung damals nicht stattgefunden hatte. Unterzeichnet war die Bescheinigung von mehreren Personen, die sich in Lebedew's Begleitung befanden. Der

¹⁸⁾ CNA I 469/57. Schulbericht Panehl 1884.

¹⁹⁾ dto. Schulbericht Roidz 1884.

²⁰⁾ dto. Schulbericht Karusen 1884.

²¹⁾ CNA I 469/58. Schulberichte Pühhalp, St. Michaelis, St. Martens. 1885.

²²⁾ A. b. O. Sch. R. Eingänge 1885/86. Wiedlicher Schulbericht. W. v. Grünelwaldt 1885/86. [Undatiert].

Besitzer von Felds, Generallieutenant Baron Maydell, wandte sich an den Gouverneur, mit dem Ersuchen, Lebedew zur Ruhe zu verweisen und ihn zu veranlassen, sich nicht fernerhin als Anwalt etwaiger Unzufriedener zu gebärden²³⁾. Am 16. VII. 1884 hielt jedoch der rein lutherische Gemeindeausschuß von Felds eine Versammlung ab, an der Lebedew und der Priester Wenger aus St. Sakobi in Livland teilnahmen, und beschloß, das halb vollendete Schulhaus nebst allem Baumaterial Lebedew zum Zweck der Errichtung einer orthodoxen Schule zu überlassen. Lebedew verpflichtete sich, in dieselbe auch lutherische Schüler kostenlos aufzunehmen. Die Mittel zum Bau hatte seinerzeit das Fidselsche Kirchspielsgericht bewilligt, den Rest Baron Maydell, der sich verpflichtet hatte, den Bau zu vollenden. Diese Mittel drohten jetzt ihrem eigentlichen Zweck verloren zu gehen. Maydell wandte sich nun an den Ritterschafthauptmann Graf Tiesenhausen mit der Bitte um Beistand und um eine obrigkeitliche Delegation, die die Leute von ihrem Beschluß abzubringen versuchen und ihnen das Illegale ihres Verhaltens klarmachen sollte. Im anderen Falle seien unübersehbare weitere Ausschreitungen zu befürchten. In einem beiliegenden Privatbrief an Graf Tiesenhausen bat Maydell, die Angelegenheit sehr ernst zu nehmen, die Leute seien durch Machinationen Lebedew's aufgeregt und zu weiteren Ausschreitungen bereit, so daß Schlimmes befürchtet werden müßte. Nur eine obrigkeitliche Delegation könnte die vom Priester angemessene Autorität abschwächen²⁴⁾. — In Arroksüll bestand, wie früher behandelt, bereits seit längerer Zeit eine orthodoxe Kirchenschule. 1885 beschloß dort die Gemeindeversammlung, obgleich 4/4 lutherische Seelen vorhanden waren, die lutherische Schule zu schließen und alle Zöglinge derselben die orthodoxe Schule besuchen zu lassen. Die Oberschulkommission leitete zwar Versuche ein, um die Wiedereröffnung zu erzielen, sah sich aber zu einem Beschluß veranlaßt, der sich aus den entstandenen Zuständen ergab: Graf Tiesenhausen wurde beauftragt, dahin zu wirken, daß in orthodoxen Schulen auch für lutherischen Religionsunterricht lutherischer Kinder Sorge getragen werden möge, und zwar sollte derselbe durch vom Ortspastor für tauglich befundene Personen erteilt werden²⁵⁾. Die Oberschulkommission sah also die Unmöglichkeit, alle lutherischen Kinder zum Besuch ihrer eigenen Schulen

²³⁾ ERA. A IV 172. Generallieutenant Baron Maydell an den Gouv. Poliwonow. Felds 4. VI. 1884 Nr. 4.

²⁴⁾ dto. derselbe an den Ritt. Optm. Graf Tiesenhausen. Felds 16. VII. 1884.

²⁵⁾ A. d. O. Sch. R. Prot. Buch II. Protokoll der Oberschulkommission 9. XII. 1885.

zu zwingen, da die orthodoxen Schulen vom Staat gefördert wurden und vom russischen Standpunkt gesehen deren Besuch durch lutherische Kinder nur sehr erwünscht war. Da diese sich jedoch jeden Moment hinter der Autorität des Staates verschanzen konnten, besaß die Oberschulkommission keine Machtmittel, um irgendetwas dagegen zu unternehmen. Bei dieser Situation und beim Vordringen der Konversion konnte auch ohne den Ressortwechsel Graf Tiesenhausen der Befürchtung Ausdruck verleihen, die Volksschule sei als lutherische Schule wohl dem Untergang geweiht²⁶⁾. Die Oberschulkommission verzichtete hier direkt auf die Wahrung ihres Rechtsstandpunktes, stellte sich auf den Boden der Tatsachen und versuchte dabei wenigstens den Religionsunterricht zu retten. — Die Zahl der orthodoxen Schulen stieg schnell. Hatte sie 1883 nur 5 betragen, so waren es 1884 schon 7, im folgenden Jahre 1885 schnellte ihre Zahl auf 30, die nun von 843 Kindern statt 188 im Vorjahr besucht wurden. Bei diesem Stande erfolgte der Ressortwechsel; 1886 gab es in Estland bereits 51 orthodoxe Bauernschulen mit 1712 Schülfern²⁷⁾. Allein auf Dagö entstanden bis zum Ressortwechsel 7 orthodoxe Schulen, die in Bauernhäusern untergebracht waren und wegen Raummangels nur orthodoxe Kinder aufnahmen. Deshalb wurden höheren Orts Schritte ergriffen, um eine größere Zahl von Schulen errichten zu dürfen, was also auch die Aufnahme lutherischer Kinder ermöglichen sollte²⁸⁾. 1887 betrug die Zahl sämtlicher Zöglinge der orthodoxen Schulen Estlands schon 2214, wovon 696 lutherischer Konfession waren. Trotzdem mußte auch von russischer Seite bekannt werden, die Frequenz seitens der Orthodoxen sei durchaus nicht befriedigend. Viele Kinder orthodox gewordener Eltern benutzten eben den Übertritt, um sich jeglichem Schulunterricht zu entziehen. Stoljarow stellt fest, der unentbehrliche Rückhalt dieser Schulen bei den bäuerlichen Gerichtsinstitutionen fehle eigentlich ganz, ohne diese und die Gemeindeverwaltungen kämen die orthodoxen Schulen nicht aus, und diese standen meist feindlich zu ihnen²⁹⁾. Daß auf lutherischer Seite keine besondere Sympathie für diese Schulen bestand, unterliegt keinem Zweifel, daher sah man auch nicht den geringsten Anlaß, ihre Entwicklung zu fördern. So verboten einige Gutsbesitzer ihren bäuerlichen

²⁶⁾ *СМ. N IV 187*. Landtagsrede des Ritt. Optm. Graf W. Tiesenhausen. 9. XII. 1886.

²⁷⁾ P. Jordan, Beiträge zur Geographie und Statistik : Tabelle über die Orth. Schulen.

²⁸⁾ *Revalsche Zeitung* 1886 Nr. 16.

²⁹⁾ *Столяръ* рг. 67 69.

Pächtern, für orthodoxe Schulen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, und beriefen sich dabei auf das Bauerngesetzbuch. Auf den Bericht Poliwanow's, der diesen Tatbestand schilderte, schrieb der Zar, diese Frage sei unberzüglich zu entscheiden; die Regierung solle die zur Orthodogie Befehrten stützen und sie nicht beleidigen lassen³⁰⁾. Auch waren manche Gutsbesitzer nicht gewillt, durch den Verkauf von Grundstücken die Entstehung orthodoxer Kirchen und Schulen zu fördern; von russischer Seite wurde geklagt, nur völlig unbrauchbares Land, Wald oder Moor, werde angeboten. Ein 1887 erlassenes Gesetz über den obligatorischen Landverkauf für Kirchenzwecke sowie für orthodoxe Schulen löste diese Frage im russischen Sinne, was jedoch bereits in eine nicht mehr zu behandelnde Periode fällt³¹⁾. Daß Gutsbesitzer und Pastoren dem Vordringen der Orthodogie und ihren Schulen Widerstand entgegensetzten, ist nur zu natürlich, sahen sie doch in der lutherischen Kirche und der konfessionellen Volksschule zwei der stärksten Stützen der Sonderstellung des Landes Rußland gegenüber. Deutlich formuliert diese Anschauung eine Äußerung des Pastors zu Karusen. In einem Schulbericht heißt es: die griechische Propaganda kommt, um an Kirche und Schule den Probierstein anzulegen. Die Volksschule als Kirchenschule mit Betonung des Religionsunterrichts ist eine Hauptmacht gegen das falsche nationale und materialistische Treiben der Hecker. Jetzt erst wird es vielen zum Bewußtsein kommen, was unsere Schule bisher geleistet hat³²⁾. Der Versuch, gegen die Konversion aufzutreten, ist nicht gelungen, sondern die Entwicklung in den Jahren nach dem Ressortwechsel führte dazu, daß die Konversion mit der Zeit auch auf die anderen Kreise übergriff und in ihrem Gefolge an vielen weiteren Orten orthodoxe Schulen entstanden

³⁰⁾ R. d. E. G. Nr. 1229/6 [1884] Rechenschaftsbericht des Gouv. Poliwanow per 1883; — Minister Durnowo an den Gouv. Poliwanow. St. Petersburg 21. VI. 1884 Nr. 403.

³¹⁾ Изъ архива Князя С. В. Шаховскаго. III. рр. XIV. ff.

³²⁾ ЕМН I 453/55. Schulbericht Karusen 1882.

10. Der Ressortwechsel der Volksschule im Jahre 1885.

Die Konversion hat dazu beigetragen, für die Landes Schulbehörden die größten Schwierigkeiten hervorzurufen, die Festigkeit des Schulnetzes aufzulockern und die Monopolstellung der lutherischen Bauernschulen zu durchbrechen. Dieses geschah nicht zufällig, sondern entsprach dem Zuge der russischen Politik. Wir haben gesehen, daß schon seit längerer Zeit in Regierungsorganen die Frage diskutiert worden war, ob nicht die Volksschule den Landesbehörden zu entziehen und dem Ministerium für Volksaufklärung zu unterstellen wäre. Bisher war es aber noch nicht zu diesem Schritt, der das Ende der Sonderentwicklung der baltischen Volksschule bedeutet und diese weitgehend dem russischen Schulnetz angepaßt hätte, gekommen. Für Kirche und Ritterschaften war in diesem Punkt ein Feind im Lande erwachsen, nämlich die radikale Partei der nationalen Bewegung der indigenen Völker, welche sich die Forderung nach dem Ressortwechsel zu eigen machte und eine Ausschaltung aller Einflüsse des Deutschtums auf die Volksschule zugunsten solcher von staatlicher Seite erstrebte. Wir wissen auch, daß von estnischer Seite diese Forderung immer wieder staatlichen Organen gegenüber zum Ausdruck gebracht worden war, so bei Gelegenheit der estnischen Delegation von 1881. Die Revision des Senators Manassein bot den geeigneten Moment, um wieder derartige Wünsche anzubringen. So rief z. B. der „Walguß“ die Lehrer direkt dazu auf, Manassein Bittschriften zu übergeben und darauf hinzuweisen, in den Schulen werde viel zu viel Zeit auf ganz unnütze Dinge, wie den Religionsunterricht, verwandt¹⁾. Die estnische Presse tat ihr Möglichstes, um all das, wessen man von Rußland gewärtig sein konnte, in möglichst rofigen Farben zu schildern. So schreibt der „Walguß“, das russische Volk suche das Leben der Esten zu bessern, die Esten müßten es daher lieben und mit ihm Hand in Hand gehen. Was die Esten wä-

¹⁾ Walguß 1882 Nr. 20.

ren und hätten, dankten sie dem russischen Volk, deshalb hielten sie treu zu Rußland. Nach dem Westen schauten sie nicht und erwarteten von da kein Glück, denn von dort sei ihnen nichts Gutes gekommen. Je näher sie den Russen treten, umso vorteilhafter, denn umso freier würden sie sein. Wie herrlich und froh in Freiheit leben viele Völker unter dem russischen Nar²⁾). Wenn man dazu bedenkt, wie scharfer Kritik immer wieder die Landesschulverwaltung unterzogen wurde, so kann man es verstehen, wenn weite Kreise eine Veränderung der herrschenden Schulzustände und einen starken staatlichen Einfluß auf die Schulen wünschten. Reimann vertritt den Standpunkt, das estnische Volk habe die Unterstellung der Schulen unter das Ministerium für Volksaufklärung erstrebt³⁾. Wesentlich vorsichtiger äußert sich Ruut, das Volk habe die Unterstellung unter den Staat nicht gewünscht, wohl aber einige tätige Personen. Das Bauernvolk selbst nehme ja nicht an einer geistigen Bewegung teil, sondern ihm seien diese Wünsche einge-redet worden⁴⁾. Daß der Ruf nach dem Ressortwechsel nicht in breiteren Schichten des Volkes selbst entstanden ist, sondern in der Intelligenz, und vom radikalen Flügel der nationalen Bewegung propagiert worden ist, dürfte sicher sein. Dieser Tätigkeit war es gelungen, die bestehende Schulverwaltung unbeliebt zu machen, besonders wo sich deren Ziele von jenen der jüngeren Lehrergeneration durch die nationale Bewegung immer mehr entfernten und ein sich Auseinanderleben im Gange war. Diese Wünsche hätten aber kaum zum Ziel geführt, wenn nicht die Russifizierung der Volksschulen in der Linie der Bestrebungen des Staates gelegen hätte.

Die Jahre 1883 und 1885 brachten zwei neue Männer, die auch für die estländische Entwicklung maßgebend werden sollten. Der bisherige Gouverneur Poliwanow war, wenn auch energielos, so doch durchaus wohlwollend gewesen. Der scharfe national-russische Kurs unter Alexander III. führte bald dazu, daß ihm Befehle zgingen, die er nicht billigte. Poliwanow ging, und ihm folgte 1885 der bisherige Gouverneur von Tschernigow, Fürst Sergej Schachowskoj⁵⁾. Dieser stand weitgehend unter dem Einfluß panslawistischer Ideen, zu deren radikalem Vertreter er wurde, und vertrat die Überzeugung, eine möglichst nahe politische und kulturelle Angliederung der Grenz-

²⁾ dto. 1883 Nr. 4.

³⁾ Willem Reiman, Eesti ajalugu. pg. 134.

⁴⁾ Ruut pg. 55.

⁵⁾ A. Koigi. Tagebuch L. v. Grünewaldt. 1885.

gebiete an Rußland sei unbedingt erforderlich. Als Gouverneur von Estland ging seine Politik dahin, allen Boden einer Entwicklung der „Prinzipien der Balten“ — d. h. die historisch gewordene Sonderstellung des Landes, zu vernichten⁶⁾. Einen Bundesgenossen fand er hierin im neuen Kurator Rapustin (seit 1883), der alles daran setzte, in Schulfragen den Einfluß des Ressorts für Volksaufklärung zu erweitern. — Wir kennen die nähere Vorgeschichte des Ressortwechsels nicht, da die betreffenden Akten unerreichbar in Archiven Rußlands liegen. Aber es ist wohl sicher, daß diese beiden Männer maßgebend dazu beigetragen haben, daß das längst drohende Ereignis im Jahre 1885 Wirklichkeit wurde. 1884 war es zu einem Konflikt zwischen Rapustin und der livländischen Landesschulverwaltung gekommen, der sich auf der Basis der Ministerialschulen ergeben hatte, wobei Rapustin die Rechte der ihm unterstehenden Schulen geschmälert glaubte. Am 24. XI. 1884 teilte er mit, er werde die Unterstellung der baltischen Volksschulen unter das Ministerium für Volksaufklärung anregen. Zunächst sind derartige Schritte nicht erfolgt, auch wurde dem Landmarschall Baron Meyendorff von einem Gewährsmann in kompetenter Stellung, dem Ministergehilfen Durnowo, versichert, ihm sei nichts derartiges bekannt⁷⁾. Wir wissen aber, daß im Herbst 1885 in St. Petersburg eine Konferenz stattfand, an der u. a. die drei baltischen Gouverneure, drei Gehülfen des Innenministers, der Senator Manassein und auch Rapustin teilnahmen, und daß dort die Frage der Unterstellung der baltischen Volksschulen unter das Ministerium für Volksaufklärung beraten worden ist⁸⁾. Am 20. XI. 1885 wurde Rapustin vom Zaren empfangen und schlug diesem die Durchführung des Ressortwechsels vor, um damit die Möglichkeit zu einer Leitung des Schulwesens in russischem Geiste zu schaffen⁹⁾. Am 26. XI. 1885 erfolgte dann der Ukas des Zaren, der die baltischen lutherischen Volksschulen und Seminare aus der Kompetenzsphäre des Innenministers ausschied und dem Ministerium für Volksaufklärung unterstellte. Als Zweck dieses Schrittes wurde ausgeführt, es solle eine Vereinheitlichung der Aufsicht über die Schulanstalten erfolgen und das Schulwesen eine einheitliche Richtung

⁶⁾ Изъ архива. I. pg. XXIII; III. pg. LVIII.

⁷⁾ G. f. G. u. A. Miga. Archiv Baron F. Meyendorff. Akte Nr. 107 Kurator Rapustin an die livl. Oberlandtschulbehörde. Dorpat 27. XI. 1884. Nr. 5899; Baron F. Meyendorff an das livl. Landratskollegium. Miga 27. IV. 1885. Nr. 75.

⁸⁾ ГАМ. II IV 181. Ausschuß-Protokoll 9. XII. 1885.

⁹⁾ A. v. Tobien, Die livländische Ritterschaft. I. pg. 247.

erhalten¹⁰⁾. Das sollte also bedeuten, daß die Sonderstellung, die das baltische Volksschulwesen bisher innegehabt hatte, nunmehr aufhörte und dieses nach denselben Gesichtspunkten wie die Volksschulen des Russischen Reiches zu verwalten war. Für die Russifizierung der Volksschule war nun der Weg frei, und die Epoche des Landes Schulwesens hatte ihr Ende gefunden. Zwar herrschte nicht in allen Regierungskreisen eine einheitliche Auffassung darüber, wie nun weiter verfahren werden sollte. Die bisherigen Schulbehörden waren ja nicht aufgehoben, und der Gehülfe des Ministers für Volksaufklärung Wolkonsky wollte z. B. auch fernerhin eine weitgehende Mitarbeit von Kirche und Ritterschaft beibehalten. Auch hatte der Minister für Volksaufklärung, Deljanow, versprochen, die Reform werde in konservativem Sinne erfolgen und die geistliche Aufsicht je nach der Konfession jedenfalls erhalten bleiben¹¹⁾. Die Richtung jedoch, die z. B. von Kapustin vertreten wurde und eine möglichst umfassende Ausschaltung dieser provinziellen Einflüsse erstrebte, war die stärkere und hat die weitere Entwicklung bestimmt. Mit Recht konnte Graf Tiesenhausen feststellen, durch den Ufaß sei der bisherigen Verwaltung des Schulwesens eigentlich jeder Boden genommen. Zahlreiche Ministerialschulen entstanden und entzogen viele Kinder der Aufsicht der Landes Schulbehörden. Die Konversion trug weiterhin dazu bei, daß in steigender Zahl Kinder aus den lutherischen Schulen ausschieden und vielfach ohne Unterricht blieben. Durch den Eintritt in orthodoxe Schulen entzogen sich weitere lutherische Kinder dem Schulzwang. Eine Reihe von Gemeinden schritt selbst daran, ihre lutherischen Schulen zu schließen und dafür orthodoxe zu eröffnen. In allen solchen Fällen, wo also Übertretungen des zu Recht bestehenden Reglements von 1875 stattfanden, konnten sich die betreffenden Personen oder Körperschaften auf die Autorität Kapustins stützen, wo sie stets Schutz fanden. Die Oberschulkommission hatte nur die Möglichkeit, sich auf die Erhaltung des Bestehenden zu beschränken, und mußte dabei erleben, daß das in jahrzehntelanger Arbeit aufgebaute Werk der lutherischen Volksschule auseinanderzubröckeln begann. Sie war nicht immer in der Lage, für ihren Rechtsstandpunkt einzutreten und z. B. mit der erforderlichen Strenge Gemeinden gegenüber vorzugehen, wenn diese gegen die formell nicht aufgehobene bisherige

¹⁰⁾ R. d. E. G. Tisch: Verwaltung. Afte Nr. 26/23. [1886] Minister Duranow an den Gouv. Fürst Schachomstow. St. Petersburg 31. XII. 1885 Nr. 26080.

¹¹⁾ GMA. A IV 187. Ausschuß-Protokoll 11. III. 1886.

Ordnung verstießen¹²⁾. So war sie gezwungen, einen aussichtslosen Kampf um das Bestehende gegen die Organe des Staates zu führen. „Wir wissen, was wir uns selbst und den Bewohnern dieses Landes schuldig sind. Tausendmal lieber ein Ende in Ehren, als Schande ohne Ende“, — so hatte Graf Tiefenhausen in seiner Eröffnungsrede zum Landtag 1886 erklärt¹³⁾. Derartige Erwägungen waren es, die die Ritterschaft bewogen, selbst Geschaffenes zu zerstören, um es nicht in den Dienst der Russifizierungspolitik zu stellen. So ist das Seminar zu Paschlepp nicht mehr wiedereröffnet worden, und auch Ruda wurde 1887 geschlossen, als die Unmöglichkeit klar wurde, das Seminar im bisherigen Geiste fortzuführen¹⁴⁾. Immer weiter wurden die Rechte von Kirche und Ritterschaft inbezug auf die Schulen beschnitten, bis schließlich nur die Aufsicht über den Religionsunterricht übrig blieb, und die Volksschule mit russischer Unterrichtssprache im Lande Tatsache geworden war.

Wozu auch der Ressortwechsel ein Baustein sein sollte, charakterisiert mit Deutlichkeit ein Artikel der „Nowostj“ im Jahre 1886. Das russische nationale Selbstgefühl und die russische Staatsidee verlangten es, daß jeder Bewohner der Ostseegouvernements sich als russischer Staatsbürger fühle, daß die baltische Bevölkerung dem übrigen Rußland in Rechten und Pflichten gleichgestellt werde, daß die antediluvianischen Ordnungen, welche zugunsten einer Bevölkerungsklasse und zum Schaden der anderen bestünden, ein für allemal beseitigt würden¹⁵⁾. Von weit größerem Interesse sind jedoch die Äußerungen der estnischen Presse zum Ressortwechsel. Der „Walguš“ ist von größter Genugtuung erfüllt und stellt fest, der Ressortwechsel werde alle wahren Freunde der Volksbildung und des estnischen Volkes erfreuen. Seine Notwendigkeit sei schon längst erkannt worden, und der „Walguš“ habe sich stets bemüht, diese Erkenntnis zu fördern. Nun habe der Zar die Sache des Estenvolkes eines solchen Glückes gewürdigt, deshalb erhebe sich zu ihm ein Gefühl tiefster Dankbarkeit des Volkes. Diese Gnade werde für das estnische Volk in Wahrheit fruchtbringend sein, dem Volk Nutzen und Glück, aber auch dem Staat und Heimatlande Nutzen bringen. Einheit werde nun zwischen Volks- und Staatsschulen herrschen, Einheit im Fortschritt der Bildung der jungen Ge-

12) dto. Rechenschaftsbericht des Ritt. Öptm. Graf Tiefenhausen an den Landtag XII. 1886.

13) dto. Landtagsrede des Ritt. Öptm. Graf Tiefenhausen. 9. XII. 1886.

14) Neumann pg. 33 — 35.

15) Revalsche Zeitung 1886 Nr. 176.

neration¹⁶⁾. So würden die Lehrer es in Zukunft weit besser als bisher haben, da sie nun unter der Staatsregierung stünden und die Verwaltung der Schulen eine allgemeine sei¹⁷⁾. Der „Eesti Postimees“ glaubt, die estnische Sprache werde nicht aus der Volksschule verschwinden, da dieses ja den pädagogischen Grundgedanken widersprechen würde. Etwas Sorgen macht ihm allerdings die Frage, wer die Schulen unterhalten solle, wenn die Höfe ihre Landfundierungen zurückziehen sollten, denn daß die Krone das tun werde, hält er für einen Traum. Jedenfalls glaubt er, in mehrfacher Beziehung werde sich das Los der Schulen verbessern, — das Übrige wolle man in froher Hoffnung abwarten¹⁸⁾. — Die Äußerungen des „Olewik“ sind schon wesentlich vorsichtiger, und er stimmt nicht in den ungeteilten Jubel des „Walgus“ ein. Er schreibt: Was die alte Schulverwaltung für unsere Volksbildung gewesen ist und noch ist, wissen wir; was die neue sein wird, muß erst die Zukunft erweisen. Bedeutsam ist die Veränderung in hohem Grade. Je mehr politische und ähnliche Bestrebungen bei Seite gelassen werden, mit desto größerem Segen wird die neue Schulverwaltung wirken. Die Volksschule wird umso mehr blühen, je mehr das estnische Volk bei seiner Schulverwaltung beteiligt ist, denn so würde die Schule zu einem Pflege- und Schutzkinde des estnischen Volkes werden¹⁹⁾. Der Kaiser hat den Ressortwechsel befohlen und will seinem kleinen, treuen Estenvölkchen einen Schritt vorwärts helfen. Hemmnisse und Schäden sind da nur zeitweilige Erscheinungen. Man soll aber seine Hoffnungen nicht vor der Zeit zu Jubel anschwellen lassen. Möge alles so verlaufen, daß man sagen kann: für diese Umgestaltung war das Estenvolk reif²⁰⁾! Es spricht aus diesen Zeilen die deutliche Hoffnung, die bisherigen Rechte des Deutschtums in Bezug auf die Volksschule würden nun auf das estnische Volk übergehen, und dieses werde, gestützt auf den Staat, die Schulen seinen eigenen Wünschen entsprechend ausgestalten können, nachdem der deutsche Einfluß einmal abgeworfen. Rußland hat diese Erwartungen nicht erfüllt und die Wünsche des estnischen Volkes unberücksichtigt gelassen, sogar die Muttersprache als Unterrichtssprache verdrängt. Vom russischen Standpunkt aus gesehen kannte die Schule bisher kein Vaterland (Rußland) und wollte es auch nicht kennen, sondern war ein „kosmo-

¹⁶⁾ dto. 1886 Nr. 8.

¹⁷⁾ dto. 1886 Nr. 53.

¹⁸⁾ dto. 1886 Nr. 148.

¹⁹⁾ dto. 1886 Nr. 10.

²⁰⁾ dto. 1886 Nr. 62.

politisches Gebilde“ mit vorwiegend deutschen Kultureinflüssen. Rappustin hielt das für etwas Unnormales, Zeitweiliges, Zufälliges, sah aber die Schule als Kind des Staates an, mit dem sie eine Sprache reden, dieselben Gefühle und Bestrebungen haben sollte. So brachte gerade die Russifizierung vom russischen Standpunkt aus einen frischen Lebensstrom in das baltische Leben und der Russe hoffte auf ein reges Leben und Wirken dieses russischen Geistes²¹⁾.

Es ist nun nicht uninteressant, den estnischen Äußerungen aus der Zeit des Ressortwechsels spätere entgegenzustellen, nachdem man seine Erfahrungen mit Rußland gemacht und speziell durch seine Schulpolitik auf das schwerste enttäuscht worden war. So stellt Heinrich Rosenthal fest, zur Zeit des deutschen Regimes hätten die Esten in der Dorfschule so viel gelernt, wie dort gelehrt wurde, später seien sie aber bei der russischen Unterrichtssprache einfach unwissend geblieben, wenn auch gewisse russische Sprachkenntnisse erworben wurden. Beim ständigen Personalwechsel im Ministerium seien die Verwaltungsprinzipien fluktuierend gewesen, auch die Volksschulinspektoren hätten immer wieder gewechselt. Diese meist russischen Beamten hätten kein Interesse an einem näheren Kontakt mit dem Volk besessen. Eine sittliche Erziehung und der Erwerb praktischer Kenntnisse für das Leben habe der russifizierten Volksschule völlig gefehlt, die Folge sei die Demoralisation gewesen²²⁾. — J. Annusson konstatiert, die Hülfe der Russen habe sich im Vergleich zum Germanisierungsprozeß in den höheren Schulen als eine Verschlimmerung erwiesen. Die Deutschen hätten bei ihrer Tätigkeit wenigstens äußerlich eine gewisse Zurückhaltung gezeigt, die Russen seien aber mit großem Hallo an die Arbeit der Entnationalisierung geschritten und hätten sie ohne Nachgeben bis zum Zusammenbruch des russischen Reiches fortgesetzt. Die Schule sei zum Spielplatz der Eigenwilligkeit und Gewalt geworden, und man habe direkt darauf gesehen, daß durch sie nur ja nicht die natürliche Entwicklung der Kinder gefördert würde²³⁾. Ruut's Überzeugung nach hat das Volk nach dem Ressortwechsel Achtung und Pflichtbewußtsein gegenüber Schule und Lehrern verloren, dagegen sei Unordnung im Schulbesuch und Unterricht eingerissen. Das Einzige, was in den Schulen wirklich ernstlich verlangt worden sei, sei die russische Sprache gewesen, worunter die

²¹⁾ I. Азукюль. Министерскія училища въ Прибалтійскомъ краѣ [Свѣтъ 1902 Nr. 188].

²²⁾ Rosenthal pg. 353—354.

²³⁾ J. Annusson, Wana ja uus kool. pg. 5.

übrigen Fächer gelitten hätten. Infolgedessen sei im Vergleich zu früher das Niveau des Wissens in den Schulen gesunken. So sei die Schule zu einem Mittel der Politik geworden, ganz anders als zur Zeit des kirchlichen Regimes²⁴⁾! H. Sepp muß zugeben, in den Landschulen habe man vor dem Ressortwechsel der estnischen Sprache noch Lebensrecht gegeben, in den russifizierten Schulen seien aber die Kinder unwissend geblieben oder bei längerer Einwirkung zu Russen geworden²⁵⁾. Auch Hans Kruus gelangt zu einer ungünstigen Beurteilung der Russifizierung der Volksschule. Er stellt fest, Rußland habe gehofft, durch die Schulreform russische Sprache und russischen Geist in weite Kreise zu tragen. Diese Erwartung sei nicht erfüllt worden, wohl aber sei ein starker Rückschritt im estnischen Bildungsleben eingetreten. An die Stelle der geistbildenden Tätigkeit der Volksschule sei das lähmende Erlernen einer Fremdsprache getreten. Als Folge dieser Reformen sei die Zahl der Schulen, Schüler und Lehrer zurückgegangen²⁶⁾. So war der Ressortwechsel, von weiten Kreisen der estnischen Intelligenz herbeigewünscht, zu einer Schädigung der Belange des estnischen Volkes geworden.

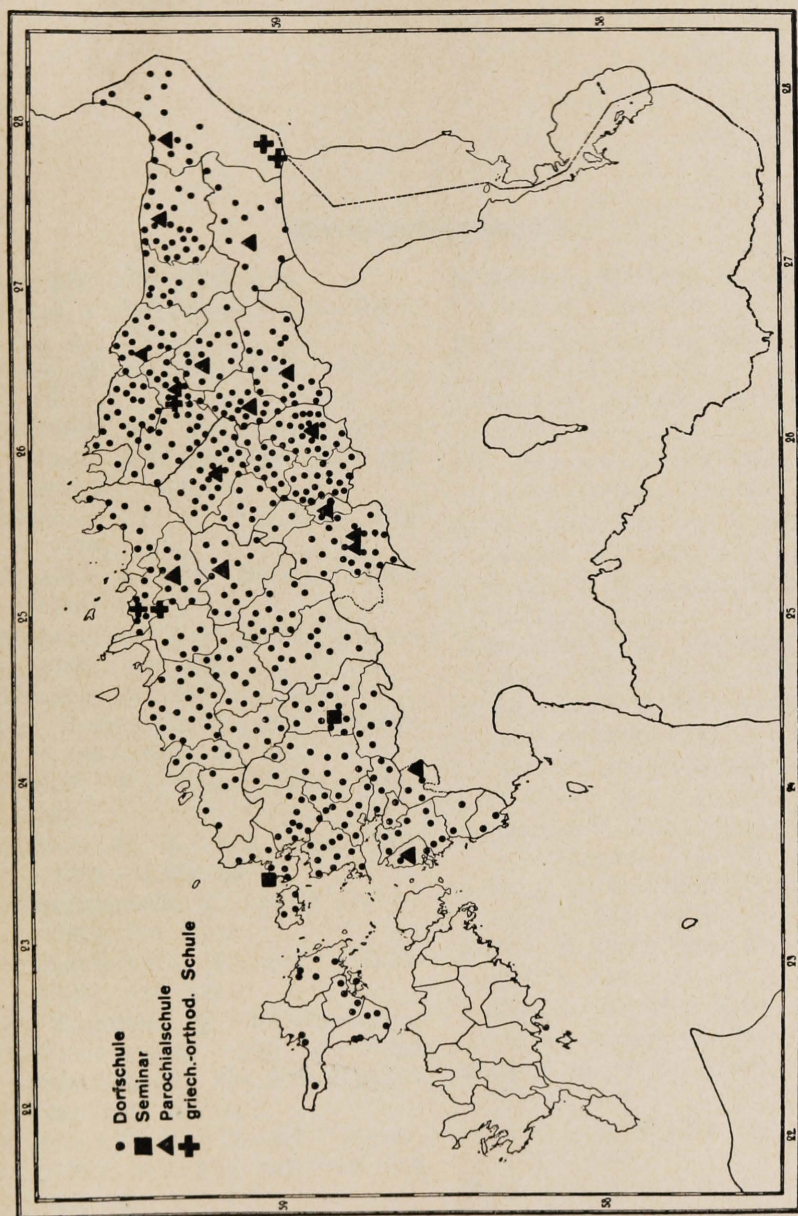
Aus dürftigen Anfängen hatte sich im Verlaufe des neunzehnten Jahrhunderts das estländische Volksschulnetz entwickelt. Ehe es zu einer größeren Blüte gelangen konnte, wurde das begonnene Werk zerstört. Die Volksschule zur Zeit des Ressortwechsels war gewiß noch lange nichts Vollkommenes, befand sich jedoch im Aufstieg, und das gerade auch dank der Zusammenarbeit zwischen baltischem Deutschtum und Estentum. Bei aller berechtigten Kritik am Geleisteten wird dieses Moment im Auge zu behalten sein. Nur bei einer sachlichen Prüfung des Tatbestandes und der Bereitschaft, nötigenfalls bestehende Vorurteile zu revidieren, wird ein rechtes Verständnis der estländischen Volksschulgeschichte zu erreichen sein.

²⁴⁾ Ruut pg. 47, 58.

²⁵⁾ Postimees 1919 Nr. 13.

²⁶⁾ H. Kruus, Eesti ajaloogu II. pg. 87.

Das Bauernschulnetz Ostlands im Jahre 1882.



Die Karte zeigt das gesamte Gebiet des heutigen Staates Ostland und veranschaulicht auf diese Weise, ein wie großer Teil derselben in der Untersuchung behandelt worden ist.

Namensverzeichnis.

- Abo, Billi Jafu (1787), 29.
 Ahrens, C.; P zu Kusai (1803—1863),
 6. 144. 148. 419.
 Alatfei, M.; Lehrer zu Rindel (1849—),
 460.
 Albedinſki, P.; Gen.=Gouv. (1826—
 1883), 252. 253. 254. 283. 292.
 298. 299. 300.
 Albertini. Aſſ. d. eſtl. Gouv. Reg.
 (1874), 296.
 Alexander I. Ruſſ. Kaiſer. (1777—
 1825), 87. 187.
 Alexander III. Ruſſ. Kaiſer. (1845—
 1894), 439. 492.
 Annuſſon, J. (1884—), 497.
 Gr. Araftſchejew, A. A.; Miniſter.
 (1769—1834), 83. 84.
 v. Baer, A., Piep. (1826—1914),
 263.
 v. Baer, M. J., Ritt. Optm. Piep.
 (1765—1825), 82.
 v. Baggohuſtubdt, C., Landrat. (1786—
 1867), 178.
 v. Baggohuſtubdt, B., Sad. (1843—
 1923), 314. 379.
 J. Bagration, P. A., Gen.=Gouv.
 (1816—1876), 300. 301. 303.
 310. 311. 312. 316. 317. 318. 320.
 321. 322. 323. 324.
 v. Baranoff, A.; Allenfüll. (1824—
 1878), 313. 314. 351. 352. 357.
 367. 369. 416. 417.
 v. Baranoff, Chriſtel. Frä. (1819—
 1888), 357.
 v. Baranoff, Chr.; Weinjerwen. (1815
 —1883), 357.
 v. Baranoff, Chr. D.; Landrat. (1780
 —1856), 122. 175.
 v. Baranoff, C. G.; Wäſ; Landrat.
 (1713—1796), 48.
 v. Baranoff, Mathilde, Frä. (1814—
 1886), 357.
 Gr. Baranow, Ed. T. Gen. Gouv.
 (1811—1884), 251. 290.
 de la Barre, Chr., gb. v. Gildenhoff.
 Ehefer. († 1774), 15.
 v. Baſer, A. G., Stodmannshof. (18.
 Jahrh.), 41.
 v. Bendendorff, G.; Löwenwolde. Ritt.
 Optm. (1815—1883), 200.
 v. Bendendorff, P., Ritt. Optm., Zivil=
 gouv. (1784—1841), 116. 117.
 136. 137. 140. 142. 146. 159. 160.
 161.
 v. Berends, A. C. G.; Rönnefüll. (1815
 —1877), 352. 356. 363.
 v. Berg, C. A.; Glieb d. eſtl. Gouv.
 Reg. (1729—1773), 18.
 v. Berg, F. W. R.; Gen. Adj. (1794—
 1874), 224.
 v. Berg, J. G.; Ritt. Optm., Wahfüll.
 (1760—1844), 74. 75.
 Berg, J. G.; P zu Jörden. (1817—
 1878), 289.
 v. Berg, R. J. P.; Reg. Rat. (1805—
 1880), 140.
 Biedermann, C. Chr. J.; P zu Kanehl.
 (1736—1811), 58.
 Blagoſchſkiſchenſki, W. T. (1801—
 1864), 233.
 v. Bod, W. (1816—1903), 279.

- Bodeck, E. G.; P. zu Nissi. (1793—1869), 106. 151.
- b. Bohn, G.; General en Chef. Nafif. (1672—1743), 13.
- b. Bradle, G. Kurator. (1796—1862), 226.
- b. Brebern, Chr.; Bao (1819—1899), 313. 351. 413.
- b. Brebern, G.; Ritt. Sekr. (1807—1892), 170. 171. 172.
- b. Brebern, G. Chr. J.; Altenhof. (1849—1889), 478.
- b. Brebern, P. A.; Maart. (1813—1891), 363.
- Gr. Brovone, G.; Gen.=Gouv. (1698—1791), 16. 21. 23. 24. 25. 26. 27. 28. 29. 30. 31. 32. 33. 37. 38.
- Bud, Lehrer zu Maart. (1882), 461. 462.
- Gr. Burghönden, E., gb. Archlow. Lohde. (1840—), 363.
- Gr. Burghönden, F. W.; Gen.=Gouv. (1750—1811), 63. 64. 68.
- b. Burhoebeden, P. W.; Delfischer Landmarſch. (1787—1841), 128.
- b. Cahdeus, E. G.; Glied d. Gouv. Reg. († 1768), 18.
- Gr. Cancrin, G.; Minister. (1774—1845), 218.
- Cannabich, J. G. Fr.; Geograph. (1777—1859), 211.
- Carlblom, G.; P. zu Nudö. (1761—1814), 68.
- Carlblom, J.; P. zu Nudö. (1793—1861), 187.
- Carlblom, P.; P. zu St. Matthias. (1785—1834), 102.
- Chalenius J.; P. zu Pühkalep. († 1776), 14.
- B. Clodt-Jürgensburg, B. G.; Wannamois. (1767—1853), 155.
- b. Cube, J. L. F.; Libl. Bizegoub. (1788—1855), 130.
- b. Dehn, J. G.; Emmomäggi. (1796—1861), 200.
- b. Dehn, R. G.; Kono. (1816—1878), 200.
- Deljanow, J. D., Minister. (1818—1897), 494.
- B. Dellingshausen, N., Ritt. Optm.; Rat=tentad. (1827—1896), 253. 353.
- b. Dersfelden, J. J.; Oberkirchenvorste=her. (1731—1806), 31.
- Diedhoff, Fr.; Kurtna. (1794—1839), 146. 147.
- Doljansky, Estl. Reg. Rat. (1884), 479.
- Du Hamel, D. M.; Stellv. d. Gen.=Gouv. (1768—1840), 100.
- Durnowo, J. N.; Ministergehilfe. (1834—1903), 493.
- Eberhard, P.; P. zu Golbenbeck. (1819—1886), 228. 230. 420.
- Eichhorn, E. W.; Rüstler zu Al. Marien. (1849—1924), 349.
- Eimwald, A. (1882), 417.
- Eisen, J.; Lehrer zu Fidei. (1829—1901), 214.
- Eisenschmidt, W.; P. zu Dorpat. (1839—1922), 467. 468.
- Elmar, Abfolv. d. Kalewipoeg=Schule. (1884), 478.
- b. Engelhardt, M.; Ritt. Optm. (1800—1870), 159. 219. 221.
- b. Effen, A.; Soinik. (1800—1874), 190. 221. 260.
- b. Effen, M.; Ritt. Optm., Borkholm. (1796—1869), 189. 190.
- b. Effen, Schwed. Edelmann. (1873), 329.
- Gr. Effen=Stenbock=Jermor, N., Be=amter z. bef. Auftr. (1847—), 296.
- Ewers, J. P. G., Rektor. (1781—1830), 211.
- Fählmann, J. N. (1798—1850), 427.
- Fanthaenel, L., P. zu Al. Marien. (1845—1892), 349.
- Felicius, J. G., P. zu St. Johannis i. G. (1787—1850), 104.
- Fied, E. G., P. zu Regel. (1801—1883), 178. 179. 197. 272.
- Flor, J. G. (1730—1808), 161.
- b. Fock, E., Landrat. Saggab. (1798—1884), 170. 171. 175. 183. 184. 212. 213.

b. Jöfferjahn, G. F., *Bibl. Zivilgouv.* (1764—1848), 128.
 Jorjeliuss, B. G. († 1688), 12.
 Franklin, Benj. (1706—1790), 477.
 Jrese, Th. B., P zu Böna. (1805—1866), 150
 Freund, J. M., P zu St. Martens. (1764—1828), 120. 121.
 Freh, A., Torri. (1854—1928), 10. 368. 393.
 Friebe, W. Chr. (1762—1811), 22. 40.
 Frischmann, A. E., *Paßschlep.* (1838—1902), 331. 332.
 Fufajew, B., *Volkschulinspektor.* (1873), 296.
 Gahlnbaeck, L., *Gouv. Schuldir.* (1807—1878), 400.
 Galkin, M. N., *Eftl. Gouv.* (1834—), 292. 293. 299. 300.
 Gr. de la Gardie, M., *Bergshof.* (1788—1856), 181.
 Gebhardt, F. Th., P zu St. Joh. i. J. (1803—1869), 158. 180. 181. 184. 185.
 Gebhardt, F., P zu St. Joh. i. J. (1832—1902), 386. 387. 401. 402. 418. 419. 461.
 Georgin, Lehrer zu St. Joh. i. J. (ca. 1860), 276.
 b. Gernet, A. (1865—1920), 10.
 b. Gernet, F., *Kreisdeput., Ritvidrepäh.* (1824—1909), 334.
 b. Gernet, R. J., *Neuenhof.* (1776—1857), 170.
 Gildenmann, B., *Lehrer zu Jeddeler.* (1822—1887), 181. 191. 199. 214. 215. 216. 217. 218. 227. 259.
 Gildenmann, M., *Lehrer zu Fidef.* (1833), 214.
 B. Girard de Soucanton, J. R., *Runda.* (1826—1896), 346.
 Girgenjohn, W., P zu Rudö. (1835—1902), 330. 331. 332. 333. 334.
 Glanström, J. F., P zu St. Michaelis. (1742—1819), 101.
 Glanström, B. A. F.; P zu Ampel. (1788—1829), 108. 149. 167.

Glanström, Th. F.; P zu St. Michaelis. (1754—1850), 143. 144. 145. 150. 158. 174. 196.
 J. Golikhn, A. N., *Minister.* (1774—1844), 84. 115. 116.
 Golowin, E. A., *Gen.-Gouv.* (1782—1858), 194.
 Grenzstein, A. (1849—1916), 423.
 Grohmann, J. F., P zu Turgel. (1764—1828), 106. 109.
 Grohmann, W. E., P zu Turgel. (1802—1874), 158. 212. 352. 402. 416. 417.
 b. Grote, F., *Bibl. Landmarßhaff.* (1768—1836), 128.
 b. Grotenhjelrn, G. F., *Eftl. Zivilgouv.* (1721—1798), 23. 24. 26. 27. 30.
 b. Grotthuß, D. E., *Kurl. Landesbevollm.* (1832), 128.
 b. Grünewaldt, A., *Orrisaar.* (1805—1886), 94. 159. 162. 186. 199.
 b. Grünewaldt, J., *Ritt. Optm., Zivilgouv.* (1796—1862), 94. 125. 128. 129. 159. 160. 194.
 b. Grünewaldt, J. G., *Landrat. Koif.* (1835—1901), 395. 413.
 b. Grünewaldt, M. R., *General.* (1797—1877), 322. 323.
 b. Grünewaldt, D., *Landrat. Koif.* (1801—1890), 94. 159. 170. 171. 178. 285.
 b. Grünewaldt, W., *Orrisaar.* (1843—1920), 485. 486.
 b. Hagemeister, H. G. Th., *Drostenhof (Bibl.).* (1784—1845), 147.
 Hagen, J. A., *Verfasser e. Choralbuches.* (1786—1877), 211.
 Haken, B. G., P zu Merjama. (1744—1810), 59.
 Haller, A. M., P zu Reiniß. (1730—1798), 35. 58.
 Haller, E. B., P zu Rappel. (1810—1864), 179. 196. 221. 228.
 Haller, J. B., P zu Reiniß. (1763—1816), 59.
 b. Harpe, C., *Kaulep.* (1804—1867), 185.

- b. Garpe, O. G., P. zu St. Katharinen. 1738—1796), 29. 35.
- Garten, C. E., P. zu Fidei. (1801—1882), 148. 151. 181. 189. 190. 191. 198. 218. 221. 258. 259. 261. 262. 335.
- Gaffelblatt, G., P. zu Malmö. (1787—1863), 197.
- b. Gaffter, O. F., Landrat. († 1773), 16.
- Heinrichsen, J., Seminarlehrer zu Ruda. (1824—1881), 200. 227. 257. 258. 259. 262. 335. 336. 338.
- Heinrichson, A., Lehrerin zu Fidei. (1841), 218.
- Henning, C. M., P. zu St. Petri. (1774—1856), 161. 162.
- Henning, G., P. zu St. Petri, (1823—1874), 430.
- Hermann, Schüler zu Fidei. (1845), 216.
- Hermann, R. A., Redakteur. (1851—1908), 421. 423. 436. 468. 469.
- Hinrich, Bastard a. Johannis Hof. (1787), 29.
- Hippius, R., P. zu Jsaak. (1835—1886), 354. 355.
- Hippius, Th., P. zu Nissi. (1762—1812), 51.
- Hirsch, J. B., Küster zu Pierfal. (1790—1834), 409.
- Hirschhausen, J. J. A., P. zu Segelecht u. Kusäl. (1773—1837), 59. 108. 109.
- B. Hjerta, F. F., Redakteur i. Stodholm (1873), 329.
- Hoepfener, J. J., P. zu St. Jürgens. (1745—1794), 29.
- Hoffmann, G. F., P. zu St. Marien-Magdalenen. (1826—1891), 221. 314. 367. 425.
- Hoffmann, G., P. zu St. Jacobi. (1843—1904), 411. 458.
- Hollmann, F. A. W., Libl. Gen. Sup. (1833—1900), 342.
- Brinz v. Holstein, P. A. F., Eftl. Gen.-Gouv. (1697—1775), 18. 19.
- Holst, O. R., P. zu Regel. (1757—1828), 58. 90. 96. 104. 107. 108. 115. 119.
- Hoerschelmann, A. F., P. zu Rötzel. (1801—1871), 181. 220. 221.
- Hoerschelmann, A., P. zu Rötzel. (1842—1912), 387. 420. 456.
- Hoerschelmann, F. D., Prof. d. Theologie. (1833—1902), 467.
- Hoerschelmann, O. A. L., P. zu St. Mariens. (1800—1874), 151.
- Hübner, [J. H., 1668—1731?], 161.
- b. Huene, A., Rechts. (1766—1819), 92.
- Hunnius, F., P. zu Malmö. (1836—1903), 346. 347.
- Hupel, A. W., P. zu Oberpahlen. (1737—1819), 21. 40.
- Hurt, J., P. zu Odenpäh. (1839—1906), 422. 423. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 439. 441. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 467. 468.
- Ignatius, D. F., P. zu Sagger. (1765—1834), 34. 51. 57. 58. 107.
- Ignatius, G. F., P. zu Reini. (1789—1865), 101.
- Ihering, J., Bischof. († 1657), 50.
- Jahn, J., P. zu Bühhalep. (1742—1805), 62.
- Jakobson, C. R., Redakteur. (1841—1882), 421. 422. 423. 424. 430. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 449. 452. 453. 456. 461. 463. 469. 472. 473. 474. 477. 484.
- Jakobson, Olieb d. Gef. Malewipoeg. (1884), 477.
- b. Jannau, G. F., P. zu Laiz. (1753—1821), 21. 40.
- Jannsen, J. W., Redakteur. (1819—1890), 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 436.
- Johansohn, G. J., Küster zu Fidei. (1795—1881), 214. 217.
- Jordan, P. E. (1825—1894), 268. 279. 280. 287.
- Jung, J. (1835—1900), 446.

Jürgens, J. R., Seminarlehrer zu Me-
ganderhof. (1799—1879), 161.
199.
Jürgensohn, D. H., Inspektor zu Dor-
pat. (1804—1841), 161.
v. Jürgenson, R., Gouv. Kontrollleur.
(1832), 128.
Jürgenstein, A., Eftn. Publizist. (1861
—1933), 445.
Jürmann, M., P. zu Tarwaft. (1853—
1932), 467.
Kaißarow, Kammerherr (1811), 73.
Kallas, R. G., P. zu Nauga. (1851—
1913), 423.
Kapuſtin, M. N., Kurator. (1828—
1899), 479. 480. 493. 494. 497.
Kaſwandik, Lehrer zu Tois. (1872),
455.
Keliſch, M., P. zu Turgel. (1712—
1756), 13.
Kentmann, W. F., P. zu Ruſal. (1833
—1901), 314. 385. 388. 394. 419.
421.
Kettler, J. G., P. zu Bönal. (1760—
1828), 60. 64. 81.
Kettler, S. Chr., P. zu Jörden. (1765
—1834), 101. 105.
Gr. Kehlerling, A., Ritt. Öptm., Ku-
rator. (1815—1891), 227. 239.
240. 243. 253. 286. 291. 320. 321.
327. 347.
Gr. Kehlerling, H., Kurl. Landesbe-
vollm. (1833—1903), 323. 324.
Kippert, Lehrer zu Kattentad. (1887),
481.
Kirschbaum, R., Seminarist zu Ruda.
(1833—1919), 227.
v. Klugen, A. (1787—1866), 183.
v. Knorring, C., Paſchlep. (1745—
1837), 50.
v. Knorring, J., Paſchlep. (1788—
1862), 187.
Knüpfner, A. F. J., P. zu St. Kathe-
rinen. (1777—1843), 76. 77. 87.
108. 136. 143. 145. 151.
Knüpfner, C. Th., P. zu St. Marien.
(1823—1871), 229. 231. 348. 349.

Knüpfner, G., P. zu Ampel. (1850—
1901), 466.
Koch, C. F. J., P. zu Jeme. (1787—
1847), 148.
Koch, C. J., P. zu Saggerä. (1803—
1864), 179. 230. 232.
Koch, R., Seminarlehrer zu Ruda.
1826—1859), 199. 223. 259. 260.
Köler, J., Professor. (1826—1899),
438. 455.
Körber, C. G. A., P. zu Jennern. (1802
—1883), 212. 421.
B. Korff, C., Waiwara. (1832—1895),
355. 356.
Kört, P., Parochiallehrer zu St. Ma-
rien. (1883), 349.
Körw, J., Redakteur (1849—1916),
476. 477.
v. Koſkull, C., Glied d. Gouv. Reg.
(1731—1804), 18.
Gr. Koſebue, P. D., General. (1801—
1884), 382.
Krafftström, G., Kurator. (1786—1854),
135. 138. 139. 161.
Kranig, C. F., Küſter zu Mommägi.
(1820), 125.
Kreuzwald, F. W., Dr. (1803—1882),
427. 431. 436. 472.
Krümmner, H., Direktor. (1797—1875),
161. 420.
v. Krusenſtjern, F. Ph., Landrat. (1782
—1857), 122. 175.
v. Krusenſtjern, R. F. (1769—1847),
122.
Kruup, M., Seminarlehrer. (1846—
1917), 335.
Kruus, H., Prof. Dr. (1891—), 10.
498.
Kunder, J., Schriftſteller. (1852—1888),
423.
J. Kurafin, A., Miniſter. (1759—
1830), 72.
Kurrik, J. (1849—1922), 423.
Kurrikoff, A., P. zu Turgel. (1848—
1904), 423. 435. 436. 451. 452.
456.
v. Kurſell, A., Koif. (1807—1879),
305. 313. 316. 350. 351. 372.

- b. Langel, A., Eftl. Zivilgouv. (1734—1808), 63. 64. 68.
- Langsepp, Lehrer zu Müntenhof. (1861), 272.
- Lebedew, R., Priester zu Kerkau. (1848—), 487. 488.
- Leber, M., Schüler zu Fidei. (ca. 1850), 217.
- Leithammel, Lehrer zu Bad (19. Jahrh.), 276.
- Lenz, Absolvent d. Kalemipoeg-Schule. (1884), 478.
- B. Lieben, A. S., geb. v. Straßburg; Arrokküll. († 1730), 13.
- B. Lieben, W. S., Gen.-Gouv. (1800—1880), 240. 244. 245. 246.
- J. Lieben, R., Kurator. (1767—1844), 85. 95. 111. 113. 114.
- b. Lilienfeld, D., Ritt. Optm., Saage. (1805—1886), 170. 178. 179. 180. 183. 184. 185. 187. 188. 192. 221. 222. 354. 356.
- b. Lilienfeld, R., Mo. (1844—1910), 380.
- Lindenberg, E., geb. Menschikow. (1883), 474.
- Lindenberg, M., Lehrer d. Kalemipoeg-Schule. (1850—1919), 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476.
- Lintrop, Gärtner zu Fidei. (ca. 1850), 217.
- Lipp, M., P. zu Nüggen. (1854—1923), 10. 48.
- Loffrenk, A., Sem.-Dir. zu Ruda. (1834—1897), 336. 338. 406.
- Loppenowe, P., P. zu Zegeledt. (1826—1901), 420. 421. 461. 462. 486.
- b. Löwis of Menar, P. J., Randel. (1768—1829), 46. 48. 72. 73. 74. 78. 79. 80. 83. 112.
- Lüde, A. S., P. zu Ampel. (1745—1799), 38.
- Luther, Lehrer d. Kalemipoeg-Schule. (1876), 471.
- Luther, R. J. D., P. zu St. Jürgens. (1816—1888), 231. 271.
- Gr. Lütke, J. B., Avandus. (1797—1882), 383.
- Gr. Lütke, R. J., Avandus. (1839—1887), 314.
- Maddis, S. d. Jago Jaan. Verbrecher. (1787), 29.
- Madelin, Lehrer zu Wahhaft. (1875), 294.
- Mähle, A., Seminarlehrer zu Ruda. (1824—1894), 259.
- Malm, E. E., P. zu Rappel. (1837—1901), 420. 421. 466.
- Malmgren, R., P. zu Worms. (1772—1829), 109.
- Manassein, R. A., Senator. (1835—1895), 491. 493.
- Gr. Manteuffel, J., Gouv. Beamter. (1849—1916), 406.
- Marfus, Lehrer zu Jürgensberg. (1882), 460. 461.
- Martinson, G., Lehrer. (1843), 218.
- Masing, S., Parochiallehrer zu Waiwara. (1874), 355.
- Masing, R., Küster zu Ampel. (1794—1855), 124.
- Masing, D. W., P. zu Eds. (1763—1832), 7. 35. 52. 79. 83. 88. 108. 111. 112. 113. 114. 115. 118. 126. 161. 211. 419. 420. 421.
- Maurach, E. P. L., P. zu Oberpahlen. (1824—1900), 443.
- B. Maydell, E. G., Kurro. (1788—1857), 173.
- B. Maydell, E., Ritt. Optm., Pastfer. (1830—1899), 7. 8. 253. 273. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 322. 323. 324. 327. 346. 347. 351. 353. 363. 394.
- B. Maydell, E. D. E., Pastfer. (1790—1862), 199.
- B. Maydell, R. A., Gen.-Lieutn., Felds. (1816—1885), 488.
- B. Maydell, R., Kirrimaggi. (1818—1885), 240. 314.
- b. Maydell, R. G., Landrat. Stenhu=sen. (1771—1846), 86. 96. 97. 119. 136. 140.
- Meister, R. E., Dr. (1813—1883), 355.

Merkel, G., Publizist. (1769—1850), 40. 41.

v. Mewes, D., Volksschulinsp. (ca. 1880), 296. 471. 473. 474. 480.

W. Meyendorff, F., libl. Landmarschall. (1839—1911), 493.

W. Meyendorff, G. D. W., General. Russl. (1794—1879), 156.

Meyer, F. F., P. zu Setwe. (1799—1871), 270.

Michowig, Chr. F., P. zu St. Marien-Magdalenen. (1743—1801), 38.

v. Mibbendorff, E., Kollo. (1840—1903), 417. 418.

Mibbendorff, F. F., P. zu Karusen. (1749—1829), 29.

Mitt, M., Schüler zu Fidel. (ca. 1850), 217.

Mogilansky, M. M., Geh. Rat. (1805—), 252. 282.

Möller, F., Gem. Ältester zu Schf. Wesjenberg. (1870), 293.

Muhhel, Lehrer zu Affel. (1885), 463.

v. z. Mühlen, A., Landrat. Piersal. (1820—1901), 258. 260. 261. 262. 335. 336. 337. 339. 341. 389.

v. z. Mühlen, E., Odenkat. (1808—1860), 221.

v. z. Mühlen, F., Wahhast. (1828—1906), 237. 240. 241. 242. 244. 249. 277. 293. 345.

Nasarow, Lehrer zu Postifer. (1876), 295.

Nebokat, F., Seminarlehrer zu Ruda. (1844—1908), 262. 338.

Nerling, F., P. zu St. Matthäi. (1835—1901), 388. 420. 425. 456.

Neumann, M. (1866—), 7. 10. 88. 89. 90. 160. 162. 222. 223. 227. 259. 261. 262. 338.

Niggol, E. F. (1851—1927), 258. 361. 424. 436. 461. 462.

Nikolai I, Russ. Kaiser. (1796—1855), 285.

Nordgren, A., P. zu Worms. (1836—1923), 329. 375.

Normann, W., Küster zu St. Simonis. (1812—1906), 155. 180. 263. 344. 345.

Norow, A. E., Minister. (1795—1869), 226.

v. Notbeck, E., Staatsrat. (1803—1880), 328.

Oesterblom, F., Lehrer zu Worms. (1873), 329. 332.

Prinz v. Eldenburg, G. (1787—1812), 72.

Orlow, Lehrer zu Postifer. (1876), 295.

Orlow, Lehrer zu Wahhast. (1877), 294.

Oswelt, F., Lehrer zu Altenhof. (1852—), 410.

Paeßler, E. F., Pastor am Dom zu Reval. (1780—1822), 78.

W. Pahlen, A., Ritt. Optm., Palms. (1821—1895), 246. 250. 251. 252. 253. 254. 258. 271. 353. 354.

W. Pahlen, E. M., Gen.-Gouv., Palms. (1779—1863), 125. 126. 127. 128. 129. 130. 131. 138. 140. 142. 146.

W. Pahlen, F., Palms. (1740—1817), 50.

Parrot, G. F., Rektor. (1767—1852), 57. 63. 64. 65. 66. 67. 68. 69.

v. Patkul, R., Ritt. Optm., Kabinem. (1800—1856), 136. 137. 138. 140. 142. 169. 170. 175. 178.

Pauder, E., P. zu St. Simonis. (1843—1921), 402.

Pauder, F. R., P. zu St. Simonis. (1807—1872), 180. 220. 263.

Pauder, F. W. Chr., P. zu St. Simonis. (1797—1833), 106. 155. 344.

Marquis Paulucci, Fh., Gen.-Gouv. (1779—1849), 100. 110. 111. 113. 115. 118. 131.

v. Peck, G., Ritt. Sefr. (1806—1881), 186. 190. 362.

Pert, F., Gem. Ältester zu Raiküll. (1874), 310.

Pestalozzi, F. (1746—1827), 88.

Peter I, Russ. Kaiser. (1672—1725), 12. 287.

- Peterſen, J. E., P. zu Worms. (1862), 230.
- Petri, J. Ehr. (1762—1851), 41. 42. 43. 44.
- PezoId, E., P. zu Merjama. (1826—1904), 259.
- v. Platner, G. G., Konal. (1823—1900), 382.
- Plöschkuß, R. G. G., P. zu Merjama. (1792—1858), 93. 148. 151.
- Pölb, P., Prof. (1878—1930), 10. 11. 67. 160. 435.
- Polivanow, B. P., Eſtl. Gouv. (1831—1889), 297. 404. 405. 406. 463. 464. 471. 474. 475. 477. 478. 479. 480. 486. 490. 492.
- Pöösberg, G., Präſes d. Geſ. Kalewizpoeg. (1876), 471.
- Potapow, A. L., Miniſter. (1818—1886), 323.
- Punſchel, R. E., P. zu Wenden. (1814—1882), 276.
- Püſchel, D. G., P. zu Hanehl. (1788—1853), 123.
- Raudſepp, Lehrer zu Sommerhufen. (1871), 449.
- Raudſepp, J., Schüler zu Fickel. (ca. 1850), 216.
- v. Rehlinger, O. G., Landrat. Maidel. († 1753), 15.
- Gr. Rehlinger, R., Ritt. Optm., Uddrich. (1831—1905), 332. 382. 405.
- v. Reheſkampff, G. F., Konſiſt. Aff. (1789—1858), 140.
- Reimann, W., P. zu Kl. St. Johannis. (1861—1917), 492.
- Rein, E. Ehr., Gen.=Sup. (1796—1862), 140. 157. 175. 229. 240.
- Reinfeldt, R. G., Seminarlehrer zu Ruda. (1839—1898), 259.
- Reiſſat, Witwe, aus Laps. (1872), 308.
- v. Rennekampff, P. R., Bad. (1815—1887), 349.
- Repjew, Eſtl. Gouv. Profureur. (1786), 27.
- v. Richter, Familie. (18. Jahrh.), 50.
- Rieſemann, G. R., Kirchenvorſt. zu St. Martens. (1767—1845), 122.
- Rinne, G., P. zu St. Petri. (1831—1895), 378. 380. 425.
- Rinne, L., P. zu Hanehl. (1827—1887), 230. 231. 314. 348. 379. 409.
- Rippas, Ingenieur. (ca. 1870), 293.
- Rödder, G. Th., Kantor zu Narwa. 421.
- Rolſen, J. J., Bürgermeiſter zu Riga. (1751—1840), 128.
- B. Roſen, A., Lüdkholm. (1809—1879), 330. 331.
- B. Roſen, E., Mehnbad. (1759—1834), 94.
- B. Roſen, F. G., Lüdkholm. (1771—1847), 187.
- B. Roſen, O., Ritt. Optm., Wattel. (1778—1828), 85. 90. 93. 97. 98. 99. 110. 126. 129.
- B. Roſen, R. G., Schulſel. (1767—1828), 70. 71. 77.
- B. Roſen, R. G., Reg. Rat. (1790—1867), 140.
- v. Roſen, Kapitän. (1805), 69. 70. 75.
- Rosenberg, J., Element. Lehrer zu Reval. (1871), 399. 400. 401. 432. 448. 449.
- Rosenplänter, J. G., P. zu Bernau. (1784—1846), 7. 83. 111. 112. 113. 114. 118. 126. 161.
- v. Roſenthal, G., Ritt. Optm., Feldſ. (1753—1829), 63.
- Roſenthal, G., Dr. (1846—1916), 417. 436. 437. 453. 457. 497.
- Roſhdeſtweſſky, Prieſter zu Weſenberg. (1870), 293.
- B. Roſſillon, W. J. E., Gouv.=Schuldir. (1778—1855), 124. 155. 160. 170. 171.
- Rothberg, J., Lehrer d. Kalewipoeg=Schule. (1882), 476. 478. 479.
- v. Rudteſchell, A. O., Reſſer. (1795—1827), 122.
- v. Rudteſchell, E. R. G., geb. v. Kruſenſtern. (1802—1876), 122. 123.
- Runt, R., Lehrer. (1862—), 10. 87. 109. 492. 497.
- Saburow, A. A., Kurator. (1837—), 395.

- Satz, J., Lehrer zu Rartus. (1872), 455.
- Samarin, J. (1819—1876), 282. 283. 284. 286. 287.
- b. Samson-Himmelstjerna, J., Walling. (1816—1888), 240.
- b. Samson-Himmelstjerna, R. J., Libl. Landrat. (1778—1858), 138.
- b. Samson-Himmelstjerna, W., Landrat. Lufa. (1781—1858), 92. 96. 119.
- J. Schachowitsch-Glebow-Streschnow, M., Gouv. (1836—), 293. 296. 300. 301. 302. 303. 307. 308. 310. 311. 312. 315. 316. 317. 318. 320. 321. 328. 399. 400. 401. 448.
- J. Schachowitsch, S. W., Gouv. (1852—1894), 8. 492.
- W. Schilling, A., Seinigal. (1803—1866), 200.
- W. Schilling, C. R., Landrat. Serrefer. (1789—1855), 94. 154. 193.
- W. Schilling, D., Koof. (1839—1902), 347.
- Schmalz, J. F. L., Prof. (1781—1847), 218.
- Schmidt, W., P zu St. Michaelis. (1823—1887), 335. 336. 388. 390. 415.
- Schmiedeberg, D., Küster zu Piersal. (1794—1855), 124.
- Schönfeldt, Lehrer zu Maholm. (1737), 13.
- Schubbe, H. J., P. zu St. Marien. (1750—1812), 22. 67.
- b. Schubert, J., Arfmal. (1838—1905), 382.
- Schulz, W., Sekretär. (1800—1849), 94.
- Schulz, W., Eftl. Gen.-Sup. (1813—1887), 238. 246. 248. 250. 255. 274. 313. 316. 328. 336. 339. 340. 353. 361. 362. 365. 370. 381. 394. 396. 399. 402. 403. 408. 409. 414. 415. 424. 425. 449. 457. 466. 467. 468. 469. 470. 486.
- J. Schuwalow, P. A., Gen.-Gouv. (1827—1889), 287. 322. 323. 324.
- Schwabe, P. H., P. zu St. Jürgens. (1784—1846), 148. 196. 197.
- b. Schwabz, Th., Amandus. (1815—1901), 180. 183. 184.
- Schwelle, J., Lehrer. (1844), 185.
- Sepp, A., Lehrer zu Richefer. (1854—), 460.
- Sepp, H., Dr. phil. (1888—), 498.
- b. Staal, R., Hähf. (1842—1925), 305.
- W. Stadelberg, Beamter zu bef. Auftr. (1860), 238.
- W. Stadelberg, Chr., Gouv. Schuldir. (1777—1841), 6. 88. 89. 90. 91. 93. 94. 95. 96. 99. 108. 112. 113. 118. 119. 159. 160. 221. 223. 260. 336.
- W. Stadelberg, J., Pärjental. (1783—1846), 89. 94.
- W. Stadelberg, J., Pärjental. (1825—1899), 222. 272. 336. 347. 356.
- W. Stadelberg, G., Kurfüll. (1835—1917), 458.
- W. Stadelberg, G. W., Kastenbrunn. (1808—1863), 185.
- W. Stadelberg, R. D. R., Kiesenberg. (1826—1894), 379.
- W. Stadelberg, D., Worms. (1822—1887), 330. 332. 375.
- W. Stadelberg, D. J., Landrat. Kastenbrunn. (1731—1802), 46.
- W. Stadelberg, D. G., Ritt. Optm. (1771—1811), 71. 72. 74.
- Gr. Stadelberg, D. M., Jfenhof. (1808—1885), 442.
- Gr. Stenbock, C. M., Landrat. Kolff. (1725—1798), 18.
- Gr. Stenbock, M. Chr. L., Kolff. (1812—1849), 153.
- Stofebn, R., stud. phil. (1899—), 413.
- Stoljarow, M. (1895), 11. 444. 489.
- Striedter, G. W., P. zu Rofch. (1773—1844), 102.
- J. Suworow, A. A., Gen.-Gouv. (1804—1882), 223. 224. 227. 239. 240. 323.

- Tamberg, J., Seminarlehrer zu Ruda. (1840—1870). 262.
- Tamberg, M., Lehrer zu Linapäh. (1872). 455.
- Tammeri, A., Seminarlehrer zu Ruda. (1851—1912). 338.
- Tanni, J., Schüler zu Fidef. (ca. 1850). 217.
- V. Taube, G., geb. Gr. Keshferling. (1845—1929). 286.
- V. Taube, G., Richterh. (1778—1854). 50. 187.
- V. Taube, O., Permakant. (1800—1873). 94. 159. 170. 171. 172.
- Thorén, C., Seminarlehrer zu Pasch-lep. (1873). 330. 331. 332.
- Thuberg, S., Seminarlehrer zu Ruda. (1852—1885). 336. 338. 452.
- v. Tiedeböhl, A., Kanzleidir. d. Stjee-kom. (1818—1883). 322. 323.
- Tiedeböhl, B., Gouv. Schuld. (1762—1819). 55. 67.
- Tiedeböhl, J. J., Hofrat. (1786—1856). 128.
- Tiebe, G. Fr., P zu Löfern. (1769—). 44. 45.
- V. Tiefenhausen, A., Unnufz. (1807—1889). 200.
- V. Tiefenhausen, E. R., P. zu Weißenstein. (1835—1886). 425.
- Gr. Tiefenhausen, B. S., Landrat. (1703—1789). 18.
- Gr. Tiefenhausen, W., Ritt. Spim., Malla. (1845—1915). 465. 488. 489. 494. 495.
- Tiisik, R., Priester zu Arrofüll. (1843—1922). 287. 288. 295.
- Tiismann, Lehrer zu Mo. (1869). 407.
- Timašew, A. G., Minister. (1818—1893). 322. 323. 324. 339.
- v. Tobien, A. (1854—1929). 9.
- Tohwre, J., Schüler zu Fidef. (ca. 1850). 217.
- v. Toll, C. L., Effemäggi. (1722—1810). 46.
- Gr. Toll, C. F., General en chef. Arrofüll. (1777—1842). 13. 159.
- Gr. Toll, N., Arrofüll. (1819—1880). 186. 221.
- J. Tolfstoj, D. A., Minister. (1823—1889). 283. 299. 322. 323. 324.
- Treuer, J. W., P zu St. Katherinen. (1835—1917). 384. 417.
- Treumann-Heraklides, A. (Ende 19. Jahrh.). 473. 476.
- Tuglas, J. (1886—). 8. 426. 427.
- Tuglas, W., Seminarlehrer zu Ruda. (1840—1905). 259.
- V. Uexküll, A., Landrat. (1829—1891). 237. 383.
- V. Uexküll, B., Fidef. (1793—1870). 186. 189. 190. 213. 214. 215. 216. 217. 218. 219.
- V. Uexküll, B., Landrat. Fidef. (1819—1884). 327. 345.
- V. Uexküll, B. J., Zivilgouv., Fidef. (1762—1827). 7. 45. 65. 68. 71. 72. 77. 82. 83. 84. 86. 87. 88. 92.
- V. Uexküll, C., Landrat. Walf. (1804—1871). 181. 190. 192. 199. 258. 261.
- V. Uexküll, C., geb. Gr. Sievers. (1776—1865). 124. 190.
- V. Uexküll-Güldenband, P. G., Landrat. (1786—1847). 170. 171. 192. 193.
- v. Ulrich, J. J., Ritt. Spim. (1713—1770). 18.
- v. Ulrich, W., Estl. Gouv. (1810—1891). 239. 243. 244. 245. 246. 247. 251. 290. 291. 292.
- Uuda, M., Schüler zu Fidef. (ca. 1850). 217.
- Undriß, P., P zu Walf. (1854—1897). 423. 436.
- V. Ungern-Sternberg, C., Ritt. Spim., Harf. (1815—1872). 223. 349.
- V. Ungern-Sternberg, C. A., Annia. (1813—1889). 344.
- V. Ungern-Sternberg, C. L. J., Rechtsgal. (1766—1834). 120.
- V. Ungern-Sternberg, Ch. S., geb. v. Below. (1796—1850). 155.
- V. Ungern-Sternberg, G., Kreisfchulinsp. (1771—1845). 68.

- B. Ungern=Sternberg, G., Ritt. Optm.;
 Wenden. (1821—1876). 302. 314.
 315. 400. 401.
- B. Ungern=Sternberg, B. G. Th., Land=
 rat. Noistfer. (1797—1868). 154.
 159. 190. 192. 221. 236.
- Gr. Ungern=Sternberg, E., Großenhof.
 (1824—1899). 365. 487.
- Gr. Uwarow, S. S., Minister. (1786—
 1855). 136. 137. 138. 139.
- B. Vietinghoff, C., Seidel. (1795—
 1855). 192.
- B. Vietinghoff, P., Alt Sommerhusen.
 (1808—1863). 156. 240.
- Walter, J., Präses d. Ges. Kalewipoeg.
 (1884). 477. 478.
- Gr. Walujew, P. A., Minister. (1814
 —1890). 253. 290. 323.
- Weborow, R., Schüler zu Fiedel. (ca.
 1850). 217.
- Wehrmann, E. A., P zu St. Matthias.
 (1794—1876). 147. 151.
- Weisberg, A., Schüler d. Kalewipoeg=
 Schule. (1881). 472.
- Wenger, Priester zu St. Jakob. (1884).
 488.
- Werber, M., Seminarist in Ruda.
 (1833—). 259.
- Weske, M., Dr. (1843—1890). 436.
 446. 472.
- Westersten, Seminarlehrer zu Paschlep.
 (1873). 330. 334.
- Wiesinger, C. A. S., Pastor. (1839—
 1915). 335.
- Willigerode, A., P. zu Dorpat=St.
 Marien. (1816—1893). 467.
- Wilmre, L., stud. phil. (1930). 460.
- Winkler, R. J., P zu St. Jürgens.
 (1767—1815). 60. 61.
- v. Wistinghausen, R. A., Kammerherr.
 (1826—1883). 417.
- F. Wolfonjth, P., Fall. (1843—1896).
 414.
- F. Wolfonjth, M. S., Ministergehilfe.
 (1832—1909). 494.
- B. Wrangell, G. L., Konfist. Präsid.
 (1726—1796). 20. 23.
- B. Wrangell, P., Stifter. (1840—1899).
 458.
- B. Wrangell, B., Ritt. Optm., Ruil.
 (1831—1894). 406. 464. 465.
- B. Wrede, G., Sig. (1771—1846).
 185.
- v. Wurstemberger, L. (1872). 279.
- Zahn, F. L. (1830). 211.
- Zimse, J., Sem. Insp. zu Walf. (1814—
 1881). 342.
- Zoega v. Manteuffel, C. M., Mann=
 richter. (1789—1844). 94.

Die Personennamen in den Fuß=
 noten sind in diesem Verzeichnis nicht
 berücksichtigt.

Ortsnamenverzeichnis.

In diesem Verzeichnis sind nur die im Text vorkommenden Ortsnamen bezeichnet, nicht die in den Fußnoten. Ferner sind die Ortsnamen in den Tabellen auf den Seiten 28, 33, 155, 163—169, 202—205, 304, 359, 366, 450 nicht in das Verzeichnis aufgenommen. Neben dem Ortsnamen steht derselbe in estnischer Sprache, wenn dieser anders lautet, als in der deutschen Sprache.

- | | |
|---|--------------------------------------|
| Abdila/Abila, 36. 100. 362. | Bergshof/Mäe, 181. 187. 190. 329. |
| Afer/Abere, 200. | Bischofshof/Piiskopi, 12. |
| Affel/Ahula, 446. 463. | Bisholm/Bööla, 334. |
| Alexanderhof/Attaste, 7. 158. 159. 160. | Borholm/Borfuni, 275. 364. 366. 453. |
| 161. 171. 181. 184. 185. 186. 190. | Burhömden/Reeruti, 35. |
| 199. 200. 208. 221. 222. 223. 228. | Choudleigh/Wofa, 342. |
| 343. 358. | Dagö/Hiumaa, 174. 277. 365. 487. |
| Alafer/Alabere, 259. | 489. |
| Allentüll/Alitu, 161. 313. 314. 351. | Dorpat/Tartu, 55. 64. 73. 125. 135. |
| 352. 357. 366. 369. 416. 455. | 136. 161. 226. 336. 342. 427. 432. |
| Allentaden/Alutaguse, 21. 269. 287. | 436. 445. 451. 458. 467. 475. 481. |
| 371. 373. 408. | 483. |
| Allo/Alu, 380. 407. | Drostenhof (Lettl.), 147. |
| Alp/Albu, 52. 342. 412. | Dünamünde (Lettl.), 295. |
| Altenhof/Wanamõisa, 410. | Ehmes/Ehmja, 15. |
| Ampel/Ambla, 14. 38. 92. 108. 124. | Eds/Äfki, 79. 83. 112. 113. |
| 149. 154. 156. 157. 184. 207. 209. | Emmaß/Emmaße, 275. 289. 307. 342. |
| 272. 305. 306. 307. 308. 350. 351. | 366. 393. 463. |
| 352. 358. 363. 372. 378. 390. 446. | Emmomaggi/Emumäe, 200. |
| Angern/Angerja, 362. | Engdes/Äntu, 276. |
| St. Annen/Anna, 34. 352. 384. | Erras/Erra, 49. 210. 304. |
| Annia/Anija, 276. 281. 344. 366. | Erwita/Erwita, 49. |
| Arensburg/Kuresaare, 342. | Esfo, 212. |
| Arfna/Arna, 382. 476. | Essenaggi/Ääsmäe, 46. |
| Arrotüll i. S./Arufüla, 287. 295. 448. | Ehefer/Eibere, 15. 49. |
| Arrotüll i. Z./Arufüla, 13. 49. 159. | Haß/Joa, 414. |
| 221. 336. 413. 452. | Hegfeuer/Hiviloo, 370. |
| Assamalla, 275. | Helds/Belise, 63. 217. 487. 488. |
| Attaß = Alexanderhof. | Hellin/Wiljandi, 342. 432. 440. 441. |
| Awandus/Wanduse, 155. 180. 183. | 451. 458. |
| 184. 314. 382. | Jennern/Wändra, 212. |

Fidel/Wigala, 45. 46. 47. 65. 71. 124.
 148. 149. 158. 181. 186. 191. 213.
 214. 215. 216. 217. 218. 219.
 221. 258. 259. 266. 327. 335. 343.
 344. 348. 407. 488.
Fonal/Bohnja, 382.
Friedheim, 158. 180. 181. 184. 185.
 190.
Goldenbed/Kullamaa, 91. 153. 211.
 228. 230. 266. 307. 357. 377. 451.
 453.
Goldenbed, M./Wäike-Kullamaa, 363.
Großenhof/Suuremõis, 27. 342. 365.
 487.
Graafhof/Wa, 366.
Gabbat/Gabaja, 342.
Gaggerä/Gageri, 34. 57. 91. 100. 105.
 107. 153. 179. 180. 230. 307.
Gaiba, 100, 370.
Galjal/Galjala, 48. 103. 153. 212. 353.
 460. 478. 480.
Galle a. b. Saale, 355.
Ganehl/Ganila, 34. 58. 110. 212. 230.
 314. 348. 356. 360. 377. 409. 459.
 486.
Gapfal/Gaapfalu, 330. 451. 486.
Garf/Garfu, 349.
Garm/Djafo, 412.
Garrien/Garjuma, 21. 49. 74. 78.
 104. 178. 182. 183. 196. 198. 206.
 207. 208. 235. 265. 266. 267. 268.
 272. 278. 279. 280. 287. 288. 306.
 334. 342. 358. 364. 369. 371. 373.
 376. 385. 392. 398. 414. 415. 427.
 446. 447. 451. 453. 459.
Gasif/Gaesfa, 342.
Gattofüll/Gatu, 448.
Geimar/Gaimre, 191. 218. 336. 376.
 412.
Heinrichshof/Rolu, 383.
Hirmus/Hirmuse, 21.
Höhenholm/Rörgeßaare, 49.
Höhenkreuz/Pifaristi, 346. 347. 465.
Huläs/Huufi, 159. 161.
Huljel/Hulja, 29. 70. 277. 471.
Hungerburg/Warba-Jõesuu, 342.
Ilgas/Ilgafi, 342.
Ilomägi/Ilumäe, 50. 125.

Ilud/Ilufa, 364.
Imjero/Imjärve, 470.
Innis/Inju, 157.
Isaaf/Iisafu, 347. 354. 355. 446. 447.
Jsenhof, M./Püsi, 21. 210. 364. 366.
Jaggomall/Jägala, 49. 376. 381.
St. Jafobi/Wiru-Jaagupi, 37. 209. 266.
 277. 345. 346. 348. 358. 407. 410.
 446. 458.
St. Jafobi (Ltbl.)/Pärnu-Jaagupi, 488.
Jamm/Jaama, 296.
Jebdefer/Jädivere, 124. 160. 181. 186.
 189. 190. 191. 198. 199. 208. 214.
 216. 227. 257. 258. 259. 260. 262.
 264. 271. 273. 343. 358.
Jegelecht/Jöelehtme, 30. 49. 59. 149.
 153. 286. 390. 441. 446. 462. 463.
Jerlep/Järlepa, 305.
Jerwaant/Järwaanti, 94. 159. 161.
 170. 210. 376.
Jerven/Järvamaa, 21. 32. 48. 74. 78.
 110. 175. 180. 181. 184. 199. 206.
 207. 208. 235. 265. 266. 267. 268.
 278. 279. 280. 313. 316. 341. 342.
 347. 350. 351. 353. 358. 360. 364.
 365. 367. 370. 371. 372. 373. 385.
 391. 392. 393. 397. 401. 413. 415.
 427. 446. 451. 456. 459. 466.
Jesse/Jöesoo, 210.
Jewe/Jöhvi, 21. 37. 103. 148. 154.
 156. 269. 270. 286. 342. 344. 345.
 358. 360. 373. 427. 446.
St. Johannis i. S./Saru-Jaani, 34.
 92. 104. 124. 149. 153. 157. 276.
 307. 343. 354. 358. 391. 427.
St. Johannis i. J./Järva-Jaani, 13.
 34. 36. 46. 91. 92. 108. 154. 158.
 180. 278. 305. 352. 370. 391. 402.
 409. 446. 460.
Johannishof/Wae, 29. 342.
Jömper/Jöepere, 49. 277.
Jörden/Juuru, 15. 101. 105. 151. 152.
 198. 209. 289. 305. 306. 391. 427.
 453.
Jotma/Jootma, 212.
St. Jürgens/Jüri, 29. 36. 49. 60. 148.
 153. 196. 231. 270. 271. 306. 391.
 447.

Jürgensberg/Kuſſemaa, 150. 342. 377.
 413. 460.
 Kaltenborn/Morra, 375.
 Kaltenbrunn/Koosna=Allitu, 46. 49. 52.
 185. 460.
 Kandel/Kandle, 46. 47. 48. 50. 72.
 200. 460.
 Kardina/Karinu, 342.
 Karfuz/Karfufe, 455.
 Karmel/Kaarma, 342. 343. 358.
 Karrinömm/Karinömm, 259. 383. 487.
 Karufen/Karufe, 29. 104. 110. 154.
 307. 356. 377. 459. 485. 487. 490.
 Kaſth/Kaſti, 211. 218. 342. 412. 447.
 St. Katherinen/Kadrina, 29. 35. 49.
 76. 91. 92. 108. 136. 143. 151.
 353. 382. 384. 385. 392. 417. 446.
 Kattentad/Vaſpere, 478. 480. 481.
 Kaučs/Kaufji, 411.
 Kaulep/Kaalapi, 185.
 Kawast/Kabaſtu, 446.
 Kah/Kaiu, 209. 273.
 Keblaſs/Keblaſte, 383.
 Kečtel/Kečtna, 383.
 Kegele/Keila, 51. 58. 90. 91. 96. 100.
 104. 107. 108. 179. 197. 198. 272.
 289. 307. 392. 414. 447. 452.
 Keiniſs/Keina, 35. 36. 49. 58. 101.
 149. 206. 209. 304. 367. 393.
 Kerſau/Kärgu, 487.
 Kerraſer/Kärabete, 149.
 Kertel/Kärdla, 451.
 Keſſfer/Keſſbere, 122.
 Keſſküll/Keſſküla, 123.
 Keiſlefer/Keiſlebere, 460.
 Kieſel/Kieſla, 49.
 Kirna, 305.
 Kirreſer/Kirſla, 15. 155. 266.
 Kirrimäggi/Kirimäe, 240. 314.
 Kirriſaar/Koorbi, 379.
 Kividepäh/Kiideva, 334.
 Kloſterhof/Kloſtri, 259.
 Koddafem/Kodaſema, 159.
 Koddil/Kodila, 82. 83. 84.
 Koſſhat/Koſhatu, 376.
 Koif (Kſp. Vmpel)/Koigi, 313. 350.
 351. 372.
 Koif (Kſp. St. Petri)/Koigi, 94. 159.

161. 170. 178. 285. 364. 378. 395.
 413.
 Koil i. ſ./Koſila, 379.
 Koif/Koſga, 153. 366.
 Koſlo/Koſu, 109.
 Könbeſs/Könnu, 200. 382.
 Königsberg i. Pr., 147.
 Kono/Koonu, 200.
 Konofer/Konobere, 363.
 Koof/Koogu, 347.
 Köppo/Köpu, 487.
 Korps/Einmani, 108. 370. 379.
 Körventad/Körvetagaſe, 363.
 Koſch i. ſ./Koſe, 21. 92. 102. 106. 107.
 150. 153. 158. 183. 357. 370. 447.
 Koſch i. d. Wied/Wäädru, 375.
 Koſtifer/Koſtivere, 295.
 Krähnholm/Kreenholmi, 287. 295. 451.
 Kreuz/Kiſti, 448.
 Kreuzhof/Kiſti, 35. 448.
 Kuda/Kuuda, 7. 10. 88. 89. 92. 93.
 94. 95. 98. 158. 160. 199. 221.
 222. 223. 227. 257. 258. 259. 260.
 261. 262. 263. 268. 286. 315. 322.
 326. 328. 329. 331. 335. 336. 337.
 338. 339. 340. 341. 342. 343. 357.
 358. 406. 452. 459. 495.
 Kui/Kurie, 108. 342. 377. 398.
 Kuimetſ/Kuimetſa, 412.
 Kullina/Kulina, 412.
 Kunda, 346.
 Kurfüll/Küti, 458.
 Kurtna i. W., 146.
 Kuſal/Kuufaſu, 6. 91. 104. 108. 109.
 148. 153. 183. 198. 307. 314. 354.
 385. 394. 419. 446. 463.
 Kutterfüll/Kudruſküla, 342.
 Khrſälat, 334. 375.
 Laakt/Lagebi, 342.
 Ladena/Laagna, 49. 364.
 Laiſ/Laitſe, 18. 259.
 Laupa, 49. 149.
 Lauſ/Lauſa, 149.
 Lautel/Lautna, 259.
 Lahküll/Laiküla, 259.
 Leal/Lihula, 15. 91. 92. 105. 123. 266.
 275. 305. 331. 360. 377. 446. 485.
 Lechtigal/Lächtru, 120. 209. 342.

Detver/Deebre, 342.
 Linnapäh/Linnapea, 455.
 Loal/Lošu, 100. 370.
 Lohe/Kolubere, 274.
 Loop/Loobu, 353.
 Löwentholde/Liigballa, 159. 161.
 Lüdhholm/Seare, 187. 330. 334.
 Luggenhufen/Lüganufe, 21. 83. 149.
 153. 210. 304. 307. 392. 442.
 Maart/Maarbu, 49. 210. 342. 363.
 381. 447. 461. 462.
 Maholm/Viru-Nigula, 13. 34. 52. 92.
 104. 153. 197. 346. 373. 407. 446.
 Maibel = Brangelstein.
 Malla, 412. 446. 465.
 Marien, Mein/Wäife-Maarja, 51. 67.
 149. 211. 229. 348. 349. 380. 403.
 446. 452. 458.
 St. Marien=Magdalenen/Roeru, 13. 14.
 34. 38. 51. 105. 150. 153. 180. 207.
 221. 314. 350. 351. 352. 379. 443.
 446. 447. 452.
 St. Martens/Martna, 15. 30. 34. 92.
 120. 122. 123. 151. 154. 156. 362.
 427. 487.
 Maffau/Maffu, 259. 274.
 St. Matthäi/Järva=Madise, 34. 52. 91.
 103. 209. 307. 352. 377. 420. 427.
 St. Matthias/Sarju=Madise, 102. 147.
 266. 446.
 Mahal/Matfalu, 218. 450.
 Meds/Ravila, 21. 342.
 Mehntad/Mäetagufe, 94. 364.
 Merjama/Märjamaa, 13. 59. 92. 93.
 101. 148. 153. 259. 307. 363. 376.
 392. 427.
 Mettapäh/Mädapea, 342.
 Meheboe/Mötju, 237.
 Mehifus/Metjifu, 259.
 Mehtaden/Metstagufe, 52. 108. 370.
 379.
 Mexhof/Mäo, 49. 149. 273.
 Meyershof (Rivl.)/Meeri, 53.
 St. Michaelis/Mihkli, 101. 143. 144.
 149. 150. 335. 357. 358. 388. 415.
 Moijama/Moijamaa, 363.
 Mönniforb/Jmastu, 49. 382.
 Muddis/Moe, 157.
 Müntenhof/Muuga, 170. 272.
 Müntenhof/Mündi, 342.
 Munnalas/Munafaste, 271. 342.
 Nappel/Nabala, 342.
 Nargen/Naisfaar, 292.
 Narva/Narva, 342. 346. 355. 427.
 447.
 Neuenhof i. d. W./Muemõisa, 170. 334.
 Netve/Nõva, 334. 376. 448.
 Niffi, 14. 22. 51. 91. 106. 151. 153.
 377. 393.
 Noifter/Purdi, 36. 154. 159. 161. 190.
 365.
 Nömmküll i. S./Nömmküla, 352. 363.
 366.
 Nömmküll i. d. W./Nömmküla, 50. 187.
 Nudö/Noarootji, 22. 49. 50. 149. 153.
 187. 328. 329. 330. 334. 392. 407.
 Nüggen/Nõo, 53.
 Nurmä i. d. Wied/Nurme, 191. 259.
 Nhbh/Näbi, 51. 269.
 Oando/Oandu, 342.
 Oberpahlen/Pöltkamaa, 436. 443.
 Odeffa, 344.
 Oidenorm/Oidrema, 487.
 Oiso/Oifu, 109. 200. 375.
 Orgena/Orina, 49. 412.
 Orgmek/Orgmetja, 52. 375.
 Orjad/Orjafu, 370.
 Orrenhof i. S./Oru, 150. 342.
 Orrisaar/Esna, 94. 159. 161. 162. 186.
 199.
 Öthel/Öötla, 161.
 Pachel/Pahlla, 370.
 Paddas/Pada, 342. 404.
 Padis/Mlooftri, 152. 448.
 Paentküll/Paeküla, 363.
 Paggar/Pagari, 364.
 Pähhö/Pähu, 370. 377.
 Pälfer/Pälvare, 364.
 Pall/Voodna, 342.
 Pallo/Palu, 149. 161.
 Palms/Palmise, 50. 125. 409.
 Pantier/Pandivere, 383.
 Pürgental/Tolli, 88. 89. 94. 222. 261.
 336. 347. 356.
 Parmel/Riivi, 191. 212.

Pafšlep/Pafšlepa, 50. 187. 326. 330.
 331. 333. 334. 340. 343. 358. 495.
 Pašifer/Paššvere, 7. 199. 253. 273.
 315. 382.
 Pašal/Paššalu, 161. 393. 410.
 Paunfüll/Paunfüla, 21. 49. 370.
 Perjatš/Perjatše, 375.
 Pernau/Pärnu, 112. 113. 200. 427.
 445. 451. 461. 484.
 St. Petersburg, 7. 8. 53. 64. 73. 84.
 85. 102. 110. 139. 178. 194. 195.
 201. 218. 223. 244. 248. 252. 253.
 265. 288. 292. 297. 318. 319. 322.
 323. 342. 346. 355. 418. 454. 461.
 477. 493.
 St. Petri/Petri, 34. 91. 101. 106.
 151. 153. 162. 180. 185. 351. 378.
 380. 382. 430. 446.
 Peuth/Peoodi, 259. 273. 443.
 Peuthof/Päite, 342. 447.
 Pierjal/Piirjal, 124. 211. 258. 260.
 261. 389. 409.
 Pifva/Pifva, 342.
 Pöbdrang/Pödrangu, 150. 275. 276.
 Pöll i. W./Pöfula, 149.
 Pöna/Ääne=Nigula, 14. 60. 105. 110.
 304. 377.
 Püühalep/Püühalepa, 14. 92. 101. 149.
 155. 307. 487.
 Püüh (= N. Jfenhof)/Püüfi, 21.
 Purgel/Purila, 342.
 Purk (= M. Jfenhof)/Purtše, 21. 366.
 Puttas a. Dagö/Puttaste, 36. 342.
 Rabbifer/Rabivere, 100.
 Rachfüll/Rahfla, 149.
 Rade/Rafe, 451.
 Raif/Raigu, 375.
 Raifüll/Raifüla, 309. 321. 408.
 Ramma, 375.
 Rappel/Rapla, 91. 92. 152. 221. 228.
 307. 309. 321. 383. 420. 447.
 Rajif/Raafifu, 13. 366.
 Ramwafüll/Raba, 342.
 Rehho/Röhu, 442. 443.
 Repnit/Repnifu, 200.
 Reval/Tallinn, 21. 36. 66. 72. 77. 178.
 196. 214. 231. 295. 301. 318. 341.
 342. 343. 344. 377. 399. 418. 427.

432. 448. 451. 463. 464. 471.
 Ričhoļš/Riguldi, 50. 187. 334.
 Riesenberg/Riisipere, 161. 259. 379.
 Riga, 7. 21. 128. 293. 294. 296. 297.
 349. 476. 486.
 Rogö/Pakri 334. 375. 382.
 Roidš/Reigi, 153. 398.
 Rōša/Rāša, 21.
 Rojental/Orgita, 363.
 Rōthel/Ridala, 14. 36. 37. 110. 181.
 307. 331. 377. 387. 420. 456.
 Ruħde, M./Rāife Rōude, 342.
 Ruil i. S./Ruila, 100.
 Ruil i. W./Roela, 157. 170.
 Rumm/Rummu, 342.
 Ruffal/Ruššalu, 156.
 Saage (Rip. Rappel)/Ruufifu, 170.
 188.
 Sač/Safu, 314. 370.
 Sačhof/Safa, 210.
 Saggad/Sagabi, 48. 161. 170. 171.
 212. 213. 275. 478. 479. 480.
 Sallentad/Solutaguse, 259. 370.
 Saštama/Saština, 342.
 Saulep/Saulepi, 272. 459.
 Sargimois/Sakfi, 35. 342.
 Seidel/Seidla, 52. 192.
 Selgs/Selja, 342.
 Sellentfüll/Seljafüla, 342.
 Sellie i. W./Selli, 277.
 Sellitfüll/Selitüla, 398. 412. 460. 461.
 Serrefer/Särevere, 109. 154.
 Sechem, 214. 215.
 Seidseht/Seifdi, 179. 182. 183. 190.
 376.
 Seilms/Seilmfi, 274.
 St. Simonis/Simuna, 106. 155. 158.
 180. 183. 211. 220. 263. 344. 358.
 360. 402. 446.
 Sinnalep/Sinalapa, 334.
 Sipp/Sipa, 191. 376.
 Siš/Preebi, 185.
 Soiniš/Sooniste, 190.
 Solbina, 342.
 Sommerhufen, Mit/Raarli, 156. 240.
 292.
 Sommerhufen, Neu/Ömeru, 449.
 Sonorm/Noosna, 342. 391.

Eöttiküll i. d. B./Eöttiküla, 336. 376.
 Eöttiküll, Neu/Eöttke, 375.
 Stein-Fidel/Ribi-Wigala, 379.
 Stodholm, 333.
 Stodmannshof (Lettl.), 41.
 Sutlem/Sutlema, 370.
 Sutlep/Sutlepa, 187.
 Swibh/Swibh, 334.
 Syreneh/Wasfnarba, 296.
 Taibel/Taibla, 363, 375.
 Tammik i. S./Tammiku, 21. 370.
 Taps/Tapa, 308. 375. 451. 453.
 Tarwaft/Tarbaštu, 78.
 Teshelfer/Tähtbere, 53.
 Toal/Tuhala, 370.
 Toila, 286, 342, 446.
 Tois i. S./Pruuna, 445.
 Torri/Tori, 109.
 Tschernigow, 492.
 Tula/Tuula, 447.
 Turgel/Türi, 13. 48. 91. 106. 109.
 154. 156. 158. 185. 206. 212. 308.
 350. 351. 352. 357. 358. 360. 371.
 377. 402. 416. 417. 418. 435. 446.
 451. 452.
 Türpsal/Järve, 49.
 Uchten/Uhtna, 49.
 Undel/Undla, 26. 210. 275.
 Unniküll/Unniküla, 476.
 Unnuk/Sunnuk, 200.
 Viol/Wihula, 259.
 Vogelfang/Mannamöis, 15.
 Wad/Wao, 150. 276. 349.
 Waddemois/Waimöisa, 342. 376.
 Wahhaft/Wahastu, 240. 244. 277. 287.
 293. 294. 295.
 Wait/Waida, 271. 342.
 Waiwara/Waibara, 37. 103. 209. 355.
 356. 358. 375. 446.
 Waldau/Waltu, 376.
 Walf/Walga, 171. 342.
 Walf i. d. B./Walgu, 181. 190. 198.
 218.
 Walling/Wallingu, 240.
 Walliküll/Wallila, 259.

Wannamois i. d. B./Wanamöisa, 383.
 Wao/Wao, 313. 350. 351. 401. 413.
 Warbes/Warubi, 49.
 Wasahof/Wasahofi, 200.
 Wattel/Watla, 112. 155. 212. 342.
 Wattiküll/Wattku, 481.
 Wäh/Wäätja, 155.
 Wajküll/Waeküla, 412.
 Wachmuth/Wöhmute, 377. 379.
 Weinjerwen/Wäinjärve, 413.
 Weigenstein/Waide, 91. 153. 293. 294.
 342. 358.
 Wenden/Wönnu, 155. 334. 412.
 Werder/Wirtfu, 485.
 Werpel/Warbla, 110, 272. 348. 360.
 Werro/Wöru, 420. 451.
 Wefenberg/Wafvere, 49. 92. 107. 156.
 292. 293. 336. 342. 358. 431. 446.
 447. 470. 474. 476. 477. 478.
 Wichterpal/Wichterpalu, 334. 448.
 Wichtish (= Syreneh)/Wasfnarba,
 297.
 Wicck/Wäänemaa, 31. 49. 68. 74. 78.
 175. 181. 186. 187. 191. 206. 207.
 208. 219. 235. 247. 265. 266. 267.
 268. 278. 279. 280. 306. 307. 334.
 342. 348. 358. 364. 371. 372. 374.
 376. 378. 407. 415. 427. 446. 447.
 450. 451. 459. 466. 483. 484. 485.
 Wierland/Wirumaa, 29. 49. 74. 78.
 149. 175. 180. 183. 184. 186. 198.
 199. 206. 207. 208. 235. 263. 265.
 266. 267. 268. 270. 278. 279. 280.
 292. 341. 342. 344. 347. 358. 360.
 364. 370. 371. 373. 374. 375. 392.
 393. 407. 415. 427. 429. 431. 446.
 451. 458. 466. 470. 471. 472. 479.
 Wigri/Wiiri, 342.
 Wilkibh/Wilfibi, 334.
 Wobja/Wobja, 275. 380.
 Woibifer/Woibere, 200.
 Worms/Wormfi, 109. 153. 187. 230.
 307. 328. 329. 332. 334. 375. 408.
 Wrangelstein/Waibla, 21. 49. 210.
 Würgau (Lettl.), 290. 292.

Quellenverzeichnis.

Altmaterial.

(In Klammern die in den Fußnoten angewandten Abkürzungen.)

a) Staatliches Zentralarchiv. Tartu.

1. Archiv des Estländischen ev.-luth. Konsistoriums (EMA. I.).
2. Deposita aus Archiven einzelner Pfarrämter Estlands (EMA III.).
3. Archiv der Estländischen Ritterschaft.
Protokolle, Missive, eingegangene Schreiben (EMA. II. I. — EMA. II. IV.)
Konvolute, enthaltend verschiedenes ungeordnetes Material (EMA.)
Archiv der Oberschulkommission (A. d. O. Sch. R.)
4. Archiv des Baltischen Generalgouverneurs (A. d. B. G. G.).
5. Archiv des Estländischen Gouverneurs.
Altes Archiv des Estländischen Zivilgouverneurs. (A. A. d. C. J. G.)
Kanzlei des Estländischen Gouverneurs. (R. d. C. G.)
Archiv der Bauer-Einführungskommission. (A. d. B. E. R.)
6. Archiv des Estländischen Gouvernements-Gymnasiums. (A. d. C. G. G.)
7. Archiv des Inspektors der orthodoxen Volksschulen. (A. d. J. d. o. V. Sch.)
8. Archiv der Schulkommission der Universität Dorpat. (A. d. Sch. R. Dorpat.)
9. Archiv der Gesellschaft „Kalevipoeg“ (A. Kalevipoeg.)

b) Stadtarchiv Tallinn.

1. Altes Stadtarchiv. Konvolut B. B. 23 betr. die Familie v. Uexküll (A. St. A. Tallinn.)
2. Neues Stadtarchiv. Ungeordnete Schriften betr. Schulangelegenheiten, Brieflade Sagadi u. a. (N. St. A. Tallinn.)

c) Kirchenarchiv Vigala (R. A. Vigala.)

Bol. No. 17. Materialien betr. Volksschulangelegenheiten.

d) Kirchenarchiv Emmaste. (R. A. Emmaste.)

Protokollbuch der Emmastischen Kirchspielschulkommission.

e) Gelehrte Estnische Gesellschaft. Tartu. (G. E. G.)

Manuscriptsammlung. (Briefe Pastor O. W. Masings an Pastor Rosenplänter, Plan zu einem Schulmeister-Seminar für Ehsten, u. a.)

f) Estländische Literarische Gesellschaft. Tallinn.

Manuscriptsammlung. (E. L. G.)

- g) Archiv der Familie v. Grünewaldt: Poik. (A. Koigi.)
 - h) Archiv des Ritterschafthauptmanns Baron Eduard Mahdell. (A. Mahdell.)
 - i) Estnisches Kulturgeschichtliches Archiv im Estnischen Volksmuseum. Tartu. (E. A. G. A.)
- (Sammlung von Stipendiatenberichten über mündliche historische Tradition aus den Landkirchspielen Estlands; Briefsammlung Pastor J. Hurt; Material betr. die Sängerkette; Archiv der Alexanderschule u. f. w.)
- k) Lettländisches Staatsarchiv. Riga.
1. Archiv des Baltischen Generalgouverneurs. (A. d. B. G. G. Riga.)
 2. Archiv des Livländischen ev.-luth. Konsistoriums (L. A. A. Riga.)
- l) Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde. Riga. (G. f. G. u. A.)
1. Manuskriptsammlung (Mnsr. 572, 592.)
 2. Archiv des Livl. Landmarschalls F. Baron Mehendorff (A. Mehendorff.)

Gedrucktes Quellenmaterial und Literatur.

1. J. Annusjon. Wana ja uus kool. Tallinn. (1920.)
2. I. Азукюль, Министерскія училища въ прибалтійскомъ краѣ. („Свѣтъ“ 1902 № 188).
3. Estländisches Bauer-Gesetzbuch. Reval 1816.
4. Estländische Bauer-Verordnung. Reval 1857.
5. Livländische Bauer-Verordnung. (1819.)
6. Fr. Wienemann. Der Dorpater Professor Georg Friedrich Parrot und Kaiser Alexander I. Reval 1902.
7. (L. Blagowschtschenski.) Der Estle und sein Herr. Berlin 1861.
8. W. v. Bod. Livländische Beiträge I, 2. Berlin 1867.
9. Georg von Brebern. Meine Erinnerungen an die Anfänge der zweiten Agrarreform in Estland. Berlin 1892.
10. (A. Buchholz.) Deutsch-protestantische Kämpfe in den Baltischen Provinzen Russlands. Leipzig 1888.
11. E. W. Busch. Ergänzungen der Materialien zur Geschichte und Statistik des Kirchen- und Schulwesens der Ev.-luth. Gemeinden in Russland. II. St. Petersburg und Leipzig 1867.
12. Fr. Dieckhoff. Wunsch nach Landschulen für Estland. (Provinzialblatt für Kurz-, Liv- und Estland. Riga 1835.)
13. Joh. Dunkel. Waimu tuul eht ärkamise algus 1877 Läänemaal. Tallinn 1930.
14. ——. Das Volksschulwesen in Liv-, Est- und Kurland. (Baltische Monatschrift. XXI. Riga 1872.)
15. J. Gerdadt. Livland im achtzehnten Jahrhundert. Leipzig 1876.
16. Eesti. Maa — rahvas — kultuur. Tartu 1926. (P. Põld. Mjalooline ülevaade koolilolude arenemisest Eestis.)

17. J. Eiken. Väike-Maarja koolide ajalugu. (Eesti Kirjandus. xxii. Tartu 1928.)
18. August Kreh. Das Volksschulwesen in Estland. Riga 1879.
19. F. Gebhardt. Zur Durchführung des Schulzwanges in Estland. (Baltische Monatschrift xxvii. Riga-Moskau-Odessa 1880.)
20. Arfel von Gernet. Geschichte und System des bauerlichen Agrarrechts in Estland. Reval 1901.
21. Gesetzbuch für die estländischen Bauern. Reval (1805).
22. Gesetz für die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland. (St. Petersburg) 1832.
23. Dr. O. v. Grünwaldt-Saadhof. Vier Söhne eines Hauses. II. Leipzig 1900.
24. G. Olaf Hansen. Die privaten Bauerrechte Estlands. (Verhandlungen der Gelehrten Estnischen Gesellschaft. xviii. Dorpat 1896.)
25. August Wilhelm Hupel. Nordische Miscellaneen. xv—xvi. Riga 1788; xviii—xix. Riga 1789.
26. dto. Topographische Nachrichten von Lief- und Estland. II. Riga 1777.
27. (Jakob Hurt). Eesti Aleksandri=kool. Tartu 1871.
28. (dto.). Esmene aruanne tööst Aleksandri=kooli kasuts. Tartu 1872.
29. (dto.). Teine aruanne tööst Aleksandri=kooli kasuts. Wiljandi 1879.
30. Изслѣдованія и описанія о крестьянскихъ школахъ въ остзейскихъ губерніяхъ. (Журналъ министерства внутреннихъ дѣлъ. С. Петербургъ. 1861).
31. Das Inland. Dorpat 1837., 1862.
32. Инструкция для двухклассныхъ и одноклассныхъ сельскихъ училищъ Министерства Народнаго Просвѣщенія. 1875.
33. (G. J. v. Zannau). Geschichte der Sklaverei und Charakter der Bauern in Lief- und Estland. 1786.
34. Paul Jordan. Beiträge zur Geographie und Statistik des Gouvernements Estland. Reval 1889.
35. dto. Beiträge zur Statistik des Gouvernements Estland. II. Reval 1871.
36. M. Jürgenstein. Carl Robert Jakobsoni elu ja töö. Tartu 1925.
37. Hans Kruss. C. M. Jakobson võitlejana. (Eesti Kirjandus. Tartu 1932 No. 4.)
38. dto. Eesti ajalugu kõige uuemal ajal. I. Tartu 1927; II. Tartu 1928.
39. dto. Grundriß der Geschichte des Estnischen Volkes. Tartu 1932.
40. M. Krussberg. Revisiooni tulekul. (Eesti ajaloo arhiiv III) Tartu 1923.
41. dto. Benestamise tulekul. (Eesti ajaloo arhiiv II) Tartu 1922.
42. Landgemeinde-Ordnung für die Ostseegouvernements. (Reval 1866.)
43. Lehrplan für das Estländische Lehrer-Seminar in Ruda. Reval 1878.
44. Eesti Biograafiline Leksikon. Tartu 1932.
45. O. Liiv. Lifandeid Eesti rahvakooli ajaloole 17. sajandi lõpul. (Eesti Kirjandus. Tartu 1934.)
46. M. Lipp. Kodumaa kiriku ja hariduse ajalugu. I. Jürjem 1898.
47. J. Malhškin. Zur Geschichte der Konversionsbewegung in Real. (Baltische Monatschrift. XLII. Reval 1895.)
48. G. Merkel. Die Letten, vorzüglich in Liefland am Ende des philosophischen Jahrhunderts. Leipzig 1800.

49. Mitteilungen und Nachrichten für die evangelische Kirche in Rußland. Riga. Bd. 29, 1873; Bd. 30, 1874; Bd. 32, 1876; Bd. 33, 1877.
50. Revalische wöchentliche Nachrichten. 1893.
51. Mihkel Neumann. Kuuda Seminar ja tema kaubandifud. Tallinn 1928.
52. H. Palm. Meie rahwafool. Tartu 1902.
53. Johann Christoph Petri. Ehstland und die Ehsten. Gotha 1802.
54. dto. Neuestes Gemälde von Lief- und Ehstland, unter Matharina II. und Alexander I. in historischer, statischer, politischer und merkantiler Ansicht. Leipzig 1809.
55. Eesti Postimees. Tartu. 1863—1885.
56. Postimees. Tartu 1919.
57. Peeter Böld. Eesti kooli ajalugu. Tartu 1933.
58. L. Rebane. Osav üleskuije bene-digeusu propageerimiseks. (Ajalooline Aja-firi. Tartu 1932.)
59. dto. Usuhäetislik liifumine Väanemaal a. 1883—1885. (Ajalooline Aja-firi. Tartu 1933.)
60. Reglement für die Bauerschulen in Ehstland. Reval 1867.
61. Willem Reimann. Eesti ajalugu. Tallinn 1920.
62. Baron Eugenius v. Rosen. Die sechs Decennien meines Lebens. Riga 1877.
63. Heinrich Rosenthal. Kulturbestrebungen des estnischen Volkes. Reval 1912.
64. R. Rutt. Eesti rahvafooli ajalugu. Viljandi 1921.
65. Satala. Viljandi 1878—1882.
66. Юрий Самаринъ, Окраины Россіи. I. — II. Прага 1868, IV. Бер-линъ 1874, V. Берлинъ 1875.
67. Сборникъ постановлений по министерству народнаго просвѣ-щенія. С. Петербургъ 1862.
68. Изъ архива Князя С. В. Шаховскаго. I. III. С. Петербургъ 1909.
69. Полное собраніе законовъ. С. Петербургъ. 23. 1815/16; 26. 1819.
70. Полное собраніе законовъ российской имперіи. Собрание второе. С. Петербургъ. XIII — 1838; XXXVI — 1861; XXXVIII—1863; XLIX — 1874; L—1 — 1875.
71. Периодическое сочиненіе о успѣхахъ народнаго просвѣщенія. V Санктпетербургъ 1804.
72. М. Столяровъ, Православныя школы въ прибалтійскомъ краѣ (Журналъ министерства народнаго просвѣщенія. С. Пе-тербургъ 1895).
73. Wilhelm Süß. Karl Morgenstern (1770—1852). (Acta et Commen-tationes Universitatis Tartuenssis (Dorpatensis), v.XVI. Tartu 1929; v.XIX. Tartu 1930.)
74. Freifrau Helene von Taube von der Tffen. Graf Alexander Rehsferling. 2 Bde. Berlin 1902.
75. Hermann Friedrich Tiebe. Lief- und Ehstlands Ehrenrettung gegen Herrn Merkel und Petri. Halle 1804.
76. Alexander Tobien. Die Agrargesetzgebung Livlands im 19. Jahrhundert. I. Berlin 1889.
77. Alexander v. Tobien. Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhält-nis zum Zarismus und russischen Nationalismus. I. Riga 1925.

78. Friedebert Tuglas. Eesti Kirjameeste Selts. Tartu 1932.
79. Baron Bernhard Herzföhl. Erörterungen einiger Grundzüge estländisch-baltischer Agrarentwicklung während der letzten Decennien. (Baltische Monatschrift xxvii. Riga-Moskau-Odessa 1880.)
80. Die Kaiserliche Universität Dorpat. Dorpat 1852.
81. Vorschläge der vom Landtage im Jahre 1848 erwählten Commission zur Regelung und Feststellung der bäuerlichen Verhältnisse in Estland. Reval (1849).
82. Wälgus. Rakvere 1881—1885.
83. Wäike-Maria kihelkonnakool, praegune algkool. 1873—1923. Rakvere 1923.
84. L. v. Wurtemberg. Die Getreissensfreiheit in den Ostsee-Provinzen Rußlands. Leipzig 1872.
85. Reval'sche Zeitung. 1861. 1862. 1864. 1867. 1868. 1873. 1875. 1886.

Inhaltsübersicht.

Vorwort	Seite.
	3
1. Übersicht über die Quellen und die Literatur	5
2. Die Volksschule am Ende des 18. Jahrhunderts	12
3. Das Schulwesen in der Zeit der ersten Agrarreform	40
a. Die Schulfrage in den privaten Bauerngesetzen Estlands	45
b. Die Unterrichtsverhältnisse um die Jahrhundertwende	48
c. Die staatliche Schulgesetzgebung. 1802—1804	53
d. Die Reformversuche der Schulkommission der Universität	57
e. Die Schulfrage in den Beratungen der Ritterschaft von 1807 bis zur Bauernverordnung von 1816	68
f. Die Bauernverordnung von 1816 und die Volksschule	75
g. Die Reformbestrebungen der Einführungskommission und des Gouverneurs Baron Ärküll	77
h. Der Stachelberg'sche Seminarplan	88
4. Die Entwicklung des Schulwesens bis zur Schulreform der vierziger Jahre.	
a. Das permanente Volksschulkomitee und dessen Schulplan	96
b. Die Einführung der „ambulierenden Leselehrer“ deren Erfolge und sonstige Ergebnisse der Reformversuche	102
c. Die Tätigkeit des permanenten Komitees in den späteren Jahren seines Bestehens	110
d. Die staatliche Volksschulgesetzgebung der zwanziger Jahre	119
e. Die ersten Parochialschulen in Estland	121
f. Die Schulfrage unter dem Gouverneur C. M. v. d. Pahlen und in den Verhandlungen der Gleichstellungskommission	125
g. Die Kirchengesetz von 1832 und das Ende der Schulkommission	131
h. Die Regelung der Frage der Kompetenz über die Bauernschulen	135
i. Der Glanström'sche Schulplan	142
j. Die Schulfrage in der grundsätzlichen Diskussion der dreißiger Jahre	146
l. Schulzustände in den dreißiger Jahren	149
m. Die Errichtung des Seminars in Alexanderhof	158
5. Die Schulreform der vierziger Jahre.	
a. Tabellen über das Schulwesen 1840	163

b. Die Entstehung der ersten ritterschaftlichen Schulbehörden	169
c. Die Tätigkeit der neuen Schulbehörden bis zur Eiftierung derselben auf dem Landtage 1845	176
d. Die ritterschaftliche Schulgesetzgebung. 1845—1849	191
e. Die Volksschule als Beratungsgegenstand der Synoden in den vierziger Jahren	195
f. Die Seminare in den Jahren 1847—1851	198
g. Die Entwicklung des Gemeindeschulwesens in den vierziger Jahren	200
6. Die Entwicklung auf Grund des Bauerngesetzbuches von 1856 und das provisorische Regulativ.	
a. Schulfragen der fünfziger Jahre bis zur Bauernverordnung von 1856	220
b. Grundsätzliche Auseinandersetzungen der sechziger Jahre	229
c. Der Beginn der Tätigkeit der Oberschulkommission	234
d. Die Ausarbeitung des endgültigen Schulregulativs und der Kampf um die Bestätigung desselben.	238
e. Schulzustände in den sechziger Jahren	
I. Die Seminare	257
II. Die Gemeindeschulen	264
7. Die Volksschule auf der Höhe ihrer Entwicklung.	
a. Das Einsetzen slawophiler Angriffe, die Entstehung der ersten orthodoxen Schulen in Estland und die Frage des russischen Unterrichts	282
b. Die Frage des Ressortwechsels der Volksschule und die Mängel des provisorischen Regulativs	298
c. Die Tätigkeit der Oberschulkommission bis zum Schulgesetz von 1875	313
d. Das endgültige Schulgesetz	317
e. Die Blütezeit der Volksschule	
I. Seminarzustände	328
II. Parochialschulen	343
III. Gemeindeschulen	361
IV. Hofschulen	412
V. Hausunterricht	414
VI. Soziale Fürsorge für den Lehrerstand, Schulbücher	416
8. Die estnische nationale Bewegung und die Volksschule	426
9. Die orthodoxe Konversion der achtziger Jahre und ihre Auswirkungen auf das Schulwesen	483
10. Der Ressortwechsel der Volksschule im Jahre 1885	491
Namensverzeichnis: (Personen- und Ortsnamen)	501
Quellenverzeichnis	518